This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

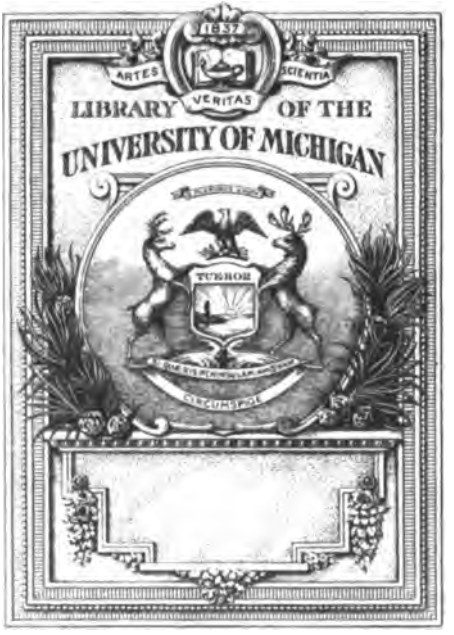
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

716,098


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR

DD
2215
.P74

Bismarcks auswärtige Politik

nach der Reichsgründung

Von

Hans Plehn

München und Berlin 1920
Verlag von R. Oldenbourg

Historische Bibliothek

Herausgegeben von der Schriftleitung der Historischen Zeitschrift

Bd. 1: Heinrich von Treitschkes Lehr- und Wanderjahre 1834—1867. Erzählt von Theodor Schiemann. XII u. 291 S. 8°. 2. Aufl. In Leinw. geb. M. 10.—.

Bd. 2: Briefe Samuel Pufendorfs an Christian Thomasius (1687—1693). Herausgegeben und erklärt von Emil Gigas. 78 S. 8°. In Leinw. geb. M. 4.—.

Bd. 3: Heinrich von Sybel, Vorträge und Abhandlungen. Mit einer biographischen Einleitung von Professor Dr. Varrentrapp. 378 S. 8°. In Leinw. geb. M. 14.—.

Bd. 4: Die Fortschritte der Diplomatik seit Mabillon vornehmlich in Deutschland-Österreich. Von Rich. Rosenmund. X u. 125 S. 8°. In Leinw. geb. M. 6.—.

Bd. 5: Margareta von Parma, Statthalterin der Niederlande (1559—1567). Von Felix Rachfahl. VIII u. 276 S. In Leinw. geb. M. 10.—.

Bd. 6: Studien zur Entwicklung und theoretischen Begründung der Monarchie im Altertum. Von Julius Kaerst. 190 S. 8°. In Leinw. geb. M. 6.—.

Bd. 7: Die Berliner Märztage von 1848. Von Prof. Dr. W. Busch. 74 S. 8°. In Leinw. geb. M. 4.—.

Bd. 8: Sokrates und sein Volk. Ein Beitrag zur Geschichte der Lehrfreiheit. Von Dr. Rob. Pöhlmann. VI u. 133 S. 8°. In Leinw. geb. M. 7.—.

Bd. 9: Hans Karl von Winterfeldt. Ein General Friedrichs des Großen. Von Ludwig Mollwo. XI u. 263 S. 8°. In Leinw. geb. M. 10.—.

Bd. 10: Die Kolonialpolitik Napoleons I. Von G. Roloff. XIV u. 258 S. 8°. In Leinw. geb. M. 10.—.

Bd. 11: Territorium und Stadt. Aufsätze zur deutschen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Von Georg von Below. XXI u. 342 S. 8°. In Leinw. geb. M. 14.—.

Bd. 12: Zauberwahn, Inquisition u. Hexenprozesse im Mittelalter u. die Entstehung der großen Hexenverfolgung. Von Joseph Hansen. XVI u. 538 S. 8°. In Leinw. geb. M. 20.—.

Bd. 13: Die Anfänge des Humanismus in Ingolstadt. Eine literarische Studie zur deutschen Universitätsgeschichte. Von Prof. Gust. Bauch. XIII u. 115 S. 8°. In Leinw. geb. M. 7.—.

Bd. 14: Studien zur Vorgeschichte der Reformation. Aus schlesischen Quellen. Von Dr. Arnold O. Meyer. XIV u. 170 S. 8°. In Leinw. geb. M. 9.—.

Bd. 15: Die Capita agendorum. Ein kritischer Beitrag zur Geschichte der Reformverhandlungen in Konstanz. Von Privatdoz. Dr. Kehrmann. 67 S. 8°. In Leinw. geb. M. 4.—.

Bd. 16: Verfassungsgeschichte der australischen Kolonien u. des »Common wealth of Australia«. Von Dr. Doerkes-Boppard. XI und 340 S. 8°. In Leinw. geb. M. 16.—.

Bd. 17: Gardiner, Oliver Cromwell. Autor. Übersetzung aus dem Englischen von E. Kirchner. Mit einem Vorwort von Prof. A. Stern. VII u. 228 S. In Leinw. geb. M. 11.—.

Bd 18: Innozenz III. und England. Eine Darstellung seiner Beziehungen zu Staat und Kirche. Von Dr. Else Gütschow. VIII u. 197 S. In Leinw. geb. M. 9.—.

Bd. 19: Die Ursachen der Rezeption des Römischen Rechts in Deutschland. Von Georg v. Below. XII u. 166 S. 8°. In Leinw. geb. M. 9.—.

Sämtliche Preise sind unverbindlich.
Für das Ausland gelten besondere Umrechnungssätze.

R. Oldenbourg in München und Berlin

Dr. Hans Plehn

Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung

Von

Hans Plehn

Mit einem Vorwort von Otto Hoetzsch

München und Berlin 1920
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechtes, vorbehalten
Copyright 1910 bei R. Oldenbourg, München

© 3L 26.245.M.

Hist. Gen.
Harv.
3-21-24
9463

K/493

Vorwort.

Dieses Buch ist das Vermächtnis eines Toten, der zu seinen Lebzeiten nicht genug gekannt und geschätzt worden ist, und der einer der besten historisch-politischen Publizisten in unserem an solchen Schriftstellern nicht reichen Volke war. Hans Plehn, geboren am 3. Oktober 1869 in Lichtenthal, Kreis Marienwerder, war ein Sohn der deutschen Ostmark, der den Sorgen und Fragen unseres deutschen Ostens vor allem in seiner Berührung mit dem polnischen Element allzeit stärkste Anteilnahme und Verständnis bewahrte, und den der Verlust unserer Ostmark fast noch tiefer getroffen hätte als der Zusammenbruch des Vaterlandes. Als Sohn eines Rittergutsbesitzers in Westpreußen und der Tochter des Breslauer Historikers Richard Roepell hatte er von Jugend auf das Interesse an agrarischen und osteuropäischen Fragen in sich aufgenommen, dem er immer treu geblieben ist, auch als ihn Leben und Arbeitsgebiet diesen Dingen sehr weit entführten.

Er hatte in Zürich und Berlin Philosophie und Geschichte studiert. Die Anregung dazu hatte er von seinem Großvater Roepell erhalten, von dessen wissenschaftlicher und politischer Betätigung er immer gern sprach. Da hatte man oft den Eindruck, als wenn auch ihm diese Verbindung von akademischem Lehrer und politischem Menschen als Ideal seines Lebensganges vorschwebte, die in der Zeit des Liberalismus und der Reichsgründung so häufig war und seitdem so selten geworden ist. Schon die Studienjahre führten Hans Plehn ins Ausland und erweiterten seinen Gesichtskreis. Die Rücksicht auf seine Gesundheit, mit deren Schwäche er zeitlebens zu kämpfen hatte,

veranlaßte ihn zu einem Aufenthalt in der Schweiz und auf der englischen Kanalinsel Jersey, wo er als Erzieher tätig war. Hier ist ihm wohl England, die englische Politik und die englische Geschichte zuerst, mit aller Wucht seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmend, entgegengetreten. Eine Frucht dieser Beschäftigung war seine Doktor-Dissertation: „Der politische Charakter von Matheus Parisiensis" (Dissertation von 1893, Schmollers Forschungen XIV, 1897).

Nach seiner Promotion bemühte er sich um eine Anstellung im preußischen Archivdienst; dabei trug er sich mit der Absicht, sich gleichzeitig als Dozent der Geschichte zu habilitieren. Die Befähigung dazu hätte er ohne Zweifel gehabt. Wenn ihm vielleicht auch ein breiter Lehrerfolg versagt geblieben wäre, so hätte er doch auf junge Historiker mit ausgeprägtem staatlichen Gefühl sehr anziehend und befruchtend gewirkt. Heinrich von Sybel war geneigt, ihn im Archivdienst einzustellen, dessen Tod vereitelte den Plan, der Nachfolger Sybels strich Plehns Namen in der Anwärterliste. So entschloß sich Hans Plehn, im freien Berufe des Schriftstellers den Lebensunterhalt sich zu verdienen und seinen historisch-politischen Idealen zu dienen. Die alten Familienbeziehungen zur Landwirtschaft führten ihn zunächst in den Dienst des Bundes der Landwirte, dessen Bibliothek er mehrere Jahre verwaltete. Diese Tätigkeit ließ ihm Zeit zu wissenschaftlichen Studien, die er der Agrargeschichte zuwandte. Die wertvollste Frucht dieser Studien sind die Aufsätze zur Agrargeschichte Ostpreußens, die in den „Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte" 1904/05 erschienen. Sie sind, soweit ich zu urteilen vermag, nicht nach Gebühr bekannt und gewürdigt worden und doch ein sehr wertvoller Beitrag sowohl zur Ordensgeschichte wie zur Agrargeschichte unseres Ostens. Auf Grund genauen Quellenstudiums wird darin die Besiedlungsgeschichte des Ordensgebietes untersucht und wird die agrarische Entwicklung dieser Gebiete bis ins 18. Jahrhundert dargestellt. Ich habe Plehn damals zugeredet, diese Studien noch zu erweitern, zu vertiefen und zu einer Gesamtdarstellung entweder der Agrargeschichte Ostpreußens oder der Wirtschaftspolitik des deutschen Ordens abzuschließen. Plehn hatte sich dafür auch sonst geschult, indem er eine Geschichte des Kreises Strasburg in Westpreußen (Berlin 1900) sowie eine Ortsgeschichte desselben Kreises (Königsberg 1900) verfaßte.

Mancherlei Anregungen und Verhandlungen, die einer weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung auf diesem Gebiete feste Gestalt geben sollten, führten zu keinem Ziele.

Plehn hatte sich schon vorher vielfach journalistisch betätigt, war in Königsberg eine Zeitlang an der dortigen Allgemeinen Zeitung tätig gewesen und hatte vielfach Beziehungen mit der Journalistik der Reichshauptstadt. 1902 entschloß er sich zu einem Schritt, der immerhin kühn und gewagt erscheinen konnte, besonders bei einer Natur wie der seinen, die zwar gern allerlei Pläne ausspann, aber nur ausnahmsweise sich auf einen konzentrierte und einen Gedanken entschieden durchführte. Er ging nach London als Korrespondent für eine Reihe deutscher Blätter in Berlin und der Provinz, zumeist rechtsstehender Zeitungen. Mit einer geringen Unterbrechung im Jahre 1909 bis 1910, wo er bei den Münchner Neuesten Nachrichten als Redakteur für auswärtige Politik tätig war, hat er bis zum Kriegsausbruch in London gelebt. Er begründete dort neben seiner Tätigkeit als Korrespondent einen Kontinental-Telephondienst, der ihm außerordentliche Mühe machte und wurde schließlich Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus in London. Für dieses ist er in den letzten Jahren vor dem Kriege tätig gewesen, von der schriftstellerischen Arbeit leider immer mehr abgezogen, wenn er auch im Kreise der ausländischen Korrespondenten in London sich eine immer geachtetere Stellung erwarb. Aber er klagte sehr häufig mit Recht, daß die Tagesarbeit für den Nachrichtendienst der Agentur ihm weder zu größeren historischen Plänen, mit denen er sich trug, noch zu umfassenderen politischen Aufsätzen Zeit und Konzentration ließ.

Mit dem Ausbruch des Krieges mußte er London verlassen; die Abschiedsworte aus dem Reuterschen Bureau, mit dem er als Vertreter von Wolff ja hatte zusammenarbeiten müssen, beweisen, daß er sich auch in der deutschfeindlichen Journalistik Englands große persönliche Achtung erworben hatte. Er nahm im Kriege den Dienst des Wolffschen Bureaus in Amsterdam wahr, wurde von diesem zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsandt — sooft ich ihn in dieser Zeit sah, fühlte ich, daß der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und England, dessen Chancen er nach seinem langen Aufenthalt in England anders beurteilte als die Deutschen daheim, immer stärker an ihm zehrte. Die deutsche Niederlage und die deutsche

Revolution brachen den Rest seines Lebensmutes, der niemals sehr groß gewesen war. Im Dezember 1918 suchte und fand er den Tod in den Wellen der Nordsee. Die Leiche wurde später an die Küste gespült und ist in holländischer Erde beigesetzt worden. Ein noch nicht 50jähriges Leben hatte einen tragischen Abschluß gefunden. Im großen Kreis der Beziehungen, die sich naturgemäß mit einer solchen Laufbahn verknüpfen, wurde das Ende ziemlich gleichgültig aufgenommen; die wenigen, die den Toten wirklich gut gekannt haben, trauern tief um ihn.

Was Hans Plehn auszeichnete, war eine Verbindung von geschichtlichem und politischem Studium, die in Deutschland nicht häufig ist. Für ihn war die Politik, vor allem die auswärtige Politik ein Gegenstand des Studiums, und seit er in England lebte, hat er umfassende Studien über die Geschichte der englischen Politik geschrieben. Seine großen Aufsätze etwa in der Marine-Rundschau, sein Buch „Nach dem englisch-japanischen Bündnis" (1907), das 1909 in dritter Auflage unter dem Titel „Weltpolitik" erschien, legen Zeugnis von seiner genauen Kenntnis der neueren englischen Geschichte ab. Dabei leitete ihn immer die Einsicht, daß äußere und innere Politik nicht voneinander zu trennen seien. Er hatte einen festen, gemäßigt konservativen Standpunkt auch in der inneren Politik. Parteidoktrin blendete seinen Blick nicht, aber er wußte, daß man ohne gründliche Kenntnis der inneren Politik und ohne Verständnis für ihre Stömungen auch die auswärtige Politik falsch beurteilen muß.

Mit dieser Fähigkeit verband sich eine fast übertriebene Nüchternheit und Skepsis des Urteils. Was Plehn trieb, war immer ausschließlich auf den Staat bezogen. Für Literatur und Kunst hatte er nur insoweit Interesse, als diese Gebiete mit dem Staatsleben unmittelbar zusammenhängen und unmittelbar für dieses etwas bedeuten. Das Leben des Staates, das Funktionieren der politischen Maschine, die Beziehungen vor allem der Staaten untereinander, das Wirken der politischen Ideen und der politischen Menschen, das historisch zu verstehen und das von seinem Standpunkte in England aus seinen Landsleuten in Deutschland für ihr Verhältnis zu England klarzumachen, darin sah er seine Hauptaufgabe. Er war ein Patriot durch und durch, aber ohne viel Worte, und er hielt jegliches Sentiment aus der politischen Betrachtung rücksichtslos fern.

Natürlich schadete das der Wirkung seiner Aufsätze und Bücher in dem unpolitischen Deutschland, das vor allem in den Jahren vor dem Kriege so wenig fähig war, sein Verhältnis zu England oder seine Stellung in der Weltpolitik ohne Sentiment, ohne Übertreibung und Unklarheit zu betrachten.

Von Haus aus mit gutem Augenmaß für Deutschlands Stellung in der Welt begabt, strebte er in London immer mehr danach, seinen Landsleuten ein Gefühl und Urteil dafür beizubringen. Naturgemäß mußte der deutsch-englische Gegensatz ihn in diesen Jahren besonders stark ergreifen. Plehn hatte ein wirkliches Verständnis für England und englisches Wesen. Er hatte vor allem eine Vorstellung von der englischen Weltmacht und ihn überraschte es nicht, daß England eine so große Kraft im Weltkriege bewies. So trat er, was seine Tätigkeit im Wolffschen Bureau anbahnte, einigen Männern nahe, die damals an der deutsch-englischen Verständigung arbeiteten, vor allem dem Grafen Bernstorff und Herrn von Kühlmann, als diese Diplomaten Botschaftsräte an der Londoner Botschaft waren. Aus dem Verkehr mit Herrn von Kühlmann namentlich erwuchs die Broschüre, die Plehn 1913 anonym erscheinen ließ: „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg", die damals ein großes Aufsehen machte, auch scharf bekämpft wurde. Der Grundgedanke dieser Broschüre war, daß Deutschland seine Expansion, deren Notwendigkeit und Berechtigung Plehn absolut einsah und förderte, in Mittelafrika suchen solle, was einzuräumen England bereit schien, und daß die mit bekannter Energie angestrebte Expansion im nahen Orient, also die Bagdadbahnpolitik, außerordentlich gefährlich sei und daher ebenso wie eine deutsche Balkanpolitik zwar nicht gänzlich abgebaut, aber doch nur so betrieben werden dürfe, daß Deutschland nicht politisch-militärisch engagiert würde. Die Schrift trug offiziösen Charakter. Inwieweit sie direkt von Kühlmann beeinflußt worden ist, vermag ich im einzelnen nicht zu sagen; ich nehme an, daß sie im wesentlichen auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn von Kühlmann geschrieben worden ist. Sie trägt daher die Schwäche jeder offiziösen Verlautbarung an sich und gar manches in ihren praktisch-politischen Ausführungen hätte ich anders gewünscht, ebenso wie ihren unglücklichen Titel. Daß Plehn in der Beurteilung der weltpolitischen Stellung Deutschlands recht hatte, daß er namentlich mit der Warnung vor einer Orientpolitik recht hatte, die uns

gleichzeitig zu Feinden Englands und Rußlands machte, daran wird heute schwerlich jemand mehr zweifeln.

Als Plehn infolge des Krieges seine Londoner Tätigkeit aufgeben mußte, hätte ich ihm gewünscht, daß er an einer großen Zeitung als Rundschauer für auswärtige Politik hätte tätig sein, und daß er daneben einem Ideal hätte dienen können, das ihm von früh auf vorschwebte, nämlich der historisch-politischen Ausbildung der akademischen Jugend. Wie oft haben wir auf gemeinsamen Spaziergängen in London oder draußen im englischen Lande diesen Gedanken behandelt! Plehn hatte eine sehr genaue Vorstellung von der Arbeit der École libre des sciences politiques in Paris. Etwas Ähnliches schwebte ihm auch für Deutschland vor, und da wäre er ganz an seinem Platze gewesen. In der Zeitschrift „Der Greif" hat er 1913 diese Idee einer derartigen Akademie, namentlich für die außerpolitische Ausbildung, behandelt und verfochten. In der damaligen Erörterung über eine deutsche Auslandshochschule ist diese Stimme wohl auch gehört worden, aber wie so viele verhallt. Auch hier hat Plehn wie sonst in seinem Leben nicht die Förderung erfahren, auf die er nach seinen Kenntnissen und Arbeiten Anspruch gehabt hätte. Weder die Zeitungen, in deren Dienst er das ganze Elend eines deutschen Auslandskorrespondenten gründlich an sich erfahren hat, noch die amtlichen Stellen, die seine Fähigkeiten durchaus richtig beurteilten, haben dieses Talent wirklich genutzt. Es mochte ihm auch der Mangel an Geschick hinderlich sein, sich zu präsentieren, etwas aus sich zu machen — das alles lag dem anspruchslosen und bescheidenen Mann fern. Und es waren ihm natürlich auch jene erwähnten Mängel hinderlich, die sowohl in seiner äußeren Lage wie in seiner Natur begründet waren, eine gewisse Scheu, sich zu konzentrieren, eine Sache rasch und energisch zu Ende zu führen und sie dann durchzusetzen.

In den letzten Jahren hat ihn neben der Geschichte der englischen Politik im 19. Jahrhundert immer mehr die deutsche auswärtige Politik zwischen 1870 und 1890 beschäftigt. Ich war erstaunt, als er mir bei unserem letzten Zusammensein das umfassende Manuskript mitteilte, das jetzt in diesem Buche über „Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung" vorliegt. Die Durchsicht nach dem Tode des Verfassers zeigte, daß es im wesentlichen abgeschlossen war und dem

Druck übergeben werden konnte. Die Nichte des Verfassers, Fräulein Oberlehrerin Ilse Plehn, hat das Manuskript überarbeitet, die Korrektur und Revision gelesen und das Register hergestellt. Natürlich ist es heute ein Mangel, daß es, Ende 1918 beendet, die Enthüllungsliteratur des letzten Jahres nicht mehr verarbeitet, daß es namentlich auf die Veröffentlichung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages und der Geheimverträge Österreich-Ungarns keine Rücksicht nehmen kann. Ich vermeide es hier, zu der Auffassung des Buches, zu Einzelheiten und Einzelheitfragen Stellung zu nehmen. Dieses letzte und Hauptwerk Hans Plehns weist alle Vorzüge der früheren Arbeiten auf: die gründliche Quellenarbeit, die namentlich die reiche politische Literatur Englands heranzieht, die kritische und skeptische Beherrschung des Stoffes, die Fähigkeit der Übersicht über den Zusammenhang der äußerpolitischen Probleme, das richtige Urteil über die Menschen — Plehn war durchaus der Ansicht, daß Menschen und oft recht kleine Menschen die große Politik bestimmen und machen —, die Verbindung der inneren und der äußeren Politik in ihren Wechselwirkungen. Im ganzen vermittelt dieses Buch um so stärker den gewaltigen Eindruck der Größe Bismarcks in der auswärtigen Politik als es jede Phrase, jedes Sentiment unbedingt beiseite schiebt. Ich fürchte ja, daß die rein politisch-historische Betrachtung, die das Werk kennzeichnet, seiner Verbreitung hinderlich sein mag, aber der Deutsche, der Sinn für eine solche Betrachtungsweise hat, die nur das staatliche Moment, die politischen Beziehungen und ihren Gang im Auge hat, der wird, auch wenn er den Stoff sehr gut kennt, das Buch mit Genuß lesen. Und der politischen Erziehung unseres Volkes wird es wertvolle und ersprießliche Dienste leisten.

So möge dieses Buch seinen Weg gehen und an seinem Teile zur historischen Bildung und politischen Erziehung beitragen in einem Deutschland, das beides so bitter nötig hat, und es möge die Erinnerung wachhalten an einen guten und edlen Menschen, an einen tief national empfindenden und scharf politisch denkenden Mann, der mit so vielen anderen ausgezeichneten Deutschen ein Opfer des Weltkrieges geworden ist!

Berlin, im Mai 1920.

Otto Hoetzsch.

Seite

Drohende Intervention Rußlands in Bulgarien 230. — Die Mission des Generals Kaulbars 232. — Antirussische Stimmung in Österreich-Ungarn 254. — Andrássys Kritik am Dreikaiserbündnis 236. — Englands Stellung zur Balkanfrage 243.

Kapitel 9.

Die bulgarische Krisis (Fortsetzung) 248

Chauvinistische Kriegshetze in Frankreich und Rußland 249. — Bismarck über die internationale Lage 252. — Höhepunkt der Krisis 255. — Sir Charles Dilke über die Lage 257. — Anarchische Zustände in der Petersburger Regierung 259. — Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag 265. — Erneuerung des Dreibundes 267. — Frage der belgischen Neutralität 270. — Der Fall Schnaebele 273. — Wahl Ferdinands von Koburg zum Fürsten von Bulgarien 275. — Crispis auswärtige Politik 277.

Kapitel 10.

Das Ende der bulgarischen Krisis 282

Deutschfeindliche Haltung Rußlands 282. — Flourens Intrige 284. — Allgemeine politische Entspannung 289. — Bismarcks letzte Rede über auswärtige Politik 291. — Russischer Versuch einer endgültigen Lösung der bulgarischen Frage 294. — Überblick über Bismarcks politisches System 299. — Der Battenbergische Heiratsplan 304.

Kapitel 11.

Bismarcks Festlandspolitik. Dreibund und Rückversicherungsvertrag 306

Der Zweifrontenkrieg 307. — Der Dreibundvertrag von 1887, vgl. mit dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879 308. — Bismarck über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 314. — Deutschlands Desinteressement im Orient 319. — Entstehung des französisch-russischen Bündnisses 323. — Fatalistische und individualistische Geschichtsauffassung 326. — Noch einmal Deutschland und der Orient 328. — Italiens Stellung im Dreibunde vor und nach Bismarcks Entlassung 334.

Kapitel 1.

Das erste Dreikaiserbündnis.

1.

Im Frankfurter Frieden hatte Bismarck das Hauptziel seiner Politik, die Einigung Deutschlands, erreicht. Mit den Grenzen, die das Deutsche Reich 1871 gewonnen hatte, betrachtete er seine territoriale Entwicklung als abgeschlossen; jeder Gedanke lag ihm fern, etwa die deutschen Provinzen Österreich-Ungarns, Holland oder Belgien, oder gar russisch-polnisches Gebiet erwerben zu wollen. Wiederholt hat er Deutschland mit dem Metternichschen Ausdruck als ein saturiertes Land bezeichnet. In der festländischen Politik hat Bismarck in den beiden Jahrzehnten nach der Gründung des Reiches eine reine Defensivpolitik geführt, wenn auch des öfteren mit offensiven Mitteln. Die Zeit war für ihn vorüber, wo es galt, große politische Entscheidungen herbeizuführen, weil nur durch sie Grundlagen des nationalen Lebens zu gewinnen waren. Von jetzt ab stellte er seine ganze diplomatische Kunst in den Dienst der Politik, große europäische Entscheidungen, durch die Deutschland wider Willen in Mitleidenschaft gezogen werden konnte, überhaupt zu verhindern; denn es hatte dabei nichts zu gewinnen, mußte vielmehr riskieren, die Errungenschaften von 1866 und 1871 wieder zu verlieren. Der größte Teil von Bismarcks Lebenswerk nach 1871 ist in dem Streben aufgegangen, das geeinte Deutschland im Innern zu konsolidieren und auszubauen und nach außen zu verteidigen und zu sichern. Dies geschah in einem fast ununterbrochenen diplomatischen Kampfe.

Seite

Drohende Intervention Rußlands in Bulgarien 230. — Die Mission des Generals Kaulbars 232. — Antirussische Stimmung in Österreich-Ungarn 234. — Andrássys Kritik am Dreikaiserbündnis 236. — Englands Stellung zur Balkanfrage 243.

Kapitel 9.

Die bulgarische Krisis (Fortsetzung) 248

Chauvinistische Kriegshetze in Frankreich und Rußland 249. — Bismarck über die internationale Lage 252. — Höhepunkt der Krisis 255. — Sir Charles Dilke über die Lage 257. — Anarchische Zustände in der Petersburger Regierung 259. — Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag 265. — Erneuerung des Dreibundes 267. — Frage der belgischen Neutralität 270. — Der Fall Schnaebele 273. — Wahl Ferdinands von Koburg zum Fürsten von Bulgarien 275. — Crispis auswärtige Politik 277.

Kapitel 10.

Das Ende der bulgarischen Krisis 282

Deutschfeindliche Haltung Rußlands 282. — Flourens Intrige 284. — Allgemeine politische Entspannung 289. — Bismarcks letzte Rede über auswärtige Politik 291. — Russischer Versuch einer endgültigen Lösung der bulgarischen Frage 294. — Überblick über Bismarcks politisches System 299. — Der Battenbergische Heiratsplan 304.

Kapitel 11.

Bismarcks Festlandspolitik. Dreibund und Rückversicherungsvertrag 306

Der Zweifrontenkrieg 307. — Der Dreibundvertrag von 1887, vgl. mit dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879 308. — Bismarck über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 314. — Deutschlands Desinteressement im Orient 319. — Entstehung des französisch-russischen Bündnisses 323. — Fatalistische und individualistische Geschichtsauffassung 326. — Noch einmal Deutschland und der Orient 328. — Italiens Stellung im Dreibunde vor und nach Bismarcks Entlassung 334.

Kapitel 1.

Das erste Dreikaiserbündnis.

1.

Im Frankfurter Frieden hatte Bismarck das Hauptziel seiner Politik, die Einigung Deutschlands, erreicht. Mit den Grenzen, die das Deutsche Reich 1871 gewonnen hatte, betrachtete er seine territoriale Entwicklung als abgeschlossen; jeder Gedanke lag ihm fern, etwa die deutschen Provinzen Österreich-Ungarns, Holland oder Belgien, oder gar russisch-polnisches Gebiet erwerben zu wollen. Wiederholt hat er Deutschland mit dem Metternichschen Ausdruck als ein saturiertes Land bezeichnet. In der festländischen Politik hat Bismarck in den beiden Jahrzehnten nach der Gründung des Reiches eine reine Defensivpolitik geführt, wenn auch des öfteren mit offensiven Mitteln. Die Zeit war für ihn vorüber, wo es galt, große politische Entscheidungen herbeizuführen, weil nur durch sie Grundlagen des nationalen Lebens zu gewinnen waren. Von jetzt ab stellte er seine ganze diplomatische Kunst in den Dienst der Politik, große europäische Entscheidungen, durch die Deutschland wider Willen in Mitleidenschaft gezogen werden konnte, überhaupt zu verhindern; denn es hatte dabei nichts zu gewinnen, mußte vielmehr riskieren, die Errungenschaften von 1866 und 1871 wieder zu verlieren. Der größte Teil von Bismarcks Lebenswerk nach 1871 ist in dem Streben aufgegangen, das geeinte Deutschland im Innern zu konsolidieren und auszubauen und nach außen zu verteidigen und zu sichern. Dies geschah in einem fast ununterbrochenen diplomatischen Kampfe.

Daß die kontinentale Sicherung des Deutschen Reiches den größten Teil von Bismarcks Wirken in Anspruch nehmen mußte, lag in den Verhältnissen. Deutschlands zentrale Lage zwischen den stärksten Militärstaaten wies ebenso darauf hin, wie die deutsche Geschichte seit dem Dreißigjährigen Kriege. Der Aufstieg Preußen-Deutschlands zu der ersten Stelle der festländischen Staaten wirkte notwendig auf die anderen Regierungen und Nationen zurück. Mit dem neuen Deutschland war ein neues Europa entstanden. Seit dem Wiener Kongreß, also seit mehr als einem halben Jahrhundert, war das europäische Gleichgewicht keinen sehr bedeutenden Veränderungen unterworfen worden, und die Machtverschiebungen, die in diesem Zeitraum eintraten — die Bildung des italienischen Königreichs nicht ausgenommen — hatten keine völlig neuen Verhältnisse geschaffen. Dagegen wurde in den fünf Jahren von der Schlacht bei Königgrätz bis zum Frankfurter Frieden das europäische Gleichgewicht revolutioniert. Die vorherrschende Macht Frankreichs war auf Jahre hinaus gebrochen. Österreich war freilich schon 1866 aus seiner Machtstellung in Deutschland und Italien verdrängt, aber es bestand doch ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Norddeutschen Bunde von 1867 und dem Deutschen Reiche von 1871, mit dem nicht nur die süddeutschen Staaten, sondern auch Elsaß-Lothringen vereinigt waren, und das jetzt nur noch e i n e n wirklichen politischen Mittelpunkt hatte, so daß die höfischen und diplomatischen Einflüsse des Auslandes bei den kleineren deutschen Höfen ihre frühere Bedeutung verloren.

Nun war diese grundlegende Verschiebung des europäischen Gleichgewichts so sehr die Wirkung der Staatskunst eines einzigen Mannes, daß für die anderen Nationen und Regierungen die Frage nahe lag, wessen sie sich in Zukunft von der Politik dieser außerordentlichen Persönlichkeit zu versehen haben würden. Noch wenige Jahre zuvor war Bismarck verhältnismäßig unbekannt gewesen. Sein Aufstieg war ebenso meteorisch wie der Cavours; noch im Jahre 1863 konnte einer der vornehmsten englischen Publizisten, der spätere Premierminister Lord Salisbury, in der Quarterly Review Aufsätze über die polnische und die schleswig-holsteinische Frage veröffentlichen, in denen Bismarcks Name überhaupt nicht vorkam.

Die Ereignisse der folgenden Jahre rückten ihn und seine Politik allerdings in den Brennpunkt des europäischen Interesses, aber seine weiteren politischen Ziele bildeten eine unbekannte Größe. Will man sich über eine solche eine Meinung bilden, so hält man sich gern an Analogien; und die Analogien, die sich in diesem Falle dem oberflächlichen Urteil am ehesten aufdrängten, waren die Geschichte des ersten und des dritten Napoleon. In dem Gedächtnis der Zeitgenossen gab es für eine Veränderung der europäischen Gesamtlage, wie sie Bismarck bewirkt hatte, nur eine einzige Parallele, nämlich die unter Napoleon I.; und an den dritten Napoleon gemahnte die ganz frische Erinnerung an die beständige Unruhe, in der er die Welt während der ganzen Dauer seiner Regierung erhalten hatte.

„Der Krieg lag in der Logik des französischen Kaiserreichs", — so beginnt Gabriel Hanotaux seine Geschichte des zeitgenössischen Frankreichs, und ähnlich ist in den ersten Jahren nach 1871 im Auslande, aber auch bei den oppositionellen Parteien Deutschlands selbst der Gedanke verbreitet gewesen, daß der Krieg auch in der Logik der Bismarckschen Politik läge. Das war genau bis zu dem Zeitpunkte zutreffend gewesen, wo Bismarck sein großes politisches Ziel, die Einigung Deutschlands, erreicht hatte. Aber nachdem er am Ziel angekommen war, richtete er seine Politik vor allem darauf, den europäischen Frieden zu erhalten, als die sicherste Bürgschaft für die Wahrung des im Kriege Errungenen. Die Gründung des Deutschen Reiches bildete nur den Abschluß der langen Bemühungen, die staatliche Zusammenfassung der deutschen Stämme zu verwirklichen. Sie barg nicht den Keim zu neuen Kriegen und zu neuen Eroberungen in sich. Die wurzellose Dynastie der Bonapartes hatte schon zu ihrer eigenen Erhaltung einer ruhmsüchtigen Politik bedurft, die nicht sowohl auf die Förderung der realen Interessen der französischen Nation gerichtet war, als auf die Erhöhung des französischen Prestiges in der Welt, an dem Fürst und Volk ihren Teil hatten. Aber Bismarck konnte schon deshalb keine napoleonische Politik verfolgen, weil er selbst kein Dynast und Gründer einer Dynastie war, sondern der Minister einer alten Monarchie, die mit ihrem Lande innig verwachsen war.

Im schärfsten Gegensatze zu der Napoleons war Bismarcks Politik — und auch die drei Kriege von 1864, 1866 und 1870

gehören dazu — eine sachliche, auf das Reale gerichtete Staatskunst, der ebenso das militaristische wie das ideologische Element der napoleonischen Politik gänzlich fehlte, und die ausschließlich den wirklichen Interessen des engeren preußischen und weiteren deutschen Vaterlandes diente. Mit dem Frankfurter Frieden beginnt Bismarcks Politik des Erhaltens und der Defensive, deren Aufgabe es war, die anderen Mächte zunächst „wenigstens bis zu einem tolerari posse mit der deutschen Kraftentwicklung zu versöhnen“[1]). Seiner politischen Weisheit letzter Schluß aber ist doch in dem Satz enthalten, den er am Ende der schweren, zweieinhalbjährigen bulgarischen Krisis in seiner letzten großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausgesprochen hat: „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin.“

Man darf gewiß nicht übersehen, daß das hohe Alter Wilhelms I. und die entschiedene Abneigung des Kronprinzen gegen jeden Krieg einen Anteil an der Friedenspolitik Bismarcks gehabt haben, aber doch nur in der Weise, daß sie sie unterstützten. Es waren in erster Linie rein sachlich politische Erwägungen, die Bismarck auf eine Friedenspolitik hinwiesen. Die beiden wichtigsten politischen Bedingungen für die Erhaltung des Deutschen Reiches waren Zeit und eine ruhige allgemeine Lage. Das neue Deutschland brauchte Zeit, um seine neue Stellung im Rate der Völker zu ersitzen.

Es hat Jahre gedauert, bis sich im Auslande, wenigstens zum Teil, die Erkenntnis von dem konservativen Charakter der Bismarckschen Politik Geltung verschafft hat. Bemerkenswert ist, daß schon vor dem deutsch-französischen Kriege Bismarck Eroberungspläne „pangermanistischen“ Charakters nachgesagt worden sind, die über die Einigung Deutschlands weit hinausgingen, und zwar bezeichnenderweise von Napoleon III., welcher durch derartige Einflüsterungen die russische Regierung zu beeinflussen suchte. Als im Oktober 1869 der General Graf Fleury als Botschafter nach Petersburg ging, erhielt er aus dem Kaiserlichen Kabinett eine Instruktion, worin es hieß:

„General Fleury wird in seinen weiteren Mitteilungen (an den Fürsten Gortschakow) die Gefahren hervorheben, mit denen die germanische Idee Europa bedroht, die bei fortschreitender Entwicklung natürlich alle deutschsprechenden Länder von Kurland bis zum Elsaß in seine Aktionssphäre einschließen muß." Kurz vor Ausbruch des Krieges, am 7. Juli 1870, berichtet General Fleury nach Paris, er habe Gortschakow gesagt: wenn Preußen den Prager Frieden nicht respektiere, so würde man bald erleben, daß es den Ruin Dänemarks vollenden, seinen Einfluß auf Schweden ausdehnen, und die Ostsee in einen deutschen Binnensee verwandeln werde; es werde ferner im Namen des Pangermanismus Kurland und Esthland aufwühlen, und schließlich Rußland jede direkte Verbindung mit dem Westen abschneiden[2]).

Zumal in Rußland reagierten Gesellschaft und Presse in charakteristischer Weise auf die Erfolge Bismarcks, und man empfand früh das Bedürfnis nach einem neuen Gleichgewicht gegen das erstarkte Deutschland. Während des deutsch-französischen Krieges erklärten die Petersburger Börsenzeitung und Katkows Moskauer Zeitung, daß Deutschland die Vorherrschaft in Europa und die Weltherrschaft anstrebe[3]). Zu gleicher Zeit hatte in England Chesneys „Schlacht von Dorking", die das Problem einer deutschen Invasion behandelte, einen großen populären Erfolg; in Holland begann man die Überschwemmungspläne wiederherzustellen, und Dänemark glaubte, die Küstenflotte vermehren und die Landungsplätze auf Seeland befestigen zu sollen[4]). Sogar außerhalb Europas empfand man den Druck, den das neue Deutsche Reich durch sein bloßes Dasein ausübte. Die verfrühten Kolonialprojekte, die schon 1864 und 1866 laut geworden waren, und die sich 1870 noch vermehrten, erregten Beunruhigung in Australien und in den Vereinigten Staaten, so daß Bismarck sich veranlaßt sah, die Amerikaner durch eine bündige Erklärung zu beschwichtigen, daß Deutschland keine kolonialen Unternehmungen beabsichtigte. Auch der Übergang von ausgesprochener Kolonialmüdigkeit zum Imperialismus, dessen Anfänge eben in jene Jahre fallen, ist nicht zum wenigsten auf die Einigung Deutschlands und die damaligen papiernen deutschen Kolonialprojekte zurückzuführen.

Der weitverbreitete Zweifel, ob Bismarck die Grenze kannte, die er nicht ohne Gefahr überschreiten durfte, wurde

durch die wiederholten Konflikte, die nach dem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich entstanden, und durch die internationalen Rückwirkungen des auf beiden Seiten mit großer Leidenschaft geführten Kulturkampfes noch verstärkt. Dieser Zweifel bestand auch bei den deutschen Oppositionsparteien; und wenn Bismarck wiederholt die Ansicht ausgesprochen hat, daß einige der fremden Diplomaten die deutsche Opposition beeinflußten, so ist jedenfalls auch der entgegengesetzte Fall nachweisbar, daß die fremden Diplomaten die deutsche Politik durch die Brille der deutschen Oppositionsparteien betrachtet haben. Man muß berücksichtigen, daß es sehr schwer war, persönliche Fühlung mit dem eigentlichen Leiter der deutschen Politik zu gewinnen. Das Berliner Gesellschaftsleben war um 1871 noch verhältnismäßig kleinstädtisch. Bismarck selbst lebte mehr und mehr zurückgezogen. Er ging ungern in Gesellschaft, mied selbst die Veranstaltungen des Hofes, und wenn er Gäste bei sich sah, so sprach er nicht immer gern von Politik. Der französische Botschafter in Berlin, Vicomte de Gontaut-Biron, klagt wiederholt in seinen Berichten, wie schwer es sei, in der Berliner Gesellschaft Anschluß, namentlich politischer Art, zu finden. Die Fürstlichkeiten, berichtet er, sprechen nie von Politik, und man sieht sie nur bei den Empfängen des Hofes, die sich auf den Karneval beschränken. Die Minister empfangen nicht, und Bismarck ist so gut wie unsichtbar[5]). Gontaut-Biron war nicht der einzige Diplomat in Berlin, der über diese Schwierigkeiten klagte. Der Vertreter Österreich-Ungarns, Graf Karolyi, spricht in einem Bericht (vom 4. April 1875) von dem undurchdringlichen Absperrungssystem, das der Reichskanzler bereits seit sechs Jahren den fremden Diplomaten gegenüber ohne Rücksicht auf Rang und Persönlichkeit durchgeführt habe. „Auf keinem Terrain, so schreibt er, ist, wenn ich es so ausdrücken darf, der gesellig-politische Verkehr, der z. B. in Paris, London und Petersburg eine große und nützliche Rolle spielt, so armselig und ressourcelos wie auf dem Berliner"[6]). Aus Gontaut-Birons Memoiren gewinnt man den Eindruck, daß wenn einmal einer der fremden Diplomaten in Berlin das Glück hatte, mit einer politischen Persönlichkeit von Bedeutung zu sprechen, deren Äußerungen sofort die Runde in dem diplomatischen Korps machten. Als Gontaut-Biron am Silvestertage 1875

mit Bismarck eine Aussprache über den falschen Kriegslärm dieses Jahres hatte, sagte er dem Kanzler geradezu: da er selbst nicht zu sprechen sei, da Bülow nichts sage und der Reichstag über alle Fragen der auswärtigen Politik schweige, so bleibe die Presse die einzige Informationsquelle für Freund und Feind[7]). Nun lag darin, gerade was Gontaut betrifft, eine starke Übertreibung. Der französische Botschafter besaß viele Verbindungen, und da er, zu Bismarcks Ärger, eine sehr angesehene Stellung bei Hofe einnahm, so hatte er mittelbar und unmittelbar die beste Gelegenheit, sich über die Gesinnungen und Absichten des Kaisers zu unterrichten. Im übrigen ist es wohl stets die Regel gewesen, daß für fremde Botschafter der Staatssekretär des Auswärtigen die Instanz bildet, an die sie sich im allgemeinen zu wenden haben, und daß sie nicht ohne weiteres Anspruch auf einen regelmäßigen politischen Geschäftsverkehr mit dem Premierminister besitzen. Kaiser Wilhelm hat Bismarck, vielleicht unter dem Einfluß Gontaut-Birons, wiederholt nahegelegt, er möchte die Botschafter öfters empfangen; aber Bismarck erwiderte, das hätte keinen Zweck, denn sie berichteten doch immer falsch[8]).

Neuere Veröffentlichungen lassen uns einen Blick in die Berichterstattung eines der fremden Diplomaten in Berlin werfen, nämlich des englischen Botschafters Odo Russell, der später Lord Odo Russell und nach der Kreierung einer neuen Peerschaft Lord Ampthill hieß. Odo Russell war einer der Berliner Diplomaten, zu dem Bismarck ziemlich viel Vertrauen hatte. Im Jahre 1881 schrieb Lord Odo an den damaligen englischen Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, er habe seit zehn Jahren vergebens Vertrauen zu Bismarck gepredigt, ohne jedoch das tiefgewurzelte Mißtrauen überwinden zu können, das der Wunsch des Kanzlers nach einem herzlichen Einvernehmen mit England in London einflößte[9]). Aber was von Lord Odos Berichten aus der ersten Hälfte der 70er Jahre bekannt geworden ist, gibt eine wahre Karikatur von Bismarcks Politik und war gewiß nicht geeignet, ihr in England Vertrauen zu erwerben. Er berichtete beständig über neue Kriegs- und Eroberungspläne Bismarcks; nach seiner wiederholt ausgesprochenen Meinung beabsichtigte dieser, die kleineren deutschen Staaten zu mediatisieren und die deutschen Provinzen Österreichs zu

annektieren; solange Bismarck lebe, schreibt er einmal, werde ein Krieg kaum vermeidlich sein, aber einen neuen Krieg mit Österreich hielt er für wahrscheinlicher als einen mit Frankreich[10]). Das Ziel Bismarckscher Politik, berichtet er ein anderes Mal, sei die Suprematie Deutschlands in Europa und der deutschen Rasse in der Welt[11]).

Nun läßt sich wenigstens eine der Quellen feststellen, aus der Lord Odo Russell schon früh seine falsche Beurteilung Bismarcks geschöpft hat; und man sieht nicht ohne Erstaunen, daß diese Quelle nicht nur deutschen Ursprungs, sondern daß es ein deutscher Diplomat im aktiven Dienst war, der Odo Russell aufs entschiedenste gegen Bismarck eingenommen hat. Kurd von Schlözer, der später ein begeisterter Verehrer Bismarcks gewesen ist, und sich als Diplomat bedeutende Verdienste erworben hat, war in seinen jungen Jahren ein abgesagter Feind der Bismarckschen Politik. Noch im April 1866 äußerte er sich folgendermaßen über ihn: „Der Mann hat ein herostratisches Talent; aber ein Staatsmann, wie das solide Deutschland, das nüchterne Preußen ihn braucht, ist er gewiß nicht." Schlözer war eine Reihe von Jahren Odo Russells Kollege in Rom, und im Jahre 1864 schreibt er einmal: „Ich bin noch keinen Augenblick von meiner alten Ansicht über Bismarck zurückgekommen. ... Hier teile ich diese Ansichten niemand mit, nur meinem Freunde Odo Russell, der deutsche Bildung und deutsche Sympathien genug besitzt, um selbst die Holsteinische Politik seines Onkels John (Lord John Russell) zu mißbilligen"[12]). Als dann Odo Russell Ende 1871 als Botschafter nach Berlin versetzt wurde, fand er ebenso wie sein französischer Kollege gute Beziehungen zum Hofe. Man kennt das Verhältnis zwischen der Kaiserin Augusta und Bismarck, und es beruht doch augenscheinlich auf Berichten Russells, wenn der Biograph Lord Granvilles schreibt, daß die Kaiserin sich für berechtigt hielt, wenn sie „vertraulich und als Mutter" sprach, dem Reichskanzler alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen, indem sie sich sehr ungeniert über seine Absichten ausließ[13]). Wir sind nicht einmal sicher, daß die Kaiserin Bismarcks Absichten dem englischen Botschafter immer mit ganz objektiver Genauigkeit dargestellt hat. Wie völlig unsicher auch in diplomatischen Kreisen das Urteil über die Politik Bismarcks war, beweist

folgendes Geschichtchen, das Gabriel Hanotaux beachtenswert genug gefunden hat, um es in sein Geschichtswerk aufzunehmen. Man erzählte im Jahre 1874 in Paris, daß der dortige russische Botschafter, Fürst Orlow, Bismarck offen gesagt hätte, in Paris, Wien und Petersburg spreche man davon, er beabsichtige, Holland, Belgien, die Picardie und Normandie zu erobern, um daraus zusammen mit Burgund und der Franche-Comté ein Königreich für den Prinzen Friedrich Karl zu errichten[14]).

Nun vergleiche man hiermit eine Äußerung aus dem Lager der Gegner Bismarcks in Deutschland. Kürzlich ist ein Brief von Geffcken veröffentlicht worden, den dieser — kurz vor dem falschen Kriegslärm von 1875 — am 27. März jenes Jahres, an den englischen Gesandten in München, Sir Robert Morier, geschrieben hat. Es handelte sich um den Fall Duchesne. Ein belgischer Kesselschmied dieses Namens hatte sich in einem Brief an den Erzbischof von Paris erbötig gemacht, für eine Summe von 40 000 Franken Bismarck zu ermorden. Die französische Regierung teilte der deutschen Botschaft den Vorfall ganz loyal mit. Die belgische Regierung aber leitete, da das belgische Strafgesetzbuch keine Handhabe dazu böte, nicht einmal eine Untersuchung ein. Bismarck ließ darauf in Brüssel anregen, die belgische Strafgesetzgebung abzuändern und erklärte sich zugleich zu einer entsprechenden Abänderung des deutschen Strafgesetzbuches bereit. Diese Note an die belgische Regierung wurde der französischen Regierung mitgeteilt. Der Notenwechsel erstreckte sich über mehrere Monate. In seinem Verlauf bemerkte der belgische Minister zu dem deutschen Gesandten, daß ein Rücktritt des Ministeriums die Unabhängigkeit Belgiens gefährden würde[15]). Aber es gehörte die ganze Erregung des Kulturkampfes dazu, die vielen Leuten alle Maßstäbe des politischen Urteils verwirrte, aus dieser Affäre ein Attentat Bismarcks auf die Unabhängigkeit Belgiens zu konstruieren. Nicht nur die Franzosen, die die Angelegenheit des Kesselschmieds Duchesne doch nur sehr mittelbar berührte, erregten sich über diese belgische „Frage", sondern auch die Gegner Bismarcks in Deutschland. Geffcken behauptete in dem erwähnten Briefe an Sir Robert Morier rundweg, daß Bismarck entschlossen sei, Belgien zu vernichten; er wäre leicht für eine Teilung Belgiens zwischen Holland und Frankreich zu haben, zumal da er dadurch

die Franzosen für Elsaß-Lothringen entschädigen könnte. Um freie Hand im Westen zu erhalten, werde Bismarck Himmel und Erde in Bewegung setzen, um den Kaiser von Rußland und den Fürsten Gortschakow (deren Besuch in Berlin erwartet wurde) zu überzeugen, daß jetzt die rechte Zeit sei, im Orient vorzugehen. Das sei schon der Zweck der Mission des Herrn von Radowitz nach Petersburg gewesen. Und Geffcken richtet an den englischen Diplomaten die Frage: „Könnte nicht Ihre Königin an den Kaiser Wilhelm schreiben, und ihn darüber aufklären, worauf Bismarck sinnt, und daß England Belgien niemals im Stiche lassen kann?" Zum Schluß erklärt Geffcken für das Allerwichtigste, eine Verständigung Bismarcks mit Rußland zu verhindern[16]).

So falsch und grundlos diese Ansichten waren, so stellen sie doch eine politische Tatsache von Bedeutung vor; denn sie beeinflußten die öffentliche Meinung des Auslandes und bis zu einem gewissen Grade die Stellungnahme der Regierungen, und ohne diese vergiftete Atmosphäre wäre der falsche Kriegslärm von 1875 psychologisch überhaupt unverständlich. Symptomatisch ist doch, daß sich die Königin von England schon im Frühjahr 1874 durch ihren Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, bewegen ließ, einen persönlichen Brief an Kaiser Wilhelm zu richten. Die Sympathien Englands, schrieb sie, würden in allen Streitigkeiten mit Frankreich auf deutscher Seite sein, wenn nicht bei Deutschland die Absicht vorhanden zu sein schiene, seine weit überlegene Kraft zu benutzen, um einen geschlagenen Feind zu zerschmettern[17]). Dies alles zeigt, welche Beunruhigung und Besorgnisse für die Zukunft die Entstehung eines starken Staates in der Mitte Europas hervorgerufen hatte.

Anderseits hielt Bismarck einen französischen Revanchekrieg schon bald nach der Schlacht bei Sedan für wahrscheinlich. Auf einen dauerhaften Frieden, meinte er bereits damals, könnte man nicht mehr rechnen, gleichviel wie die Friedensbedingungen ausfielen. Frankreich würde jeden Frieden nur als einen Waffenstillstand betrachten und sich für eine Niederlage rächen wollen, sobald es sich stark genug fühlte. Bismarck hielt es für durchaus möglich, daß wie Friedrich der Große nach dem ersten Schlesischen Kriege einen zweiten führen mußte, so auch auf den

Krieg von 1870/71 ein zweiter Krieg mit Frankreich folgen müßte[13]). Er betrachtete den Krieg von 1870 aus weiter geschichtlicher Perspektive, als ein Glied der langen Kette der deutsch-französischen Kämpfe und glaubte nicht, daß die Jahrhunderte alte Frage der deutsch-französischen Grenze durch den Frankfurter Frieden ihren endgültigen Abschluß gefunden hätte. Den neuen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern, oder ihn wenigstens möglichst lange hinauszuschieben, und den Franzosen ihren Entschluß zum Rachekriege auf alle Weise zu erschweren, war eins der vornehmsten Ziele seiner Politik. Nicht allein, daß der Friede eine wesentliche Voraussetzung für die Konsolidierung des Deutschen Reiches bildete, dessen innere politische Zerrissenheit der Kulturkampf aller Welt offenbarte: politisch betrachtet, war für Deutschland ein neuer Krieg mit Frankreich schlechthin zwecklos. Er bot keinen einzigen des Erringens werten Kampfpreis. Kein deutsches Land stand mehr unter französischer Herrschaft; Deutschland hatte durch den Frankfurter Frieden schon mehr französische Untertanen bekommen als für die innere Politik bequem war; und was den militärischen Schutz der Grenze betraf, so genügte nach Moltkes Urteil die Erwerbung von Metz. In einem Erlaß an Harry Arnim (20. Dezember 1872) schrieb Bismarck: „Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. Solange es solche nicht hat, ist es uns nicht gefährlich."

Ein deutscher Angriffskrieg gegen Frankreich wäre also sinnlos gewesen. Die Kriegsgefahr drohte lediglich von Frankreich; aber man rechnete damals in Deutschland, daß der Krieg in einem oder zwei, spätestens drei Jahren ausbrechen mußte. In der ersten Zeit nach dem Friedensschlusse lag die Gefahr darin, daß, solange ein Teil des französischen Staatsgebietes von deutschen Truppen besetzt blieb, jeder Zwischenfall, den die nationale Erregung herbeiführte, den zündenden Funken in das Pulverfaß werfen konnte. Wenn dies verhindert worden ist, so war es nicht zum wenigsten ein Verdienst des ersten Präsidenten der dritten französischen Republik, Adolphe Thiers. Bald nach dessen Sturz fiel jene Gefahrenquelle fort; denn Frankreich hatte die Bedingungen des Frankfurter Friedens erfüllt, und die letzten deutschen Truppen zogen heim. Aber unter der neuen Präsi-

deutschaft des Marschalls Mac Mahon entstand alsbald ein neuer gefährlicher Konfliktstoff. Die Konservativen kamen ans Ruder, und sowohl ihr Wunsch, in Frankreich die Monarchie wiederherzustellen, als ihre klerikale Tendenz erhitzte die politische Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland, das sich damals in der leidenschaftlichsten Periode des Kulturkampfes befand.

Bismarck hatte, als Realpolitiker, der er war, volles Verständnis für die Macht, die die geistigen Kräfte, die allgemeinen Ideen auf die weltgeschichtlichen Ereignisse ausüben, und wie auch Regierungen, die jenen Ideen selbst ganz fern stehen, sie realpolitisch für ihre eigenen Zwecke verwerten können. Die ultramontane Gefahr bestand, seitdem durch den Krieg von 1866 das katholische Österreich aus Deutschland verdrängt war. „Die Welt bricht zusammen", hatte der Kardinal-Staatssekretär Antonelli bei der Nachricht von Königgrätz ausgerufen, und Windthorst hat später zugegeben, daß die Zentrumspartei von dem Tage von Königgrätz datiere. Ein englischer Diplomat, der, obwohl ein liberal doktrinärer Gegner Bismarcks, viele Seiten der inneren deutschen Politik richtig beurteilte, Sir Robert Morier, sagt in einem Briefe vom 7. Juli 1866, daß der Kampf auf Tod und Leben mit dem Ultramontanismus eine der allerwichtigsten Seiten jeder politischen Frage in Deutschland bilde[19]).

Der Gegensatz verschärfte sich, als sich mit dem Deutschen Reiche in Mitteleuropa eine Großmacht erhob, die zu zwei Drittel protestantisch war, und deren Geburt dem Papsttum seine weltliche Herrschaft gekostet hatte. Bismarck selbst hat den Kulturkampf stets als einen Abwehrkampf betrachtet. Es handelte sich darin um eine Auseinandersetzung zwischen den Ansprüchen des Staates und der römischen Kirche, um die zu derselben Zeit in Ungarn gekämpft wurde, und der dreißig Jahre später in dem katholischen Frankreich ausgefochten worden ist. Zur Zeit des deutschen Kulturkampfes drang in Frankreich Gambettas Wort: „le cléricalisme, c'est l'ennemi" noch nicht durch; erst das Ministerium Combes hat den Konflikt durchgefochten, und je länger man gewartet hatte, desto radikaler fiel, wie es zu geschehen pflegt, die Lösung aus. Daran, daß der deutsche Kulturkampf mit besonderer Leidenschaft geführt wurde, war nicht allein das Temperament Bismarcks schuld. Man vergaß in beiden Lagern nicht, daß Deutschland die Wiege

des Protestantismus war; und die Möglichkeit lag zu nahe, daß eine katholische, antideutsche Koalition in Deutschland selbst, sowohl bei den katholischen Partikularisten Bayerns, als bei den protestantischen Partikularisten Hannovers Unterstützung finden könnte. In einem solchen Bunde konnten sich das katholische Österreich und ein klerikales Frankreich leicht zusammenfinden; und Rußland hatte freie Hand, sich aus rein politischen Gründen einer solchen Liga anzuschließen, wenn ihm auch ein Zusammenschluß der katholischen Mächte Polens wegen peinliche Gedanken erwecken mochte.

Bismarck hat damals mit allen Mitteln auf Frankreich einzuwirken gesucht, um zu verhindern, daß der Geist der Revanche durch die ultramontanen Ideen einen Anstoß erhielte, der es zum Kriege triebe. Jedoch ist Frankreich in jener Zeit von Deutschland wohl nicht immer sehr glimpflich behandelt worden. Bismarck war schwer nervenleidend und von der inneren Politik und von dem Kulturkampfe aufs äußerste in Anspruch genommen. Er hat ferner, was man nie außer acht lassen darf, gerade in der auswärtigen Politik immer nur sehr wenige Mitarbeiter gehabt, die es ihm ganz recht machten; und dazu kamen die oft von ihm erörterten inneren Friktionen, die die Einheitlichkeit seiner Politik erschwerten und gefährdeten, zudem hielt er sich in jener Zeit die Geschäfte des auswärtigen Amtes nach Möglichkeit fern[20]). Nach seiner Entlassung hat Bismarck einmal, als er die Zeit des falschen Kriegslärms von 1875 berührte, „von ungeschickten und gröblichen Noten" gesprochen, die damals von Berlin ausgegangen seien, und die „mit großem Unrecht auf seine Rechnung gesetzt wurden. Die internationale Höflichkeit, fügte er hinzu, sei damals dadurch, daß er sich selbst wenig um die Geschäfte kümmern konnte, auf eine tiefere Stufe gebracht worden[21]). Man muß auch diese Dinge in Betracht ziehen, wenn man das damalige Mißtrauen des Auslandes gegen Bismarck richtig beurteilen will. Aber von irgend welchen Kriegsabsichten gegen Frankreich war bei ihm keine Rede. Freilich gab es in Deutschland schon damals, wie auch später Anhänger des Präventivkrieges. Nach deren Meinung durfte man Frankreich nicht so stark werden lassen, bis es den Revanchekrieg führen könnte; vielmehr müßte man ihm zuvorkommen, ehe es seine Rüstungen vollendet hätte. Indes die einzigen beiden

wirklich maßgebenden Persönlichkeiten, Kaiser Wilhelm und Bismarck, waren weit davon entfernt, an einen Angriffskrieg zu denken, und die französische Regierung selbst war in der Lage, sich davon zu überzeugen. In einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen Berlin und Paris etwas gespannt waren, im Dezember 1874, teilte Graf Peter Schuwalow dem französischen Minister des Auswärtigen folgende drastische Äußerung mit, die Kaiser Wilhelm zu ihm getan hatte: „lassen Sie die Franzosen ja nicht ahnen, bis zu welchem Grade ich entschlossen bin, keinen Krieg zu führen, denn sonst würden sie mir auf dem Bauch herumtanzen“[22]).

Bismarck sah deutlich voraus, und die Franzosen konnten es aus Äußerungen russischer Staatsmänner ebenso entnehmen, daß ein neuer Krieg Deutschlands mit Frankreich schwerlich ohne eine Intervention der Mächte enden würde. Bismarcks Staatskunst war es gelungen, bei den drei Kriegen, die er hatte führen müssen, um die politische Einigung Deutschlands zu ermöglichen, die anderen Mächte außerm Spiel zu halten; 1866 und 1870 war eine Einmischung des Auslandes seine größte Sorge gewesen; der Gedanke an eine Koalition gegen Deutschland hat ihn fortdauernd beunruhigt. Es ist bekannt, wie Graf Peter Schuwalow zu ihm gesagt hat: „Vous avez le cauchemar des coalitions“, und wie Bismarck sich zu dieser Besorgnis bekannte. Der Bund der Mächte gegen Friedrich den Großen war ihm, dessen Politik so stark an die Friderizianische anknüpfte, stets gegenwärtig, und im Jahre 1870 hatte ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis sehr im Bereiche der politischen Möglichkeit gelegen. In seiner ersten und seiner letzten großen Reichstagsrede hat Bismarck die besonderen Nachteile des Koalitionskrieges hervorgehoben. Am 2. Mai 1871 sagte er: „Jedermann erinnert sich, daß unter unseren Vätern seit dreihundert Jahren wohl schwerlich eine Generation gewesen ist, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und jedermann sagte sich, daß wenn bei früheren Gelegenheiten, wo Deutschland zu den Siegern über Frankreich gehörte, die Möglichkeit versäumt worden war, Deutschland einen besseren Schutz gegen Westen zu geben, dies daran lag, daß wir den Sieg in Gemeinschaft mit Bundesgenossen erfochten hatten, deren Interessen nicht die unsrigen waren.“ Und am 6. Februar 1888 sprach er wieder

von dem Koalitionskrieg, „dessen Ende, Abschluß und Friedensschluß nachher nicht mehr von uns allein abhängig war, sondern von Freunden und Feinden, die hinter unsstanden und bei denen es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte."

2.

Bismarcks Politik ging in den ersten Jahren nach 1870 darauf aus, Frankreich zu isolieren, und mit allen Mächten, die möglicherweise Bundesgenossen Frankreichs werden könnten, so gute Beziehungen zu unterhalten, daß der Gefahr eines Koalitionskrieges vorgebeugt war. Das wichtigste Problem lag in den künftigen Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Rußland. Die früheste Formulierung der Bismarckschen Politik finden wir in seinem Erlaß vom 17. April 1867, durch den der preußische Gesandte in Wien über die Wiener Mission des bayerischen Grafen Tauffkirchen unterrichtet wurde. Der Gesandte sollte in Bismarcks Auftrag dem Wiener Kabinett folgende Eröffnungen machen: der Norddeutsche Bund könne Österreich „dasjenige gewähren, was ihm früher der Deutsche Bund gewährt habe; das heißt, innere und äußere Sicherheit, die letztere in zweifellos defensiver Beschränkung, entweder für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf ein bis drei Jahre, oder für den deutschen Teil durch ein dauerndes Bündnis, ohne bundestägige Verfassung, rein als ein internationaler Vertrag aufgefaßt. Auch würde sich ein zeitweiliges Bündnis durch eine ebensolche Abmachung über die türkische Angelegenheit vervollständigen lassen. In eine solche Kombination würden sie aber auch Rußland hineinziehen müssen. Bismarck sei indessen nicht ohne Hoffnung, daß für einen beschränkten Zeitraum Rußlands Zustimmung zu einer Aufrechterhaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen sei. Sollte sich Rußland nicht dazu verstehen, eine solche Zustimmung vertragsmäßig zu verlautbaren, so werde es für die Erhaltung des Friedens genügen, wenn Rußland, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, ein ihm bekanntes preußisch-österreichisches Engagement stillschweigend billige. Auch bei einer solchen auf stillschweigender Bewilligung Rußlands berechneten Abmachung müßten unsere Karten für Rußland offen liegen[23]).

Die Mission Tauffkirchen hatte keinen Erfolg. Den nächsten Annäherungsversuch an Österreich machte Bismarck während des deutsch-französischen Krieges durch eine Note vom 14. Dezember 1870[24]). Diese Note war nichts Geringeres als eine Freundschaftsversicherung und wurde vom Grafen Beust in demselben Sinne erwidert. Kaiser Franz Joseph sandte sowohl zum Geburtstage Kaiser Wilhelms als zur Einweihung des Denkmals Friedrich Wilhelms III., die bei der Rückkehr der Truppen aus Frankreich stattfand, Spezialmissionen nach Berlin. Im Sommer 1871 ließ sodann Bismarck Beust wissen, es sei ihm erwünscht, in Gastein mit ihm zusammenzutreffen, und wirklich sind die beiden Reichskanzler drei Wochen lang in dem salzburgischen Badeort beisammen gewesen. Auch die beiden Kaiser trafen sich, zuerst in Ischl und danach in Salzburg. Zu dem Salzburger Besuch ließ sich auch der ungarische Ministerpräsident, Graf Julius Andrássy, einladen, und als dieser im November 1871 als Nachfolger Beusts zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde, gestalteten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn noch freundschaftlicher.

Daneben hatten Kaiser Wilhelm und Bismarck nicht versäumt, die alten Beziehungen mit Rußland zu pflegen. Nun war Rußland Andrássys größte Sorge. Als er noch ungarischer Ministerpräsident war, schrieb der norddeutsche Generalkonsul in Budapest über ihn in einem Bericht: „Rußland ist sein Gedanke früh und spät“[25]). Das eigentliche politische Ziel Andrássys, das er niemals aufgegeben hat, war, ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern[26]). In Salzburg machte er geradezu einen Versuch, Kaiser Wilhelm und Bismarck für eine antirussische Politik zu gewinnen. Aber Bismarck ließ ihn über seine Stellung zu Rußland nicht im unklaren, und Kaiser Wilhelm sagte ihm offen, daß seine gesamten Familientraditionen und seine persönlichen Überzeugungen ihn an Rußland fesselten[27]). Als Andrássy Minister des Auswärtigen geworden war, faßte er, obwohl er zugleich eine enge Anlehnung an Deutschland für notwendig hielt, in erster Linie ein Einvernehmen mit England ins Auge. Diese Kombination dachte er sich als den Mittelpunkt einer Mächtegruppe, der auch Deutschland und Italien angehören sollten; an einem solchen Bollwerke, meinte

er, müßten alle etwaigen Angriffsgelüste Frankreichs oder Rußlands zuschanden werden. Aber der Hauptzweck jenes Verbandes war für ihn, ein deutsch-russisches Bündnis unmöglich zu machen. Das, so erklärte er dem englischen Botschafter, als er ihm diese Eröffnungen machte, hielte er für eine der denkbar größten Gefahren, die er um jeden Preis von Europa abwenden wollte. Allein in London fand Andrássy zwar schöne Worte, aber kein praktisches Entgegenkommen, und damit war sein Plan gescheitert[28]). Erst jetzt ging er bereitwilliger auf die Ideen Bismarcks ein.

Bismarcks Ziel war ein anderer Vierbund, eine Entente einerseits zwischen den drei Kaisermächten und anderseits mit Italien. Hatte er dies erreicht, so waren Frankreich alle Bundeshoffnungen mit einer Festlandsmacht genommen, und der durch den Frankfurter Frieden geschaffene Zustand in Europa stabilisiert. Ganz deutlich wird Bismarcks Politik durch zwei Äußerungen vom September 1871 umrissen. Einmal eröffnete der deutsche Botschafter in Wien, General v. Schweinitz, seinem russischen Kollegen Nowikow: es läge im deutschen Interesse, die Integrität Österreich-Ungarns zu erhalten, da dies für das europäische Gleichgewicht noch wichtiger sei als die Erhaltung der Türkei. Und in derselben Zeit sagte Bismarck zu dem russischen Botschafter in Berlin, er träume von der Wiederherstellung einer Entente der drei Kaiserhöfe[29]). In diesen beiden Äußerungen finden sich bereits die Elemente von Bismarcks kontinentaler Politik: Erhaltung Österreichs in seinem Gebietsbestande, Festhalten an der russischen Freundschaft und Bildung einer Entente der drei Kaiserhöfe.

Die größte Schwierigkeit für die Verwirklichung dieses Gedankens lag in den gespannten Beziehungen, die seit dem Krimkriege zwischen Rußland und Österreich herrschten. Aber auch das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland war nicht ganz dasselbe wie früher. Die traditionelle preußisch-russische Freundschaft gründete sich erstens auf die nahe Verwandtschaft und persönliche Zuneigung der beiden Kaiser, zweitens auf die Erinnerungen der beiden Armeen an ihre Waffenbrüderschaft von 1813 bis 1815, und endlich darauf, daß in der Petersburger vornehmen Gesellschaft und in dem Offizierkorps deutsche Tradition und deutsche Bildung immer noch einen starken, wenn

auch bereits abnehmenden Einfluß besaß. Sie beruhte ferner, politisch betrachtet, darauf, daß keinerlei Gründe zu ernstlichen Interessenkonflikten vorlagen, und daß durch die polnische Frage geradezu eine positive Interessengemeinschaft gegeben war. Für Rußlands Neutralität im deutsch-französischen Kriege war zwar auch Preußens Neutralität im Krimkriege, aber noch mehr seine Unterstützung der russischen Politik während des polnischen Aufstandes von 1863 bestimmend gewesen. Dazu kam dann weiter, daß der Sturz der Napoleonischen Dynastie und die Errichtung der Republik Frankreich die Sympathien des russischen Hofes abkühlte, und daß der Krieg Rußland in die Lage versetzte, die drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens über das Schwarze Meer aufheben zu lassen. Damit hatte Alexander II. ein Ziel erreicht, das seine gesamte auswärtige Politik seit dem Pariser Frieden verfolgte[30]). Gleichwohl hatten die vorhin angeführten russischen Preßstimmen, die sich während des französischen Krieges gegen Deutschland richteten, eine gewisse symptomatische Bedeutung. Der Aufstieg Deutschlands förderte den Prozeß der Nationalisierung Rußlands. Auch am Petersburger Hofe und in der Petersburger Gesellschaft bestand eine starke franzosenfreundliche Stimmung, welcher der Thronfolger und seine dänische Gemahlin offen Ausdruck gaben. Diese Stimmung bedrohte freilich noch nicht die Grundlage der russisch-deutschen Freundschaft, zumal da Alexander II. seinem verehrten Oheim in Berlin während des Krieges volle Loyalität bewies; aber etwas hatte sich in den gegenseitigen Beziehungen doch verändert, und das war das Machtverhältnis der beiden Nachbarreiche. Bismarck selbst kennzeichnet die neue Lage in den Gedanken und Erinnerungen: „Daß es für die russische Politik eine Grenze gibt, über die hinaus das Gewicht Frankreichs in Europa nicht verändert werden darf, ist erklärlich. Dieselbe war, wie ich glaube, mit dem Frankfurter Frieden erreicht, und die Tatsache war vielleicht 1870 und 1871 in Petersburg nicht in dem Maße zum Bewußtsein gekommen, wie fünf Jahre später. Ich glaube kaum, daß das russische Kabinett während unseres Krieges deutlich vorausgesehen hat, daß es nach demselben ein so starkes und konsolidiertes Deutschland zum Nachbarn haben würde. Im Jahre 1875 nahm ich an, daß an der Newa schon einiger Zweifel herrschte, ob es richtig gewesen

sei, die Dinge so weit kommen zu lassen, ohne in die Entwickelung einzugreifen[31]).

Bereits im Herbst 1872 war das russische Kabinett sich ganz klar darüber, daß eine weitere Schwächung Frankreichs durch einen neuen Krieg nicht im Interesse Rußlands liegen würde. Bei eben demselben Besuch Alexanders II. in Berlin, auf dem das „Dreikaiserbündnis" begründet wurde, hat sowohl der Zar als sein Reichskanzler niemand anderem als dem französischen Botschafter bedeutet, welch großes Interesse Rußland an Frankreich nehme. Kaiser Alexander sagte zu Gontaut-Biron, Thiers habe von den Berliner Vorgängen nichts zu fürchten; er dürfe im voraus sicher sein, daß der Zar sich an nichts beteiligen würde, was gegen Frankreich gerichtet wäre. Außerdem sagte Fürst Gortschakow zum französischen Botschafter: „Europa braucht ein starkes und weises Frankreich. Frankreich muß stark sein, damit es die ihm gebührende Rolle in der Welt spielen kann"[32]). Und Gontaut berichtet nach Hause, offenbar auf Grund von Äußerungen der Russen in Berlin, daß das Wachstum der deutschen Macht und zumal die Entwicklung der deutschen Flotte, die der russischen in der Ostsee beinahe das Gleichgewicht hielte, den russischen Nationalstolz reizte, und die Petersburger Staatsregierung nötigte, darauf Rücksicht zu nehmen[33]).

Man sieht also, mit welchen Vorbehalten Rußland das Dreikaiserbündnis schloß. Trotzdem ging die Initiative dazu von dem Zarenreiche aus. Wenn einerseits eine Erstarkung Frankreichs im russischen Interesse lag, so wünschte doch Alexander II., dessen Verehrung und Freundschaft für Kaiser Wilhelm unverändert geblieben war, das traditionelle Verhältnis zum Berliner Hofe festzuhalten. Aber je intimer die Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn wurden, desto unabhängiger wurde Deutschland von Rußland, und desto eher konnte dieses eventuell selbst in eine gewisse Isolierung geraten. Als sich nun Kaiser Franz Joseph entschloß, mit einer Selbstverleugnung, die ihm Ehre machte, im Herbst 1872 den Deutschen Kaiser in der Reichshauptstadt zu besuchen, ließ sich der Zar ebenfalls zu dieser Entrevue einladen. Auf dieser Zusammenkunft, die vom 3. bis 11. September dauerte, wurde der Grund zu dem Dreikaiserbündnis gelegt.

Jedoch nicht allein auf russischer Seite ging man mit inneren Vorbehalten an diese Kaiserbegegnung. Andrassy dachte noch immer daran, eine zu große Intimität zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Kaiser Wilhelm, der vermutete, daß die Russen etwas Schriftliches haben wollten, schrieb an Bismarck „auf B i n d e n d e s lasse ich mich n i c h t ein", und Bismarck erwiderte, daß diese Versicherung ihn beruhige[34]). Trotz aller dieser Vorbehalte war die Begegnung der drei Kaiser ein großes Ereignis. Gortschakow schrieb am letzten Tage des Berliner Aufenthaltes, am 11. September, an den russischen Botschafter in London: „Es war ein Werk des Friedens und der Versöhnung; weder Schreibereien noch Protokolle; kein positives Engagement, das unsere Aktionsfreiheit beschränkt hätte; mit einem Worte, nichts für die diplomatischen Archive, aber das moralische Ergebnis ist unermeßlich"[35]).

Im Herbste des folgenden Jahres kam König Viktor Emanuel nach Wien und Berlin. Das bedeutete den Anschluß Italiens an die Entente der Dreikaisermächte. Auch hier sind die Vorbehalte der deutschen Politik bemerkenswert. Einmal schrieb Kaiser Wilhelm an Bismarck: „Wenn V. E. (Viktor Emanuel) von einer eventuellen Allianz gegen Frankreich sprechen sollte, so würde ich mich hinter mein Prinzip, nur Allianzen ad hoc zu schließen, verschanzen"[36]). Und am 18. Februar 1874 sagte Bismarck in einem Erlaß an den Grafen Arnim in Paris: „Wir wünschen keineswegs einen Konflikt zwischen Frankreich und Italien ausbrechen zu sehen, weil wir bei einem solchen uns der Unterstützung Italiens nicht würden entziehen können." Gleichwohl bezeichnete ein Bericht der französischen Botschaft den Besuch des Königs von Italien in Berlin ganz mit Recht als eine antifranzösische und antikatholische Demonstration[37]).

Das Verhältnis der drei Kaiser war nicht eigentlich ein Bündnis, sondern eine Entente, die sowohl mit Rußland als mit Italien auf einer Verständigung über die Solidarität der monarchischen Interessen und der staatlichen Autorität beruhte. Das waren Gedanken, die durch die Pariser Kommune und durch die französische Republik nahegelegt waren; und sowohl für Rußland, dessen „Intelligenz" sich in der Gärungsperiode eines höchst unreifen Liberalismus befand, während die nihilistische Bewegung bedenkliche Fortschritte machte, als für Italien,

wo die republikanischen Tendenzen noch keineswegs erloschen waren, lag in diesem Zusammenhalt der Monarchien eine durchaus nicht zu verachtende moralische Unterstützung.

Wenn nach einem Berichte Lord Odo Russells Alexander II. bei der Kaiserentrevue in Berlin auf England als das Land hinwies, das durch das „Anwachsen des Republikanismus und Sozialismus" das schlimmste Beispiel gäbe[38]), so beruhte das wohl auf einer taktischen Erwägung. In demselben Augenblick, wo Gortschakow dem Grafen Gontaut-Biron erklärte, daß Frankreich erstarken müsse, mochte der Zar Frankreich gewiß nicht als das Prinzip der Unordnung in Europa bezeichnen. Außerdem hatte die Entente der drei Kaiser für Rußland den Wert, daß sie es für den Fall eines Konfliktes mit England in Asien deckte.

Für Italien war es natürlich, daß es nach der Besetzung des Kirchenstaates Anlehnung bei dem Gegner Frankreichs suchte. Österreich und Rußland aber fanden ihren Vorteil darin, daß durch Bismarcks Vermittlung ihr alter Zwist beigelegt wurde. Für die deutsche Politik war es ein höchst befriedigendes Ergebnis, daß die beiden Kaiser und der König von Italien, mit welchen Vorbehalten sie es auch tun mochten, die Freundschaft Deutschlands suchten, und daß zwischen Rußland und Österreich eine Entspannung eintrat. Die neue Lage in Europa wurde stabiler, und die politische Isolierung Frankreichs wurde öffentlich bekundet[39]). Das Dreikaiserbündnis war durchaus nicht darauf gerichtet, positive politische Ziele zu erreichen; denn identisch war die Politik der Monarchen und ihrer Kabinette doch nur darin, daß sie den Frieden erhalten wollten. Aber nachdem die Entente sich befestigt hatte, konnte der Versuch gemacht werden, im Rahmen ihres Charakters ein gemeinsames Auftreten der drei Mächte bei neuen Fragen herbeizuführen. Das geschah mit wechselndem Erfolge. Es gelang Bismarck, als es sich darum handelte, die französische Regierung zu veranlassen, den Amtsantritt des neuen Präsidenten der Republik, des Marschalls Mac Mahon, den Höfen förmlich anzuzeigen. Dagegen ließ sich Rußland nicht bewegen, gemeinsam mit den befreundeten Mächten die republikanische Regierung in Spanien anzuerkennen. Überhaupt fluktuierten die Beziehungen innerhalb des Bundes, beruhte dieser doch ganz wesentlich auf den

Beziehungen zwischen den sechs Personen, die die Politik der drei Staaten in erster Linie leiteten, d. h. der drei Kaiser und ihrer Minister; und wenn die Einigkeit unter den Monarchen verhältnismäßig leicht zu erhalten war, so kam es in dem Konzert von drei so selbstbewußten Staatsmännern und ausgeprägten Individualitäten, wie Bismarck, Andrássy und Gortschakow, leichter zu Dissonanzen. Gortschakow, dessen Eifersucht auf Bismarck schon damals erwacht war, suchte die Führung im Dreikaiserbunde an sich zu reißen und den deutschen Einfluß in Wien durch den russischen zu verdrängen. Bismarck seinerseits war stets darauf bedacht, mit jedem der beiden Verbündeten intimere Beziehungen zu unterhalten als diese untereinander. Andrássy schließlich, der von beiden Seiten Umworbene, betrachtete als seine Aufgabe, zuerst danach zu streben, „die Mitte jenes Dreiecks einzunehmen, welches die drei Kaisermächte in ihrer Allianz formierten, damit keiner der beiden Alliierten dem anderen näher stehe als uns. Wenn dies geschehen, so war die unnatürliche Allianz mit Rußland friedlich zu lösen, und an ihrer Stelle ein Bündnis mit Deutschland allein abzuschließen“[40]). In Wahrheit setzte sich die Dreikaiserentente aus dem dreifachen Verhältnis Deutschlands zu Rußland, Rußlands zu Österreich, und Österreichs zu Deutschland zusammen. Bezeichnend ist, daß schon bei den Konferenzen in Berlin die Beratungen der Minister immer zu zweit und nicht zu dritt stattfanden[41]). Eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip war der Natur der Dinge nach ausgeschlossen; bei Dreien, sagte Bismarck zum Freiherrn von Mittnacht, gibt es keine Majorisierung, sondern gilt das Liberum Veto[42]).

Im folgenden Jahre (1873) befestigte sich das Dreikaiserbündnis durch die Gegenbesuche der Herrscher in Petersburg und Wien. Bismarck hatte doch wohl richtig geurteilt, daß die Russen im Jahre vorher mit Papier und Tinte nach Berlin hatten kommen wollen; denn jetzt setzten sie in Petersburg und Wien tatsächlich durch, daß etwas Schriftliches ausgemacht wurde. So kam es zu zwei Abkommen, von denen das eine in Petersburg zwischen Rußland und Deutschland, und das andere in Wien zwischen Österreich und Rußland abgeschlossen wurde. Deutschland und Rußland bedangen sich gegenseitige Waffenhilfe aus, falls einer der Verbündeten von einer anderen Macht angegriffen würde.

Es war also ein allgemeiner Vertrag, nach dem Deutschland zur militärischen Unterstützung Rußlands verpflichtet gewesen wäre, wenn dieses zum Beispiel von der Türkei oder von England angegriffen wurde, und ebenso hätte Rußland dem Deutschen Reich bei einem französischen Angriffskriege Waffenhilfe gewähren müssen. Kaiser Wilhelm hat im Jahre 1879, als es sich um den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses handelte, in einem Briefe an Bismarck gesagt, es sei ihm schwer geworden, jenes Petersburger Abkommen zu unterschreiben; denn Bismarck habe sich so oft dagegen ausgesprochen, bindende Konventionen unter Umständen abzuschließen, wo kein positives Ziel in Sicht stände. Dennoch hat Bismarck den Abschluß des Abkommens nicht hindern können, aber seine ministerielle Gegenzeichnung gab er nicht her; so wurde das Abkommen von den beiden Kaisern und den Feldmarschällen Moltke und Bariatinski unterzeichnet[43]). Es ist in der Tat nicht zu ersehen, gegen den Angriff welcher Macht es überhaupt hätte Vorsorge treffen sollen. Ein Freundschafts- und Neutralitätsvertrag hätte vermutlich denselben Zweck erfüllt. Vielleicht entsprach es der zum Sentimentalen neigenden Gemütsart des Kaisers Alexander, die neu befestigte Freundschaft mit den beiden anderen Monarchen in dieser etwas überschwenglichen und politisch nicht einwandfreien Form zum Ausdruck zu bringen.

Auch das Wiener Abkommen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn setzte gegenseitige Waffenhilfe bei einem Angriff von dritter Seite fest; zugleich wurde ausgemacht, daß die beiden Herrscher gegenüber einem die Ruhe Europas bedrohenden Angriffe von dritter Seite sich sofort über die zu ergreifenden Mittel verständigen sollten, ohne erst neue Allianzen zu suchen oder einzugehen[44]).

Kapitel 2.

Das Zwischenspiel von 1875.

1.

Die Entente der drei Kaiser war ihrem Wesen nach auf die Erhaltung des Friedens gerichtet und insofern diente sie der Stabilisierung des europäischen status quo von 1871. Anderseits lag es durchaus nicht in ihrer Natur, eine weitere

Verschiebung des Gleichgewichtes zum Vorteile Deutschlands und zum Nachteile Frankreichs zu begünstigen. Rußland hatte sich wohl mit der Erstarkung Deutschlands abgefunden, aber eine weitere Schwächung Frankreichs lag weder in seinen Wünschen noch in seinem Interesse. Vielmehr suchte Gortschakow die neue Entente mit Wien, die er über Berlin erreicht hatte, dazu zu benutzen, um die Donaumonarchie von Deutschland abzuziehen und in die russischen Bahnen zu lenken; auf diese Weise hoffte er Deutschland in einer gewissen Abhängigkeit von Rußland zu halten. Eben in dieser Absicht kam er auch der Orientpolitik Österreichs entgegen.

Diese Haltung Rußlands mußte von großer Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sein. Die deutsch-französische war die einzige große europäische Frage, die in den ersten Jahren nach dem Kriege Anlaß zu Beunruhigung gab; denn auch der Kulturkampf konnte für das Verhältnis der Mächte untereinander nur dann zu entscheidendem Einfluß gelangen, wenn sich unter Führung Frankreichs eine katholische Liga gegen Deutschland bildete. Solange zwischen Deutschland und Frankreich Frieden herrschte, konnten auch die deutsch-russischen Beziehungen trotz aller Eifersüchteleien Gortschakows freundschaftlich und normal bleiben. Kam es aber zu einem zweiten deutsch-französischen Kriege, so war es leicht möglich, daß die Interessen Rußlands und Deutschlands kollidierten; und die Wahrscheinlichkeit dafür wuchs, falls Deutschland der Angreifer war. Nun bestand ein ziemlich verbreitetes Mißtrauen, daß Deutschland sich mit kriegerischen Absichten gegen Frankreich trüge, und dieser Verdacht steigerte sich im Frühjahr 1875 so sehr, daß es zu einer förmlichen Intervention in Berlin gekommen ist.

Es steht indes im entschiedensten Widerspruch sowohl zu der gesamten Politik Bismarcks als zu der tatsächlichen Lage, die durch die Haltung vor allem Rußlands, aber auch der anderen Mächte gegeben war, daß die deutsche Politik aggressive Pläne gegen Frankreich gehabt haben sollte. Bismarck selbst hat bekanntlich jede derartige Absicht bestritten; allein die Legende von der Kriegsgefahr und den deutschen Kriegsplänen von 1875 fristet sich in der geschichtlichen Literatur fort. Daher ist es geboten, einmal den wirklichen Sachverhalt festzustellen und die

Fäden der Intrige zu entwirren, die noch heute das historische Urteil trübt[1]).

Daß Deutschland, nachdem es die Verwirklichung seines nationalen Ideals erreicht hatte, den Frieden wünschte, lag auf der Hand. Auch in Frankreich war die Mehrheit des Volkes friedliebend; aber es lag in den Verhältnissen, daß jede Partei bei der anderen feindliche Absichten vermutete. Auf deutscher Seite verstärkte sich diese Besorgnis, seitdem Thiers gestürzt war, und unter der Präsidentschaft des Feldmarschalls Mac Mahon die Konservativen am Ruder saßen. In Deutschland hatte man immer die Gefahr einer Koalition vor Augen, und in jener Zeit, wo die gesamte deutsche Politik im Zeichen des Kulturkampfes stand, erblickte man in einer konservativen Regierung in Frankreich, deren kirchliche Sympathien nach Rom neigten, eine gesteigerte Gefahr.

Der bereits erwähnte Zwischenfall zwischen den Regierungen in Berlin und Brüssel wegen des belgischen Kesselschmiedes Duchesne erhöhte die Temperatur der politischen Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich. Aber für die Geschichte der „Alerte" von 1875 ist diese deutsch-belgische Angelegenheit ohne wesentliche Bedeutung. Es ist beachtenswert, wie nüchtern man sie in England beurteilte. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, sagte dem französischen Geschäftsträger Gavard, die Note Bismarcks an Belgien sei nur eine Drohung gegen seine Gegner in Deutschland. Er wolle sie glauben machen, daß er sie überall treffen könne; denn ebenso wie der Papst, wolle auch Bismarck seine Enzyklika haben (8. April).[2]) Auch im Parlament gaben Disraeli und Lord Derby beruhigende Erklärungen ab[3]). Nach einer neuen Debatte des Oberhauses am 3. Mai schrieb dann Lord Derby darüber an den Botschafter in Berlin: die Stimmung nehme zu, daß die deutschen Forderungen nicht notwendig unvernünftig seien, und man wolle mindestens mehr Nachrichten abwarten, ehe man ein Urteil fälle[4]).

Ebensowenig wie die belgische Frage steht die Petersburger Mission des Gesandten von Radowitz in innerem sachlichen Zusammenhang mit dem falschen Kriegslärm. Über das Ziel dieser Mission wurde erzählt, Radowitz solle für den geplanten deutschen Präventivkrieg Rußlands Neutralität zu erreichen

ſuchen, und ihm dafür freie Hand im Orient verſprechen. Einer der eifrigſten Verbreiter dieſes politiſchen Klatſches ſcheint Geffcken geweſen zu ſein, der ihn Ende März 1875 Sir Robert Morier mitteilte[5]). Er hat ihn dann 1892 anonym in der deutſchen Revue und ſpäter in ſeiner Schrift „Rußland, Frankreich und der Dreibund" veröffentlicht, und augenſcheinlich ſtammt auch der Aufſatz in der Edinburgh Review vom Oktober 1879, den Geffcken in ſeiner deutſchen Publikation ſtark benutzt, aber nicht zitiert, aus ſeiner Feder[6]). Dieſelbe Geſchichte wurde auch in den Enthüllungen erzählt, die der frühere franzöſiſche Botſchafter in Petersburg, General Le Flô, 1887 im Figaro veröffentlichte. Aber ſchon der franzöſiſche Senator Edmond Schérer wandte treffend dagegen ein, wenn jene Lesart richtig wäre, bleibe es unverſtändlich, daß Le Flô Gortſchakow und den Zaren im April 1875 ſo gar nicht geneigt fand, an kriegeriſche Abſichten Deutſchlands zu glauben[7]).

Der Zweck der Miſſion Radowitz war wohl im weſentlichen der, durch einen Diplomaten, der ſich die „präpotente Beeinfluſſung" Gortſchakows[8]) nicht gefallen ließ, ſondern ſich auf gleichen Fuß mit ihm ſtellte, die Beziehungen der beiden Regierungen ins rechte Geleiſe zu bringen. Radowitz ſollte zunächſt „dem Zaren die Freude des Königs und Bismarcks Empreſſement ausdrücken, ihn im Mai in Berlin begrüßen zu dürfen"[9]). Er hatte Gortſchakow auch wohl „alle möglichen aufgeſammelten, unangenehmen Sachen zu ſagen, die dem ſtändig dort Fungierenden die Stellung verdorben hätten"[10]), aber auch „eine größere Sauce diplomatiſcher Schmeichelei"[11]) für den Großkanzler führte Radowitz bei ſich. Tatſächlich ſind ſowohl die Orientfrage als Frankreich bei den Unterredungen erörtert worden. In welcher Weiſe dies geſchehen iſt, erhellt aus folgendem. Kaiſer Alexander verwehrte ſich von ſelbſt gegen den „Verdacht", er ſtrebe nach dem Beſitz von Konſtantinopel. Gortſchakow war es höchſt peinlich, daß Radowitz wiederholt das Geſpräch auf Frankreich brachte. Radowitz hatte den Auftrag, „dem ruſſiſchen Hofe in einer jeden Zweifel ausſchließenden Weiſe den Wunſch nahezulegen, er möchte in Frankreich das Nebelbild zerreißen, daß die Freundſchaft zwiſchen Rußland und Deutſchland, dieſe verläßlichſte Bürgſchaft des europäiſchen Friedens, eine Störung erlitten hätte"[12]).

Daß Radowitz sich seiner Aufgabe geschickt und erfolgreich erledigt hat, erfahren wir von dem damaligen englischen Botschafter in Petersburg, Lord Augustus Loftus. Nach dessen Aufzeichnungen wurde die erste Ankündigung seiner Mission in Petersburg nicht günstig aufgenommen, aber Radowitz verstand diesen Eindruck völlig zu beseitigen; und die Petersburger Diplomaten nannten sein Erscheinen zum Schluß das eines Friedensengels. Radowitz gab den herzlichsten und freundschaftlichsten Empfindungen der deutschen Regierung gegenüber Rußland Ausdruck. Er erklärte, daß es Bismarcks Wunsch sei, in allen Orientfragen in herzlichem Einvernehmen mit der russischen Regierung zusammenzuwirken; Bismarck lege den größten Wert auf das Zusammengehen der drei Kaiserreiche, und der Zweck seiner Mission sei, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu konsolidieren und zu befestigen[13]).

So bestätigen die zugänglichen Geschichtsquellen die scharfe Abweisung, die die Hamburger Nachrichten der Veröffentlichung des Geffckenschen Klatsches in der Deutschen Revue zuteil werden ließen: „Der Gedanke, daß Herr von Radowitz 1875 nach Petersburg geschickt worden sei, um Gortschakow vertraulich zu eröffnen, daß Frankreich einen Angriff auf Deutschland plane und letzteres sich in die Notwendigkeit versetzt sehen könnte, diesem Angriffe zuvorzukommen, erinnert an das einmal vom Fürsten Bismarck zitierte Urteil eines Lehrers an der Kriegsschule über Napoleon I.: „Sie wissen ja, wie dieser Napoleon war, ein seelenguter Kerl, aber dumm, dumm". Dem Fürsten Bismarck eine solche Albernheit, wie sie in obiger Eröffnung gelegen haben würde, bei der damaligen Situation zuzutrauen, bedeutet eine verletzende Unterschätzung seiner politischen Tätigkeit"[14]).

Der eigentliche Anlaß zu dem falschen Kriegslärm entstand durch Nachrichten über neue militärische Maßregeln der Franzosen. Zuerst kam die Meldung, sie hätten große Pferdekäufe in Deutschland vor, worauf die deutsche Regierung sich veranlaßt sah, ein Ausfuhrverbot für Pferde zu erlassen (4. März). Ferner nahm die französische Nationalversammlung im März das neue Kadergesetz an, welches im letzten Augenblick dahin abgeändert worden war, daß die Infanterieregimenter nicht mehr drei, sondern vier Bataillone stark sein sollten. In Deutsch-

land hatte man den Eindruck, daß diese vierten Bataillone eine Verstärkung der französischen Armee um 144 000 Mann bedeuteten. Diese besondere Maßregel bezweckte aber nur, das Avancement der Hauptleute zu verbessern; nämlich, wenn die Zahl der Bataillone vermehrt würde, sollte das Bataillon dafür nicht mehr sechs sondern nur vier Kompagnien haben[15]). Diese Tatsache wurde schon am 9. April in einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung festgestellt.

Das neue französische Militärgesetz rief in Deutschland dennoch ohne Zweifel eine gewisse Beunruhigung hervor. Man erblickte eine Vorbereitung für einen Revanchekrieg darin, und namentlich in militärischen Kreisen wurde die Ansicht laut, man dürfe Frankreich keine Zeit lassen, seine Rüstungen ruhig zu vollenden. Moltke selbst war ein Anhänger des Präventivkrieges. Als Geffckens anonymer Artikel in der Deutschen Revue (1892) die Erinnerung an jene Vorgänge wieder wachrief, erzählte Bismarck: „Im Gegensatz zu meiner Auffassung ging der deutsche Generalstab 1875 von der Ansicht aus, Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, also müsse man ihm zuvorkommen, solange es unvorbereitet sei. Ich dachte gar nicht an Krieg — ich war damals vom Kulturkampf völlig in Anspruch genommen, der auf seiner Höhe stand — und verlangte sehr entschieden vom König, daß er dem Generalstab erkläre, er habe sich nicht in die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, nicht in die auswärtige Politik zu mischen, und ich erreichte das, wenn auch auf Umwegen und nach einigem Widerstreben seitens des Königs"[16]). Nach einem Zeitungsartikel, der in derselben Zeit erschien und auf Bismarck zurückzuführen ist, vertrat die Militärpartei die Auffassung, daß entweder Frankreich veranlaßt werden müßte, seine Heeresziffern beträchtlich herabzusetzen, oder daß Deutschland einem französischen Angriff zuvorzukommen hätte[17]).

Bismarck hat diese Auffassung weder damals noch später geteilt. Als er in seiner Reichstagsrede vom 9. Februar 1876 auf die Vorgänge von 1875 zu sprechen kam, setzte er sich auch mit den Anhängern des Präventivkrieges auseinander: „Bedenken Sie sich meine Lage, wenn ich vor einem Jahre vor Sie getreten wäre und hätte nun, ähnlich wie 1870, wo wir von Frankreich angegriffen waren, Ihnen auseinandergesetzt, wir

müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich. Wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn. Die französische Armee reorganisiert sich in einer Weise, die wirklich beunruhigend ist, ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Talern, oder 500 Millionen Mark um zu rüsten. Würden Sie dann nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meiner langen politischen Erfahrung die kolossale Dummheit begehen könnte, so vor Sie zu treten und zu sagen: Es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden. Damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen, gewissermaßen Selbstmord aus Furcht vor dem Tode, und das mitten in einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch eigentlich gewußt hatte, was für ein casus belli vorliegen könnte. Wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen, wir sind zufrieden mit dem, was wir haben, und es ist Verleumdung, wenn man uns irgend einer Ausdehnungssucht beschuldigt."[18])

Der stärkste Beweis dafür, wie völlig fern Bismarck während des ganzen Verlaufes jener Krisis alle Kriegspläne gelegen haben, liegt darin, daß er sich gerade damals sehr ernstlich mit Rücktrittsgedanken getragen hat. Der erste Entwurf seines Schreibens an Kaiser Wilhelm ist im Februar 1875 entstanden; darin wird der Rücktritt ausdrücklich auch mit der günstigen Lage der inneren Verhältnisse und der auswärtigen Beziehungen begründet. Erst am 4. Mai 1875, also wenige Tage bevor die „Krisis" ihren Höhepunkt erreichte, entschloß sich Bismarck, das Schreiben an den Kaiser abgehen zu lassen; aber während er an dem Wortlaute des Briefes sonst sehr viel geändert hat, ließ er die Wendung über die günstige innere und äußere Lage stehen[19]).

In Frankreich beunruhigte man sich, schon bevor das Kadergesetz im Parlament beraten wurde, lebhaft wegen eines deutschen Angriffskrieges. Der einzige positive Grund dazu waren wohl die deutschen Munitionsankäufe, die sich aber einfach daraus erklärten, daß Deutschland ein neues Gewehr und ein

neues Geschütz einführte. Dagegen kannte man in Petersburg trotz mancher Differenzen, die es zwischen Bismarck und Gortschakow gab, dessen Absichten zu gut, als daß man daran hätte glauben können. So konnte Mitte Februar 1875 Gortschakow dem französischen Botschafter, der nach Paris abreisen wollte, sagen: „Versuchen Sie doch um Gottes willen, Ihre Regierung zu beruhigen. Orlow[20]) schreibt uns, daß sie trotz allem unter dem Alpdruck eines baldigen Krieges leidet, und daß sie das bei jeder Gelegenheit zu erkennen gibt. Glauben Sie mir, das ist eine Schwäche, die zur Folge hat, Sie in den Augen Europas herabzusetzen. Ich versichere Ihnen, daß Sie nicht bedroht sind; aber in jedem Falle haben Sie nur eines zu tun: stark zu werden, sehr stark."[21])

Am 16. März berichtete der englische Botschafter in Paris, Lord Lyons, er habe den Herzog Decazes in größerer Beunruhigung über die Absichten Deutschlands gefunden, als seine tatsächlichen Mitteilungen zu rechtfertigen schienen. In Paris herrsche eine erhebliche aber unbestimmte Unruhe und Furcht, daß der Friede in Gefahr sei. Lord Derby antwortete darauf: „Ich kenne den Grund für Decazes' Besorgnisse nicht und kann sie mir nicht erklären. In keinem Teile Europas geschieht etwas, das einen Alarm wegen einer bevorstehenden Bedrohung des allgemeinen Friedens rechtfertigen könnte. Aber ich höre von einem ähnlichen Gefühl von Unruhe in Berlin; und der russischen Regierung werden Absichten zugeschrieben, über deren Charakter keine zwei Personen derselben Meinung sind. Bis wir mehr erfahren, bin ich geneigt, alle diese Kriegsgerüchte der Jahreszeit und der gänzlichen Abwesenheit von aufregenden Fragen zuzuschreiben, die das Publikum beschäftigen könnten. ... Im Augenblick herrscht völlige Ruhe." Lord Lyons konnte auf Urlaub gehen[22]).

Auch General Le Flô fand Anfang April, als er sich zur Rückkehr auf seinen Posten rüstete, in Frankreich alles ruhig. Als er sich bei dem russischen Botschafter, dem Fürsten Orlow, verabschiedete, zeigte ihm dieser eine Depesche, die er gerade schrieb, worin er sich über die bedauerlichen Kriegsbesorgnisse der französischen Regierung und auch Le Flôs selbst ausließ. Das wurmte Le Flô; er hatte die Empfindung, daß Frankreich eine schlechte Rolle spielte und stellte das dem Präsidenten der Republik

vor (7. April). Mac Mahon erwiderte ihm: „Sie wissen also nicht, was vorgeht?“ und gab ihm einen Stoß von Papieren zu lesen. Darunter befanden sich geheime Dokumente und Berichte, zum Teil jüngsten Datums, aus denen ohne jeden Zweifel hervorgehen sollte, daß Deutschland den bestimmten Plan hätte, Frankreich mit Krieg zu überziehen. Namentlich machten zwei Briefe „von einer der höchsten Persönlichkeiten Europas“ auf Le Flô Eindruck. Der eine lautete: „Sie werden im Frühjahr angegriffen werden“, der andere: „Die Anordnungen sind geändert, der Krieg ist auf den September verschoben“[23]).

Nun veröffentlichte die Berliner „Post“ am 9. April den berühmten Artikel: „Ist der Krieg in Sicht?“ Darin knüpfte sie an einen Wiener Brief der Kölnischen Zeitung (vom 5. April) an, der das französische Kadergesetz mit einer möglichen antideutschen, katholischen Koalition zwischen Frankreich, Italien und dem Papst in Verbindung brachte. Der Artikel der „Post“ erklärte sich zwar nicht mit allen Einzelheiten aber doch mit dem Gesamtbilde dieses Wiener Briefes einverstanden; der Krieg sei allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließe, daß die Wolke sich wieder zerstreuen könne. Der Artikel erregte ungeheueres Aufsehen, da man ihn von Bismarck inspiriert glaubte. Das war zwar keineswegs der Fall, der Verfasser war Konstantin Rößler, der Leiter des literarischen Bureaus. Aber den Aufsatz hatte er, wie er selbst dem Chef der Reichskanzlei erklärte, ohne Wissen Bismarcks, ohne irgend eine Direktive des Auswärtigen Amtes, lediglich auf Grund seiner eigenen Kombinationen geschrieben[24]). Rößler war ohne Frage eine bedeutende geistige Potenz. Als Publizist hat er sein Bestes geleistet, wenn er große politische Fragen prinzipiell behandelte. Aber in seinen Arbeiten für die Presse trat seine Gelehrtennatur stark hervor; der alte Hegelianer neigte dazu, die flüchtigen Ereignisse der Stunde sub specie aeternitatis zu betrachten und in der Tagespolitik viel mehr Ideen zu suchen, als sich tatsächlich darin zu befinden pflegen. Julius von Eckardt nennt ihn einen Illusionär[25]). Als politischer Schriftsteller wahrte er sich, trotz seines Amtes, seine Freiheit, und Bismarck ließ ihn gewähren. Rößler war kein Mann der politischen Taktik und Nüance. Eben deshalb haben seine politischen Aufsätze für den Historiker nur den Wert, daß sie Rößlers persönliche Urteile und Stimmungen wieder-

geben; man würde fehlgehen, darin Aufschlüsse über die tatsächlichen diplomatischen Situationen oder über die wirkliche Politik Bismarcks suchen zu wollen. Auch in dem Artikel „Ist der Krieg in Sicht?" war die politische Lage nicht richtig gezeichnet. Eine katholische Koalition gegen Deutschland war überhaupt so lange nicht zu erwarten, als in Österreich Andrassy Minister war, und so lange die italienische Regierung sich nicht mit dem Papst ausgesöhnt hatte[26]).

Am 10. April äußerte sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung folgendermaßen zu dem Rößlerschen Artikel: „So angemessen es sein mag, die verschiedenen Eventualitäten der politischen Verhältnisse besonnen in Erwägung zu ziehen, so darf doch das Urteil über die Lage der Dinge nicht verdunkelt werden durch ungewisse Annahmen, denen es an genügenden Voraussetzungen gebricht. Die Betrachtung, der wir gestern in der „Post" begegnet sind, enthält allerdings nach einer Seite hin manches Wahre, verbindet aber damit eine so sorgenvolle Ansicht von der Gegenwart und eine fast melancholische Auffassung der Zukunft, der wir widersprechen müssen, zumal unsere jetzigen internationalen Beziehungen keineswegs so ungünstig sind, als sie dort erscheinen." Nach dieser abschwächenden Einleitung gab das halbamtliche Blatt zu, daß in Frankreich „Rüstungen mit Konsequenz betrieben werden, deren Zwecke keinem Sehenden verborgen bleiben", aber zum Schluß widerlegte es Rößlers Auffassung über die Haltung Österreichs und Italiens. Die Absicht des offiziösen Artikels ist vollkommen deutlich. Er wollte Deutschland und Europa darüber beruhigen, daß keine akute Kriegsgefahr bestehe, ohne dabei in Paris den Eindruck zu erwecken, daß die französischen Rüstungen nicht dazu angetan waren, Beunruhigung hervorzurufen.

Die Erregung, die Rößlers Artikel verursacht hatte, war doch so groß gewesen, daß das Dementi der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht genügte. So streifte das offiziöse Blatt noch einmal, am 13. April, die „düsteren Zukunftsträume" der Post, während diese selbst erklärte, nicht einmal, sondern zweimal (11. und 15. April), daß der Artikel keinen amtlichen Ursprung hätte. Ferner brachten die offiziöse Provinzialkorrespondenz vom 14. und die Straßburger Post beruhigende Erklärungen, so daß nach fran-

zösischen Zeugen der Zwischenfall eine Woche später als erledigt gelten durfte[27]).

Die Unruhe hatte sich auch einem Teil der Diplomatie mitgeteilt. Der englische Botschafter, Lord Odo Russell aber war einer, der nicht an Krieg glaubte. Er schrieb am 10. April an Lord Derby: „Bismarck macht wieder seine alten Tricks, er alarmiert die Deutschen durch die offiziöse Presse. ... Die Krisis wird vorübergehen, aber Bismarcks Sensationspolitik ist manchmal sehr lästig. Das halbe diplomatische Korps ist seit gestern hier gewesen, um mir zu sagen, daß der Krieg vor der Tür stehe, und wenn ich ihre Nerven zu beruhigen suche und ihre Annahmen verwerfe, glauben sie, daß ich mich von Bismarck vollständig beschwindeln lasse."[28])

Auch Fürst Gortschakow hatte sich nicht alarmieren lassen. Am 10. April suchte er den soeben zurückgekehrt französischen Botschafter auf und sagte ihm: „Ich möchte Sie nur bitten, sich nicht allzusehr durch das, was man in Berlin spricht und tut, beeinflussen zu lassen. Orlow hat uns geschrieben, daß Sie sich sehr beunruhigt haben. Seien Sie überzeugt, daß Sie den Ernst der Lage, die sich nicht wesentlich geändert hat, übertreiben, und daß die Besorgnisse, die Sie an den Tag legen, und die in keinem Fall nützlich sind, nur dazu führen, Sie herabzusetzen. Auf alle diese Drohungen gibt es nur eine Antwort, daß Sie stark werden, sehr stark." Und als Le Flô von deutschen Angriffsplänen sprach, erwiderte Gortschakow: „Und sagen Sie nichts von der allgemeinen Mißbilligung, die ein solcher Angriff in ganz Europa finden würde? Seien Sie sicher, daß man ihr nicht Trotz bieten wird."[29])

Am 15. April empfing Kaiser Alexander den französischen Botschafter. „Ich habe die Überzeugung", sagte er ihm, „daß Deutschland sehr weit davon entfernt ist, den Krieg zu wollen, und daß alle diese sehr bedauerlichen Machenschaften Bismarcks nur Ränke sind, die er anwendet, um seine Macht zu sichern, indem er glaubt, durch den Hinweis auf eingebildete Gefahren sich unentbehrlich zu machen. Ich weiß bestimmt, daß Kaiser Wilhelm sehr entschieden gegen jeden neuen Krieg ist, und wenn Seine Majestät einmal nicht mehr am Leben ist, so glaube ich, daß der Kronprinz den Krieg ebensowenig wollen wird wie sein Vater. Seien Sie in jedem Falle versichert, daß ich den Frieden will,

ebenso wie Sie, und daß ich nichts versäumen werde, damit er nicht gestört wird." Als Le Flô sich über die deutschen Rüstungen verbreitete, sagte der Kaiser: „Man kann Sie nicht bekriegen, solange Sie keinen ernsthaften Anlaß geben, und das werden Sie nicht tun. Wenn es anders wäre, wenn Deutschland beabsichtigte, ohne Grund oder unter geringfügigen Vorwänden den Krieg zu beginnen, so würde es sich Europa gegenüber in dieselbe Lage versetzen wie Bonaparte im Jahre 1870. Und das würde es auf eigene Rechnung und Gefahr tun." Zum Schluß sagte der Zar: „Also ängstigen Sie sich nicht und beruhigen Sie Ihre Regierung. Sagen Sie ihr, daß ich hoffe, daß unsere Beziehungen immer ebenso herzlich sein werden, wie sie jetzt sind. Unsere beiden Länder haben gemeinsame Interessen, und wenn Sie eines Tages ernsthaft bedroht werden sollten, was ich nicht glauben kann, so würden Sie es sehr bald erfahren. Sie würden es durch mich erfahren."[30])

Der französische Botschafter in Berlin, Gontaut-Biron, war, während die deutsche Preßagitation spielte, in Paris gewesen. Er kam am 14. April nach Berlin zurück und hatte an demselben Tage eine Unterredung mit dem Staatssekretär von Bülow. Diesem erklärte er, daß das französische Kriegsministerium mit den Pferdeankäufen in Deutschland nichts zu tun habe, und daß die Bildung der vierten Bataillone dadurch veranlaßt worden sei, daß jedes Bataillon künftig nicht mehr aus sechs, sondern nur aus vier Kompagnien bestehen sollte. Diese Änderung sei vorher gar nicht beabsichtigt gewesen, die Heereskommission der Kammer habe noch zwei Tage vor der Abstimmung nicht daran gedacht, sie vorzuschlagen. Bülow gab seiner Befriedigung durch diese Erklärung erfreut Ausdruck, denn die Bildung der vierten Bataillone, sagte er, habe tatsächlich ganz Deutschland beunruhigt[31]). Gontaut versicherte darauf dem Staatssekretär, die französische Regierung sei durchaus friedlich gesinnt und Bülow erwiderte, daß augenblicklich die Nachrichten aus allen Teilen Europas höchst beruhigend klängen. Auch die belgische Frage sei beigelegt. So konnte Gontaut in seinem Berichte bemerken, daß ihn sowohl der Inhalt als der Ton seines Gespräches mit Bülow sehr befriedigt habe.

An dem Abend desselben Tages (14. April), an dem der beruhigende Artikel der Provinzialkorrespondenz erschien, sagte

Kaiser Wilhelm zu dem französischen Militärattaché, Prinzen Polignac, den er auf einem Ball traf: „Man hat uns brouillieren wollen." Der Kaiser erwähnte die Zeitungsartikel und schloß das kurze Gespräch mit den Worten: „Jetzt ist alles erledigt, vollständig erledigt."[32])

Gontaut erfuhr weiter, daß Kaiser Wilhelm zu dem österreichischen Militärattaché gesagt hatte, man habe soeben eine schwere Krisis durchgemacht, die zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich hätte führen können, aber jetzt sei nicht mehr davon die Rede, und der Zwischenfall sei geschlossen. Ähnlich hatte sich der Kaiser auch zu dem österreichisch-ungarischen Botschafter ausgesprochen.

Nach diesen klaren und deutlichen Erklärungen Wilhelms I. durfte Gontaut die absolute Gewißheit haben, daß die Krisis, wenn sie überhaupt bestanden hatte, vorüber war. Tatsächlich hatte sie nur in der Einbildung bestanden, sie war lediglich das Produkt des Rößlerschen Artikels gewesen. Aber wenn der Kaiser mit tadelnden Worten von den Friedensstörern in der Presse gesprochen und den Zwischenfall für beendet erklärt hatte, so war das eine politische Äußerung von der größten Bedeutung, die für den französischen Botschafter hätte maßgebend sein müssen.

Nun traf Gontaut eine Woche später, am 21. April, auf einem Diner beim englischen Botschafter, den Gesandten von Radowitz, der zurzeit vortragender Rat im Auswärtigen Amt war, und dessen jüngste Sendung nach St. Petersburg dafür sprechen konnte, daß er das Vertrauen Bismarcks genoß. Nach dem Diner hatte Gontaut mit Radowitz eine Unterhaltung von einer Stunde. Man sprach zuerst von Gontauts Besuch bei Bülow, über den Radowitz selbst den Bericht für Bismarck verfaßt hatte. Der Reichskanzler hatte sich darüber befriedigt und beruhigt ausgesprochen, und bald darauf hatte ein Bericht des deutschen Militärattachés in Paris Gontauts Angaben über das Kadergesetz bestätigt. Nun fing Gontaut an, über die deutsche Presse zu klagen und betonte, daß die Reorganisation der französischen Armee nicht als Vorbereitung für den Krieg gelten dürfte. Deutschland könne deswegen völlig ruhig sein. Radowitz meinte, das träfe wohl für die Gegenwart zu, aber welche Sicherheit konnte der Botschafter für die Zukunft bieten? Er sprach von

der französischen Revancheidee und bekannte sich schließlich offen zum Präventivkriege. Dabei gebrauchte er eine Wendung, die nachher von den Franzosen sehr ausgenutzt worden ist: es ließe sich vom politischen, philosophischen und selbst vom christlichen Standpunkte rechtfertigen, wenn Deutschland den französischen Angriff nicht abwartete, sondern ihm zuvorkäme[33]).

Der Präventivkrieg hatte, wie gesagt, seine Anhänger. Moltke machte z. B. aus seiner Ansicht kein Hehl. „Wir dürfen nicht warten — sagte er am 30. April zu dem belgischen Gesandten, Baron Nothomb — bis Frankreich fertig ist, und es ist unsere Pflicht, ihm zuvorzukommen." Aber der Feldmarschall gab in diesem Gespräche selber die schwache Seite seiner Theorie preis; denn als Nothomb fragte: „Und was werden Sie tun, wenn Sie Frankreich von neuem besiegt haben?", antwortete er: „das weiß ich nicht, das ist eine sehr schwierige Frage."[34])

2.

Das Gespräch zwischen Gontaut und Radowitz bildet den Ausgangspunkt einer Intrigue, die, nachdem der Zwischenfall vollständig erledigt war, post festum eine Friedensintervention in Berlin in Szene zu setzen suchte. In seinem Bericht an den Herzog Decazes identifizierte der französische Botschafter nämlich die Ansichten des Staatssekretärs, wie dieser sie in der Unterredung auseinander gesetzt hatte, mit denen Bismarcks. „Niemals — schrieb Gontaut — ist mir die Auffassung des Reichskanzlers so klar und deutlich, und mit solcher Autorität dargelegt worden." Zugleich regte er bei Decazes an, die wichtigsten europäischen Kabinette von diesen Gedanken der deutschen Politik in Kenntnis zu setzen[35]).

Bismarck hat es Gontaut sehr verdacht, daß er seiner Regierung den Inhalt dieser Unterredung überhaupt mitgeteilt hat. Selbst wenn Radowitz eine Unvorsichtigkeit geäußert hätte, so habe Gontaut unrecht getan, darüber zu berichten; der Rat des Auswärtigen Amtes sei nicht der Minister[36]). Es wäre in der Tat eine ziemlich veraltete Diplomatie gewesen, aus den Worten des Sekretärs auf die geheimsten Gedanken des Ministers schließen zu wollen; als ob nicht eine ausgesprochene Persönlichkeit wie Radowitz, seine eigenen Gedanken haben und sie äußern konnte.

Hat aber Gontaut wirklich angenommen, daß Bismarck jene Ideen teilte? Hat er an eine wirkliche Kriegsgefahr geglaubt? Gontaut wußte ganz genau, wie sehr der Kaiser gegen einen Krieg war. Dennoch hielt er für möglich wenn auch nicht für sicher, daß Deutschland einen Druck auf Frankreich ausüben könnte, um das neue Kadergesetz abzuändern, oder seine Anwendung zu verlangsamen; in einem Privatbriefe an Decazes sprach er diesen Gedanken auch offen aus[37]).

„Die Formierung der vierten Bataillone, schreibt er, ist der Grund von Unzufriedenheiten, die in verschiedener Weise zutage treten; vielleicht hat man es an Klugheit fehlen lassen, indem man diese Maßregel beschloß, ohne sie gründlicher zu prüfen, als es geschehen ist. Nach Bülow hat mir auch Radowitz ganz deutlich versichert, daß die Beunruhigungen beschwichtigt sind; nichtsdestoweniger setzen die offiziösen Zeitungen ihr Feuer fort[38]). Ich frage mich, ob dieser Lärm nicht etwas früher oder etwas später zu einer Pression auf uns führen wird, damit unser Kadergesetz verlangsamt oder abgeändert wird. Ich hoffe, daß es durchgesetzt wird; aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der Generalstab in Berlin ziemlich gereizt ist, und er verbreitet, noch mehr als der Kanzler, im Publikum diese Beunruhigung, vielleicht sogar die Kriegsgerüchte. Im übrigen ist es unbestreitbar, daß niemand in Deutschland den Krieg mit Freuden begrüßen würde. Man würde indessen marschieren, wenn es befohlen wird. Es ist noch zu bemerken, daß die deutsche Armee nicht kriegsbereit ist, besonders deshalb, weil sie zum großen Teil noch nicht mit dem neuen Gewehr ausgerüstet ist. Das hohe Alter des Kaisers ist ebenfalls ein großes Hindernis für den Krieg; er könnte ihn nicht mehr führen, und niemand könnte ihn in dem Kommando ersetzen. Ich hoffe immer, daß wir ihm für dieses Jahr entgehen werden. Le Flô schreibt mir, daß er mit der Stimmung in Rußland sehr zufrieden ist, und daß dort alles gut geht. Es ist ganz richtig, daß Rußland den größten Einfluß auf die Ereignisse haben könnte; wird es ihn aber ausüben wollen?"

Aus diesem Privatbriefe Gontauts ersieht man ganz deutlich, daß sein amtlicher Bericht über die Äußerungen Radowitz' allein den Zweck hatte, als Unterlage für eine diplomatische Aktion zu dienen, wie sie Gontaut selbst in seinem Bericht

anregte. Daß Gontaut die Krisis selbst als beendet ansah, geht völlig klar aus seinem Berichte vom 28. April hervor: „Seit zwei Tagen macht sich die Beschwichtigung auf der ganzen Linie bemerkbar. Die Zeitungen sind ruhig geworden, die Militärs sprechen nicht mehr vom Kriege. Ich habe den österreichischen Botschafter gesehen, der bei Bismarck war. Er hat diesen sehr friedlich gefunden, allerdings betrachtet er die Zukunft wegen unseres Kadergesetzes mit einer gewissen Besorgnis, aber nicht die Gegenwart. Die Krisis ist zu Ende, wie ich hoffe; aber sie war intensiver als die letzte.“[39])

Die Frage liegt nahe, ob Decazes sich schon vorher mit Gontaut über einen Plan verständigt hatte, nach dem die nächste gute Gelegenheit benutzt werden sollte, um die anderen Mächte wegen der angeblichen Kriegsabsicht Deutschlands mobil zu machen. Das ist in der Tat sehr wahrscheinlich. Der Herzog Decazes trug sich schon im März 1874 mit dem Gedanken, Europa zu alarmieren. Sein Notschrei, schrieb er damals, würde um so eher Gehör finden, wenn er nicht zu früh erfolgte, und wenn man ihm nicht vorwerfen könnte, daß er alle Gräben auf seinem Wege für Abgründe hielte[40]). Im März 1875, also bevor Rößlers Artikel in der Post erschienen war, bemühte sich Decazes in London um eine Intervention. Er war des Glaubens oder gab es vor, daß eine angebliche Kriegsgefahr im Jahre 1874 nur durch das Dazwischentreten anderer Mächte, namentlich Englands, abgewendet worden war[41]), und er sprach die Hoffnung aus, daß sie ihren Einfluß von neuem in Berlin geltend machen würden. Nach dem Erscheinen des Artikels der „Post“ bemühte er sich wiederum um die Unterstützung Englands. Aber Disraeli war im Augenblick nicht geneigt darauf einzugehen. Lord Lyons, der sich noch auf Urlaub in England befand, schrieb darüber an den englischen Geschäftsträger in London am 21. April, also an demselben Tage, wo das Gespräch zwischen Radowitz und Gontaut stattfand[42]).

Gontauts Bericht über diese Unterredung erhielt Decazes erst um den 26. April; er sandte alsbald Abschriften davon mit einem Begleitschreiben an die Vertreter Frankreichs in London, Petersburg, Wien, dem Haag, Rom und Brüssel. In seinem Begleitschreiben an den Botschafter in Petersburg stellte Decazes die Sache so dar, als ob die soeben eingetretene Beruhigung

wenigstens zum Teil das Werk der Berliner Vertreter der Mächte gewesen sei; namentlich hätten anscheinend die weisen und dringlichen Ratschläge des Petersburger Kabinetts besonders wirksam dazu beigetragen[43]). Von alledem war indes kein Wort wahr. Decazes schrieb an Gontaut, er habe damit „vielleicht übertrieben"; aber diese Darstellung würde wohl in Petersburg angenehm berühren und vielleicht auf die Kabinette von London und Wien Eindruck machen, wenn sie sähen, daß ihre „Klugheit" in Petersburg keine Nachahmung gefunden habe. „Vielleicht", schreibt Decazes, „kann ich sie so zum Spiele reizen." Bemerkenswert ist der Eingang dieses Privatbriefes von Decazes an Gontaut, da hier direkt anerkannt wird, daß keine unmittelbare Gefahr bestand. „Ich versuche", sagt er, „aus dieser Enthüllung den Vorteil zu ziehen, den sie erlaubt. Ich tue es mit um so größerer Mäßigung als, dank Ihnen, die unmittelbare Gefahr verschwunden ist; aber ich hoffe darüber genug zu sagen und deutlich genug zu sprechen, damit man bei dieser seltsamen und vermessenen Theorie (von Radowitz) verweilt und ihre Tragweite nicht vergißt."[44])

Gabriel Hanotaux sagt einmal von dem Herzog Decazes: „Dieser schlaue Gascogner wurde nicht immer selbst ein Opfer der Paniken, die er zu verbreiten suchte."[45]) Lord Newton, der 1880 der englischen Botschaft in Paris als Attaché zugeteilt wurde, nennt in seiner Biographie von Lord Lyons den Herzog geradezu einen unehrlichen Politiker und Intriganten[46]).

Nunmehr hielt Decazes die Stunde für die Alarmierung Europas gekommen; denn er glaubte, Deutschland sei durch die Entwicklung des Kulturkampfes in eine gewisse Isolierung geraten[47]). Er sandte also, wie gesagt, den Bericht Gontauts an den Botschafter in Petersburg und erkannte in dem Begleitschreiben an, daß Rußland Anspruch auf die größte Erkenntlichkeit Frankreichs habe. „Jetzt ist es an dem Kaiser", fuhr er fort, „sein Werk zu vollenden und zu befestigen. Ich habe Ihnen oft gesagt, daß in meinen Augen der Kaiser von Rußland der Schiedsrichter des Weltfriedens ist: jetzt kann er ihn auf lange Zeit hinaus sichern durch die Sprache, die er in Berlin[48]) führen wird, durch die Energie, mit der er seinen Willen bekunden wird, keine Störung des Friedens zuzulassen." Weiter erinnerte Decazes an die Äußerung des Zaren, er werde Frank-

reich von einer drohenden Gefahr benachrichtigen; und er sprach die Zuversicht aus, daß Rußland diejenigen, die sich auf seinen Schutz verließen, mit seinem Degen schützen werde.

Mit diesem Briefe des Herzogs Decazes und dem Berichte Gontauts begab sich Le Flô am 3. Mai zu Gortschakow[49]). Er begann ihm daraus vorzulesen, ließ aber einige Stellen aus. „Sie lesen nicht alles", unterbrach ihn Gortschakow. „Zwischen Ihnen und mir darf nichts verborgen bleiben, lesen Sie alles, Sie können mir alles sagen, ich muß alles wissen; denn ich will Sie bitten, mich den Brief dem Kaiser übergeben zu lassen." Den Ausdruck, daß Rußland den Degen ziehen sollte, fand Gortschakow zwar etwas stark, aber sonst ging er auf das Spiel Decazes' mit einer Bereitwilligkeit ein, die er noch vor ein paar Wochen nicht gezeigt hatte. Worin liegt der Grund für dieses Verhalten des Kanzlers?

Daß in Gortschakows Haltung tatsächlich eine Änderung eingetreten war, hatte der deutsche Botschafter in Petersburg, Prinz Reuß, schon am 2. Mai nach Berlin berichtet, also einen Tag vor Le Flôs Unterredung mit dem Fürsten. Der Prinz erwähnte in seinem Bericht eine Audienz des österreichischen Botschafters bei dem Zaren und erblickte in gewissen Äußerungen, die dabei gefallen waren, einen neuen Beweis dafür, daß der Kaiser künstlich in dem Glauben gehalten würde, die Unruhe, die zuweilen in die Gemüter käme, ginge von Berlin aus. „Daß diese Ansicht", schreibt Prinz Reuß, „im hiesigen Ministerium des Auswärtigen besteht, vom Fürsten Gortschakow nicht bekämpft und von außen her genährt wird, scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen." Der Botschafter hielt daher die bevorstehende Aussprache Kaiser Alexanders mit Kaiser Wilhelm für ungemein erwünscht und außerordentlich wichtig[50]).

Gortschakow befand sich damals in einer peinlichen Lage; denn er hatte eine Differenz mit dem Kaiser, die ihm sehr nahe ging. Der Geheimrat Westmann, Gortschakows rechte Hand im Ministerium des Auswärtigen, war nämlich schwer erkrankt, und Kaiser Alexander stand dem Vorschlage des Kanzlers, seinen Günstling Stremukow zum Nachfolger Westmanns zu ernennen, abweisend gegenüber. Die Angelegenheit hatte schon mehrere Wochen gespielt; aber gerade am 2. Mai berich-

tete Prinz Reuß, daß der ablehnende Bescheid des Zaren tatsächlich erfolgt sei. Gortschakow war sehr gekränkt; er glaubte, das Vertrauen seines Kaisers verloren zu haben, da seine Vorschläge nicht mehr genehmigt wurden und zweifelte sogar, ob der Kaiser ihn nach Berlin mitnehmen würde; das alles machte ihn so aufgebracht, daß er an seinen Rücktritt dachte[51]).

Nun versprach die Démarche Le Flôs dem russischen Reichskanzler einen glänzenden Ausweg aus dieser ärgerlichen Lage. Statt der Rückkehr in die Vergessenheit des Privatlebens bot sich ihm eine Gelegenheit, sich von neuem in der Gunst des Kaisers zu befestigen, eine glänzende diplomatische Aktion zu inszenieren und in Berlin als der Retter des europäischen Friedens aufzutreten. Und Gortschakow scheint sich in seiner Berechnung nicht getäuscht zu haben, daß der Brief von Decazes und Gontauts Bericht einen gewissen Eindruck auf Kaiser Alexander machen würden; jedenfalls waren kurz vor ihrer Abreise die Differenzen zwischen Gortschakow und dem Zaren beigelegt[52]). Dem französischen Botschafter ließ der Kaiser seine mündliche Zusage bestätigen und von neuem zusagen, daß er Frankreich warnen würde, wenn Gefahr drohe. Daß er für Frankreich den Degen ziehen würde, versprach er freilich nicht. Auch die Frage, wer Westmanns Nachfolger werden sollte, wurde zur Befriedigung von Gortschakow gelöst; Herr von Giers, der mit einer Nichte des Fürsten verheiratet war, erhielt den Posten.

Gortschakows Plan für die Aktion in Berlin war schnell entworfen. Kaiser Alexander sollte am 10. Mai dort eintreffen, es war also nur wenig Zeit, um einen gemeinsamen Schritt der Mächte vorzubereiten. Nun sollte in den nächsten Tagen der russische Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow, der sich gerade in Petersburg befand, auf seinen Posten zurückkehren und in Berlin die Fahrt unterbrechen; Kaiser Wilhelm wollte sich eigens von Wiesbaden nach der Hauptstadt begeben, um ihm eine Audienz zu gewähren. So wurde der Botschafter am 6. Mai vom Kaiser empfangen, am 5. und 6. hatte er Besprechungen mit Bismarck, und am 7. Mai fuhr er eilends weiter nach London mit dem besonderen Auftrag von Gortschakow, die Unterstützung der englischen Regierung zu erreichen.

Inzwischen hatte auch der Herzog Decazes von neuem begonnen, die englische Politik zu bearbeiten. Er sandte dem

französischen Geschäftsträger Gavard eine Reihe von Auszügen aus den Gontautschen Berichten, darunter den über das Gespräch mit Radowitz. Außerdem versicherte er sich der Unterstützung der Presse. Er gab Blowitz, dem Pariser Korrespondenten der „Times", selbst die Anregung zu einem fulminanten Artikel, der am Ende der Krisis eine ebensogroße Sensation und Erregung mit den obligaten Erschütterungen der Börse verursachte, wie der Artikel der „Post" es zu Anfang getan hatte! Zwei Tage bevor er den Artikel abschickte, am 2. Mai, sprach Blowitz mit dem deutschen Botschafter darüber, den er auf einer Soirée beim Herzog Decazes traf. In der Unterredung ermahnte Fürst Hohenlohe ihn, sich eines Angriffes auf Deutschland zu enthalten, aber Blowitz ließ die Einwürfe des Fürsten unberücksichtigt[53]). Der Herzog Decazes, in dessen Hause das Gespräch stattfand, verbreitete hinterher, daß Fürst Hohenlohe den Blowitzschen Artikel inspiriert habe. Der deutsche Botschafter, sagte er, wollte auf diese Weise die Pläne der deutschen Kriegspartei durchkreuzen. Offenbar sollte das ein neuer Beweis dafür sein, daß die deutschen Kriegsabsichten in Wirklichkeit bestanden hatten[54]).

Die Stellungnahme der englischen Regierung wurde durch den Blowitzschen Artikel schwerlich beeinflußt. Schon vorher hatten die beständigen Angstrufe des Herzogs von Decazes die Beschäftigung mit dem Gedanken an eine Intervention in London veranlaßt, aber Disraeli war der Meinung gewesen, daß eine Einmischung von seiten Englands Frankreich eher schaden würde[55]). Hingegen äußerte Lord Derby am 30. April zu dem französischen Geschäftsträger, daß Rußland in diesem Augenblick einen heilsamen Einfluß in Berlin ausüben könnte[56]), und am 3. Mai fragte er in einem Briefe an Lord Odo Russell: „Ist denn keine Aussicht vorhanden, daß Rußland eingreift, um den Frieden zu bewahren?" Ob die englischen Minister wirklich an eine ernstliche Kriegsgefahr geglaubt haben, ist aus dem vorliegenden Material nicht zu erkennen. Jedenfalls sagte Lord Derby noch am 6. Mai zu dem französischen Geschäftsträger, die Besorgnisse der Franzosen würden wenigstens augenblicklich von Lord Odo Russell nicht geteilt. Nach dessen letzten Berichten schien es Lord Derby fraglich, ob Bismarck den Krieg wolle, oder ob es ihm bloß darauf ankäme, die Welt glauben zu

machen, daß er ihn wolle. Er sei aber der bestimmten Ansicht, daß, wenn Bismarck den Krieg wolle, er gegen Österreich gerichtet sein würde. (Das war eine Lieblingstheorie Lord Odo Russells.) Als Gavard den Fall eines deutschen Angriffes auf Frankreich erwähnte, sagte Derby: „Ein solcher Angriff würde eine allgemeine Empörung in Europa verursachen, und dies Gefühl würde nirgends lebhafter sein als in England. Deutschland selbst könnte einer derartigen Erhebung der öffentlichen Meinung nicht Trotz bieten." Und er sagte weiter: „Sie können auf mich rechnen, Sie können darauf rechnen, daß die Regierung ihre Pflicht tun wird. Ich gebe Ihnen in dieser Hinsicht alle Versicherungen, die ein Minister eines konstitutionellen Souveräns geben darf."[57])

Da also Lord Derby selbst eine russische Intervention wünschte, kam Graf Schuwalows Vorschlag im rechten psychologischen Augenblick. Die Beziehungen zwischen der russischen und der englischen Regierung befanden sich gerade im Stadium der Besserung, und als Graf Peter Schuwalow Anfang Mai in Petersburg weilte, waren in London und Petersburg Besprechungen über Mittelasien im Gange. Diesen Umstand konnte Gortschakow für seinen Interventionsplan benutzen, und er ermächtigte Schuwalow, Lord Derby mitzuteilen, daß die russische Armee des Kaspischen Meeres den Befehl erhalten hätte, nicht weiter gegen Merw vorzugehen[58]).

Es ist nicht bekannt, ob Graf Schuwalow Aufzeichnungen hinterlassen hat, in denen er die Komödie schildert, welche er in London zu spielen hatte. Er hatte in Berlin den Kaiser und Bismarck, mit dem er persönlich befreundet war, gesehen und in London dem französischen Geschäftsträger selbst erzählt, der Kaiser sei über die Besorgnisse der Russen sehr erstaunt gewesen. Bismarck, berichtete er weiter, wisse, daß er weder Frankreichs wegen Rußland angreifen könnte, noch Frankreich, wenn Rußland sich dem widersetzte. Man könne also den Frieden für völlig gesichert halten[59]). Und mit dieser Überzeugung, daß der Friede völlig gesichert sei, hatte Schuwalow nun mit Lord Derby darüber zu verhandeln, daß sich Rußland, England, Österreich und Italien vereinigen müßten, um einen Krieg zu verhüten.

Eine einzige Unterredung zwischen Schuwalow und Derby genügte, um eine Übereinstimmung zu erzielen. Lord Derby

französischen Geschäftsträger Gavard eine Reihe von Auszügen aus den Gontautschen Berichten, darunter den über das Gespräch mit Radowitz. Außerdem versicherte er sich der Unterstützung der Presse. Er gab Blowitz, dem Pariser Korrespondenten der „Times", selbst die Anregung zu einem fulminanten Artikel, der am Ende der Krisis eine ebensogroße Sensation und Erregung mit den obligaten Erschütterungen der Börse verursachte, wie der Artikel der „Post" es zu Anfang getan hatte. Zwei Tage bevor er den Artikel abschickte, am 2. Mai, sprach Blowitz mit dem deutschen Botschafter darüber, den er auf einer Soirée beim Herzog Decazes traf. In der Unterredung ermahnte Fürst Hohenlohe ihn, sich eines Angriffes auf Deutschland zu enthalten, aber Blowitz ließ die Einwürfe des Fürsten unberücksichtigt[53]). Der Herzog Decazes, in dessen Hause das Gespräch stattfand, verbreitete hinterher, daß Fürst Hohenlohe den Blowitzschen Artikel inspiriert habe. Der deutsche Botschafter, sagte er, wollte auf diese Weise die Pläne der deutschen Kriegspartei durchkreuzen. Offenbar sollte das ein neuer Beweis dafür sein, daß die deutschen Kriegsabsichten in Wirklichkeit bestanden hatten[54]).

Die Stellungnahme der englischen Regierung wurde durch den Blowitzschen Artikel schwerlich beeinflußt. Schon vorher hatten die beständigen Angstrufe des Herzogs von Decazes die Beschäftigung mit dem Gedanken an eine Intervention in London veranlaßt, aber Disraeli war der Meinung gewesen, daß eine Einmischung von seiten Englands Frankreich eher schaden würde[55]). Hingegen äußerte Lord Derby am 30. April zu dem französischen Geschäftsträger, daß Rußland in diesem Augenblick einen heilsamen Einfluß in Berlin ausüben könnte[56]), und am 3. Mai fragte er in einem Briefe an Lord Odo Russell: „Ist denn keine Aussicht vorhanden, daß Rußland eingreift, um den Frieden zu bewahren?" Ob die englischen Minister wirklich an eine ernstliche Kriegsgefahr geglaubt haben, ist aus dem vorliegenden Material nicht zu erkennen. Jedenfalls sagte Lord Derby noch am 6. Mai zu dem französischen Geschäftsträger, die Besorgnisse der Franzosen würden wenigstens augenblicklich von Lord Odo Russell nicht geteilt. Nach dessen letzten Berichten schien es Lord Derby fraglich, ob Bismarck den Krieg wolle, oder ob es ihm bloß darauf ankäme, die Welt glauben zu

machen, daß er ihn wolle. Er sei aber der bestimmten Ansicht, daß, wenn Bismarck den Krieg wolle, er gegen Österreich gerichtet sein würde. (Das war eine Lieblingstheorie Lord Odo Russells.) Als Gavard den Fall eines deutschen Angriffes auf Frankreich erwähnte, sagte Derby: „Ein solcher Angriff würde eine allgemeine Empörung in Europa verursachen, und dies Gefühl würde nirgends lebhafter sein als in England. Deutschland selbst könnte einer derartigen Erhebung der öffentlichen Meinung nicht Trotz bieten." Und er sagte weiter: „Sie können auf mich rechnen, Sie können darauf rechnen, daß die Regierung ihre Pflicht tun wird. Ich gebe Ihnen in dieser Hinsicht alle Versicherungen, die ein Minister eines konstitutionellen Souveräns geben darf."[57])

Da also Lord Derby selbst eine russische Intervention wünschte, kam Graf Schuwalows Vorschlag im rechten psychologischen Augenblick. Die Beziehungen zwischen der russischen und der englischen Regierung befanden sich gerade im Stadium der Besserung, und als Graf Peter Schuwalow Anfang Mai in Petersburg weilte, waren in London und Petersburg Besprechungen über Mittelasien im Gange. Diesen Umstand konnte Gortschakow für seinen Interventionsplan benutzen, und er ermächtigte Schuwalow, Lord Derby mitzuteilen, daß die russische Armee des Kaspischen Meeres den Befehl erhalten hätte, nicht weiter gegen Merw vorzugehen[58]).

Es ist nicht bekannt, ob Graf Schuwalow Aufzeichnungen hinterlassen hat, in denen er die Komödie schildert, welche er in London zu spielen hatte. Er hatte in Berlin den Kaiser und Bismarck, mit dem er persönlich befreundet war, gesehen und in London dem französischen Geschäftsträger selbst erzählt, der Kaiser sei über die Besorgnisse der Russen sehr erstaunt gewesen. Bismarck, berichtete er weiter, wisse, daß er weder Frankreichs wegen Rußland angreifen könnte, noch Frankreich, wenn Rußland sich dem widersetzte. Man könne also den Frieden für völlig gesichert halten[59]). Und mit dieser Überzeugung, daß der Friede völlig gesichert sei, hatte Schuwalow nun mit Lord Derby darüber zu verhandeln, daß sich Rußland, England, Österreich und Italien vereinigen müßten, um einen Krieg zu verhüten.

Eine einzige Unterredung zwischen Schuwalow und Derby genügte, um eine Übereinstimmung zu erzielen. Lord Derby

war nicht nur bereit, die russische Démarche in Berlin zu unterstützen, sondern es auch zu unternehmen, die Kabinette in Wien und Rom zur Mitwirkung einzuladen[60]). Die Verabredungen Derbys mit Schuwalow wurden von dem englischen Kabinette gutgeheißen, und in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai, also kaum 48 Stunden nach Schuwalows Ankunft in London, erhielt Lord Odo Russell seine telegraphische Instruktion[61]).

Die Erklärungen, welche der Lord in Berlin abzugeben hatte, sind uns in der Form bekannt, wie das Auswärtige Amt sie dem deutschen Botschafter in London mitteilte. Danach hat Lord Odo erklärt, die englische Regierung bemerke mit Bedauern, daß Europa in Unruhe sei wegen französischer Maßregeln, in denen Deutschland eine Kriegsgefahr erblicke. England teile diese Befürchtungen nicht, wünsche hingegen zur Beschwichtigung beizutragen und stelle sich der deutschen Regierung zur Verfügung[62]). Der Botschafter entledigte sich seines Auftrages am 9. Mai, also am Tage vor Ankunft des Zaren und Gortschakows[63]).

Bismarck lehnte die guten Dienste Englands sofort höflich, aber entschieden ab, indem er jede Kriegsabsicht von seiner Seite bestritt. Gegenüber den Franzosen, sagte er, sei sein Motto nicht: „Up and at them", sondern: „Let them come on"[64]). Zugleich wurde Graf Münster angewiesen, Lord Derby zu danken und ihm zu sagen, daß die Beunruhigungen von der Presse, veranlaßt seien, besonders von der „Times". In einem weiteren Erlaß hieß es, England möge Frankreich zu beruhigen suchen[65]).

Der Plan von Decazes und Gortschakow, auch das Wiener Kabinett zu mobilisieren, schlug fehl. Andrássy lehnte den Vorschlag Derbys direkt ab und riet auch der italienischen Regierung, die sich deshalb an ihn wandte, seinem Beispiele zu folgen und streng neutral zu bleiben. Andrássy fürchtete ein russisch-deutsches Bündnis noch immer am allermeisten. Als er erfuhr, daß Gortschakow seinen Interventionsplan durch das russische Telegraphenbureau öffentlich bekannt machte, hoffte er sofort, daß Bismarck ihm diesen Streich nicht verzeihen würde, und er freute sich höchlichst der willkommenen Aussicht, daß Deutschland sich jetzt von Rußland entfernen und sich enger an Österreich-Ungarn anschließen würde. Und so geschickt operierte Andrássy, daß Gortschakow ihm seine Zurückhaltung

nicht übelnahm, während Bismarck um so mehr Vertrauen zu ihm faßte[66]). Gortschakow suchte freilich hinterher damit zu blüffen, daß er ebensosehr der österreichische wie der russische Bevollmächtigte gewesen sei[67]).

Am 10. Mai trafen der Zar und Gortschakow in Berlin ein. Zu ihrem Empfange erklärte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß die alarmistische Kampagne gewisser Zeitungen durch nichts gerechtfertigt sei. Die Sprache dieses Teiles der europäischen Presse sei um so rätselhafter, als zwischen der deutschen und der französischen Regierung auch nicht der geringste störende Vorgang stattgefunden habe; und an demselben Tage ließ die französische Regierung durch die „Agence Havas" folgendes Kommuniqué verbreiten: „Wir können formell versichern, daß die deutsche Regierung keinerlei Reklamation an unsere Regierung gerichtet hat. Zwischen beiden Regierungen besteht kein einziger Anlaß zu irgendwelchem Konflikt, und nach den Informationen, die aus allen europäischen Hauptstädten vorliegen, herrschen überall die friedlichsten Gesinnungen." So fanden der Zar und Gortschakow, als sie am 10. Mai in Berlin eintrafen, tatsächlich nichts zu pazifizieren vor.

Bismarck hat über seine Unterredung mit Gortschakow[68]) in seinen Gedanken und Erinnerungen geäußert: „Ich machte dem Fürsten lebhafte Vorwürfe und sagte, es sei kein freundschaftliches Verhalten, wenn man einem vertrauenden und nichtsahnenden Freunde hinterher auf die Schulter springe, um dort eine Zirkusvorstellung auf seine Kosten in Szene zu setzen, und daß dergleichen Vorgänge zwischen uns leitenden Ministern den beiden Monarchen und Staaten zum Schaden gereichten. Wenn ihm daran liege, in Paris gerühmt zu werden, so brauchte er deshalb unsere russischen Beziehungen noch nicht zu verderben; ich sei gern bereit ihm beizustehen und in Berlin Fünffrankenstücke schlagen zu lassen mit der Umschrift: „Gortschakow protège la France"; wir könnten auch in der deutschen Botschaft ein Theater herstellen, wo er in der französischen Gesellschaft mit derselben Umschrift als Schutzengel im weißen Kleide und mit Flügeln im bengalischen Feuer vorgeführt würde."[69])

Als Gortschakow am 11. Mai bei Gontaut war, sprach er wieder ganz in dem beruhigenden Tone wie vorher in Peters-

burg zu Le Flô, die letzte Unterredung vom 3. Mai ausgenommen. Er berührte zweimal die gewohnheitsmäßige Übertreibung der französischen Beunruhigungen. „Sie haben sich also hier gesorgt und sich beunruhigt", sagte er. „Der Zar wünscht Sie morgen um 1 Uhr zu sehen, und er wird Ihnen vielerlei sagen, was Sie vollständig beruhigen und sehr befriedigen wird. Ich selbst habe gestern Abend Bismarck gesprochen; ich bescheinige Ihnen, daß er vollständig friedliebend ist, und daß Sie von seiner Seite durchaus nicht den Krieg fürchten dürfen. . . . Ich habe lang mit ihm gesprochen, und er hat mir wiederholt gesagt, daß kein Zwischenfall und keine Differenz zwischen Frankreich und Deutschland besteht, daß Ihre gegenseitigen Beziehungen vielmehr recht gut sind. Was Ihre Heeresorganisation betrifft, so haben Sie das Recht, sie zu machen, wie Sie es wünschen; niemand hat das Recht, Ihnen dreinzureden." Gortschakow fuhr fort: „Sie können vollständig beruhigt sein. Übrigens glaube ich, daß Sie sich in Frankreich, allgemein gesprochen, etwas vor Ihren übertriebenen Besorgnissen in acht nehmen sollten." Dann sprach man von den Radowitzschen Äußerungen. Gortschakow versicherte Gontaut, daß Bismarck die nicht Doktrin des Präventivkrieges verträte. Der Botschafter nannte darauf Moltke. „Oh gewiß", sagte Gortschakow, „Moltke neigt leicht zum Kriege. Bismarck sagt, er ist ein guter Soldat, aber er hat nicht die geringste Idee von Politik. Durch Moltkes Äußerungen muß man sich nicht beunruhigen lassen. Was den Kaiser Wilhelm betrifft, so ist er gegen den Krieg; er ist unerschütterlich darin."[70])

3.

Der Friede war also gesichert, wie Gortschakow in seinem Zirkular den russischen Diplomaten im Ausland verkündete. Während aber die historischen Veröffentlichungen der letzten zwanzig Jahre bei uns Bismarcks wiederholte Versicherungen, daß der Kriegslärm grundlos gewesen ist, durchaus bestätigen, herrscht bei den französischen Geschichtschreibern immer noch die Neigung, an der Überlieferung festzuhalten, daß Bismarcks Politik damals den Frieden bedroht hat; niemand ist jedoch imstande gewesen, auch nur die Wahrscheinlichkeit davon einigermaßen überzeugend nachzuweisen.

Bismarck selbst hat sich in der Beurteilung der Rollenverteilung in diesem diplomatischen Spiele in einigen Punkten geirrt. Gortschakow hat er freilich völlig richtig beurteilt. Aber auf französischer Seite war sein eigentlicher Gegenspieler nicht, wie er glaubte, der Botschafter in Berlin, Gontaut-Biron, sondern der französische Minister des Auswärtigen, der Herzog Decazes. Bismarck hielt Gontaut-Biron für einen großen Intriganten; er mißtraute ihm unter anderem besonders wegen seiner guten Stellung am Berliner Hofe, und weil die Kaiserin Augusta sich für ihn interessierte. Außerdem glaubte Bismarck irrtümlich, daß Gontaut im Jahre 1875 in Petersburg gewesen war, und folgerte daraus, er habe dort die Intrige mit Gortschakow eingefädelt. Tatsächlich fiel Gontauts Reise an die Newa ins Jahr 1874. Ein anderer Irrtum des Fürsten, der ebenfalls in die Gedanken und Erinnerungen übergegangen ist, sei nebenbei bemerkt. Hier wird der französische Vorleser der Kaiserin, Gerard, mit Gontaut in Verbindung gebracht. Gerards Korrespondenz mit Gambetta soll nach Bismarcks Aussage das Hauptmaterial zu der antideutschen Sensationsschrift: „La société de Berlin“ geliefert haben, die zuerst in der Nouvelle Revue und dann in Buchform erschien, und die in Deutschland verboten wurde. Tatsächlich war der Verfasser oder vielmehr die Verfasserin der „Société de Berlin“ nicht französischer sondern polnischer Nationalität; es war die Prinzessin Katharina Radziwill[71]).

Das Motiv, das Decazes' Intrigenspiel leitete, war, so weit wir sehen können, einerseits ehrliche Furcht vor einem deutschen Gewaltstreich, anderseits aber das Bestreben, mit diesem Furchtmotiv auf die anderen Mächte Eindruck zu machen und vielleicht auf diesem Wege eine Art von Koalition gegen Deutschland ins Leben zu rufen. „Wird man nicht“, schreibt er während der „Krisis“ an den französischen Botschafter in Wien, „so viel Mut haben, sich zu Fünfen aufzustellen und zu proklamieren, daß man den Frieden will?“[72]) Er dachte an einen europäischen Kongreß, an eine Konferenz, an ein Schiedsgericht. Lord Lyons urteilte, Decazes schreie zu oft, daß der Wolf da sei, so daß man ihm nicht mehr glauben würde, wenn der Wolf wirklich käme[73]). Welch unglaubliche Gerüchte damals in Paris umgingen, mögen folgende Beispiele berichten:

Decazes erzählte dem englischen Botschafter am 11. März 1875, Fürst Orlow (der russische Botschafter) habe im Januar 1874 die Nachricht überbracht, die deutsche Armee habe den bestimmten Befehl erhalten, Nancy zu besetzen; die Order sei nur unter russischem Druck zurückgenommen worden[74]). Im April und Mai 1875 scheint sich die Furcht von Decazes auf die Aufnahme der Heeresreform konzentriert zu haben. Er argwöhnte, Bismarck wolle Frankreich nötigen, sein neues Kadergesetz, das bereits rechtskräftig geworden war, abzuändern, so daß die Republik überhaupt die Freiheit verlieren könnte, unabhängig über das Maß ihrer Rüstungen zu entscheiden. Er fürchtete entweder ein direktes deutsches Ultimatum über diesen Gegenstand oder einen neuen Erfolg Bismarckscher Diplomatenkunst, der diesen instand setzte, durch die Mächte einen Druck auf die französische Regierung auszuüben. Unmittelbar bevor der Zar in Berlin eintraf, spricht Decazes in einem besonders aufgeregten Briefe an Gontaut von seiner Sorge, daß der Zar die Rüstungsfrage zur Sprache bringen könnte, und gibt dem Botschafter für diesen Fall die ausführlichsten Instruktionen. Und als der russische Besuch vorübergegangen war, ohne daß man diese Frage auch nur gestreift hatte, schreibt Decazes mit einem Stoßseufzer der Erleichterung an Gontaut: „Endlich sind wir dieser furchtbaren Gefahr entronnen. Sie hatte mir das Herz schwer gemacht. Man wollte uns vor die Wahl der Invasion oder der Abrüstung stellen, und die Abrüstung sollte vielleicht nur das Vorspiel der Invasion bilden."[75])

Nun war die Furcht des Herzogs, daß Rußland etwas geneigt sein könnte, einen Schritt zur Beschränkung der französischen Rüstungen zu tun, völlig grundlos, nachdem der Kaiser dem Botschafter Le Flô die freundschaftlichsten Versicherungen gegeben, und nachdem Gortschakow wiederholt erklärt hatte, Frankreich müsse erstarken. Vor allen Dingen muß als ganz ausgeschlossen gelten, daß Bismarck die europäische Lage so verkannt hätte, daß er daran denken konnte, durch die Mächte einen Druck auf Frankreich auszuüben. Hat Bismarck überhaupt den Plan gehabt, Frankreich zu einer Änderung seines Kadergesetzes zu nötigen? Niemand hat jemals nachweisen können, daß diese Besorgnisse des Herzogs Decazes tatsächlich begründet gewesen sind. Auch Hanotaux kann nur von einer „Hypothese"

des Herzogs sprechen und muß zugeben, daß Bismarck nirgends einen Schritt in jener Richtung getan hat[75]). Überhaupt wurde es Decazes nicht ganz leicht, seine Landsleute von der Berechtigung seiner Befürchtungen zu überzeugen. Gambetta sagte später dem Fürsten Hohenlohe, er habe an die Kriegsgefahr, die Decazes vorspiegelte, nicht geglaubt und habe dem Minister das in einer parlamentarischen Kommissionssitzung offen ins Gesicht gesagt[77]). Auch in dem Kreise von Thiers wollte man durchaus nicht an den Alarm glauben, ja Thiers tadelte Decazes, daß er sich nicht mit Bismarck verständigen könnte. Schließlich gelang es Decazes doch, die Zweifel des ersten Präsidenten der Republik zu zerstreuen[78]). Decazes hat in dem letzten Stadium der Krisis nämlich noch mit einem neuen Argument gearbeitet, das die Bemerkung Hanotaux' erklärte, der schlaue Gascogner sei auf die Paniken, die er verbreitete, nicht immer selbst hineingefallen. Es handelt sich hier um eine Unterredung, die er mit dem deutschen Botschafter, dem Fürsten Hohenlohe, gehabt hat.

Dieses Gespräch fand am 5. Mai statt, also an dem Tage, wo Schuwalow bereits in Berlin angekommen war und seine Audienz beim Kaiser Wilhelm sowie die Unterredung mit Bismarck hatte. Die diplomatische Aktion von Decazes war längst eingeleitet, so daß dieses Gespräch unmöglich als Motiv dafür angeführt werden kann. Hohenlohe war im Begriffe auf Urlaub zu gehen, ebenfalls ein Umstand, der durchaus nicht auf eine unmittelbar bevorstehende Krisis hindeutet. Er schob seine Abreise nur um einen Tag auf, um noch einmal mit Decazes zu sprechen. Hohenlohe teilte dem französischen Minister mit, Gontauts letzter Bericht sei doch vielleicht etwas zu optimistisch gewesen; die deutsche Regierung sei nicht vollständig überzeugt, daß die französischen Rüstungen jedes offensiven Charakters entbehrten. Sie könne nicht recht glauben, daß die vierten Bataillone wirklich nur eingeführt worden seien, um das Avancement der Hauptleute zu verbessern und halte es für klug, doch mit einer energischen Durchführung des Heeresgesetzes zu rechnen. Das war aber keine amtliche, sondern höchstens eine offiziöse Mitteilung; denn Hohenlohe betonte, er habe nicht den Auftrag, dieses zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen, es sei ihm nur zu seiner persönlichen Information geschrieben worden. Decazes teilte dem franzö-

sischen Botschafter in Berlin privatim sogar mit, Hohenlohe hätte wiederholt gesagt, weder er noch der deutsche Militärattaché hielten die Sache für wichtig; und er fügt in diesem Privatbriefe hinzu: ich habe also den Schluß gezogen, daß Hohenlohe nicht den Auftrag hatte, mich zu benachrichtigen, sondern nur festzustellen, daß der Zwischenfall der vierten Bataillone noch nicht geschlossen sei."[79])

Nun ist bemerkenswert, daß von dieser Unterredung in der Öffentlichkeit nie etwas verlautet ist, bis Ernest Daudet im Oktober 1879 im „Figaro" darauf zurückkam, wo er die Sache folgendermaßen darstellte[80]). Fürst Hohenlohe habe im Namen seiner Regierung die französischen Rüstungen für einen agressiven Akt erklärt und den Herzog Decazes gebeten, das zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Artikel war ohne jeden Zweifel von Decazes inspiriert[81]). Daudet erzählt ferner darin, Fürst Hohenlohe habe zu französischen Freunden gesagt: „Ich will nicht hier sein, wenn es zum Bruch kommt. Wenn ich mitteile, daß ich abreise, so wissen Sie, was das bedeutet." Und weiter ließ Herzog Decazes völlig wahrheitswidrig schreiben, Hohenlohe habe vor der Abreise zu ihm gesagt: „Ich habe von meiner Regierung den Auftrag Ihnen zu erklären, daß Ihre Rüstungen eine Gefahr für Deutschland bedeuten."[82]) Hierzu kommt eine Äußerung des Herzogs de Broglie, welcher dem Ministerium präsidierte, dem Decazes als Chef des Auswärtigen Amtes beitrat, und der nachher das Ministerium des Innern übernahm. Der Herzog de Broglie sagt in seinem Buche über Gontaut-Biron, augenscheinlich in ehrlicher Überzeugung, Decazes habe aus jenen Eröffnungen Hohenlohes gar keinen anderen Schluß ziehen können, als daß sie der Vorbote einer amtlichen deutschen Aufforderung wären, das bereits rechtskräftig gewordene Kadergesetz nicht einzuführen und die Rüstungen herabzusetzen[83]). Der Tatbestand begründet jedoch, wie Decazes Briefe an Gontaut zeigen, nicht die geringste Berechtigung zu dieser Schlußfolgerung.

Daudet erzählt weiter, wie der Herzog Decazes wenigstens in einem Falle verstanden hat, die Unterredung mit Hohenlohe auszunutzen. Eine Stunde darauf traf er — wahrscheinlich absichtlich — den russischen Botschafter Fürst Orlow und schilderte ihm die Gefahr, in der Frankreich sich befand. Darauf

fragte Orlow, was Frankreich im Falle eines Angriffs tun würde. (Decazes hatte also nicht bloß von einer deutschen Forderung abzurüsten gesprochen, sondern von der Absicht des Präventivkrieges.) „Was wir tun würden?" rief Decazes erregt aus, „wir würden uns hinter der Loire zurückziehen, dort würden wir unsere Armee zusammenziehen und das deutsche Heer den Rest Frankreichs besetzen lassen."

„Das werden Sie nicht tun", warf der russische Botschafter ein. „Wir werden es tun; es ist beschlossen, und Europa wird ruhig, das Gewehr bei Fuß, zusehen, wie Frankreich angegriffen und verwüstet wird, ohne sich zu verteidigen."

Fürst Orlow berichtete diese Umstände nach Petersburg. Die Annahme liegt nahe, daß Decazes auch dem Herzog de Broglie, Thiers und schließlich auch Lord Derby den Vorgang in diesem durchaus falschen Licht dargestellt hat. Denn der Lord spricht in seiner Oberhausrede vom 31. Mai ausdrücklich von der Befürchtung der französischen Regierung, daß der nächste Schritt von deutscher Seite eine förmliche Aufforderung an Frankreich sein werde, die Rüstungen nicht fortzusetzen. Mit allem Grund äußert daher der Herzog de Broglie seine Verwunderung, daß jene angebliche Démarche des Fürsten Hohenlohe, von deren Bedeutung er überzeugt ist, so völlig unbeachtet geblieben sei[84]).

Was war nun in dieser Frage tatsächlich von deutscher Seite geschehen? Bismarck hat — wie es scheint Ende April — die diplomatischen Vertreter Deutschlands angewiesen, die fremden Kabinette auf die Rüstungen Frankreichs aufmerksam zu machen. Die Instruktionen des Auswärtigen Amtes selbst sind nicht bekannt, aber einige Angaben über die Schritte der deutschen Botschafter liegen doch vor. So berichtete Prinz Reuß am 22. April aus Petersburg: „Der General von Werder hat bei dieser Gelegenheit (einer Audienz beim Kaiser) die Bedeutung des neuen französischen Kadergesetzes hervorgehoben und die riesenhaften Ziffern angegeben, welche die französische Armee auf Friedensfuß in etwa zwei Jahren erreichen würde."[85]) Sodann schreibt Lord Derby am 3. Mai an Lord Odo Russell: „Münster ist in den letzten Tagen nicht bei uns gewesen; als ich ihn zuletzt sah, äußerste er sich über die französischen Rüstungen in genau derselben Weise, wie es nach

Ihrem und anderen Berichten die Vertreter Deutschlands in ganz Europa getan haben."[86]) Endlich besitzen wir ein Zeugnis des Grafen Münster selbst. Er schreibt am 23. Juni 1875 an Rudolf von Bennigsen, er habe Lord Derby die entschiedene Versicherung gegeben, daß keine Forderung der Entwaffnung an Frankreich gestellt werden würde, und Lord Derby habe ihm diese seine Erklärung bestätigt[87]). Was kann nun Bismarck mit jener Démarche beabsichtigt haben? Vermutlich nichts anderes, als was die französische Regierung selbst beabsichtigte, als sie ihre eigenen Vertreter im Auslande beauftragte, die fremden Regierungen auf die deutschen Rüstungen aufmerksam zu machen. In Petersburg hat General Le Flô zu Kaiser Alexander sogar früher von den deutschen Rüstungen gesprochen, als General von Werder von den französischen. Und in diesen Mitteilungen der deutschen Regierung an das Ausland soll eine Drohung mit einem Abrüstungsultimatum oder einem Angriffskriege gelegen haben?

Aber wir finden dasselbe Argument Daudets und des Herzogs de Broglie auch in der Rede, die Lord Derby am 31. Mai 1875 über die englische Intervention im Oberhause gehalten hat. Zur Begründung der damals bestehenden Kriegsbesorgnisse und der dadurch veranlaßten englischen Démarche in Berlin führte er als positive Tatsache an: Deutsche in hohen Stellungen hätten Äußerungen getan, daß ein Präventivkrieg gerechtfertigt sei, und daß Frankreich abrüsten müsse, wenn der Krieg vermieden werden solle. Es ist klar, daß die ersten Äußerungen auf Moltke und Radowitz zurückgehen, während die letzten sich auf den Fürsten Hohenlohe beziehen. In Berlin hatte man jedoch keine Kenntnis davon, in welcher Weise der Herzog Decazes die Mitteilungen Hohenlohes benutzt hatte. Wenn nun Lord Derby in seiner Rede sagte, jene Sprache sei von „Personen von höchstem Ansehen und höchster Stellung" geführt worden; und weiter: jene Erklärungen seien von hochgestellten Personen in Deutschland getan und in anderen Ländern wiederholt worden, so paßte diese Ausdrucksweise nach englischem Sprachgebrauche nicht gut auf Moltke oder Radowitz, sondern eher auf einen Minister oder Botschafter. Auch die Königin Viktoria sprach in ihrem Briefe an Kaiser Wilhelm von Personen, die als „Vertreter" der kaiserlichen Regierung gelten müßten.

Offenbar ging dies alles auf den Fürsten Hohenlohe, aber in Berlin ahnte man das gar nicht; denn Hohenlohe hatte keinerlei Äußerungen dieser Art getan, und natürlich auch nicht darüber nach Hause berichtet. In Deutschland glaubte man vielmehr, Lord Derby habe mit seinen Äußerungen den Grafen Münster im Auge; und Bismarck konnte nicht verstehen, mit welchem Rechte Königin und Minister sich auf ihn berufen konnten[88]). Nun scheint es, daß Lord Derby in seiner Rede tatsächlich den „deutschen Botschafter" genannt hat. In dem korrigierten Hansard-Berichte findet sich freilich nichts davon. Aber auf der Pressegalerie wurde der Minister, der eine undeutliche Aussprache hatte, so verstanden, und das Reutersche Bureau telegraphierte diese Erwähnung des „deutschen Botschafters" nach auswärts. Alle Welt, den Grafen Münster selbst eingeschlossen, bezog diese Anspielung auf den deutschen Botschafter in London. Nun hätte Lord Derby nach englischem Herkommen den Grafen Münster nicht ohne seine Zustimmung öffentlich nennen dürfen. Auf eine Anfrage Münsters bestätigte Derby ihm auch ausdrücklich, daß er jene Äußerung nicht getan, sondern vielmehr erklärt habe, es werde keine Forderung einer Entwaffnung an Frankreich gestellt werden[89]).

In Deutschland wurden jene Behauptungen Lord Derbys mit aller Bestimmtheit im „Reichsanzeiger" dementiert[90]), aber man ist dann der Sache nicht weiter nachgegangen.

Decazes erzählte Hohenlohe am 5. August 1875 die ganze Gontaut-Radowitzsche Geschichte, aber mit Verdrehung der Daten, was Hohenlohe wohl nicht kontrollieren konnte. Den Bericht über Radowitz hatte Decazes am 26 April erhalten, und der Besuch Hohenlohes fand am 5. Mai statt; aber Decazes stellte die Zeitfolge umgekehrt dar und legte alles Gewicht auf die Äußerungen von Radowitz, durch die die große Beunruhigung entstanden sei[91]). Nach der Rede Lord Derbys schrieb Kaiser Wilhelm an die Königin Viktoria, die englische Regierung habe also doch an jene Kriegsgerüchte geglaubt, und es hätte ihn geschmerzt, daß sie ihn wirklich eine Zeitlang als europäischen Störenfried betrachtet habe, was sie doch bei Kenntnis seines Charakters für unmöglich hätte halten sollen. „Denn niemand mehr wie ich", berichtet der Kaiser an Bismarck über diesen Briefwechsel, „sei von der Ansicht durchdrungen, daß derjenige,

welcher in Europa einen Krieg provoziere, die ganze öffentliche Stimme gegen sich haben würde. . . . Die Äußerungen, die man dem F.-M. Moltke in den Mund lege, seien eine Ansicht, die jedermann bei einem Streit mit anderen habe, de se mettre en avantage, aber kein Politiker, also auch er nicht, werde aus frivolen Gründen Europa in einen Krieg stürzen wollen."[92]) Die Königin Viktoria antwortete darauf, daß ohne daß der Kaiser es wisse, auch andere Personen in seiner Nähe dergleichen Ansichten laut äußerten. Sie wolle aber darauf nicht weiter eingehen, da das Ganze der Vergessenheit übergeben sei. Bismarck, dem der Kaiser von diesem Briefwechsel Mitteilung machte, antwortete: die Quellen müßten der Königin doch für sehr sicher gegolten haben, sonst würde sie sich nicht von neuem darauf berufen haben. „Ich weiß nicht, ob Eure Majestät es für tunlich halten, die Königin Viktoria beim Worte zu nehmen, wenn Ihre Majestät versicherte, ‚es sei Ihr „ein leichtes" nachzuweisen, daß Ihre Befürchtungen n i c h t übertrieben waren'. Es wäre sonst wohl von Wichtigkeit, zu ermitteln, von welcher Seite her so ‚kräftige Irrtümer' nach Windsor haben befördert werden können." Bismarck ergeht sich dann in Vermutungen, was Graf Münster wohl gesagt haben könne, der übrigens niemals beauftragt worden sei, auch nur in akademischer Weise von der Nützlichkeit eines Krieges mit Frankreich zu reden[93]).

Der Gedanke, daß Fürst Hohenlohe in die Intrige hineingezogen worden war, scheint Bismarck gar nicht gekommen zu sein. Aber auch der Herzog de Broglie äußert seine Verwunderung, daß man immer nur von dem deutschen Botschafter in London und nicht von dem in Paris gesprochen habe[94]). Der Herzog Decazes hätte ihn darüber aufklären können. Bismarck, dessen Entlassungsgesuch natürlich nicht bewilligt worden war, der aber unbeschränkten Urlaub erhalten hatte, hielt sich den Geschäften fern; seiner Anregung, die Korrespondenz mit der Königin Viktoria fortzusetzen, scheint keine Folge gegeben zu sein, und infolgedessen blieb es unentdeckt, daß man es nur mit einem Phantasiespiel des „schlauen Gascogners" zu tun gehabt hatte.

Das Verhalten Lord Derbys und die Stellungnahme des englischen Kabinetts ist nach ihren Motiven nicht ganz durchsichtig. Lord Derby besaß die ausdrückliche Versicherung des Grafen

Münster, daß Deutschland die Rüstungsfrage nicht stellen werde. Nachdem die französische Regierung ihm nun das Gegenteil versichert hatte, tat er nicht etwa durch den Botschafter in Berlin Schritte, um sich des wirklichen Tatbestandes zu vergewissern, sondern entschloß sich sofort, binnen 48 Stunden zu diesem „so gewichtigen und für uns so unfreundlichen Schritt" einer Intervention in Berlin[95]). Von einer einseitigen englischen Démarche hatte das Londoner Kabinett nichts wissen wollen, aber der Gedanke einer Intervention, namentlich wenn sie von Rußland ausging, war ihm an sich sympathisch. Bildete die Sorge um den europäischen Frieden das einzige Motiv für die englische Regierung, wenn sie gern die Gelegenheit ergriff, sich von Rußland vorschieben zu lassen? Bismarck hat nach seiner Entlassung einmal in der Presse aussprechen lassen, Disraeli habe das Dreikaiserbündnis sprengen und Deutschland isolieren wollen[96]). Das entsprach durchaus den Tatsachen, und von diesem Gesichtspunkt war es ein geschickter Zug, wenn die englische Regierung Gortschakows Intervention in der Absicht unterstützte, den Riß zwischen den beiden Kanzlern zu erweitern.

Jedenfalls war die ganze Affäre von 1875 ein Nachspiel des deutsch-französischen Krieges. Sie hat vor allem ein symptomatisches Interesse, insofern sie zeigt, welches Maß von Mißtrauen die bloße Tatsache, der neuen deutschen Machtentwickelung hervorgerufen hatte. Nur von diesem Gesichtspunkte aus ist es erklärlich, daß ohne jeden sachlichen Grund, nur durch eine geschickt angelegte Intrige eine diplomatische Intervention in Berlin herbeigeführt werden konnte. Politische Folgen von Bedeutung haben jene Vorgänge nicht gehabt; das erkennt man schon daraus, daß es Bismarck nicht der Mühe für wert hielt, nachdem die Affäre erledigt war, ihrem Ursprung näher nachzugehen. Sein politisches Interesse wandte sich bald einem andern Gegenstande zu. Im Orient entwickelte sich eine Lage, die die realen Interessen der Mächte ins Spiel brachte, sie bot eine Gelegenheit, die wirkliche Politik Bismarcks kennen zu lernen.

Kapitel 3.

Die Orientkrisis von 1875 bis 1877.

1.

Bismarck hatte die orientalische Frage und die Orientpolitik der Mächte schon als Bundestagsgesandter während des Krimkrieges praktisch kennen gelernt. Er hatte damals die Wiener Politik bekämpft, die sich zur Förderung der österreichischen Orientinteressen den Beistand Preußens und des deutschen Bundes zu sichern suchte. Aus der Zeit des Krimkrieges stammte die tiefe Entfremdung zwischen Rußland und Österreich, die Bismarck 1866 die Lösung der deutschen Frage so wesentlich erleichterte. Unter den neuen Verhältnissen betrachtete er es aber als seine Hauptaufgabe, die Orientinteressen Rußlands und Österreichs miteinander zu versöhnen und einen Konflikt zwischen den beiden Nachbarmächten zu verhindern. Neben den Beziehungen zu Frankreich wurde dies das zentrale Problem seiner Festlandspolitik.

Im Sommer 1875 entstand eine neue Orientkrisis; sie begann mit einem lokalen Aufstand halb agrarischen, halb politisch-religiösen Charakters in der Herzegowina, der sich schnell ausbreitete und bald nach Bosnien übergriff. Unterstützt und wahrscheinlich vorbereitet war die Erhebung durch Montenegro und Serbien, die die beiden türkischen Provinzen für sich selbst zu erwerben hofften. Dieses zu verhindern, war der leitende Gedanke von Andrássys Orientpolitik.

Österreich hatte seit dem Krimkriege die Politik verfolgt, die Türkei zu erhalten und war darin so weit gegangen, die christlichen Nationalitäten so gut wie ganz zu ignorieren und seine eigenen dortigen Handelsinteressen zu vernachlässigen. Die damaligen Leiter der Wiener Politik hatten fast nur die Machtstellung Österreichs in Deutschland und Italien im Auge, und auch Beust, der wenigstens in der Theorie die Orientinteressen der Monarchie belegen wollte, ordnete sie im Grunde doch seiner deutschen Politik unter. Andrássy nahm einen ganz anderen Standpunkt ein. Schon als ungarischer Ministerpräsident hatte er den Einfluß der Monarchie gegenüber dem nach ausschließlicher Macht strebenden Rußland um jeden Preis stärken und

namentlich Serbien der russischen Einflußsphäre entreißen wollen. Der bloße Gedanke empörte ihn, daß bei einem eventuellen Zerfall der Türkei der Zar ohne Rücksicht auf Österreich-Ungarn für sich das Recht beanspruchen könnte, eigenmächtig über das Geschick der Balkanvölker zu entscheiden[1]).

Gortschakow seinerseits hatte aus dem Krimkriege die Lehre gezogen, daß Rußland keine einseitige Aktion gegen die Türkei unternehmen dürfe. Der Grundgedanke seiner Orientpolitik war vielmehr, statt dessen eine kollektive Aktion der europäischen Mächte, eine europäische Oberaufsicht und Kontrolle herbeizuführen[2]); und er hat wiederholt Anläufe gemacht, ein europäisches Konzern mit Rußland als Mittelpunkt zu bilden, um die neue Phase der Orientfrage in einem für das Zarenreich günstigen Sinne zu beendigen.

Schon bei der Berliner Begegnung der drei Kaiser im Jahre 1872 besprachen Gortschakow und Andrássy die Orientfrage. Letzterer bestritt alle Absichten auf die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina. Österreich wünsche die Erhaltung der Türkei in ihrem gegenwärtigen Bestande, und wenn Änderungen eintreten, so sollte man sie ihrer eigenen Entwickelung überlassen. Andrássy trat der Ansicht Gortschakows bei, daß man sich in die innere Verwaltung der Türkei nicht einmischen, also das Prinzip der Nichtintervention anerkennen wolle; falls Erhebungen der christlichen Untertanen erfolgten, so sollte der Pforte jede Unterstützung zu ihrer Unterwerfung versagt werden, auch wenn sie darum nachsuchte[3]).

Im Jahre 1873 kam dann eine förmliche Verständigung zwischen den beiden Ostmächten zustande, in der Rußland seinem Rivalen ausdrücklich das Recht auf einen Einfluß in den christlichen Balkanländern einräumte. Es ist nicht bekannt, welche diplomatische Form diese russisch-österreichische Balkanentente erhalten hat. Ihr Charakter und Inhalt erhellt aus dem Jahresbericht des russischen Ministeriums des Auswärtigen für 1873. Dort heißt es: „Es ist unbestreitbar, daß Österreich-Ungarn, das eine lange Grenze mit der Türkei gemein hat, suchen muß, bei ihr das ganze Gewicht seiner materiellen Interessen geltend zu machen. Es ist ebenso natürlich, daß es den Blick auf die Möglichkeit einer Auflösung des Ottomanischen Reiches gerichtet hält. Aber für den Augenblick ist es nicht minder gewiß,

daß die dringendsten Interessen Österreich-Ungarns die Erhaltung des Friedens und des status quo erfordern. Dies sind für uns genügende Garantien, um den Versicherungen des Grafen Andrássy zu vertrauen, und wenn der gute Wille, den er heute den Vasallenprovinzen des Reiches erweist, das österreichische Interesse in den Gebieten entwickelt, wo das unsrige ungeteilt geherrscht hat, so würden wir darin keine Gefahr für die Zukunft des christlichen Orients, noch eine Bedrohung unseres Prestiges und unserer Interessen erblicken. Die christlichen Bevölkerungen können darin die Mittel finden, ihre Sicherheit zu konsolidieren, ihre Autonomie zu befestigen und ihre nationalen Hilfsquellen zu entwickeln. Wir bleiben unserer geschichtlichen Mission treu, indem wir sie auf dieser Bahn schreiten lassen, auch mit fremdem Beistande. Die Bande der Liebe, des Glaubens und der Rasse, die uns vereinigen, sind ein wirksames Gegengewicht gegen ein zu großes Anwachsen des österreichischen Einflusses. Sie werden unser bedürfen, um ihnen bei dem Widerstande gegen eine eventuelle Aufsaugung durch einen zu mächtigen Nachbarn zu helfen[4]).

Vermutlich hatte Gortschakow bei dieser russisch-österreichischen Annäherung in der Orientfrage die Nebenabsicht, eine zu große Intimität zwischen Wien und Berlin zu verhindern und die österreichisch-ungarische Politik an Rußland zu fesseln; tatsächlich aber blieb die Oriententente rein akademischer Natur. Bismarck beurteilt sie im Gespräch mit dem Freiherrn von Mittnacht: „Über allgemeine Redensarten kommen die beiden nicht hinweg, sie vereinigen sich über das Nichtstun; handelt es sich um etwas Positives, so kollidieren ihre Interessen."[5])

Der deutsche Kanzler betrachtete die orientalische Frage immer als eine Angelegenheit der Großmächte und vor allem unter dem Gesichtspunkte der Beziehungen Deutschlands zu Österreich und Rußland. Zum Fürsten Hohenlohe, der zum Botschafter in Paris bestimmt war, sagte er, ehe noch die Orientkrisis ausgebrochen war: wir hätten ein wesentliches Interesse, die guten Beziehungen zwischen Österreich und Rußland zu erhalten. Kämen diese in Streit, so hätten wir zwischen beiden zu optieren, und das wäre schlimm. In der orientalischen Frage, sollte Hohenlohe immer festhalten, hätten wir keine direkten Interessen. Deutschland müßte wohlwollend beiseite stehen

und dafür Sorge tragen, daß seine beiden östlichen Nachbarn sich verständigten und dann ihre Interessen mit unterstützen[6]). Ähnliches äußerte Bismarck zum Freiherrn von Mittnacht, als die Orientkrisis gerade begonnen hatte. Bei der türkischen Verwickelung, sagte er, seien Deutschlands Interessen nicht unmittelbar engagiert. Es habe nur das Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland zu fördern. Vereinigten sich die beiden, so sei das Reich ohne weiteres dabei; verständigten sie sich nicht, so könne Deutschland nicht majorisieren. Und weiter sagte er: es wäre außerordentlich schwer, zwischen Rußland und Österreich zu optieren; denn neutral zu bleiben, sei in solchen Fällen immer bedenklich. Treten wir zu Österreich, so würde Rußland ein unversöhnlicher Gegner und der Verbündete Frankreichs; im andern Falle würde es bedenklich mächtig[7]).

Das Desinteressement Deutschlands im Orient war für Bismarck ein politischer Grundsatz erster Ordnung. Während Windhorst den alten großdeutschen, in Wahrheit österreichischen Standpunkt vertrat, daß wir direkte Interessen im Orient hätten, erklärte Bismarck im Reichstag (am 5. Dezember 1876), die dortigen Interessen seien nicht „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert". Er sah eine gewisse Kompensation darin, daß Deutschland nicht nötig hätte, sich im Orient zu engagieren. „Dem Nachteile, den die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas zwischen den übrigen großen Nachbarmächten mit sich bringt, steht der Vorteil gegenüber, daß die zukünftigen Gestaltungen auf dem brennendsten Gebiet der europäischen Politik, dem orientalischen, Deutschland später berühren als die übrigen am Mittelmeer und im Orient in höherem Maße als Deutschland engagierten Mächte."[8])

Deutschland wird, heißt es in den Gedanken und Erinnerungen, „wenn es sich zurückzuhalten weiß, den Vorteil, daß es die in orientalischen Fragen am wenigsten interessierte Macht ist, um so sicherer verwerten können, je länger es seinen Einsatz zurückhält, auch wenn dieser Vorteil nur in längerem Genuß des Friedens bestände"[9]). Die Politik, die Bismarck hier anregt, hielt er schon während des Krimkrieges für die richtige; er hat sie in den Orientkrisen von 1875 bis 1878 und von 1885 bis 1888 selbst befolgt.

Der Bosnische Aufstand sollte die österreichisch-russische Oriententente auf die Probe stellen. Die Türkei war für Österreich-Ungarn ein ungefährlicher Nachbar, und Andrássy wünschte, daß ihr Gebietsbestand erhalten bliebe, solange es eben möglich war. Das mußte davon abhängen, ob die Pforte die Fähigkeit besaß, entweder den Aufstand schnell zu unterdrücken, oder durch Einführung von Reformen erträgliche und haltbare Zustände in den europäischen Provinzen herzustellen. Für den Fall, daß sie beides nicht vermöchte und ihre Herrschaft über Bosnien und die Herzegowina nicht behaupten könne, war Andrássy entschlossen, die beiden Provinzen nicht in andere Hände fallen zu lassen, sondern sie für Österreich-Ungarn zu erwerben. Unter keinen Umständen wollte er ihren Anschluß an Serbien und Montenegro dulden. Er mußte durchaus zu verhindern suchen, daß sich im Süden der Monarchie größere slavische Staaten bildeten, deren bloßes Dasein eine gefährliche Anziehungskraft auf die eigenen südslavischen Untertanen ausüben mußte.

Trotz der Oriententente, die Gortschakow mit ihm eingegangen war, rechnete Andrássy mit der Möglichkeit, daß Rußland der eventuellen Erwerbung Bosniens durch die Donaumonarchie Widerstand leisten würde; für diesen Fall hoffte er auf die Unterstützung Deutschlands. In einem Vortrage vor Kaiser Franz Joseph vom 31. August 1875 erklärte der Graf, seine Haltung während des deutsch-französischen Krieges und ebenso spätere Dienste, die er Bismarck geleistet, seien aus dem Bedürfnis entstanden, sich einen starken Bundesgenossen gegen die russische Macht zu sichern. Der Fall, daß Österreich Rußland gegen Deutschland brauche, würde nicht eintreten, aber „daß wir der Stütze Deutschlands gegen die traditionellen Tendenzen der Russen bedürfen können", sei nur zu leicht möglich[10]).

Unter diesen traditionellen Tendenzen der Russen verstand der Minister natürlich ihr Vordringen im Orient und ihren Anspruch, dort allein den maßgebenden politischen Einfluß auszuüben. Wir sehen also, daß Andrássy vom Beginn der Orientkrisis danach strebte, die Unterstützung der deutschen Politik zu erlangen, also Deutschland im Orient für die österreichisch-ungarischen Interessen zu engagieren. Das ist genau dieselbe Politik, die Österreich im Krimkriege verfolgt hatte, und die später Andrássys Nachfolger wieder aufnahm. Solange Bis-

marck im Amte war, hat die Wiener Politik dieses Ziel allerdings nicht erreicht.

Es gelang der Pforte nicht, den Aufstand niederzuwerfen, und das nächste Ziel der österreichischen Politik bestand darin, durch Einführung von Reformen eine Beruhigung der aufständischen Provinzen zu erzielen. Am Wiener Hofe und in der Armee gab es eine Partei, die die Annexion der beiden türkischen Provinzen unter allen Umständen anstrebte, um die früheren Gebietsverluste wettzumachen und den adriatischen Küstenbesitz, der seit der Abtretung Venetiens ungünstig gestaltet war, durch die Angliederung des Hinterlandes zu befestigen. Der Kaiser selbst, dessen Reise nach Dalmatien im Sommer 1875 mit diesen Tendenzen in Verbindung stand, neigte dem Besitzerwerb zu, ließ sich aber zu Andrássys Auffassung umstimmen. Auf der anderen Seite waren sowohl die Deutschen in Österreich als die Ungarn grundsätzlich gegen eine Besitzerwerbung, durch die die slavische Bevölkerung der Monarchie vermehrt werden mußte. Besonders stark war die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Rußland in der Orientfrage in Ungarn. Auf diese Stimmungen hatte Andrássy Rücksicht zu nehmen, aber sie entsprachen zugleich in hohem Maße seiner eigenen Denkweise. Einer gemeinsamen oder parallelen Aktion mit Rußland wollte er sich auf alle Fälle entziehen.

Andrássys Zweifel an der russischen Politik waren begründet. Gortschakow war bei seinem hohen Alter (er war 1798 geboren) nicht mehr imstande, eine große politische Aktion beherrschend zu leiten; ihm fehlte vor allen Dingen die Kraft, die Einheitlichkeit der russischen Politik zu wahren. Das hatte sich schon ein paar Jahre vorher bei den zentralasiatischen Fragen gezeigt. „Die Politik der russischen Regierung", schrieb der englische Botschafter in Petersburg, „ähnelte einem treibenden Flugsand; sie änderte sich fortwährend, je nachdem die entgegengesetzten Einflüsse der diplomatischen und der militärischen Partei die Oberhand hatten."[11]) Zu Anfang der Orientkrisis traten diese Gegensätze noch nicht so stark hervor, aber später hatte Gortschakow nicht nur die Militärs, die Panslawisten und russischen Nationalisten, deren Einfluß in der Gesellschaft, am Hofe, in der Armee und Beamtenschaft rasch wuchs, son-

dern auch einen Teil seiner eigenen Diplomatie gegen sich. Er selbst hatte seit vielen Jahren aus Popularitätssucht mit den Panslawisten geliebäugelt[12]).

Doch gehörte er selbst, ebenso wie Kaiser Alexander II., noch durchaus zu der Generation russischer Staatsmänner, deren Bildung und Geistesrichtung ganz europäisch, und die weder von der nationalrussischen, noch von der panslavistischen Idee ergriffen waren. Dagegen hegte er, ebenso wie sein Kaiser, den dringenden Wunsch, das im Pariser Frieden verlorene Gebiet in Bessarabien zurückzugewinnen.

Gortschakows Politik des Zusammengehens mit den anderen Mächten wurde vor allem durch die russischen Botschafter in Wien und London, Nowikow und Schuwalow, unterstützt; vielleicht nicht immer ganz nach seinen eigenen Wünschen, aber jedenfalls in dem Sinne, Rußland an der Seite Österreichs und Englands festzuhalten. Dagegen trat der einflußreiche Botschafter in Konstantinopel, General Ignatiew, mehr und mehr auf die Seite der ausgesprochenen Gegner des Kanzlers. Nach dem Urteile seines Botschaftsrats Nelidow, der ihn aus nächster Nähe beobachten konnte, fehlte es Ignatiew völlig an einem klaren Programm und deutlichen, zusammenhängenden Ideen, wie man die Orientfrage in ihrem weiteren Verlauf behandeln sollte. „Diese Systemlosigkeit", sagt Nelidow, „war der Hauptfehler dieses so scharfen und feinen Geistes, der leider nicht immer die natürlichen Folgen der Dinge überblickte. Er übersah höchstens den nächsten Tag, aber weiter sah er nicht, und namentlich machte er sich kein Bild von der endgültigen Lösung der Schwierigkeiten, die er so gut zu überwinden verstand, wenn sie auftauchten, aber ohne ein grundsätzliches Mittel zu finden. Und darum ist er in seiner ganzen Karriere gescheitert."[13])

Ignatiews Haltung wurde durch seine Stellung in Konstantinopel bestimmt. Er war seit dem Krimkriege der erste russische Botschafter, dem es gelungen war, einen maßgebenden Einfluß bei der Pforte zu gewinnen. Dieser Einfluß beruhte ganz allein darauf, daß der russenfreundliche Mahmud Nedim Pascha, der schon während seines ersten Großvezierats im engen Einvernehmen mit Ignatiew gestanden hatte, Ende August 1875 wiederum auf diesen Posten gestellt worden war.[14]) Mahmud

Pascha verdrängte in wenigen Wochen die Russenfeinde Midhat und Hussein Avni Pascha aus dem Ministerium, und dieser Ministerwechsel machte Ignatiew zum Herrn der Lage. Unter seinem Einflusse erklärte die Türkei den Staatsbankrott, eine Maßregel, die sich nicht zum wenigsten gegen das französische und englische Kapital richtete, das unter dem früheren Regime in das Land gezogen worden war. Aber unter den herrschenden Umständen wurde der Einfluß, den Ignatiew besaß, zur Fessel für ihn selbst. Er konnte der Pforte nicht raten, den bosnischen Aufstand energisch und schnell zu unterdrücken; das war schon angesichts der bereits sehr erstarkten panslavistischen Bewegung in Rußland nicht möglich, und es hätte seine Stellung nicht nur gegenüber den christlichen Untertanen der Türkei selbst, sondern auch bei ihren Vasallenstaaten, Rumänien, Serbien und Montenegro, untergraben. Anderseits konnte er die Türkei nicht verhindern, zu den Waffen zu greifen, denn ein solcher Versuch hätte zum Bruch führen müssen; und seine persönliche Stellung in Konstantinopel zu behaupten, war Ignatiew das Wichtigste. Als nun die Reformfrage auf die Tagesordnung kam, erklärte sich der Sultan zu Entgegenkommen bereit; aber die Reformen sollten nicht unter der kollektiven Leitung der Mächte, sondern unter der ausschließlichen Ägide Rußlands eingeführt werden. Das hatte Ignatiew im Widerspruch zu der amtlichen Petersburger Politik erreicht, und er vertrat den Standpunkt, daß Rußland seinem Bundesverhältnisse mit Deutschland und Österreich treu bleiben könne, auch wenn es die türkischen Reformen allein in die Hand nähme. Aber vorderhand war Gortschakow noch obenauf, und Kaiser Alexander schrieb an den Rand des Berichtes: „so verstehe ich die Bundestreue nicht."

In derselben Zeit stellte Ignatiews Botschaftsrat in Konstantinopel, Nelidow, in einer Denkschrift ein radikales Programm für die russische Orientpolitik auf. Sein Ziel war: Besetzung der Meerengen und Aufteilung der Europäischen Türkei bei der ersten möglichen Provokation; Egypten sollte an England, Syrien an Frankreich, die Inseln, Thessalien und Epirus an Griechenland fallen, Serbien und Montenegro sollten vergrößert werden, und Konstantinopel wollte er zu einer freien Stadt unter russischem Schutze machen: die Russen

dachten sich Byzanz damals als eine Art von orientalischem Frankfurt a. Main (vor 1866), als die Hauptstadt eines künftigen Balkanbundes[15]). Aus dem Rest der Europäischen Türkei wollte Nelidow zwei unabhängige Staaten bilden, einen bulgarischen und einen mazedonischen. Ignatiew jedoch mochte von diesem Mazedonien nichts wissen; ihm schwebte schon damals ein einziges Großbulgarien vor, dessen Existenz er durch die Bildung des bulgarischen Exarchats vorgearbeitet hatte[16]). Das nächste Schicksal der Denkschrift war, daß Gortschakow sie ungelesen beiseite legte, aber sie kam in die Hände des Thronfolgers und später in die des Zaren. Einstweilen siegte jedoch die europäische Politik Gortschakows.

Es hing wohl mit der politischen Lage in Konstantinopel und mit der Stellung, die Ignatiew dort einnahm, zusammen, wenn Gortschakow die Initiative in der Reformfrage zunächst Andrássy überließ. So wurde das „Zentrum der Verständigung" nicht Petersburg sondern Wien. Von Andrássy ging die vielgenannte Note aus, die von der Pforte gründliche Reformen forderte (30. Dezember 1875). Die Kaisermächte einigten sich untereinander und luden erst danach England, Frankreich und Italien zum Beitritt ein. Die drei Mittelmeermächte gaben ihre Zustimmung, England freilich etwas zögernd.

2.

Bismarck glaubte zwar nicht an den Erfolg von Andrássys Reformplänen, da es der Türkei an Staatsmännern und Geld fehlte[17]). Aber wenn sie sich in Bosnien nicht behaupten konnte, drohte die Möglichkeit eines europäischen Konfliktes; um diesem vorzubeugen, wünschte Bismarck beizeiten eine Verständigung der Mächte anzubahnen, und zwar auf Kosten der Türkei. Da eine solche Aufgabe über die natürliche Kompetenz des Dreikaiserbundes hinausging, plante Bismarck, diesen durch eine Entente mit England, dem dritten Hauptinteressenten in der Orientpolitik, zu erweitern, und das Verbindungsglied zwischen dem Dreikaiserbund und England wollte er selbst bilden. In London war seit dem konservativen Wahlsiege von 1874 Disraeli Premierminister, und gegenüber dem Desinteressement in auswärtigen Fragen, das die Regierung vorher gekennzeichnet hatte, bekannte sich Disraeli zu einer „Spirited

foreign policy". Er nahm für England eine leitende Rolle in der europäischen Politik in Anspruch, und die geschickte und entschlossene Art, wie er soeben im November 1875 zum großen Ärger der Franzosen die Suezkanalaktien des Khediven von Ägypten im Betrage von 4 500 000 £ für England angekauft hatte, ließ auf eine unternehmende Politik schließen.

Zweifellos hat Disraeli durch seine Regierung (1874 bis 1880) einen großen Einfluß auf die Gedankenwelt der englischen Politik ausgeübt. Selbst ein ideenreicher Mann, griff er den Gedanken des englischen Imperialismus, der seit dem Erscheinen von Sir Charles Dilkes berühmtem Buch „Graeter Britain" als eine literarische Idee eine gewisse Bedeutung gewonnen hatte, auf, gab ihm aber zugleich in seiner praktischen Anwendung eine andere Richtung. Während Dilkes Ideal ein panangelsächsisches war, erfaßte Disraeli die imperialistische Idee als eine Frage der Weltmacht, und nach seinen persönlichen und politischen Tendenzen war sein Imperialismus nach dem Orient gerichtet. Die Erwerbung der Suezkanalaktien, die Reise des Fürsten von Wales nach Indien, die Proklamierung der Königin von England zur Kaiserin von Indien und ebenso seine Politik in der Orientfrage gaben Disraelis Imperialismus, wie Lord Rosebery etwas boshaft gesagt hat, eine asiatische Färbung. Den Mittelpunkt des imperialistischen Interesses bildeten für den neuen Premierminister nicht die autonomen Siedelungskolonien über See, sondern Indien. Was die Orientpolitik betrifft, so war er ausgesprochen türkenfreundlich und setzte bewußt Palmerstons Politik fort, die auf die Erhaltung des Ottomanischen Reiches abzielte.

Aber es ist bemerkenswert, wie die Politik sowohl Englands wie Rußlands, unbeschadet der Verschiedenheit ihrer Staatsformen, durch die öffentliche Meinung maßgebend beeinflußt wurde. Der autokratische Zar wurde wider seinen Willen und den seines Reichskanzlers durch die panslawistische Partei in den einseitigen Krieg mit der Türkei hineingetrieben, den er selbst vermeiden wollte; und auch die englische Regierung wurde durch eine populäre außerparlamentarische Agitation zu einer gründlichen Änderung ihrer Politik veranlaßt, obwohl sie von der parlamentarischen Opposition nichts zu fürchten hatte.

Als Disraeli im Jahre 1874 sein Ministerium bildete, war er 70 Jahre alt. Er war in seiner langen politischen Laufbahn im ganzen kaum 4 Jahre lang Minister gewesen, und diese Frist verteilte sich auf 3 Ministerien (1852, 1858 und 1866 bis 1868). Zumal in der auswärtigen Politik fehlte ihm die persönliche Geschäftserfahrung. Er befand sich etwa in der Lage eines Heerführers, der einen tüchtigen Generalstabschef braucht, der nach einem Worte Moltkes seine Pläne auf die Beine zu stellen hatte. Nun war der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, zweifellos nicht der geeignete politische Generalstabschef für Disraeli, da ihre politischen Ideen stark voneinander abwichen. Tatsächlich hat der Premier, wie noch zu zeigen sein wird, die auswärtige Politik seines Kabinetts nicht bestimmend beeinflußt, und solange Lord Derby Staatssekretär blieb, nicht einmal eine einheitliche Führung der englischen Politik erreichen können. Von seinen persönlichen Ideen ist, soweit es sich nach dem veröffentlichten Material beurteilen läßt, nicht viel ausgeführt worden. Vielleicht war sein Alter daran schuld; er wollte am Ende der Parlamentssession 1876 sogar sein Amt niederlegen, da er die Anstrengungen der späten Unterhaussitzungen nicht mehr ertragen konnte, ließ sich jedoch von der Königin zum Bleiben bewegen und nahm im August mit der Peerswürde einen Sitz im Oberhause. Auch in der englischen Diplomatie wurde der Zweifel laut, ob Disraeli bei seinem Alter in der Politik noch etwas Originelles leisten würde[18]).

Noch ehe die Andrássy-Note heraus war, trat Bismarck mit seinem eigenen Plane hervor. Er bestand darin, daß Bosnien und die Herzegowina an Österreich-Ungarn fallen, und daß Rußland in Beßarabien und England in Egypten entschädigt werden sollten. Sich selbst bot er in Petersburg als Vermittler zwischen Rußland und England an. Er glaube, ließ er Gortschakow sagen, daß England keine Schwierigkeiten machen, sondern solche Bagatellen wie den Besitzwechsel in Bosnien und Beßarabien annehmen würde, wenn es seinerseits Sicherheiten wegen seiner Transaktionen über den Suezkanal erhielte. Er verlange nur eins, nämlich daß er selbst beauftragt würde, das englische Kabinett vorzubereiten und seine Zustimmung zu dieser Kombination zu gewinnen[19]). Der spätere Verlauf der Dinge hat gezeigt, wie richtig konzipiert der Plan war. Für Rußland war

Bismarcks Anregung ein Freundesrat. Aber was tat Gortschakow? Er antwortete Gubril, der ihm die Anregung übermittelte, mit der theatralischen Phrase, dieser Vorschlag erinnere ihn an den Versucher auf dem großen Berge! Gortschakow ärgerte sich, wie er sagte, über die beständigen Versuche Bismarcks, sich als Vermittler anzubieten, um die Differenzen zweier großer Staaten auszugleichen. Der Zar werde in keine der beiden Fallen gehen, die Bismarck ihm stellte; er werde sich weder durch die Eroberung Konstantinopels und des Bosporus verführen lassen (wovon Bismarck gar nicht gesprochen hatte), noch werde er ihn um seine Intervention in London bitten[20]).

Gortschakow plante damals eine andere politische Kombination. Das Übergewicht Deutschlands im Dreikaiserbunde war ihm seit langer Zeit lästig, und Andrássy hatte ihm einen zu starken Rückhalt an Bismarck. Er suchte deshalb wiederholt, mit Österreich zu einer direkten Verständigung zu zweien zu gelangen, wobei Deutschland ausgeschlossen sein sollte; aber Andrássy wich diesen Versuchen aus, da eine russisch-österreichische Parallelaktion auf beiden Seiten der Leitha allzu unpopulär gewesen wäre. Außerdem suchte Gortschakow nicht, wie Bismarck geraten hatte, in London Anlehnung, sondern in Paris. Er glaubte augenscheinlich, durch Frankreich einen Druck auf Bismarck ausüben und ihn dadurch so beschäftigen zu können, daß der deutsche Einfluß in Wien automatisch nachließ, und daß er dann selbst stärkeren Einfluß auf Andrássy gewinnen würde. Zugleich sollte auf diese Weise England isoliert werden[21]). Diese Tendenz Gortschakows, Frankreich in der Orientfrage an die Seite Rußlands zu ziehen, tritt bereits in einem Gespräch zutage, das er am 15. Januar 1875 mit dem französischen Botschafter Le Flô hatte; der Reichskanzler sprach bei dieser vorsichtigen Sondierung immerhin das Wort „Bündnis" aus, während er England nur mit wenig Sympathie erwähnte[22]). Bezeichnend für die sprunghaften Evolutionen der Gortschakowschen Politik ist, daß er sich bald darauf England näherte, um gemeinsam mit ihm gegen die angeblichen deutschen Kriegspläne zu intervenieren; vorerst aber kam er wieder auf seinen früheren Plan zurück, England zu isolieren und Frankreich an sich heranzuziehen. Die politische Berechnung, die diesem Plane Gortschakows zugrundelag, war jedoch falsch. Der französischen

Regierung war eine Anlehnung an Rußland zwar hochwillkommen, da diese ihre eigene Stellung gegenüber Deutschland notwendig verbessern mußte. Aber konnte Gortschakow darauf rechnen, daß Frankreich sich schon stark genug fühlen würde, eine etwas aktivere Rolle in der Orientpolitik zu spielen, und zwar nicht seiner eigenen, sondern der russischen Interessen halber? Der Herzog Decazes, der sich in diesen Jahren damit unterhielt, England vor deutschen Annexionsplänen gegenüber Belgien und Holland zu warnen[23]), war wohl zu einem politischen Flirt mit Rußland sehr bereit, aber viel zu ängstlich, um irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen. Sobald Gortschakow diese Wahrheit erkannte, war eine Abkühlung der russisch-französischen Beziehungen die natürliche Folge.

Auch die Andrássy-Note erwies sich als ein Schlag ins Wasser; denn während die Pforte sie annahm, weigerten sich die Aufständischen, auf diese Bedingungen die Waffen niederzulegen. Ende März waren die Verhandlungen mit den Insurgenten endgültig gescheitert, und der Kampf ging weiter. Die Frage liegt nahe, wie sich der Aufstand überhaupt so lange hinziehen konnte. Sie läßt sich einmal damit beantworten, daß Rußland nicht vor allen Dingen den eigentlichen Herd des Aufruhrs, der in Montenegro und Serbien lag, ersticken ließ. Außerdem konnte Mahmud Pascha sich aus Rücksicht auf Ignatiew nicht zu den energischen und rücksichtslosen Maßregeln entschließen, zu denen der englische Botschafter riet. Als bald darauf auch in Südbulgarien der Aufstand ausbrach und die in der Provinz befindlichen Truppen nicht ausreichten, ließ Mahmud Pascha, um nicht durch die Aufstellung und Absendung einer neuen Armee es mit Rußland zu verderben, irreguläre Truppen aus Mohammedanern und den nach dem Krimkriege dort angesiedelten Tataren und Zirkassiern bilden[24]). Das war eine folgenschwere Maßregel für die Türkei; denn die Kriegführung dieser Irregulären sollte die bulgarischen Greuel herbeiführen, die die ganze internationale Lage veränderten.

* * *

Die allgemeine Lage der Dinge veranlaßte im Mai (11. bis 13.) Bismarck, Gortschakow und Andrássy in Berlin zu Beratungen zusammenzukommen, deren Ergebnis das sogenannte

Berliner Memorandum war. Es bildete ein Kompromiß zwischen den Wünschen Andrássys und Gortschakows und forderte eine gemeinsame Flottendemonstration, einen zweimonaigen Waffenstillstand und Reformen für die aufständischen Gebiete; der Schlußpassus enthielt eine drohende Wendung; denn er sprach von „wirksamen Maßnahmen" der Mächte, falls die Türkei die Reformen nicht ausführte.

Das Berliner Memorandum hatte zunächst die Bedeutung, daß Andrássy, obwohl er den ursprünglichen Entwurf Gortschakows, der viel weiter ging als das Memorandum, wesentlich abschwächte, doch von jetzt ab die Initiative der russischen Regierung überließ. Die Berliner Beschlüsse wurden wieder nur von den drei Kaisermächten gefaßt. Am 7. Mai schreibt der italienische Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin, weder von Petersburg noch von Wien sei der Wunsch ausgesprochen worden, daß die anderen Mächte an dem Gedankenaustausch teilnehmen sollten; und erst nachdem Gortschakow und Andrássy sich geeinigt hatten, wurden die Botschafter von England, Frankreich und Italien zu einer Sitzung im Reichskanzlerpalais geladen, um die Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen und ihren Regierungen zu übermitteln[25]). Dies und der Umstand, daß Gortschakow die Zustimmung der anderen Mächte umgehend auf telegraphischem Wege verlangte, verletzte den englischen Stolz. Disraeli soll auf die Nachricht gesagt haben, ob denn Rußland England für Montenegro hielte[26]). Während Frankreich und Italien ihre Zustimmung zu dem Berliner Memorandum erklärten, lehnte die englische Regierung rundweg ab, ohne auch nur einen Gegenvorschlag zu machen, was von den verschiedensten englischen Staatsmännern getadelt wurde[27]). England trennte sich ostentativ von den Festlandmächten und machte damit ein gemeinsames Vorgehen in Konstantinopel unmöglich.

Einer der Hauptgründe der Ablehnung war doch wohl die tiefe Abneigung des englischen Kabinetts gegen den Dreikaiserbund. Die Dreikaiserbegegnungen in Berlin vom Jahre 1872 und in Skierniewice vom Jahre 1884 — ließ Bismarck 1896 in den Hamburger Nachrichten sagen — paßten nicht in die englische Politik; und wenn sich in der Tat daraus ein Abkommen gebildet hat, so war die Beseitigung desselben von dem

Augenblicke an Aufgabe der Londoner Staatsmänner, als sie die Überzeugung von seiner Existenz gewonnen hatten[28]). Gewiß hätte Disraeli wie Canning zur Zeit der heiligen Allianz innerhalb des europäischen Konzerts bleiben und sich bei einer geschickten Politik einen größeren Einfluß auf die europäische Politik sichern können, als wenn er aus dem Konzert austrat und eine isolierte Stellung einnahm. Aber die englische Regierung trug sich wohl mit der Hoffnung, Deutschland und Rußland trennen, und den verhaßten Dreikaiserbund sprengen zu können[29]). Und wirklich schien die Festigkeit des Bundes gefährdet.

Aus den Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe ersehen wir, daß Bismarck sich im Juni 1876 genötigt sah, Kaiser Wilhelm vor England zu warnen, um ihn beim Dreikaiserbund festzuhalten.[30]) Im gleichen Monat sagte Lord Derby dem russischen Botschafter in London triumphierend ins Gesicht: Das Einvernehmen der drei Kaiserhöfe sei bei weitem nicht mehr so fest, wie Gortschakow behaupte[31]). Und ein paar Monate später sprach Lord Odo Russell seinem österreichischen Kollegen gegenüber die Hoffnung aus, daß es zu einer Einigung zwischen Deutschland, England und Österreich gegen Rußland kommen werde[32]). Auf dem Berliner Kongreß glaubte Disraeli dann sein Ziel erreicht zu haben. Er sagte später dem konservativen Abgeordneten Drummond-Wolff: der größte Erfolg, den die englische Politik in Berlin erzielt habe, sei, daß der Dreikaiserbund auf ewig zerstört wäre[33]).

Die ablehnende Haltung, die die englische Regierung gegen den Dreikaiserbund einnahm, war auch wohl einer der Gründe, der ein engeres Einvernehmen in der Orientfrage zwischen England und Österreich-Ungarn verhinderte[34]). Tatsächlich bestand zwischen den Zielen ihrer Orientpolitik kein Konflikt und im Grunde nur wenig Unterschied. Die Erhaltung der Türkei lag in beider Interesse, und beide wünschten das politische Vordringen Rußlands zu verhindern. England und Österreich-Ungarn hatten unmittelbar nach dem Pariser Frieden, am 15. April 1856, mit Frankreich einen Sondervertrag geschlossen, der die Unabhängigkeit und Integrität des Ottomanischen Reiches garantierte. Beide Länder waren durch ihre Interessen im Orient aufeinander angewiesen. Bismarck urteilt in den Gedanken und Erinnerungen,

daß es nicht zu den Abmachungen von Reichsstadt gekommen wäre, wenn Österreich der Unterstützung Englands sicher gewesen wäre[35]); ja, der russische Botschafter in London, Peter Schuwalow, schreibt in seinen Memoiren, eine englisch-österreichische Verständigung würde den russisch-türkischen Krieg verhindert haben[36]). Und doch ist es erst kurz vor und auf dem Berliner Kongreß zu einer Verständigung zwischen England und Österreich gekommen. Wiederholt sind Anläufe dazu gemacht worden, namentlich im Sommer 1877 und im Februar 1878, aber stets ohne ein bestimmtes Ergebnis. Man könnte geneigt sein, diesen Verstoß gegen die politische Logik, wie Hanotaux es nennt, durch persönliche Momente zu erklären — durch das unzureichende Vertrauen, das der österreichisch-ungarische Botschafter in London und der englische Botschafter in Wien einflößten, oder durch die Unschlüssigkeit Lord Derbys und die absichtliche Passivität Andrássys. Aber wir werden sehen, daß sich in der bulgarischen Krisis von 1886/87 die Situation wiederholt, daß England und Österreich auch in den achtziger Jahren einander lange Zeit suchten, ohne sich zu finden. Der Vertrag von 1856 beruhte darauf, daß man in Frankreich einen dritten Partner hatte. England und Österreich fühlten sich, wie es scheint, zu zweit zu schwach, um Rußland erfolgreich Widerstand zu leisten. Daher zauderten beide; England wollte, daß Österreich, und Österreich, daß England die Initiative ergriffe; beide forderten voneinander größere Sicherheiten, als jedes von ihnen bieten mochte. Daraus entstand neues Mißtrauen und Zweifel an der Zuverlässigkeit und der Leistungsfähigkeit der anderen Macht, in der man doch den natürlichen Verbündeten erblickte. Im Jahre 1887 wurde die englisch-österreichische Entente schließlich dadurch verstärkt, daß Italien als dritter Partner hinzutrat, und als Crispi dieser Kombination seine Energie lieh, gewann diese Tripleentente eine wirkliche Bedeutung.

3.

Inzwischen hatte der Aufstand im Anfang Mai 1876 auch Bulgarien ergriffen. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit aller Leidenschaft nationalen und religiösen Hasses geführt; die Türken blieben Sieger, und der Aufstand wurde grausam unterdrückt. Einmal in Aufwallung, kam aber die schwer ent-

zündliche Volksleidenschaft der Osmanen nicht so bald wieder zur Ruhe. Am 6. Mai kam es zu fremdenfeindlichen Kundgebungen in Saloniki, wobei der deutsche und der französische Konsul ermordet wurden. Vier Tage später erzwangen die türkischen Nationalisten den Rücktritt des Großveziers und des Sheik-ul-Islam, und am 30. wurde der Sultan Abdul-Aziz entthront. Ignatiew, der mit dem Sturze des Großveziers und des Sultans seinen ganzen Einfluß in Konstantinopel verloren hatte, ging nunmehr ins Lager der Kriegspartei über. Die englischen und amerikanischen Berichte über die bulgarischen Greuel entstanden unter dem Einfluß eines seiner Agenten, der die Korrespondenten nur das sehen und schreiben ließ, was er wollte[37]). Und auf seine Veranlassung erklärte Serbien der Türkei den Krieg[38])

Unter diesen Umständen kam es, auf Anregung Rußlands, zu einer Annäherung zwischen Petersburg und Wien — unter Übergehung Berlins. Am 8. Juli trafen Kaiser Alexander und Gortschakow mit Kaiser Franz Joseph und Andrássy in Reichstadt zusammen. Die dortigen Besprechungen, die vor Deutschland geheimgehalten wurden, führten nicht zu einem positiven Abkommen, wohl aber zu einer Protokollierung gewisser politischer Grundsätze. Man erörterte die beiden Fälle, daß die Türkei, und daß Serbien und Montenegro siegen würden. In dem ersten Falle wollten Österreich und Rußland gemeinsam verhindern, daß der Krieg in einen Vernichtungskampf gegen die christlichen Slaven ausartete. Montenegro und Serbien sollten auch nach einem unglücklichen Kriege ihren vorherigen Besitzstand behalten. Montenegro, aber nicht Serbien, sollte ein unabhängiger Staat werden. Bosnien und die Herzegowina sollten auch im Falle, daß der Krieg ungünstig verliefe, Reformen erhalten. Falls dagegen die Türkei unterläge, so wurde Serbien und Montenegro ein beschränkter Gebietszuwachs zugedacht, während Österreich den Rest der beiden Provinzen annektierte. Dafür sollte Rußland seine Grenzen von 1854 wiederherstellen, d. h. sich Beßarabiens bemächtigen, und ferner sein Gebiet nach dem Schwarzen Meer und der Asiatischen Türkei hin ausdehnen. Bulgarien, Rumelien und Albanien wurde das Recht zuerkannt, sich als autonome Staaten zu konstituieren. Kreta und Thessalien wurden Griechenland zu-

gedacht, während Konstantinopel mit einem Landgebiet Freistadt werden sollte. Im übrigen wollten Österreich und Rußland gegenüber den Vorgängen am Balkan zunächst neutral bleiben[39]).

Das Programm, das allerdings nur für den Fall der türkischen Niederlage gelten sollte, deckte sich ungefähr mit dem Nelidowschen Plan zur Aufteilung der Europäischen Türkei; nur sollte es mit der Zustimmung Österreichs ausgeführt werden, dem eine Kompensation zugesichert wurde. Wenn sich insofern in Reichstadt die europäische Richtung in der russischen Politik geltend machte, so wurden zugleich deren Gegner durch den Ausbruch des Krieges mit Serbien und Montenegro gestärkt. Die panslavistische Agitation bekam freie Bahn; ein garibaldinischer Zug von russischen Freiwilligen, die nach Tausenden zählten, darunter viele russische Offiziere, ging zum serbischen Heere ab; Fürst Milan übertrug dem russischen General Tschernajew das Oberkommando. Und charakteristisch für das Anwachsen des nationalistischen Einflusses auf die russische Politik ist doch, daß eben in jener Zeit ein kaiserlicher Ukas (vom 30. Mai) die ruthenische Sprache und Literatur unterdrückte; sogar aus dem Privatverkehr sollte das Kleinrussische nach Möglichkeit verschwinden.

Indessen erhielt die türkenfreundliche Politik der englischen Regierung plötzlich einen starken Rückschlag. Die „bulgarischen Greuel" gaben den Radikalen und vor allem Gladstone eine Waffe gegen die Orientpolitik des Ministeriums in die Hand, die sie mit Geschick und Energie benutzten. Am 23. Juni veröffentlichte die Daily News ihren ersten Sensationsbericht über die Vorgänge in Bulgarien. Gladstone, der sich nach der liberalen Wahlniederlage von 1874 ins Privatleben zurückgezogen hatte, erschien wieder auf der politischen Bühne; im Juli begannen die gut organisierten Entrüstungsmeetings, und Anfang September veröffentlichte Gladstone seine berühmte Broschüre. Man beschränkte sich, wie es scheint, nicht auf die Agitation in der Presse und in Versammlungen; wenigstens war der englische Schatzkanzler überzeugt, daß englische Preßagenten Hand in Hand mit den Panslavisten in Serbien agitierten[40]). Nun bestanden innerhalb des Kabinetts selbst große Gegensätze. Disraeli verfolgte dieselbe Politik wie Lord Palmerston im Krimkriege.

Er setzte seine Karte auf die Türkei, als das von der Natur gegebene Bollwerk gegen das Vordringen Rußlands im nahen Osten und war zugleich der Überzeugung, daß die Pforte, wie sie damals war, die notwendigen Reformen in den europäischen Provinzen durchzuführen und ihre Herrschaft daselbst zu behaupten vermöchte. In dem Falle eines russisch-türkischen Krieges wollte er zwar nicht aktiv für die Türkei eintreten — das war seit den bulgarischen Greueln nicht mehr möglich —, aber er dachte daran, sich mit Zustimmung der Pforte Konstantinopels zu bemächtigen und es bis zum Ende des Krieges besetzt zu halten, um eine materielle Garantie zu besitzen[41]). Der Einfluß des Premierministers im Kabinett war jedoch durchaus nicht unbegrenzt. Er selbst sprach im Scherz von den sechs Parteien, die in seinem Kabinett von zwölf Ministern bestanden[42]). So war z. B. der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, nahezu ein Mann des Friedens um jeden Preis. Wollte Beaconsfield eine energische auswärtige Politik verfolgen, die sehr wesentlich auf das Prestige gerichtet war, so war das Hauptziel Derbys, England unter keinen Umständen in einen europäischen Krieg verwickeln zu lassen[43]). War Disraeli ganz ausgesprochen türkenfreundlich, so schrieb Derby schon am 7. Januar 1876 an den Botschafter in Paris: „Es ist zu spät, die Würde und Unabhängigkeit des Sultans zum Ausgangspunkt zu nehmen; ein Souverän, der weder daheim den Frieden bewahren, noch seine Schulden bezahlen kann, muß erwarten, daß er einige unangenehme Folgen zu spüren bekommt[44])." Wieder einen anderen Standpunkt nahm der Staatssekretär für Indien, der Marquis von Salisbury, ein. Dieser hatte als junger Abgeordneter im Jahre 1855 den Ausschluß der russischen Kriegsschiffe vom Schwarzen Meere entschieden bekämpft und drei Jahre später seiner Überzeugung von dem unvermeidlichen Verfall der Türkenherrschaft Ausdruck gegeben. Die christlichen Balkanvölker, sagte er damals, würden sich in der Zukunft als ein wirksamerer Damm gegen Rußland erweisen als die Türkei. Lord Salisbury hat, soviel wir wissen, seine Auffassung von dem türkischen Problem nie wesentlich geändert; als Premierminister hat er im Jahre 1897 den bekannten Ausspruch getan, die englische Regierung habe vor dem Krimkriege all ihr Geld auf das falsche Pferd gesetzt, als sie die Vorschläge zur Auf-

teilung der Türkei, die Kaiser Nikolaus I. dem englischen Botschafter, Lord Seymour, gemacht hatte, ablehnte[45]).

Wenn aber die Wucht der Gladstoneschen Agitation die Politik der Regierung lähmte, so stärkte sie deshalb nicht die parlamentarische Opposition; denn sie trug in die liberale Partei dieselbe Uneinigkeit, wie in die konservative. Die ausgesprochen russophile Politik Gladstones, die logisch auf einen Krieg an der Seite Rußlands gegen die Türkei hinauslaufen mußte, wurde nur von einer Gruppe von Radikalen geteilt. Ein Teil der liberalen Partei wollte Frieden um jeden Preis, während der offizielle Führer der Opposition, Lord Hartington (der spätere Herzog von Devonshire), eine Okkupation Konstantinopels und des Bosporus unter Umständen für geboten erachtete. Diese Gegensätze im liberalen Lager spitzten sich so zu, daß Lord Hartington das ganze Jahr hindurch eine Spaltung der Partei befürchtete[46]). Unerquicklich, wie diese innerpolitische Lage Englands war, so wurde sie obendrein im Auslande mißdeutet. Die Panslawisten glaubten, daß der Sturz des konservativen Kabinetts nahe bevorstände, und daß ein Ministerium Gladstone sich mit Rußland zur Niederwerfung der Türkei vereinigen würde. Die Türken wiederum nahmen an, daß die englischen Konservativen in dem Grade ihre Freunde waren, wie Gladstone es von ihnen behauptete, und daß die Türkei auf jede Unterstützung von seiten Englands rechnen könnte[47]).

Jedenfalls machte die englische Politik eine scharfe Kursänderung. Am 29. August schrieb Lord Derby an den englischen Botschafter in Konstantinopel: der Eindruck, der durch die bulgarischen Vorgänge in England hervorgerufen sei, habe alle Sympathien für die Türkei vernichtet. Diese Stimmung sei allgemein verbreitet und so stark, daß es für die englische Regierung tatsächlich unmöglich sein würde, im Falle einer Kriegserklärung Rußlands an die Pforte selbst einzugreifen. Ein solcher Schritt des Zaren würde England überhaupt in die ungünstigste Lage versetzen, und die Wiederherstellung des Friedens sei daher dringend notwendig[48]). Während Disraeli und Derby Mitte Juli dem Grafen Schuwalow erklärt hatten, daß der Zusammenstoß zwischen der Türkei und den Fürstentümern unvermeidlich sei und daß Blut fließen müsse[49]), schrieb der englische Minister Cairns am 16. September an seinen Kollegen Gathorne-

Hardy: „Dieser ganze Skandal (die Gladstonesche Agitation) lähmt uns in Konstantinopel, und macht Rußland zum Herrn der Lage. Meine Idee ist, daß wir gemeinsam mit den anderen Mächten die Türkei zu einem verständigen Frieden zwingen müssen[50]).

Unterdessen verlief der Krieg für die Serben unglücklich, und dadurch wurde die panslawistische Agitation in Rußland nur noch mehr angefeuert. Als Lord Derby am 27. September Schuwalow nahelegte, die Petersburger Regierung solle den Zuzug der russischen Freiwilligen nach Serbien verbieten, erwiderte der Botschafter ganz offen, ein solches Verbot könnte dem Kaiser einen gewaltigen Verlust an Popularität und Einfluß kosten[51]). Der Panslawismus konnte in Nihilismus umschlagen. So mußte Lord Derby schon Ende August mit der Möglichkeit eines russisch-türkischen Krieges rechnen[52]), und als Großfürst Nikolaus den deutschen Herbstmanövern beiwohnte, erfuhr er von Kaiser Wilhelm, daß er bald dazu berufen sein würde, das Kommando einer großen Armee zu übernehmen[53]).

In ihrer Not riefen Serbien und Montenegro die Vermittelung Englands an; Lord Derby schlug darauf der Türkei einen Waffenstillstand vor und machte bald danach Vorschläge für die Friedensbedingungen. Während noch darüber verhandelt wurde, versuchte Gortschakow, ein gemeinsames Vorgehen der Mächte gegen die Türkei zustande zu bringen. Sein Plan verlangte den gleichzeitigen Einmarsch Österreichs in Bosnien und Rußlands in Bulgarien, während die Flotten der Mächte vor Konstantinopel erscheinen sollten. Dieser Vorschlag wurde zugleich in London und Wien gemacht. Berlin wurde anscheinend ebenso wie in Reichstadt übergangen, so daß Bismarck die erste Nachricht davon aus London erhielt[54]). Um das Wiener Kabinett zu jenem gemeinsamen Schritt zu überreden, sandte der Zar seinen Generaladjutanten Grafen Sumarokow-Elston mit einem Handschreiben an Kaiser Franz Joseph. In Reichstadt war nur von der Möglichkeit eines russischen Einmarsches in die asiatische Türkei, aber nicht in Bulgarien die Rede gewesen. Andrássy sagte sich jedoch, daß Rußland, wenn es einmal in Bulgarien wäre, nicht wieder daraus weichen würde[55]). Auch konnte ein Einmarsch der Russen nur mittelbar mit den bulgarischen Greueln in Verbindung gebracht werden. Denn

das Donauvilajet, d. h. das eigentlich unter dem Namen Bulgarien bekannte Land nördlich vom Balkan, in dem Midhat Pascha Reformen eingeführt hatte, war ruhig geblieben; der Aufstand hatte sich auf das Vilajet Adrianopel beschränkt[56]); trotzdem hätte die russische Aktion natürlich in erster Linie der nördlichen Provinz gegolten.

Bismarck wünschte die Annahme des russischen Vorschlages durch Österreich. Er hoffte, daß Andrássy sich entschließen würde, in Bosnien einzurücken und das Land zu behalten, wenn ihm keine andere Wahl mehr bliebe, und nahm an, daß die Türkei schließlich nachgeben und dadurch den russischen Plan überhaupt nichtig machen würde[57]). Aber Gortschakows Kombination sollte auf andere Weise zum Scheitern kommen. Andrássy war wohl mit einer Flottendemonstration einverstanden, aber den Einmarsch in Bosnien — die gefürchtete Parallelaktion mit Rußland — lehnte er ab; dazu verweigerte England die Entsendung von Kriegsschiffen. Lord Beaconsfield glaubte nämlich, daß man mit einer gemeinsamen Flottendemonstration nur den Russen in die Hand spielen würde; diese könnten ev. einen Streit in Szene setzen, um mit Hilfe der vereinigten Flotten der Mächte die türkische zu vernichten[58]).

4.

Während die persönliche Korrespondenz zwischen den Kaisern Alexander und Franz Joseph, die sich an die Wiener Mission Sumarakow-Elstons knüpfte, noch fortging, fand jene Diversion der russischen Politik statt, von der Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen erzählt. Alexander II. suchte vom Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler eine Erklärung zu erlangen, ob Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich neutral bleiben würde. Bismarck behandelte die russische Anfrage zunächst dilatorisch und ließ dann den Petersburger Botschafter, General von Schweinitz, nach Varzin kommen, um ihn nach mündlicher Rücksprache zu instruieren. „Der Sinn meiner Instruktion ... war, unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerz zwischen Rußland und Österreich nicht mög-

Hardy: „Dieser ganze Skandal (die Gladstonesche Agitation) lähmt uns in Konstantinopel, und macht Rußland zum Herrn der Lage. Meine Idee ist, daß wir gemeinsam mit den anderen Mächten die Türkei zu einem verständigen Frieden zwingen müssen[50]).

Unterdessen verlief der Krieg für die Serben unglücklich, und dadurch wurde die panslawistische Agitation in Rußland nur noch mehr angefeuert. Als Lord Derby am 27. September Schuwalow nahelegte, die Petersburger Regierung solle den Zuzug der russischen Freiwilligen nach Serbien verbieten, erwiderte der Botschafter ganz offen, ein solches Verbot könnte dem Kaiser einen gewaltigen Verlust an Popularität und Einfluß kosten[51]). Der Panslawismus konnte in Nihilismus umschlagen. So mußte Lord Derby schon Ende August mit der Möglichkeit eines russisch-türkischen Krieges rechnen[52]), und als Großfürst Nikolaus den deutschen Herbstmanövern beiwohnte, erfuhr er von Kaiser Wilhelm, daß er bald dazu berufen sein würde, das Kommando einer großen Armee zu übernehmen[53]).

In ihrer Not riefen Serbien und Montenegro die Vermittelung Englands an; Lord Derby schlug darauf der Türkei einen Waffenstillstand vor und machte bald danach Vorschläge für die Friedensbedingungen. Während noch darüber verhandelt wurde, versuchte Gortschakow, ein gemeinsames Vorgehen der Mächte gegen die Türkei zustande zu bringen. Sein Plan verlangte den gleichzeitigen Einmarsch Österreichs in Bosnien und Rußlands in Bulgarien, während die Flotten der Mächte vor Konstantinopel erscheinen sollten. Dieser Vorschlag wurde zugleich in London und Wien gemacht. Berlin wurde anscheinend ebenso wie in Reichstadt übergangen, so daß Bismarck die erste Nachricht davon aus London erhielt[54]). Um das Wiener Kabinett zu jenem gemeinsamen Schritt zu überreden, sandte der Zar seinen Generaladjutanten Grafen Sumarokow-Elston mit einem Handschreiben an Kaiser Franz Joseph. In Reichstadt war nur von der Möglichkeit eines russischen Einmarsches in die asiatische Türkei, aber nicht in Bulgarien die Rede gewesen. Andrássy sagte sich jedoch, daß Rußland, wenn es einmal in Bulgarien wäre, nicht wieder daraus weichen würde[55]). Auch konnte ein Einmarsch der Russen nur mittelbar mit den bulgarischen Greueln in Verbindung gebracht werden. Denn

das Donauvilajet, d. h. das eigentlich unter dem Namen Bulgarien bekannte Land nördlich vom Balkan, in dem Midhat Pascha Reformen eingeführt hatte, war ruhig geblieben; der Aufstand hatte sich auf das Vilajet Adrianopel beschränkt[56]); trotzdem hätte die russische Aktion natürlich in erster Linie der nördlichen Provinz gegolten.

Bismarck wünschte die Annahme des russischen Vorschlages durch Österreich. Er hoffte, daß Andrássy sich entschließen würde, in Bosnien einzurücken und das Land zu behalten, wenn ihm keine andere Wahl mehr bliebe, und nahm an, daß die Türkei schließlich nachgeben und dadurch den russischen Plan überhaupt nichtig machen würde[57]). Aber Gortschakows Kombination sollte auf andere Weise zum Scheitern kommen. Andrássy war wohl mit einer Flottendemonstration einverstanden, aber den Einmarsch in Bosnien — die gefürchtete Parallelaktion mit Rußland — lehnte er ab; dazu verweigerte England die Entsendung von Kriegsschiffen. Lord Beaconsfield glaubte nämlich, daß man mit einer gemeinsamen Flottendemonstration nur den Russen in die Hand spielen würde; diese könnten ev. einen Streit in Szene setzen, um mit Hilfe der vereinigten Flotten der Mächte die türkische zu vernichten[58]).

4.

Während die persönliche Korrespondenz zwischen den Kaisern Alexander und Franz Joseph, die sich an die Wiener Mission Sumarakow-Elstons knüpfte, noch fortging, fand jene Diversion der russischen Politik statt, von der Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen erzählt. Alexander II. suchte vom Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler eine Erklärung zu erlangen, ob Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich neutral bleiben würde. Bismarck behandelte die russische Anfrage zunächst dilatorisch und ließ dann den Petersburger Botschafter, General von Schweinitz, nach Varzin kommen, um ihn nach mündlicher Rücksprache zu instruieren. „Der Sinn meiner Instruktion . . . war, unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerz zwischen Rußland und Österreich nicht mög-

lich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewännen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet werde[59])."

Der ganze Vorgang ist sehr wenig aufgehellt. Dem französischen Botschafter in Berlin, Graf St. Vallier, erzählte Bismarck im November 1879, Rußland habe zuerst von ihm verlangt, er sollte ihm Österreich ausliefern und habe zugleich eine Teilung der Donaumonarchie vorgeschlagen. „Ich schwieg auf die ersten Eröffnungen; man erneute sie und trieb mich in die Enge; ich erklärte, daß wir die Erhaltung Österreichs als eine notwendige Bedingung unserer Sicherheit betrachteten, und daß wir keinen Plan zulassen könnten, der auf seine Zerstörung abzielte." Erst danach kam die russische Forderung eines Neutralitätsversprechens. „Ich erwiderte," erzählt Bismarck, „daß unsere Lebensinteressen uns verbieten würden, uns an einem Kriege zwischen unsern beiden Nachbarn und Verbündeten zu desinteressieren, und daß wir in jedem Falle dem zuneigen würden (serions favorables), der von dem andern ungerecht aus Ehrgeiz und Eroberungssucht angegriffen würde[60])."

Die ganze Auseinandersetzung scheint von einer Reihe von politischen Fühlern und diplomatischen Plänkeleien begleitet gewesen zu sein. Eduard von Wertheimer teilt aus deutschen Akten vom Jahre 1879 folgendes mit: Im August 1876 habe Freiherr von Manteuffel in vorsichtiger Weise beim Zaren den Antrag vorgebracht, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland abzuschließen. Ferner habe Bismarck im November 1876 Gortschakow durch Schweinitz sondieren lassen, ob er gegen eine Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für Elsaß-Lothringen eingehen würde. Sowohl der Zar als Gortschakow hätten sich ablehnend verhalten[61]). — Wie die Dinge lagen, kann man diese beiden Anregungen Bismarcks kaum als bare Münze nehmen. Nach allem, was wir von seiner Politik wissen, stand es im Widerspruch zu seinen obersten Grundsätzen, daß er sich aus eigener Initiative zu einer Option zwischen Rußland und Österreich entschlossen und gerade in einer solchen Lage ernstlich ein einseitiges Bündnis mit Rußland erstrebt haben sollte. Vermutlich handelte es sich in beiden Fällen um Bis-

marckſche Fühler, durch die er genauere Kenntnis über die Intentionen des Petersburger Kabinetts zu gewinnen hoffte.

Jedenfalls ſteht die Tatſache feſt, daß Rußland, das 1873 mit Öſterreich eine Balkanentente geſchloſſen und ſoeben noch in Reichſtadt unter Umgehung Berlins einen vollſtändigen Plan zur ev. Teilung der Türkei vereinbart hatte, jetzt gänzlich die Front wechſelte. Wenige Monate nach Reichſtadt war von einer Oriententente mit Öſterreich keine Rede mehr, vielmehr herrſchte der Wunſch, es anzugreifen; man bot Deutſchland, dem man die Reichſtädter Abmachungen verheimlicht hatte, eine Teilung der Donaumonarchie an und wollte ſich mindeſtens ſeiner Neutralität in einem Kriege mit Öſterreich vergewiſſern.

Es iſt an ſich nicht wahrſcheinlich, daß ein und derſelbe Staatsmann in ſo kurzer Zeit eine ſo jähe Schwenkung ſeiner Politik vornimmt. Dieſe neue Richtung der ruſſiſchen Politik paßt auch nicht zu den Tendenzen und dem Charakter Gortſchakows, und wenn dieſer in den Gedanken und Erinnerungen damit in Verbindung gebracht wird, ſo hat man wohl mit einem Gedächtnisfehler Bismarcks zu rechnen. Denn nach ſeinem Bericht für Kaiſer Wilhelm vom 24. Auguſt 1879 iſt die ruſſiſche Anfrage über die deutſche Neutralität nicht von dem Reichskanzler ſelbſt, ſondern von dem Kriegsminiſter Miliutin ausgegangen[62]). Wenn aber nicht Gortſchakow, ſondern Miliutin der intellektuelle Urheber jener Anfrage geweſen iſt, ſo liegt die Vermutung nahe, daß damals Miliutins Einfluß bei dem Kaiſer Gortſchakow ausgeſtochen hatte.

Man darf vielleicht annehmen, daß derſelbe Zwieſpalt in der ruſſiſchen Politik eingetreten war, wie zur Zeit Katharinas, als es ſich um die Pläne zur Teilung Polens und der Türkei handelte. Die Frage war jetzt wie damals, ob Rußland eine territoriale Kompenſation der Nachbarmächte zugeben ſollte oder nicht. Gortſchakow, der nach den Erfahrungen des Krimkrieges eine Koalition der Mächte gegen Rußland vermeiden wollte, war bereit, Bosnien und die Herzegowina an Öſterreich zu überlaſſen. Da nun Deutſchland und Frankreich ſich in der Orientfrage neutral verhielten, während England durch inneren Parteiſtreit gelähmt ſchien, glaubten Miliutin und Genoſſen wohl, in Öſterreich den einzigen wirklichen Gegner zu erblicken. Alſo wollten ſie zunächſt mit der Donaumonarchie abrechnen,

um dann im Orient freie Hand zu haben. Schon früher hatte der russische General Faddejew die Ansicht vertreten, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien führe. So konnte es geschehen, daß im Herbst 1876 der Bruder des Zaren, Großfürst Nikolaus, im Zweifel war, ob der bevorstehende Feldzug der Türkei oder Österreich gelten sollte; und als er im Oktober aus Petersburg an das Hoflager in Livadia berufen wurde, glaubten, wie er selbst gesagt hat, die meisten, daß der Krieg hauptsächlich gegen Österreich geführt werden und man sich in diesem Falle gegenüber der Türkei auf eine militärische Demonstration beschränken würde[63]). Offenbar handelte es sich bei dieser neuen Entwicklung der russischen Politik nicht um eine bloße Episode, sondern um eine Tendenz von längerer Dauer. Nicht nur im Herbst 1876, sondern auch im Januar und noch Mitte Februar des folgenden Jahres beunruhigte sich Bismarck über die russischen Truppenaufstellungen, die ebenso gegen Österreich wie gegen die Türkei gerichtet schienen. Bismarck hat später gesagt, er sei froh gewesen, als das Unwetter sich weiter südlich verzog, als es ursprünglich Neigung hatte, und als der erste Kanonenschuß in der Türkei fiel[64]). Kein Zweifel, daß er sich selbst bemüht hat, dieses Ergebnis herbeizuführen.

Die Gefahr lag offenbar darin, daß die russische Politik zwischen entgegengesetzten Einflüssen schwankte und sich haltlos bald dieser, bald jener Strömung überließ. Kaiser Alexander scheute den Krieg im Grunde ebensosehr wie Gortschakow. Am 17. September berichtete der Botschafter Gubril aus Berlin, daß man dort an einen baldigen Krieg mit der Türkei glaube. Er selbst schloß sich dieser Meinung nicht an und schrieb: „Ein Krieg könnte tatsächlich das Gedeihen des Landes, die Reformen, womit der Zar es beschenkt, seinen Reichtum, seine Entwicklung in Frage stellen", und Alexander machte zu dem Berichte die Randbemerkung: „Eben deshalb fürchte ich mich vor dem Kriege[65])." Aber schon Mitte Oktober ging man an die Beratung des ev. Kriegsplanes gegen die Türkei[66]), und zugleich wurde Nelidow zum Leiter der diplomatischen Kanzlei im Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus bestimmt[67]).

Inzwischen verhandelten die Kabinette über einen Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Fürstentümern und über

eine Diplomatenkonferenz, die über die Reformfrage beschließen sollte. Andrássy war einer Autonomie für Bulgarien ebenso abgeneigt wie für Bosnien, da er darin den Keim künftiger staatlicher Selbständigkeit erblickte. Dazu war der russische Vorschlag, in Bulgarien einzurücken, ein Schritt zur Verwirklichung der Aufteilung der europäischen Türkei, wovon man in Reichstadt doch nur in akademischer Weise gesprochen hatte: Andrássy fühlte sich durch das Vorwärtsdrängen der russischen Politik beunruhigt, und das Mißtrauen zwischen den beiden Kabinetten wuchs, während man verhandelte. Die Bemühungen Rußlands, Österreich zu einem gemeinsamen Kriege gegen die Türkei oder wenigstens zu einer gleichzeitigen Besetzung Bosniens zu vermögen, scheiterten, und die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und Reformen kamen ebenfalls nicht vorwärts. Inzwischen hatte im August in Konstantinopel ein zweiter gewaltsamer Thronwechsel stattgefunden, und der neue Sultan Abdul Hamid II. fürchtete, daß ihm der Abschluß eines Waffenstillstandes den Thron kosten würde. Zum Friedensschluß war er dagegen bereit. Was die Reformfrage betraf, so weigerte er sich, sofort zu Neuerungen zu schreiten und lehnte ab, sie nur in ein paar Provinzen zu veranlassen; damit gäbe man nur eine Prämie für Aufstände in anderen Landesteilen. Aber er wollte sich schriftlich verpflichten, in drei Monaten Reformen für das ganze Reich einzuführen[68]).

Am 29. Oktober teilte der Zar dem Großfürsten Nikolaus mit, daß er ihn zum Oberbefehlshaber einer Expedition gegen die Türkei bestimmt habe, als deren militärisches Endziel er Konstantinopel bezeichnete[69]). Der Großfürst sollte den Krieg mit nur vier Armeekorps führen. Namentlich Ignatiew hatte die Niederwerfung der Türkei als ein Kinderspiel hingestellt, und die in Livadia anwesenden Generale rechneten einen Monat bis zur Erreichung und Überschreitung der Donau; drei Tage, um den Fuß des Balkan zu erreichen; fünf Tage, um Adrianopel, und zwei Wochen, um Konstantinopel zu nehmen. Der Großfürst aber hatte einen anderen Begriff von der Widerstandsfähigkeit der Türken. In einem Kabinettsrat, der am 30. Oktober im Beisein Gortschakows und der Generale Miliutin und Obrutschew stattfand, entwickelte er seinen Plan. Der Großfürst erklärte, wenn er keine stärkere Armee bekommen könnte,

um dann im Orient freie Hand zu haben. Schon früher hatte der russische General Faddejew die Ansicht vertreten, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien führe. So konnte es geschehen, daß im Herbst 1876 der Bruder des Zaren, Großfürst Nikolaus, im Zweifel war, ob der bevorstehende Feldzug der Türkei oder Österreich gelten sollte; und als er im Oktober aus Petersburg an das Hoflager in Livadia berufen wurde, glaubten, wie er selbst gesagt hat, die meisten, daß der Krieg hauptsächlich gegen Österreich geführt werden und man sich in diesem Falle gegenüber der Türkei auf eine militärische Demonstration beschränken würde[63]). Offenbar handelte es sich bei dieser neuen Entwicklung der russischen Politik nicht um eine bloße Episode, sondern um eine Tendenz von längerer Dauer. Nicht nur im Herbst 1876, sondern auch im Januar und noch Mitte Februar des folgenden Jahres beunruhigte sich Bismarck über die russischen Truppenaufstellungen, die ebenso gegen Österreich wie gegen die Türkei gerichtet schienen. Bismarck hat später gesagt, er sei froh gewesen, als das Unwetter sich weiter südlich verzog, als es ursprünglich Neigung hatte, und als der erste Kanonenschuß in der Türkei fiel[64]). Kein Zweifel, daß er sich selbst bemüht hat, dieses Ergebnis herbeizuführen.

Die Gefahr lag offenbar darin, daß die russische Politik zwischen entgegengesetzten Einflüssen schwankte und sich haltlos bald dieser, bald jener Strömung überließ. Kaiser Alexander scheute den Krieg im Grunde ebensosehr wie Gortschakow. Am 17. September berichtete der Botschafter Oubril aus Berlin, daß man dort an einen baldigen Krieg mit der Türkei glaube. Er selbst schloß sich dieser Meinung nicht an und schrieb: „Ein Krieg könnte tatsächlich das Gedeihen des Landes, die Reformen, womit der Zar es beschenkt, seinen Reichtum, seine Entwicklung in Frage stellen", und Alexander machte zu dem Berichte die Randbemerkung: „Eben deshalb fürchte ich mich vor dem Kriege[65])." Aber schon Mitte Oktober ging man an die Beratung des ev. Kriegsplanes gegen die Türkei[66]), und zugleich wurde Nelidow zum Leiter der diplomatischen Kanzlei im Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus bestimmt[67]).

Inzwischen verhandelten die Kabinette über einen Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Fürstentümern und über

eine Diplomatenkonferenz, die über die Reformfrage beschließen sollte. Andrássy war einer Autonomie für Bulgarien ebenso abgeneigt wie für Bosnien, da er darin den Keim künftiger staatlicher Selbständigkeit erblickte. Dazu war der russische Vorschlag, in Bulgarien einzurücken, ein Schritt zur Verwirklichung der Aufteilung der europäischen Türkei, wovon man in Reichstadt doch nur in akademischer Weise gesprochen hatte: Andrássy fühlte sich durch das Vorwärtsdrängen der russischen Politik beunruhigt, und das Mißtrauen zwischen den beiden Kabinetten wuchs, während man verhandelte. Die Bemühungen Rußlands, Österreich zu einem gemeinsamen Kriege gegen die Türkei oder wenigstens zu einer gleichzeitigen Besetzung Bosniens zu vermögen, scheiterten, und die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und Reformen kamen ebenfalls nicht vorwärts. Inzwischen hatte im August in Konstantinopel ein zweiter gewaltsamer Thronwechsel stattgefunden, und der neue Sultan Abdul Hamid II. fürchtete, daß ihm der Abschluß eines Waffenstillstandes den Thron kosten würde. Zum Friedensschluß war er dagegen bereit. Was die Reformfrage betraf, so weigerte er sich, sofort zu Neuerungen zu schreiten und lehnte ab, sie nur in ein paar Provinzen zu veranlassen; damit gäbe man nur eine Prämie für Aufstände in anderen Landesteilen. Aber er wollte sich schriftlich verpflichten, in drei Monaten Reformen für das ganze Reich einzuführen[68]).

Am 29. Oktober teilte der Zar dem Großfürsten Nikolaus mit, daß er ihn zum Oberbefehlshaber einer Expedition gegen die Türkei bestimmt habe, als deren militärisches Endziel er Konstantinopel bezeichnete[69]). Der Großfürst sollte den Krieg mit nur vier Armeekorps führen. Namentlich Ignatiew hatte die Niederwerfung der Türkei als ein Kinderspiel hingestellt, und die in Livadia anwesenden Generale rechneten einen Monat bis zur Erreichung und Überschreitung der Donau; drei Tage, um den Fuß des Balkan zu erreichen; fünf Tage, um Adrianopel, und zwei Wochen, um Konstantinopel zu nehmen. Der Großfürst aber hatte einen anderen Begriff von der Widerstandsfähigkeit der Türken. In einem Kabinettsrat, der am 30. Oktober im Beisein Gortschakows und der Generale Miliutin und Obrutschew stattfand, entwickelte er seinen Plan. Der Großfürst erklärte, wenn er keine stärkere Armee bekommen könnte,

den Feldzug sofort beginnen zu müssen, während die Türkei noch im Kriege mit Serbien und Montenegro begriffen und außerstande wäre, einen russischen Angriff zu parieren. Seine Gründe schlugen durch, und um einen passablen casus belli zu haben, wurde sofort an die Türkei das Ultimatum gerichtet, binnen 48 Stunden einen sechswöchigen Waffenstillstand mit Serbien und Montenegro zu schließen (30. Oktober). Allein die Pforte fügte sich, und jetzt fehlte es dem russischen Kabinett an einem guten Grunde, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Die Art, wie von nun an zu gleicher Zeit auf die Erhaltung des Friedens und auf die Vorbereitung zum Kriege hingearbeitet wurde, kennzeichnete die Zwiespältigkeit der russischen Politik auf das Deutlichste.

Kaiser Alexander verpfändete am 2. November dem englischen Botschafter gegenüber in der ernstesten und feierlichsten Weise sein Ehrenwort, daß er nicht die Absicht habe, Konstantinopel zu erwerben und daß, wenn er gezwungen werden sollte, einen Teil Bulgariens zu besetzen, dieses nur eine vorübergehende Maßregel sein würde. Jedenfalls könnten Umstände eintreten, die ihn nötigen würden, „allein zu handeln." In einer öffentlichen Ansprache in Moskau, am 10. November, erklärte er sogar, dazu entschlossen zu sein. Drei Tage später wurde sodann die Mobilisierung von sechs Armeekorps, die allerdings schon geraume Zeit vorher befohlen war[70]), öffentlich bekannt gegeben. Nelidow wurde nach Bukarest geschickt, um mit Rumänien einen Durchzugsvertrag abzuschließen. Da aber der Waffenstillstand geschlossen war, kam die Friedenspartei wieder obenauf. Gortschakow und seine Jünger, schreibt Nelidow, wollten dem russischen Nationalgefühl eine Genugtuung verschaffen, aber aus der Sache der Balkanchristen eine europäische Frage machen und der Aktionspartei jeden Vorwand nehmen, die russische Regierung in den Krieg zu treiben[71]). Noch einmal hatte die Diplomatie das Wort; im Dezember trat die Botschafterkonferenz, die die Mächte auf Lord Derbys Vorschlag angenommen hatten, in Konstantinopel zusammen.

Vorerst verdient jedoch der russisch-rumänische Durchzugsvertrag eine kurze Erwähnung, weil er zeigt, mit welchem Mangel an Konsequenz die Russen Politik machten. Der rumänische Premierminister Bratianu, mit dem Nelidow im strengsten

Geheimnis verhandelte, fürchtete, daß Rußland nach dem Kriege, zu dessen Führung es das Durchzugsrecht durch Rumänien verlangte, diesem das 1856 erworbene Bessarabien wieder wegnehmen würde, was ja auch tatsächlich die Absicht der Russen war. Gegen einen derartigen Schritt von russischer Seite suchte Bratianu sich zu sichern, indem er der Einleitung des Vertrages eine Wendung einfügen wollte, die die Integrität des rumänischen Grundgebietes aussprach. Doch gelang es dem diplomatischen Geschick Nelidows, dies zu verhindern und statt dessen eine Formel in den Vertrag zu bringen, die die Besorgnisse der Rumänen allenfalls beschwichtigen konnte, ohne dabei Rußland streng zu binden. Nun hatte das Petersburger Ministerium des Auswärtigen versäumt, Nelidow eine Vollmacht zu diesen Verhandlungen auszustellen, und Bratianu weigerte sich, die vereinbarte Urkunde einseitig zu unterschreiben oder zu paraphieren; aber er gab Nelidow sein Wort, das Instrument, so wie es war, mit seinem Namen zu versehen, sobald ein russischer Unterhändler seine Vollmacht zur Unterzeichnung präsentierte. Nelidows Arbeit war beendet, das Dokument kam nach Petersburg, und nun fand das Finanzministerium an einem Artikel des Abkommens etwas auszusetzen und beantragte eine Änderung des Wortlauts. Bratianu nahm sofort seinen Vorteil wahr, verlangte nun auch eine Abänderung der Einleitungsformel und erreichte tatsächlich, daß Rußland sich verpflichtete, die Integrität des rumänischen Gebiets zu erhalten. Nelidow hatte wenigstens verstanden, der russischen Politik den Vorwurf eines offensichtlichen und vorbedachten Vertragsbruchs zu ersparen[72]).

5.

Bismarck war sehr erfreut, daß England und Rußland sich in der Frage des Waffenstillstandes und der Botschafterkonferenz geeinigt hatten. Er wünschte, wie Fürst Hohenlohe notiert, beide Staaten zu versöhnen, indem sie sich auf Kosten der Türkei verständigten[73]).

Als ersten Bevollmächtigten zu der Botschafterkonferenz nach Konstantinopel beschloß die englische Regierung Lord Salisbury zu entsenden. Diese Wahl ließ darauf schließen, daß der Lord in diesem Augenblick den überwiegenden Einfluß

in dem Kabinett besaß und daß die neue Orientierung der englischen Orientpolitik, die auf die Agitation Gladstones folgte, einen Sieg seiner Ansichten und Absichten bedeutete[74]). War doch die ursprünglich ganz turkophile Regierung bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand schließlich so weit gegangen, der Pforte zu drohen, daß England sie ev. ihrem Schicksal überlassen würde. Mit der Einigkeit im englischen Ministerium stand es jetzt allerdings nicht besser als vorher. Der Premierminister ließ sich durch die neue Orientierung nicht abhalten, auf dem Lord-Mayors-Bankett (9. November) eine Jingorede gegen Rußland zu halten (das Wort kam eben damals auf), deren Pointe durch den berühmt gewordenen Musikhallenvers populärisiert wurde:

We don't want to fight, but, by Jingo, if we do,
We have the ships, we have the Men, and we have the money, too.

Lord Salisbury machte seine Reise nach Konstantinopel über Paris, Berlin, Wien und Rom. Bei seinem Aufenthalte an der Spree legte Bismarck ihm dar, daß es das eigentliche Ziel der deutschen Politik sei, die gegenwärtige Krisis zu überstehen, ohne mit den befreundeten Mächten in ein weniger gutes Verhältnis zu geraten als bisher. Bismarck wünsche vor allem den Frieden zu erhalten und lege deshalb großen Wert darauf, daß die Botschafterkonferenz in Konstantinopel eine Verständigung herbeiführe. Gelinge das nicht und komme es zu einem russisch-türkischen Kriege, so müsse man trachten, ihn zu lokalisieren. Ein Scheitern der Konferenz brauche nicht notwendig zu einem Zusammenstoß der großen Mächte zu führen. England müsse das Seinige dazu beitragen, Europa vor dem Unglück einer weiteren Ausdehnung des Krieges zu bewahren. In keinem Falle wollte Bismarck die Hand zu einer Politik bieten, die eine Ausdehnung des ev. türkisch-russischen Krieges in Europa erleichtern könnte[75]).

In einer dieser Unterredungen deutete Bismarck dem englischen Minister an, daß England sich in Ägypten entschädigen sollte. Er hatte diesen Gedanken, wie oben gezeigt, schon im Dezember 1875 zu Gortschakow geäußert. Wenn aber Lord Lyons' Biograph schreibt, Bismarck habe in jener Zeit England „beständig gedrängt, Ägypten zu nehmen"[76]), so ist das eine Ausdrucksweise, die die Bismarcksche Diplomatie stark ver-

gröbert. Nach einem vorliegenden Bericht sagte er zu Lord Salisbury, England hätte keinen Grund, zu den Waffen zu greifen, wenn russische Truppen die Donau überschreiten und in die Türkei einrücken sollten. Wenn das wirklich geschehe, sei es immer noch Zeit, auf einen anderen Ausweg Bedacht zu nehmen. Seiner Ansicht nach könnten in diesem Falle die interessierten Mächte gleichfalls pfandweise türkische Gebietsteile besetzen und dann mit um so größerer Aussicht auf Erfolg Verhandlungen untereinander einleiten[77]).

Solche Gedankengänge waren Lord Beaconsfield keineswegs fremd. Freilich dachte er nicht an Ägypten; darüber hatte die englische Regierung wohl nach dem Ankauf der Suezkanalaktien den Franzosen eine bindende Zusage gemacht[78]). Disraeli hatte die Besetzung Konstantinopels oder eines anderen türkischen Hafens im Auge. Am 30. September, ehe noch die Nachricht vorlag, daß Österreich den Einmarsch in Bosnien abgelehnt hatte, schrieb der englische Premierminister an den Kriegssekretär Gathorne-Hardy: der Einmarsch der Österreicher in Bosnien und der Russen in Bulgarien werde vermutlich zum Kriege führen. Er selbst wolle nicht in den Krieg eingreifen, sondern sich beobachtend verhalten, doch würde er, um materielle Garantien zu besitzen, mit Einwilligung der Pforte gern Konstantinopel bis zum Ende des Krieges besetzen. Nach seiner Meinung müßten 40000 Mann dazu genügen. Am 26. November kam Lord Beaconsfield von neuem auf diesen Plan zurück. Er wollte die Linien hinter Konstantinopel und die Halbinsel Gallipoli okkupieren, ev. schon in dem Augenblick, wo die Russen den Pruth überschritten. Wenn es zu einer Teilung des türkischen Gebiets käme, so würde man auch England etwas anbieten, allerdings schwerlich Konstantinopel, das es auch gar nicht annehmen würde. Disraeli hatte vielmehr die Idee, der Türkei einen Hafen im Schwarzen Meer, Batum oder Sinope, abzukaufen. Gathorne-Hardy wandte gegen diesen Plan ein, daß Batum im Kriegsfalle sofort in die Hände der Russen fallen würde und daß Sinope nur eine offene Reede sei. Beaconsfield sagte, sicher würde Ägypten England wieder angeboten werden, aber darin erblicke er keinen Vorteil. Er wollte, Gathorne-Hardy zufolge, ein neues Malta oder Gibraltar, das verhindern könnte, daß das Schwarze Meer eine

ständige Gefahr für die englische Seemacht im Mittelmeer bildete[79]). Das Interesse Lord Beaconsfields konzentrierte sich aber auf Konstantinopel, und der Oberst Home von den Royal Engineers wurde abgeschickt, um die dortigen Befestigungen zu studieren[80]).

Nach der Abreise Lord Salisburys sprach sich Bismarck in zwei Reden über die Orientfrage und die deutsche Politik aus. Die erste hielt er in engerem Kreise nach einem parlamentarischen Diner, mit der zweiten beantwortete er eine Interpellation Eugen Richters im Reichstag (1. und 6. Dezember) In beiden Reden wandte sich der Kanzler ebensosehr an das Ausland wie an das Inland. Er betonte die freundschaftlichen Beziehungen zu England neben denen zu Österreich und Rußland. Die Stelle der Thronrede, sagte er, wo von „guten Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näherstehenden" die Rede war, habe sich namentlich auch auf England bezogen. Er sprach hier auch den Gedanken einer Kompensation für England offen aus und erklärte zugleich, daß Deutschland nicht Österreich-Ungarn durch Rußland niederwerfen lassen könne. Deutschland, sagte er, sei so mächtig, daß es die Ereignisse ruhig an sich herankommen lassen könne; da seine Allianz von allen Seiten gesucht werde, so komme es ihm vor, als wäre es die Bleigarnitur an dem Stehaufmännchen Europa. Das Deutsche Reich habe keine Wünsche im Orient und sei so recht in der Lage, seine Uneigennützigkeit zu dokumentieren. Bismarck legte dann dar, wie sich die Dinge seiner Meinung nach entwickeln würden, wenn die Botschafterkonferenz in Konstantinopel scheiterte. Das erste Stadium wäre der russisch-türkische Krieg, das zweite das Eingreifen Englands. Doch müßte das noch nicht den Krieg mit England nach sich ziehen, das aber zur Sicherung seiner Interessen gewisse Gebietsteile der Türkei militärisch besetzen könnte. Auch in diesem Falle habe Deutschland keine Veranlassung, aus seiner Reserve herauszutreten. Das dritte und für das Deutsche Reich entscheidende Stadium wäre der Moment, wo Österreich-Ungarn genötigt würde, in Aktion zu treten. Das sei bei den guten Beziehungen der drei Kaisermächte zwar nicht zu erwarten, aber die Eventualität müsse ins Auge gefaßt werden. Wenn die Integrität Österreich-Ungarns

gefährdet würde, so ergebe sich für Deutschland die Zwangslage, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könne. Die Integrität und der Bestand Österreich-Ungarns sei nicht bloß eine Notwendigkeit vom Gesichtspunkt des europäischen Gleichgewichts, sondern sie entspreche auch den Sympathien und Traditionen der deutschen Nation[81]).

Jener antiösterreichische Vorstoß der russischen Politik gab Bismarck die Möglichkeit an die Hand, seinen alten Plan, den er schon 1866 gehegt hatte, wieder aufzunehmen, nämlich die Anbahnung eines engeren Verhältnisses mit Österreich-Ungarn und die Schaffung eines Zustandes, der mutatis mutandis den früheren Deutschen Bund ersetzen konnte. Bisher waren nur Andrássy und Ungarn ernstlich für die Freundschaft mit Deutschland eingetreten, während der Kaiser und ein Teil der Wiener Hof- und Militärkreise noch widerstrebte. Aber Rußlands Ansinnen an Deutschland, in einem Kriege gegen Österreich neutral beiseite zu stehen, führte nach Bismarcks eigenen Worten die erste ernsthafte Annäherung mit Österreich herbei[82]).

Der Ton von Bismarcks zweiter Rede war Rußland gegenüber um so freundschaftlicher, als er in Petersburg den Eindruck von Eugen Richters Ausführungen abschwächen wollte. Vier Punkte der Rede scheinen besonders erwähnenswert. Der erste ist die Erklärung, daß Deutschland neutral bleiben würde, falls Rußland beim etwaigen Scheitern der Botschafterkonferenz auf eigene Hand gegen die Türkei vorgehen würde. Zweitens unterstrich Bismarck die guten Beziehungen Deutschlands zu England; der Dreikaiserbund sei keineswegs dazu bestimmt, eine Spitze gegen das Inselreich zu bilden, mit dem Deutschland nicht minder als mit Rußland durch die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen verbunden sei. Der dritte bestand in einer öffentlichen Warnung an Rußland. Schon in der Ansprache vom 1. Dezember hatte Bismarck offen erklärt, und die Presse hatte es berichtet, daß Deutschland eine lebensgefährliche Verwundung Österreichs nicht dulden könne. Aber in der Reichstagsrede vom 6. Dezember ging der Fürst genauer auf die Zumutungen Miliutins ein. Freilich tat er es in der Weise, daß nur die Eingeweihten die Andeutung verstehen

konnten, und in der fiktiven Form, daß es sich nicht etwa um einen tatsächlichen Vorgang, sondern um eine unwahrscheinliche Möglichkeit handelte.

Die orientalische Frage, sagte Bismarck, enthält für Deutschland „die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den andern Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt, weil sie dadurch keine ihrer Interessen verletzt. Mein Bestreben und meine Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen, wie wir sie können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgendeiner unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu betätigen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nichts getan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den andern beweisen sollen. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden."

Zum Schluß stellte Bismarck als Ziel der deutschen Politik hin, den Krieg, falls er wirklich ausbrechen sollte, zu lokalisieren und einen europäischen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern. Vor allem wollte er, daß die russische Kriegslust, wenn sie sich nicht bändigen ließe, sich gegen die Türkei und nicht gegen Österreich wendete, und jene beiden Reden gehörten zu den Mitteln, mit denen er dies Ziel erreicht hat.

6.

In Konstantinopel führte Lord Salisbury in der Tat eine Verständigung mit Ignatiew herbei. Es war jedoch ein Irrtum, wenn sowohl dieser selbst wie der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir Henry Elliot, der als zweiter Bevollmächtigter fungierte, glaubten, Lord Salisbury wäre ein Opfer der Überredungskünste „Menteur Paschas" geworden. Er brachte fertige politische Auffassungen nach Konstantinopel mit, die einem Ausgleich mit Ignatiew von Hause aus förderlich waren.

Dazu hatte er in seinem Stabe einen Mann, der sich später als einer der fähigsten englischen Diplomaten erwiesen hat und ihn davor schützen konnte, auf die Übertreibung und den Bluff des russischen Botschafters hereinzufallen. Das war der damalige Generalkonsul in Belgrad, William A. White, der sich seit Jahren ein Spezialstudium aus der slawischen Welt gemacht hatte, und der die Russen und ihre politischen Methoden ganz genau kannte, hatte er doch den größten Teil seines Lebens in Russisch-Polen zugebracht[83]). Lord Salisbury hatte sich in Paris, Berlin, Wien und Rom überzeugt, daß keine Macht geneigt war, die Türkei unter ihren Schutz zu nehmen. Er wollte, wie er in Rom dem Minister des Auswärtigen sagte, die russischen Pläne zur Einführung wirksamer Reformen in den slawischen Provinzen unterstützen[84]) und auch für die notwendigen Garantien zu ihrer Ausführung eintreten[85]). Das hatte auch Gladstone gefordert[86]). Salisburys Instruktion (die er vermutlich selbst verfaßt hat) wendet sich gegen eine Besetzung türkischer Gebiete durch Rußland oder Österreich, aber in Rom erörterte er mit dem Minister Melegari die Möglichkeit einer „militärischen Exekution" durch ausländische (belgische) Milizen. Er suchte also eine Annäherung an Rußland, zu der ihm übrigens auch Bismarck geraten hatte. Verband Lord Salisbury damit noch weitergehende Pläne? Während des Krieges von 1864 war er die Seele der englischen Kriegspartei gegen Preußen gewesen; auch hatte er mit großer Bitterkeit gegen die preußische Politik geschrieben[87]). Nach einem Briefe Whites bestand seine Idee darin, daß England sich auf Frankreich und Österreich stützen und sich zugleich Rußland nähern sollte; es sei von größter Wichtigkeit für England, daß Bismarck in der europäischen Politik nicht völlig freie Hand habe[88]). Hat Lord Salisbury vielleicht daran gedacht, die Auflösung des Dreikaiserbundes in der Weise zu versuchen, daß nicht Rußland, sondern Deutschland isoliert würde? Vielleicht wird seine Biographie darüber Aufschluß geben. Interessant ist jedenfalls, daß Bismarck mit einer solchen Möglichkeit gerechnet hat. In dem Erlaß, durch den der deutsche Botschafter in Wien, Graf Stolberg, ermächtigt wurde, das Gespräch des Reichskanzlers mit Lord Salisbury zur Kenntnis Andrássys zu bringen, betonte Bismarck, daß er sowohl mit Rußland als mit Österreich gute Beziehungen pflegen

müsse. Ginge er einseitig gegen Rußland vor, so könnte das aller Wahrscheinlichkeit nach den Zaren veranlassen, sich mit England zu verständigen, für einige Zeit seine orientalischen Pläne beiseite zu setzen und vorerst gegen die nächsten Nachbarn eine Koalition mit Frankreich und Italien einzugehen[89]).

Nun einigten sich die Diplomaten in Konstantinopel auf einer Vorkonferenz, auf der die Türkei nicht vertreten war, über ein Reformprogramm für Bosnien und Bulgarien. Ignatiew machte Lord Salisbury das Zugeständnis, daß er seine ursprünglichen Forderungen: Einmarsch in Bulgarien und Errichtung selbständiger slawischer Staaten zurückstellte. Dagegen gewann er Salisburys Zustimmung dazu, daß Bulgarien auf der Grundlage seiner Nationalität organisiert werden sollte. So stimmte das Bulgarien der Vorkonferenz nahezu mit dem des Friedens von San Stefano überein, nur daß es im Süden nicht das Ägäische Meer erreichte, im Nordwesten aber Nisch erhielt; ganz Mazedonien sollte dazu gehören, im Südwesten reichte es bis zum Ochrida-See, im Südosten bis zu Kirk-Kilisse und Mustafa Pascha. Ignatiew wollte dies Bulgarien als eine einzige Provinz behandelt sehen, aber er gab Salisbury nach, und die Vorkonferenz beschloß eine vertikale Teilung; das westliche Bulgarien sollte Sofia, das östliche Tirnova zur Hauptstadt haben[90]).

In der Türkei hatte mit dem Sturz des Sultans Abdul Aziz die Reformbewegung gesiegt, und ihr Hauptführer, Midhat Pascha war die Seele der neuen Regierung. Der neue Sultan Abdul Hamid löste sein Versprechen eigener Reformen ein und gab seinem Reiche an demselben Tage, wo die Botschafterkonferenz eröffnet wurde, eine Verfassung. Aber der englische Botschafter Sir Henry Elliot, ein Freund der Türken, war wohl der einzige der dortigen Diplomaten, der die Reformbewegung wirklich ernst nahm[91]); die übrigen erblickten in der etwas theatralisch inszenierten Einführung der Verfassung nichts als Ausflüchte. Lord Salisbury sprach zu Dr. Busch in dem Tone wegwerfender Verachtung von Midhat Pascha; er glaubte, die Türken wollten sich durch elende Kniffe und unaufrichtige Zugeständnisse aus der Sache ziehen; es sei überhaupt nichts mehr von ihnen zu hoffen[92]). Dagegen war Midhat nach Bismarcks Urteil ein Mann von solider europäischer Bildung, dem

die Laster des Orients abgingen, und der durch Tüchtigkeit und Genialität eine hervorragende Stellung unter den türkischen Staatsmännern einnahm[93]). Indes wollte die Botschafterkonferenz die eigenen türkischen Reformen nicht anerkennen und bestand auf einer europäischen Kontrolle. Die populäre türkische Bewegung hatte aber nicht nur einen liberalen, sondern auch einen ausgesprochen nationalistischen Charakter, und der Gedanke einer europäischen Beaufsichtigung stieß auf entschiedene Opposition. Dieser Widerstand wurde dadurch verstärkt, daß die Pforte trotz der Haltung, die Lord Salisbury einnahm, auf die Unterstützung Englands rechnete. Der Lord wurde indes von seinen Kollegen im englischen Kabinett nicht loyal unterstützt. Nach einer vertraulichen Äußerung William Whites wurde seine Politik von London aus geradezu vereitelt[94]), obwohl das Kabinett am 18. Dezember seine Vorschläge im Prinzip annahm[95]). Während Lord Salisbury die englische Flotte aus der Besikabai fortschickte, wo sie seit Ende Mai gelegen hatte, studierte Oberst Home im Auftrage des englischen Kriegsministeriums die Befestigungen Konstantinopels[96]). Am 22. Dezember faßte das Londoner Kabinett mit ungewöhnlicher Einstimmigkeit folgenden Beschluß: einerseits sollte ein starker moralischer Druck auf die Türkei ausgeübt werden, um die Reformvorschläge der Mächte zur Annahme zu bringen, anderseits würde England der Türkei im Falle eines Krieges keine Hilfe leisten, aber sich auch an keinen militärischen oder maritimen Zwangsmaßregeln gegen sie beteiligen. Diesen ganzen Kabinettsbeschluß teilte Lord Derby dem türkischen Botschafter in London mit, der natürlich sofort nach Konstantinopel berichtete, daß England keinesfalls eine militärische Aktion oder Flottendemonstration mitmachen würde. Der Großvezier empfing diese Nachricht von der mangelhaften Einigkeit Europas mit begreiflicher Freude, und Lord Salisbury mußte nach Hause melden, der Großvezier glaube, auf die Unterstützung Lord Derbys und Lord Beaconsfields rechnen zu können[97]).

Auf den Verhandlungen der Botschafterkonferenz nahmen die türkischen Bevollmächtigten den Standpunkt ein, daß Sonderreformen in den drei Provinzen Bosnien, Herzegowina und Bulgarien die Einheit der ottomanischen Verfassung aufheben würden. Nach dem Urteil Sir Henry Elliots hätte die Kon-

ferenz die neue Verfassung annehmen sollen; damit hätte diese nahezu den Charakter eines internationalen Vertrages erhalten, so daß die Mächte das Recht gehabt hätten, auf der Ausführung ihrer Bestimmungen zu bestehen[98]). Das entsprach aber nicht der Ansicht der Bevollmächtigten. Sie minderten ihre Forderungen Punkt für Punkt herab, bis das auf der Vorkonferenz beschlossene Reformwerk bis zur Unkenntlichkeit entstellt war; eine ihrer Garantieforderungen nach der anderen gaben sie preis und bestanden schließlich nur noch auf einer Konsularkommission zur Unterstützung der Lokalbehörden, auf der Kommandierung einiger Instruktionsoffiziere zu der türkischen Gendarmerie und einer einmaligen Zustimmung der Mächte zu der Ernennung der Walis von Bosnien und Bulgarien[99]). Die Pforte lehnte auch diese abgeschwächten Forderungen und ein zum Schluß von den Botschaftern gestelltes Ultimatum ab.

Das Scheitern der Konstantinopeler Konferenz vermehrte die Wahrscheinlichkeit des Krieges. Ignatiew und Nelidow hatten in diesem Mißerfolg, den sie von vornherein annahmen und wohl auch begünstigten, vor allem ein diplomatisches Mittel erblickt, um die Türkei vor den Mächten ins Unrecht zu setzen, damit Rußland für den Fall des Krieges mit der Pforte der Neutralität der Mächte sicher wäre. Von einem europäischen Mandat für Rußland war freilich nicht die Rede, und über die Neutralität der anderen Staaten mußte es verhandeln. Mit Österreich-Ungarn kam es hierüber zum Abschluß von zwei Verträgen, die beide vom 15. Januar 1877 datiert sind. Der eine zog den russischen Operationen eine Grenze, indem Serbien, Montenegro und der Sandschak von Novibazar zu einer neutralen Zone bestimmt wurden, so daß nur die östliche Hälfte der Balkanhalbinsel Kriegsschauplatz werden durfte. In dem zweiten Vertrage erwarb Österreich die positive Zustimmung Rußlands zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina. Zugleich sagten sich die beiden Mächte diplomatische Unterstützung für den Fall zu, daß die territorialen Änderungen, die sich aus dem Kriege ergeben könnten, eine Kollektivberatung der Mächte veranlaßten[100]). Anderseits wurde ausgemacht, daß bei territorialen Veränderungen oder der Auflösung des ottomanischen Reiches die Bildung eines großen, kompakten slawischen oder sonstigen Staates ausgeschlossen sein sollte; dagegen

könnten Bulgarien, Albanien und der Rest von Rumelien zu unabhängigen Staaten gemacht werden[101]).

Nachdem die militärische Konvention mit Österreich geschlossen war, versandte Gortschakow eine Zirkulardepesche (19. Januar), um noch einmal die Bekundung der Einmütigkeit Europas herbeizuführen. In derselben Zeit besuchte Ignatiew in inoffizieller Mission die Höfe von Berlin, Wien und London.

Bismarck, der im Januar und noch Mitte Februar besorgte, daß der Krieg sich gegen Österreich-Ungarn richten könnte, hat sich, wie er selbst gesagt hat, bemüht, die russischen Angriffstendenzen nach Süden abzulenken. Wir erfahren indes nichts über die Art, wie, und über die Zeit, wann er es getan hat. Da er Rußland sehr vorsichtig behandelte, hat sich möglicherweise seine Einwirkung in der Hauptsache darauf beschränkt, daß er Rußland für den Fall eines Krieges mit der Türkei die wohlwollende Neutralität Deutschlands versprach, während in dem anderen Fall sein früher gemachter Vorbehalt einer Intervention bestehen blieb, sobald Österreichs Stellung als Großmacht gefährdet wurde. Jedenfalls hat sich Rußland zweifellos der Neutralität Deutschlands für den Türkenkrieg versichert. Das lag in der Natur der Dinge, und wir erfahren obendrein, daß Bismarck auf eine ausdrückliche Anfrage der Russen erklärt hat, daß er gegen eine etwaige Annexion von Batum nicht das geringste einzuwenden hätte[102]).

Es scheint, als ob Ignatiew den Versuch gemacht hat, ein europäisches Mandat für den Krieg gegen die Türkei zu erhalten. Gortschakow dagegen, der noch immer eine isolierte Aktion vermeiden wollte, suchte nach einem Mittel, sich mit Hilfe des europäischen Konzerts aus der vorgeschobenen Stellung, in die sich Rußland begeben hatte, herauszuziehen[103]). So wurde Schuwalow beauftragt, neue Verhandlungen mit der englischen Regierung zu beginnen. Er beklagte sich bitter über das große Mißtrauen, das gegen die russische Politik herrsche. „Die wirkliche Wahrheit ist," sagte er zu dem englischen Diplomaten Rumbold, „daß wir keine feste Politik haben; alles wechselt von Tag zu Tag. Alles vollzieht sich im Kaiserlichen Palaste, und alles hängt von der Verdauung von zwei oder drei Personen ab[104])." In London hatte sich unterdessen die Lage geändert.

Kapitel 4.

Der Russisch-Türkische Krieg[1]).

1.

Am 24. April erklärte Rußland der Türkei den Krieg. Deutschland war wohlwollend neutral, Frankreich passiv, mit Österreich-Ungarn hatte man sich auseinandergesetzt; der unbestimmte politische Faktor blieb England. Die englische Regierung erklärte sich wohl neutral, aber es war eine bedingte Neutralität, und im Kabinett sprach man hauptsächlich von der Möglichkeit, daß man genötigt werden könnte, sie zu verletzen[2]). Die innere Lage klärte sich. Der Ausbruch des Krieges machte die liberale Frontbank abgeneigt, den türkenfeindlichen Resolutionen, die Gladstone im Unterhause einbringen wollte, die offizielle Unterstützung der Opposition zu gewähren. So war das Ergebnis der Debatte, trotz eines glänzenden rhetorischen Erfolges Gladstones, ein Sieg der Regierung mit der unerwartet großen Mehrheit von 131 Stimmen. Von dieser uneinigen Opposition hatte die Regierung nichts zu befürchten[3]).

Als Schuwalow sich zur Abreise nach Petersburg bereit machte, gab Lord Derby ihm eine Note (6. Mai) mit auf den Weg, worin er die möglichen Konfliktspunkte zwischen England und Rußland bezeichnete: Ägypten und den Suezkanal, den Persischen Golf und Konstantinopel. Da es nicht in der russischen Absicht lag, den Krieg nach Ägypten oder dem Gebiet des Persischen Golfs zu tragen, bildete Konstantinopel die einzige ernste Frage. Nun hatte Schuwalow, der den ganzen Krieg als ein Unglück betrachtete, den Gedanken, dem Konflikte mit England dadurch auszuweichen, daß der Kriegsschauplatz auf das Gebiet nördlich vom Balkan beschränkt würde. In Petersburg angekommen, setzte Schuwalow eine Denkschrift darüber auf. Die Intervention Englands, führte er aus, könnte den Widerstand der Türkei so weit stärken, daß ein zweiter Feldzug notwendig würde. England könnte die Dardanellen samt beiden Ufern besetzen, und wenn es die Türken in Konstantinopel nicht zu halten vermöchte, würde es versuchen, die Stadt in griechische Hände zu bringen. Ist Rußland in der

Lage, fragte Schuwalow, zwei Feldzüge zu führen? Aber diese ganze Schwierigkeit wäre behoben, wenn die Armee des Zaren den Balkan nicht überschritte; das russische Kriegsziel sei auch bei dieser Beschränkung der militärischen Operationen zu erreichen[4]).

Die Vorstellungen Schuwalows machten Eindruck. Gortschakow erblickte eine neue Möglichkeit darin, seinen alten Gedanken des Zusammengehens mit den anderen Mächten zu verwirklichen. Er glaubte wieder, eine Entente mit England und Österreich schaffen zu können; Deutschland wollte er anscheinend übergehen[5]). Also ließ er den Kabinetten von London und Wien mitteilen, daß der Krieg lokalisiert und der Kriegsschauplatz auf das Gebiet nördlich vom Balkan beschränkt werden könnte, wenn die Türkei um Frieden bäte, ehe die russische Armee den Balkan überschritten hätte. Für diesen Fall teilte Gortschakow zugleich seine Friedensbedingungen mit: ein autonomes kleines Bulgarien nördlich vom Balkan; für Österreich eine entscheidende Stimme bei der Reorganisation Bosniens und der Herzegowina; ev. Kompensationsforderungen Österreichs in diesen Provinzen wolle Rußland nicht entgegentreten; für Rußland selbst Beßarabien und Batum. All das sollte nur für den Fall gelten, daß die Türkei rechtzeitig um Frieden bäte; andernfalls müßte der Krieg fortgesetzt werden, bis die Pforte gezwungen wäre, den Frieden zu unterzeichnen. Falls der Krieg jenseits des Balkans fortgesetzt werden müßte, könnte sich der Zar nicht verpflichten, gegebenenfalls nicht auf Konstantinopel zu marschieren; aber eine dauernde Besetzung der Stadt werde nicht beabsichtigt, sondern Rußland erkenne an, daß das endgültige Schicksal Konstantinopels und der Meerengen nur in Gemeinschaft mit den andern Mächten geregelt werden dürfte[6]).

Der Kaiser und Gortschakow versprachen sich viel Erfolg von diesem Schritt. Und auch der französische Botschafter in Petersburg, General Le Flô, meldete seiner Regierung am 7. Juni, daß der Zar und sein Kanzler wünschten, den Balkan nicht zu überschreiten, um einen Konflikt mit England zu vermeiden; wenn die Russen über die Donau gegangen wären und einen ersten Sieg erfochten hätten, so wäre damit die natürliche Gelegenheit für eine wohlwollende Intervention der

Mächte und zur Einberufung eines Friedenskongresses gegeben[7]). Aber Schuwalows Plan scheiterte — nicht in London oder Wien, noch auch in Konstantinopel, sondern an dem Widerstande der russischen Heeresleitung. Denn er stand im völligen Gegensatze zu den militärischen Plänen des Großfürsten Nikolaus, dem ja der Kaiser Ende Oktober Konstantinopel als militärisches Kriegsziel bezeichnet hatte. In dem Feldzugsplan des Generalstabes, der zweifellos die Genehmigung des Zaren gefunden hatte, hieß es: „Man muß das Zentrum der türkischen Macht erschüttern, auf Konstantinopel marschieren und dort die Bedingungen eines dauerhaften Friedens diktieren[8])." Nun erhielt Großfürst Nikolaus durch Ignatiew, ganz wider Gortschakows Willen, Nachricht von der Instruktion an Schuwalow, und er ließ sofort durch Nelidow eine Denkschrift in entgegengesetztem Sinne ausarbeiten. Im Kabinettsrat kam es zu einer heftigen Szene zwischen dem Großfürsten und Gortschakow. Der Zar, der bald dem Einfluß der Diplomatie, bald dem des Militärs nachgab, nahm jetzt die Partei der letzteren, und es wurde beschlossen, Schuwalow eine neue Instruktion zu geben. Obwohl dieser die Note vom 18./30. Mai Lord Derby schon übergeben hatte, wurde er telegraphisch beauftragt, das darin enthaltene Angebot der russischen Regierung wieder zurückzunehmen; einen entsprechenden Vorwand dafür zu finden, überließ man ihm[9]). Schuwalow tat es in der Form, daß Gortschakow zu der Überzeugung gelangt sei, die Teilung Bulgariens in zwei Provinzen würde sich doch nicht durchführen lassen[10]). Indem man die Bildung eines kleinen Bulgariens nördlich vom Balkan fallen ließ, deutete man an, daß sich der Krieg nicht auf das Gebiet nördlich vom Balkan werde lokalisieren lassen.

Der Gedanke eines kleinen Bulgariens, der zum erstenmal von Rußland ausgesprochen worden war, sollte bald von England wieder aufgenommen werden. Rußland ließ, nachdem Schuwalow desavouiert war, den Faden der diplomatischen Unterhandlungen fallen, und Lord Derby nahm ihn seinerseits nicht wieder auf. Die Konstantinopeler Frage blieb ungelöst. Lord Beaconsfield wollte, als die russische Kriegserklärung in sicherer Aussicht stand, wahrscheinlich auf den Rat des Obersten Home, Gallipoli besetzen, um zu verhindern, daß die Dardanellen

in den Besitz Rußlands kämen[11]). Jedoch geschah nichts in dieser Richtung. Anderseits suchten Lord Beaconsfield und Lord Derby jetzt einen näheren Anschluß an Österreich. Im Sommer 1877 kam eine allerdings ziemlich platonische Entente zwischen beiden Regierungen zustande, die Andrássy als Rückversicherung gegen einen etwaigen Vertragsbruch Rußlands diente. Im August 1877 wurden nämlich zwischen London und Wien Deklarationen ausgetauscht, worin „eine gleichmäßige, jedoch gesonderte diplomatische und ev. eine später zu vereinbarende kriegerische Aktion in Aussicht genommen wurde[12])". In den Verhandlungen bezeichnete Andrássy die Besitznahme Konstantinopels durch Rußland als einen casus belli für Österreich[13]). Bismarck war die Annäherung zwischen England und Österreich, von der Andrássy ihn in Salzburg in Kenntnis setzte, sehr sympathisch; denn er hegte seit langem die Überzeugung, daß Österreich sich bei der Verteidigung seiner Orientinteressen an England anlehnen müßte.

2.

In die Anfänge des Russisch-Türkischen Krieges fällt ein Ereignis, das die Lage in Westeuropa von neuem komplizierte: der sog. parlamentarische Staatsstreich des Marschalls Mac Mahon vom 16. Mai 1877. Der Präsident der französischen Republik entließ das Ministerium Jules Simon, das in der Deputiertenkammer über die Mehrheit gebot, und betraute den Herzog de Broglie mit der Bildung einer konservativ-klerikalen Regierung. Die republikanische Kammer wurde aufgelöst. Sei es, daß der Vatikan bei diesem Staatsstreich seine Hand im Spiele gehabt hat oder nicht[14]), die internationale Bedeutung des Vorganges lag auf der Hand. Mit Sorgen beobachtete Bismarck, daß sich auch in Wien klerikale und franzosenfreundliche Elemente zur Geltung zu bringen suchten, obwohl er ein austro-französisches Bündnis nicht fürchtete, solange Andrássy im Amte blieb[15]). Aber man sprach wieder von der Bildung einer katholischen Koalition[16]), und in Rom fürchtete man geradezu eine französische Unternehmung zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes[17]). Im italienischen und französischen Parlament wurde diese Seite des Pariser Ministerwechsels leidenschaftlich erörtert; in Frankreich

Mächte und zur Einberufung eines Friedenskongresses gegeben[7]). Aber Schuwalows Plan scheiterte — nicht in London oder Wien, noch auch in Konstantinopel, sondern an dem Widerstande der russischen Heeresleitung. Denn er stand im völligen Gegensatze zu den militärischen Plänen des Großfürsten Nikolaus, dem ja der Kaiser Ende Oktober Konstantinopel als militärisches Kriegsziel bezeichnet hatte. In dem Feldzugsplan des Generalstabes, der zweifellos die Genehmigung des Zaren gefunden hatte, hieß es: „Man muß das Zentrum der türkischen Macht erschüttern, auf Konstantinopel marschieren und dort die Bedingungen eines dauerhaften Friedens diktieren[8])." Nun erhielt Großfürst Nikolaus durch Ignatiew, ganz wider Gortschakows Willen, Nachricht von der Instruktion an Schuwalow, und er ließ sofort durch Nelidow eine Denkschrift in entgegengesetztem Sinne ausarbeiten. Im Kabinettsrat kam es zu einer heftigen Szene zwischen dem Großfürsten und Gortschakow. Der Zar, der bald dem Einfluß der Diplomatie, bald dem des Militärs nachgab, nahm jetzt die Partei der letzteren, und es wurde beschlossen, Schuwalow eine neue Instruktion zu geben. Obwohl dieser die Note vom 18./30. Mai Lord Derby schon übergeben hatte, wurde er telegraphisch beauftragt, das darin enthaltene Angebot der russischen Regierung wieder zurückzunehmen; einen entsprechenden Vorwand dafür zu finden, überließ man ihm[9]). Schuwalow tat es in der Form, daß Gortschakow zu der Überzeugung gelangt sei, die Teilung Bulgariens in zwei Provinzen würde sich doch nicht durchführen lassen[10]). Indem man die Bildung eines kleinen Bulgariens nördlich vom Balkan fallen ließ, deutete man an, daß sich der Krieg nicht auf das Gebiet nördlich vom Balkan werde lokalisieren lassen.

Der Gedanke eines kleinen Bulgariens, der zum erstenmal von Rußland ausgesprochen worden war, sollte bald von England wieder aufgenommen werden. Rußland ließ, nachdem Schuwalow desavouiert war, den Faden der diplomatischen Unterhandlungen fallen, und Lord Derby nahm ihn seinerseits nicht wieder auf. Die Konstantinopeler Frage blieb ungelöst. Lord Beaconsfield wollte, als die russische Kriegserklärung in sicherer Aussicht stand, wahrscheinlich auf den Rat des Obersten Home, Gallipoli besetzen, um zu verhindern, daß die Dardanellen

in den Besitz Rußlands kämen[11]). Jedoch geschah nichts in dieser Richtung. Anderseits suchten Lord Beaconsfield und Lord Derby jetzt einen näheren Anschluß an Österreich. Im Sommer 1877 kam eine allerdings ziemlich platonische Entente zwischen beiden Regierungen zustande, die Andrássy als Rückversicherung gegen einen etwaigen Vertragsbruch Rußlands diente. Im August 1877 wurden nämlich zwischen London und Wien Deklarationen ausgetauscht, worin „eine gleichmäßige, jedoch gesonderte diplomatische und ev. eine später zu vereinbarende kriegerische Aktion in Aussicht genommen wurde[12])". In den Verhandlungen bezeichnete Andrássy die Besitznahme Konstantinopels durch Rußland als einen casus belli für Österreich[13]). Bismarck war die Annäherung zwischen England und Österreich, von der Andrássy ihn in Salzburg in Kenntnis setzte, sehr sympathisch; denn er hegte seit langem die Überzeugung, daß Österreich sich bei der Verteidigung seiner Orientinteressen an England anlehnen müßte.

2.

In die Anfänge des Russisch-Türkischen Krieges fällt ein Ereignis, das die Lage in Westeuropa von neuem komplizierte: der sog. parlamentarische Staatsstreich des Marschalls Mac Mahon vom 16. Mai 1877. Der Präsident der französischen Republik entließ das Ministerium Jules Simon, das in der Deputiertenkammer über die Mehrheit gebot, und betraute den Herzog de Broglie mit der Bildung einer konservativ-klerikalen Regierung. Die republikanische Kammer wurde aufgelöst. Sei es, daß der Vatikan bei diesem Staatsstreich seine Hand im Spiele gehabt hat oder nicht[14]), die internationale Bedeutung des Vorganges lag auf der Hand. Mit Sorgen beobachtete Bismarck, daß sich auch in Wien klerikale und franzosenfreundliche Elemente zur Geltung zu bringen suchten, obwohl er ein austro-französisches Bündnis nicht fürchtete, solange Andrássy im Amte blieb[15]). Aber man sprach wieder von der Bildung einer katholischen Koalition[16]), und in Rom fürchtete man geradezu eine französische Unternehmung zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes[17]). Im italienischen und französischen Parlament wurde diese Seite des Pariser Ministerwechsels leidenschaftlich erörtert; in Frankreich

stieg die Feindschaft zwischen Republikanern und Monarchisten so, daß man bereits von einem moralischen Bürgerkriege sprach. In Deutschland waren die Sympathien natürlich auf seiten der Republikaner, und Männer wie Feldmarschall Manteuffel und Ranke sandten dem greisen Thiers Glückwunschtelegramme für die Wahlen[18]).

In Italien war im März 1876 die liberale Partei zum ersten Male zur Regierung gekommen; sie begann ihre innere Politik mit einer antiklerikalen Gesetzgebung. Nach außen hin war Italien so gut wie ganz isoliert. Mit England stand die Consulta noch in keiner engen Fühlung. Ein italienischer Abgeordneter bezeichnete das damalige Verhältnis des Inselreiches zu Italien als das einer wohlwollenden Gleichgültigkeit[19]), und überdies hielt es der englische Botschafter in Rom mit der konservativen Opposition[20]). Die Beziehungen zu Österreich hatten sich außerordentlich verschlechtert. Man nahm allgemein an, daß die Monarchie nach dem Besitze von Bosnien strebte, und der Gegensatz der beiderseitigen Orientinteressen hatte eine akute Verschärfung der irredentistischen Bewegung zur Folge. Da nach dem Staatsstreich des Marschalls Mac Mahon auch das Verhältnis zu Frankreich gespannt wurde, besaß das junge Königreich zwei mögliche Gegner und keinen einzigen Freund. Wollte man aus der Isolierung heraus, so war die gegebene Politik die einer Anlehnung an Deutschland, aber das Kabinett Depretis besaß keinen Überfluß an klaren politischen Gedanken oder an Initiative. Francesco Crispi, der bedeutendste politische Kopf und Charakter nicht allein in der liberalen Partei, sondern in ganz Italien, war bei der Bildung des Kabinetts Depretis übergangen worden; aber im Herbst 1876 wurde er mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Deputiertenkammer gewählt; er war in jedem Fall ein Mann von Einfluß und ein Ministeriabile. Wenn Depretis schon im Frühjahr 1877 beabsichtigt hat, sich in direkte Beziehungen zum Fürsten Bismarck zu setzen[21]), so fehlte jedenfalls der Entschluß, den Plan auszuführen, und bei der folgenden Entwicklung ist Crispis Einwirkung deutlich zu erkennen.

Während der Reichstagsferien im Sommer 1877 machte Rudolf von Bennigsen seine lang geplante Reise nach Italien, und als er nach Rom kam, war er über die große Liebens-

würdigkeit erstaunt, mit der der deutsche Botschafter, Robert von Keudell, ihn aufnahm. Er mußte im Palazzo Cafarelli wohnen, und bei kleinen intimen Frühstücken wurde er mit den leitenden italienischen Staatsmännern und auch mit Crispi bekannt. Bennigsen war damals einer der meistgenannten deutschen Politiker; er war Präsident des Reichstages und Führer der nationalliberalen Partei, und viele sahen in ihm einen künftigen Minister. Im Auslande war er besonders durch die Reden bekannt, mit denen er Bismarcks auswärtige Politik unterstützt hatte. Die beiden Kammerpräsidenten und Ministerkandidaten kamen einander schnell näher. Crispi veranstaltete sogar eine politische Demonstration: über 200 italienische Abgeordnete gaben am Präsidententische ihre Visitenkarten für Bennigsen ab[22]). Viktor Emanuel II. empfing ihn in Audienz und verlieh ihm einen hohen Orden; so führte diese unpolitische Ferienreise, infolge von Keudells und Crispis Geschick, zu einer bemerkenswerten deutschfreundlichen Kundgebung der italienischen Politik. Die Wirkung blieb nicht aus. Einige Zeit darauf ließ Bismarck durch Keudell[23]) ein engeres Verhältnis zwischen beiden Mächten anregen, und der Minister des Auswärtigen, Melegari, stimmte einer Vereinigung zu Defensivzwecken zu. Dies sind die ersten ernsthaften Bündnisverhandlungen, die Bismarck nach der Gründung des Deutschen Reiches eingeleitet hat. Welche Rolle Crispi bei diesem Vorspiel eingenommen hat, erhellt daraus, daß er es durchsetzte, daß ihm, dem Kammerpräsidenten, die diplomatische Mission anvertraut wurde, mit Bismarck über ein Bündnis zu verhandeln[24]).

Crispis Programm war: 1. ein Bündnis mit Deutschland für den Fall eines Krieges mit Frankreich oder mit Österreich und 2. falls Österreich Bosnien nähme, eine Kompensation für Italien, die in einer Abtretung österreichischen Gebietes in den Alpen, d. h. in der Gewinnung des Trentinos bestehen sollte[25]). Am 17. September 1877 war Crispi in Gastein bei Bismarck. Der Kanzler erklärte sich zu einem Bündnis gegen Frankreich bereit, wollte aber von einer Vereinigung gegen Österreich nichts wissen. Als Kompensation für Italien empfahl er Albanien oder eine andere türkische Provinz[26]) an der Adria, worauf dieses Mal Crispi nicht eingehen wollte. Was Österreich betrifft, so sagte Bismarck, er könne nur hoffen, daß die Be-

ziehungen zwischen der Donaumonarchie und Italien freundschaftlich und mit der Zeit herzlich werden würden; er lehnte jedoch ab, mit Andrássy über die italienischen Wünsche betreffs Bosniens und des Trentinos zu reden[27]). Am Tage nach der Unterredung mit Crispi war Bismarck in Salzburg bei Andrássy. Er erzählte ihm von Crispis Besuch und sagte, die Ereignisse vorwegnehmend und sie beeinflussend, daß die italienische Regierung mit der Österreich-Ungarns in guter Freundschaft zu leben wünsche. Andrássy war hocherfreut darüber und bat den Fürsten, einen Gruß an Crispi zu bestellen. Als Bismarck am 24. September diesen in Berlin wiedersah, riet er ihm, auch nach Wien zu fahren und Andrássy aufzusuchen, mit dem er sicher zu einer Verständigung gelangen würde.

Was die Frage eines Bündnisvertrages betraf, so erklärte Bismarck sich bereit, die Verhandlungen zu eröffnen und sprach den Wunsch aus, mit Crispi selbst zu verhandeln[28]). Der Gedanke lag nahe genug, daß ein Ministeriabile, der diesen Vertrag abschloß, bald einflußreicher Minister sein würde.

Crispi beurteilte die Lage ganz klar. In seinem Bericht an König Viktor Emanuel schreibt er, er habe die Überzeugung gewonnen, Bismarck beabsichtige, im guten Einvernehmen mit Österreich zu bleiben, und wünsche, daß Italien dieselbe Politik befolge[29]). Depretis, der schon durch den italienischen Botschafter in Berlin wußte, was Bismarck zu Andrássy über die freundschaftliche Gesinnung Italiens gesagt hatte, schrieb an Crispi: „Jene Worte sind für uns ein Programm geworden, um dessen Verwirklichung wir uns bemühen müssen[30])." Die neue Orientierung der italienischen Politik sollte also ganz in Bismarcks Sinne erfolgen.

Von Berlin begab sich Crispi nach London und darauf, Bismarcks Rat gemäß, nach Wien und Pest. Lord Derby empfahl dem Italiener ebenso wie Bismarck es getan hatte: „Nehmen Sie Albanien", nahm jedoch auch Crispis Wunsch nach einer Grenzberichtigung in den Alpen — als Kompensation für die österreichische Erwerbung Bosniens — wohlwollend zur Kenntnis[31]). Nach Wien ging Crispi in der bestimmten Absicht, eine offene Aussprache mit Andrássy über die Grenzberichtigung herbeizuführen. Er schrieb aus London an Depretis, wenn dieser ihm hierin nicht beipflichtete, würde

er sofort zurückkehren, ohne Wien berührt zu haben. Der Minister empfahl große Vorsicht, aber doch sollte Crispi dem Grafen sagen, daß die italienische Regierung die Herrschaft über die öffentliche Meinung verlieren würde, wenn Österreich-Ungarn sein Gebiet ausdehnte, ohne Italien eine Kompensation zu gewähren[32]). Crispi scheint jedoch nach einem langen Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Wien, Graf Robilant, zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß es völlig nutzlos wäre, das heikle Thema zu berühren, und daß es sich viel mehr empfähle, auf anderen Gebieten eine Verständigung zu suchen[33]). Nach Crispis Abreise ließ die offiziöse österreichische Presse mit aller Deutlichkeit erklären, daß von einer Abtretung des Trentino keine Rede sein könne. Crispis Aufzeichnungen über sein Gespräch mit Andrássy selbst sind sehr kurz. Man gewinnt den Eindruck, daß Andrássy einer etwaigen Äußerung von Crispis eigentlichen Wünschen zuvorkam, indem er bemerkte, man müßte die Freundschaft erhalten und das Einvernehmen nicht durch praktisch unerreichbare Forderungen stören. Das Nationalitätenprinzip sei nicht überall anwendbar, noch sei die Sprache das alleinige Merkzeichen der Nationalität; dabei flocht er ein, daß, wenn die Italiener Triest nähmen, sie sich dort nicht einen Tag lang halten könnten. Eine Kompensation aber gönnte er Italien. „Wir müssen offen reden, wollen Sie anderes Gebiet? Sagen Sie es, das ist eine Politik, die ich verstehe. Es handelt sich um . . .“ Der Gegenstand von Andrassys Kompensationsvorschlag wird in Crispis Denkwürdigkeiten nicht mitgeteilt.

In den anderen Fragen kamen die beiden Staatsmänner einander näher. Andrássy erklärte: „Eine feindliche Politik gegen Italien widerspricht den Interessen Österreich-Ungarns; solange ich im Amte bleibe, werde ich von dieser Politik nicht abgehen.“ In der Orientfrage stimmte Crispi zu, daß Bulgarien nördlich vom Balkan autonom werden sollte, aber die Russen kein türkisches Gebiet erhalten dürften; es fiel sogar das Wort, daß man sich verständigen müßte, wenn der Krieg zu Ende ginge[34]). Eine Entspannung zwischen Italien und Österreich-Ungarn war jedenfalls erzielt und damit die Vorbedingung für ein gemeinsames politisches Handeln geschaffen. Nach Crispis Rückkehr beschlossen der König und der Premier-

miniſter Depretis denn auch, der italieniſchen Politik eine neue Orientierung zu geben, und am 9. Dezember 1879 trat Criſpi als Miniſter des Innern in das Kabinett ein[35]).

3.

Die erſte Phaſe des Krieges verlief für die Ruſſen ungünſtig, und damit fiel die Vorausſetzung für einen kurzen Krieg und für eine wohlwollende Vermittelung der Mächte weg, die bei ſchnellen erſten Erfolgen der ruſſiſchen Waffen vielleicht möglich geweſen wäre. Weder die Heerführung, noch die militäriſche Verwaltung der Ruſſen bewährte ſich, und ſowohl auf dem europäiſchen als auf dem aſiatiſchen Kriegsſchauplatze erhielten ſie empfindliche Schläge. Das war eine große Enttäuſchung für Kaiſer Wilhelm und Bismarck, deren perſönliche Sympathien durchaus der ruſſiſchen Armee galten[36]), und auch vom politiſchen Geſichtspunkt betrachteten beide den bisherigen Fehlſchlag des Feldzuges nicht ohne Sorgen. Das Ausbleiben ruſſiſcher Siege veranlaßte Andráſſy, nicht in Bosnien einzuziehen, was Bismarck wünſchte und Andráſſy unter andern Umſtänden getan haben würde. Bismarck war der Anſicht, Rußland könnte den Krieg nicht beenden, ehe es ſein militäriſches Preſtige wiedergewonnen hätte. Wenn es nach einer zweiten unglücklichen Kampagne Frieden ſchlöſſe, würden möglicherweiſe innere Unruhen entſtehen, und der Zar könnte in die Lage kommen, vielleicht ein paar Jahre ſpäter einen neuen Krieg, und zwar gegen Öſterreich zu führen. Bismarck hielt noch an dem Gedanken feſt, England mit Rußland auf Koſten der Türkei zu verſöhnen; er wünſchte durchaus nicht, daß ſich Öſterreich und England in den Krieg einmiſchten[37]).

Die militäriſche Lage nahm erſt eine andere Wendung, als Osman Paſcha in Plewna regelrecht eingeſchloſſen wurde. Bis dahin blieb die politiſche Lage unverändert, da der Kriegsſchauplatz nicht über den Balkan hinaus ausgedehnt wurde. Aber mit dem Augenblick, wo Plewna fiel, mußte die europäiſche Frage wieder in den Vordergrund treten. Die Erfolge der ruſſiſchen Waffen brachten auch die eigentlichen Urheber des Krieges wieder in die Höhe; denn ſolange es militäriſch ſchlecht ging, war Ignatiew in Ungnade, aber jetzt gewannen er und ſeine Freunde ihren früheren Einfluß zurück.

Noch vor dem Fall Plewnas ging man im russischen Hauptquartier daran, die Friedensbedingungen mit der Türkei zu entwerfen, und zwar wurde Nelidow, der Chef der diplomatischen Kanzlei des Großfürsten Nikolaus, damit betraut. Bezeichnend ist, daß Gortschakow, der sich in Bukarest befand, zu den Beratungen nicht zugezogen wurde, und daß der Großfürst den Kaiser ausdrücklich bat, den Entwurf der Friedensbedingungen vor dem Reichskanzler geheim zu halten[38]). Der Entwurf ging von der Voraussetzung eines vollständigen Sieges der Russen aus. Die Bedingungen lauteten auf Errichtung eines autonomen Tributärfürstentums Bulgarien mit einer nationalen, christlichen Regierung. Das Fürstentum sollte die Gebiete umfassen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung bulgarisch war, und sollte nicht kleiner sein als nach den Beschlüssen der Konstantinopeler Konferenz. Montenegro, Serbien und Rumänien sollten die Unabhängigkeit und einen Gebietszuwachs erhalten, Bosnien und die Herzegowina eine autonome Verwaltung, und in den übrigen christlichen Provinzen der Türkei sollten ähnliche Reformen eingeführt werden. Endlich verlangte Rußland eine Entschädigung in Geld oder Landgebiet, und über seine Interessen in den Meerengen wollte es mit der Türkei in Verhandlungen treten. Nachdem man russischerseits über diese Bedingungen Beschluß gefaßt hatte, wurden sie mit Handschreiben des Zaren Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph zur Kenntnis gegeben, und ehe noch die Antwort aus Wien eingetroffen war, beschloß das russische Hauptquartier unter dem Vorsitz des Zaren, die Türken sollten den Waffenstillstand nur unter der Bedingung erhalten, daß sie die Friedensgrundlagen, wie sie den beiden Kaisern mitgeteilt waren, annähmen.

Wien wurde also vor eine vollendete Tatsache gestellt[39]). Die Russen glaubten auf Österreich und England wenig Rücksicht nehmen zu können. Die gewöhnlichste Klugheit, bemerkte Bismarck, hätte Rußland veranlassen müssen, den türkischen Frieden mit Österreich abzuschließen[40]). Statt dessen setzte es sich über seine ausdrückliche Verpflichtung hinweg, keinen großen Balkanstaat zu schaffen; denn es wollte ein Großbulgarien im Sinne der Konstantinopeler Konferenzbeschlüsse gründen und Österreichs vertragsmäßigen Anspruch auf Bosnien und die

Herzegowina nur bedingungsweise und mit Vorbehalten anerkennen.

Die Pforte trat unmittelbar nach dem Fall von Plewna an die Mächte heran, um eine kollektive Vermittlung herbeizuführen. Da Deutschland und Österreich ablehnten, wandte sie sich an England; aber Rußland wollte von einer englischen Vermittlung nichts wissen und bestand darauf, daß die Pforte sich direkt mit dem russischen Hauptquartier in Verbindung setzte. Die Türkei war militärisch zu Boden geworfen. Nachdem der Balkan überschritten war, hielt die russischen Truppen nichts mehr auf; die letzten Feldarmeen wurden geschlagen, und Adrianopel, das ebensogut hätte verteidigt werden können wie Plewna, fiel in die Hände der Russen (20. Januar).

Den Krieg gegen die Türken hatte Rußland, wenn auch unter großen Verlusten, gewonnen. Aber wenn es seine militärischen Erfolge in der Weise ausnutzen wollte, wie es das in seinen Friedensbedingungen beabsichtigte, so mußte es sich mindestens England gegenüber unangreifbar machen: es mußte sich Konstantinopels und der Meerengen bemächtigen. Die englische Regierung hatte bisher nichts getan, um sich durch die Einnahme einer strategischen Stellung einen direkten Einfluß auf das Ergebnis des Krieges zu sichern. Es hatte allerdings der Türkei Offiziere geliehen — so wie Rußland 1876 den Serben Offiziere und Soldaten gegeben hatte — und Griechenland verhindert, in den Krieg einzugreifen; aber Lord Beaconsfields Idee, sich Konstantinopels oder eines Hafens zu bemächtigen, war ein Projekt geblieben. Wohl hatte der englische Militärattaché im russischen Hauptquartier, A. Wellesley, dem Premierminister warnend gesagt, daß die Russen nach dem Falle von Plewna bei Frostwetter noch im Winter den Balkan überschreiten könnten, aber das englische Kriegsamt hatte das für unmöglich erklärt, und so unternahm die Regierung nichts. Wellesley kam gerade in London an, als dort die Einnahme von Plewna gemeldet wurde. Lord Beaconsfield fragte ihn, ob er ihm garantieren könnte, daß der Balkan erst in 6 Wochen überschritten sein würde; wäre er dessen sicher, so wüßte er, was zu tun sei. Wellesley war überzeugt, daß Beaconsfield in dem Falle Truppen aus Malta nach Konstantinopel geworfen haben würde[41]), aber dazu war es zu spät.

So schlug die englische Regierung wieder den diplomatischen Weg ein. Drei Tage nach dem Falle von Plewna knüpfte Lord Derby an die frühere Erklärung der russischen Regierung über Konstantinopel an und sprach die dringende Hoffnung aus, daß die Hauptstadt auch nicht vorübergehend aus rein militärischen Gründen besetzt werden würde (13. Dezember). In einer weiteren Depesche vom 12. Januar 1878 definierte Lord Derby die englischen Interessen dahin, daß die Durchfahrt durch die Dardanellen nicht unter russische Herrschaft kommen dürfe und ersuchte um eine Erklärung, daß keine russischen Truppen nach Gallipoli gesandt werden würden. In seiner Antwort gab Gortschakow die gewünschte Zusage für den Fall, daß auch keine englischen Truppen in Gallipoli gelandet, oder türkische dort konzentriert würden[42]). Er unterließ dabei, sich dafür auszubedingen, daß die englische Flotte nicht die Dardanellen passierte.

Die englische Politik entwickelte sich langsam. Als Grund für ihre beständiges Zaudern und Schwanken bezeichnete Graf Münster in einem Brief an Rudolf von Bennigsen das Fehlen eines wirklichen leitenden Staatsmannes in England; denn Beaconsfield sei kein Leiter[43]). Die Richtigkeit dieses Urteils ergibt sich daraus, daß, sobald Lord Salisbury an Lord Derbys Stelle trat, die englische Politik einen bestimmten Kurs erhielt. Die öffentliche Meinung im Lande war gespalten. Eine kriegerische Stimmung war schon im Mai 1877 vorhanden gewesen[44]), aber daneben fanden Kundgebungen für die Neutralität Englands statt. Am 2. Januar 1878 sagte der Kolonialsekretär Lord Carnarvon beim Empfang einer friedensfreundlichen kaufmännischen Abordnung: kein Engländer sei so wahnsinnig, eine Wiederholung des Krimkrieges zu wünschen[45]). Lord Beaconsfield erteilte seinem Kollegen zwar einen ernsten Tadel für diese Äußerung, aber Lord Carnarvon hielt in einem Schreiben an den Premierminister seine Ansicht aufrecht, und dabei hatte es zunächst sein Bewenden.

Am 12. Januar, an demselben Tage, wo Lord Derby die Erklärung von Rußland nachgesucht hatte, daß Gallipoli nicht besetzt werden würde, beriet das Kabinett, ob man die Flotte in die Dardanellen einfahren lassen sollte. Carnarvon sprach entschieden dagegen, und es kam zu keiner Entscheidung. Am

14. Januar beschloß jedoch das Kabinett, die Flotte in das Marmarameer zu senden und einen außerordentlichen Kredit von 6 Millionen Pfund Sterling vom Parlament zu fordern. Lord Salisbury trat mit besonderer Entschiedenheit für die Entsendung der Flotte ein, während Lord Carnarvon wieder dagegen sprach und für den Fall seinen Rücktritt anbot. Da machte das Kabinett schon am nächsten Tage (15. Januar) seinen Beschluß wieder rückgängig; denn einmal hatte Rußland zugesagt, Gallipoli nicht zu besetzen, und dann war der Firman zur Durchfahrt vom Sultan abgelehnt worden.

Als am 17. Januar das Parlament, früher als gewöhnlich einberufen, zusammentrat, war das Kabinett noch nicht einig, und die Thronrede erwähnte noch nichts von außerordentlichen Krediten. Am 19. Januar trafen die türkischen Bevollmächtigten in dem russischen Hauptquartier in Kasanlik ein, um über den Waffenstillstand zu verhandeln. An demselben Tage erreichte ein Telegramm aus Konstantinopel die Londoner Regierung, in dem der Sultan ganz im Geheimen um ein Asyl in England bat, da er im Falle einer Besetzung der Stadt abdanken müsse[46]). Darauf erhielt die Flotte den Befehl, sich an den Eingang der Dardanellen zu begeben; die Pforte erteilte nach nochmaliger Aufforderung den Firman zur Durchfahrt, und am 23. Januar bekam Admiral Hornby die Ordre, durch die Dardanellen zu fahren und vor Konstantinopel Stellung zu nehmen. Der Kabinettsbeschluß wurde mit 10 gegen 2 Stimmen gefaßt, und Lord Carnarvon und Lord Derby, die die Minderheit bildeten, gaben ihre Entlassung. Lord Derby sah in einem Einrücken der Russen in Konstantinopel keinen Grund zum Kriege und wollte in dem Falle nur mit einer Flottendemonstration antworten[47]). Der Rücktritt Carnarvons wurde angenommen, während Lord Derby den seinigen zwei Tage später wieder zurückzog; denn inzwischen hatte Admiral Hornby den Gegenbefehl erhalten, in der Besikabai zu bleiben. Die Flotte war bereits in die Dardanellen eingefahren; sie machte also kehrt und legte sich wieder vor dem Eingange der Straße vor Anker. Der Gegenbefehl hatte folgenden Grund gehabt: Am Abend des 24. traf eine Depesche des Botschafters in Konstantinopel ein, worin die russischen Friedensbedingungen mitgeteilt wurden. In dem Telegramm hieß es: die Meerengen-

frage sollte zwischen dem Zaren und dem Kongreß geregelt werden. Aber das Telegramm war verstümmelt, und Enttäuschung und Ärger der englischen Minister waren groß, als der richtige Text vorlag, demzufolge die Meerengenfrage nicht zwischen dem Zaren und dem Kongreß, sondern zwischen dem Zaren und dem Sultan vereinbart werden sollte[48]).

Am 19. Januar begannen die Verhandlungen zwischen Türken und Russen in Kasanlik. Da kein Waffenstillstand vorangegangen war, nahm der Vormarsch der Russen indessen seinen Fortgang, und nach dem Fall von Adrianopel wäre es durchaus möglich gewesen, Konstantinopel einzunehmen. Gortschakow hatte der englischen Regierung zwar zugesagt, Gallipoli nicht zu besetzen, aber über Konstantinopel hatte er sich nicht geäußert. Der amerikanische General Grant sagte der bekannten Panslawistin Frau Olga Novikow: wenn er als russischer Oberstkommandierender Befehl erhalten hätte, Konstantinopel nicht einzunehmen, so würde er den Befehl in die Tasche gesteckt und ihn erst drei oder vier Tage später in Konstantinopel geöffnet haben[49]). Der Zar hatte dem Großfürsten Nikolaus im Oktober 1876 Konstantinopel als das militärische Ziel bezeichnet, und jetzt drängte er ihn in wiederholten Telegrammen, den Sieg bis zum Ende zu verfolgen, den militärischen Operationen nicht wegen der Verhandlungen, die am 20. Januar begannen, Einhalt zu tun, vielmehr diese in die Länge zu ziehen. Aber Nikolaus konnte sich zu dem Unternehmen, das den Feldzug gekrönt haben würde, nicht entschließen, und dabei herrschte unter den Türken eine solche Panik, daß der Einmarsch möglicherweise ohne Kampf stattfinden konnte. Das wichtigste militärische Bedenken des Großfürsten war, daß ihm der Zar die Besetzung von Gallipoli und damit die Sperrung der Dardanellen untersagt hatte. Wenn aber der Kaiser sein Verbot aufrecht erhielt, konnte man, wie Dr. Cyon bemerkt, schließlich einem schneidigen Kavallerieobersten die Schuld für die Okkupation in die Schuhe schieben.

Vorübergehend jedoch faßte der Großfürst trotz seiner Bedenken den Marsch auf Konstantinopel ins Auge. Am dritten Tage der Verhandlungen, als diese sich etwas hinzogen, telegraphierte er an den Zaren: „Wenn Gott will, so werde ich das russische Wappen auf den Mauern von Zarigrad befestigen. . .

Angesichts der Weigerung der Türken, unsere Friedensbedingungen anzunehmen, ist es unerläßlich, bis ins Zentrum, d. h. bis Zarigrad vorzustoßen und das von dir begonnene heilige Werk zu vollenden[50])." Der Zar war von dieser Nachricht begeistert und hoffte zuversichtlich, daß sein Bruder sein Wort wahr machen würde. Man richtete sich in Petersburg bereits auf den Fall von Konstantinopel ein und plante, sobald es geschehen, die Mächte zu einem Kongresse einzuladen, der über die politische Zukunft der Balkanhalbinsel entscheiden sollte[51]). Bei einem solchen Verhalten konnte ein Krieg mit England wohl vermieden werden. Aber der Großfürst besaß nicht die Initiative, einen kühnen Entschluß auf eigene Verantwortung zu fassen; in seinem Generalstabe herrschte Bedenken gegen das Unternehmen, kurz, er wollte nur auf einen klaren Befehl des Zaren hin handeln. Kaiser Alexander aber scheute die Verantwortung, den Befehl zu erteilen in gleichem Maße; auch er schwankte zwischen den entgegengesetzten Einflüssen seiner Umgebung und hoffte, daß sein Bruder die Verantwortung auf sich nehmen würde. Er antwortete dem Großfürsten auf seine Depesche vom 22. Januar mit einer langen Instruktion, die ihm verschiedene Direktiven gab, aber auch ein Maß freien Spielraums ließ. Nach Cyons Urteil, der das Aktenmaterial des Hauptquartiers und den Charakter des Großfürsten Nikolaus kannte, hätte sich dieser auf Grund der neuen Instruktionen vielleicht doch entschlossen, auf Konstantinopel zu marschieren, wenn er das Telegramm am 26. Januar erhalten hätte[52]). Nun hatte er aber aus Ärger über das beständige Dreinreden Gortschakows, den er haßte und in dessen Weisungen er nur politische Intrigen witterte, an dem Tage, wo die türkischen Unterhändler in dem Hauptquartier eintrafen (19. Januar), den Geniestreich begangen, die einzige direkte Telegraphenverbindung, die er nach Rußland besaß, absichtlich in Unordnung bringen zu lassen. Er erreichte damit seinen nächsten Zweck, sich von Petersburg unabhängiger zu machen, nutzte aber diese seine Unabhängigkeit nicht so aus, wie es die militärische Lage gestattete. Als der Großfürst sein Hauptquartier nach Adrianopel verlegte, wurden die Verkehrsverhältnisse noch schlimmer; denn da er trotz des ausdrücklichen Befehls des Zaren keinen direkten telegraphischen Verkehr herstellen ließ, gingen die Depeschen von

nun ab entweder über Konstantinopel oder über Dedeagatsch und Trieſt, also in beiden Fällen durch türkische Hände. Und die Türken fanden die Chiffre der amtlichen russischen Depeschen heraus. So traf die Antwort des Kaisers auf eine Depesche vom 22. Januar erſt am 29. Januar im Hauptquartier ein, und da die türkischen Unterhändler inzwischen die Ermächtigung erhielten, die russischen Bedingungen anzunehmen, so schloß der Großfürſt am folgenden Tage in Adrianopel, wo er am 26. eingezogen war, den Waffenstillstand ab.

Rußland legte sich darin die Beschränkung auf, Konstantinopel und Gallipoli nicht zu okkupieren. Es waren aber nur die Spitzen der beiden Halbinseln, die von der russischen Besetzung ausgenommen blieben[53]), und nach dem Abschluß der Punktationen von Adrianopel, aber durchaus im Einklang mit ihnen, besetzten die Russen am 2. Februar Rodosto, am 4. Silistria und am 6. Tschataldja. Diese Nachricht veranlaßte das englische Kabinett am 8. Februar zu dem Beschluß, zwar nicht die ganze Flotte, aber die Hälfte davon in das Marmarameer einfahren zu lassen; es glaubte sich seiner Sache so sicher, daß Lord Derby diese Absicht den Mächten und zugleich im Oberhaus ankündigte mit der Begründung, die Maßregel erfolge zum Schutze der englischen Untertanen in Konstantinopel. Die Petersburger Regierung ließ darauf zugleich in London und in Konstantinopel wissen, daß in diesem Falle russische Truppen zum Schutze der christlichen Einwohner in Konstantinopel einrücken würden. Schuwalow erklärte Lord Derby, Rußland würde sich aller Versprechungen betreffs Konstantinopels und Gallipolis entbunden betrachten, wenn England seine Absicht wirklich ausführte[54]). Die Möglichkeit der Einnahme Konstantinopels tauchte zum zweiten Male auf. Um der russischen Okkupation der Hauptstadt vorzubeugen, verweigerte der türkische Kommandant den englischen Schiffen die Durchfahrt, und die Flotte kehrte wieder um (11. Februar). Diese zweite Blamage vor ganz Europa wollte die englische Regierung nicht hinnehmen. Die Verhandlungen im Parlament waren günstig verlaufen. Die Debatte über die außerordentliche Kreditforderung bewies deutlich, daß sowohl die türkenfeindliche als die pazifistische Richtung stark zurückgedrängt war, und die Abstimmung ergab 328 Stimmen für und

124 Stimmen gegen die Regierung. Namentlich in London schlug die öffentliche Meinung durchaus zugunsten einer energischen Politik gegenüber Rußland um. Auf der Getreidebörse und in der Guildhall wurden Resolutionen für die Regierung angenommen, und der Pöbel warf Gladstone die Fenster ein. Das Kabinett beschloß also, der Flotte den erneuten Befehl zur Durchfahrt zu geben. Diesmal begnügte sich die Pforte mit einem Protest — die Durchfahrt der Dardanellen ohne Firman des Sultans war eine direkte Verletzung des Pariser Friedensvertrages — und die sechs englischen Kriegsschiffe passierten am 14. Februar die Dardanellen.

Jetzt hielt sich der Zar seiner Zusagen gegenüber England für entbunden und wollte die Einnahme von Konstantinopel. Aber der telegraphische Verkehr zwischen Petersburg und dem Hauptquartier funktionierte schlecht, und die Depeschen, die der Großfürst aus Petersburg erhielt, litten an Unklarheit, was bei Gortschakow nicht ungewöhnlich war. Die Aktionsfreiheit, die Rußland gewonnen hatte, wurde mit „der Einfahrt des englischen Geschwaders in den Bosporus" begründet, während dieses tatsächlich im Marmarameer bei den Prinzeninseln vor Anker gegangen war. Mindestens ein wichtiges Telegramm des Kaisers wurde von den Türken aufgefangen und unterschlagen; und die Annahme liegt nahe, daß die Türken, bevor sie eine Depesche durchließen, sich auch mit dem englischen Botschafter in Verbindung setzten. Jedenfalls aber war der Großfürst am 17. Februar von dem Willen des Kaisers, daß er Konstantinopel nehmen sollte, unterrichtet[55]). Nun war das jetzt keineswegs mehr so leicht, wie zwei Wochen vorher; die Türken hatten sich von der ersten Panik erholt, und die Besatzungen der den Russen übergebenen Festungen hatten die Garnison in der Hauptstadt verstärkt. Ermutigt durch den englischen und österreichischen Botschafter, hatten sie begonnen, ihre Stellung bei Konstantinopel nach dem Muster von Plewna zu befestigen, so daß die Okkupation ohne Kampf ausgeschlossen schien. Aber es müssen wohl nicht allein militärische Gründe den Großfürsten abgehalten haben, den ihm bekannten Willen des Bruders zu erfüllen. Er ließ sich auch durch die politischen Argumente seines Generalstabschefs und des Diplomaten Onou beeinflussen; General Niepokoitschicki sprach die Befürchtung

aus, daß die Einnahme Konstantinopels auch Deutschland veranlassen könnte, sich von Rußland abzuwenden[56]). Der Seelenzustand des Großfürsten, der nie ein Mann kühnen Zugreifens gewesen war, und dessen Nervenkraft im Kriege gelitten hatte, bekundet sich in dem Stoßgebet, das er in sein Tagebuch schrieb: „Hilf uns, Herr, bis zum Ende, und bestärke mich in meinem Glauben ... komme mir in meinen Zweifeln zu Hilfe[57])."

4.

Graf Schuwalow und Lord Derby hatten unterdessen die Verhandlungen nicht ausgesetzt. Rußland erklärte, Gallipoli nicht okkupieren zu wollen, wenn England keine Truppen auf dem europäischen oder asiatischen Ufer landete (19. Februar), und die englische Flotte verließ ihre Stellung bei den Prinzeninseln und begab sich nach dem Golf von Mudania[58]). Der Großfürst glaubte auf die letzte Depesche des Zaren hin, doch etwas tun zu müssen und schob seine Stellung über die vertraglich vereinbarte neutrale Zone hinaus nach San Stefano am Marmarameer vor (24. Februar). Von hier telegraphierte er an den Kaiser, auf dessen Äußerung vom Oktober 1876 Bezug nehmend, daß Konstantinopel das Kriegsziel sei: „Ihr lakonischer Befehl ist ausgeführt, die Truppen Eurer Majestät stehen vor den Mauern von Konstantinopel." Aber die Lage war keineswegs dieselbe, als wenn Ende Januar Konstantinopel und Gallipoli in den Besitz der Russen gefallen wären. Die Anwesenheit der englischen Flotte im Marmarameer drückte auf die politische und militärische Lage Rußlands, und da der Großfürst unterließ, Buyukdere und den oberen Bosporus zu besetzen, so stand ihr die Durchfahrt durch den Bosporus offen[59]). Die durch den langen Krieg geschwächte russische Armee war über den weiten Raum von der Grenze bis Adrianopel zerstreut und durch den Balkan getrennt. Das Festungsviereck Silistria, Rustschuk, Warna und Schumla in Nordbulgarien befand sich noch in türkischen Händen. Die Rumänen waren feindlich und Österreich in dem Maße unsicher, als Rußland dazu neigte, sich seiner Vertragspflicht zu entziehen; wenn die englische Flotte die Meerenge passierte und dem russischen Heere die Verbindung über das Schwarze Meer abschnitt, durch die es seine Bedürf-

nisse an Lebens- und Kriegsmitteln bezog, so war es in gefährlicher Lage. Seit 1856 besaß der Zar keine Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer, und die Balkanhalbinsel hätte die russischen Armeen nicht eine Woche ernähren können[60]).

So war weder die militärische noch die politische Lage Rußlands so günstig, daß sie die weitgehenden Bedingungen des Präliminarfriedens gerechtfertigt hätte, den Ignatiew am 3. März mit den türkischen Unterhändlern abschloß. Auf dem Berliner Kongreß sagte Bismarck darüber zu dem Grafen Mouy: „Die Russen hätten sich entweder entschließen müssen, ihre Idee bis zum Ende zu verfolgen und in Konstantinopel einzurücken — denn acht Tage lang hätten sie es gekonnt — oder im Friedensschluß nicht so viel von der Pforte zu fordern, daß sie die Intervention Europas herausforderten. Es gibt immer nur einen Augenblick zum Handeln, und den muß man ergreifen[61])." Nach Aussage der bekannten Panslawistin Olga Novikow soll Bismarck, als er erfuhr, daß die Russen doch nicht nach Konstantinopel gehen wollten, gesagt haben: „Nein, mit den Leuten ist nichts anzufangen[62])."

Das Eingreifen Europas ließ auf sich warten. Zar Alexander hatte, noch ehe die Verhandlungen in Kasanlik begonnen waren, die Grundlagen seiner Friedensbedingungen in Berlin und Wien bekannt gegeben. Sogleich erhob Kaiser Franz Joseph Einspruch gegen die Bildung eines Großbulgariens und dessen zweijährige Besetzung durch russische Truppen; auch wäre es ausgeschlossen, daß sich Österreich-Ungarn nur mit einer vorübergehenden Besetzung Bosniens und der Herzegowina begnügen könnte, wenn Rußland das rumänische Beßarabien nähme. Ferner machte der Kaiser den Anspruch geltend, an dem Friedensschluß zwischen Rußland und der Türkei teilzunehmen[63]). Am 26. Januar erfuhr Andrássy den genauen Inhalt der Abmachungen von Kasanlik. Angesichts des russischen Vertragsbruchs zog er den Schluß, daß es nur eine Alternative gäbe: entweder einen Bruch mit Rußland oder eine Überprüfung der Friedensbedingungen auf einer Konferenz der Mächte. Da er aber einen Krieg mit Rußland nach Möglichkeit vermeiden wollte, suchte er von neuem Fühlung in Berlin und London. Bismarck ließ sich auf eine Festlegung seiner Politik gegen Rußland nicht ein. Das Hauptziel der deutschen

Politik, schrieb er in einem Erlaß an Graf Stolberg, sei darauf gerichtet, so lange wie irgend möglich den Frieden zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu erhalten. Deutschland werde es daher mit Genugtuung begrüßen, wenn Rußland die Mittel zur Befriedigung und Beruhigung der österreich-ungarischen Wünsche fände. Aber nie dürfe man von ihm fordern, daß es den einen Teil dränge und angreife, damit der dem andern zu Willen sei; das würde Deutschland den Anschein geben, als wolle es sich die Rolle eines Richters in Europa aneignen. Aus diesem Grunde widerstrebe es ihm auch, mit einem der beiden Teile einen engeren Vertrag einzugehen: unter den obwaltenden Verhältnissen würde das sofort als ein Akt der Feindseligkeit gegen die andere Macht ausgelegt werden[64]).

Die Stellung Österreichs wäre zweifellos vorteilhafter gewesen, wenn es schon während des Türkenkrieges Bosnien besetzt hätte, wozu Bismarck wiederholt geraten hatte. Nach einer Notiz Hohenlohes wäre Andrássy auch zum Einmarsch in Bosnien geschritten, wenn die Russen im Anfang des Krieges siegreich gewesen wären. Jedenfalls wurde es Ende Juli 1877 in Aussicht genommen für den Fall, daß die Serben in Bosnien einrücken sollten. Wäre es geschehen, so wäre Österreich nicht in die Lage gekommen, sich nach dem Abschluß des Friedens von San Stefano seinen verbrieften Anspruch von neuem von Rußland erkämpfen zu müssen und sich später vom Berliner Kongreß zur Besetzung autorisieren zu lassen[65]). Bismarck wünschte die österreichische Okkupation, weil sie auf die Beziehung Österreichs zu Rußland günstig eingewirkt hätte[66]). Rußland wäre damals ein Dienst damit geleistet worden. Seine Verstimmung nach dem Berliner Kongreß hatte ihren Hauptgrund darin, daß Österreich ohne Schwertstreich die beiden serbischen Provinzen erwarb.

Wenn Andrássy sich nicht dazu entschlossen hat, so ist der Grund wohl hauptsächlich in der innerpolitischen Lage der Monarchie zu suchen. Sein Nachfolger Kalnoky hat einmal gesagt: „Man erwartet von mir, daß ich vorwärts gehe und vergißt, daß bald der eine, bald der andere meiner Füße festgebunden ist.“ Von Andrássy könnte man sagen, daß seine beiden Füße gefesselt waren. Die leidenschaftliche Opposition gegen die Okkupation Bosniens, die sich nach dem Berliner

Kongreß in beiden Reichshälften erhob[67]), gibt wohl die Erklärung für die absichtliche Passivität der Andrássyschen Politik. Die Freundschaft mit Rußland war namentlich in Ungarn immer unpopulär gewesen; schon bei der Petersburger Reise Franz Josephs I. im Jahre 1873 hatte sich das gezeigt[8]), und während des Krieges wuchs die russenfeindliche und türkenfreundliche Stimmung. In Pest illuminierte man bei den türkischen Siegen; die Budapester Studenten und die Softas von Konstantinopel machten einander Verbrüderungsbesuche. Als Kaiser Franz Joseph im September 1877 an der Hoftafel in Kassa die Gesundheit seines „treuen Freundes und Alliierten", des Kaisers Alexander II., ausbrachte, schrieb der offiziöse Pester Lloyd, dies sei ein Trinkspruch des Kaisers von Österreich, nicht des Königs von Ungarn[69]). Die Presse in Österreich und Ungarn war sehr russenfeindlich, und eine Aktion Österreichs in Bosnien, die mit dem kriegerischen Unternehmen Rußlands parallel ging, wäre diesseits und jenseits der Leitha auf die heftigste Opposition gestoßen. Und schließlich teilte Andrássy die antirussische Gesinnung seiner Landsleute selbst in hohem Maße. Der Dreikaiserbund war die Politik Bismarcks, aber nicht seine eigene. Als er das Ministerium am Ballplatz übernahm, wünschte er ein Bündnis mit Bismarck zu schließen, aber einen Bund zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern; und von dem Beginn des Dreikaiserbündnisses an hat er das Ziel verfolgt, die „unnatürliche" Allianz mit Rußland friedlich zu lösen und statt dessen ein Bündnis mit Deutschland allein zu schließen[70]).

Zwischen Österreich und England kam es jetzt ebensowenig wie im Sommer 1877 zu einer bestimmten Verständigung. Andrássy ließ im Januar 1878 in London anfragen, ob die englische Regierung zu einer bewaffneten Intervention gegen einseitige Abmachungen Rußlands bereit wäre[71]). Ein solcher Schritt hatte bei der oben geschilderten militärischen Lage zweifellos Aussicht auf Erfolg, aber zwischen beiden Regierungen bestand zu wenig Vertrauen[72]). Andrássy wollte das Bündnis, das er selbst anbot, erst abschließen, nachdem England die Waffen ergriffen hätte, und darauf ging man in London nicht ein. Von Bismarck konnte Andrássy kein Bündnis erlangen; so ist es zu Rüstungen in Österreich nicht gekommen, und die

Kreditforderung bei den Delegationen beschränkte sich auf 60 Millionen Kronen.

Sowohl Österreich-Ungarn als England bemühten sich um die Unterstützung Italiens[73]). Das war eine Frucht der Reise Crispis, die freilich nicht reifen sollte. Am 26. Januar machte Österreich, am 30. England den ersten Annäherungsversuch, indem sie Italien zu einem Meinungsaustausch über die Stipulationen von Kasanlik aufforderten. Wenn Italien sich den beiden Mächten anschloß, und dadurch ihre Entente vervollständigte und stärkte, so konnte es seine Kompensation fordern, deren es drei zur Wahl hatte. Der Lieblingswunsch der Italiener, freilich der unerreichbarste, war das Trentino; an zweiter und dritter Stelle kamen Albanien und Tunis oder Tripolis oder diese beiden zusammen. Bismarck hat anscheinend noch im Jahre 1877 durch Vermittlung Andrássys und Robilants in Rom wissen lassen, daß er gegen eine Erwerbung Tunesiens durch Italien nichts einzuwenden hätte[74]). Aber die politische Untätigkeit Depretis ging so weit, daß er auf die Avancen Englands und Österreichs nichts zu antworten wußte, als daß er lediglich das Desinteressement Österreichs in Bosnien wünsche. Trotzdem klopften die Mächte, denen die Unterstützung ihrer Politik durch Italien dringend am Herzen lag, noch einmal in Rom an; als es entschieden war, daß nicht eine Konferenz, sondern ein Kongreß zur Beilegung der Orientfrage einberufen werden sollte, forderten sie die italienische Regierung zum zweiten Male zu einem Meinungsaustausch auf. Lord Derby nannte dabei ausdrücklich Ägypten, Tripolis und Tunis. Auch dieses Mal war die Mühe vergebens. Parlamentarische und Parteifragen, die anläßlich einer Ministerkrisis in Italien entstanden waren, dünkten Depretis weit wichtiger als die Lebensinteressen seiner Nation. Und noch ein drittes Mal forderte England die römische Regierung zu gemeinsamem Handeln auf, mit demselben negativen Ergebnis; das neue Kabinett Cairoli litt an derselben politischen Unfähigkeit wie sein Vorgänger und ließ die günstige Konstellation ungenutzt verstreichen. Crispi trat in diesen Fragen nicht hervor. Er war während der kurzen Dauer seines Ministeriums in hohem Maße durch die beiden Regierungswechsel in Anspruch genommen, die bald nach seinem Eintritt in das Kabinett schnell aufeinander folgten:

am 8. Januar 1878 ſtarb König Viktor Emanuel und am 9. Februar Papſt Pius IX. Die Anweſenheit des Erzbiſchofs Erzherzog Rainer zur Beerdigung des Königs war eine jener höfiſchen Ereigniſſe, die zur Beſſerung geſpannt geweſener Beziehungen zwiſchen zwei Staaten beitragen; und es iſt immerhin bemerkenswert, daß Criſpi, ohne Rückſicht auf ſeine Popularität, den Abgeordneten der Italia irredenta die Teilnahme am Leichenbegängnis verwehrte und die Fahne des Komitees beſchlagnahmen ließ[75]). Das Päpſtliche Konklave nahm Criſpis Arbeit nicht minder in Anſpruch. Es iſt möglich, daß Depretis ſeinen überlegenen und unbequemen Kollegen über die diplomatiſchen Eröffnungen Öſterreichs und Englands überhaupt nicht unterrichtet hat, und daß Criſpi daher gar nicht in der Lage geweſen iſt, das Gewicht ſeiner Perſönlichkeit bei den Entſchlüſſen über die außerpolitiſche Stellungnahme Italiens geltend zu machen. Criſpi war das erſte Opfer der Miniſterkriſis; er wurde der Bigamie bezichtigt[76]) und ſah ſich zum Rücktritt genötigt: Italien hatte das Spiel verloren, ſeine Ausſicht als Großmacht und die Entwicklung der geſamten Lage im Mittelmeer waren durch die Unfähigkeit der Kabinette Depretis und Cairoli ſchwer kompromittiert.

Andráſſy hatte, ſobald ihm die amtlichen Mitteilungen über die Punktationen von Kaſanlik vorlagen, die Mächte zu einer Konferenz eingeladen (3. Februar). England forderte, daß der Friedensvertrag von San Stefano in ſeiner Geſamtheit der Überprüfung durch die Mächte unterliegen ſollte und machte ſeine Beteiligung an der Konferenz davon abhängig. Bismarck erklärte, Deutſchland werde an einer Konferenz ohne England nicht teilnehmen. Nun weigerte ſich Gortſchakow, die engliſche Bedingung anzunehmen; Rußland überlaſſe es den übrigen Mächten, die Fragen aufzuwerfen, deren Erörterung auf dem Kongreß ihnen geeignet erſchiene, und behalte ſich die Freiheit vor, die Erörterung dieſer Fragen anzunehmen oder nicht[77]). Tatſächlich ſtritten die beiden Kabinette um eine Formfrage, aber die engliſche Forderung hatte für Rußland etwas Verletzendes. Die Petersburger Regierung hatte den Kabinetten ihre Friedensbedingungen mitgeteilt und das Recht jedes von ihnen anerkannt, die einzelnen Punkte auf dem Kongreſſe zur Sprache zu bringen. Darüber hinaus verlangte nun

England, daß Rußland förmlich den Kongreß gewissermaßen als Revisionsinstanz anerkennen sollte. So kam es, daß man diesen jetzt für nahezu gescheitert hielt, während er bald nach dem Abschluß des Präliminarfriedens gesichert erschienen war[78]). Ende März befanden sich die Londoner und Petersburger Regierungsblätter nicht nur bereits in Gefechtsstellung, sondern sie hatten die gegenseitige Aktion schon in einer Weise eröffnet, wie es an dem Vorabend eines Krieges zwischen zwei mächtigen Staaten zu sein pflegt[79]). Während sich die Krisis zwischen England und Rußland immer mehr zuspitzte, hielt sich Andrássy zurück und überließ, ganz der Auffassung Bismarcks entsprechend, England den Vortritt in dem Streit. Das Londoner Kabinett schwankte noch immer; zwar faßte es den formellen Beschluß, daß Lord Lyons und Lord Odo Russell England auf der Konferenz vertreten sollten, aber diese blieben ohne jede Information über die Politik, die sie vertreten sollten[80]). Die Minister debattierten über die Erwerbung eines Hafens im östlichen Mittelmeer; u. a. wurde Alexandrette ins Auge gefaßt. Da die Diplomatie in eine Sackgasse geraten war und da weder Lord Derby noch Fürst Gortschakow von ihrem Standpunkt in der Kongreßformel abgehen wollten, so wandte sich die Tätigkeit dem militärischen Gebiete zu. In England wurden zu Lande und zur See einige Rüstungsmaßregeln getroffen[81]), und Ende März beschloß das Kabinett, die Reserven einzuberufen. Dies und die irrtümliche Annahme, daß das Kabinett sich mit oder ohne Zustimmung der Türkei eines Mittelmeerhafens zu bemächtigen beabsichtigte, veranlaßte Lord Derby zum zweiten Male und diesmal endgültig, sein Amt niederzulegen[82]) (28. März).

Trotz seines Rücktrittes glaubte Lord Derby nicht, daß es zum Kriege mit Rußland kommen würde. Er riet Schuwalow, ruhig und versöhnlich zu bleiben. „Ich kenne meine Kollegen gut," sagte er, „sie wollen nicht den Krieg, sondern sie wollen ihre Partei durch Demonstrationen befriedigen. Finden Sie eine Kompensation für uns, nicht Ägypten, aber eine Flottenstation, auch wenn sie außerhalb des Marmarameeres und der Dardanellen liegt, und das Einvernehmen wird bald hergestellt sein[83])." Lord Derbys Nachfolger wurde Lord Salisbury. Vierzehn Tage nach dem Ministerwechsel schrieb Graf Münster an Bennigsen: „Hier (in London) haben sich die Verhältnisse

sehr geändert, der leitende Staatsmann ist jetzt allein Lord Salisbury[84])."

In seiner ersten Zirkulardepesche warf Lord Salisbury die frühere türkenfreundliche Politik Lord Beaconsfields über Bord; von einer Wiederherstellung des Status quo ante auf der Balkanhalbinsel war in dem Rundschreiben nicht die Rede. Ohne von der Forderung Lord Derbys abzugehen, daß sämtliche Bestimmungen des Friedens von San Stefano auf der Konferenz der Mächte sollten beraten werden können, bezeichnete er doch ganz konkret die Punkte, gegen die England zur Wahrung seiner Interessen vor allem Einspruch erhob. Das waren die Ausdehnung Bulgariens bis zum Ägäischen Meere, Rußlands Gebietserwerbungen in Armenien und die Kriegsentschädigung, die nach dem Präliminarfrieden auch in Gebietsabtretungen sollte beglichen werden können.

Salisburys Rundschreiben gab immerhin eine Möglichkeit, den zu Boden gefallenen diplomatischen Faden wieder aufzunehmen. Einige Wochen lang kam man jedoch nicht vorwärts, ohne daß die Stimmung wieder kriegerisch wurde. Der englische Botschafter in Petersburg und der russische in London haben beide für sich das Verdienst in Anspruch genommen, den Ausweg aus der Sackgasse gefunden zu haben. Lord Augustus Loftus machte, wie er erzählt, am 2. Mai Herrn von Giers den Vorschlag, daß ein vertraulicher Gedankenaustausch zwischen Graf Schuwalow und Lord Salisbury eröffnet werden sollte, um eine Basis für die Kongreßverhandlungen zu finden. Giers nahm die Idee auf, der Zar billigte sie, und an demselben Abend wurden die entsprechenden Instruktionen an Schuwalow telegraphiert, während der englische Botschafter seinerseits Lord Salisbury benachrichtigte[85]). Graf Schuwalow selbst erzählt in seinen Erinnerungen, er hätte die Pourparlers mit Lord Salisbury auf eigene Verantwortung eröffnet[86]). Die beiden Darstellungen müssen einander nicht notwendig widersprechen. Auf Grund der Petersburger Depesche vom 2. Mai abends hätte Schuwalow erst am 3. die Besprechungen einleiten können — und am 7. waren sie bereits beendet; denn an diesem Tage reiste Schuwalow aus London ab, um dem Kaiser mündlich Bericht zu erstatten. Drei Tage sind für derartige Pourparlers, die ein weites politisches Gebiet umspannen, eine sehr kurze

Frist, um so mehr, als Lord Salisbury sowohl zu ihrer Eröffnung, als zu ihren Ergebnissen die Zustimmung des Premierministers einholen mußte. Nach Schuwalows Erzählung dauerten die Pourparlers aber eine Woche, sie hatten also vermutlich schon begonnen, ehe Lord A. Loftus mit Giers sprach; und Schuwalow, der die Besprechungen auf eigene Verantwortung eröffnet hatte, wurde durch die telegraphische Instruktion vom 2. Mai der Aufgabe enthoben, die nachträgliche Zustimmung des Petersburger Kabinetts zu seinem Schritte einzuholen.

Die Zugeständnisse, die der russische Botschafter in diesen Vorbesprechungen machte, lagen hauptsächlich auf der Balkanhalbinsel. Vor allem gab er die Gründung eines kleinen Bulgariens zu. Außer dem bulgarischen Gebiet nördlich vom Balkan sollte jedoch auch die Provinz Ostrumelien von der türkischen Herrschaft befreit werden, während Mazedonien und Thrazien an die Türken zurückfielen. Die beiden abgetrennten Gebiete, Bulgarien und Ostrumelien, gestand Schuwalow also zu, sollten nicht einen Staat, sondern zwei getrennte Gemeinwesen, unter verschiedenen Graden türkischer Abhängigkeit, bilden. Die Idee dieser künstlichen Trennung in ein (wie Schuwalow zu Salisbury sagte) zufriedenes und ein unzufriedenes Bulgarien scheint der politischen Phantasie Lord Beaconsfields entsprungen zu sein[87]), wenngleich, wie oben gezeigt, die Idee eines kleinen Bulgariens nördlich vom Balkan zuerst von den Russen ausgesprochen worden ist. Während Schuwalow in der bulgarischen Frage dieses beträchtliche Zugeständnis machte, gab er von den Eroberungen in Kleinasien nur Bayazid und das Tal von Alaschkerd (durch das die Karawanenstraße nach Persien führte) preis; aber Ardakan, Kars und Batum hielt er fest.

Die Nachgiebigkeit Lord Salisburys in der armenischen Frage erklärt sich leicht dadurch, daß er hier nicht auf die Unterstützung Österreichs rechnen durfte, das ihm seinen Beistand nur in der bulgarischen Frage lieh. Andrássy hatte im April seinen Anspruch auf Bosnien und die Herzegowina in London angemeldet[88]) und sich mit Lord Salisbury über Bulgarien geeinigt, ohne sich aber darauf einzulassen, Rußland in Asien entgegenzutreten[89]). Lord Derbys Versuch, mit Italien eine Entente über die Mittelmeer- und Schwarzmeerpolitik zu er-

zielen, also Italien für die asiatische Frage (Batum) auf die Seite Englands zu ziehen, war, wie oben gesagt, gescheitert. In der asiatischen Angelegenheit hatte England keinen Verbündeten. Wenn aber Lord Salisbury zu den russischen Gebietserweiterungen in Asien seine Zustimmung gab, so verband er damit einen Plan, wie England der Gefahr weiteren Vordringens von seiten Rußlands in Asien begegnen könnte. Er führte nach Lord Derbys Rücktritt die Entscheidung des Kabinetts über die Erwerbung eines Stützpunktes im östlichen Mittelmeer herbei, — der zugleich die schon seit Dezember von Salisbury geforderte Kompensation für England sein sollte[90]), — und zwar fiel die Wahl auf Zypern. Den Gedanken, Alexandrette zu erwerben, hatte die Regierung mit Rücksicht auf die französischen Interessen in Syrien aufgegeben. Die Verhandlungen mit der Türkei waren also schon im Gange, als die Pourparlers mit Schuwalow stattfanden; denn am 10. Mai, also ein paar Tage nach Schuwalows Abreise nach Petersburg, wies Lord Salisbury den englischen Botschafter in Konstantinopel an, die Verhandlungen zu suspendieren, bis Schuwalow den Beschluß der russischen Regierung zurückgebracht hätte[91]). Dem Plane Salisburys lag die Idee zugrunde, im östlichen Mittelmeer ein neues Gibraltar oder Malta zu gewinnen, um von diesem Stützpunkte aus die Türkei in ihrem Besitz von Kleinasien und Mesopotamien erhalten zu helfen. In diesen Gedankengang fiel auch die Frage der Verteidigung Indiens, und die Regierung trat dem alten Plane des Generals Chesney näher, von der syrischen Küste nach dem Euphrattal eine Eisenbahn zu bauen[92]). An diesem Projekt hat Lord Derby die treffende Kritik geübt, daß der russische Weg nach Indien nicht durch die asiatische Türkei, sondern durch Persien ginge; im übrigen ist aus allen jenen Entwürfen der englischen Regierung nichts geworden, und Zypern hat niemals die Bedeutung erlangt, die man der Insel damals zuschrieb.

Als Schuwalow nach Petersburg kam, fand er die Stimmung sehr gedrückt. Die Wiener Mission des Grafen Ignatiew war fehlgeschlagen, und in einem Kabinettsrat erklärte der Kriegsminister Miliutin, Rußland sei absolut nicht imstande, einen neuen Krieg zu führen. Die russischen Armeen in der Türkei befänden sich in einer kritischen Lage; ihre Widerstands-

kraft sei durch Seuchen gefährdet; seinen Feinden an der Westgrenze habe Rußland keine ernst zu nehmende Streitmacht entgegenzusetzen. Wenn der Kongreß scheitere, so könne das zu einer Katastrophe führen; also sei alles andere besser, als ein Bruch[93]). In dieser Stimmung wurde Schuwalow beauftragt, die Verhandlungen mit England zum Abschluß zu bringen.

Auf der Reise nach Petersburg fuhr Schuwalow nach Friedrichsruh (9. Mai), um Bismarck das Ergebnis seiner Londoner Verhandlungen mitzuteilen. Der Reichskanzler war sehr überrascht und nicht erfreut, daß Rußland sich zuerst mit England, anstatt mit Österreich verständigt hatte; außerdem erregte es sein höchstes Erstaunen, daß Lord Salisbury sich bereit erklärt hatte, die Russen im Besitz von Kars und Batum zu lassen. Der Gedanke einer separaten englisch-russischen Verständigung war ihm unangenehm, aber er gab Schuwalow recht, daß Rußland zuerst hatte mit England verhandeln müssen, da dieses ihm ev. allein den Krieg erklärt hätte, während Österreich das nicht ohne Bundesgenossen getan haben würde[94]).

Lord Salisburys Vorbereitungen zum Kongreß waren mit dem Abschlusse von drei Verträgen beendet. Am 30. Mai schloß er ein geheimes Abkommen mit Rußland, das als Basis für die Kongreßverhandlungen dienen konnte. Am 4. Juni unterzeichnete der englische Botschafter in Konstantinopel ein Defensivbündnis mit der Pforte, demzufolge England Zypern okkupieren sollte und sich zugleich zur Verteidigung der asiatischen Besitzungen der Türkei verpflichtete[95]). Ein drittes Abkommen kam am 6. Juni mit Österreich-Ungarn zustande. Die beiden Mächte einigten sich darüber, daß der Balkan die Grenze des autonomen Bulgariens bilden und daß die russische Okkupation von Bulgarien nicht länger als sechs und die von Ostrumelien nicht länger als neun Monate dauern sollte; zugleich erkannte England den Anspruch Österreich-Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina an[96]). „Da keine Aussicht besteht," schrieb Lord Salisbury am 29. Mai an Lord Lyons, „daß die Pforte Bosnien abtritt, und da es notwendig ist, Österreich auf dem Kongreß auf unserer Seite zu wissen, so haben wir ihm angeboten, seine Vorschläge über Bosnien zu unterstützen, weil es uns in der Frage der Organisation Bulgariens und der Okkupationsfrist unterstützen will[97])." Als der Sultan mit dem

Ausdruck lebhafter Dankbarkeit[98]) das Defensivbündnis mit England unterzeichnete, wußte er natürlich nicht, daß sein Verbündeter beabsichtigte, Bosnien und die Herzegowina in österreichischen Besitz zu bringen. Daher fühlte er sich betrogen, als auf dem Berliner Kongreß der Antrag auf die Besetzung Bosniens durch Österreich von Lord Salisbury selbst gestellt wurde. Außerdem stand die Erwerbung von Zypern in direktem Widerspruch zu dem Pariser Vertrag von 1856. Aber das große diplomatische Geschick, das Lord Salisbury entfaltete, ist unbestreitbar. Kurz bevor der Berliner Kongreß zusammentrat, konnte er Lord Lyons auch berichten: „Unsere Beziehungen zu Bismarck sind ganz besonders gut[99])."

Kapitel 5.

Der Berliner Kongreß.

1.

Aus der ursprünglich geplanten Diplomatenkonferenz, die die Lösung der Orientfrage in die Hand nehmen sollte, wurde ein Kongreß der leitenden Staatsmänner, und da dieser auf russischen Wunsch in Berlin stattfand, so fiel Bismarck das Präsidium zu. Das entsprach der Stellung, die er damals in Europa einnahm.

Freilich war der Gedanke, dem Kongreß präsidieren zu sollen, Bismarck nichts weniger als angenehm. Seine Gesundheit war schlecht, Mühe und Verantwortung waren groß. „Ich war schwer krank in Friedrichsruh", sagte er in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, „als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal, weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns soweit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidierens eines Kongresses notwendig mit sich bringt. Wenn ich schließlich doch nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich

an die Gnade des Kaisers Alexanders II. für mich stets bewahrt habe, was mich veranlaßte, seinen Wunsch zu erfüllen."

Die Politiker des Neuen Kurses haben Bismarcks Kongreßpolitik getadelt, und diese Tradition wirkt noch heute fort. Es ist schwer, sich mit ihr auseinanderzusetzen, da sie nirgends zusammenhängend literarisch fixiert ist. Fürst Hohenlohe notiert im Jahre 1893 eine Äußerung Holsteins, daß der Berliner Kongreß einer der Fehler der Bismarckschen Politik gewesen sei, aber er sagt nicht, wie Holstein sein Urteil begründete[1]). Im allgemeinen läuft die Kritik an Bismarcks Kongreßpolitik darauf hinaus, daß auf sie die Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen zurückgeführt wird. Die Preßorgane Caprivis und Marschalls haben ja mit einer unverkennbaren Petitio principii wiederholt betont, der Neue Kurs sei an dem mißlichen Verhältnis zu Rußland nicht schuld; es sei vielmehr eine Erbschaft, die Bismarck seinen Nachfolgern überlassen habe, und auch das russisch-französische Bündnis sei letzten Endes eine unvermeidliche Folge von Bismarcks Politik gewesen. Diese Kritik ignoriert zunächst die Tatsache, daß schon 1881 eine wesentliche Besserung in den deutsch-russischen Beziehungen eingetreten ist. Damals gingen die drei Kaisermächte einen Neutralitätsvertrag ein, der 1884 mit Österreich und Deutschland und 1887 mit Deutschland allein erneuert wurde; und noch im März 1890 wünschte Alexander III. den Vertrag zum dritten Male zu verlängern. Anderseits ist es völlig zutreffend, daß nach dem Berliner Kongreß die öffentliche Meinung Rußlands eine sehr starke Verstimmung gegen Deutschland an den Tag legte, die sich schließlich zu Äußerungen leidenschaftlichen Hasses steigerte. Sachlich war diese Verstimmung unbegründet; denn wenn eine Überprüfung des Friedens von San Stefano notwendig geworden war, so lag die Schuld lediglich an der russischen Politik und Heerführung. Selbst Katkow hat bei ruhiger Überlegung zugegeben, daß sich die russische Kritik gegen ihre eigene politische und militärische Leitung hätte richten müssen.

In diesem Zusammenhange wird Bismarck gewöhnlich der Vorwurf gemacht, seine Kongreßpolitik habe die öffentliche Meinung Rußlands zum unversöhnlichen Gegner Deutschlands gemacht. Nun ist die Frage erstens, ob diese Auffassung an sich richtig ist, und zweitens, wie man damals die

öffentliche Meinung des Zarenreichs nach ihrer politischen Bedeutung einzuschätzen hatte. Zu denen, die sie schon in jener Zeit sehr hoch bewertet haben, gehört Julius von Eckardt. Nach seiner Meinung würde Bismarck sich im Frühjahr 1878 schwerlich entschlossen haben, als ehrlicher Makler die Vermittelung zwischen Rußland, England und Österreich zu übernehmen und den europäischen Frieden zu erhalten, wenn er mit der in Rußland herrschenden Stimmung genauer bekannt gewesen wäre[2]). Eckardt ist demnach der Meinung, Bismarck hätte politisch richtiger gehandelt, wenn er die Vermittlung und damit überhaupt die Einberufung des Berliner Kongresses abgelehnt und den Krieg zwischen Rußland und England (und Österreich) nicht verhindert hätte. Man könnte darauf einfach entgegnen, daß Rußland und England sich ohne Zutun und Vorwissen Bismarcks über die Grundlagen des Kongresses geeinigt hatten, und daß Bismarcks Ablehnung unter diesen Umständen einen Affront gegen Alexander II. bedeutet haben würde, wozu er niemals die Zustimmung Kaiser Wilhelms erlangt hätte. Da es aber sicher ist, daß der Kanzler den europäischen Krieg auf alle Fälle zu verhindern wünschte, so müssen wir, um Eckardts Argument zu beantworten, weiter ausholen. Stammt die Feindschaft der russischen öffentlichen Meinung — darunter sind die Kreise des Panslawismus und des Nationalismus zu verstehen — gegen Deutschland in der Tat erst von dem Berliner Kongreß her? Nun hat sich gerade Eckardt bemüht, nachzuweisen, welches Maß von Eifersucht und Haß schon die deutschen Siege von 1870 in jenen russischen Kreisen hervorgerufen haben[3]). Auf die Informationen Eckardts, der eine Zeitlang Redakteur des Grenzboten war, geht es doch wohl auch zurück, wenn Gustav Freytag bereits Anfang 1868 an Stosch schreibt: „Was jetzt dort (in Rußland) arbeitet, ist eine sehr merkwürdige slawische Phantasterei. Es ist eine Eroberungslust und eine so verbissene Feindseligkeit gegen alles Deutsche — nicht etwa nur in den Ostseeprovinzen, daß sie uns billigen Deutschen wie Wahnsinn erscheint[4])."

Eckardt widerlegt sich also selbst. Der Haß der Panslawisten vom Schlage Aksakows war viel älter als der Berliner Kongreß. Er war überhaupt gegen den „Westen" als Ganzes gerichtet; und da der Deutsche der einzige Ausländer war, den der Russe

kannte, so richtete sich dieser Haß gegen den Deutschen, wobei die Balten, die Deutsch-Österreicher und das Deutsche Reich kurzerhand identifiziert wurden. Um 1870 bildeten diese Ideologen ein politisches Konventikel von sehr geringem politischen, aber von einem gewissen gesellschaftlichen Einfluß, so daß Gortschakow, der ihre Versammlungen niemals besucht hat und sich damals von ihnen politisch nicht beeinflussen ließ, doch Wert darauf legte, sich von ihnen loben zu lassen[5]).

Es handelt sich nun um die Frage, welche politische Macht die Panslawisten im Frühjahr 1878 besassen, und in welcher Weise Bismarck mit ihnen zu rechnen hatte, als er den Berliner Kongreß einberief. Sein Wunsch war, die alte Freundschaft mit dem Nachbarn im Osten zu erhalten. Da Rußland eine autokratische Verfassung hatte, so rechnete er in erster Linie natürlich mit dem Zaren und seinen leitenden Ministern. Aber er kannte das Land zu gut, als daß er nicht auch die Stimmungen in der Armee und in der Nation berücksichtigt hätte. In der Rede, die er am 1. Dezember 1876 nach einem parlamentarischen Diner hielt, wandte er sich gegen den Gedanken, Rußland in der jetzigen Lage einen Rat zu erteilen und sprach dabei den bezeichnenden Satz: „Die Folge eines solchen Rates würde sein, die russische Nation zu verstimmen, und das wäre schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung."

Es ist nicht anzunehmen, daß Bismarck die panslawistische Bewegung unterschätzt haben sollte, nachdem diese soeben das Reich in den Türkenkrieg hineingezwungen hatte. Aber sowohl die antideutsche als die panslawistische Strömung war im Abebben, wenn sie auch nach dem Kongresse wieder um so stärker einsetzte. Im Sommer 1877 konnte Bismarck in einem Briefe an Wilhelm I. darauf hinweisen, daß die öffentliche Meinung in Rußland jetzt die deutsche Freundschaft richtig würdige, und daß die früher deutschfeindlichen Moskauer eine Adresse an den Deutschen Kaiser richten wollten[6]). Außerdem hatte die slawische Wohltätigkeitsgesellschaft in Petersburg 1876 während des Serbisch-Türkischen Krieges mehrere tausend Mitglieder[7]), 1877 nur noch 600 und Anfang Juni 1878 nicht mehr als 300. In Moskau waren die Panslawisten allerdings noch von Bedeutung, aber ihren früheren Einfluß auf die Hofkreise hatten sie vollständig verloren[8]).

Die großen politischen Strömungen in der öffentlichen Meinung Rußlands, namentlich auch ihre Wirkung in dem Offizierkorps, hat Bismarck gewiß nicht unterschätzt. Dagegen maß er der russischen Presse keine große Bedeutung bei. Ihre Abhängigkeit von der Regierung war so groß, daß sich Bismarck bei wichtigen Entscheidungen, wie der Einberufung des Berliner Kongresses, lediglich nach der Haltung der Petersburger Regierung und nicht nach der Presse richten mußte. Das amtliche Rußland wünschte den Kongreß dringend, zumal der Kriegsminister erklärte, einen zweiten Krieg nicht führen zu können. Dazu hatte das Kabinett die Grundlagen für den Ausgleich mit England genehmigt; und wenn die russische Presse damals tatsächlich noch kriegslustig war, so mußte sie eben schweigen.

Lag unter diesen Umständen damals für Bismarck ein zwingender Grund zu der Annahme vor, daß die amtliche russische Politik nach dem Friedensschlusse mit Notwendigkeit oder auch nur mit großer Wahrscheinlichkeit in ein deutschfeindliches Fahrwasser geraten würde? Wie ist es denn nach dem Kongreß zu jener neuen Orientierung der russischen Politik und der ihr entsprechenden Haltung der Presse gekommen? Als Bismarck am 6. Dezember 1876 im Reichstage Eugen Richter entgegentrat, sagte er: „Ich gebe Ihnen die Versicherung, so lange wir auf diesem Fleck stehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unsere guten und innigen und soliden Beziehungen zu Rußland zu stören, und in unsere erprobte hundertjährige Freundschaft einen Riß zu machen. Dazu gehören stärkere Leute wie Sie, stärkere wie ich, dazu gehört die kaiserlich russische Regierung selbst."

Und in der Tat ist es die russische Regierung selbst gewesen, die nach dem Kongreß die öffentliche Meinung im Interesse Rußlands gegen Deutschland aufgehetzt hat, um die Verantwortung für die begangenen Fehler von sich auf das Ausland abzuwälzen. Ein Jahr später sagte Bismarck: „Die russische Presse tut, was sie kann, um die Wahrheit zu verdunkeln, daß Bosnien infolge wohlerwogener russischer Politik nach sorgfältigen und langen Verhandlungen durch den Fürsten Gortschakow an Österreich überwiesen wurde, lange vor dem Kongreß und vor dem Kriege[9])." Freilich wußte die russische Presse von diesen diplomatischen Vorgängen nichts; die Regierung aber

hütete sich, das Geheimnis preiszugeben und benutzte vielmehr die Unkenntnis der Presse, um sie für die öffentliche Verdächtigung der deutschen Politik zu verwerten.

Wenn man sich mit der Kritik, die der Neue Kurs an Bismarcks Kongreßpolitik geübt hat, auseinandersetzen will, wird man sie zergliedern und folgende Fragen stellen müssen: 1. War es ein Fehler, daß Bismarck den Kongreß überhaupt zustande gebracht, und den Krieg zwischen England und Rußland, an dem auch Österreich leicht hätte teilnehmen können, verhindert hat? Hätte er den Wunsch des Zaren, den Kongreß einzuberufen, zurückweisen sollen? 2. War es falsch, daß der Kanzler, wie er es tatsächlich getan hat, die offizielle Kongreßpolitik Rußlands, die auf den Beschlüssen des Petersburger Kabinettes und auf seinem Abkommen mit England beruhte, unterstützt hat? 3. Hätte Bismarck auf dem Kongresse mit Einsetzung der Macht des Deutschen Reiches, gegen den Willen Österreichs und Englands, die russische Politik ermutigen sollen, für den Frieden von San Stefano einzutreten, den das amtliche Rußland in seinem Abkommen mit England preisgegeben hatte? In diesem letzten Falle hätte Bismarck, wie Schuwalow ihm vorschlug, ein Bündnis mit Rußland eingehen müssen, das ihm die Feindschaft von England und Österreich eingebracht und Deutschland von Rußland abhängig gemacht hätte.

2.

Den Russisch-Türkischen Krieg hatte Bismarck nicht hindern wollen. Hätte er es getan, so hätte er, wie er im Reichstage offen sagte, Deutschland möglicherweise die Feindschaft des Zarenreiches auf den Hals gezogen; und bei der Kriegslust, die in Rußland herrschte, wirkte ein lokalisierter Orientkrieg wie die Öffnung eines Sicherheitsventils, um den Frieden der Großmächte zu bewahren. Aber Bismarck war von Anfang an der Meinung, daß der Orientkrieg lokalisiert werden müßte. Das sagte er schon im Herbst 1876 zu Lord Salisbury, als dieser sich auf der Reise zu der Botschafterkonferenz in Konstantinopel befand. Er war entschlossen, zu verhindern, daß aus dem Orientkriege ein europäischer Krieg entstünde. Das entsprach seiner ganzen politischen Denkweise. Schon vor dem Ausbruch des

Krimkrieges hatte er den Wunsch, ihn, wenn es wirklich dazu käme, auf die Türkei und die See zu beschränken[10]); und noch in den Gedanken und Erinnerungen stellte er den Grundsatz auf, daß Deutschland einen Krieg, der sich aus der Orientfrage entwickelte, nach Möglichkeit hindern oder einschränken müsse[11]).

Nach Ausbruch des Krieges lag Bismarck jede Idee einer Intervention fern. Er wußte, wie wenig Dank eine Macht dadurch zu ernten pflegt, und führte aus seiner eigenen Erfahrung folgende Beispiele dafür an: Nikolaus I. in Olmütz, Österreichs Haltung im Krimkriege, Preußens Rüstungen für Österreich im italienischen Kriege, und Napoleons Intervention im Jahre 1866[12]). Dann trat das Verlangen an ihn heran, die Frage solle durch einen Kongreß in Berlin geregelt werden. Die Lage war noch keineswegs geklärt, und in seiner Reichstagsrede vom 19. Februar 1878 legte Bismarck dar, was er tun und was er nicht tun wolle. In seiner Übersicht über die politische Lage betonte er, daß ein wirklicher Grund zu einem europäischen Kriege nicht vorläge. Er wandte sich ferner gegen die Idee, daß Deutschland von Hause aus seine Politik festlegen und sie andern in irgend einer Form aufdrängen sollte. „Ich will hier gleich die Schwierigkeit und Unmöglichkeit davon näher motivieren. Nehmen Sie an, daß wir jetzt auch nur ein festes Programm aussprechen, an das uns zu halten wir, wenn wir es hier von amtlicher Stelle öffentlich, nicht nur vor Ihnen, sondern vor Europa verkündigen, gebunden sein sollten, so würden wir dadurch bei allen denen, die es für sich günstig finden, eine gewiße Prämie auf ihre Unverträglichkeit setzen. Wir würden uns ferner die Rolle der Vermittlung, auf die ich den allerhöchsten Wert lege, fast unmöglich machen, weil jeder mit dem Menu der deutschen Politik in der Hand nun sagen könnte: soweit kann die deutsche Vermittlung gehen, das kann sie tun, das kann sie nicht tun. Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch, und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittlung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergie-

renden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener — ja ohne Vergleich im übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitieren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will. Wir sind in der Lage also, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, bei ihren, ich will einmal Kongreßgegner sagen, sich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor sondieren und dem anderen sagen: tue das nicht, versuche es so und so anzubringen. Das sind geschäftliche Hilfsmittel, die sehr zu schätzen sind. Ich habe eine langjährige Erfahrung in diesen Dingen, und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien ist, fällt der Faden öfter, und aus falscher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man den Faden wieder aufnehmen könnte, vergeht, und man trennt sich im Schweigen, und man ist verstimmt. Ist aber ein Dritter da, so kann dieser ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja wenn getrennt, bringt er sie wieder zusammen. Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir mit unseren befreundeten Grenznachbarn auf langgedehnten Grenzstrecken überhaupt leben, und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden Einigkeit der Dreikaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältnisse entspricht, in dem wir uns mit einem anderen Hauptinteressenten, mit England, befinden. Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keine streitigen Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nicht, was zwei arbeitsame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte; und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebensogut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können . . . Wir haben stets vermieden, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Österreich und Rußland waren, eine Majorität von zwei gegen einen zu bilden, indem wir bestimmt für einen Partei nahmen, auch wenn unsere Wünsche etwa in der Beziehung nach der einen Seite mehr als

nach der anderen uns hingezogen hätten. Wir haben uns deſſen enthalten, weil wir beſorgten, daß das Band doch nicht ſtark genug ſein möchte, und gewiß kann es nicht ſo ſtark ſein, daß es eine dieſer Großmächte veranlaſſen könnte, aus Gefälligkeit für andere die eigenen, unbeſtreitbaren, ſtaatlichen und nationalen Intereſſen hintanzuſtellen. Das iſt ein Opfer, das keine Großmacht pour les beaux yeux der andren tut. Sie tut es, wenn ſtatt der Argumente die Hindeutung auf die Machtverhältniſſe eintritt, da kann ſie unter Umſtänden ſagen: dieſe Konzeſſion iſt mir unangenehm, aber es iſt mir noch unangenehmer, mit einer ſo großen Macht wie Deutſchland etwa darüber in Zwiſt zu geraten; indeſſen werde ich mir das merken und in Rechnung ſtellen. Das iſt etwa die Art, wie dergleichen aufgefaßt wird, und ich komme nun in die Notwendigkeit, den übertriebenen Anſprüchen, die man an Deutſchlands Vermittlung ſtellt, hier ganz entſchieden entgegenzutreten und zu erklären, daß ſo lange ich die Ehre habe, Ratgeber Seiner Majeſtät zu ſein, nicht die Rede davon iſt."

Bismarcks Ausführungen in dieſer Rede, daß ein wirklicher Grund zu einem europäiſchen Kriege nicht beſtehe, bildeten bereits einen ſtarken Verſuch, auf eine Verſtändigung hinzuwirken, und einen Krieg zu verhindern. Aber eine poſitive Handhabe zur direkten Einwirkung erhielt er nach ſeiner eigenen Angabe erſt durch den Beſuch Schuwalows, auf deſſen Reiſe von London nach Petersburg (9. Mai)[13]. Ein engliſch-ruſſiſcher Krieg trat ja erſt nach dem Abſchluß des Friedens von San Stefano und dem Rücktritt Lord Derbys in den Bereich größerer Wahrſcheinlichkeit. Tatſächlich einigten England und Rußland ſich ohne Zutun und Vorwiſſen Bismarcks über die Grundlagen des Kongreſſes, ſo daß ſich der Kanzler, was die Berufung der Verſammlung nach Berlin betraf, und dieſe ſchloß ſein Präſidium ein, einem direkt ausgeſprochenen Wunſche Kaiſer Alexanders gegenüberſah[14]. Er konnte ſich aus Rückſicht auf den Zaren und ebenſo auf Kaiſer Wilhelm dieſem Rufe gar nicht entziehen; wie hätten ſich wohl die deutſch-ruſſiſchen Beziehungen geſtaltet, wenn Bismarck angeſichts der Unfähigkeit der ruſſiſchen Armee, einen zweiten Feldzug zu führen, die Abhaltung des Kongreſſes in Berlin unter ſeinem Präſidium abgelehnt hätte?

Aus zwei Äußerungen deutscher Diplomaten läßt sich entnehmen, wie man damals am Berliner Auswärtigen Amte dachte. Am 28. Februar 1878 notierte Fürst Hohenlohe in seinem Tagebuch: „Käme es zum Kriege und siegten England und Österreich, so würden wir von diesen keinen Dank ernten und mit Rußland auf ewige Zeit verfeindet, also in Europa isoliert sein[15])." Eine Woche vorher, am 22. Februar, schrieb der Unterstaatssekretär Dr. Busch: „Wenn es nun doch zu einem englisch-russischen oder gar englisch-österreichisch-russischem Kriege kommen sollte, so kann ich mir eine widerwärtigere und ungünstigere Wendung für die gesamte europäische Politik und für uns kaum denken. Rußland wird wahrscheinlich unterliegen, und was dann? Wir sowohl wie Österreich hätten einen unbefriedigten Nachbarn, der seine Revanche suchen müßte. Die Zusammenhänge mit den slawischen Rassen in Südeuropa ließen sich ihnen doch nicht abschneiden. Am wenigsten wird ein in sich zerrissenes Österreich imstande sein, mit seinem Schwanken zwischen Dualismus und Trialismus einen festen Damm gegen Rußland zu bilden, selbst wenn es eine ganze Generation kühner und entschlossener Staatsmänner im Vorrat hätte. Ähnlich sieht sich das Verhältnis nach der englischen Seite an. Kein englisches Ministerium wird auf Dezennien die Aufgabe übernehmen, in Österreich gegen Rußland Wache zu stehen. Die zwanzig Jahre seit dem Krimkriege lehren dies[16])." Damit stimmt überein, was Bismarck in seinem Gespräche mit dem Times-Korrespondenten Blowitz sagte: „Ein Krieg zwischen zwei Großmächten wie England und Rußland würde ganz Europe schwer in Mitleidenschaft ziehen, würde alle Interessen lähmen und jeden einzigen bedrohen. Die Gefahr liegt darin, daß der Konflikt allen Bemühungen zum Trotz ein allgemeiner werden könnte; denn niemand weiß, was für Zwischenfälle in einem sich lange hinziehenden Kriege entstehen könnten, abgesehen davon, daß der Welthandel gestört, und die Seewege unsicher werden würden[17])."

Bismarck hat noch in der Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 betont, daß der Balkankrieg von 1877 „doch nur durch den in Berlin abgehaltenen Kongreß verhindert wurde, eine Konflagration von ganz Europa herbeizuführen." Konnte Deutschland in einem solchen Kriege neutral bleiben? Bismarck erinnerte an den Krimkrieg: „Preußen war der Feindschaft

von ganz Europa außer Rußland ausgesetzt, wenn es sich weigerte, auf die westmächtliche Politik einzugehen, andernfalls aber zum Bruche mit Rußland genötigt." War im Jahre 1878 die Wiederkehr der internationalen Lage des Krimkrieges ganz undenkbar? Nach einem Berichte des englischen Botschafters in Paris hatten die französischen „Patrioten", zu denen man Gambetta rechnen zu dürfen glaubte, geradezu den Wunsch, daß es zum Krieg zwischen England und Rußland kommen würde. Sie rechneten damit, daß Österreich und Italien über kurz oder lang in den Krieg auf englischer Seite hineingezogen werden würden; dann wären Deutschland und Rußland isoliert, und Frankreich könnte sich England und seinen Verbündeten anschließen und den Revanchekrieg beginnen[18]). Konnte dieser Gedanke der französischen „Patrioten" nicht von England selbst aufgenommen werden, wenn der Krieg sich lange hinzog, die Kriegsleidenschaft in England wuchs, und die Regierung zu allen Mitteln greifen mußte, um ihr Kriegsziel zu erreichen? Wahrscheinlich hätten alle Beteiligten es Deutschland lange Zeit nicht verziehen, daß es neutral geblieben wäre. Aus dem Krimkriege war bekannt, daß England im Kriege, gerade weil es auf große militärische Leistungen schlecht vorbereitet war, durch seine diplomatischen und publizistischen Mittel ein äußerst unangenehmer Nachbar für neutrale Mächte war; und gute Beziehungen zu England waren namentlich wegen dessen Freundschaft mit Frankreich sehr wichtig für Deutschland.

Nach Bismarcks Auffassung war es die natürliche Aufgabe der deutschen Politik, die Lösung der Frage auf friedlichem Wege anzustreben, anstatt sie den blinden Wechselfällen eines Krieges zu überlassen. Welche politischen Kombinationen ein Krieg, und zumal ein Koalitionskrieg schaffen konnte, war völlig ungewiß. Solange der Frieden erhalten blieb, ließen sich alle Möglichkeiten viel leichter berechnen und demgemäß auch leichter parieren. Vollends war ein Staatsmann, der in diplomatischen Auskunftsmitteln so unerschöpflich war wie Bismarck, für die Radikalkur eines Krieges ohne zwingende Gründe nicht zu gewinnen. Ein europäischer Krieg hätte ihn der stärksten seiner politischen Künste, der diplomatischen Einwirkung beraubt. Die Wahrscheinlichkeit sprach dafür, daß das Zarenreich in dem Kampfe unterliegen würde; dann drohte

für später ein russischer Revanchekrieg, und in diesem wäre die Verteidigung Österreich-Ungarns in hohem Maße Deutschland zugefallen. Nun war das Hauptziel von Bismarcks Politik, einen Krieg zu verhüten, in den Deutschland verwickelt werden könnte, ohne daß seine Lebensinteressen auf dem Spiele standen. Wie hätte er also 1878 das Zustandekommen eines Krieges erleichtern oder gar fördern sollen, da dieser späterhin einen zweiten zu erzeugen versprach, in dem es für Deutschland noch schwerer sein mußte, neutral zu bleiben als in dem ersten? Wer die Fehlerhaftigkeit von Bismarcks Kongreßpolitik beweisen will, wird auch beweisen müssen, daß er unrecht hatte, einen Krieg zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern.

In einem wesentlichen Punkte haben sich allerdings Bismarcks Berechnungen oder vielleicht richtiger: seine Wünsche nicht erfüllt. Die auswärtigen Beziehungen der Mächte sind in hohem Maße Personenfragen, und dies war ganz besonders bei den damaligen deutsch-russischen Beziehungen der Fall. Der russische Reichskanzler, Fürst Gortschakow, hatte Deutschland genug Beweise seiner unfreundlichen Gesinnung gegeben, aber er war 80 Jahre alt und mußte in absehbarer Zeit einen Nachfolger erhalten. Kaiser Alexander war, so schwankend er sich während der Orientkrisis gezeigt hatte, in seiner Freundschaft für Kaiser Wilhelm fest geblieben; aber wir haben den Wirrwarr der sich bekämpfenden politischen Einflüsse in Petersburg kennen gelernt, und bei dem weichen Charakter des Zaren war es von größter Wichtigkeit, welcher Staatsmann nach dem Kongreß und nach Gortschakows Rücktritt den maßgebenden Einfluß in Rußland ausüben würde. Nun hatte Graf Peter Schuwalow die Verständigung mit England herbeigeführt und damit das Zustandekommen des Kongresses gesichert; der Zar ernannte ihn und nicht Gortschakow zum ersten Bevollmächtigten auf dem Kongreß. So lag eine nicht ganz geringe Wahrscheinlichkeit vor, daß seine Politik endgültig gesiegt hatte. Schuwalow selbst erwartete, das Portefeuille des Auswärtigen zu erhalten, und auch Bismarck scheint darauf gerechnet zu haben[19]). Es hieß, daß als er sich im Mai entschloß, nach Petersburg zu reisen, einer seiner Beweggründe war, sich persönlich über seine Aussichten zu unterrichten, Gortschakows Nachfolger zu werden[20]). Derartige Berechnungen sind natürlich

ſtets unſicher, aber trotzdem gehören ſie in das politiſche Kalkul; denn die auswärtige Politik der Staaten wird letzten Endes meiſt nur von ganz wenigen Perſonen beſtimmt, und für die deutſche Politik hing viel davon ab, ob in Wien Andráſſy oder Beuſt, in Paris Waddington oder der Herzog Decazes, in Rom Criſpi oder Cairoli, in Petersburg Schuwalow oder Gortſchakow die auswärtige Politik leitete. Daß Bismarck, der das Gegenteil eines Optimiſten war und der gewohnt war, die Politik als in flüſſigem Aggregatzuſtand befindlich zu betrachten, auch die ungünſtigere Möglichkeit erwogen hat, daß der Kurs der ruſſiſchen Politik deutſchfeindlich werden könnte, möchte man für wahrſcheinlich halten; aber trotz aller Sorgen, die er ſich machte, und die ihn kaum jemals verließen, beſaß er das Selbſtvertrauen, auch einer verſchlechterten Situation gewachſen zu ſein. Die Möglichkeit, daß Schuwalows Einfluß ſich nicht behaupten würde, zeigte ſich bereits, als Kaiſer Alexander ſich im letzten Augenblick durch Gortſchakows Bitten beſtimmen ließ, dieſen zum zweiten ruſſiſchen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongreß zu ernennen. Bismarck erfuhr es, als Schuwalow, der dieſe Entſcheidung ebenfalls nicht vorhergeſehen hatte, ſich auf der Rückreiſe von Petersburg in Friedrichsruh bei ihm befand, und er war bitter enttäuſcht[21]). Aber es gab auch für dieſe neue Situation ein Heilmittel. Die perſönliche Berührung mit den leitenden Staatsmännern auf dem Kongreß ermöglichte es Bismarck, ſowohl die eigenen Beziehungen zu England und Öſterreich enger zu knüpfen, als auch eine vertrauensvolle Verſtändigung zwiſchen Beaconsfield, Salisbury und Andráſſy zu fördern. Er näherte ſich auch den Vertretern Frankreichs[22]). Die Idee einer Iſolierung Rußlands taucht wenigſtens im Keime auf.

3.

Die Politik, die Bismarck auf dem Kongreß verfolgte, war nichts als die Fortſetzung ſeiner bisherigen; und durch den perſönlichen Einfluß, den er von Anfang an ſchnell über die Mitglieder gewann, machte er den Kongreß zu einem wirkſamen Inſtrument ſeiner Politik.

Es verrät einen Mangel an politiſcher Anſchauung, wenn liberale engliſche Geſchichtsſchreiber in den Verhandlungen

der Berliner Kongresses nichts als eine politische Komödie erblicken wollen, da in dem Salisbury-Schuwalowschen Abkommen vom 30. Mai ein Einverständnis bereits erzielt worden war. Dieses Abkommen machte den Kongreß und seine Verhandlungen überhaupt erst möglich. Aber viele Probleme waren darin gar nicht berührt worden, und auch über die beglichenen Fragen wurde in Berlin noch sehr ernsthaft verhandelt und gestritten. Namentlich zwischen Gortschakow und Beaconsfield kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Bismarck hatte viel zu vermitteln; denn es gab Momente, wo der Bruch nahe schien; Schuwalow schreibt in seinen Erinnerungen, daß noch die letzte Sitzung über Krieg und Frieden entscheiden mußte[23]). Die Vertretungen Rußlands und Englands waren zwiespältig. „Das Verhältnis zwischen Beaconsfield und Salisbury", schreibt der Unterstaatssekretär Dr. Busch, „scheint nicht gerade harmonisch zu sein; sie sprechen wie Minister verschiedener Staaten[24])." Die drei russischen Bevollmächtigten hatten einander versprochen, nicht einseitig nach Hause zu berichten. Aber Gortschakow und Oubril brachen ihr Wort; sie schrieben zwar nicht direkt an den Zaren, aber an andere, durch die er es erfahren mußte, daß es sich um eine europäische Verschwörung gegen Rußland handelte, deren Führung Bismarck übernommen habe. Schuwalow, der dahinter kam, bemühte sich, dem Kaiser an der Hand der Akten nachzuweisen, daß diese Verdächtigung grundlos war[25]).

Bismarck hat wiederholt gesagt, er habe auf dem Kongreß gewissermaßen als vierter russischer Bevollmächtigter fungiert. „Wir haben", schrieb er im Herbst 1879, „auf dem Kongreß jeden russischen Wunsch, der uns zuvor mitgeteilt worden war, befürwortet, und mit Erfolg; unsere Unterstützung würde unter Umständen auch weitergehenden russischen Vorschlägen nicht gefehlt haben[26])." Nach Moritz Buschs Zeugnis hat Bismarck bei den wichtigsten Differenzen über Gebietsabtretungen an Rußland die Schwierigkeiten durch die unumwundene Erklärung beseitigt, daß Deutschland auf eine Beteiligung am Kongreß verzichten würde, wenn man die russischen Forderungen ablehnte[27]). Nach seiner Verabschiedung ließ Bismarck in einem Artikel, den Horst Kohl für die Hamburger Nachrichten schrieb, ausdrücklich betonen, daß Schuwalow seine russenfreundliche

Haltung auf dem Kongreß mit voller Überzeugung anerkannt habe[28]). Freilich konnte Bismarck es nicht als seine Aufgabe betrachten, „den Russen Wünsche vorzuschlagen, die sie selbst nicht ausgesprochen hatten“[29]); und in der Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, die der Kanzler noch zu Lebzeiten Schuwalows hielt, machte er die, übrigens natürliche Einschränkung: „während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle o weit ich es irgend konnte, *ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen*, ungefähr so aufgebaut, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre...“ „Ich bin“, fuhr er fort, „infolge des Vertrauens, das der leider verstorbene Beaconsfield mir schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses, mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen, und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruche nahe stand, dessen Zustimmung im Bette erreicht ... Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist.“

Wenn in Bismarcks Äußerung, daß die Russen auf dem Kongreß höhere Förderungen hätten stellen können, eine Kritik liegt, so trifft diese nicht notwendig Schuwalow, wohl aber das Petersburger Kabinett. Sowohl Bismarck selbst als Nelidow, der der russischen Mission als Balkanspezialist attachiert war, läßt der Kampfesenergie Schuwalows, der er die Seele des Kongresses nennt, alle Gerechtigkeit widerfahren[30]). Er bemängelt wohl, daß Schuwalow kein Balkankenner war und deshalb andere überflüssige Zugeständnisse gemacht habe. Aber keiner der Bevollmächtigten war ein Balkanspezialist, und unter diesen Umständen hatte Bismarcks Politik, den Kongreß nur die Hauptpunkte entscheiden zu lassen, und die Regelung der Details internationalen Kommissionen zu überweisen, ihre gute Begründung. Schuwalows Position war dadurch erschwert, daß man in Petersburg völlig die Nerven verloren hatte. Er selbst war kein verantwortlicher Minister wie Lord Beaconsfield oder Lord Salisbury; die Entscheidung lag jedesmal in Petersburg, und dort konnte man keinen Entschluß fassen. Auf seine telegraphischen Anfragen erhielt Schuwalow Antworten wie: „der Kaiser denkt“, oder: „der Kaiser wünschte lieber“. „Was

nützt mirs zu wissen, was der Kaiser denkt, sagte er zu Nelidow; ich will wissen, was er befiehlt." So sandte er Nelidow nach Petersburg und mußte von ihm erfahren, daß die frühere Kriegslust einem ungeheuren politischen Katzenjammer gewichen war. „Eine unverzeihliche Schwäche, ich möchte fast sagen, Feigheit", schreibt er, „war auf den bisherigen Übermut und Chauvinismus gefolgt."

Die Fragen, die zur Entscheidung standen, betrafen die russischen Erwerbungen in Asien, vor allem Batum, die England bekämpfte, und die Erwerbung von Beßarabien, der Andrássy die Forderung einer österreichischen Okkupation über Mitrovitza hinaus gegenüberstellte. Unterdessen erklärte der Kriegsminister Miliutin Nelidow: „finnissez, finnissez, finnissez à tout prix — wir können keinen Krieg führen und müssen allen Bedingungen zustimmen."

Zwei Fragen drohten für das Gelingen des Kongresses kritisch zu werden, die bulgarische und die armenische. Die bulgarische war die ernstere, da hier England eventuell zum Kriege entschlossen war; am 21. Juni waren die direkten Verhandlungen zwischen den englischen und russischen Bevollmächtigten gescheitert, und es bedurfte des persönlichen Eingreifens Bismarcks, um ein Kompromiß herbeizuführen[31]). Aber auch die Frage von Batum zeigt die Unrichtigkeit der Auffassung, daß die Russen Bismarck auf dem Kongreß für seine Haltung keinen Dank schuldig gewesen seien, und daß Bismarck gar nicht in die Lage gekommen wäre, ihnen einen wirklichen Dienst zu leisten, nachdem sie sich bereits durch den Maivertrag England gegenüber gebunden hätten.[32]) Allerdings hatte Lord Salisbury Batum in jenem Abkommen den Russen zugestanden[33]), aber infolge eines Zwischenfalles wurde die Haltung der englischen Bevollmächtigten zweifelhaft. Downing-Street erlebte den Skandal, daß an dem Tage, wo das streng geheim gehaltene Abkommen von Schuwalow und Salisbury abgeschlossen war, sein Inhalt in dem konservativen „Globe" veröffentlicht wurde. Im Parlament leugneten die Vertreter der Regierung die Tatsache mit größter Entschiedenheit ab, aber am Tage nach dem Zusammentritt des Kongresses veröffentlichte der „Globe" den urkundlichen Wortlaut von zweien der drei[34]) englisch-russischen Protokolle. Man hat ganz zu Unrecht hierin eine hochpolitische Intrige

der englischen Politik erblicken wollen. Die einfache Tatsache war, daß ein schlecht bezahlter subalterner Beamter, der erst ganz kurz vorher von dem Foreign office übernommen war, mit der Abschrift dieses geheimen Staatsdokuments betraut, das in ihn gesetzte Vertrauen mißbrauchte. Dieser Mann, namens Marvin, hatte früher in Rußland gelebt, hatte als russischer Korrespondent für Londoner Zeitungen gearbeitet, und verkaufte dem „Globe" gegen ein anständiges Honorar das mit so geringer Sorgfalt gehütete Geheimnis. Der Täter wurde entdeckt und vor das Polizeigericht gebracht, aber da er noch nicht einmal den Amtseid geleistet hatte, fand sich keine gesetzliche Handhabe, ihn zu verurteilen[35]).

Die Veröffentlichungen des „Globe" waren eine Sensation ersten Ranges, aber für die englische Regierung waren sie äußerst peinlich; denn die durch die jingoistische Haltung Lord Beaconsfields hochgespannten Erwartungen der konservativen Partei wurden durch die Enthüllungen über die bedeutenden Konzessionen, die Lord Salisbury den Russen in Asien gemacht hatte, enttäuscht, und das Prestige des Kabinetts wurde für den Augenblick erschüttert. Die konservative englische Presse war empört; ein Blatt erklärte, Beaconsfield habe die Politik, die er verfolge, Gladstone gestohlen; die russophilen Radikalen triumphierten. In London entstand eine Adressenbewegung großen Stils; sie bezweckte, durch Demonstrationen das russisch-englische Präliminarabkommen zum Scheitern zu bringen und wenigstens Batum zu retten[36]). Unter diesen Umständen erklärten Beaconsfield und Salisbury Schuwalow, sie könnten sich, was Batum beträfe, durch das Abkommen vom 30. Mai nicht mehr als gebunden betrachten. Der russische Bevollmächtigte berief sich auf die Unterschrift Lord Salisburys, der den bindenden Charakter des Abkommens wohl anerkannte, aber hinzufügte, er könne seine Entlassung nehmen, und sein Nachfolger würde durch seine persönliche Unterschrift nicht mehr gebunden sein[37]). Als nun die asiatischen Fragen auf die Tagesordnung des Kongresses kamen, ist um Batum hart gekämpft worden, und hier hat Bismarck Rußland ohne Frage einen der Dienste geleistet, auf die er sich später berufen hat. Er intervenierte bei Lord Beaconsfield, den er nachts im Bette aufsuchte, und zugleich gewann er Blowitz, dem er bei dieser Gelegenheit das lang ersehnte Inter-

view gewährte, für eine Kompromißpolitik[38]). Das Kompromiß bestand darin, daß Batum russisch wurde, aber nach einer Erklärung des Zaren Freihafen bleiben sollte — eine Beschränkung, die Rußland acht Jahre später durch eine einseitige Erklärung, ohne England zu fragen, wieder aufgehoben hat.

Hat schließlich Rußland, alles in allem genommen, wirklich Grund gehabt, mit dem Ergebnisse des Berliner Vertrages so unzufrieden zu sein? Gegenüber dem Frieden von San Stefano war es natürlich ein Rückschlag, aber der politische Fehler hatte doch darin bestanden, daß Rußland, ohne Konstantinopel und die Meerengen in seine Gewalt gebracht zu haben, den Friedensschluß mit der Türkei überstürzte. Dabei hatte es versäumt, die europäische Lage zu berücksichtigen und sich mit England und Österreich zu verständigen. Nelidow macht in seinen Memoiren ein interessantes Bekenntnis. Er hatte in Kasanlik die Verhandlungen mit den Türken geführt; und wenn der Präliminarfriede von San Stefano auch von Ignatiew geschlossen wurde, so waren seine Grundlagen doch sein Werk. Noch im März 1878 begleitete Nelidow den Großfürsten Nikolaus nach Konstantinopel. „Ich begab mich nach Pera und ging zum ersten Mal auf die Botschaft, die ich etwa elf Monate vorher verlassen hatte, als ich die Beziehungen abbrach. Das Herz war mir schwer. Die politischen Träume, die ich damals gehegt hatte, waren entschwunden, und ihre Verwirklichung auf eine Zeit verschoben, die man gar nicht einmal voraussehen konnte; denn es wurde deutlich, daß wenn die militärische Aktion und die materiellen Schwierigkeiten zu Ende waren, die diplomatische Kampagne und die politischen Schwierigkeiten erst beginnen würden[39])." Welch vernichtende Selbstkritik — drei Monate vor dem Beginn des Berliner Kongresses! Jene politischen Schwierigkeiten hätten sich leicht voraussehen lassen. Der voreilige Abschluß des Friedens erschwerte nicht nur die Lage nach außen, sondern auch nach innen; denn die Panslawisten vom Schlage Aksakows besaßen viel zu wenig politische Einsicht, um zu erkennen, daß die russische Politik die schwersten Fehler gemacht hatte, und daß die Bestimmungen des Präliminarfriedens nicht zu halten waren, da man die Besetzung Konstantinopels und Gallipolis unwiederbringlich versäumt hatte. Man wußte in Rußland nichts von dem geheimen Pester

Abkommen. Rußlands Lage wäre sehr viel vorteilhafter gewesen, wenn es selbst sofort nach dem Abschluß des Präliminarfriedens die Mächte zu einer Konferenz eingeladen hätte, anstatt sich dies Zugeständnis entreißen zu lassen. Im Grunde war das Abkommen, das Schuwalow mit Salisbury schloß, gar nicht so ungünstig. Das Kompromiß war überhaupt nur dadurch möglich geworden, daß gerade Lord Salisbury, der eine partielle Teilung der Türkei für das gegebene Heilmittel der europäischen Krisis hielt, an die Spitze des Foreign office getreten war. Die künstliche Trennung Bulgariens und Ostrumeliens hielt gerade sieben Jahre vor; die Garantien, die England gefordert hatte, die Fortdauer der türkischen Militärgewalt in Ostrumelien und das Recht des Sultans, die Balkanlinie zu befestigen, erwiesen sich später als illusorisch. Wenn nur die englische, nicht aber die russische Politik hieraus den entsprechenden Vorteil zu ziehen verstand, so tut das nichts zur Sache. Bismarck bezeichnete den Berliner Vertrag als einen der günstigsten, wenn nicht den günstigsten Abschluß, den Rußland jemals nach einem Türkenkriege gemacht habe[40]). In England urteilte die liberale Opposition ähnlich. Während Lord Beaconsfield nach seiner Rückkehr aus Berlin mit höchst geschickter Inszenierung den Triumphator spielte, fand Gladstone, daß der Berliner Vertrag seine eigene Politik, die Türken „mit Sack und Pack" aus Europa zu verjagen, völlig gerechtfertigt habe. Tatsächlich habe doch eine Teilung der Türkei stattgefunden; die souverän gewordenen Vasallenstaaten eingerechnet, habe die Türkei elf Millionen Untertanen verloren[41]) Ein Gesinnungsgenosse Gladstones, der Domherr Malcolm Maccoll schrieb an ihn: „Unsere Regierung behauptet, Rußland besiegt zu haben, aber Rußland hat durch die Operationen unserer Bevollmächtigten viel gewonnen, und es ist der einzige Gewinner[42])." Ähnlich urteilt Stead[43]). Der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir Henry Layard, der nicht Gladstones, sondern Lord Beaconsfields Politik vertrat, schrieb in rohem Tone: „Rußland hat mit Deutschlands Hilfe alles und mehr erreicht, als es wollte, und die Interessen Englands und der anderen Mächte wurden geopfert, nur damit Bismarck seinen Biermagen (His beery stomach) durch eine Mineralwasserkur in Ordnung bringen kann[44])."

Der wirkliche Vertreter der englischen Politik auf dem Berliner Kongreß war nicht Lord Beaconsfield, sondern Lord Salisbury. Dieser gab den bisherigen Grundsatz der englischen Politik, die Integrität der Türkei zu erhalten, so völlig Preis, daß er selbst, der soeben ein Defensivbündnis mit der Pforte geschlossen hatte, auf dem Kongreß den Antrag stellte, daß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina okkupieren sollte. Schließlich hat Lord Beaconsfield selbst durch direkte Drohung die türkischen Vertreter vermocht, der Okkupation von Bosnien durch Österreich zuzustimmen. Aber wenn Lord Salisbury in der politischen Vertretung auf dem Kongreß dominierte, so erzielte Lord Beaconsfield seinen letzten großen Triumph durch die Art, wie er das englische Publikum von seinen politischen Erfolgen, über deren Größe sich streiten ließ, zu überzeugen verstand. Blowitz von der Times leistete ihm bei der Bearbeitung und Vorbereitung der öffentlichen Meinung schätzbare Dienste[45]). Die Phrase, die Lord Beaconsfield in einer Ansprache nach seiner Heimkehr gebrauchte, daß er den „Frieden mit Ehren" mitbrächte, schlug bei der Masse der Engländer durch; die Erwerbung von Zypern, die eine Woche vor dem Schlusse des Kongresses bekannt gemacht wurde, wirkte überzeugend. Tatsächlich hat der Besitz Zyperns niemals irgend welche Bedeutung für die englische Orientpolitik gehabt, aber die psychologische Rechnung Lord Beaconsfields stimmte, und zum Teil beruhte sie vielleicht auf der bekannten geographischen Unkenntnis der Engländer. Es genügte, wie schon Lord Derby nach seinem Rücktritt zum Grafen Schuwalow sagte, daß England überhaupt eine Beute einheimste. Der französische Diplomat, Baron d'Avril, notiert, welchen Eindruck die Äußerung eines distinguierten Engländers auf ihn machte, als er von dem Zypernvertrage erfuhr: „England hat einen Gewinn gemacht, also ist der Friede gesichert[46])." In der Frage von Batum hatte die englische Diplomatie einen Mißerfolg zu verzeichnen. Als nun Lord Beaconsfield im Oberhause über das Ergebnis des Kongresses sprach, zog er diese Frage ins Lächerliche. Man scheine sich einzubilden, sagte er, daß Batum ein zweites Portsmouth wäre. Es könne nur drei Schiffe fassen, oder sechs, wenn sie so eng neben einander lägen, wie im Londoner Hafen, aber bei Nordwind würden sie in große Gefahr geraten. Nach

der See hin könnte der Hafen nicht erweitert werden, und landwärts nur durch erstklassige Ingenieure; der Ausbau würde viele Millionen verschlingen und ein halbes Jahrhundert dauern. Und deshalb sollte sich England in einen Krieg mit Rußland stürzen?[47]) Hätten die Russen die Kunst, ihre öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu leiten, nur halb so gut verstanden wie die Engländer, so hätten sie den moralischen Rückschlag, den der Berliner Vertrag gegenüber dem Frieden von San Stefano bedeutete, sehr viel leichter überwinden können.

4.

Bismarcks schlechte Gesundheit und sein Bedürfnis, ein Bad zu besuchen, war einer der Gründe dafür, daß der Kongreß den gewaltigen Stoff in der kurzen Zeit eines Monats bewältigen mußte. Aber es lag doch im Interesse aller Mächte, die herrschende politische Spannung nach Möglichkeit abzukürzen und, so schnell es ging, zum Abschluß zu bringen. Die Spannung wurde noch dadurch vermehrt, daß es nicht gelungen war, zwischen Rußland und England ein Abkommen zu treffen, wonach die russische Armee und die englische Flotte sich aus der Nachbarschaft Konstantinopels wegbegaben[48]). Noch zwanzig Jahre später hat einer der Teilnehmer, Lord Salisbury, die schnelle Arbeit des Berliner Kongresses gerühmt. Nach dem Griechisch-Türkischen Krieg von 1897 wies im Oberhause ein Peer auf die Langsamkeit der Ausgleichsverhandlungen hin und stellte ihn in Gegensatz zu der schnellen Arbeit des Berliner Kongresses. Lord Salisbury erwiderte, damals habe Bismarck dem Kongreß präsidiert, und wenn er jetzt den Vorsitz bei den Verhandlungen führte, würde das Ergebnis ebenfalls anders sein[49]).

Der Berliner Kongreß tagte vom 13. Juni bis zum 13. Juli. Nur die Energie, mit der Bismarck das Präsidium führte, alle Abschweifungen aus der Debatte verbannte und die Verhandlungen auf die Hauptpunkte konzentrierte — und zugleich seine geschickte und geschmeidige Vermittlung in der Debatte und hinter den Kulissen hat diese Leistung ermöglicht. Schon aus der ersten Sitzung gewann Dr. Busch den Eindruck, daß ohne die Leitung des Kanzlers die Gegensätze scharf aufeinander platzen und die Diskussion ins Unabsehbare geraten mußte.

„Seine Autorität liegt, auch ohne daß er etwas sagt, wie ein Zügel auf den Verhandlungen." Eine Menge von Einzelfragen wurden zurückgestellt und ihre Erledigung an internationale Kommissionen verwiesen, die ein paar Jahre damit beschäftigt gewesen sind. Für Bismarck war hauptsächlich der Gesichtspunkt maßgebend, die Interessen der großen Mächte so weit miteinander zu versöhnen, daß der Friede gesichert würde. Ihm lag viel weniger daran, die theoretisch richtigste Lösung der Balkanfragen zu finden, als einen europäischen Krieg zu verhindern. Er war sich völlig bewußt, daß die Berliner Kongreßakte nur eine Etappe in der Lösung der orientalischen Frage bedeutete. „Von den Staatsmännern, welche hier versammelt gewesen", schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 14. Juli 1878, „ist wohl keiner der Meinung gewesen, ein Werk geschaffen zu haben, welches auch nur ein Menschenalter unverändert fortdauern wird. Das Verdienst des Berliner Kongresses besteht vielmehr darin, die Erfolge der russischen Waffen mit den vitalen Interessen Österreichs und Englands und mit den Erfordernissen der tatsächlichen Verhältnisse ins Gleichgewicht gebracht zu haben."

Die sachlich richtigste Lösung der Balkanfrage wäre gewiß diejenige gewesen, die auf dem Nationalitätsprinzip beruhte, also die Bildung eines Großbulgariens in den Grenzen der bulgarischen Nationalität. Die mazedonische Frage wäre dann gar nicht entstanden. Rußland hatte auf der Botschafterkonferenz von Konstantinopel die Zustimmung Österreichs und Englands dafür gewonnen, wenn auch mit der Beschränkung, daß das Land kein autonomer Staat werden, sondern nur eine administrative Autonomie erhalten, und daß es in zwei, durch eine vertikale Linie getrennte Provinzen zerfallen sollte. Hätte Rußland nicht die falsche Maßregel der vorzeitigen Mobilisierung getroffen, sondern die ihm so oft nachgerühmte Kunst des Wartens besessen, so bestand trotz der augenblicklichen Weigerung der Türkei die Aussicht, daß der Druck des einigen Europas schließlich doch zu der Konstituierung eines autonomen Bulgariens führen würde, aus dem selbstverständlich schließlich ein einheitlicher und selbständiger Staat geworden wäre.

Diese Gelegenheit hatte Rußland vor dem Kriege versäumt. Im Kriege verpaßte es die Gelegenheit, durch die Ein-

nahme Konstantinopels eine radikale Lösung der Orientfrage herbeizuführen, die etwa dem Reichstädter Protokoll entsprochen hätte. Nach dem Kriege setzten nun Österreich und England der Begründung eines großbulgarischen Fürstentums den entschiedensten Widerstand entgegen; und als der Kongreß zusammentrat, hatte Rußland sich mit dem englischen Vorschlage einverstanden erklärt, wonach das Land nördlich vom Balkan ein Vasallenfürstentum werden und die neu zu schaffende Provinz Ostrumelien eine administrative Autonomie erhalten sollte, während das bulgarische Mazedonien unter der direkten türkischen Herrschaft verblieb. Es war also nur ein Provisorium geschaffen worden, das allerdings nach Bismarcks Meinung lange genug dauern konnte, um die Mächte über die restliche Lösung der orientalischen Frage zu einer Einigung kommen zu lassen.

Falls Bismarck, bei seiner beständigen Besorgnis vor Koalitionen, nach der Ernennung Gortschakows zum zweiten Bevollmächtigten Rußlands die Möglichkeit in Betracht gezogen hat, daß Deutschlands Beziehungen zum Zarenreiche sich auf dem Kongreß verschlechtern könnten, so mußte seine Politik, bei aller loyaler Unterstützung Rußlands, darauf ausgehen, die Beziehungen zu den anderen Mächten um so freundschaftlicher zu gestalten und es Rußland zu erschweren, einen etwaigen Bundesgenossen gegen Deutschland zu finden Bismarcks Politik auf dem Kongreß war eine rein sachliche und nahm auf die Interessen Englands und Österreichs ebenso Rücksicht, wie auf die russischen; aber da die englische und die österreichische Politik besser geleitet waren als die Petersburger, so fand Bismarcks Unparteilichkeit und Desinteressement mehr Anerkennung und Dank bei Rußlands Gegnern, als bei diesem selbst. Durch den persönlichen Verkehr mit Lord Beaconsfield und Lord Salisbury schuf Bismarck ein Freundschaftsverhältnis zu England, um das er sich früher vergebens bemüht hatte[50]). Auch in Wien gewannen die militärischen und höfischen Kreise, die bisher immer noch an eine Revanche für 1866 gedacht hatten, volles Vertrauen zu Bismarcks Politik; sie kamen zu der Überzeugung, daß er in der Tat den europäischen Frieden auf dem Boden des Status quo erhalten wollte.

Bismarck trat auf dem Berliner Kongreß nicht nur zu England und Österreich, sondern auch zu Frankreich in ein näheres

Verhältnis. In den deutsch-französischen Beziehungen war nach dem Ausgange der inneren Krisis von 1877 eine Entspannung eingetreten. Die Wahlen zur Deputiertenkammer fielen für die Republikaner günstig aus, und der Präsident der Republik sah sich tatsächlich vor die Wahl gestellt, de se soumettre ou de se démettre, wie Gambetta sagte. Er machte mit der Kammer seinen Frieden, indem er ein republikanisches Ministerium bilden ließ und auf das bisher eifersüchtig gehütete Vorrecht verzichtete, die Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Flotte selbst zu ernennen. Gambetta hatte schon im September 1877 Bismarck durch Crispi den Wunsch zu erkennen gegeben, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen. Unter seinem Einflusse wurde ein Protestant, Waddington, zum Minister des Auswärtigen in dem neuen Kabinett gemacht, und zu Bismarcks großer Befriedigung wurde Gontout-Biron abberufen und an seiner Stelle der Graf St. Vallier zum Botschafter in Berlin ernannt. Gambetta verhandelte durch Vermittlung des Grafen Henckel-Donnersmarck sogar über eine persönliche Begegnung mit Bismarck, die jedoch nie stattgefunden hat[51]).

Unter der Leitung Waddingtons gewann die auswärtige Politik für Frankreich eine neue Orientierung, insofern sie das Spielen mit dem Gedanken eines russischen Bündnisses aufgab[52]). Die französischen Republikaner fühlten sich schon im Sommer 1876 durch den politischen Flirt zwischen Decazes und Gortschakow beunruhigt[53]), und seitdem sie an die Regierung gekommen waren, machte sich der Antagonismus zwischen dem politischen Regierungsprinzip der französischen Republik und der russischen Autokratie in steigendem Maße geltend[54]). Bismarck war dies schwerlich entgangen, und während er noch im November 1877 beabsichtigte, Frankreich bei allen Manipulationen der hohen Politik außer Betracht zu lassen[5]), tat er im Mai 1878 den ersten Schritt, um Frankreich in seine Kompensationspolitik einzubeziehen, und durch die neuen materiellen Interessen, die es gewinnen sollte, auf seine Politik einzuwirken. So besuchte Graf Münster Lord Salisbury und versicherte ihm, daß Tunis das Ziel der französischen Wünsche im Mittelmeer sei[56]). Diese Anregung wäre bei der Rivalität, die zwischen Italienern und Franzosen in Tunis herrschte, schwer denkbar gewesen, wenn die neue italienische Regierung die Politik Crispis fortgesetzt

hätte und es zu einem deutsch-italienischen Bündnisse gekommen wäre. Aber Italien hatte die Gelegenheit verpaßt, und Bismarck dachte jetzt Tunis den Franzosen zu. Eigene kolonialpolitische Gedanken lagen Bismarck in dieser Zeit ganz fern, und die Nordküste Afrikas wäre ihm dafür unter keinen Umständen in Betracht gekommen[57]). Deutschland hätte sich nur alle drei Mittelmeermächte zu Feinden gemacht, die glücklich darüber waren, daß eine Ausdehnung des russischen Einflusses im Mittelmeergebiet soeben verhindert worden war. In einem früheren Zeitpunkt hatte Bismarck einen Gewinn Frankreichs in Gestalt von Tunis nicht gewünscht[58]); sei es aus Rücksicht auf Italien, oder weil er ein wertvolles Kompensationsobjekt, wie es Tunis war, für die Verwertung im rechten Moment aufgespart wissen wollte. Dieser Augenblick war jetzt gekommen.

Frankreich hatte die Einladung zu dem Kongreß nur unter der Bedingung angenommen, daß über die Fragen: Syrien, die Heiligen Stätten und vor allem Ägypten überhaupt nicht verhandelt werden sollte. Da Waddington sehr entschieden gegen jede Veränderung des Gleichgewichts der Mächte im Mittelmeer war, so mußte Lord Salisbury den Franzosen für die Erwerbung von Zypern eine Kompensation bieten, und dazu wurde Tunis gewählt. Sowohl Waddington, als später der Marschall Mac Mahon waren im ersten Augenblick empört, aber Waddington hat sich doch von Lord Salisbury die Zustimmung Englands zur Erwebung von Tunis schriftlich bestätigen lassen. Auch hier scheint Bismarck der hilfreiche Vermittler gewesen zu sein. Bemerkenswert ist, daß Lord Salisbury in seinem Briefwechsel mit Waddington über Zypern und Tunis auf die italienischen Interessen in Tripolis hinwies; das entsprach der englischen Gleichgewichtspolitik im Mittelmeer[59]).

Die deutsch-englische Annäherung, die Lord Salisbury noch vor dem Beginn des Kongresses konstatieren konnte, war für Bismarck in erster Linie Österreichs wegen wertvoll und in zweiter Linie Frankreichs wegen. Wenn Frankreich auf den tunesischen Plan einging, so mußte es sich in der internationalen Politik auf die Seite Englands stellen, und einer möglichen russisch-französischen Freundschaft war ein weiterer Riegel vorgeschoben. Wenn Rußland sich auf eine antideutsche Politik einstellen wollte, so war es isoliert.

Kapitel 6.

Der Dreibund und der zweite Dreikaiserbund.

1.

Graf Peter Schuwalow fiel nach dem Berliner Kongreß in Ungnade; zwar kehrte er einstweilen auf seinen Londoner Botschafterposten zurück, aber im Herbst 1879 wurde er abberufen, und seine letzten zehn Jahre hat er in der Zurückgezogenheit des Privatlebens verbracht. Als Bismarck erfuhr, daß „der klügste und tüchtigste Mann in Rußland" beseitigt werde, verkaufte er seine russischen Papiere[1]).

Nach dem Kongreß blieb dem Namen nach Gortschakow Reichskanzler, aber er hielt sich meist im Ausland auf und nahm an den Geschäften kaum noch teil. Das Ministerium des Auswärtigen wurde von dem Ministergehilfen Giers verwaltet, und ihm war es im wesentlichen zu verdanken, daß trotz aller Agitation der Panslawisten Rußland eine der wichtigsten Verpflichtungen des Berliner Vertrages, die militärische Räumung Bulgariens und Ostrumeliens, in der festgesetzten Zeit ausführte. Aber der einflußreichste Mann in der Umgebung des Zaren wurde der Kriegsminister Miliutin. Schuwalows Sturz brachte auch die Panslawisten wieder in die Höhe, die Revanche für den gescheiterten Frieden von San Stefano verlangten. In der Öffentlichkeit war das Reichenbacher Abkommen und der Pester Vertrag völlig unbekannt, und nichts trug mehr zu ihrer Empörung bei, als daß Österreich-Ungarn ohne Krieg mit der Türkei zwei Provinzen aus ihrer Erbschaft erworben hatte, während das russische Programm von San Stefano von den Mächten einer erheblichen Revision unterzogen worden war. Hieran sollte nun Deutschland schuld sein. Nachdem Rußland sich selbst durch seine eigene schlechte Politik und Kriegführung in eine nachteilige Lage gebracht hatte, hätte nach den Wünschen dieser russischen Politiker Deutschland in die Bresche treten und Rußland heraushauen sollen, gleichviel ob es sich dadurch die Feindschaft Österreichs und Englands zuzog. Mit dem Mangel an politischem Urteil, der alle Panslawisten kennzeichnet, schreibt Dr. Cyon, es hätte Bismarck nur ein Wort gekostet, und der Friede von San Stefano wäre gesichert gewesen[2]). Hie und da machte sich

die Enttäuschung über die Ergebnisse des Berliner Kongresses in der russischen Presse schon im August 1878 in Angriffen auf Deutschland Luft. Aber der volle Sturm brach erst ein halbes Jahr später, im Januar 1879 los. In den folgenden Monaten steigerte er sich noch; die offiziöse Presse, die in der Staatskanzlei redigiert oder inspiriert wurde, führte den Angriff, und Baron Jomini vom Ministerium des Auswärtigen machte kein Hehl daraus, daß die giftigsten Artikel aus seiner Feder stammten. Beschwerden von deutscher Seite halfen nichts[3]).

Den Anlaß zu dieser neuen Preßkampagne gaben die Verhandlungen in den internationalen Kommissionen, die mit der Durchführung der Berliner Kongreßakte betraut waren. Mindestens ein Teil der russischen Kommissare betrachtete es als seine Aufgabe, die Bestimmungen des Berliner Vertrages zum Scheitern zu bringen. Ihre eigenen Ansichten und die der Moskauer Kommitees und der Moskauer Presse waren weit maßgebender für sie als die Instruktionen des Herrn von Giers[4]). Diese Haltung der Russen führte ganz natürlich dazu, daß die Oriententente, die sich auf dem Kongreß zwischen Österreich und England gebildet hatte, sich in den Kommissionen befestigte[5]), und England zog bis zu einem gewissen Grade Frankreich mit sich. Das gemeinsame Interesse in Ägypten, Lord Salisburys Versprechen Tunesiens wegen und die Abneigung der französischen Republikaner gegen das autokratische Rußland wirkten hier zusammen; freilich war Waddingtons Autorität bei einigen französischen Diplomaten nicht viel größer als die von Giers bei den russischen, und die französische Unterstützung blieb bis zu einem gewissen Grade auf den guten Willen des Ministers beschränkt[6]). Die deutschen Kommissare waren angewiesen, wenn Rußland und Österreich übereinstimmten, mit ihnen zu stimmen, und sich sonst der Mehrheit anzuschließen[7]). So fand sich Rußland in vielen Fällen teils ganz isoliert, teils wurde es bezeichnenderweise von dem ebenfalls isolierten Italien unterstützt[8]).

Es handelte sich zum guten Teil um weniger bedeutende Grenzfragen in Bulgarien, Ostrumelien und dem Sandschak von Novibazar: um die Grenzen Bulgariens, die der Türkei auf dem Kongreß zugestandenen Militärstraßen durch Bulgarien, die Verwaltung von Post und Telegraphie usw.[9]). Aber wenn man

sich erinnert, mit welcher Hartnäckigkeit auf der Londoner Balkankonferenz 1912/13 um ein paar armselige albanische Dörfer gestritten worden ist, so begreift man, wie auch diese untergeordneten Fragen die allgemeine Situation erschweren konnten. Ohnehin glaubte Miliutin, in dem Zusammengehen der Engländer, Österreicher und Franzosen schon den Kern eines gegen Rußland gerichteten Dreibundes erblicken zu sollen, und die freilich sehr kurzlebige Tätigkeit der militärischen Konsuln, die England auf Grund des Zypernvertrages nach Kleinasien schickte, machte ihm neue Sorgen[10]). Nun begann die russische Regierung, natürlich auf Grund der Berichte ihrer eigenen Kommissare, in Berlin Klage zu führen. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" schildert Bismarck die Lage folgendermaßen:

„Bei den diplomatischen Verhandlungen über die Ausführung der Bestimmungen des Berliner Kongresses wurde in Petersburg erwartet, daß wir jede russische Auffassung der österreichisch-englischen gegenüber ohne weiteres und namentlich ohne vorhergängige Verständigung zwischen Berlin und Petersburg unterstützen und durchsetzen würden. Meine angedeutete, endlich ausgesprochene Forderung, die russischen Wünsche uns vertraulich, aber deutlich auszusprechen und darüber zu verhandeln, wurde eludiert ... Selbst in Fällen, wo wir annehmen durften, der russischen Interessen und Absichten völlig gewiß zu sein, und glaubten, der russischen Politik einen Beweis unserer Freundschaft freiwillig geben zu können, ohne eigene Interessen zu schädigen, erfuhren wir statt der erwarteten Anerkennung eine nörgelnde Mißbilligung, weil wir angeblich in Richtung und Maß nicht das von unserem russischen Freunde Erwartete getroffen hatten. Auch wo letzteres unzweifelhaft der Fall war, hatten wir keinen besseren Erfolg. In diesem ganzen Verfahren lag eine berechnete Unehrlichkeit, nicht nur uns, sondern auch dem Kaiser Alexander gegenüber, dessen Gemüte die deutsche Politik als unehrlich und unzuverlässig erscheinen sollte ... Bei Ausführung der Kongreßbeschlüsse erwartete und verlangte Rußland, daß die deutschen Kommissarien bei lokalen Verhandlungen darüber im Orient, bei Divergenzen zwischen russischen und anderen Auffassungen, generell der russischen zustimmen sollten. Uns konnte in manchen Fragen die objektive Entscheidung ziemlich gleichgültig sein; es kam für

uns nur darauf an, die Stipulationen ehrlich auszulegen und unsere Beziehungen auch zu den übrigen Großmächten nicht durch ein parteiisches Verhalten zu stören in Lokalfragen, die ein deutsches Interesse nicht berührten. Die leidenschaftliche Bitterkeit der Sprache aller russischer Organe, die durch die Zensur autorisierte Verhetzung der russischen Volksstimmung gegen uns ließ es dann geraten erscheinen, die Sympathien, die wir bei nichtrussischen Mächten noch haben konnten, uns nicht zu entfremden[11]).

Ein bedrohliches Anzeichen für die in Petersburg herrschende Stimmung war die Truppenkonzentration an der deutschen und österreichischen Grenze, die auf einen nahe bevorstehenden Angriffskrieg berechnet erschien. Im Sommer 1879 standen in Polen, Podolien und Lithauen 300 Bataillone Infanterie, 150 Schwadronen Kavallerie mit 450 Feldgeschützen; und gegenüber der österreichischen Grenze 155 Bataillone Infanterie und 80 Schwadronen Kavallerie mit 220 Kanonen. Bismarck sagte zu dem französischen Botschafter, Graf St. Vallier, Deutschland könne sich im Falle des Krieges gegen den russischen Kavallerieangriff unmittelbar nicht wehren, man müßte sich hinter die Weichsel zurückziehen und erst von dort die Offensive ergreifen. Natürlich machte Deutschland in Petersburg Vorstellungen und verlangte Erklärungen, aber dort leugnete man die Tatsachen dreist ab[12]).

Bei der intimen Freundschaft, die bisher die beiden Kaiser verbunden hatte, war es ein beunruhigendes Symptom, daß Alexander II. seine Reise zur goldenen Hochzeitsfeier Wilhelms I. (11. Juni 1879) im letzten Augenblick absagte, obwohl für sein zahlreiches Gefolge schon Quartier gemacht war[13]). Im Frühjahr 1879 suchte Rußland in Rom und im August in Paris ein Bündnis zu erlangen; wurde aber beide Male abgewiesen. Es kennzeichnete die Haltung der französischen Regierung, daß Waddington Berlin sowohl durch den Fürsten Hohenlohe als auf anderem Wege davon unterrichtete[14]). Ihren Höhepunkt erreichte die Spannung dann, als der Zar in einem persönlichen Brief an Kaiser Wilhelm vom 15. August 1879 unverhüllte Drohungen aussprach.

Der Mann, der damals die russische Politik entscheidend beeinflußte, war, wie gesagt, der Kriegsminister Miliutin; der-

selbe, der 1876 hatte Österreich angreifen und der im Sommer 1878 Frieden um jeden Preis hatte schließen wollen; ein eingefleischter Deutschenhasser, und nach Bismarcks Urteil der größte Ignorant und Abenteurer[15]). „Welche Motive auch immer Miliutin leiten mögen — schreibt Bismarck an Kaiser Wilhelm — ob ihn der Eifer für ein konstitutionelles Rußland unter Großfürst Konstantin, für eine Republik oder nihilistische Bestrebungen zur Aktion drängen: gewiß ist nur, daß er im Dreikaiserbund ein Hindernis für seine Pläne sieht, für deren Verwirklichung ihm ein Weltbrand mehr Aussichten bietet." Bismarck hatte keine Hoffnung, daß es gelingen würde, Kaiser Alexander seiner Umgebung zu entziehen, in der sich kein einziger Staatsmann von europäischer Tragweite befände. Alle Personen um den Zaren schienen ihm bemüht, dessen zerrüttete Nerven dazu zu benutzen, in ihm den Glauben zu erwecken, seine persönliche Sicherheit sei nur in einem Kriege und nicht im Frieden geschützt[16]).

In den Händen dieser Männer lag der europäische Friede. Der französische Botschafter Graf St. Vallier hat Aufzeichnungen über ein Gespräch mit Bismarck vom November 1879 hinterlassen, in dem der Kanzler diese russischen Zustände drastisch schildert: „Der Kaiser Alexander II., dieser Souverän, der körperlich und geistig krank ist, dieser vorzeitig verbrauchte und entnervte Greis, dieser Autokrat ohne Herrschaftsvermögen, ein Spielball von Salongeneralen, hat sich einreden lassen, daß er ein großer Staatsmann sei. Indem er die Ehren, aber nicht die Funktionen des Amts dem alten Gortschakow überließ, der eine bloße Puppe und Reichskulisse geworden ist, bildet er sich ein, wie er selbst erklärt hat, sein eigener Minister des Auswärtigen zu sein; was Andrássy zu der Äußerung veranlaßte: „Es schmeichelt mir, einen Kollegen so hohen Ranges zu haben, aber es kränkt mich, einen Kollegen von solcher Naivität zu besitzen." Kaiser Alexander, der einen Napoleon I. spielen wollte, begann diesen Sommer mit unserem Botschafter in drohendem Tone zu sprechen. Mit Schweinitz, der es nicht verstand, ihn gebührend zurückzuhalten, ging er soweit, daß mein kaiserlicher Herr in Erregung geriet ... Ich beruhigte Seine Majestät, indem ich Ihr sagte, man dürfe die Worte eines Kranken, seiner selbst nicht mächtigen Mannes nicht ernst nehmen, und gab Schweinitz

Weisung, alles anzuhören und mitzuteilen, ohne selber zu reden. Andrássy wies, meinem Rate folgend, seinen Botschafter im gleichen Sinne an, und der Zar, den dies Schweigen zweifellos ermutigt hatte, ging unter stürmischen Ausfällen, hochtrabenden Apostrophen, uferlosen Beschwerden schließlich so weit, klar und ausdrücklich Kriegsdrohungen gegen uns und Österreich auszustoßen. Dann im August, nach einer seiner schlaflosen Nächte, setzte er sich hin und schrieb zwei eigenhändige Briefe, einen an seinen Onkel Kaiser Wilhelm, den andern an Kaiser Franz Joseph; zwei fieberhaft aufgeregte Briefe, eine Art von Ultimatum, in denen er Bedingungen stellte und im Falle ihrer Nichterfüllung den Krieg ansagte. Der arme Giers fiel auf den Rücken, als er sie ihm zur Abschriftnahme gab, er flehte ihn auf Knien an, von der Absendung abzustehen. Aber der ängstliche Minister konnte keinen Einfluß auf einen Menschen haben, der gewöhnt war, als unfehlbarer Papst betrachtet zu werden, und die Briefe gingen ab[17])."

2.

Unter diesen Umständen hat sich Bismarck entschlossen, das Bündnis mit Österreich-Ungarn einzugehen, während er bisher einer Option zwischen Österreich und Rußland stets ausgewichen war. Vor und auf dem Berliner Kongreß hatte er zweimal einen russischen und zweimal einen österreichischen Bündnisantrag abgelehnt[18]). Seine Politik war eine Politik der freien Hand gewesen, der wohl jeder Staatsmann von großer Überlegenheit den Vorzug geben wird, da sie am besten der Wandelbarkeit der Politik der anderen Mächte entspricht, der eigenen Aktion und Initiative freien Spielraum gewährt und bei jeder Verschiebung der politischen Konstellation die Wahl der vorteilhaftesten Stellungnahme freiläßt.

Die Frage eines russischen Bündnisses hatte Bismarck schon während des polnischen Aufstandes von 1863 erwogen; aber ebensowenig, wie er sich damals dazu entschließen mochte, tat er es, als Graf Peter Schuwalow ihm 1878 seine Vorschläge machte. Sein Hauptgrund gegen das Bündnis war, daß die deutsche Politik dadurch in eine unerwünschte Abhängigkeit von der russischen geraten konnte. Materiell war das russische

Bündnis stärker als das österreichische, aber es würde Bismarcks Bewegungsfreiheit im Verkehr mit den übrigen Mächten sehr gehemmt haben. Es hätte Deutschland gegenüber allen anderen Staaten isoliert, es „von ganz Europa abgesondert" und vielleicht ein Gegenbündnis zwischen Österreich und Frankreich herbeigeführt[19]). In der Orientfrage hätte Bismarck seine Politik des deutschen Desinteressements schwerlich behaupten können, er wäre auch dort von Rußland abhängig geworden; und wie hätte er unter diesen Umständen eine Kolonialpolitik führen können, an die er doch schon vor 1870 gedacht hatte. „Ich sagte ihm (Schuwalow)", erzählt Bismarck, „daß wir, wenn wir der Festigkeit eines Bündnisses mit Rußland die Beziehungen zu allen anderen Mächten zum Opfer brächten, uns bei akuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revanchelust bei unserer exponierten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würden[20])." Dabei war die Festigkeit eines russischen Bündnisses, mit der eines österreichischen verglichen, geringer, „weil die geographische Lage und die autokratische Verfassung Rußlands diesem für das Aufgeben des Bündnisses stets mehr Leichtigkeit gewähre, als wir haben würden, und weil das Festhalten an der alten Tradition des preußisch-russischen Bündnisses doch immer nur auf zwei Augen stehe, d. h. von dem Gemütsleben des jedesmaligen Kaisers von Rußland abhänge"[21]).

Das erste Mal, wo Bismarck sich geneigt zeigte, von seinem Grundsatze, Bündnisse nur ad hoc zu schließen[22]), abzugehen, war, als er sich im Herbst 1877 Crispi gegenüber zu Bündnisverhandlungen bereit erklärte. Daß gerade der schwächste Staat des späteren Dreibundes zuerst in den Gesichtskreis der Bismarckschen Bündnispolitik getreten ist, war ein Zufall der geschichtlichen Umstände. Aber es ist doch schwer zu bezweifeln, daß bei Bismarcks Option zwischen Rußland und Österreich auch der Grund mitgewirkt hat, daß der schwächere Staat politisch ungefährlicher als Bundesgenosse war, als der stärkere. Wenn der Wert eines Bundes von dem diplomatischen Gebrauche abhing, den man davon machte[23]), so galt das natürlich für beide Parteien. Bismarck war sich bewußt, daß er selbst das Bündnis nicht zu Zwecken mißbrauchen würde, die seinem

Wesen fremd waren. Er hat immer vermieden, anderen Regierungen mehr zuzumuten, als sie ihren eigenen Interessen nach zu leisten bereit sein konnten. Seine Politik hatte in hohem Maße organischen Charakter, und für politische Zwecke, die außerhalb des Rahmens der Verträge lagen, nahm er die Verbündeten nicht in Anspruch, sondern fand besondere Kombinationen, die dem Zwecke besser entsprachen. Dazu brauchte er aber möglichst freie Hand nach allen Seiten. Umgekehrt bot ihm ein schwächerer Bundesgenosse größere Gewähr dafür, daß er seinerseits die deutsche Politik nicht nötigen könnte, sich in einem Maße, das der Bundesvertrag und die deutschen Interessen nicht gerechtfertigt hätten, für fremde Interessen zu engagieren.

Bismarck hat in jener Zeit mit Bezug auf Rußland mehrfach das Wort variiert: „Wenn man mit einem guten Freunde durch den Wald gehe, der auf einmal Zeichen von Verrücktheit bemerken lasse, so tue man gut, einen Revolver in die Tasche zu stecken, man könne aber dabei recht freundlich sein[24])." Der Revolver, den sich Bismarck in die Tasche steckte, war das Bündnis mit Österreich-Ungarn.

Die russische Politik drückte auf die Donaumonarchie ebenso wie auf Deutschland; sie suchte daher eine Anlehnung. Die Entente Österreichs mit England war Bismarck erwünscht, aber es hatte sich vor dem Berliner Kongreß gezeigt, daß beide Staaten sich zu zweit zu schwach fühlten, um Rußland entgegenzutreten. Wenn jetzt der Beitritt Frankreichs die Gruppe erfolgreich verstärkte, so bestand das Bedenken, daß sich eine engere Annäherung zwischen Wien und Paris entwickeln könnte, als es für Deutschland vorteilhaft wäre. Dazu erklärte Andrássy Bismarck in Gastein, die Monarchie müsse sich im Hinblick auf die unberechenbare Haltung Rußlands die Sympathien der Westmächte sichern, zumal solange sie keine Gewißheit habe, gegen ungerechte russische Zumutungen auf den Beistand Deutschlands rechnen zu können[25]). Bismarck sagte damals zum Freiherrn von Mittnacht: verschaffe man Österreich jetzt nicht eine Beruhigung für gewisse Fälle, so gerate es ins Treiben und falle entweder Rußland oder Frankreich anheim[26]).

Es ist nicht ganz deutlich, ob Bismarck an eine unmittelbare Kriegsgefahr von Rußland geglaubt hat. Am 10. September

1879 schrieb er an den König von Bayern: er könne sich der Überzeugung nicht erwehren, daß der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland, in der Zukunft, vielleicht auch in naher Zukunft bedroht sei. Neun Tage später schrieb er dann an den König, daß nach seiner Meinung die Gefahr kriegerischer Verwicklungen nicht unmittelbar bevorstehe, da Frankreich nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Rußland bereit sei[27]). Jedenfalls erschienen Bismarck die Gründe für den sofortigen Abschluß eines Bündnisses mit Österreich „zwingender Natur[28])". Ein Moment, das ihn dazu trieb, war der bevorstehende Rücktritt Andrássys.

Zu Andrássys Politik hatte Bismarck mit allem Grunde Vertrauen gewonnen, hatte dieser doch von Anfang an alle Revancheideen wegen Königgrätz konsequent bekämpft und sich in seiner Freundschaft für Deutschland ehrlich und zuverlässig erwiesen. Andrássys Tendenz, Deutschland von Rußland abzudrängen, wird Bismarck schwerlich entgangen sein, aber das war schließlich eine Sache, die die deutsche Politik anging, und Bismarck durfte sich zutrauen, die deutschen Interessen selbst wahrnehmen zu können. Das Vertrauen, das er zu der Wiener Politik gewonnen hatte, beruhte damals ganz wesentlich auf der Person Andrássys. Als sich während des Türkenkrieges in Wien klerikale und antideutsche Einflüsse zur Geltung zu bringen suchten — was Bismarck sofort mit dem konservativ-klerikalen Ministerium in Frankreich kombinierte — sagte er, er wisse nie, was man im Hintergrunde der Wiener Bühne zu sehen bekommen werde, wenn einmal der Zwischenvorhang Andrássy aufgezogen werden sollte[29]). Nun hatte der Berliner Kongreß auch die am längsten Widerstrebenden, die militärischen und Hofkreise Wiens von der Zuverlässigkeit der Bismarckschen Politik überzeugt: aber wer bürgte dafür, daß dieses junge Vertrauen unter einer anderen Leitung der auswärtigen Politik sich nicht wieder zurückbildete?

Das Richtige war, jetzt, wo Andrássys Einfluß trotz seines bevorstehenden Rücktritts noch lebendig war, die Politik der Habsburgischen Monarchie zu binden, indem man ihr den eigenen Wunsch nach einem Bündnisse mit Deutschland erfüllte. Bismarck war ohnehin überzeugt, daß Deutschland für die Existenz Österreichs-Ungarns mit oder ohne Vertrag eintreten mußte.

Wenn jetzt Andrássy mit voller Zustimmung der Krone den Vertrag abschloß, so war der allgemeinen Wiener Politik auf Jahre hinaus die Bahn in der Richtung des Bündnisses gewiesen. Wurde aber jetzt die Gelegenheit nicht ergriffen, so war es fraglich, ob Andrássys Nachfolger sich noch zu einem Bündnisse mit Bismarck bereit finden würde, ob er sich nicht auf Kosten Deutschlands mit Frankreich oder Rußland verständigte. Rußland war im Augenblick der gefährlichere von diesen beiden, also mußte ihm jede Aussicht auf Bundesgenossen genommen, es mußte isoliert werden. Zumal nachdem Bismarck einmal in Wien die Bündnisfrage gestellt hatte, mußte er mit aller Energie auf den Abschluß des Geschäftes dringen; und wir wissen, unter welch schweren Kämpfen mit dem alten Kaiser er seine Absicht durchgesetzt hat. Aber welche Rücksicht er in dieser Lage auch auf Rußland nahm, geht aus einem Gespräch mit dem Freiherrn von Mittnacht hervor. Bismarck war entschlossen, zurückzutreten, falls der Kaiser seine Zustimmung zu dem Bündnis versagte, und erörterte mit dem württembergischen Staatsmann die Frage, wer sein Nachfolger werden könnte. Er betonte, es müßte jemand sein, der dem Kaiser Alexander genehm wäre; eben deshalb kämen Graf Münster und Fürst Hohenlohe nicht in Betracht, weil sie zu sehr westmächtiger Sympathien verdächtig wären[30]).

Es ist bemerkenswert, daß Andrássy das Bündnis enger fassen wollte als Bismarck und daß er seine Absicht erreicht hat. Sentimentale Politiker waren beide Unterhändler nicht, vielmehr sehr klare Rechner. Das Bündnis durfte der Selbständigkeit der Politik beider Staaten keinen Abbruch tun; jeder sollte nach wie vor sein eigenes politisches Leben führen. Der Vertrag sah lediglich einen Angriff Rußlands oder Rußlands Teilnahme an dem Angriffe einer anderen Macht vor; weder garantierte Österreich den deutschen Besitz Elsaß-Lothringens, noch gewährte das Bündnis der Donaumonarchie Schutz für Triest, das Trentino oder Bosnien gegen einen Angriff Italiens, der Türkei oder der Südslawen[31]). Man begnügte sich beiderseits mit dem, was man absolut brauchte.

Von beiden Seiten wurde das Bündnis mit ausgesprochenen und stillschweigenden Vorbehalten abgeschlossen, die sich auf Rußland bezogen. Andrássys angeborener Widerwille gegen

das Dreikaiserbündnis offenbarte sich, als es einen Augenblick schien, als ob Rußland sich durch die Berliner Mission Saburows in die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich einschieben wollte. Andrássy erklärte, noch ehe ein russischer Antrag gestellt war: von neuen Verhandlungen zu dritt, namentlich mit Bezug auf den Orient, werde sein Nachfolger ebensowenig wissen wollen wie er selbst; eine Wiederbelebung des Dreikaiserbundes würde in Österreich-Ungarn der größten Antipathie begegnen und eine sehr üble Rückwirkung auf die Haltung der Westmächte ausüben[32]).

Bismarck war in der diplomatisch günstigeren Lage, seine Vorbehalte verschweigen zu können. Er hat nie daran gedacht, sich durch das österreichische Bündnis in seiner Pflege guter Beziehungen zu Rußland eine Beschränkung auferlegen zu lassen. Während sich Andrássy mit freudiger Genugtuung von dem Dreikaiserbunde abwandte, begründete Bismarck in einer Depesche vom Herbst 1879, daß es im Interesse Deutschlands wie Österreichs läge, die bewährten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auch in Zukunft zu pflegen[33]). Als der neue österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Kalnoky, Anfang 1880 zum Besuch in Varzin weilte, gab ihm Bismarck deutlich zu verstehen, daß er gute Beziehungen zu Rußland wünsche[34]). Kalnoky gewann aus den Gesprächen mit dem Kanzler die Überzeugung, daß er die Verbindung mit Rußland nur ungern, ja nur im äußersten Notfalle dem Bündnis mit Österreich-Ungarn zum Opfer bringen würde. Wenn der Botschafter nach dieser österreichischen Relation den Eindruck erhielt, daß Bismarck „in der Orientfrage dem russischen Standpunkte näherstand als dem österreichischen", so hat ihm Bismarck vermutlich nur zu verstehen gegeben, daß er die deutsche Politik nicht in den Dienst fremder Orientinteressen zu stellen gedachte. Schon im November 1879 hatte der Kanzler diesen seinen Standpunkt dem Baron Haymerle eröffnet[35]).

Lord Odo Russell hatte wohl nicht unrecht, wenn er etwas später schrieb, Bismarck rechne darauf, daß sein Bündnis mit Österreich die Panslawisten in Schach halten würde, bis in Rußland die Friedenspartei wieder obenauf käme. Dann würde er den Umständen gemäß bereit sein, das Dreikaiserbündnis wiederherzustellen[36]). Das Bündnis von 1879 bedeutet keine

Wenn jetzt Andrássy mit voller Zustimmung der Krone den Vertrag abschloß, so war der allgemeinen Wiener Politik auf Jahre hinaus die Bahn in der Richtung des Bündnisses gewiesen. Wurde aber jetzt die Gelegenheit nicht ergriffen, so war es fraglich, ob Andrássys Nachfolger sich noch zu einem Bündnisse mit Bismarck bereit finden würde, ob er sich nicht auf Kosten Deutschlands mit Frankreich oder Rußland verständigte. Rußland war im Augenblick der gefährlichere von diesen beiden, also mußte ihm jede Aussicht auf Bundesgenossen genommen, es mußte isoliert werden. Zumal nachdem Bismarck einmal in Wien die Bündnisfrage gestellt hatte, mußte er mit aller Energie auf den Abschluß des Geschäftes dringen; und wir wissen, unter welch schweren Kämpfen mit dem alten Kaiser er seine Absicht durchgesetzt hat. Aber welche Rücksicht er in dieser Lage auch auf Rußland nahm, geht aus einem Gespräch mit dem Freiherrn von Mittnacht hervor. Bismarck war entschlossen, zurückzutreten, falls der Kaiser seine Zustimmung zu dem Bündnis versagte, und erörterte mit dem württembergischen Staatsmann die Frage, wer sein Nachfolger werden könnte. Er betonte, es müßte jemand sein, der dem Kaiser Alexander genehm wäre; eben deshalb kämen Graf Münster und Fürst Hohenlohe nicht in Betracht, weil sie zu sehr westmächtiger Sympathien verdächtig wären[30]).

Es ist bemerkenswert, daß Andrássy das Bündnis enger fassen wollte als Bismarck und daß er seine Absicht erreicht hat. Sentimentale Politiker waren beide Unterhändler nicht, vielmehr sehr klare Rechner. Das Bündnis durfte der Selbständigkeit der Politik beider Staaten keinen Abbruch tun; jeder sollte nach wie vor sein eigenes politisches Leben führen. Der Vertrag sah lediglich einen Angriff Rußlands oder Rußlands Teilnahme an dem Angriffe einer anderen Macht vor; weder garantierte Österreich den deutschen Besitz Elsaß-Lothringens, noch gewährte das Bündnis der Donaumonarchie Schutz für Triest, das Trentino oder Bosnien gegen einen Angriff Italiens, der Türkei oder der Südslawen[31]). Man begnügte sich beiderseits mit dem, was man absolut brauchte.

Von beiden Seiten wurde das Bündnis mit ausgesprochenen und stillschweigenden Vorbehalten abgeschlossen, die sich auf Rußland bezogen. Andrássys angeborener Widerwille gegen

das Dreikaiserbündnis offenbarte sich, als es einen Augenblick schien, als ob Rußland sich durch die Berliner Mission Saburows in die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich einschieben wollte. Andrássy erklärte, noch ehe ein russischer Antrag gestellt war: von neuen Verhandlungen zu dritt, namentlich mit Bezug auf den Orient, werde sein Nachfolger ebensowenig wissen wollen wie er selbst; eine Wiederbelebung des Dreikaiserbundes würde in Österreich-Ungarn der größten Antipathie begegnen und eine sehr üble Rückwirkung auf die Haltung der Westmächte ausüben[32]).

Bismarck war in der diplomatisch günstigeren Lage, seine Vorbehalte verschweigen zu können. Er hat nie daran gedacht, sich durch das österreichische Bündnis in seiner Pflege guter Beziehungen zu Rußland eine Beschränkung auferlegen zu lassen. Während sich Andrássy mit freudiger Genugtuung von dem Dreikaiserbunde abwandte, begründete Bismarck in einer Depesche vom Herbst 1879, daß es im Interesse Deutschlands wie Österreichs läge, die bewährten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auch in Zukunft zu pflegen[33]). Als der neue österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Kalnoky, Anfang 1880 zum Besuch in Varzin weilte, gab ihm Bismarck deutlich zu verstehen, daß er gute Beziehungen zu Rußland wünsche[34]). Kalnoky gewann aus den Gesprächen mit dem Kanzler die Überzeugung, daß er die Verbindung mit Rußland nur ungern, ja nur im äußersten Notfalle dem Bündnis mit Österreich-Ungarn zum Opfer bringen würde. Wenn der Botschafter nach dieser österreichischen Relation den Eindruck erhielt, daß Bismarck „in der Orientfrage dem russischen Standpunkte näherstand als dem österreichischen", so hat ihm Bismarck vermutlich nur zu verstehen gegeben, daß er die deutsche Politik nicht in den Dienst fremder Orientinteressen zu stellen gedachte. Schon im November 1879 hatte der Kanzler diesen seinen Standpunkt dem Baron Haymerle eröffnet[35]).

Lord Odo Russell hatte wohl nicht unrecht, wenn er etwas später schrieb, Bismarck rechne darauf, daß sein Bündnis mit Österreich die Panslawisten in Schach halten würde, bis in Rußland die Friedenspartei wieder obenauf käme. Dann würde er den Umständen gemäß bereit sein, das Dreikaiserbündnis wiederherzustellen[36]). Das Bündnis von 1879 bedeutet keine

Änderung in der allgemeinen Richtung der Bismarckschen Politik, sondern eine Fortsetzung derselben Politik mit anderen Mitteln.

3.

Wenn Bismarck sein Ziel erreichen wollte, so durfte Rußland keine Bundesgenossen finden, sondern mußte isoliert bleiben; und die Welt mußte von dem deutsch-österreichischen Friedensbündnis erfahren. Die Begegnungen Bismarcks mit Andrássy in Gastein und Wien hatten ohnehin Politiker und Presse in Bewegung gesetzt. In England hatte die Nachricht sehr befriedigt. Lord Salisbury sagte in einer Rede in Manchester (16. Oktober): „Die Ereignisse der letzten Wochen berechtigen uns zu der Hoffnung, daß, wenn Österreich angegriffen wird, es nicht allein stehen wird. Die Zeitungen berichten — ich weiß nicht, ob mit Recht — daß ein Defensivbündnis zwischen Deutschland und Österreich abgeschlossen worden ist. Ich will über die Richtigkeit dieser Nachricht keine Ansicht äußern, aber ich will Ihnen und allen, die den europäischen Frieden und die Unabhängigkeit der Nationen wert halten, zurufen, ohne damit eine Profanation zu begehen: Großes Heil ist uns wiederfahren."

Die Freude galt freilich nicht der Sicherung des Friedens allein, sondern auch der Beendigung des Dreikaiserbündnisses. So schrieb, nachdem das konservative englische Ministerium abgetreten war, Lord Beaconsfield an den Abgeordneten Sir Henry Drummond Wolff über die englische Politik auf dem Berliner Kongreß: „Neben der Absicht, einen erträglichen Ausgleich für die Pforte zu finden, war unser Hauptziel, das Dreikaiserbündnis zu zerbrechen und für alle Zukunft zu verhindern. Ich behaupte, daß niemals ein großer diplomatischer Erfolg vollständiger erreicht worden ist[37])."

In Frankreich erweckte die Nachricht von dem deutsch-österreichischen Bündnis zuerst Beunruhigung, ja fast Bestürzung, obwohl Bismarck schon seinen Aufenthalt in Wien dazu benutzt hatte, den dortigen französischen Botschafter aufzuklären[38]). Jetzt erhielt Waddington von Bismarck, Andrássy und dessen Nachfolger Haymerle die bestimmtesten Zusicherungen, daß der Bund in keiner Weise gegen Frankreich gerichtet sei[39]). Seitdem die Pariser Regierung sich entschlossen hatte, die Er-

werbung von Tunis ins Auge zu fassen, kam ein Zwiespalt in die Orientierung der französischen Politik. Der Gedanke einer Politik positiver Ziele begann die politische Phantasie eines Teiles der Nation für einen längeren Zeitraum von der Revancheidee abzulenken. Noch ehe man an die Verwirklichung der tunesischen Pläne ging, begann man sich mit kolonialpolitischen Absichten zu tragen, die weit über die Grenzen von Tunis hinausgingen. Von den Franzosen ist der Anstoß zur Teilung von Afrika ausgegangen. Das doppelte Gesicht, das die französische Politik somit erhielt, blickt deutlich aus den Memoiren Freycinets. Dieser bildete im Dezember 1879 sein erstes Ministerium, aber der eigentliche Lenker der französischen Politik war der neue Kammerpräsident Gambetta. Beide Politiker waren im Prinzip darüber einig, daß man die Beziehungen zu England intimer gestalten, sich Rußland nähern und eine Entente mit diesen beiden Mächten herbeiführen müßte. Aber an dem Tage, wo Freycinet sein Kabinett bildete, schrieb er an den Präsidenten der Republik, Grévy: „Wir müssen versuchen, uns die weiten Gebiete des Niger- und Kongobeckens anzugliedern. In dem Augenblick, wo ich schreibe, gehen drei Forschungsmissionen aus dem Zentrum, dem Osten und Westen Algeriens ab, um festzustellen, ob es nicht möglich ist, durch die Sahara bis zum Sudan eine Eisenbahn zu bauen[40])." Der Gedanke an eine Tripleentente rückte in weitere Fernen[41]). Bismarck hatte eine Zeit lang Sorge wegen einer russisch-französischen Annäherung gehabt. Ein Interview, das Gortschakow im September 1879 einem französischen Journalisten gewährte, ließ über die Wünsche des russischen Kanzlers auch keinen Zweifel[42]). Aber dem Petersburger Hof mußte der Gedanke an eine Entente mit Frankreich, seitdem dort die wirklichen Republikaner zur Regierung gekommen waren, unnatürlich erscheinen, und die neuen Männer in Frankreich hatten ihrerseits keine Neigung, sich dem autokratischen Rußland zu nähern. Die Beziehungen der beiden Länder verschlechterten sich, als die französische Regierung sich Anfang 1880 weigerte, den russischen Nihilisten Hartmann auszuliefern, der einen Zug, in dem er den Zaren vermutete, in die Luft gesprengt hatte. Kaiser Alexander antwortete darauf mit der Abberufung seines Botschafters, und der englische Vertreter in Paris meinte zu dem Vorfall, die Fran-

zoſen ſchienen das Wohlwollen Bismarcks gegen das Mißfallen des Zaren einzuſetzen[43]).

Seit dem Berliner Kongreß hatte Bismarck ſeine Bemühungen, ſich England und Frankreich zu nähern, mit Erfolg fortgeſetzt; und er erreichte ſeinen Zweck, die Iſolierung Rußlands. An der Newa empfand man es bitter, daß das republikaniſche Frankreich in engere Beziehungen zu Deutſchland trat[44]). Als einziger Staat ſchien allein Italien eine Zeitlang bereit, ſich einer ruſſiſchen Kriegspolitik zur Verfügung zu ſtellen, wenn ihm Landgewinn an der adriatiſchen Küſte dafür geboten würde[45]). Frankreich ſtützte ſich hauptſächlich auf England, das alles Intereſſe daran hatte, zu verhindern, daß die franzöſiſche Republik ſich etwa Rußland in die Arme würfe. Es war daher geneigt, ihm in den jetzt auftauchenden Kolonialfragen Zugeſtändniſſe zu machen[46]). Außerdem war im Jahre 1879 das engliſch-franzöſiſche Kondominium in Ägypten zuſtande gekommen.

Im November 1879 hat ſich Bismarck zu dem franzöſiſchen Botſchafter St. Vallier mit großer Offenheit ausgeſprochen. „Gegenwärtig gibt es", ſagt er, „unter den ſechs Großmächten drei, die entſchloſſen friedliebend ſind: Deutſchland, Öſterreich und Frankreich; England iſt kriegeriſch über See aber friedliebend in Europa. Anderſeits iſt Rußland aggreſſiv und eroberungsſüchtig und Italien unruhig und zu Abenteuern geneigt. Das Mittel, die kriegeriſchen Mächte im Zaume zu halten, iſt die Entente der friedliebenden Mächte. Deshalb habe ich mich über die franzöſiſch-engliſche Freundſchaft gefreut und ſie ſowohl in London wie in Paris ermutigt. Ihr Bündnis mit England iſt in meinen Augen eine weſentliche Bürgſchaft für die Ruhe von uns allen; denn Frankreich hat, auf England geſtützt, nichts für ſeine Sicherheit zu fürchten und kann im Bewußtſein ſeiner Stärke in Frieden leben und ſich abenteueriſchen Unternehmungen fern halten ... Unſere Einigung mit Öſterreich iſt nach meiner Meinung die Ergänzung der Ihrigen mit England ... Das deutſch-öſterreichiſche Bündnis, das franzöſiſch-engliſche Bündnis und die guten Beziehungen zwiſchen den beiden Gruppen ſind die beredteſte Mahnung an die Friedensſtörer, ſich ruhig zu verhalten. Das iſt die ſolideſte Garantie für die Erhaltung des europäiſchen Friedens[47])."

Frankreich brauchte, um seine tunesischen Pläne zu verwirklichen, die wohlwollende Neutralität Bismarcks, und erst mit seinem Vorwissen und seiner Zustimmung wurde das Protektorat über Tunis begründet[48]). Die Angelegenheit von Tunis führte zu der ersten ernstlichen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Kriege von 1870/71[49]). Der französische Minister Barthélemy St. Hilaire schrieb in einem Privatbrief an Bismarck: „Wir können das Verhalten Deutschlands in dieser wichtigen Frage nur rühmen, und bereitwillig gebe ich der Dankbarkeit Ausdruck, die wir der Deutschen Regierung schuldig sind[50]). Die Beziehungen zwischen Paris und Berlin gewannen allmählich eine ziemlich große Intimität, und man hat wohl gesagt, daß die französische Politik in den folgenden Jahren von Bismarck bestimmt worden ist[51]). Umgekehrt hat der Kanzler geäußert, er habe Jules Ferry, der 1883 bis 85 die französischen Geschäfte leitete, ein Entgegenkommen bewiesen, das an Servilität grenzte[52]). Gewiß ist, daß die französische Regierung wieder und wieder seinen Rat einholte, und daß Bismarck auf diese Weise einen nicht geringen Einfluß ausübte.

Wenn sich in politischen Beziehungen zweier Länder eine bedeutende Änderung, sei es zum Besseren, sei es zum Schlimmeren, vollzieht, so wird man in vielen Fällen nach der Wirkung bestimmter persönlicher Einflüsse zu spüren haben; und man fühlt sich in diesem Falle versucht, die veränderte politische Atmosphäre zwischen Berlin und Paris mit dem Berliner Botschafterwechsel in Verbindung zu bringen. Als Gambetta Ministerpräsident wurde, legte Graf St. Vallier sein Amt nieder, und sein Nachfolger wurde Baron de Courcel. Dieser hatte sich als Direktor der politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay als Anhänger der Politik positiver Ziele erwiesen, setzte er doch über den Kopf seines vorgesetzten Ministers hinweg durch, daß die Regierung sich nach langem Zaudern zu der tunesischen Unternehmung entschloß[53]). Als dann nach dem Sturze Jules Ferrys (1885) das neue Kabinett Freycinets die erste Periode der französischen Kolonialpolitik schloß und sich wieder mehr auf die Kontinentalpolitik einstellte, nahm Baron de Courcel seinen Abschied[54]). Das neue Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland erreichte seinen Höhepunkt unter dem zweiten Ministerium Jules Ferrys (1883—1885), aber seine Anfänge sind wohl

in das Jahr 1880 zu setzen[55]), denn sein Vorhandensein war eine Voraussetzung für die tunesische Unternehmung.

Zugleich ließ Bismarck es sich angelegen sein, die Beziehungen zu England zu pflegen. Er bedauerte den Sturz des konservativen Kabinetts, ließ sich aber durch seine ausgesprochene persönliche Abneigung gegen Gladstone keineswegs abhalten, mit dem liberalen Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, in intime Beziehungen zu treten. Schon im Oktober 1880 schrieb dieser an Lord Odo Russell, Bismarck habe ihm in den letzten Monaten ein paar Male Ratschläge erteilt, aus denen er stets Nutzen gezogen habe, und er würde sich aufrichtig erfreuen, Bismarcks Ansichten zu hören. „Natürlich", fährt er fort, „kann ich nicht versprechen, sie mir zu eigen zu machen, aber unzweifelhaft würden sie den künftigen Kurs der Regierung beeinflussen[56])."

Es scheint, daß Lord Odo Russell mindestens seit dem Berliner Kongreß Bismarcks Politik richtiger beurteilt hat, als in der ersten Hälfte der siebziger Jahre; auch scheint er vergessen zu haben, in welcher Weise er früher über die Ziele der deutschen Politik berichtet hatte. Am 29. Mai 1880 schrieb er nämlich an Lord Granville: „In der ganzen Zeit, die ich in Berlin gewesen bin, hat Bismarck den ernsten Wunsch nach einem Bündnisse mit England bekundet; aber seine Versuche, herzliche und intime Beziehungen zu der englischen Regierung herzustellen, fanden in England niemals eine entsprechende Aufnahme. Ich persönlich habe das bedauert, weil wir nach meiner Überzeugung tatsächliche und dauernde Vorteile aus einem intimen Einvernehmen gezogen haben würden. Wie dem auch sei, die Schwierigkeiten, mit denen ich bei den Versuchen, freundliche Beziehungen mit dem neuen Deutschen Reiche aufrecht zu erhalten, beständig zu kämpfen hatte, waren das Mißtrauen, das daheim gegen Bismarck bestand, und die große Enttäuschung, die Bismarck hier empfand, daß alle seine Versuche und Kunstgriffe, sich das Bündnis mit England zu sichern, zu keinem praktischen Ergebnis führten[57])."

Bei diesem Briefe ist auf eine Änderung im Sprachgebrauch hinzuweisen. In den 70er und 80er Jahren gebrauchte man das Wort „Bündnis" häufig in einem lockeren Sinne. Man sprach von dem Dreikaiserbündnis und von dem englisch-fran-

zösischen Bündnis, obwohl in beiden Fällen kein förmlicher Bündnisvertrag bestand. Wir würden heute dafür das Wort Entente anwenden, obwohl es mit diesem Ausdruck, der sich im Anfang des neuen Jahrhunderts wieder eingebürgert hat, ebenso gegangen ist wie früher mit dem Worte Bündnis; denn er wurde häufig angewandt, wo man, streng genommen, nur von einer Annäherung sprechen sollte. Es ist nicht anzunehmen, daß Bismarck damals oder später ein Bündnis im eigentlichen Sinne mit England gesucht hat. Schwerlich hätte sich ein für beide Teile befriedigender Modus der Bündnispflichten finden lassen, und England war obendrein nach seiner Verfassung, seiner geographischen Lage und seinen militärischen Institutionen, sowie auch nach seinen politischen Traditionen mehr als jeder andere Staat auf eine Politik der freien Hand angewiesen. Aber an einem intimen, vertrauensvollen Zusammenwirken mit England war Bismarck allerdings viel gelegen, um so mehr, als die englisch-französische Freundschaft seine eigenen guten Beziehungen zu Frankreich befestigte[58]).

Um sein Verhältnis zu der englischen Regierung enger zu gestalten, attachierte Bismarck im Februar 1882 seinen Sohn Herbert der deutschen Botschaft in London. Diesen Beweis des Vertrauens wußte man jenseits der Nordsee zu schätzen; Graf Herbert wurde in London glänzend aufgenommen, und durch ihn trat Lord Granville in direkten Verkehr mit dem Reichskanzler. Im November schrieb der englische Botschafter in Berlin an den Staatssekretär: „Ich glaube, Bismarck kann man trauen, und er wird schwerlich über Ihre vertraulichen Gespräche mit seinem Sohne reden. Hatzfeld und Busch haben erfahren, daß der Kanzler niemals eine Indiskretion verzeiht, und ich glaube nicht, daß irgend jemand im diplomatischen Korps, meine eigenen Sekretäre eingeschlossen, von den Mitteilungen, die von Ihnen durch Herbert nach Varzin gehen, etwas weiß[59])."

4.

Es ist beachtenswert, daß Graf Herbert Bismarck gerade zu einer Zeit in London erschien, als die Verhandlungen über den Anschluß Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis ernstlich eingeleitet wurden[60]). „Bismarck weiß", hatte Lord

Odo Russell schon im Jahre 1881 geschrieben, „daß Italien es stets mit England halten wird[61])."

Italien hatte 1877—1878 die Gelegenheit versäumt, ein Bündnis mit Deutschland zu schließen. Als die Consulta im Jahre 1880 von neuem das Terrain in Berlin sondieren ließ, erwiderte Bismarck, daß der Weg nach Berlin über Wien führe. Der deutsche Botschafter in Rom regte wiederholt bei Crispi an, mit Wien zu verhandeln, und im Januar 1881 erwirkte sich dieser, ohne eine amtliche Stellung zu bekleiden, die Genehmigung des Ministeriums, einen vertraulichen Agenten nach dem Ballplatz zu senden. Crispi wollte sich namentlich auch darüber orientieren, wie man sich in Wien zu den Balkan- und Mittelmeerinteressen Italiens stellte. Die Nachrichten lauteten befriedigend. Baron Haymerle setzte Andrássys Orientpolitik in dem Sinne fort, daß er keine weiteren Gebietserwerbungen im Orient plante. Er erklärte dem italienischen Unterhändler, er erstrebe nichts, was über den Berliner Vertrag hinausginge, abgesehen von der Verwandlung der Okkupation Bosniens in eine Annexion. Aber sonst halte die Wiener Regierung streng an dem Status quo des Berliner Vertrages fest, beabsichtige durchaus keine Expansionspolitik im Orient und denke in keiner Weise daran, in der Richtung von Saloniki oder Albanien vorzugehen. Sie sei bereit, alle notwendigen Versicherungen abzugeben, die ihren festen Entschluß bewiesen, gewissenhaft innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages zu bleiben und sich jeder Expansionspolitik zu enthalten[62]). Haymerle erklärte sich auch zu jedem Arrangement bereit, das den italienischen Mittelmeerinteressen günstig wäre, sowohl in der tunesischen Frage, als bei der ev. Erwerbung von Tripolis; nur müsse der Status quo in der Adria erhalten bleiben, die kein italienischer Binnensee werden dürfe[63]). Nun änderte sich freilich, noch ehe es zur Einleitung von Verhandlungen kam, der Status quo im Mittelmeer in einer für Italien sehr empfindlichen Weise; im Mai 1881 wurde Tunis von Frankreich okkupiert. Dieser schwere Schlag, der den Italienern völlig unerwartet kam, beförderte bei ihnen die Tendenz, sich den Zentralmächten anzuschließen. Ende Oktober reiste König Humbert, begleitet von den Ministern Depretis und Mancini, nach Wien, und Ende Dezember erhielt der italienische Botschafter, Graf Robilant,

den Auftrag, die Verhandlungen am Ballplatz zu eröffnen. Graf Robilant leistete einige Wochen lang passiven Widerstand. Schließlich fragte Graf Kalnoky, der nach Haymerles Tode Minister des Auswärtigen geworden war und um die Sache wußte, den Botschafter bei einem Besuche, ob er ihm nicht wichtige politische Mitteilungen zu machen habe. Jetzt konnte Graf Robilant nicht länger zögern; er erwiderte, jene Mitteilungen bildeten den Zweck seines Besuches, und so wurden die Vorbesprechungen eingeleitet[64]). Die beiden Verträge zwischen Österreich-Ungarn und Italien und zwischen Deutschland und Italien wurden am 20. Mai 1882 in Wien abgeschlossen[65]).

Deutschland und Italien sagten einander Waffenhilfe gegen Frankreich zu, während Österreich keine solche Verpflichtung übernahm. Wir wissen nicht, ob die bekannt gewordenen Artikel I, III und IV des Dreibundvertrages von 1887 sich mit denen von 1882 decken. Jedenfalls enthielt der italienisch-österreichische Vertrag von 1882 keine Abmachung über die Balkanpolitik im Sinne der oben erwähnten Erklärungen Haymerles. Der Artikel VII des Vertrages von 1887 ist neu in diesen aufgenommen worden[66]). Eine vertragsmäßige Sicherung seiner Mittelmeerinteressen hat Italien in den Verträgen von 1882 zweifellos nicht erreicht. Deutschland und Österreich sahen sich nicht in der Lage, jene Interessen zu garantieren; erst bei der Erneuerung des Bündnisses im Jahre 1887 hat Italien, und zwar außerhalb des Dreibundvertrages, eine Garantie des Status quo im Mittelmeer in erster Linie von England und in zweiter von Österreich erlangt[67]). Falls sich Bismarck schon im Jahre 1882 in dieser Hinsicht in London bemüht haben sollte, so scheint das vergeblich gewesen zu sein. Trotzdem haben die italienischen Minister und Diplomaten mit Unrecht darüber geklagt, daß eben aus jenem Grunde die erste Periode des Dreibundes für Italien „unfruchtbar" geblieben sei. Obgleich es Graf Robilant nicht gelungen war, einen Vertragsparagraphen Schwarz auf Weiß nach Hause zu tragen, so bot sich auch ohne Vertrag eine Gelegenheit, die italienischen Mittelmeerinteressen in aussichtsvoller Weise zu fördern. Wenn sich die Wünsche der Italiener in erster Linie auf Tunis und in zweiter auf Tripolis richteten, so betrachteten sie auch die Entwicklung der Lage in Ägypten, wo seit 1879 das sog. englisch-

französische Kondominium bestand, mit wachsender Eifersucht. Die inneren Verhältnisse Ägyptens gestalteten sich immer chaotischer, und als Gambetta im November 1881 sein Ministerium bildete, war er entschlossen, auf eine gemeinsame englisch-französische Okkupation hinzuarbeiten, wobei er den ihm an Initiative und Entschlußfähigkeit unterlegenen Lord Granville nach sich zog. Aber Gambettas Ministerium war nur von kurzer Dauer, und als im Sommer 1882 die Krisis in Ägypten akut wurde, lag die Leitung der französischen Politik in den Händen Freycinets. Bismarck verfolgte seinen alten Gedanken, daß England sich allein in Ägypten festsetzen sollte. Er sah die natürliche Entwicklung mit prophetischem Blick voraus; er war gegen eine englisch-französische Okkupation, da sie denselben Ausgang zu nehmen versprach, wie das gemeinsame Vorgehen Preußens und Österreichs in den Elbherzogtümern. Er tat, wie Lord Granvilles Biograph sagt, das seinige dazu, um eine Lage zu schaffen, in der England sich genötigt sah, allein vorzugehen[68]). Die Militärrebellion Arabi Paschas brachte die Dinge in Ägypten zu einer akuten Krisis; am 11. Juni fand ein Angriff der Eingeborenen auf die Europäer statt und am 11. Juli erfolgte die Beschießung Alexandrias durch die englische Flotte; die französische hatte Befehl erhalten, an dem Bombardement nicht teilzunehmen und war abgesegelt. England war jetzt zu einem durchgreifenden Vorgehen entschlossen, aber die Regierung zog eine europäische Intervention einer einseitig englischen vor. Es handelte sich erstens um Maßregeln zum Schutze des Suezkanals und zweitens um Operationen im Innern des Landes. Frankreich war nur zur Mitwirkung bereit, soweit es sich um den Schutz des Kanals handelte. Jetzt forderte England die italienische Regierung zur Mitwirkung auf. In drei Depeschen vom 24., 25. und 26. Juli wurde der Botschafter in Rom angewiesen, Italien zur Teilnahme an den militärischen Maßregeln einzuladen, und wenn die erste Instruktion noch die Mitwirkung Frankreichs zur Voraussetzung hatte, so sah die letzte davon ganz ab[69]). Obwohl die französische Regierung sich militärisch nur an dem Schutze des Suezkanals beteiligen wollte, stieß sie in der Deputiertenkammer auf eine solche Opposition, daß sie zurücktreten mußte (29. Juli), so daß sich Italien bei beiden Unternehmungen, sowohl der zum Schutz

des Kanals, als der weiter ausschauenden im Innern, allein an der Seite Englands befunden haben würde. Nun hatte die italienische Politik vorher danach gestrebt, der englisch-französischen Entente in der ägyptischen Frage ein Ende zu machen[70]); jetzt bot sich die Gelegenheit, dies Ziel zu erreichen, sich selbst an die Stelle Frankreichs zu setzen und eine italienisch-englische Mittelmeerentente zu bilden. Für England hätte dies Verhältnis, da Italien ungleich schwächer war als Frankreich, sehr viel weniger Möglichkeiten zu einem Konflikte geboten; und wenn anderseits Italien dies Verhältnis schließlich als unbequem empfand, so konnte es, bei einer geschickten Leitung seiner Politik, sich beizeiten aus Ägypten herausziehen, dort England freie Hand lassen und sich für die geleisteten Dienste eine entsprechende Kompensation im Mittelmeer sichern. Eine dauernde englisch-italienische Entente im Mittelmeer stand also in Aussicht, gegen die Frankreich nichts hätte ausrichten können, was den italienischen Interessen schädlich gewesen wäre. Aber schon einen Tag bevor in Paris die Opposition das Kabinett Freycinet stürzte und damit die ägyptische Frage entschied, lehnte die italienische Regierung das vorteilhafte Angebot Englands ab. Crispi, der sich in den kritischen Tagen in London befand und nachdrücklich auf die Consulta einzuwirken suchte, den englischen Vorschlag anzunehmen, hatte keinen Erfolg[71]). Die italienische Regierung von 1882 verscherzte sich, ebenso, wie die von 1878 es getan hatte, eine der aussichtsreichsten Gelegenheiten. W. G. Stillman, der ein paar Jahre später Korrespondent der Times in Rom wurde und dort sehr gute politische Beziehungen besessen hat, gibt an, daß Mancini den englischen Vorschlag infolge französischen Druckes abgelehnt habe; Frankreich soll erklärt haben, daß es die Teilnahme Italiens an der ägyptischen Intervention als Kriegsfall betrachten würde[72]). Man möchte bezweifeln, daß eine solche Drohung zur Tat geworden wäre, da Italien durch England geschützt war, und daß Freycinet, dessen Ministerium ohnedies in den letzten Zügen lag, der Mann gewesen wäre, eine solche Drohung auszusprechen. Aber der französische Botschafter in Rom mag Äußerungen getan haben, die als Drohung gelten konnten. Daß eins der Hauptmotive für die Ablehnung Italiens die Furcht vor einem Konflikte mit Frankreich war, ist auch das Urteil Lord Cromers, der

im übrigen die Ablehnung Italiens für sehr weise erklärt, weil sie „es dem Lande möglich machte, sich dem Studium seiner inneren Fragen zu widmen“[73]). In London war man, nachdem man einmal den schweren Entschluß zur Intervention in Ägypten gefaßt hatte, mit der Absage Italiens nicht so sehr unzufrieden; wenigstens schrieb Lord Granville am 27. Juli an Lord Lyons: „Ich hoffe, daß die Italiener ablehnen werden; ich selbst bin nicht sehr leidenschaftlich für das Angebot an sich gewesen[74]).“

In jedem Falle ist es klar, daß eine italienische Regierung, die, im Besitz des Dreibundsvertrages, nur aus Furcht vor Frankreich eine vielversprechende Mittelmeerentente mit England ausschlug, an politischer Unfähigkeit kaum übertroffen werden konnte. Mancini wünschte „jeden politischen Konfliktstoff mit Frankreich aus der Welt zu schaffen und gute vertrauensvolle Beziehungen zu ihm zu unterhalten“[75]). Bismarck sprach von der unvorteilhaften Kalkulation mit einem Faktor, der weder Freund noch Feind zu sein versteht[76]).

Mit solchen Grundsätzen konnte Italien allerdings keine erfolgreiche Mittelmeerpolitik treiben, da diese in natürlichem Gegensatz zu Frankreich stehen mußte. Anstatt die eigenen Interessen im Mittelmeer unter Benutzung der günstigen politischen Konstellation energisch zu fördern, machte Italien den Franzosen Konzessionen. Am 14. Januar 1884 schloß es mit Frankreich das nachteilige Abkommen, wodurch es in die Suspendierung der italienischen Konsulargerichtshöfe willigte, so daß von nun ab die in Tunesien lebenden Italiener unter die französische Gerichtsbarkeit gestellt wurden; von einer Gegenleistung Frankreichs erfahren wir nichts. Aus welchen Gründen war denn Italien, nachdem das französische Protektorat über Tunis errichtet war, dem deutsch-österreichischen Bündnisse beigetreten?

Italien ließ nicht nur seine Beziehungen zu Deutschland und Österreich, sondern auch die zu England durch sein Verhältnis zu Frankreich beeinflussen, gegen das es sich durch den Dreibundvertrag gerade hatte schützen wollen. Die Ablehnung des englischen Angebots über Ägypten erzeugte in Rom einen starken politischen Katzenjammer, und als die Teilung Afrikas in Fluß kam, wollte es um jeden Preis auch eine Kolonialmacht

werden. Dieser „Wille zur Macht" dämmerte Italien ein paar Jahre, nachdem die Gelegenheit zu seiner Betätigung versäumt war; da er aber seine Befriedigung verlangte, so entlud er sich in dem unglücklichen Kolonialabenteuer am Roten Meer. Damals schloß Italien, nach der Angabe Stillmans, ein Abkommen mit Frankreich, das gegen die englischen Interessen in Nordostafrika gerichtet war. Frankreich seinerseits verpflichtete sich dafür, in Tripolis und Marokko den Status quo aufrecht zu erhalten[77]).

Bei einer derartigen Politik war es kaum zu verwundern, daß der jüngste Partner des Dreibundes in Berlin und Wien mehr und mehr an Geltung verlor. Der italienische Botschafter in Wien, Graf Robilant, der kein bedeutender Staatsmann, aber ein ehrlicher Politiker war, beobachtete die Wirkung dieser Politik, verkannte aber ihre Ursachen. Er nahm eine gewisse Geringschätzung Italiens seitens der anderen Dreibundmächte wahr und fand, daß der Bund für Italien „unfruchtbar" blieb. Ganz irrtümlich glaubte er die Ursache darin suchen zu sollen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn seit der Erneuerung des Dreikaiserbündnisses (1884) den Beistand Italiens weniger nötig hätten. Vermutlich teilte er mit dieser Anschauung die Empfindlichkeit, die in Rom darüber herrschte[78]), daß König Humbert nicht zu der Zusammenkunft der drei Kaiser in Skiernewice geladen wurde. Graf Robilant fühlte sich Deutschland und Österreich gegenüber in der Rolle des armen Verwandten und besaß den ganzen Stolz eines solchen. Er war der Meinung, daß Italien sich militärisch und wirtschaftlich kräftigen müsse, damit es von den Verbündeten für voll genommen würde. Aber das kleine Piemont war 1854 in jeder Hinsicht ein viel ärmerer Verwandter gewesen als das vereinigte Italien im Jahre 1884; und mit welchem Selbstbewußtsein und mit welcher politischen Sicherheit war damals Cavour aufgetreten! Freilich, Cavour wußte, was er wollte, und er kannte die Wege, auf denen er sein Ziel erreichen konnte. Um 1884 gingen die politischen Geschäfte Italiens nicht etwa deshalb schlecht, weil sein Bundesverhältnis durch die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses verdunkelt wurde, sondern weil es sich durch seine ungeschickte und unzuverlässige Politik in Berlin und Wien um seinen politischen Kredit gebracht hatte. Nicht mit Unrecht

sagt Stillman, daß die italienische Politik, die sich in jedem europäischen Streite bereit halten wollte, auf beiden Seiten Partei zu ergreifen, bis ins Mittelalter zurückreicht[79]).

5.

Auf Rußland hatte der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses eine schnell ernüchternde Wirkung. Am 16. Oktober 1879 hatte Kaiser Wilhelm nach langem Widerstreben den Bündnisvertrag ratifiziert, und bereits Mitte November sagte Bismarck zum Grafen St. Vallier: „Vor sechs Wochen träumte Rußland nur von Feuer und Flammen. Ihre Aufnahme seiner Vorschläge[80]) machten es nachdenklich, meine Verabredung mit Österreich haben es endgültig zur Vernunft gebracht..... Acht Tage nachdem das Bündnis in Petersburg notifiziert worden war, wurde man dort sanfter. Heute hat man der Preßkampagne völlig Einhalt getan und den Zeitungen jeden Angriff gegen uns und Österreich verboten. Schließlich wird der Thronfolger, der den Weg nach Berlin beständig vermieden hat, in zwei Tagen mit seiner Gemahlin hier sein und dem Kaiser seine Aufwartung machen[81])."

Rußland gab klein bei; im Dezember 1879 erzählte Bismarck Lord Dufferin, der russische Botschafter in Berlin, Saburow, sei strahlenden Gesichtes zu ihm gekommen, sobald er den Abschluß des Vertrages erfuhr, und habe ihm versichert, er habe nichts dringender gewünscht. Er hätte nicht herzlicher sein können, sagte der Kanzler, als wenn wir Sohn und Tochter miteinander verheiratet hätten. Im Verlaufe des Gespräches hielt Bismarck, nach Dufferin, dem Russen sein Revolvergleichnis vor: „Ich habe mich beeilt, mir einen Revolver zu besorgen und jetzt komme ich zurück, um meine Spaziergänge mit Ihnen in derselben freundschaftlichen Weise fortzusetzen, aber in einer behaglicheren Stimmung, was meine eigene Sicherheit angeht[82])."

Anfang des nächsten Jahres (1880) wurden auf beiden Seiten ein paar festliche Gelegenheiten zu freundschaftlichen Kundgebungen benutzt. Bei dem Regierungsjubiläum Alexanders II. (22. Februar) und bei dem Geburtstage Wilhelms I. (22. März) fand ein herzlicher Depeschenwechsel statt. Auch zu

Bismarcks Geburtstage sandte der Zar ein huldvolles Glückwunschtelegramm, und alle in Petersburg anwesenden Großfürsten folgten seinem Beispiel[83]).

Schon im Frühjahr 1880 suchte Rußland sodann auf amtlichem Wege wieder engeren Anschluß an Deutschland. Über die Vorgänge dieser russischen Annäherung haben wir erst im Jahre 1918 einiges durch den früheren Gesandten Raschdau erfahren: „Der russische Botschafter Saburow erhielt den Auftrag — im Frühjahr 1880 —, mit dem deutschen Kanzler Fühlung wegen eines Abkommens zu nehmen, das besonders die Fragen des Orients regeln sollte. Fürst Bismarck wies sogleich auf die Notwendigkeit hin, bei einer solchen Verständigung auch Österreich-Ungarn hinzuzuziehen. Nunmehr legte Saburow den Entwurf eines Abkommens vor, gegen den der Kanzler nur wenig einzuwenden hatte, vorausgesetzt, daß der mit Deutschland verbündete Staat einverstanden sei.

„Fürst Bismarck hat sich nun eifrig bemüht, die Wiener Regierung zum Anschluß zu bewegen. Aber man war dort mit solchem Mißtrauen gegen alles erfüllt, was von Petersburg kam, daß die Bemühungen des Botschafters, Prinzen Reuß, zunächst auf stärkste Abneigung stießen. Vor allem war Haymerle gegen jede Bindung am Balkan, schließlich entschloß er sich jedoch, Bismarcks Vorstellungen nachzugeben[84]). Alexander II. hat den Abschluß der Verhandlungen nicht mehr erlebt.

Über die Haltung Alexanders III. brachte der deutsche Kronprinz, der zur Beisetzung des ermordeten Kaisers nach Petersburg reiste, die erfreulichsten Eindrücke heim. Sein Adjutant erzählte dem Chef der Reichskanzlei, Christoph von Tiedemann, daß der junge Kaiser und seine Gemahlin in der unzweideutigsten Weise ihre Sympathien für Deutschland an den Tag gelegt hätten[85]). Auch das Rundschreiben, das der stellvertretende Minister des Auswärtigen, von Giers, nach dem Thronwechsel an die diplomatischen Vertreter Rußlands im Auslande richtete, enthielt ein politisches Programm, das in Berlin nur befriedigen konnte. Es hieß darin: „Rußland hat seine volle Entwicklung erreicht; Gefühle des Neides und der Unzufriedenheit liegen ihm gleich fern; es bleibt ihm nur übrig, seine Stellung zu sichern, sich nach außen zu schützen, seine Kräfte, seinen Reichtum und seine Wohlfahrt zu entwickeln. . . . Der

Kaiser wird zunächst sich der Sache der inneren Staatsentwicklung widmen. . . . Die auswärtige Politik des Kaisers wird eine vollkommen friedliche sein. Rußland wird seinen Freunden treu bleiben, es wird seine durch Traditionen gewahrten Sympathien behalten und gleichzeitig eine freundschaftliche Haltung sämtlicher Staaten durch Gegenseitigkeit erwidern. . . . Seinen Interessen gemäß wird Rußland nicht von dem Berufe abweichen, gemeinschaftlich mit den anderen Regierungen den auf die Achtung des Rechts und der Verträge gegründeten allgemeinen Frieden zu schützen[86])."

Im Juni 1881 wurde der neue Vertrag zwischen den drei Kaisermächten geschlossen. Zugleich kam es trotz Haymerles Abneigung zu einem Orientabkommen zwischen Wien und Petersburg. Rußland sagte in diesem Vertrage zu, daß es gegen die Umwandlung der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina in eine Annexion nichts einwenden wolle. Dafür stimmte Österreich der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien zu, „si elle se faisait par la force des choses", und versprach zugleich, in einem Punkte der Dardanellenfrage die russische Auffassung anzunehmen[87]).

Im September 1881 besuchte Alexander III. den deutschen Kaiser in Danzig. Die Kaiserin Alexandra Feodorowna sagte bei dieser Begegnung zu Bismarck: „Unser ganzes Vertrauen beruht auf Ihnen, wir wissen, daß Sie uns reinen Wein schenken und halten, was Sie versprechen[88])." Giers sprach sich nach der Rückkehr zu dem österreichischen Botschafter in Petersburg sehr befriedigt aus. Kaiser Alexander, sagte er, sei mit erhöhten Gefühlen der Beruhigung und inneren Zufriedenheit zurückgekehrt. Namentlich habe die Weisheit und unerwartete Mäßigung der Sprache des Fürsten Bismarck sowohl auf den Zaren, wie auf Giers selbst einen guten Eindruck gemacht und sie darüber beruhigt, daß er nach keiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolge. . . . Da in der auswärtigen Politik keine beängstigende Frage vorliege, habe sich das Gespräch hauptsächlich der Bekämpfung der sozialistischen Gefahr zugewandt. Giers erklärte zum Schluß, die bedeutungsvollste Seite der Danziger Reise liege darin, daß der Zar dadurch vor ganz Rußland seinen Willen, eine konservative und friedfertige Politik zu verfolgen, in unzweideutigster Weise kundgetan habe.

Nach seiner Rückkehr aus Danzig sandte Alexander III. eine Depesche an Franz Joseph I., worin es hieß: „Ich habe mich sehr glücklich geschätzt, den Kaiser Wilhelm wiederzusehen, den verehrten Freund, mit dem uns gemeinsame Bande der herzlichsten Zuneigung verbinden[89])."

Die Hoffnungen, die man in Deutschland an diese Wandlung der russischen Politik knüpfte, fanden ihren Ausdruck in der Thronrede, mit der der Reichstag am 17. November 1881 eröffnet wurde: „Wenn es in den letzten Jahren im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben wir noch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohltat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen, welche wir in Gastein mit dem Kaiser von Österreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Rußland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche uns mit den uns so nahe befreundeten Monarchen und Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden. Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe gerichtet ist. Darauf, daß diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen wir um so sicherer bauen, als auch unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten die freundlichsten sind."

Freilich ist das Verhältnis der beiden Höfe von Berlin und Petersburg nie wieder so intim geworden, wie in der früheren Regierungszeit Alexanders II. Rußland machte in dieser Zeit dieselbe Entwicklung durch, wie der Westen während der französischen Revolution: es nationalisierte sich. Unter diesem Einfluß bildete sich auch der Hof und die Petersburger Gesellschaft um, und ihre geistige Atmosphäre änderte sich. Die alten Würdenträger und Aristokraten von deutscher Bildung und europäischer Kultur, die früher der Petersburger Gesellschaft das Gepräge gegeben hatten, verschwanden mehr und mehr, und das neue Geschlecht opferte den Ideen seine eigene Zeit. Mit Moskau verglichen, blieb Petersburg noch immer eine kosmopolitische Stadt; aber Nationalismus und Pan-

slawismus drangen auch hier vor, und für die Vertreter der älteren Richtung kam die Bezeichnung der „deutschen Partei" auf.

Von großem Einfluß war, daß der junge Kaiser selbst auf dem Boden der neuen Generation stand. Alexander III. war der erste Zar dieser Periode, der sich selbst als Nationalrusse fühlte. Als Zeßarewitsch hatte er, dessen politische Erziehung von Pobjedonoszew geleitet wurde, kein Hehl daraus gemacht, daß er ein Gegner des „fremden", vor allem des deutschen Einflusses in Rußland war. Er sprach selbst am liebsten Russisch und führte an seinem Kartentische eine Strafe für die Mitglieder ein, die Deutsch sprachen; sein eigener Vater mußte die Strafe nicht selten zahlen. Während des Deutsch-Französischen Krieges leugnete er, der Gemahl einer dänischen Prinzessin, keineswegs seine Sympathien für Frankreich, und man wußte in der Petersburger Gesellschaft, daß er damals die Auffassung Katkows teilte, eine schwere Niederlage Frankreichs sei ein politischer Nachteil für Rußland. Als 1875 die Balkanwirren ausbrachen, wurde auch er von der slawophilen Bewegung ergriffen. Aber seiner bedächtigen, schwer beweglichen Natur fehlte die leichte Entzündlichkeit des slawischen Blutes, und seine Erfahrungen im Türkenkriege stimmten ihn gegen die Ideologie der Slawophilen skeptisch. Seine Kriegserfahrungen hatten einen doppelten Einfluß auf ihn. Angesichts des Organisationsmangels und der Korruption, die sich in Heer und Flotte offenbarte, stellte er sich zur Aufgabe, diese beiden Übel zu beseitigen, freilich ohne daß er die Tatkraft besessen hätte, sein Ziel zu erreichen. Dann aber gaben ihm die Greuel des Krieges, die er selbst gesehen hatte, eine entschiedene Richtung zur Friedensliebe.

In der Umgebung des Kaisers hatten die nationalistischen und gleichzeitig antideutschen Elemente von Anfang an großen Einfluß. Miliutin verschwand allerdings aus dem Rate des neuen Kaisers. Als Alexander III. den Thron bestieg, lag ein Kabinettsbeschluß aus der Regierungszeit seines Vaters vor, Rußland eine Verfassung zu geben. In dem ersten Ministerrate unter Alexander III. wurde die Frage: Reform oder Reaktion besprochen, und als das Mehrheitsvotum für eine Reformpolitik ausfiel, sprach der Zar dem Grafen Loris Melnikow seinen Glückwunsch aus und erklärte, daß er die Auf-

fassung der Mehrheit durchaus teile. Da intervenierte Pobjedonoszew; es gelang ihm, den Kaiser umzustimmen, so daß sich dieser in einem zweiten Ministerrate für ein von Katkow redigiertes Manifest entschied, das das Festhalten an den Grundsätzen der Autokratie verkündete[90]). Die liberalen Minister Loris Melnikow, Miliutin und Abaza traten zurück, und der Zar ernannte den Grafen Ignatiew zum Minister des Innern.

Für die Stimmung, die in Rußland herrschte oder wenigstens durch einen leidenschaftlichen Agitator erweckt werden konnte, ist das Auftreten Skobelews bezeichnend, der sich selbst durch das ausdrückliche Verbot des Zaren nicht abhalten ließ, zum Kriege gegen Deutschland zu hetzen. Der einzige Mann im Petersburger Kabinett, der im Sinne der traditionellen Freundschaft mit dem Berliner Hofe wirkte, war der provisorische Minister des Auswärtigen, Nikolai Karlowitsch von Giers; und auf ihn in erster Linie stellte Bismarck seine Rechnung ein. Giers verdankte seine Karriere wesentlich der Gönnerschaft Gortschakows. Seine Heirat mit einer entfernten Nichte des Fürsten lancierte ihn in die Petersburger Gesellschaft; er wurde Gesandter in Schweden, und im Jahre 1875 erhielt er den vielbegehrten Posten des Ministergehilfen im Auswärtigen Amt, der etwa der Stellung eines Unterstaatssekretärs entspricht. Gortschakow schätzte den arbeitsamen, gewissenhaften und unbestechlichen Beamten, und Giers empfahl sich ihm für diesen Posten auch dadurch, daß er als Protestant und Nichtrusse, als anspruchsloser Mann ohne glänzende äußere Eigenschaften und ohne einflußreiche Protektion bei Hofe, weder Aussicht noch Absicht haben konnte, seinen Chef zu verdrängen. Giers war stets ein ausgesprochener Gegner der Panslawisten gewesen. Er hatte während der letzten Orientkrisis, soweit sein damals noch geringer Einfluß reichte, die Kriegspolitik Ignatiews bekämpft und Schuwalow unterstützt.

Bei der Begegnung der beiden Kaiser drang Bismarck, wie er selbst erzählt hat, in ihn, den Posten des Auswärtigen Ministers zu übernehmen und Ignatiew aus dem Felde zu schlagen. Giers hatte aber keinen Mut dazu; er fürchtete, keine Position zu bekommen, da er bürgerlich und von jüdischer Abkunft sei (er hieß früher Hirsch), doch beruhigte der Kanzler ihn vollständig und versicherte ihn seiner tätigen Beihilfe[91]).

ankam, war der ganze Weg vom Bahnhof bis zur spanischen Botschaft mit einer dichten Menschenmenge, teils in der Bluse, teils im Frack besetzt, die den „Roi Ulan" in schmählicher Weise verhöhnten. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, als der König nach dem Elysée fuhr, um dem Präsidenten der Republik seinen Besuch zu machen. Unter diesen Umständen wurde in Berlin beschlossen, den Besuch des Königs von Spanien in ostentativer Weise sofort zu erwidern; der Kronprinz sollte in Vertretung seines Vaters schon im November nach Spanien gehen und sich in Genua einschiffen. Es lag in der Natur der Dinge, daß der Kronprinz und das deutsche Geschwader, das ihn von Genua nach Barcelona begleiten sollte, in dem italienischen Hafen von der königlichen Marine begrüßt wurde. Aber auch die russische Regierung entsandte zum Empfang des deutschen Kronprinzen zwei Kriegsschiffe nach Genua. Es war eine Bekundung der Solidarität der monarchischen Interessen und ein indirekter Protest gegen die Beschimpfung des Königs von Spanien durch die Pariser Republikaner.

Das Motiv der russischen Politik, von neuem die Annäherung an Deutschland zu suchen, lag augenscheinlich in der Absicht, in Mittelasien weiter vorzugehen, und für den Fall eines Konfliktes mit England sich die Neutralität Deutschlands zu sichern. Vier Monate nach Giers Besuch in Friedrichsruh fiel Merw in russische Hände (12. Februar 1884). Kaiser Wilhelm blieb Rußlands Schwenkung gegenüber lange skeptisch. Am 9. Januar 1884 schrieb er an Bismarck: „Die Beruhigung, welche in der russischen politischen Atmosphäre herrscht, seitdem der Kaiser die Corde sensible seinerseits zur Sprache brachte, und sich noch erhält, ist sehr erfreulich, und wird der Besuch von Giers in Wien dieselbe noch befestigen können. Aber es bleibt immer sehr besorglich, daß alles auf das Verbleiben dieses Mannes basiert werden muß und daß nicht andere Einflüsse wider denselben ihn in seinem Amte gefährden." Er betont noch einmal, daß die bessere Gestaltung der Dinge in Rußland das Werk von Giers sei, spricht aber doch den Zweifel aus, ob eine Befestigung der jetzt angebahnten Besserung unseres Verhältnisses zu Rußland überhaupt denkbar wäre[96]).

Es ist unmöglich, ohne Kenntnis der Akten die deutsch-russischen Beziehungen dieser Zeit darzustellen. Wir sehen

jedoch, daß sich bald Anzeichen einer weiteren Annäherung zwischen beiden Staaten bemerkbar machten. So sandte der Zar im Februar, als Kaiser Wilhelm sein siebzigjähriges Jubiläum als Ritter des russischen St. Georgsordens feierte, den Großfürsten Michael an der Spitze einer zahlreichen militärischen Abordnung nach Berlin. An seinem Geburtstage (22. März) verlieh Kaiser Wilhelm Giers den Schwarzen Adlerorden, und im Mai begab sich Prinz Wilhelm von Preußen nach Petersburg, um Deutschland bei der Feier der Großjährigkeit des russischen Thronfolgers zu vertreten. Die deutschen und russischen Truppen an der Grenze luden einander zu Festlichkeiten ein, und die russische Presse, die sich noch kurz zuvor in den schärfsten Angriffen auf Deutschland gefallen hatte, feierte die siebzigjährigen Erinnerungen an die Waffenbrüderschaft von 1814. An der Berliner Börse machte sich in der Zeit von Ende Februar bis Mitte April eine beträchtliche Steigerung russischer Werte bemerklich, und die neue große russische Anleihe von 15 Millionen £ wurde hauptsächlich durch die Berliner Börse vermittelt und zum guten Teil in Deutschland untergebracht. Aber den Höhepunkt erreichte die Annäherung, als im September die drei Kaiser, begleitet von ihren auswärtigen Ministern, Bismarck, Kalnoky und Giers, in Skierniewice zusammentrafen. Das Dreikaiserbündnis war wieder erstanden, und es beruhte auf solidem Fundament.

Die Verträge von 1884 hatten ebenso wie die von 1881 eine Dauer von drei Jahren, liefen also bis 1887. Ein Bismarckscher Artikel in den Hamburger Nachrichten (vom 16. Januar 1897) sagt: Das Dreikaiserbündnis versprach „die wohlwollende Neutralität bei jedem Angriffe, dem eine der beteiligten Mächte von einer vierten ausgesetzt sein konnte, also bei einem französischen Angriffe auf Deutschland, bei einem englischen oder türkischen auf Rußland“[97]). An einer anderen Stelle heißt es: „Wenn es (das deutsch-russische Abkommen) existierte, so konnte es seine Wirkung ja nur England und Frankreich gegenüber äußern. Frankreich gegenüber, zugunsten Deutschlands, ... England gegenüber ausschließlich zugunsten Rußlands. Zwischen diesen beiden Mächten konnten Händel in Asien und im Orient entstehen, und wenn dies der Fall war, so hatte die Haltung Deutschlands ihre Wichtigkeit. Ein anderer als ein englischer

Angriff auf Rußland wird den Kontrahenten wohl kaum vorgeschwebt haben. . .[98])."

Ebenso wie zwischen Deutschland und Rußland wurde zwischen Rußland und Österreich-Ungarn ein Neutralitätsvertrag geschlossen und das Balkanabkommen von 1881 auf drei Jahre erneuert[99]). Außerdem verabredete man in Skierniewice, daß jede im Orient neu auftauchende Frage zunächst zwischen Österreich und Rußland besprochen werden sollte[100]).

6.

In dieser internationalen Lage hat Bismarck den Kampf gegen den Widerstand aufgenommen, den England den Anfängen der deutschen Kolonialpolitik entgegensetzte. Österreichs war er durch das Bündnis, Rußlands durch den neuen Neutralitätsvertrag sicher, und mit Frankreich stellte er ein Einvernehmen in der Kongofrage her. England war völlig isoliert; Rußland trat ihm in Asien, Frankreich in Mittelafrika, Madagaskar, Tonking und namentlich in Ägypten entgegen. Je mehr sich die Beziehungen zwischen Frankreich und England verschärften, um so besser wurden die zwischen Frankreich und Deutschland. Der diplomatische Kampf zwischen Deutschland und England war jedoch nicht von langer Dauer; die Londoner Regierung mäßigte ihre Ansprüche und gab nach. Dafür tat Bismarck das seine, um einen Zusammenstoß zwischen England und Rußland, der in Afghanistan drohte, zu verhindern. Seine Einwirkungen in Konstantinopel trugen dazu bei, daß der Sultan englischen Kriegsschiffen die Dardanellen verschlossen hielt, so daß Rußland unangreifbar gemacht wurde[101]).

Mit berechtigtem Selbstgefühl konnte Bismarck zu Busch sagen: „Die ganze Stellung des Reiches beruht auf dem Vertrauen, das ich mir auswärts erworben habe[102])." Überschaut man diese Erfolge, so begreift man, daß ein Staatsmann von solchen diplomatischen Fähigkeiten nicht den Standpunkt des Herrn von Holstein teilte, daß es besser gewesen wäre, Deutschland hätte den Ausbruch des Konflikts zwischen England und Rußland in den Jahren 1885 und 1887 befördert, statt ihn zu verhindern[103]). Eine Kriegserklärung ist stets eine Bankerotterklärung der Diplomatie, und für die außereuropäischen Konflikte, die zwischen den anderen Mächten bestanden, lag die

Notwendigkeit einer kriegerischen Lösung nicht vor. Im Gegensatz zu Herrn von Holstein hielt Bismarck es im Interesse Deutschlands für wünschenswert, nicht den unberechenbaren Entwicklungen eines Krieges zwischen europäischen Großmächten freien Lauf zu lassen, sondern weiter die Zügel der europäischen Politik in der eigenen Hand zu behalten. Gewiß bestand keinerlei Bürgschaft dafür, daß die für Deutschland günstige politische Lage von Dauer war. Das positive politische Ziel, das Bismarck unter diesen Bedingungen erstrebt hatte, die Sicherung der kolonialpolitischen Ansprüche Deutschlands gegenüber den Prätensionen Englands, war erreicht. Im übrigen wollte er nur die Erhaltung des europäischen Friedens, der ja die Errungenschaften seiner früheren Kämpfe und Siege verbürgte. Im nahen Osten war es vorläufig ruhig, und damit war das schwierigste Problem der Festlandspolitik einstweilen eingeschlummert. Es bestand die denkbar beste Voraussetzung für gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, nämlich die, wie einmal ein bekannter Panslawist zu dem Verfasser gesagt hat, daß Rußland nach Osten und Deutschland nach Westen schaut. Freilich erklang in dem Konzert der Dreikaisermächte von Anfang an eine Dissonanz aus Ungarn. Der nächste Konflikt im Orient konnte die politische Konstellation sehr verändern. Aber in der Politik wird eine Konstellation nicht durch die Gestirne bedingt, sondern durch die Staatsmänner; die derzeitige war im wesentlichen mit ein Werk Bismarcks. Anderte sie sich ohne sein Zutun, so besaß er die Fähigkeit, das politische Horoskop im deutschen Interesse zu korrigieren.

Kapitel 7.

Alexander von Battenberg.

1.

Während die Vertreter der Mächte über die Durchführung der Berliner Kongreßakte berieten, sagte Bismarck einmal: in dem Spiele, das gespielt würde, sei die deutsche eine langweilige Karte; als Politiker würde er die österreichische spielen mögen[1]).

Angriff auf Rußland wird den Kontrahenten wohl kaum vorgeschwebt haben. . .[98])."

Ebenso wie zwischen Deutschland und Rußland wurde zwischen Rußland und Österreich-Ungarn ein Neutralitätsvertrag geschlossen und das Balkanabkommen von 1881 auf drei Jahre erneuert[99]). Außerdem verabredete man in Skierniewice, daß jede im Orient neu auftauchende Frage zunächst zwischen Österreich und Rußland besprochen werden sollte[100]).

6.

In dieser internationalen Lage hat Bismarck den Kampf gegen den Widerstand aufgenommen, den England den Anfängen der deutschen Kolonialpolitik entgegensetzte. Österreichs war er durch das Bündnis, Rußlands durch den neuen Neutralitätsvertrag sicher, und mit Frankreich stellte er ein Einvernehmen in der Kongofrage her. England war völlig isoliert; Rußland trat ihm in Asien, Frankreich in Mittelafrika, Madagaskar, Tonking und namentlich in Ägypten entgegen. Je mehr sich die Beziehungen zwischen Frankreich und England verschärften, um so besser wurden die zwischen Frankreich und Deutschland. Der diplomatische Kampf zwischen Deutschland und England war jedoch nicht von langer Dauer; die Londoner Regierung mäßigte ihre Ansprüche und gab nach. Dafür tat Bismarck das seine, um einen Zusammenstoß zwischen England und Rußland, der in Afghanistan drohte, zu verhindern. Seine Einwirkungen in Konstantinopel trugen dazu bei, daß der Sultan englischen Kriegsschiffen die Dardanellen verschlossen hielt, so daß Rußland unangreifbar gemacht wurde[101]).

Mit berechtigtem Selbstgefühl konnte Bismarck zu Busch sagen: „Die ganze Stellung des Reiches beruht auf dem Vertrauen, das ich mir auswärts erworben habe[102])." Überschaut man diese Erfolge, so begreift man, daß ein Staatsmann von solchen diplomatischen Fähigkeiten nicht den Standpunkt des Herrn von Holstein teilte, daß es besser gewesen wäre, Deutschland hätte den Ausbruch des Konflikts zwischen England und Rußland in den Jahren 1885 und 1887 befördert, statt ihn zu verhindern[103]). Eine Kriegserklärung ist stets eine Bankerotterklärung der Diplomatie, und für die außereuropäischen Konflikte, die zwischen den anderen Mächten bestanden, lag die

Notwendigkeit einer kriegerischen Lösung nicht vor. Im Gegensatz zu Herrn von Holstein hielt Bismarck es im Interesse Deutschlands für wünschenswert, nicht den unberechenbaren Entwicklungen eines Krieges zwischen europäischen Großmächten freien Lauf zu lassen, sondern weiter die Zügel der europäischen Politik in der eigenen Hand zu behalten. Gewiß bestand keinerlei Bürgschaft dafür, daß die für Deutschland günstige politische Lage von Dauer war. Das positive politische Ziel, das Bismarck unter diesen Bedingungen erstrebt hatte, die Sicherung der kolonialpolitischen Ansprüche Deutschlands gegenüber den Prätensionen Englands, war erreicht. Im übrigen wollte er nur die Erhaltung des europäischen Friedens, der ja die Errungenschaften seiner früheren Kämpfe und Siege verbürgte. Im nahen Osten war es vorläufig ruhig, und damit war das schwierigste Problem der Festlandspolitik einstweilen eingeschlummert. Es bestand die denkbar beste Voraussetzung für gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, nämlich die, wie einmal ein bekannter Panslawist zu dem Verfasser gesagt hat, daß Rußland nach Osten und Deutschland nach Westen schaut. Freilich erklang in dem Konzert der Dreikaisermächte von Anfang an eine Dissonanz aus Ungarn. Der nächste Konflikt im Orient konnte die politische Konstellation sehr verändern. Aber in der Politik wird eine Konstellation nicht durch die Gestirne bedingt, sondern durch die Staatsmänner; die derzeitige war im wesentlichen mit ein Werk Bismarcks. Anderte sie sich ohne sein Zutun, so besaß er die Fähigkeit, das politische Horoskop im deutschen Interesse zu korrigieren.

Kapitel 7.

Alexander von Battenberg.

I.

Während die Vertreter der Mächte über die Durchführung der Berliner Kongreßakte berieten, sagte Bismarck einmal: in dem Spiele, das gespielt würde, sei die deutsche eine langweilige Karte; als Politiker würde er die österreichische spielen mögen[1]).

Bismarck betrachtete die Orientfrage in erster Linie als eine Frage der Großmächte und zumal als eine österreichisch-russische Frage. Er zweifelte, ob die Türkei ihre Unabhängigkeit würde behaupten können, seitdem England seine frühere türkenfreundliche Politik aufgegeben hatte. Die militärische Tüchtigkeit der Türken hat er stets gewürdigt; noch nach dem Kriege von 1877/78 erinnerte er daran, wie im Krimkriege der „kranke Mann" dem russischen Arzt mit seinen Krücken zugesetzt habe. Wenn Rußland uns angreifen sollte, sagte er 1880, so wäre die Haltung und Wehrfähigkeit der Türkei uns nicht gleichgültig. Er lieh der Türkei deutsche Offiziere und Beamte und verstärkte den politischen Einfluß Deutschlands in Konstantinopel; in den achtziger Jahren spielte der deutsche Botschafter in Pera durchweg die zweite Rolle, während die Vertreter der anderen Mächte sich um die erste stritten.

Von den jungen christlichen Balkanstaaten war damals Rumänien am höchsten einzuschätzen; es hatte sich militärisch sehr rühmlich hervorgetan, aber seine geographische Lage war außerordentlich schwierig. Serbien hatte unter russischer Führung militärisch schlecht abgeschnitten. Von den Bulgaren wußte man in jener Zeit noch fast gar nichts. Vor der Errichtung des bulgarischen Exarchates (1870) war in weiten Kreisen Mittel- und Westeuropas die Existenz des bulgarischen Volkes nahezu unbekannt gewesen; man rechnete sie nach ihrem religiösen Bekenntnis zu den Griechen, und es ist ganz richtig gesagt worden, daß mindestens die öffentliche Meinung des nichtslawischen Europas Bulgarien in den Jahren 1876—1878 neu entdeckt hat.

In den ersten Jahren nach dem Berliner Kongreß war Bulgarien ein embryonales Staatsgebilde; es stand zunächst völlig unter russischem Einflusse, und seine politische Zukunft lag ganz im Dunkeln.

Was die österreichische Balkanpolitik betrifft, so war Andrássy davon ausgegangen, daß die vernachlässigten wirtschaftlichen Interessen der Monarchie entwickelt, und daß direkte Beziehungen zu den christlichen Balkanstaaten angeknüpft werden müßten. Zu einer wirklichen Angliederung balkanslawischen Grundgebietes entschloß sich Andrássy im Grunde ungern, und hauptsächlich nur um zu verhindern, daß Bosnien und die Her-

zegowina serbisch oder montenegrinisch würden. Während zur Zeit des bosnischen Okkupationsfeldzuges in militärischen Kreisen die Politik vertreten wurde, daß Österreich nach Saloniki vorgehen sollte, hat Andrássy keinerlei derartige Absichten gehabt, vielmehr jene Pläne bekämpft und verhindert. Ihm lag nur daran, sich eine ev. direkte Eisenbahnverbindung nach Saloniki freizuhalten, die durch das Besatzungsrecht in einigen Punkten des Sandschaks gesichert war; er wollte sich „ein Ausfalltor nach dem Orient offenhalten, um im Falle des Zusammensturzes der Türkei in unmittelbarster Nähe des Schauplatzes sein und die Interessen der Monarchie dort wahren zu können“[2]).

Ganz übereinstimmend sagte Bismarck im November 1879 zu dem französischen Botschafter: Österreich habe keinerlei Absicht, über Novibazar oder vielleicht Mitrowitza hinauszugehen. Es sei entschlossen, den Berliner Vertrag treu und strikt auszuführen, solange Rußland nicht versuche, sich Konstantionpels zu bemächtigen. Nur in diesem Falle würde es nach Saloniki marschieren[3]).

Auch Andrássys Nachfolger, Baron Haymerle und Graf Kalnoky, strebten nicht nach territorialem Gewinn; aber nachdem Bulgarien unter russischen Einfluß gekommen war, richtete sich das Bestreben der Monarchie darauf, dessen beide Nachbarstaaten, Serbien und Rumänien, die Rußland entfremdet waren, ihrem Einflusse zu unterwerfen. Schon Andrássy scheint der Gedanke einer Zollunion mit den Balkanländern vorgeschwebt zu haben. Auf dem Berliner Kongreß versuchte er zunächst Serbien in den Kreis der österreichisch-ungarischen Zollpolitik einzubeziehen. Rußland hatte seine Balkanpolitik vor allem auf Bulgarien gestützt und ließ Serbien fallen. Das Großbulgarien von San Stefano war ein schwerer Schlag für die serbischen Aspirationen in Mazedonien gewesen, und auf dem Berliner Kongreß erklärte Schuwalow dem Vertreter Serbiens, Ristitsch, Rußland könne im Augenblick nichts für das Land tun; er verwieß ihn geradezu an Andrássy. Dessen Bemühungen verdankte Serbien, daß ihm auf dem Kongreß Pirot und ein Punkt südlich von Wranja zugesprochen wurden. Aber dafür verlangte Andrsásy, daß es erstens die auf sein Gebiet fallenden Strecken der Bahnlinien Wien—Konstantinopel und Wien—

Saloniki binnen drei Jahren bauen, und zweitens in sofortige Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn eintreten müßte[4]). Eine Präliminarkonvention wurde abgeschlossen, aber zu einer Zollunion kam es nicht. Um der gefürchteten wirtschaftlichen Auffaugung durch die Donaumonarchie zu entgehen, hatte Ristitsch hinter dem Rücken des Ballplatzes einen Meistbegünstigungsvertrag mit England geschlossen. Die Skuptschina verwarf die Präliminarkonvention, die auch auf der anderen Seite von den ungarischen Agrariern heftig bekämpft wurde. Es kam sogar zu einem Zollkriege zwischen Österreich und Serbien, dem sog. Schweinekrieg. Aber im Oktober 1880 trat das Ministerium Ristitsch zurück, und das neue Kabinett, in das Mijatowitsch als Minister des Auswärtigen und der Finanzen eintrat, suchte sich mit der Monarchie zu verständigen. Mijatowitsch fuhr nach Wien und verhandelte mit Haymerle und dem Unterstaatssekretär von Kallay, mit dem er persönlich befreundet war. In dem Handelsvertrage, der nun zustande kam, umging Österreich die Meistbegünstigungsverträge, die Serbien geschlossen hatte, indem die meistbegünstigten Länder von den Vorteilen ausgeschlossen wurden, die Österreich-Ungarn im Grenzverkehr genießen sollte. Der Vertrag unterließ nämlich, den Grenzverkehr auf eine bestimmte Zone zu beschränken, so daß die bedeutenden Grenzerleichterungen tatsächlich auf den ganzen Umfang der beiden Staaten ausgedehnt wurden. Dieser Zustand, der bis zu dem serbisch-österreichischen Handelsvertrag von 1893 bestanden hat[5]), gab Österreich eine wirtschaftliche Monopolstellung in Serbien, die durch den Bau der Orientbahnen noch verstärkt wurde.

Zugleich schloß Haymerle ein geheimes politisches Abkommen mit Serbien, das am 28. Juli 1881 unterzeichnet wurde. Darin erklärte er Mijatowitsch, das Wiener Kabinett habe nicht die Absicht, von dem Artikel des Berliner Vertrages vollen Gebrauch zu machen, demzufolge es die Grenze über Mitrovitza hinaus vorschieben dürfte. Zum Beweise dessen sei es bereit, die Ansprüche Serbiens auf das Wilajet Kossowo und einen Teil von Mazedonien vertragsmäßig anzuerkennen. Die Monarchie, sagte Haymerle, habe nichts gegen die volle Selbständigkeit Serbiens einzuwenden, wenn dieses gute, nachbarliche Beziehungen mit ihr pflegte; sie sei auch mit seiner Aus-

dehnung nach Süden einverstanden. Wenn aber Serbien zu einer russischen Satrapie würde, wenn es selbst seine Unabhängigkeit aufgäbe und nach den Befehlen Rußlands handelte, so könnte Österreich-Ungarn ein solches Staatswesen an seiner Grenze nicht dulden, sondern würde es, als das kleinere Übel, militärisch besetzen.

Also erkannte Österreich-Ungarn den Anspruch Serbiens auf Kossowo und Mazedonien mit Ausnahme Salonikis an. Es versprach sogar, diese Ansprüche auf einem ev. Kongreß über die Neuaufteilung der Balkanhalbinsel zu unterstützen, ferner die Interessen Serbiens auch im allgemeinen zu vertreten und die Dynastie Obrenowitsch gegen ihre Feinde zu erhalten. Serbien seinerseits übernahm die Verpflichtung, sich in Bosnien jeder Agitation gegen die österreichische Okkupation zu enthalten. Es machte sich ferner anheischig, falls es geheime Verträge mit anderen Mächten schlösse, Österreich-Ungarn davon zu verständigen. Über ein Durchzugsrecht der österreichischen Armee durch Serbien im Kriegsfalle wurde keine bestimmte Abmachung getroffen. Der Vertrag lief auf sieben Jahre; er wurde 1889 erneuert[6]).

Ebenso wie Serbien suchte das Wiener Kabinett auch Rumänien in die Kreise seiner Politik zu ziehen. Von einigen ersten Annäherungsversuchen im Jahre 1880 erfahren wir aus den Tagebüchern König Karls von Rumänien; sie blieben indes ohne Folgen. Die Donaufrage und die großrumänische Agitation, die auf den Erwerb Siebenbürgens und der Bukowina gerichtet waren, kühlten die Beziehungen wieder ab. Erst 1883 trat eine Wandlung ein, die sich an eine Reise König Karls nach Berlin und Wien knüpfte. Rumänien lehnte sich jetzt politisch an die Mittelmächte an, und zwischen ihm und Österreich wurde ein Vertrag geschlossen.

Dieses Abkommen scheint dem Charakter und vielleicht auch der Form nach ein Bündnis gewesen zu sein, aber es ist zu betonen, daß es nur Rumänien und Österreich umschloß. Erst später, nach Bismarcks Abgang, ist Rumänien dem Dreibunde beigetreten. Wir haben darüber das ausdrückliche Zeugnis des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, der am 28. Sept. 1916 im Reichstage sagte: der Bündnisvertrag mit Rumänien sei zunächst nur mit Österreich-Ungarn abgeschlossen und später

durch den Zutritt Deutschlands und Italiens erweitert worden. Ohnehin hätte ein Bündnis mit Rumänien zu Bismarcks Politik eines völligen Desinteressements im Orient schlecht gepaßt. Es ist auch nicht zu ersehen, welche Ereignisse oder Entwicklungen ihn 1883 veranlaßt haben sollten, eine solche Erweiterung des Dreibundes zu suchen, die Rußland verstimmen, wenn nicht herausfordern mußte. Die deutsch-russischen Beziehungen waren 1883 befriedigend; im November des Jahres überbrachte Giers den Wunsch des Zaren, den Neutralitätsvertrag von 1881 zu erneuern.

In dem Abkommen von 1883 sagte das Wiener Kabinett den Rumänen zu, ihre territorialen Wünsche zu unterstützen. Diese richteten sich gegen Bulgarien; denn auf die Wiedererlangung Beßarabiens konnte Rumänien nicht hoffen, und die Befriedigung seiner irredentistischen Ansprüche verbot sich von selbst bei einem Zusammengehen mit Österreich-Ungarn. Der Berliner Vertrag hatte die Grenze zwischen Bulgarien und Rumänien nur im allgemeinen bezeichnet; es blieb einer der internationalen Kommissionen überlassen, sie im einzelnen zu demarkieren. Rumänien hatte dringend gewünscht, Silistria, und als dieses den Bulgaren zugesprochen wurde, wenigstens Arab-Tabia zu erhalten. Aber auch das wurde bulgarisch. In dem Vertrag von 1883 hat nun Österreich seine Beihilfe zu einer ev. Grenzberichtigung zugesagt, und zwar handelte es sich um das Gebiet, das Rumänien im Bukarester Frieden von 1913 den Bulgaren abgenommen hat[7]).

Die österreichische Balkanpolitik ging systematisch darauf aus, das unter russischen Einfluß geratene Bulgarien einzukreisen. Neben Serbien und Rumänien zog sie auch Griechenland in den Kreis ihrer Berechnungen. Der deutsche Unterstaatssekretär Dr. Busch erfuhr im August 1881 von dem österreichischen Geschäftsträger, daß man in Wien das vergrößerte Griechenland verhältnismäßig sicher in seinem Besitz installiert zu sehen wünschte. Ein *großes* Griechenland sei der einzige Damm gegen das Slawentum. Um das aber zu erreichen, müßte Österreich die Einheitsbestrebungen in Bulgarien und Ostrumelien um jeden Preis zurückhalten. Brächen diese zu früh los, so wäre es zweifelhaft, ob Griechenland jemals die wünschenswerte Ausdehnung erhielte; namentlich Mazedonien

würde seinem Einflusse verloren gehen[8]). Daher dachte Österreich Saloniki den Griechen zu, während es Serbiens Anspruch darauf mit Entschiedenheit abgelehnt[9]).

Man erkennt also eine ganz planmäßige Politik von seiten der Donaumonarchie, sich auf die drei Balkanstaaten, die auf Bulgarien eifersüchtig und ihm Feind waren, zu stützen und bei einer etwaigen Aufteilung Mazedoniens allein Serbien und Griechenland zu begünstigen. Ob das Wiener Kabinett auch mit Griechenland einen Vertrag geschlossen hat, ist nicht bekannt; aber die österreichische Diplomatie wird sich schwerlich den Vorteil haben entgehen lassen, seine wohlwollenden Absichten in Athen zur Kenntnis zu bringen. Ihr Zweck war, das anscheinend dem dauernden Einfluß Rußlands verfallene Bulgarien auf der Balkanhalbinsel zu isolieren und ihm die Möglichkeit einer Vergrößerung in Mazedonien abzuschneiden. Zugleich hatte sich Österreich, wie gezeigt, im Sommer 1881 mit Rußland über die ostrumelische und die bosnische Frage im Prinzip geeinigt.

2.

Bulgarien war also eine russische Einflußsphäre geworden. Wenn der Zar der Berliner Kongreßakte gemäß, im Sommer 1879 seine Truppen aus Bulgarien und Ostrumelien herausgezogen hatte, so war ihm doch in beiden Provinzen eine schlechthin maßgebende Stimme sicher. Die Mächte, die diesen Zustand vorausgesehen hatten, erkannten ihn an[10]). Als der russische Kandidat zum Fürsten gewählt wurde, stieß seine Bestätigung auf keine Schwierigkeiten. Zwar durfte nach den Berliner Bestimmungen kein Angehöriger eines der regierenden großmächtlichen Häuser Fürst von Bulgarien werden, aber der Zar präsentierte seinen Lieblingsneffen, den Sohn seines Schwagers Alexander von Hessen, den Prinzen Alexander von Battenberg. Dieser empfing die bulgarische Deputation, die ihm seine Wahl zum Fürsten anzeigte, in dem kaiserlich russischen Hoflager zu Livadia; den Eid auf die bulgarische Verfassung leistete er in russischer Generalsuniform. Der bulgarische Kriegsminister war ein russischer General, die bulgarische Armee wurde von russischen Offizieren ins Leben gerufen. Die Russen hatten die ersten Anfänge der politischen Organisation des Landes geleitet, und die Dankbarkeit des bulgarischen Volkes

für ihre Befreiung vom türkischen Joche war noch frisch; so kam es, daß das junge Staatswesen, das der politischen und nationalen Selbständigkeit noch ungewohnt, eine Stütze brauchte, diese in Rußland suchte. Ähnlich standen die Dinge in Ostrumelien, wo der Einfluß des türkischen Souveräns nie wieder Wurzel schlug und die Russen durchweg den Ausschlag gaben. Dazu kam weiter nicht nur, daß der Zar den beiden Bulgarien zur Freiheit verholfen hatte, sondern auch, daß sich die bulgarischen Patrioten, die dem Berliner Vertrage zum Trotz die Vereinigung Ostrumeliens und weiterhin Mazedoniens mit dem Fürstentum erstrebten, ganz vornehmlich auf Rußlands Hilfe hofften. Wenn also die Russen die von Anfang an vorhandene Einheitsbewegung unterstützten, so mußten sie dadurch die Anhänglichkeit der Bulgaren an die slawische Großmacht um so mehr stärken.

Wie kam es, daß trotzdem der russische Einfluß in Bulgarien in überraschend kurzer Zeit abwirtschaftete? Alexander III. hatte bei der Auswahl der Minister und diplomatischen Agenten, die er nach Bulgarien schickte, mit wenigen Ausnahmen eine unglückliche Hand. Eine Reihe von Jahren vorher hatte Bismarck es als eine Schwäche Rußlands bezeichnet, daß ihm die Klasse von Staatsmännern fehlte, die seinen großen Kolonialbesitz regieren könnten[11]). Mit Ausnahme des finnländischen Generals Ernroth traten die meisten Vertreter Rußlands in Bulgarien etwa so auf, als ob sie in Zentralasien wären. Die erste Voraussetzung für eine Behauptung des russischen Einflusses wäre gewesen, daß sich die Russen jeder Einmischung in die innere Politik Bulgariens und in den sehr heftigen Streit der Parteien enthalten hätten. Das war auch der ausdrückliche Befehl des Zaren gewesen; aber schon nach ziemlich kurzer Zeit begannen die diplomatischen Agenten Rußlands sich mit den politischen Parteien einzulassen und oft auch mit der Opposition gegen den Fürsten zu intrigieren, bei dem sie beglaubigt waren. Unter diesem Intrigenspiel mußte das Ansehen Rußlands notwendig leiden. Dazu kam, daß die russische Regierung den Fehler beging, ihre Agenten häufig wechseln zu lassen. Wenn sie dann wenigstens erfahrene Verwaltungsbeamte von organisatorischer Fähigkeit und durchweg ehrliche Leute geschickt hätte! Aber die meisten russischen Minister hatten wenig

Kenntnis von Verwaltungsgeschäften, und als Agenten kamen häufig geldbedürftige und verschuldete Existenzen nach Bulgarien, die in ihre eigenen Taschen wirtschafteten. Auch bei den russischen Offizieren waren Unterschlagungen nicht selten. Endlich fehlte es unter den Vertretern Rußlands an der Einheitlichkeit des Handelns. Die Militärs und diplomatischen Agenten arbeiteten häufig gegen einander und sandten widersprechende Berichte nach Petersburg. Auch die Instruktionen von der Newa widersprachen einander, indem amtliche und unverantwortliche Einflüsse sich durchkreuzten.

Ferner verquickten sich, ähnlich wie 20 Jahre später in der Mandschurei, private Unternehmerinteressen mit denen der russischen Staatspolitik. Man wollte von der bulgarischen Regierung Konzessionen für Eisenbahnbauten und für die Gründung der bulgarischen Nationalbank erlangen. Baron Hirsch baute damals die große Orientbahn, Strousberg die rumänischen Bahnen; um die serbischen Bahnstrecken stritten sechs Unternehmer verschiedener Nationalität, und wir erfahren aus Mijatowitschs Memoiren, in welchem Umfange Bestechungsversuche gemacht wurden, um den Bauauftrag zu erhalten[12]). Ebenso vorteilhafte Geschäfte ließen sich voraussichtlich auch mit Bulgarien machen, und hier hatten die Russen keine fremde Konkurrenz zu fürchten. Die Gründung einer Nationalbank war bereits durch ein Dekret des russischen Okkupationskommissars bestimmt worden. Man plante, der mit russischem Kapital zu gründenden bulgarischen Nationalbank folgende Monopole zu verschaffen: den Kassendienst für die Regierung, die Ausgabe von Banknoten, die Prägung von Geld, die Errichtung von Depositen- und Sparkassen sowie von Pfandleihanstalten. Außerdem aber sollten ihr sämtliche finanzielle Transaktionen des bulgarischen Staates vorbehalten werden, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bezogen, als Bau und Betrieb von Eisenbahnen, Hafenbauten, Wasserleitungen, Beleuchtungsanlagen, Straßen- und Kanalbauten, Ausbeutung von Kohlenbergwerken und anderen mineralischen Bodenschätzen[13]).

Die eigentlichen Gründer waren das Bankhaus des Barons Günzburg und der russische Eisenbahnunternehmer Poljakow. Diese suchten sich Bundesgenossen, mit deren Hilfe sie auf

Bulgarien drücken konnten; und so bildete sich eine Koterie von Leuten, die alle an den erhofften großen Gewinnen teilnehmen wollten und ihre Fühler bis in die nächste Umgebung des Zaren ausstreckten. Auch in der Armee und den Ministerien bis zu den Subalternbeamten hinab hatten sie ihre Leute. Man konnte die Erteilung der Konzession so wenig abwarten, daß die Vertreter von Günzburg und Poljakow sich schon in dem Augenblick an den Prinzen Alexander von Battenberg herandrängten, wo er in Varna bulgarischen Boden betrat; er mußte sie darauf verweisen, daß nichts entschieden werden könnte, ehe er den Thron bestiegen und ein Ministerium gebildet hätte. Da der ganze Plan auf Widerstand stieß, wurde der Mangel an Einheitlichkeit in dem Vorgehen der Russen noch größer; die privaten wirtschaftlichen Interessen durchkreuzten vielfach die der amtlichen Politik, und die Gegensätze unter den russischen Agenten, soweit sie sich in Anhänger und Gegner der Koterie und ihrer Projekte schieden, vergrößerten sich mehr und mehr.

Als Fürst Alexander die beiden Projekte tatsächlich dem neugebildeten Ministerium vorlegte, stießen sie sofort auf Widerspruch. Die Bulgaren hatten schon zur Türkenzeit ihre selbständige Gemeinde- und Kirchenverwaltung gehabt, die Umlage der Steuern, die die Gemeinden den Türken zu zahlen hatten, selbständig geregelt, und Midhat Pascha hatte als Wali des Donauwilajets die ersten Wirtschaftskassen begründet. Ohne jede Erfahrung in diesen Dingen waren die Bulgaren also nicht, dabei ein fleißiges, sparsames Volk, das bei einer noch wenig entwickelten Geldwirtschaft gewohnt war, mit Pfennigen zu rechnen. Nun hatte der Berliner Vertrag im Artikel 10 dem Lande ohnehin Eisenbahnverpflichtungen aufgebürdet, die seine Finanzen auf Jahre hinaus belasten mußten, und es bestand keine Neigung, sich dem russischen Kapital auszuliefern. Ein bulgarisches Ministerium nach dem anderen lehnte die russischen Projekte ab.

Wenig befriedigend ließen sich die innerpolitischen Verhältnisse an. Schon in den ersten Monaten nach der Thronbesteigung des Fürsten Alexander zeigte sich's, daß das bulgarische Bauernvolk für die demokratische Verfassung, die es sich mit Rußlands Zustimmung gegeben hatte, keineswegs reif war. Parlamentarische Regierung, allgemeines Wahlrecht, Ein-

kammersystem, Preßfreiheit usw. waren Einrichtungen, die in einem Lande, das weder einen Adel, noch eine begüterte und gebildete Mittelklasse besaß, und dem alle parlamentarische und politische Erfahrung fehlte, jede Regierung nahezu unmöglich machte. In der Sobranja herrschte von Anfang an noch Anarchie. Die meisten der Parteiführer, die jetzt auf die politische Bühne traten, waren während der Türkenherrschaft außer Landes geflüchtet und hatten sich ihre bescheidene politische Bildung mehr aus dem Studium der Opposition, als der Regierung Frankreichs, Rumäniens oder wo sie sich sonst aufhielten, erworben[14]), und aus dem Exil brachten sie auch die gegenseitigen persönlichen Feindschaften mit, die nun bei der Bildung der politischen Parteien in Bulgarien eine große Rolle spielten. Kein Wunder, daß die Parteien und ihre Führer sich im praktischen politischen Leben sehr rasch verbrauchten, und daß an tüchtiger politischer Arbeit in dem Lande, wo doch fast alles neu aufgebaut werden mußte, wenig geleistet wurde.

Im April 1881 war Fürst Alexander zur Beisetzung seines Gönners, des Kaisers Alexander in Rußland. Seine Anwesenheit wurde von der Koterie benutzt, um den Fürsten für den Gedanken eines Staatsstreiches zu gewinnen; sie durfte darauf rechnen, leichter zu ihrem Ziele zu gelangen, wenn die Verfassung aufgehoben war. Wenige Tage nach seiner Rückkehr stellte der Fürst die Forderung, die Verfassung von 1879 zu suspendieren und ihm für die Dauer von sieben Jahren außerordentliche Regierungsvollmachten zu übertragen; er erklärte, andernfalls abdanken und auf einem schon bereit liegenden Donaudampfer das Land verlassen zu wollen. Unter diesem Druck entschloß sich die Große Sobranja, dem Plane zuzustimmen; aber der Fürst war so klug, auf eigene Initiative der Nationalversammlung die volle Kontrolle über alle Finanzfragen zu übertragen.

In der nun folgenden verfassungslosen Zeit, die von 1881 bis 1883 dauerte, erreichte der russische Einfluß seinen Höhepunkt; das erste Ministerium dieser Periode bestand aus zwei Russen, einem russifizierten Kutzowalachen, einem Tschechen und nur zwei Bulgaren; das letzte war ein Duumvirat der russischen Generale Kaulbars und Skobelew. Eben in dieser Zeit verschlechterten sich aber die Beziehungen des Fürsten Alexander

zu Rußland. Zwischen dem neuen Zaren und seinem Vetter hatte schon seit ihrer Jugendzeit wenig Freundschaft bestanden; der Fürst hatte sich zahlreiche Feinde gemacht, indem er russische Minister und Generalkonsuln hatte abberufen lassen; die ganze Koterie, die mit den Projekten von Günzburg und Poljakow zusammenhing, erblickte in ihm das Haupthindernis ihrer Pläne. Man behauptete verleumderisch, daß er ein Verräter am Zaren sei, und daß das Slawentum und die Orthodoxie in ihm, dem deutschen Protestanten, einen unversöhnlichen und erbitterten Feind besäße. Die Stimmung des Zaren selbst kommt in einem Telegramme zum Ausdruck, worin er im Jahre 1882 seine Zustimmung zu der Ersetzung eines russischen durch einen bulgarischen Minister gab: „Ich erlaube Ihnen, einen letzten Versuch mit einem bulgarischen Minister zu machen[15])."

Die russischen Minister, Agenten usw. führten sich so auf, als ob sie sowohl dem Volke als dem Fürsten immer wieder zu Gemüte führen wollten, daß sie die Herren in Bulgarien wären. Die Lage wurde allmählich unhaltbar. Als Fürst Alexander im Sommer 1883 zur Krönung des kaiserlichen Vetters nach Moskau gefahren war, wurde ein Versuch gemacht, den Bestand der bulgarischen Staatskasse im Betrage von 15 Millionen nach Rußland zu entführen, wo sie, im Bankhause Günzburg niedergelegt, die finanzielle Basis für den Abschluß des Bahnprojekts abgegeben hätte. General Kaulbars versuchte, das bulgarische Offizierkorps gegen den Fürsten aufzuwiegeln. Dieser hatte also allen Anlaß, wieder Anlehnung an die politischen Parteien zu suchen; es kam zu einer Verständigung zwischen ihm und den Parteien und diesen untereinander, die darauf hinausging, die Verfassung wiederherzustellen und das russische Duumvirat durch ein konstitutionelles Kabinett abzulösen. Das unerhörte Schauspiel einer Einstimmigkeit in der Sobranje kam den russischen Generalen ganz unversehens; in heller Wut verließen sie den Sitzungssaal mit den Rufen: „Schweine! Kanaillen! Verlogenes Pack!", und die Abgeordneten begleiteten ihren Abzug mit Hurrahrufen[16]).

Die Einigkeit der Parteien war freilich nicht von Dauer; die russischen Intrigen dauerten fort und richteten sich nunmehr unmittelbar gegen die Person des Fürsten selbst. Da trat eine Wendung von Ostrumelien her ein, wo die Einheitspartei

sich im ganzen Lande stark organisiert hatte und zur Aktion drängte. Die türkische Herrschaft stand in dieser autonomen Provinz auf sehr schwachen Füßen. Tatsächlich war Ostrumelien auch dem Namen nach unabhängig.

Die beiden Generalgouverneure, Aleko Pascha (1879 bis 1884) und Gavril Pascha (seit 1884), waren christliche Ostrumelier, die bei der Übernahme des Amtes sich mit ihren bulgarischen Namen nannten und nicht den türkischen Fez, sondern den bulgarischen Kalpak trugen. Sie kümmerten sich wenig um die Befehle der Hohen Pforte und zahlten den verfassungsmäßigen Tribut unzureichend und unregelmäßig. Die Miliz wurde von russischen und bulgarischen Offizieren befehligt. Die Petersburger Regierung hatte, wie oben gezeigt, anfänglich die bulgarischen Einheitsbestrebungen in jeder Weise gefördert und sich in den Abkommen von 1881 und 1884 die grundsätzliche Zustimmung Österreichs dazu bereits gesichert. Aber Fürst Alexander war an der Newa so sehr eine persona ingrata geworden, daß man jetzt die Einigung nicht wünschte, weil sie einen Erfolg für ihn bedeuten mußte. Die Einheitspartei beschloß nun, auf eigene Faust und ohne russische Hilfe zu handeln, und im Sommer 1885 war alles für den Sturz der türkischen Scheinmacht in Ostrumelien vorbereitet. Im August desselben Jahres hatte Giers dank der Vermittelung Kalnokys in Franzensbad eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Alexander. In ihrem Verlauf stellte der Minister dem Fürsten eine Versöhnung mit Rußland in Aussicht[17]), betonte aber zugleich, daß die Dreikaisermächte gegenwärtig die Ordnung im Orient nicht gestört wissen wollten und allen Einheitsbestrebungen entgegentreten würden. Aus einer Äußerung Bismarcks geht deutlich hervor, daß Alexander sowohl Giers als Kalnoky bestimmte Versprechungen gemacht hat, und auch dem Kaiser Franz Joseph hat er nach seinen eigenen Worten die positivste Versicherung gegeben, daß die Ruhe einstweilen aufrecht erhalten werden würde[18]). Fast unmittelbar darauf erfuhr er, daß der ostrumelische Staatsstreich in kürzester Frist stattfinden sollte. Zweifellos hatte er nun die Wahl, entweder ihn gutzuheißen und die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens unter seiner eigenen Leitung durchzuführen, oder abzudanken; und er entschloß sich für das erste. Der Staatsstreich vollzog sich

ohne Widerstand und Blutvergießen. Ein paar kleine Emeuten waren die Vorboten der Revolution. Der Generalgouverneur von Ostrumelien verkannte ihre Bedeutung nicht und berief einen Ministerrat. Das einzige, was man tun konnte, um die Revolution zu unterdrücken, wäre die Anrufung des türkischen Oberherrn gewesen; aber der türkische Generalgouverneur war ein zu guter bulgarischer Patriot, um das zu wollen[19]). Man ließ also dem Schicksal seinen Lauf. Am frühen Morgen des 18. September wurde Gavril Pascha von den Führern der Aufständischen kurzerhand festgenommen und über die Grenze geschafft. Die provisorische Regierung, die die Führer sogleich bildeten, rief die Einheit der beiden Bulgarien und Alexander zu ihrem Fürsten aus. Dieser nahm den Ruf an und mobilisierte die bulgarische Armee; am 21. September zog er unter dem Jubel der Bevölkerung in Philippopel ein; die Sobranje bewilligte die notwendigen militärischen Kredite und beschloß ebenfalls die Vereinigung mit Ostrumelien.

3.

Alle Kabinette wurden durch den Staatsstreich völlig überrascht[20]). Der Zeitpunkt war geschickt gewählt. In Konstantinopel traf die Nachricht am Abend vor Beginn des Beiramfestes ein. Die meisten diplomatischen Agenten in Sofia und Philippopel waren beurlaubt. In den Hauptstädten der Großmächte herrschte Ferienruhe. Die ganze politische Welt von Petersburg war verreist; der Zar war in Kopenhagen, Giers in Meran, die Botschafter und leitenden Beamten im Ministerium des Auswärtigen waren abwesend. In der Umgebung des Zaren befand sich kein Minister, Giers hatte nicht einmal einen Sekretär bei sich. Der allgemeine Unwille der Kabinette richtete sich naturgemäß gegen den Fürsten Alexander, der den ersten Einbruch in das Berliner Vertragswerk verschuldet hatte, und zwar in direktem Widerspruch mit seiner ausdrücklichen Zusage. Es ließ sich gar nicht übersehen, welche Folgen diese Tat des Friedensstörers haben würde. Der Status quo am Balkan war erschüttert; Serbien und Griechenland, die ihre Lebensinteressen durch die Vergrößerung Bulgariens geschädigt glaubten, verlangten lärmend nach Kompensation, und die

Möglichkeit bestand, daß die revolutionäre Bewegung auch nach Mazedonien übergriff.

Bismarcks erste Sorge war, das europäische Konzert aufrecht zu erhalten; er setzte sich daher alsbald mit den zunächst interessierten Kabinetten von Wien, Petersburg und Konstantinopel in Verbindung. Als die englische Regierung, die die Russen für die Urheber des Staatsstreiches hielt, bei den Dreibundmächten allein anfragte, ob sie sich einer Demarche in Sofia anschließen wollten, um bei dem Fürsten Alexander energische Vorstellungen für die Erhaltung des Berliner Vertrages zu erheben, lehnten Berlin und Wien den Vorschlag ab, da alle Signatarmächte gemeinsam vorgehen müßten.

Da änderte die englische Politik plötzlich ihren Kurs, und zwar rührte diese Schwenkung von dem englischen Botschafter in Konstantinopel, Sir William White, her. Dieser hatte während der Konstantinopeler Botschafterkonferenz einen so günstigen Eindruck auf Lord Salisbury gemacht, daß er ihn 1879 als Generalkonsul und diplomatischen Agenten nach Bukarest sandte; und im Frühjahr 1885 wurde er gegen die Regel, die in England den diplomatischen und den Konsulardienst streng getrennt hielt, als stellvertretender Botschafter nach Konstantinopel geschickt. White erkannte als erster, daß die Politik, die England im Jahre 1878 verfolgt hatte, unter den neuen Umständen am besten mit den entgegengesetzten Mitteln fortgesetzt würde. Er befürwortete die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien, die England damals entschieden bekämpft hatte; denn er glaubte, daß ein national und politisch konsolidiertes Bulgarien sich als ein wirksames Bollwerk gegen Rußlands Vordringen erweisen würde[21]). White überzeugte Lord Salisbury schnell von der Richtigkeit dieser Auffassung, und die englische Politik erstrebte jetzt eine Personalunion beider Provinzen unter dem Battenberger.

Im Gegensatz zu England und im Gegensatz zu seiner eigenen Politik, die es nicht nur in San Stefano, sondern auch durch sein Abkommen mit Österreich von 1881 und 1884 verfolgt hatte, ergriff Rußland gegen die Einigung Bulgariens Partei. Alexander III. stellte sich mit aller Entschiedenheit auf die Basis des Berliner Vertrages, den das gesamte nationalistische und panslawistische Rußland als ein nationales Unglück

betrachtet hatte, und zog aus dieser Stellungnahme alle Konsequenzen. Die Frage war, welche praktische Politik die Mächte verfolgen sollten, um der Kongreßakte gemäß den Status quo ante wiederherzustellen. Das einzige Mittel, das zu Gebote stand, war, daß die Türkei, der das Recht dazu unzweifelhaft zustand, durch Drohung oder Gewalt seinen Souveränitätsrechten in Ostrumelien wieder Geltung verschaffte. Nelidow, der jetzt russischer Botschafter in Konstantinopel war, drängte den Sultan tatsächlich in jeder Weise dazu. Die russische Politik faßte also eine Exekution gegen orthodoxe Balkanslawen durch das Schwert des Islam ins Auge![22])

War das leitende Motiv dieser Politik allein die Vertragstreue Alexanders III. und seiner politischen Berater? Freilich hatte sich der Zar soeben erst im August mit dem Kaiser von Österreich in Kremsier darüber verständigt, daß der Status quo am Balkan vorläufig nicht geändert werden sollte. Aber im Prinzip hatte er in dem Abkommen von 1881 und in dessen Erneuerung 1884 eine Änderung des Berliner Vertrages geplant, und zwar gerade in bezug auf die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien. Österreich war jetzt bereit, dieser Verbindung zuzustimmen, wofern Serbien eine Kompensation für die Vergrößerung Bulgariens erhielte; Deutschland hätte jeder Verständigung zwischen Rußland und Österreich zugestimmt, und England begünstigte die Vereinigung. Wenn alle interessierten Mächte für eine Änderung der Berliner Kongreßakte zu haben waren, so wird man bei Rußland nicht die Vertragstreue als Hauptmotiv voraussetzen können. Nach einem Bericht war es der persönliche Entschluß des Kaisers, der bulgarischen Einigung entgegenzutreten, und zwar soll dies der erste Fall gewesen sein, wo er persönlich in die auswärtigen Politik eingriff[22]). Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Zar, als die Nachricht von dem ostrumelischen Staatsstreich ihn erreichte, sich in Dänemark aufhielt, während Giers in Tirol weilte. Der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir William White, war der Überzeugung, daß dem Entschluß des Zaren eine Intrige Nelidows zugrunde lag. Alexander III. war seinem Battenberger Vetter bitter feind und hatte bisher der anfänglich von ihm gewünschten bulgarischen Einigung widersprochen, weil er dem Fürsten den persönlichen Erfolg nicht gönnte.

Wenn Nelidow, der die Abwesenheit des Kaisers und Giers' aus Petersburg benutzte, um sich über den Kopf des Ministers hinweg mit dem Kaiser direkt telegraphisch in Verbindung zu setzen, mit denselben Argumenten auf ihn einwirkte, die er in Konstantinopel vorbrachte, so scheint er sein Terrain geschickt gewählt zu haben. Es waren Argumente aus der Metternichschen Zeit über die Gefahren der revolutionären Nationalitätsbestrebungen der Völker, und jede Erwähnung revolutionärer Bewegung mußte den Zaren an die nihilistische Gefahr zu Hause erinnern. Nach Whites Vermutung war Nelidows Absicht, als er dem Kaiser eine den slawischen Interessen völlig zuwiderlaufende Politik anriet, Giers zu stürzen. White schloß aus unvorsichtigen Äußerungen, die Nelidow zu einem anderen Diplomaten getan hatte, daß er selbst hoffte, Giers Nachfolger zu werden. Er rechnete nach Whites Annahme folgendermaßen: eine türkische Exekution gegen Bulgarien, die Nelidow zweifellos betrieb, würde eine mächtige Reaktion der öffentlichen Meinung in Rußland hervorrufen; man würde dort allgemein sagen, so etwas wäre nur unter einem protestantischen Minister des Auswärtigen möglich[24]).

Um Bulgarien zum Rückzuge zu zwingen, rief der Zar sämtliche russische Offiziere ab, die in Bulgarien und Ostrumelien dienten. Das bedeutete nahezu eine Entwaffnung der bulgarischen Armee. Sowohl diese als die ostrumelische Miliz waren von russischen Offizieren geschaffen und organisiert worden; die ältesten bulgarischen Offiziere hatten nur ein Dienstalter von sechs Jahren, keiner hatte bisher mehr als eine Kompagnie geführt; die höheren Kommandostellen, das Kriegsministerium und der Generalstab war mit russischen Offizieren besetzt. Der Fürst sah sich also in der schwierigen politischen Lage genötigt, in kürzester Frist die Umbildung sämtlicher Stäbe und der gesamten Armeeverwaltung vorzunehmen und alle Stellen mit jungen, unerprobten bulgarischen Offizieren zu besetzen. Den Befehl über das Heer übernahm er selbst. Die Abberufung der russischen Offiziere hatte also nicht die unmittelbare Wirkung, die der Zar erwartet hatte. Er entließ daher den Fürsten Alexander aus dem russischen Heeresverbande, dem er als Chef eines Schützenbataillons angehörte und hoffte dadurch, die Stellung Alexanders in seiner eigenen Armee un-

möglich zu machen[25]). Die Abberufung der Offiziere war nun freilich ein verhängnisvoller Schritt für Rußlands Einfluß in Bulgarien. Die Abwendung von dem mächtigen Gönner hatte sich bisher im wesentlichen auf die engen Kreise der Politiker beschränkt, während Rußland in der Armee und in der großen Masse des Volkes noch einen sehr starken Einfluß besaß. Im Volke war die dankbare Erinnerung an die Befreiung von dem türkischen Joche noch durchaus lebendig. Die Armee war das einzige wirklich Tüchtige, was die Russen in Bulgarien geschaffen hatten, und wenn ein Teil der bulgarischen Offiziere unzufrieden war, weil die Russen ihnen meist vorgezogen wurden, und — auf Kosten des Landes — eine sehr viel höhere Besoldung erhielten, so hatte die Armee doch volles Vertrauen in die Führung der russischen Offiziere, und dadurch wurde wiederum der russische Einfluß im Volke gestärkt. Als Rußland jetzt in der Stunde der Not seine Offiziere abberief und Bulgarien gewissermaßen entwaffnete, waren die Bulgaren des Vertrauens und der Dankbarkeit gegen ihre Befreier quitt.

Die drei Kaisermächte regten an, die Frage durch eine neue Botschafterkonferenz in Konstantinopel behandeln zu lassen, deren Verhandlungen auf den Berliner Vertrag basiert werden sollten. Die Konferenz hätte den Fürsten Alexander aufzufordern, samt seinen Truppen Ostrumelien zu räumen. Falls er sich dessen weigerte, würden die Mächte den Sultan nicht hindern, seinen souveränen Rechten Geltung zu verschaffen; andernfalls aber würden sie mit der Pforte über eine „Assimilierung" der Verwaltung und der Institutionen in beiden Provinzen beraten, wobei jedoch das ominöse Wort: „Einheit" vermieden werden sollte[26]). Lord Salisbury verlangte, daß man sich zunächst über den Fall verständigte, daß Fürst Alexander sich der Aufforderung der Mächte, Ostrumelien zu räumen, nicht fügte. Einer türkischen Exekution in Ostrumelien könne England nicht zustimmen, und der Lord war geneigt, die Teilnahme an der Konferenz überhaupt abzulehnen[27]). Berlin und Wien arbeiteten einer solchen Entwicklung entgegen. Eine Botschafterkonferenz, sagte Herbert Bismarck dem englischen Botschafter in Berlin, sei die am wenigsten schwierige Art, die Mächte zusammenzuhalten und einstimmige Entscheidungen zustande zu bringen. Es habe sich als unmöglich erwiesen, die

gewünschte Einstimmigkeit durch direkten telegraphischen Verkehr unter den fünf Mächten zu erreichen, da die Telegramme häufig einander gekreuzt hätten und eine unsägliche Verwirrung entstanden sei. Schließlich nahm England die Einladung, die die Pforte am 21. Oktober erließ, an, aber mit dem Vorbehalt, daß es sich Freiheit des Handelns bewahrte, falls gegen Bulgarien Zwangsmaßregeln oder Schritte, die dazu führen könnten, beschlossen wurden[28]). In seiner Instruktion für Sir William White führte Lord Salisbury an, daß die englische Regierung sich nicht an den buchstäblichen Wortlaut des Berliner Vertrages gebunden hielte. Gewiß habe der Sultan das vertragsmäßige Recht, durch militärische Maßregeln den Status quo ante in Ostrumelien wiederherzustellen. Aber er habe sich selbst der freien Ausübung dieses Vertragsrechts begeben, indem er Rat und Beistand der Mächte anrief. Wenn diese ihrerseits die Verantwortung für eine militärische Exekution des Sultans übernehmen wollten, so müßten sie nicht nur von deren Legalität, sondern auch von ihrer politischen Zweckmäßigkeit und Weisheit überzeugt sein. Jedenfalls müßte man, ehe über die Zukunft Ostrumeliens beschlossen würde, die dortigen Zustände und die Wünsche der Bevölkerung genau prüfen, und das gerade wollte Lord Salisbury zu einer Hauptaufgabe der Botschafterkonferenz gemacht wissen[29]). Auf der Konferenz gruppierten sich die Mächte folgendermaßen: Die Dreikaisermächte und Italien traten als solidarische Gruppe auf, Frankreich war im Interesse der Einstimmigkeit der Beschlüsse bereit, auf besondere eigene Wünsche zu verzichten, und England war isoliert. Aber da Einstimmigkeit notwendig war, um den Beschlüssen der Mächte Kraft zu verleihen, besaß England trotz seiner einsamen Stellung ein Veto und konnte die Konferenz sprengen. Die Botschafter versammelten sich zum ersten Male am 5., zum letzten Male am 25. November. Bereits als die Schlußredaktion der ersten Resolution vorlag, ergab sich die Unmöglichkeit, zu einem einstimmigen Beschluß zu gelangen. Der Vertreter Englands stimmte der Fassung der Mehrheit nicht zu, und der Konferenz blieb nichts übrig, als sich „sine die“ zu vertagen.

Die Türkei, gegen deren Oberherrschaft der Staatsstreich von Philippopel gerichtet war, hatte zunächst bei den Mächten

auf Alexander von Bulgarien selbst zurückgeht, lehnte dieser die Vorstellungen des österreichischen Gesandten ab, da er wohl einen Frieden, aber keinen Waffenstillstand schließen wolle, und die Mission Khevenhüllers war gescheitert. Darauf überschritt dieser, was allgemein anerkannt wird, seine Instruktionen, indem er, seiner eigenen Mitteilung gemäß, dem Fürsten erklärte, er würde, wenn er zum Angriff vorginge, nicht mehr serbischen, sondern österreichischen Truppen gegenüberstehen[36]), die in dem Falle in Serbien einrücken sollten; dann würden die Russen Bulgarien okkupieren und Alexander würde seinen Thron verlieren[37]). Aber nach dem sehr bestimmten Zeugnis A. v. Huhns hat Khevenhüller geradezu mit der Kriegserklärung Österreichs gedroht[38]).

Die österreichische Politik dieser Zeit erscheint widerspuchsvoll. Serbien hätte den Krieg ohne eine Anleihe von der Wiener Länderbank gar nicht führen können. Weshalb die Regierung diese Anleihe nicht verhindert hat, bleibt unerklärt. Was nun die Aktion des Grafen Khevenhüller betrifft, so ist es möglich, daß dieser Balkanpolitik auf eigene Hand gemacht hat. Kalnoky hatte in Belgrad beständig vor einem Kriege warnen lassen. Nach A. von Huhn war Khevenhüller im höchsten Maße Russophob; er glaubte, obwohl die Tatsachen es längst widerlegt hatten, bestimmt, daß Rußland hinter Alexander und dem Staatsstreich von Philippopel stände, und wollte das Vordringen des vermeintlichen russischen Einflusses durch Serbien bekämpfen. Huhn vermutet, daß der Gesandte die friedlichen und vom Kriege abmahnenden Weisungen seines Ministers, die zweifelsohne Serbien von der Kriegserklärung abgehalten hätte, nicht mit dem nötigen Nachdruck an ihre Adresse gelangen ließ. Kalnokys Abmahnungen seien in einer solchen Abschwächung vorgetragen worden, daß sie einer Aufmunterung nicht ganz unähnlich sahen. Nun sich aber das Glück der Waffen für Bulgarien erklärte, galt es für Khevenhüller, Serbien zu retten: als er durch Überschreitung seiner Instruktionen den Feindseligkeiten ein Ende machte, reichte der Munitionsvorrat des serbischen Heeres noch für 5 Stunden[39]).

Das eigenmächtige Vorgehen des Gesandten wurde natürlich der Wiener Politik zur Last gelegt. In Rußland entstand, mindestens vorübergehend, eine beträchtliche Verstimmung.

Giers soll nach Wien geradezu haben sagen lassen, daß der Einmarsch der Österreicher in Serbien den Pakt des Dreikaiserbundes zerreißen würde[40]). Als Khevenhüller nach Wien berufen wurde um sich zu verantworten, schildert er seinen Eindruck in einem Briefe: „am Ballplatz ist man so verdonnert, daß niemand aufzublicken wagt." Schließlich scheint sich die russische Regierung mit dem Nachweise beruhigt zu haben, daß der Gesandte zu der Sprache, die er geführt hatte, in keiner Weise berechtigt gewesen war[41]).

Bismarck war sehr unzufrieden und sprach — so notiert Freiherr von Mittnacht am 9. Dezember — sehr abfällig über die österreichische Politik, die ihm eine große Sorge sei. Sie sei bald zu rasch, bald zu langsam, und beides am unrechten Ort. Die Russen seien verständiger. Man spreche in Österreich von Einmarschieren in Serbien, von Mobilisieren, wie von etwas ganz Gewöhnlichem, und zwar, was geradezu ein Bruch bestehender Abmachungen wäre, ohne Benehmen mit Rußland, wodurch Alexander III., der unser sicherster Mann gewesen, wieder den Nowisten zugeführt werde. Kalnoky habe sich von Anfang an getäuscht, wenn er hinter dem Fürsten von Bulgarien, der im Grunde mehr Österreicher als Russe war, Rußland vermutete. Was könnte es Österreich schaden, wenn die Bulgaren nach Belgrad marschierten, und wenn Serbien und Bulgarien ein unabhängiges Reich bildeten, unter dem Schutze Englands. Die Österreicher sollten warten, bis sie die englischen Kanonen hörten. Die Engländer haben das größere Interesse, reden aber den Österreichern ein, daß es auf ihrer Seite läge, und diese glauben das ... Das große Interesse für Milan, der ein hysterisches Frauenzimmer ist, ist ganz unbegründet. Den Fürsten von Bulgarien, der jetzt der Umworbene ist — wir hatten uns früher über ihn zu beklagen gehabt — hätte Österreich nicht vor den Kopf stoßen sollen[42])."

Der vierzehntägige Balkankrieg hatte sowohl die persönliche Stellung des Fürsten Alexander als die der bulgarischen Nation in ungeahnter Weise verändert. Der junge Herrscher war der Held des Tages. Seit dem Juli 1885 war sein Bruder Heinrich mit der Tochter der Königin von England vermählt, und er selbst warb schon seit längerer Zeit um die Hand einer Enkelin des Deutschen Kaisers[43]). Bismarck wehrte sich mit Rücksicht

auf die deutsch-russischen Beziehungen — Kaiser Alexander hatte geäußert, daß er diese Verbindung für ganz unmöglich und fast für einen Kriegsfall hielte — „mit Nägeln und Zähnen" gegen dieses Heiratsprojekt[44]). Aus diesem Gesichtspunkt war ihm vielleicht die „Rebellion" des Fürsten gegen den Berliner Vertrag nicht ganz unwillkommen, da sie den Widerstand Kaiser Wilhelms gegen jene Ehe steigerte[45]). Aber von der allgemeinen Begeisterung für die tapferen Bulgaren wurden auch die russischen Nationalisten ergriffen. Sie gönnten dem österreichisch gesinnten Serbien seine Niederlage von Herzen, eine panslawistische Agitation setzte ein, und Katkow griff in der Moskauer Zeitung die Politik an, die um der Freundschaft Deutschlands und Österreichs willen die Interessen und Sympathien Rußlands in Bulgarien preisgäbe. Die Regierung machte freilich die Panslawisten mundtot, aber der herrschenden Stimmung trug der Zar insofern Rechnung, als er durch einen Armeebefehl den russischen Instrukteuren des bulgarischen Heeres Lob und Anerkennung aussprach. Bulgarien hatte bei Slivnitza die Einheit mit Ostrumelien gewonnen, und Giers gab jetzt zu, daß die einfache Rückkehr zu dem Status quo ante eine unmögliche Forderung geworden war[46]).

Nach der Schlacht von Slivnitza wünschten die festländischen Mächte das europäische Konzert wieder herzustellen. Die Türkei hatte bereits während des bulgarisch-serbischen Feldzuges direkte Verhandlungen mit Bulgarien eröffnet. Sie hatte jetzt ein starkes Heer in Europa versammelt; Griechenland hatte mobil gemacht, zwischen Bulgarien und Serbien bestand seit dem 22. Dezember ein kurzweiliger, von beiden Seiten widerwillig geschlossener Waffenstillstand, und die ostrumelische Frage harrte der Erledigung. Nun schlug Giers, einer Anregung Kalnokys folgend, eine gemeinsame Demarche der Mächte in Belgrad, Sofia und Athen vor, um eine allgemeine Demobilisierung zu bewirken. Die Pforte erklärte sich bereit, ihrerseits abzurüsten, sobald die christlichen Balkanstaaten es täten. England war jetzt willens, mit den anderen Mächten zusammenzuwirken; und als das Kabinett Salisbury gestürzt wurde, setzte der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Rosebery, die Politik seines Vorgängers fort. Die Verhandlungen der Mächte betrafen einerseits die Friedensverhandlungen zwischen Serbien

und Bulgarien, anderseits den türkisch-bulgarischen Ausgleich. Als Sitz der Konferenz wurde Bukarest bestimmt, und nach langem Hin und Her wurde am 3. März der Friedensvertrag geschlossen, dessen einziger Artikel besagte, daß der Friede mit dem Tage der Unterzeichnung wiederhergestellt sei. Die Verhandlungen zwischen Bulgarien und und der Türkei führten zu folgenden Verabredungen: Bulgarien und Ostrumelien sollten durch Personalunion vereinigt werden, indem Fürst Alexander von je fünf zu fünf Jahren zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannt wurde. Zwischen Bulgarien und der Türkei wird gegenseitige Waffenhilfe zu Verteidigungszwecken ausgemacht. Eine türkisch-bulgarische Kommission soll das organische Statut von Ostrumelien revidieren. Dagegen erhob Rußland verschiedene Einsprüche; vor allem wandte es sich gegen die gegenseitige Waffenhilfe; da dann bulgarische Truppen, unter türkischer Führung, gegen andere christliche Balkanvölker verwendet werden konnten. Auf die dringenden Vorstellungen der Mächte, auch Englands, ließ der Sultan diese Forderung fallen. Länger wurde über die Frage der Personalunion und über die Revision des organischen Statuts gestritten. Es handelte sich darum, ob der Fürst auf Lebenszeit oder, nach dem Artikel 17 des Berliner Vertrages, auf fünf Jahre ernannt werden sollte, und ob, ebenfalls nach Artikel 17, der jedesmalige Ernennungsfirman des Sultans die Zustimmung der Mächte erhalten sollte. Rußland setzte zunächst durch, daß nicht der „Fürst Alexander", sondern „der Fürst von Bulgarien" zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannt wurde. Dann aber nahm Giers den österreichischen Vorschlag an, der eine Befristung der Amtsdauer ausschloß und erklärte sich auch damit einverstanden, daß die Revision des organischen Statuts durch eine bulgarisch-türkische Kommission erfolgen, und erst nachher die Sanktion der Mächte erhalten sollte. Giers erklärte dies als ein Minimum der russischen Forderung und das Maximum seiner Zugeständnisse. Aber der Sultan machte die größten Schwierigkeiten. Nachdem die Türkei in der Militärfrage nachgegeben, sollte Rußland in den anderen Punkten Konzessionen machen[47]). Der Sultan wollte sich namentlich nicht des Rechtes begeben, den Generalgouverneur für Ostrumelien nur auf fünf Jahre zu ernennen, um die Erneuerung des Firmans auch versagen, und sich so der

Ergebenheit und Treue des Fürsten von Bulgarien versichern zu können. Angesichts dieser Haltung des Sultans kam Giers auf seinen ursprünglichen Vorschlag zurück, daß die fünfjährige Amtsperiode angenommen, aber die jedesmalige Erneuerung des Firmans von der Zustimmung der Mächte abhängig gemacht würde. Da dieser Vorschlag der einzige Ausweg zu sein schien, fand er die allgemeine Zustimmung der Mächte, obwohl Frankreich und Österreich die Erneuerung ohne Zustimmung vorgezogen hätten. Damit schien die Frage gelöst; denn auch der bulgarische Vertreter Zanow hatte in Konstantinopel beantragt, die Erneuerung gemäß Artikel 17 des Berliner Vertrags zu regeln[48]). Da erhob zur allgemeinen Überraschung Fürst Alexander selbst leidenschaftlichen Einspruch und erklärte, nachdem er sich bisher allen Wünschen der Mächte gefügt habe, jetzt keine weiteren Zugeständnisse machen zu können. Zanow habe seine Vollmacht überschritten und ein höchst bedauerliches Versehen gemacht. Alexander war mit der fünfjährigen Erneuerung durch den Sultan allein einverstanden gewesen, aber ihre Abhängigkeit von der Zustimmung der Mächte ließ ihn für den Bestand seiner Herrschaft in Bulgarien selbst fürchten. Die bulgarische Fürstenwürde wurde gewissermaßen zu einem Attribut des Generalgouverneurs von Ostrumelien; blieb einmal die Zustimmung der Mächte aus, so war entweder der bulgarischen Einheit ein Ende gemacht, oder er selbst verlor seinen Thron. Zweifellos hatte die bulgarische Diplomatie einen schweren Fehler gemacht; aber die Mächte waren, nachdem sie nach mehrmonatigen schwierigen Verhandlungen eine allseitige Übereinstimmung erzielt hatten, nicht geneigt, den verspäteten Einspruch des Fürsten zu berücksichtigen. Vielmehr herrschte allgemeiner Unwille über den neuen Zwischenfall, der den Abschluß der Verhandlungen verzögerte. Giers lehnte neue Vermittlungsvorschläge kategorisch ab, und am 5. April 1886 wurde das türkisch-bulgarische Abkommen von den Botschaftern der Mächte in Konstantinopel unverändert unterzeichnet.

4.

Nachdem es im Norden der Balkanhalbinsel zum Frieden gekommen war, kam die Reihe an Griechenland. Da man in Athen hartnäckig blieb, schritten die Mächte zu einer Blockade,

bis Ende Mai auch die griechische Regierung ihre Streitkräfte demobilisierte. Derweil wurde die Lage in Bulgarien wieder kritisch. Der Fürst hatte sich der Entscheidung der Mächte nur unter Vorbehalt gefügt und handelte nun unter völliger Nichtachtung des Protokolls von Konstantinopel. So berief er die Volksvertretung von Bulgarien und Ostrumelien zu einer gemeinsamen Tagung in Sofia ein, als ob die beiden Provinzen durch Realunion verbunden waren, und in seiner Thronrede sprach er von der vollzogenen Einheit beider Bulgarien, ohne der Türkei oder der Mächte irgend zu gedenken. Er entschuldigte sich damit, daß anderenfalls die parlamentarische Opposition das Protokoll von Konstantinopel gänzlich verworfen haben würde. Aber sein Vorgehen machte bei allen Kabinetten einen sehr ungünstigen Eindruck; und in Rußland war man um so mehr entrüstet, als dieses Ignorieren der Mächte den Beifall eines großen Teiles der Presse in Österreich-Ungarn und auch in Deutschland fand, weil es vor allem gegen Rußland gerichtet wäre. Sowohl für das Ausland, als für Bulgarien selbst, war Fürst Alexander selbst zum Mittelpunkt der bulgarischen Frage geworden. Der Haß der Russen richtete sich gegen seine Person, und die Parteibildung in Bulgarien wurde ebenfalls durch ihn selbst beherrscht; denn trotz seiner militärischen und politischen Erfolge zerriß der Parteistreit Land und Heer. In der Armee war ein Teil für und einer gegen den Fürsten, und hier setzten die russischen Agenten ein. Sie überwiesen der Oppositionspartei aus dem bulgarischen Okkupationsfonds, also mit bulgarischem Gelde, die Mittel, um den Sturz Alexanders vorzubereiten. In der Nacht zum 21. August 1886 brach eine Militärverschwörung aus. Das Strumskysche Kavallerieregiment marschierte nachts nach Sofia, umzingelte den Konak des Fürsten, nötigte ihn zur Abdankung und schaffte ihn über die Grenze. Dem russischen Botschafter in Konstantinopel, Nelidow wurde die Äußerung zugeschrieben, daß die Beseitigung des Battenbergers Rußland nur 300 000 Franken gekostet hätte. Auf bulgarischer Seite wurden die Kosten der Revolution auf 1½ Millionen Franken berechnet[49]).

Allein gegen die Entführung des Fürsten und gegen die provisorische, ausgesprochen russophile Regierung, die sich gebildet hatte, erhoben sich nun die treu gebliebenen Regimenter in

der Provinz und ein großer Teil des Volkes. Die Truppen rückten nach der Hauptstadt, und ein Bürgerkrieg drohte. In die allgemeine Verwirrung und das haltlose Schwanken der bulgarischen Politiker griff der Kammerpräsident Stambulow entscheidend ein. Er stürzte die provisorische Regierung, bildete eine Regentschaft und rief den Fürsten zurück.

Alexander erhielt diese Nachricht in Lemberg und kehrte sofort um. Aber, an der bulgarischen Grenze angelangt, sandte er, der Vasall der Türkei, ein Telegramm an den Zaren, daß er bereit sei, die Krone, die er von Rußland empfangen, in seine Hände zurückzugeben.

Im Auswärtigen Amt an der Sängerbrücke war man geneigt, sich mit dieser löblichen Unterwerfung zufrieden zu geben. Aber der Zar blieb unversöhnt und schrieb selbst das Antworttelegramm, das den Fürsten aufforderte, Bulgarien wieder zu verlassen[50]). Er könne dessen Rückkehr in das schwer geprüfte Land nicht billigen; auch werde er den Fürsten Dolgoruki (dessen Kommen Alexander begrüßt hatte) nicht senden, angesichts der traurigen Lage, in der sich Bulgarien befände, solange der Fürst dort bleibe. Dieser werde wissen, was er zu tun habe; er selbst behalte sich vor, zu beurteilen, was ihm das Andenken seines Vaters, die Interessen Rußlands und des Friedens im Orient gebieten würden.

Inzwischen war der Fürst in Bulgarien angekommen, und von dem Volk, von der Armee, sowie von der Sobranje mit der größten Begeisterung aufgenommen worden. Im Parlamente verfügte die Opposition bei der Präsidentenwahl nur über 13 von mehr als 200 Stimmen, und die übrigen Abstimmungen, die den Fürsten betrafen, fielen ähnlich aus.

Unter diesen Umständen hat Alexander von Battenberg abgedankt! Er dachte anfänglich wohl an eine zeitweilige Abdankung; als aber Stambulow sich nicht darauf einließ, entschloß sich der Fürst zu der endgiltigen, und die Verteidigung der Unabhängigkeit Bulgariens ging jetzt in die rauhen Fäuste Stambulows über.

Bismarck warf in einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, den er selbst geschrieben hat, die Frage auf, weshalb Fürst Alexander überhaupt nach Bulgarien zurück-

gegangen wäre, wenn er seinen Platz nicht, eventuell auch im Kampf mit Rußland behaupten wollte, wie er es in den letzten Jahren getan hatte. Es war offenbar ein schwerer politischer Fehler, daß er von vornherein seine Rückkehr nach Bulgarien von der Zustimmung Rußlands abhängig machte, ehe er sich mit der neuen bulgarischen Regierung, die ihn zurückberufen hatte, ins Einvernehmen setzte. Er fühlte sich anscheinend durch seinen Telegrammwechsel mit dem Zaren noch gebundener als durch seine Verpflichtungen gegen sein Adoptiv-Vaterland.

Wie nach dem Siege von Slivnitza, so waren dem Fürsten Alexander bei seinem jähen Sturz die Sympathien der öffentlichen Meinung in allen Ländern zugeflogen. Das Schicksal des jungen Fürsten, der ein Bild männlicher Schönheit, von Waffenruhm umstrahlt, dem Anschlage bestochener Verschwörer zum Opfer gefallen war, appellierte an alle romantischen Empfindungen. In Deutschland bildete sich dazu noch die Vorstellung, daß durch den Sturz des deutschen Prinzen, der dort unten an der Donau dem deutschen Namen Ehre gemacht hatte, deutsche Interessen verletzt worden seien. Teils aus politischer Sentimentalität, teils aus Gegnerschaft gegen die Politik des Reichskanzlers, machten sich die Oppositionsparteien und ihre Presse zum Anwalt des Battenbergers und Bulgariens, gegen Rußland und — gegen Bismarck; und ihre Angriffe waren um so schärfer und persönlicher, als man um die Neigung wußte, die zwischen der Tochter des Kronprinzen und dem Fürsten Alexander bestand. Selbst ein Mann wie Gustav Freytag schrieb damals: „Wir wollen den Battenberger nicht aufgeben, und wenn die ganze Welt ihn verrät, verläßt, verleugnet. Er ist ein Mann und war für unsere deutschen Interessen auf dem Posten." Wie es mit den deutschen Interessen, die dieser deutsche Prinz im Auslande vertreten haben soll, und wie er sich mit seiner deutschen Gesinnung in Wirklichkeit verhalten hat, erfahren wir aus seinem eigenen Munde. Zu seinem Hofprediger A. Koch sagte er im Jahre 1883: „Wenn ein deutsch-russischer Krieg ausbräche, würde ich mich, wenn auch wider Willen, unbedenklich auf Seiten Rußlands stellen; das halte ich unter allen Umständen für meine Pflicht[51])."

Wie sehr Alexander sich doch zu Rußland zugehörig fühlte, zeigt auch eine Bemerkung, die er nach einem Streit mit dem

russischen Bevollmächtigten in Sofia machte: er könne sich unmöglich so behandeln lassen; was würde denn die anständige Petersburger Gesellschaft von ihm denken, wenn er eine derartige Provokation ruhig hinnähme[52]).

Zweifellos befand sich der Fürst in einer außerordentlich schwierigen Lage. Er war erst 22 Jahre alt, als er den Thron bestieg, und die Jahre vergingen ihm in beständigem, aufreibenden Kampfe mit den bulgarischen Parteien und mit den russischen Agenten und Generalen. Die Bulgaren haben sein immer wiederholtes Nachgeben gegenüber dem russischen Druck als eine Charakterschwäche empfunden[53]). Schließlich war seine Natur diesen Kämpfen nicht mehr gewachsen aber sein Entschluß abzudanken, war für Stambulow eine schwere Enttäuschung.

Kapitel 8.

Die bulgarische Krisis.

1.

Mit dem Sturze des Fürsten Alexander nahm die bulgarische Frage von neuem einen europäischen Charakter an und entwickelte sich zu der schwersten und gefährlichsten Krisis des Jahrzehnts. Es handelte sich nicht allein darum, was nun aus Bulgarien würde, ob es seine Selbständigkeit behaupten oder in größere Abhängigkeit von Rußland zurückfallen würde, sondern ob sich an der Balkankrisis der allgemeine europäische Krieg entzündete. Auf allen Seiten hetzte der Chauvinismus zum Konflikt. Während der ganzen Dauer der Krisis war der Kampf der öffentlichen Meinungen weit schärfer als der zwischen den Regierungen der Großmächte. Diese selbst wollten wohl sämtlich den Frieden; aber es fragte sich, ob nicht hier oder dort die Kriegspartei Führer finden würde, die imstande waren, die Politik ihres Landes maßgebend zu beeinflussen.

Die Stellungnahme des amtlichen Deutschlands wurde durch die wiederholte Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gekennzeichnet, daß das Reich gar keine Interessen in Bulgarien habe, und daß diese oder andere Bewegungen in

Bulgarien die deutsche Politik unberührt ließen. Wenn also die Presse der oppositionellen Reichstagsmehrheit gegen Rußland wütete und mehr oder weniger offen die Einmischung Deutschlands forderte, so fiel das gegen Bismarcks Autorität nicht allzuschwer in die Wagschale; aber diese Agitation verbitterte die russischen Beziehungen und trieb viel Wasser auf die Mühlen Katkows, des souveränen Führers der nationalen Leidenschaft auf russischer Seite. Schon im Juli 1886 trat Katkow offen mit dem Programm hervor, daß Rußland das Dreikaiserbündnis nicht erneuern, sondern einen Ersatz dafür in der Freundschaft Frankreichs suchen müsse. Folgenschwerer als in Deutschland war die antirussische Agitation in Ungarn; denn dort fand sie einflußreiche Führer in dem Minister Tisza und dem Exminister Andrássy, und diese drängten das Wiener Kabinett in eine Haltung, die einen latenten Konflikt mit Rußland hervorrief und schließlich das Ende des Dreikaiserbündnisses verursacht hat. Diese Haltung des ungarischen Chauvinismus war politisch um so unbedachter, als die Monarchie nicht mit Sicherheit auf die Unterstützung Englands rechnen durfte. Hier herrschte zwar große moralische Entrüstung über die Vertreibung des Battenbergers; aber in beiden großen politischen Parteien bestand eine starke Stimmung gegen eine Einmischung in die Balkanfrage. Lord Salisbury trug der allgemeinen Empörung gegen Rußland durch eine scharfe Rede Rechnung, aber seine Politik blieb abwartend und behutsam, so daß man sagte, er rede wie ein Jingo, aber handle wie ein Manchestermann. Zu diesem latenten Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland trat jetzt ein zweiter zwischen Frankreich und Deutschland. Frankreich erlebte ein „Wiedererwachen des nationalen Geistes", und die Bewegung fand einen Führer in dem General Boulanger. Die Hauptaufgabe der Bismarckschen Staatskunst war nun, eine Entzweiung zwischen Rußland und Österreich zu verhüten und dafür zu sorgen, daß die beiden Herde der europäischen Krisis isoliert blieben; es durfte zu keiner organischen Verbindung zwischen der orientalischen und der deutsch-französischen Frage kommen, und falls der Krieg mit Frankreich nicht zu verhindern war, so mußte Deutschland dann wenigstens vor der Gefahr eines Zweifrontenkrieges bewahrt werden[1]).

2.

Der Sturz des zweiten Ministeriums Jules Ferrys (30. März 1885) bedeutete den Anfang einer neuen Orientierung der französischen Politik. Die Kolonialpolitik, die mit der tunesischen Unternehmung begann, hatte zur Voraussetzung gehabt, daß Frankreich sich von der Festlandspolitik und damit von der Revancheidee abwandte, und vielmehr gute Beziehungen zu Deutschland unterhielt. Diese Politik mußte dauernd mit einer beträchtlichen Opposition kämpfen und erfuhr eben dadurch wiederholte Unterbrechungen. Die militärische Expedition im Innern von Tunesien führte den Sturz des ersten Kabinetts Ferrys herbei; Gambetta rettete die politische Situation durch eine Tagesordnung, die den Bardovertrag und das Protektorat billigte. Als er darauf selbst Ministerpräsident geworden war, arbeitete er zielbewußt auf eine englisch-französische Okkupation Ägyptens hin, aber sein Ministerium dauerte nur ein paar Monate, und sein Nachfolger Freycinet wagte nicht, diese Politik fortzusetzen. An der Beschießung Alexandrias nahm die französische Flotte nicht teil, und Freycinet wurde gestürzt, als er das bescheidene Ziel verfolgen wollte, mit England zusammen die Sicherung des Suezkanals zu bewirken. Die Tatsache, daß England jetzt allein Ägypten okkupierte, und die Erkenntnis, daß Frankreich sich durch eigne Schuld und ohne Not eine schwere politische Niederlage zugezogen hatte, verschaffte der kolonialpolitischen Richtung wieder das Übergewicht und ermöglichte das zweite Ministerium Jules Ferrys (1883 bis 85), das mit Unterstützung Deutschlands die überseeischen Unternehmungen wieder aufnahm. Aber die Niederlage, die Frankreich in dem Kriege mit China bei Lang-son erlitt, führte eine neue Wendung herbei; und mit dem Sturze Ferrys schließt die erste Periode der französischen Kolonialpolitik nahezu ab. Die Opposition gegen die kolonialen „Abenteuer" war so groß, daß die Räumung Tonkins nur durch eine Mehrheit von 4 Stimmen verhindert wurde[2]).

Die Kolonialpolitik bildete indessen nicht den einzigen Grund zur Unzufriedenheit. Frankreich machte damals eine landwirtschaftliche und eine industrielle Krisis durch. Der Weinbau litt unter den Verheerungen der Reblaus, der Getreidebau unter der amerikanischen Konkurrenz; die Folge war der Beginn einer starken Landflucht; und die Bauern, die nach

dem Verkauf ihrer Grundstücke als kleine Rentner in die Stadt zogen und durch unglückliche Spekulationen in exotischen Wertpapieren ihr Vermögen verloren, vermehrten die Scharen der Unzufriedenen. Die Industrie litt unter einer Handelsdepression; in den großen Städten gab es unglückliche Bauspekulationen, vermehrte Arbeitslosigkeit, Streiks, und der Sozialismus wuchs. Während die Arbeitslöhne und die Produktionskosten stiegen, hielt die Industrie nicht gleichen Schritt mit der deutschen. Gambetta hatte schon im Jahre 1881 von einem Besuch in Deutschland den Eindruck mitgebracht, daß Frankreich sich sehr anstrengen müßte, wenn es nicht hinter Deutschland zurückbleiben wollte[3]). Unter der amerikanischen Konkurrenz und der Handelsdepression mit ihren Begleit- und Folgeerscheinungen litten freilich auch die übrigen europäischen Länder. Aber die gesamte wirtschaftliche Stellung der Republik hatte sich verschoben, und man begann zu erkennen, daß Frankreich, das seine Kriegsschuld von 1871 über alles Erwarten leicht abgetragen hatte, nicht mehr als das reiche Land Europas schlechthin gelten konnte[4]). Bismarck sprach Anfang 1884 von der zunehmenden Verarmung Frankreichs und dem Schwinden seiner Kaufkraft[5]).

Hierzu kam eine wachsende Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regierungssystem. Als es im Jahre 1883 — zum ersten Male seit der Kommune — zu wiederholten Krawallen in Paris kam, bemerkte man, daß nicht nur die Monarchisten, sondern auch ein beträchtlicher Teil des wohlhabenden Bürgertums eher mit dem Pöbel als mit der Regierung sympathisierten[6]). Mit Jules Ferry trat die bedeutendste Persönlichkeit nach Gambetta von der politischen Bühne ab. Ferry, der einzige Minister dieser Periode, der eine Politik positiver Ziele verfolgt und mit gutem Erfolge durchgeführt hatte, verfiel einer unverdienten Unpopularität, ja einem allgemeinen Haß, und seine kolonialen Erwerbungen wurden mißachtet. Die leitenden Politiker, die auf Ferry folgten, waren mindestens um eines Hauptes länge kleiner als er und Gambetta. Weder der Präsident der Republik noch seine Minister besaßen persönliche Eigenschaften, die der Nation ein tieferes Interesse für sie einflößen konnten. Das demokratische Regime züchtete eine politische Stellenjägerei[7]). Die inneren Probleme, die Kirchenfrage, die Vertreibung der königlichen Prinzen usf. schürten die Parteileiden-

schaften. Die mangelhaften Leistungen der Regierungen, ihre sinkende Autorität und die politische Bestechlichkeit riefen mehr und mehr die Erinnerungen an den Niedergang des zweiten Kaiserreiches wach[8]). Man begann an der Dauer der republikanischen Staatsform zu zweifeln, die bereits seit fünfzehn Jahren bestand; denn viel länger hatte sich seit der großen Revolution kein Regierungssystem gefristet. Der Umschwung der Stimmung zeigte sich bei den Kammerwahlen vom Herbst 1885 besonders deutlich. Monarchisten und Bonapartisten bildeten eine „konservative" Koalition, sie gewannen zu den 88 Sitzen, die sie vorher besessen hatten, 114 neue. Die Regierung verfügte zwar noch über eine Mehrheit von 180 Stimmen, aber die republikanische Partei hatte sich, seitdem sie im Januar 1879 auch die Mehrheit im Senat gewonnen hatte, in verschiedene Fraktionen gespalten, die sich schwer zusammenhalten ließen, und die Folge war eine immer mehr zunehmende Instabilität der Regierung. Wenn früher nach Gambettas Wort im Herbste mit den Blättern auch die Ministerien fielen, so gab es seit Ferrys Sturz fast regelmäßig einen Kabinettswechsel im Frühjahr und einen im Winter.

Frankreichs Abwendung von der Kolonialpolitik führte nicht unmittelbar zur Wiederbelebung der Revancheidee, und die Rückkehr zur Kontinentalpolitik vollzog sich nicht auf dem geradesten Wege[9]). Jules Ferry hatte sich allein auf Deutschland gestützt, während Frankreich im übrigen isoliert war. Freycinet, der in dem neuen Kabinett Brissons (April 1885) das Auswärtige übernahm und der Präsident des folgenden Ministeriums (Dezember 1885) wurde, wünschte dagegen eine Anlehnung an England oder Rußland, um sich, ohne isoliert zu werden, von der Freundschaft mit Deutschland befreien zu können, die er nach Einstellung der französischen Kolonialpolitik als unfruchtbar und drückend empfand. Die Einzelheiten dieser Versuche sind nicht bekannt und auch ihre historische Folge ist nicht ganz deutlich. Aber die Tatsachen stehen fest. Der frühere französische Diplomat, Graf Chaudordy, der in die Verhandlungen eingeweiht war, hat einen kurzen Abriß davon veröffentlicht, auf den sich der Minister des Auswärtigen, Flourens, derselbe, der Chaudordy in das Geheimnis einweihte, öffentlich bezogen hat[10]).

Graf Chaudordy erzählt, daß Freycinet sich zunächst an England wandte; aber Bismarck war ihm zuvorgekommen; und als Lord Salisbury sich unerwarteter Weise in guter Harmonie zu Bismarck fand, wurde er gegenüber den kolonialpolitischen Ansprüchen Frankreichs unzugänglicher. Anfänglich hatte Salisbury, als er im August 1886 wieder ans Ruder kam und das Kabinett Freycinet bereit fand, eine England freundlichere Richtung einzuschlagen, eine Annäherung mit Frankreich angestrebt[11]). Das wurde durch Bismarcks Dazwischentreten verhindert. Diesem war die Rückwirkung von Ferrys Sturz und des einstweiligen Endes der französischen Kolonialpolitik auf Frankreichs gesamte Orientierung schwerlich entgangen, und um so mehr wünschte er ebenfalls, die besten Beziehungen zu Lord Salisbury zu unterhalten. Für Deutschland war die englisch-französische Freundschaft etwas anderes, wenn Frankreich, wie es von Waddington bis Ferry der Fall war, eine Politik positiver Ziele außerhalb Europas verfolgte, als wenn es jetzt zu der Kontinentalpolitik zurückkehren wollte. Nach seiner Entlassung ließ Bismarck in den Hamburger Nachrichten schreiben: „Die gleichmäßige Fortsetzung des seit dem Amtsantritt Lord Salisburys stets von beiden Seiten diskret und erfolgreich gepflegten Einvernehmens zwischen dem Berliner und dem Londoner Kabinett bildete einen Hauptgegenstand der diplomatischen Sorge[12])." Das Zanzibarabkommen vom Herbst 1886 besiegelte die deutsch-englische Entente, während die englisch-französischen Beziehungen sich wieder mehr denn je verschlechterten.

Ebenso wenig Glück wie bei England hatte Freycinet bei seinem Annäherungsversuch an Rußland. Sein Ministerium hatte den Kaiser Alexander tief verstimmt, als es den bekannten Revolutionär Fürsten Krapotkin, der von einem französischen Gerichtshofe zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt war und seine Strafe abbüßte, begnadigte. Der Zar selbst schrieb darüber an seinen Botschafter in Paris einen so scharfen Brief, daß dieser sich nicht dazu verstehen konnte, ihn Freycinet mitzuteilen; so blieb der französische Minister in dem Glauben, daß sein Petersburger Botschafter sich ohne Grund über die Angelegenheit aufregte[13]). Die unsicheren politischen Zustände in Frankreich, die fortgesetzte Verschiebung des politischen Schwerpunkts nach

links und die kurze Lebensdauer der französischen Ministerien machten in Petersburg einen schlechten Eindruck; und da der Dreikaiserbund noch ungetrübt fortbestand, so lag für das russische Kabinett kein besonderer Anlaß vor, sich nach einer anderweitigen Anlehnung umzusehen. Wenn aber Freycinet sich um eine Annäherung und Entente mit Rußland bemühen wollte, so hatte er den Vorteil, daß der französische Botschafter in Petersburg, General Appert, dessen Gemahlin ebenso wie die Kaiserin eine Dänin, bei Hofe persona gratissima war. Dennoch griff er in der Absicht, die Beziehungen zu Rußland enger zu gestalten, zu dem denkbar falschesten Mittel. Er rief Ende Februar 1886 den nahezu siebzigjährigen General Appert ab, weil er für die neue Aufgabe einer jüngeren Kraft zu bedürfen glaubte[14]), erreichte jedoch nur, daß der Zar sich dadurch persönlich schwer gekränkt fühlte. Alexander III. machte aus seiner Entrüstung kein Hehl, er überhäufte den scheidenden Botschafter und seine Familie in ostentativer Weise mit Gunstbezeugungen[15]); aber von der Ernennung eines neuen französischen Botschafters wollte er überhaupt nichts hören. Er ließ im Gegenteil seinen Vertreter in Paris, den Baron Mohrenheim, umgehend auf Urlaub gehen, und vom Februar bis Ende Oktober 1886 wurden die französische Botschaft in Petersburg und die russische in Paris durch Geschäftsträger verwaltet.

Wollte Freycinet nach diesen beiden Mißerfolgen in London und Petersburg wieder aus der Isolierung heraus, so blieb ihm nur noch ein Mittel: wieder in Berlin anzuklopfen. Als Gelegenheit dazu benutzte er den Rücktritt des Barons Courcel (August 1886), und beauftragte den neuen Botschafter, Herbette, ein Rapprochement mit der deutschen Regierung zu bewerkstelligen. Der Preis, den Bismarck forderte, ist vielleicht einer der originellsten diplomatischen Schachzüge, die er überhaupt getan hat. Er forderte, daß die englisch-französischen Geschäfte im Berliner Auswärtigen Amt bearbeitet würden. Dieser Zustand, daß England und Frankreich nur auf dem Umwege über Berlin miteinander verhandelten, hat mehrere Monate lang gedauert, bis die Sache dem französischen Minister unheimlich wurde, und er einen innerpolitischen Konflikt benutzte, um zurückzutreten. Der neue Minister des Auswärtigen, Flourens, der von den auswärtigen Geschäften nichts verstand,

setzte die Praxis seines Vorgängers fort, weil er glaubte, es müßte so sein. Man würde eine solche diplomatische Ungeheuerlichkeit kaum für möglich halten, wenn sie nicht vom Grafen Chaudordy selbst berichtet wäre, dessen Hilfe Flourens in seiner Ratlosigkeit in Anspruch nahm, und durch dessen Vermittlung der direkte Geschäftsverkehr zwischen Paris und London schließlich wieder hergestellt wurde[16]).

Man muß sich vergegenwärtigen, daß dies die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung waren, als die Boulangergefahr bestand, als in Deutschland um die Septennatsvorlage gekämpft wurde, und zugleich die Verstimmung zwischen Petersburg und Paris zu Ende ging. Im Herbst 1886 zeigte sich der Zar, doch wohl unter dem Eindruck der bulgarischen Krisis, Frankreich geneigter. Er genehmigte die erneute Besetzung des französischen Botschafterpostens in Petersburg und bot, was mehr sagen wollte, nach dem Abbruch der Beziehungen zu Bulgarien, Frankreich die Vertretung der dortigen russischen Interessen an. Obwohl dieses nicht zu dem französisch-englischen Geschäftskreise gehörte, wandte sich Freycinet zunächst nach Berlin, wo Bismarck das Salomonische Urteil fällte, daß die Interessen Rußlands in Bulgarien von Deutschland und die in Ostrumelien von Frankreich wahrgenommen werden sollten, und so ist es tatsächlich geschehen[17]).

Der Wahlerfolg der verbündeten Royalisten und Bonapartisten charakterisierte den Stimmungswechsel, der sich in einem wichtigen Teile der französischen Nation gegen Ferrys Kolonialpolitik vollzogen hatte. Der Chauvinismus war schon damals erwacht, aber daß sich die Revancheidee so schnell und aktiv wieder belebt, hängt in hohem Maße mit der Person des Generals Boulanger zusammen. Als Freycinet im Dezember 1885 sein Kabinett bildete, ernannte er den 47jährigen General zum Kriegsminister, obwohl dieser sich in dem tunesischen Feldzuge durch Konflikte mit den Zivilbehörden mißliebig gemacht hatte. Freycinet verpflichtete ihn, sich aller politischen Tätigkeit zu enthalten, und glaubte, ihn fest am Zügel halten zu können[18]). Boulanger war anfangs Orleanist gewesen, hatte sich dann Clemenceau, dessen Vetter er war, angeschlossen, und dieser Verbindung verdankte er sein Portefeuille. Solange er Kriegsminister blieb, war er der Vertrauensmann der Radikalen;

erst später knüpfte er mit den Orleanisten an, die schließlich auch die Boulangistische Bewegung finanziert haben. Boulanger war im höchsten Maße popularitätssüchtig. Er geizte nach dem Beifall des gemeinen Soldaten und der Masse des Volkes. Durch die Presse, seine Camelots, durch die Variététheater und durch die manigfaltigsten Tricks machte er eine grobe, aber doch wirksame Reklame für sich. Er verstand die Menge zu blenden. Von seiner reklamehaften Geschäftigkeit entwirft Blowitz in der Times folgendes Bild[19]). „In Frankreich", schreibt er Ende Juni 1886, „jagt eine Sensation die andere. Die Ursache der neuesten ist der General Boulanger. Seit mehreren Wochen ist er in ständiger Bewegung. Er reist durch die Provinzen, und in einem Tempo, daß es schwer ist, seiner Spur zu folgen. Er hält Reden, bald vor Soldaten, bald vor Bischöfen, Bürgermeistern, Postbeamten und anderen Klassen. Inzwischen erläßt er Verordnungen über die Barttracht, über Hosenstrippen und Stiefel, er verfügt Verhaftungen, weiht einen militärischen Klub ein, streicht Offiziere aus der Armeeliste, und schließlich schreibt er dem Kommandeur von Paris (General Saussier) einen Brief, der dessen Abschiedsgesuch zur Folge hat. Natürlich fragt alle Welt nach der Bedeutung dieser fieberhaften Tätigkeit und nach dem Ziele dieser ministeriellen Schnellzugslokomotive."

Schon damals traute man Boulanger zu, daß er einen Staatsstreich im Schilde führe. Den festen Grund zu seiner Popularität legte die Revue von Longchamps vom 14. Juli 1886, wie es in dem Anfangsverse des bekanntesten der Boulangerlieder „En revenant de la revue" historisch auch ganz richtig zum Ausdruck kommt. Der General auf seinem schönen Rappen, einem früheren Zirkuspferd, wurde während der ganzen Truppenschau von der Menge überall mit jubelndem Zuruf begrüßt, während der Präsident der Republik und die Zivilminister unbeachtet blieben.

Überhaupt hob sich die Gestalt des Kriegsministers von den übrigen politischen Durchschnittspersönlichkeiten deutlich ab. „Der Mann, der zu Pferde stieg, stach seine Kollegen aus, die nur die Tribüne bestiegen." Wie Graf Chaudordy schreibt, hatte die französische Nation sich trotz der hundertjährigen Schwärmerei für die Gleichheit doch noch eine starke Disposition

zur Heldenverehrung bewahrt, und wie so oft in früheren Jahrhunderten, befand sie sich in einer Stimmung, die sie bereit machte, sich blindlings der Führung einer Persönlichkeit anzuvertrauen, die das ersehnte Ideal der Nation zu verkörpern schien[20]). Es war, als ob Boulangers Popularität nichts Eintrag tun könnte, so oft er sich auch der Lächerlichkeit preisgab. Klare politische Ziele und bestimmte Pläne hat er, wie man heute weiß, nicht gehabt, und auch seine Verwaltung des Kriegsministeriums entsprach durchaus nicht der Reklame, die er dafür machte und machen ließ. Aber er schien als die eigentliche Verkörperung des ganzen Ministeriums, und seine Bemühungen um die Heeresreform erschien als eine beabsichtigte Vorbereitung zum Kriege.

Die Abkehr von der Kolonialpolitik hatte die französische Nation für die Revancheidee wieder empfänglicher gemacht, und Boulangers Tätigkeit gab dieser einen neuen, starken Impuls. Um seinen Popularitätshunger zu befriedigen, benutzte er die Stimmungen im Volk, die ihn empor tragen konnten, und in dem Chauvinismus fand er den stärksten Hebel für weitere Erfolge. Als er dann auf dem Gipfel seiner politischen Laufbahn stand, besaß er nicht den Entschluß, den Staatsstreich zu wagen, obwohl ihm nach der Überzeugung seiner Anhänger der Erfolg sicher war. Er war ein Skobelew, der keine Schlachten gewonnen hatte, oder wie Jules Ferry mit einer Anspielung auf den General des Staatsstreichs von 1851 ihn nannte, der St. Arnaud der Variétébühne. Aber angesichts der Schwäche der französischen Regierung wurde er eine ernste Gefahr für den Frieden; niemand konnte damals mit Sicherheit vorhersehen, wohin und wie weit sein Lebensschiff ihn treiben würde[21]).

3.

Die treibende geistige Kraft in der nationalistischen Bewegung Rußlands war Katkow. Anfangs ein Liberaler, entwickelte sein Nationalismus sich in seinem publizistischen Kampfe gegen das aufständische Polen und nahm schließlich die Form an, daß er alle fremden Einflüsse jeder Art bekämpfte. Um das Jahr 1883 wollte eine Gesellschaft, an deren Spitze ein vornehmer Russe stand, mit englischem und amerikanischem Kapital Kornsilos und Elevatoren in Rußland einführen. Die Regierung hatte bereits Verhandlungen begonnen und den Unternehmern

gewisse Versprechungen gemacht, aber die Moskauer Zeitung protestierte energisch dagegen, daß ein so großes, gewinnbringendes Geschäft ausländischem Kapital überlassen würde. Im Reichsrat fand sich eine große Mehrheit für den Gesetzentwurf, aber der Zar hielt es mit Katkow; er bestätigte den Entwurf nicht und schrieb an den Rand: „Ich wundere mich, daß sich eine Mehrheit finden konnte, Rußland zu verkaufen[22])." Gebaut wurden die Silos natürlich nicht. Das, was Katkow recht eigentlich bekämpfte, war der Geist Peters des Großen und die Abhängigkeit seines Vaterlandes von dem westlichen Europa. Er und seine Anhänger, die russischen Nationalisten, litten am Nationalschmerz, wie ihre Eltern am Weltschmerz gelitten hatten. Gewiß war der Zustand in Rußland keineswegs erfreulich. Durch unvorhergesehene Folgen der Bauernbefreiung, durch die rückständige Wirtschaft und Verwaltung, und infolge der amerikanischen Konkurrenz war die wirtschaftliche Lage schlecht. Die Finanzen waren zerrüttet, der Nihilismus keineswegs unterdrückt, selbst die Armee war nicht zuverlässig. Dazu kam die Verbitterung über das Herabsinken der russischen Macht von der Höhe, auf der sie unter Nikolaus I. gestanden hatte. Nikolaus war der Schiedsrichter des europäischen Festlandes gewesen, und jetzt konnte Rußland nicht einmal mit einem kleinen embryonischen Staate wie Bulgarien fertig werden.

Katkow war von Hause aus Professor der Philosophie an der Universität Moskau[23]). Er hatte in Deutschland studiert. Seine Bildung wurzelte in der Philosophie Hegels und Schellings; und der „vieille bonne Allemagne", dem wissenschaftlich fruchtbaren, politisch ohnmächtigen Deutschland, das er in seiner Jugend gekannt hatte, bewahrte er Dankbarkeit und Sympathie. Als sein Lehrstuhl mit dem der Theologie vereinigt wurde, übernahm er die Leitung der der Universität gehörigen „Moskauer Zeitung" und gründete daneben den „Russischen Boten", in dem er trotz seines Nationalismus mit Vorliebe englische Novellen veröffentlichte; aber auch die Romane der großen russischen Schriftsteller, der Turgeniew, Dostojewski, Tolstoi sind dort zuerst erschienen. Bezeichnend für Katkow ist, daß er den Schluß von Tolstois Anna Karenina, der den Auszug der russischen Freiwilligen nach Serbien (im Sommer 1876) mit mehr Skepsis als Begeisterung behandelte, unveröffentlicht ließ. Er war

eine vielseitige Natur und von sehr großer Arbeitskraft; als Leiter der Moskauer Zeitung dilettierte er in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, und daneben widmete er dem Unterrichtswesen viel Zeit und Arbeit. Katkow war ein glühender Patriot, eine durchaus unabhängige und furchtlose Natur, und von leidenschaftlicher Kampfeslust. Er hat auch Ansehen und Anerkennung in reichem Maße gefunden und war durch seine eigene Heirat und die seiner Kinder mit dem hohen russischen Adel verbunden; seit mehr als zwei Jahrzehnten behauptete er die unbestrittene publizistische Führerschaft, und nach dem Zaren war Katkow vielleicht der mächtigste Mann in Rußland. Seitdem Alexander III. regierte, der seine russisch-konservativen Überzeugungen teilte, übte er vielfach einen direkten Einfluß auf die kaiserlichen Entschlüsse aus. Alle politischen Artikel, die er in der Moskauer Zeitung schrieb oder schreiben ließ, waren ganz wesentlich auf den Zaren selbst berechnet. Da ihm die Bemerkungen, die Alexander an den Rand der Blätter zu schreiben pflegte, mitgeteilt wurden, so konnte er die Wirkung seiner Artikel wohl bemessen; er kannte die Psyche des Kaisers und wußte, was er öffentlich sagen konnte. In wichtigen Fragen, deren öffentliche Behandlung sich verbot, durfte er sich mit Briefen und Denkschriften direkt an den Herrscher wenden. Dazu hatte er in den Grafen Tolstoi und Delanow und in Pobjedonoszew mächtige Freunde in der Umgebung des Kaisers, denen diese Bundesgenossenschaft wiederum für die Zwecke ihrer eigenen inneren Politik sehr viel wert war. So war dieser bemerkenswerter Journalist in einem Lande, das keine Preßfreiheit kannte, in der Lage, eine sehr einflußreiche Rolle in der russischen Politik zu spielen.

Naturgemäß empfand Katkow für das mächtige Deutsche Reich keine Freundschaft. Zugleich aber fehlte dem politisch und kirchlich extremen Konservativen jede Wahlverwandtschaft mit der französischen Republik, die politisch und religiös in ein immer radikaleres Fahrwasser steuerte. Nach seinem Tode druckte die von Gambetta begründete „République française“ aus einem Mailänder Blatt einen Brief ab, den Katkow noch im Mai 1887 geschrieben hatte, und worin es heißt: „Ich hasse Frankreich bis zum Tode; denn es war und ist stets eine Pflanzschule liberaler und revolutionärer Propaganda, und ich hoffe

noch immer, daß das Land noch ein zweitesmal von den Armeen der Ordnung okkupiert werden wird. Aber gerade jetzt, wo Rußland von Österreich und Deutschland bedroht wird, drängt sich uns das Bündnis mit Frankreich als eine fatale und unabwendbare Notwendigkeit auf[24])."

Mit der Erneuerung des Dreikaiserbündnisses im Jahre 1884 war Katkow trotzdem einverstanden gewesen. Die Gründe, die ihn dazu bewogen, waren die antirussische Haltung der Opportunisten in Frankreich und Ferrys kolonialpolitische Entente mit Deutschland, ferner die Bedürfnisse des russischen Kredits, die sich nur in Berlin befriedigen ließen, und die Notwendigkeit einer Rückendeckung in Rußlands Westen für den Fall eines Konfliktes mit England im Osten. Keine zwei Jahre später hatte sich Katkow bereits eine ganz andere Ansicht über Wert und Nutzen des Dreikaiserbündnisses gebildet. Sein politischer Freund und Mitarbeiter, Dr. Cyon, erzählt, er sei durch Mitteilungen über den wirklichen Inhalt desselben dessen Gegner geworden. Wir geben den Inhalt dieses angeblichen Vertrages, wie ihn Cyon mitteilt, wieder. Der erste Artikel soll bestimmt haben, daß, wenn eine der drei verbündeten Mächte genötigt würde, eine vierte Macht zu bekriegen, die beiden anderen eine wohlwollende Neutralität bewahren sollten. Einen Zusatz hierzu, die dritte müsse sich, wenn sich zwei der drei Vertragsmächte im Kriege mit einem vierten Staate befinden, ebenfalls wohlwollend neutral verhalten, sollte der Zar abgelehnt haben. Der zweite Artikel betraf die Balkanfrage. Im Falle eines Balkankonfliktes sollten die drei Verbündeten verpflichtet sein, die Interessen *eines jeden von ihnen* zu schützen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Vertragsmächten gibt die dritte mit ihrer Stimme den Ausschlag. Der dritte Artikel dieses seltsamen Vertrages sollte alle früher geschlossenen Sonderverträge zwischen Rußland und Deutschland und zwischen Rußland und Österreich-Ungarn (aber nicht zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn) aufheben. Der vierte Artikel hatte folgenden Inhalt: Die drei Mächte verpflichteten sich zur genauen Ausführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages über die Türkei, und zwar im Sinne der Ausführungen, die Graf Schuwalow im Kongreß gemacht hatte. Falls die Pforte einer vierten Macht die Durch-

fahrt durch die Dardanellen gestattete und dadurch eine der drei Vertragsmächte schädigte, so würden die beiden anderen der Pforte erklären, daß sie sich mit der dritten in Kriegszustand versetzt habe; sie würden sich aller ihrer Verpflichtungen gegen das Ottomanische Reich als entbunden betrachten und sich aller feindseligen Maßnahmen gegen die dritte Macht enthalten. Der fünfte Artikel sagte, daß die drei Mächte sich verpflichteten, sich der Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien nicht zu widersetzen, falls sie durch die Natur der Dinge zustande käme, vorausgesetzt daß sie innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages verwirklicht würde. Die Mächte dürften keinen Aufstand in Mazedonien und in den anderen türkischen Provinzen zulassen; sie müßten sich ferner dem Einrücken der türkischen Armee in Bulgarien und Ostrumelien widersetzen, außer wenn diese vorher die Türkei angegriffen hätten. Sie dürften der Pforte nicht gestatten, den Balkan zu befestigen. Ein weiterer Artikel bestimmt: keine der Vertragsmächte dürfe Bulgarien und Ostrumelien okkupieren; werde die Okkupation absolut notwendig, so dürfe sie erst nach Zustimmung der beiden anderen Mächte stattfinden. Schließlich wurde ausgemacht, daß die diplomatischen Vertreter und die Konsuln der drei Mächte im Ausland stets geschlossen vorgehen müßten; falls zwischen den Vertretern von zwei Mächten Meinungsverschiedenheiten entständen, so läge bei dem Vertreter der dritten Macht die Entscheidung[25]).

Das absolut Unsinnige dieses angeblichen Vertragsinhaltes liegt auf der Hand. Wenn Katkow an derartige politische Märchen glauben konnte, so ist es klar, daß ihm jede gründliche Kenntnis der politischen Tatsachen und jedes vernünftige Urteil über die Vorgänge der internationalen Politik abging. Dieser Mangel dürfte nicht einmal sehr befremden, da der vielseitig interessierte und sehr beschäftigte Mann schwerlich jemals in seinem Leben die nötige Zeit für ein gründliches Studium der internationalen Politik gehabt hat. Außerdem bildete Moskau gewiß kein politisches Zentrum, wo man sich leicht umfassende und gründliche Kenntnisse, eine lebendige Anschauung der diplomatischen Politik und ein sicheres Urteil über Personen und Dinge hätte erwerben können.

Während Bismarck vor allem darauf hielt, die deutsche Politik im Orient uninteressiert zu erhalten und sie weder

russischen noch österreichischen Interessen dienstbar machen zu lassen, war Katkow absolut davon überzeugt, daß der Kanzler das Dreikaiserbündnis dazu benutzte, Österreich den vorwiegenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu verschaffen und die russische Orientpolitik systematisch zu durchkreuzen und zu lähmen. Dem deutschen Reichskanzler schrieb er alle Mißerfolge der russischen Orientpolitik zu, die allerdings handgreiflich waren, und deren Ursache wir kennen. Katkow gab wohl gewisse Fehler der russischen Diplomatie zu, aber die Hauptschuld lag nach ihm bei Bismarck, der in bewußter Treulosigkeit und gegen seine Vertragsverpflichtungen das verbündete Nachbarreich um die Früchte seiner berechtigten und legitimen Bestrebungen zu bringen suchte. Katkow setzte sich nun zum Ziel, die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses, das noch bis zum Sommer 1887 lief, zu verhindern und den Willen des Zaren in diesem Sinne zu beeinflussen. Schon im April 1886 teilte er seinem Pariser Mitarbeiter, Dr. Cyon, mit, daß er entschlossen sei, auf eine völlig neue Orientierung der russischen Politik hinzuarbeiten, und forderte ihn auf, von Paris aus eine Campagne in diesem Sinne einzuleiten. Im Juli eröffnete Katkow dann selbst die Preßangriffe auf den Dreikaiserbund, und Dr. Cyon unterstützte sie in Frankreich, indem er im August die Leitung der „Nouvelle Revue" der Frau Adam übernahm.

4.

Wenige Tage nach der Vertreibung des Fürsten Alexander aus Bulgarien suchte Bismarck, der vom Urlaub heimfuhr, Giers in Franzensbad auf (26. und 27. August), am 4. September fand eine zweite Begegnung der beiden Minister in Berlin statt, wo Giers seine Rückfahrt nach Petersburg unterbrach. Eine englische Anregung, offen für den Battenberger einzutreten, wurde in Berlin abgelehnt[26]).

Bismarck ließ sich wohl vernehmen, die Mächte sollten nunmehr die Lösung der bulgarischen Frage in die Hand nehmen; er selbst sei bereit, auf eventuelle Vorschläge einzugehen[27]). Aber er sah wohl voraus, daß Vorschläge, die allgemein annehmbar wären, nicht eingehen würden. Giers wollte an dem Dreikaiserverhältnisse festhalten, und war daher ein entschiedener Gegner einer direkten Intervention Rußlands in Bulgarien,

namentlich einer militärischen. Er hat Bismarck wieder und wieder versichert, daß Rußland keine Intervention in Bulgarien unternehmen werde[28]). Aber es war problematisch, wie weit Giers' Einfluß beim Zaren reichen würde. Bismarck rechnete doch mit der Möglichkeit einer russischen Intervention, und in Wien befürchtete man sie[29]). Die Einigkeit der drei Kaisermächte, auf die Bismarck seine Politik in der Hauptsache eingestellt hatte, erschien gefährdet; die Orientfrage drohte aufs neue, den Lebenskonflikt zwischen Rußland und Österreich heraufzubeschwören.

Die allgemeinen Grundgedanken der Politik, die Bismarck während der bulgarischen Krisis geführt hatte, kennen wir aus seinen Memoiren. In den Kapiteln über den Dreibund und über die zukünftige Politik Rußlands behandelt er die Ziele der Orientpolitik beider Reiche und ihre Aussichten. Er bespricht Rußland und Österreich getrennt, aber die Lösungen, die er für sie findet, passen zueinander. Das Hauptziel der russischen Politik, das Bismarck eventuell in der Form eines russischen Protektorates über die Türkei für erreichbar hielt, war die Beherrschung der Meerengen. Er beurteilte diese Frage wesentlich vom militärischen Gesichtspunkt, nämlich dem der Sicherung des Schwarzen Meeres gegen Angriffe. „Gelingt es, einen festen Verschluß des Bosporus durch Geschütz- und Torpedoanlagen zu erreichen, so ist die Südküste Rußlands besser geschützt als die baltische[30])."

Erheblich skeptischer urteilt Bismarck über das panslawistische Ziel der russischen Politik, sich die Balkanstämme einzuverleiben. Befreite Völker seien nicht dankbar sondern anspruchsvoll. Was die Lösung des territorialen Problems der Balkanhalbinsel betrifft — die er stets von dem Gesichtspunkt der Großmächte betrachtet — so sieht er die größeren Aussichten bei Österreich. „Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubeckens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken; und die deutsche Reichsverfassung zeigt den Weg an, auf dem Österreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volsstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind[31])." Die rationellste Lösung des

Balkanproblems scheint also für Bismarck die gewesen zu sein, daß die christlichen Balkanstaaten in einer Form politischer Autonomie, die der der deutschen Bundesstaaten entspräche, mit Österreich-Ungarn vereinigt würden, während Rußland die Herrschaft über die Meerengen, aber nur über den Seeweg, erhielte. So wären die Expansionsinteressen der beiden befreundeten Mächte letzten Endes mit einander versöhnt gewesen.

Über die Politik, die zu diesem Ziele führen konnte, sagte Bismarck: „Wenn ich österreichischer Minister wäre, so würde ich die Russen nicht hindern, nach Konstantinopel zu gehen, aber eine Verständigung mit Ihnen erst beginnen, nachdem sie den Vorstoß gemacht hätten[32])." Deutschland seinerseits müsse sich zurückhalten. „Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder anderen Wege, physisch oder diplomatisch, sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten. Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Österreich als Hetzhund gegen russische Bosporusgelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt[33])."

Die politische Anschauung, aus der diese Urteile Bismarcks entstanden sind, geht vermutlich auf die militärische und politische Lage zurück, die im russisch-türkischer Kriege Anfang 1878 bestand. Daß Bismarck die Ansichten, die er in jenen Kapiteln der „Gedanken und Erinnerungen" niedergelegt hat, schon in der Zeit der bulgarischen Krisis gehabt hat, versteht sich eigentlich von selbst; es läßt sich aber auf Grund neuer Veröffentlichungen positiv nachweisen. Schon am 21. September 1886 notiert Fürst Hohenlohe eine Äußerung Bismarcks: Es wäre ein Glück, wenn Rußland Konstantinopel und die Balkanhalbinsel bekäme, denn dann sei es geschwächt[34]). Etwas später sagte er: Die natürliche Entwicklung der Dinge an der unteren Donau laufe nicht zugunsten Rußlands; Österreich brauche sich nur so weit zurückzuhalten, dieselbe nicht zu stören. Der traditionellen russischen Hoffnung, die Stämme des Balkans durch die Befreiung von der türkischen Herrschaft der russischen zu unterwerfen, fehle bisher das Plazet der Praxis. Österreich habe allerdings ein unmittelbares Recht auf die Donau und brauche ein ein-

seitiges Vorgehen Rußlands an deren Mündung nicht zu dulden: „Die untere Donau ist das Schloß vor der ungarischen Donau und Österreich deshalb berechtigt, an der Behandlung des Schlüssels Anteil zu nehmen ... Aufgabe Österreichs wird es sein, die Russen in der Richtung von Stambul zu ermutigen und erst dann zu deployieren." Durch einen Einmarsch in Bulgarien werde Rußland erst für Österreich angreifbar; wenn der Russe schon in Bulgarien stehe, habe man ihn dort in der Schere[35]).

Bismarck ließ keine Möglichkeit unerwogen, und ganz gewiß nicht die eines Krieges mit dem Zarenreiche, so sehr er auch trachtete, ihn zu verhindern. Es gab zwei Möglichkeiten der Kriegführung mit Rußland: Die eine spielte sich in Polen, die andere im Balkangebiet ab. Diese zweite Möglichkeit tauchte jetzt neu auf; bei der Krisis von 1879 war sie nicht vorhanden gewesen. Einen Krieg in Polen scheute Bismarck ganz besonders, weil er bei einem deutschen Siege, den er in diesem Falle natürlich erhoffte, zur Wiederherstellung Polens führen könnte. Er hat mehrfach von dieser Möglichkeit gesprochen, niemals jedoch (soweit bekannt) in dem Sinne, daß er das Land in irgend einer Form an Deutschland oder Preußen angegliedert wissen wollte. Was von Bismarcks Äußerungen bekannt ist, läuft eher auf eine austropolnische Lösung hinaus, die ihm aber, wie jede Art einer Wiederherstellung Polens, unsympathisch war, und die er auch nicht für endgültig hielt.

Im Oktober 1883 sagte er zu Hohenlohe: „Ein Krieg mit Rußland, bei dem wir Österreich unterstützen müßten, sei ein Unglück, denn wir könnten ja nichts gewinnen, nicht einmal die Kriegskosten bekommen. Dann würde der Krieg auch dahin führen, daß wir Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen müßten. Wir würden zwar Polen nicht revolutionieren, aber Österreich gewähren lassen müssen, das dann einen Erzherzog, wenn es einen hätte, zum König von Polen proklamieren würde. Das würde dahin führen, daß sich gegen dieses Königreich wieder eine Allianz der Dreikaisermächte bilden würde. So kämen wir dann wieder zu dem Dreikaiserbündnis. Aber vorläufig müßten wir diese ganze Eventualität zu verhüten trachten[36])." Einem ähnlichen Gedanken begegnen wir schon während des Krimkrieges. Damals schrieb Bismarck an Manteuffel: Die Herstellung Polens sei das einzige

Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht, und für Österreich böte sie die einzige dauernde Garantie gegen eine wirksame Vergeltung vonseiten Rußlands. Schlimmstenfalls würde das Wiener Kabinett sich mit dem Vorschlage helfen, Polen von neuem zu teilen[37]).

Wäre es 1879 zum Kampfe mit dem Zaren gekommen, so hätte er in Polen geführt werden müssen. Als aber im Herbst 1886 die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland von neuem auftauchte, bestand die Möglichkeit, ihn eventuell auf dem Balkan auszufechten. Die Vorteile einer solchen Lösung lagen auf der Hand. Rußland hätte den Krieg in einer erheblichen Entfernung von seiner natürlichen Basis führen müssen; Österreich aber, das zunächst in den Krieg eingetreten wäre, hatte dann Anrecht auf die Unterstützung Englands und vielleicht Italiens; die Aufrollung der polnischen Frage war vermieden. Auch von diesem Gesichtspunkt ist es klar, weshalb Bismarck Österreich eine völlig abwartende Haltung anempfahl; Rußland sollte sich, wenn es nicht Frieden halten wollte, in eine gefährliche Stellung auf der Balkanhalbinsel vorwagen. Um aber Österreich zu dieser Politik des Abwartens zu nötigen, erklärte er Deutschland für völlig uninteressiert an der Orientfrage.

Nun glaubte Bismarck im Herbste 1886 tatsächlich damit rechnen zu müssen, daß Rußland seine Neigung zu einer Intervention ebenso wenig werde zügeln können wie 1877; er suchte daher dieser Neigung wenigstens eine Beschränkung aufzuerlegen, mit der Österreich gegen eine Kompensation einverstanden sein konnte. Der Kanzler griff bei dieser Überlegung auf einen Gedanken zurück, der schon vielfach, zuerst aber von dem Orientreisenden Fallmerayer angeregt worden war. Nach einer Aufzeichnung Hohenlohes hat Bismarck im Herbste 1886 den Vorschlag gemacht, Rußland und Österreich sollten sich verständigen und auf Grund von theoretischen Demarkationslinien festsetzen, daß der westliche Teil der Balkanhalbinsel dem österreichischen, der östliche dem russischen Einfluß vorbehalten bliebe[38]). Von den österreichischen Interessen an der Donaumündung war hier nicht die Rede; das panslawistische Interesse Rußlands war vor allem auf Bulgarien gerichtet und deshalb mußte in diesem Stadium der Entwicklung die Demarkationslinie so gezogen werden, daß Rumänien in die russische Hälfte fiel.

Jedenfalls sollten sowohl Bulgarien als Konstantinopel mit den Meerengen der russischen Sphäre angehören, wie denn Bismarck, als er Rußland von diesem Plane sprach, in der bestimmtesten Weise das politische Desinteressement Deutschland an Konstantinopel und Bulgarien erklärte.

Es wäre von Interesse zu wissen, wann der Kanzler diesen Vorschlag gemacht hat. Fürst Hohenlohe gibt kein Datum an. Vielleicht ist die Kombination nicht zu gewagt, daß Bismarcks Vorschlag mit dem Besuch in Verbindung gestanden hat, den Prinz Wilhelm von Preußen, der Enkel des Kaisers, am 10. September 1886 dem Zaren in Brest-Litowsk abstattete. Ist diese Zusammenstellung richtig, so würden wir finden, daß der Kanzler, ähnlich wie im Winter 1875/76 beim Beginn der bosnischen Krisis, so jetzt, als die bulgarische akut zu werden drohte, die Interessen der nächst beteiligten Großmächte miteinander zu versöhnen versucht hat.

Bismarcks Vorschlag scheiterte in Wien an dem Widerspruch der Ungarn. Es erwies sich also als unmöglich, auf dieser Grundlage einen Ausgleich zwischen den russischen und österreichischen Orientinteressen zu schaffen. Die Ablehnung seitens der Donaumonarchie scheint in Petersburg die Stellung der Gegner einer Intervention gestärkt zu haben, überhaupt war dort allmählich der Wunsch nach einer Okkupation Bulgariens gewachsen. Zwar blieb Giers dabei, daß keine Besetzung des Landes beabsichtigt sei. Der Zar selbst habe es gesagt, erklärte er am 6. September dem englischen Botschafter, und er werde sein Wort halten[39]). Auch Katkow schrieb noch Ende August in der Moskauer Zeitung, daß Rußland kein militärisches Eingreifen wolle; Bulgarien sei russisches Blut nicht wert. Die Nowoje Wremja meinte, Rußland solle sich nicht weiter mit Bulgarien abgeben, sondern ein Bündnis mit der Türkei schließen und den Schwerpunkt seiner Politik nach Asien verlegen. Aber ein paar Wochen später trat Katkow offen für eine Okkupation ein; niemand, schrieb er, würde dagegen sprechen außer England, und von dort sei nur ein papierner Protest zu erwarten. Zwar wechselte er später seinen Standpunkt von neuem, aber allmählich gewann fast in allen Hauptstädten der Glaube an eine bevorstehende Okkupation an Boden. Giers bestritt es beständig, allein die russische Diplomatie äußerte sich in zwei-

deutiger Weise. In Konstantinopel wurde amtlich erklärt, daß Rußland sich nicht einmischen würde, wenn die bulgarische Nationalversammlung einen neuen Fürsten wählte; und man werde das Land nicht besetzen, solange keine Unruhen Rußland zu einer Okkupation zwingen würden.

Kaiser Alexander dachte sich mit den Bulgaren direkt auseinanderzusetzen, indem er einen besonderen Vertreter zu ihnen sandte. Schon vorher war eine Mission des Fürsten Dolgoruki ins Auge gefaßt worden, der, wie es hieß, als kaiserlicher Kommissar, und mit besonderen Vollmachten ausgestattet, nach Bulgarien gehen sollte. Doch kam man davon zurück, weil dieses völkerrechtliche Novum „mißverstanden werden und zu Verwicklungen führen könnte“[40]), und sandte wenigstens dem Namen nach nur einen gewöhnlichen Agenten aus. Hierzu wurde der russische Militärattaché in Wien, General Nikolai von Kaulbars ausersehen.

Der General, dessen Instruktionen der Zar selbst verfaßt hatte[41]), traf am 25. September in Sofia ein. Er trat als direkter Abgesandter des Kaisers auf, erstattete Giers nur spärlichen Bericht, und machte ihm nach seiner Rückkehr nach Petersburg auch keinen offiziellen Besuch, wie um zu zeigen, daß er ihn nicht als seinen Vorgesetzten betrachtete. Nach der amtlichen russischen Lesart verfolgte seine Mission den doppelten Zweck, die bulgarischen Machthaber mit seinem Rate zu unterstützen, und die wirklichen Wünsche der Bevölkerung kennen zu lernen. Kaulbars richtete zunächst drei Forderungen an die bulgarische Regierung: Der Belagerungszustand sollte aufgehoben, die Teilnehmer an dem Staatsstreiche sollten frei gelassen, und die Wahlen zu der großen Sobranje, die den neuen Fürsten zu wählen hatte, verschoben werden. Man verfolgte dabei den Zweck, die Regierung an der Beeinflussung der Wahlen zu hindern; wenn nämlich einige Zeit nach der Aufhebung des Belagerungszustandes verstrichen war und dann „freie“ Wahlen stattfanden, so konnte möglicherweise eine russische Partei gegründet und die Regierung weggefegt werden. Denn der Sturz der vom Fürsten Alexander eingesetzten Regentschaft und des Ministeriums, in dem sich kein einziger Russenfreund befand, war das Hauptziel, auf das Kaulbars' ausging; und wurde der russische Einfluß ohne militärisches Eingreifen, sondern durch eine bulgarische

Partei wiederhergestellt, so konnte man Rußland keine Verletzung des Berliner Vertrages vorwerfen. Nun lehnte die bulgarische Regierung Kaulbars Forderungen ab, konnte den General aber dadurch nicht entmutigen. Während er noch einen scharfen Notenkrieg mit der Regierung führte, begann er den zweiten Teil seiner Mission, der ihm, ganz der panslawistischen Doktrin gemäß, vorschrieb, sich an das „gesunde Volk" zu wenden. Er trat zuerst in Sofia in Volksversammlungen auf, und reiste dann durch das Land, um in der Bevölkerung und bei den Offizieren gegen die Regentschaft zu wühlen.

Das Auftreten des Mannes, den der Hofprediger des vertriebenen Fürsten Alexander als einen kenntnisreichen und gebildeten Offizier von gewinnenden Umgangsformen und sehr ruhigem Temperament schilderte, war brutal und terroristisch. Er legte weder viel politisches Geschick noch demagogisches Talent an den Tag und verstand weder nachgiebige Stimmungen der Regierung auszunützen noch eine russische Partei zu bilden. Es gelang ihm nicht, die Stellung Stambulows zu erschüttern, der jetzt durchaus mit den Mitteln eines orientalischen Despoten regierte. Aber er hielt das Volk in Zucht, und trotz aller russischen Provokationen kam es nur zu geringfügigen Zwischenfällen und Putschen. Die Wahlen zur großen Sobranje fanden trotz Kaulbars' Widerspruchs statt und ergaben eine große Regierungsmehrheit. Die Versammlung wählte sodann den Prinzen Waldemar von Dänemark zum Fürsten, der jedoch ablehnte. Kaulbars erklärte nun die Sobranje und alle ihre Beschlüsse für ungesetzlich, desgleichen das Ministerium und die Regentschaft. Tatsächlich besaß Stambulow nach der Verfassung nicht die Qualifikation als Mitglied der Regentschaft, da er weder Minister noch Mitglied des Kassationshofes gewesen war, aber die Verfassung hatte nur eine Regentschaft im Falle eines kinderlosen Todes des Fürsten vorgesehen, an eine Abdankung hatte man nicht gedacht.

Der abnorme Zustand, den Kaulbars' Mission geschaffen hatte, konnte unmöglich lange fortgesetzt werden. Seine ganze Stellung in Bulgarien war völlig regelwidrig, und er hatte gar nichts erreicht, außer daß die Verschwörer gegen Fürst Alexander gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Frage war, ob Rußland das klägliche Fiasko der Mission hinnehmen oder

zur Okkupation schreiten würde. Kaulbars drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls ein neuer Zwischenfall eintrete, und als sich kurz darauf einer ereignete, reisten am 18. November der General und alle russischen Konsuln aus Bulgarien und Ostrumelien ab[42]). Vielleicht war der Abbruch der Beziehungen für die russische Regierung nur ein Mittel, sich aus der unhaltbar gewordenen Situation herauszuziehen, aber es war nicht gerade geeignet, in Europa zu beruhigen.

5.

Die Ereignisse in Bulgarien, der Sturz des Fürsten Alexander und die Mission Kaulbars, führten zu einer beträchtlichen Verstimmung und Spannung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. In Ungarn war der zweite Dreikaiserbund von Anfang an unpopulär gewesen, und in dieser Voraussicht hatte Franz Joseph I. ebenso zu Alexander III. schon beim Abschluß der Verträge von 1881 ihre strengste Geheimhaltung ausbedungen. Als bald nach der Kaiserbegegnung von Skierniewice der ungarische Reichstag eröffnet wurde, gedachte die Thronrede ihrer mit keinem Worte, sondern betonte allein die Intimität mit Deutschland. Das ungarische Parlament wollte das in seiner Antwortadresse noch schärfer hervorheben. Die Adresse sagte: Die Beruhigung, daß unsere friedliche Tätigkeit durch keine auswärtigen Verwickelungen gestört wird, „wird noch dadurch gesteigert, daß wir mit allen Staaten in bester Freundschaft stehen, daß aber hauptsächlich unser Verhältnis zu Deutschland ein möglichst intimes ist, daß also dieses den Charakter eines Bündnisses *zu zweien* besitzende Verhältnis weder in Beziehung auf seinen äußeren Umfang noch auf seine innere Natur irgend eine Änderung erfahren hat." Das klang wie eine Absage an das soeben bekannt gewordene Dreikaiserverhältnis, und der Ministerpräsident Tisza sah sich genötigt, diesem Satze der Adresse durch eine amtliche Auslegung die Spitze abzubrechen.

Auch bei der Entrevue der beiden Kaiser Alexander und Franz Joseph in Kremsier (1885), an der Kalnoky und Giers teilnahmen, machte sich in Ungarn die antirussische Stimmung geltend. Die ungarische Regierungspresse suchte die Bedeutung

der Begegnung möglichst abzuschwächen, während die Oppositionsblätter offen sagten, daß eine Annäherung an Rußland eine Stärkung der Slawen in Österreich befürchten ließe und damit den Dualismus gefährdete.

Während der ganzen bulgarischen Krisis predigte die ungarische Presse offen Mißtrauen gegen Rußland; sie begrüßte die Politik des Fürsten Alexander, als dieser, den Beschlüssen Europas zum Trotz, die Realunion zwischen Bulgarien und Ostrumelien herstellte, mit lebhaftem Beifall. Dagegen rief sein Sturz heftige Ausbrüche der politischen Leidenschaft hervor. Die beiden Nationalitäten der Donaumonarchie, die im schärfsten Gegensatz zu Rußland standen, die Polen und Ungarn, bereiteten dem entthronten Fürsten begeisterte Huldigungen. Die Polen taten es, als Alexander nach seiner Vertreibung aus Bulgarien Lemberg erreichte, die Ungarn, als er nach seiner endgiltigen Abdankung nach Deutschland fuhr. In Szegedin, Preßburg und Budapest warteten große Menschenmassen auf das Eintreffen des Zuges und begrüßten den Fürsten mit Zurufen, deren russenfeindliche Spitze mit aller Schärfe hervorgekehrt wurde. In Budapest erschien eine Abordnung der ungarischen Aristokratie auf dem Bahnhof; Graf Eugen Zichy sprach dem Fürsten die Sympathie der ungarischen Nation aus, und des abends mußte die Polizei gegen eine Studentendemonstration vor dem russischen Generalkonsulat einschreiten. Dagegen jubelten die Tschechen, namentlich die Jungtschechen, über den erfolgreichen Schlag, den die Russen in Bulgarien geführt hatten[43]).

Jetzt trat auch Andrássy gegen die Politik Kalnokys auf, zunächst in einer Denkschrift für den Monarchen (August 1886), und dann öffentlich in den Delegationen. In der Denkschrift sprach er den Gedanken aus, die Machtsphäre Österreich-Ungarns sei allein in Osteuropa zu suchen; dort müsse es eine dominierende Stellung einnehmen, um eine Entwickelung im Orient zu verhindern, die die Ruhe und die Interessen der Monarchie und Europas gefährden könne. Diesen Bestrebungen der Monarchie stehe Rußland gegenüber, da es den Gedanken, alle slawischen Elemente unter seine Oberhoheit zu bringen, nicht aufgegeben habe. Infolgedessen seien auch während des Dreikaiserbündnisses die Interessengegensätze Österreichs-Ungarns und Rußlands

zeitweise offen zutage getreten. Andrássy betonte, daß die Politik fortgesetzt werden müßte, die er selbst seit 1875 verfolgt habe, um der Monarchie die Führerrolle im Orient zu sichern. Er äußerte sich, wie sein Biograph mitteilt, in der denkbar schärfsten Weise über die Orientpolitik Haymerles und Kalnokys. Diese hätten Rußland, das der Berliner Kongreß aus der Balkanhalbinsel hinausgeleitet habe, wieder dorthin zurückgeführt. Bulgarien hätte nicht der russischen Machtsphäre überlassen werden dürfen. Die von Haymerle und Kalnoky eingeschlagene Richtung werde in ihren Konsequenzen die Monarchie sicher früher oder später vor die Alternative stellen, entweder auf ihre natürliche Machtsphäre zu verzichten oder die Macht auf der Balkanhalbinsel zu teilen, was unzweifelhaft den Krieg zur Folge haben würde.

Andrássys Denkschrift beschäftigte sich ferner mit den Beziehungen Österreichs zu Deutschland und Rußland. Dabei bekannte er sich offen als Gegner des Dreikaiserbündnisses und erklärte, man hätte sich lieber auf das defensive Bündnis mit Deutschland allein beschränken und den Anschluß Rußlands an dieses zurückweisen sollen; allerdings hätte Österreich in Fragen des monarchischen Prinzips und gegenüber französischen Revanchegelüsten im Einverständnis mit Deutschland und Rußland wirken können. Als einen besonders schweren Fehler bezeichnete der frühere Minister die Abmachung von Skierniewice, die jede im Orient neu auftauchende Frage zunächst einer Besprechung zwischen Österreich und Rußland unterwarfen. Damit habe Österreich-Ungarn sein Selbstbestimmungsrecht aufgegeben und die wesentlichen Erfolge seiner früheren Politik verloren. Die Frage, ob die von ihm vertretene Politik gegenüber Deutschland und Rußland möglich gewesen wäre, bejahte Andrássy mit dem Hinweis, es wäre nicht schwer gewesen, Deutschland an seinem Bündnisvertrage festzuhalten. Aber selbst eine bloß scheinbare Erneuerung des Dreikaiserbündnisses könnte auf das Verhältnis der Donaumonarchie zu Deutschland nachteilig wirken. In dem natürlichen Bestreben, jede Kollision zwischen seinen beiden Alliierten, Österreich-Ungarn und Rußland zu verhindern, vermöchte das Deutsche Reich nicht mehr der im Orient uninteressierte Verbündete zu bleiben, sondern müßte zum Schiedsrichter, zum Zünglein an der Wage der Entscheidung, werden. Es

könnte nicht mehr wie früher hauptsächlich die österreichischen, sondern müßte nunmehr auch die russischen Interessen im Auge behalten. Auf diesem Wege habe die Politik Österreich-Ungarns ihr Recht auf Selbstbestimmung gänzlich verloren, indem sie sich faktisch dem vorherigen Einverständnis mit Rußland untergeordnet fände[44]). Ja, Andrássy verstieg sich in seiner Denkschrift zu der den historischen Tatsachen durchaus zuwiderlaufenden Behauptung, daß zu seiner Zeit, also während der Balkankrisis von 1875 bis 1878, Bismarck sich in den orientalischen Dingen „unserer Leitung völlig überlies und jede Definition unserer Interessen im Orient sich anzueignen geneigt war"[45]).

Die Beziehungen zwischen den Dreikaisermächten und die Bundespflichten Deutschlands wurden auch in den Parlamenten und in der Presse erörtert. Der ungarische Oppositionsführer, Graf Albert Apponyi, sagte in einer Programmrede in seinem Wahlkreise, es sei eine Selbsttäuschung, auf das Bündnis mit Deutschland zu rechnen. „Denn wir sehen, daß bei solchen Ereignissen, bei welchen unsere wichtigsten Lebensinteressen durch alle mit uns konkurrierenden Großmächte bedroht werden, die deutsche Diplomatie nicht für unsere bedrohten Interessen Stellung nimmt, ja sogar im Gegenteil die Bestrebungen der unsere Interessen gefährdenden Nordmacht protegiert[46])". Auch das Wiener Fremdenblatt schrieb am 7. September: Deutschland hat zwei Verbündete anstatt einen, während Österreich-Ungarn nur einen halben hat; denn Deutschland ist kein voller Verbündeter für uns, seitdem wir sein Bündnis mit Rußland teilen müssen. Und am 20. September sagte Graf Bela Banffy in einer Rede in seinem Wahlkreise: Das Einvernehmen mit Deutschland sei dringend wünschenswert, aber wenn es Österreich-Ungarn verpflichtete, beständig vor Rußland zurückzuweichen, so wäre das Opfer zu groß und mit der Stellung der Monarchie als Großmacht unvereinbar.

Die parlamentarischen Debatten im ungarischen Abgeordnetenhause begannen Ende September. Der Ministerpräsident Tisza beantwortete einige Interpellationen mit einer Erklärung, die die Politik der Regierung definierte. Er sagte, „daß die Monarchie — alle Vergrößerungs- und Eroberungsgelüste von sich weisend — ihr Bestreben mit ihrem ganzen Einfluß darauf

richten müsse, die selbständige Entwicklung der Balkanstaaten zu fördern und zu verhindern, daß eine in den Verträgen nicht bestehende Festsetzung eines Protektorats oder bleibenden Einflusses einer einzigen fremden Macht stattfände". Tisza schloß mit den Worten: „Die Regierung hält an der Ansicht fest, daß nach den bestehenden Verträgen auf der Balkanhalbinsel, falls die Türkei ihr Recht nicht in Anspruch nimmt, niemand anders zu einem einseitigen bewaffneten Eingreifen oder zur Aufstellung eines Protektorates berechtigt ist, und daß überhaupt jede Änderung in den staatsrechtlichen oder Machtverhältnissen der Balkanländer nur im Einvernehmen der Vertragsmächte geschehen darf."

Kalnoky äußerte sich am 13. November in der ungarischen Delegation in ähnlicher Weise. Er lehnte seinerseits alle Annexionsgedanken ab und bekannte sich unter der ausdrücklichen Zustimmung Andrássys zu einer Politik des Friedens. Die Mission Kaulbars' betrachtete er als eine vorübergehende Phase, die schwerlich tiefergehende Spuren hinterlassen werde. Dann sagte er, bis zu welchem Punkte er Rußland ruhig vorgehen lassen würde. „Die Aufgabe der Regierung mußte zunächst sein, gegen solche Akte oder Vorfälle vorzusorgen, welche den gegenwärtigen überwiegend bulgarischen Charakter der Krisis zu einem europäischen hätte stempeln können. Wenn zum Beispiel Rußland beabsichtigt oder versucht hätte, eine Kommission nach Bulgarien zu senden, welche mehr oder weniger die Regierung des Landes an sich genommen hätte, oder wenn es zu einer Okkupation, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst gekommen wäre, so wären dies Akte gewesen, die uns unter jeder Bedingung zu einer entschiedenen Stellungnahme gezwungen hätten. Da solche Akte nicht eingetreten sind, hat die Regierung für wichtiger erachten müssen, dahin zu wirken, daß sie vermieden würden, als sich damit zu befassen, ob die Bulgaren von General Kaulbars mehr oder weniger gequält werden, ob die Sobranje früher oder später einberufen wird usw. Darauf wandte sich Kalnoki gegen die falschen Auffassungen von dem Charakter und den Zielen des Bündnisses mit Deutschland und sagte dabei: Die deutsche Regierung habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß Bulgarien sie nur soweit interessiere, als damit der Friede im Orient und in Europa in Verbindung stehe.

Andrássy antwortete dem Minister in der Debatte vom 16. November. Er kam noch einmal auf das Bündnis mit Deutschland zurück, das nicht die Früchte getragen habe, die von allen Seiten erwartet wurden. Solange es nur „ein Bündnis zwischen zwei Staaten war, habe es ganz einfach funktioniert. Beide Mächte hatten ihre beiderseitigen Interessen zu wahren, die nirgends kollidierten, und den anderen Staaten gegenüber nur das freundnachbarliche Verhältnis zu bewahren. Aber von dem Tage an, als ostentativ angekündigt wurde, daß der Ausgangspunkt unserer Politik sei, speziell in den Orientfragen jedesmal vor allen anderen Staaten mit Rußland Einverständnisse zu erzielen, konnte unser Bündnis mit Deutschland nicht mehr das sein, was es ursprünglich war, ohne daß wir Deutschland im geringsten dafür verantwortlich machen könnten. Die Ursache, daß aus der neuen Gruppierung der drei Mächte bis jetzt wenigstens sehr viel Beunruhigung in Europa, sonst aber nicht viel Ersprießliches hervorgegangen ist, ist ausschließlich in der unnatürlichen Gruppierung zu suchen. Von diesem Augenblick an konnte Deutschland selbstverständlich nicht mehr ausschließlich unsere, sondern mußte auch nicht nur die wirklichen Interessen Rußlands, sondern auch dessen momentane Auffassungen und Wünsche im Auge behalten. Das neue Verhältnis, in welchem dieses Bündnis wirken sollte, konnte keinem der drei Beteiligten nützen. Es war für uns und auch für Rußland nicht nützlich, weil das gezwungene enge Zusammengehenmüssen die gegenseitigen Interessen in einen schärferen Gegensatz brachte, als sie sonst gewesen wären. Es war nicht nützlich für Deutschland, weil es demselben eine unnötig schwere Aufgabe auferlegte. Es war nicht nützlich für Europa, weil es bei anderen Mächten, wenn auch unbegründetes Mißtrauen erregte. Es hat die Kraft für die Erhaltung des europäischen Friedens verloren, weil ein Bündnis dreier Mächte, deren zwei gerade dort, wo sie zusammenwirken sollten, wenn auch nicht entgegengesetzte, so doch verschiedene Interessen hatten, keinem Staate mehr in Europa imponieren konnte, und diejenigen, wenn es solche gäbe, die etwa die Erhaltung des Friedens nicht wünschen sollten, die Störung desselben von der unnatürlichen Gruppierung erwarten könnten. Die Folge dieser unnatürlichen Stellung war, daß das peinliche Geschäft der fortwährenden

Arbitration zwischen den beiden Bundesgenossen auf Deutschland von Tag zu Tag mehr drücken mußte. So kam es, daß Deutschland, welches sich in den Balkanfragen nicht erst jetzt, sondern schon in Berlin neutral erklärte, Rußland gegenüber in eine schwierigere Lage kam, als wir waren, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, wenn ein Staat einem anderen gegenüber in einer Frage Widerstand leistet, an der er selbst beteiligt ist und daher sozusagen nach dem Gebote der Selbsterhaltung handelt, dies viel weniger übel genommen werden kann, als wenn er dies nicht in seinem, sondern im Interesse eines anderen tun soll. Kurz, infolge der Schwierigkeiten dieses Verhältnisses zu dreien kam Deutschland in eine ganz unmögliche Stellung, in welcher auch die Ausnahmestellung des Fürsten Bismarck und seine — ich kann es nach langjähriger Erfahrung behaupten — nach beiden Seiten hin ganz ehrliche Vermittlung nicht mehr genügen konnte."

Andrássys Kritik an der Politik seiner Nachfolger Haymerle und Kalnoky erscheint nach unserer heutigen Kenntnis der Dinge nicht gerechtfertigt. Wenn er in seiner Denkschrift sagt, der Berliner Vertrag habe Rußland aus der Balkanhalbinsel herausgeleitet, während Haymerle und Kalnoky es dorthin zurückgeführt hätten, so ignoriert er erstens den Einfluß, den Österreich seitdem in Serbien und Rumänien gewonnen hatte, und zweitens, daß Rußland seinen größten Einfluß in Bulgarien gerade in den Jahren unmittelbar nach dem Berliner Vertrage und auf Grund des durch ihn hergestellten Zustandes geübt hat. Nach Bismarcks Überzeugung war Rußland durch den Berliner Kongreß so wenig „aus dem Balkan herausgeleitet", daß Bulgarien vielmehr eine anerkannte Einflußsphäre des Zarenreiches geblieben war. Der Kanzler hat dies, als die bulgarische Frage auftauchte, wiederholt betont. Kaiser Franz Joseph war durch eine dieser Äußerungen Andrássys so betroffen, daß er ihn fragte, ob irgend eine besondere Abmachung dieser Art über Bulgarien bestände, was Andrássy jedoch verneinte[47]). Aber die Geschichte Bulgariens seit 1879 gibt Bismarck völlig Recht, und auch die italienische Regierung erkannte an, daß Rußland berechtigt wäre, einen besonderen Einfluß in Bulgarien zu beanspruchen[48]). Bismarck hat sich in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausführlich darüber ausgesprochen: „Zu den Vertragsrechten

gehören auch solche, die nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden: ich meine, dazu gehören die Rechte, die wir auf dem Berliner Kongreß Rußland in betreff Bulgariens erworben, und die bis 1885 ganz unangefochten bestanden haben. Es ist gar keine Frage für mich, der ich die Kongreßbeschlüsse mit vorbereitet und mitunterzeichnet habe, daß wir alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ostrumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaktion gab, die Grenze des seinem Einflusse anheimfallenden Gebiets um 800 000 Seelen auf drei Millionen ungefähr zurückzuschrauben. Infolge dieser Auffassung des Kongresses hat Rußland bis 1885 zunächst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas anderes würde sein wollen als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Teil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Teil von ihnen oder der Fürst — ich weiß nicht wer, — sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein faktisches Verhältnis entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remedieren keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alterieren kann."

Gegen den Vorwurf Andrássys, daß die Wiener Politik seine Entschlüsse in den Orientfragen von vorherigen Verabredungen mit Rußland abhängig gemacht, daß er sich überhaupt auf bindende Abmachungen darüber eingelassen hätte, konnte sich Kalnoky vor dem Kaiser, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, leicht verteidigen; denn Andrássy selbst hatte 1877 mit Rußland den Pester Vertrag geschlossen. Freilich war dieser damals noch nicht öffentlich bekannt, aber einige Monate später zog Bismarck den Schleier von dem Geheimnis, indem er durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in einer Polemik gegen Katkow, die sich zugleich aber auch an die Andreasse der Ungarn richtete, die Existenz jenes Vertrages aufdecken ließ[49]). Wonach Andrássy strebte, war doch im Grunde nichts anderes, als sein altes politisches Ziel eines ausschließlichen Bündnisses

mit Deutschland, unter Ausschluß Rußland; und aus seinen Reden wie aus seiner Denkschrift ist deutlich zu entnehmen, daß er darauf rechnete, das deutsche Bündnis in den Dienst der österreichisch-ungarischen Orientpolitik stellen zu können. Andrássy wollte offenbar, daß sein Programm „los von Rußland" sich nicht allein auf Österreich-Ungarn beschränkte, sondern daß es auch von der deutschen Politik akzeptiert würde. Denn solange ein Freundschafts- oder Vertragsverhältnis zwischen Berlin und Petersburg bestand, während der Draht zwischen Wien und der russischen Hauptstadt abgerissen war, mußte Bismarck dennoch die beständige Vermittlung oder Arbitration zwischen Rußland und Österreich-Ungarn obliegen. Dagegen mußte sich die diplomatische Stellung des Wiener Kabinetts notwendig verschlechtern, wenn die Beziehungen Deutschlands zu Rußland sich nicht in dem Maße änderten, wie die zwischen Österreich und dem Zarenreiche. Das „Los von Rußland" sollte nach Andrássys Wunsch, wie gesagt, für die beiden Verbündeten von 1879 in gleicher Weise gelten. Denn dann war die deutsche Politik abhängiger von Wien, und Rußland stand allein da. Aber hätte sich ein isoliertes Rußland nicht notgedrungen dem gleichfalls isolierten Frankreich anschließen müssen?

Jedenfalls hat Andrássy durch sein politisches Auftreten die Auflösung des Dreikaiserbündnisses erreicht. Kalnokys Stellung war durch Andrássys Angriffe einen Augenblick erschüttert[50]) und seine Erklärung, die öffentlich bezeichnete, bis zu welcher Linie Österreich-Ungarn die Russen in Bulgarien ruhig vorgehen lassen würde, ist der Initiative Andrássys zuzuschreiben[51]). In Petersburg wirkten die Reden Tiszas und Kalnokys äußerst peinlich und verletzend; und Kaiser Alexander erklärte einem österreichischen Diplomaten, er selbst und Rußland seien durch sie beleidigt[52]). Als dann der Ablauf des Vertrages von 1884 herannahte und die Wiener Diplomatie sich in Petersburg um seine Erneuerung bemühte, begegnete sie tauben Ohren. Es war lediglich eine Folge von Andrássys Oppositionspolitik, daß Bismarck sich genötigt sah, den berühmten Rückversicherungsvertrag mit Rußland allein zu schließen.

6.

In England rief der Sturz des Fürsten von Bulgarien anfänglich nicht geringeren Unwillen hervor als in Ungarn, aber die Presse erklärte einstimmig, daß das Inselreich an den bulgarischen Dingen erst in zweiter Linie interessiert sei, und es daher anderen Staaten überlassen müsse, der Ausbreitung Rußlands auf der Balkanhalbinsel entgegenzutreten[53]). Die neue konservative Regierung, in der der bejahrte Lord Iddesleigh unter der Leitung des Premierministers Lord Salisbury das Ressort des Auswärtigen verwaltete, trat eifrig für Alexander von Battenberg ein und ließ nach seiner Vertreibung der Pforte nahelegen, den Fürsten zurückzurufen[54]). Bei Italien suchte er eine Unterstützung seines Vorschlages, und als der italienische Botschafter einwarf, was wohl Rußland dazu sagen würde, erwiderte Iddesley, er wüßte nicht, was es dazu sagen könnte[55]). In Berlin schlug der Lord vor, den Fürsten direkt zu unterstützen[56]).

Diese Politik erregte das Bedenken von Lord Randolph Churchill, der seit kurzem zum Leader des Unterhauses bestellt war. Überhaupt war die innerpolitische Stellung der Regierung schwierig. Die Gladstonesche Wahlrechtsreform von 1884 hatte die bisherigen Grundlagen der Parteimehrheit im Unterhause erschüttert; das Gesetz verlieh den breiteren Massen der ländlichen Bevölkerung das Stimmrecht, und die Folge war, daß bei den Wahlen von 1885 das ganze katholische Irland nationalistisch wählte. Die Partei Parnells stieg auf mehr als 80 Abgeordnete und war jetzt in der Lage, sowohl mit den Konservativen als mit den Liberalen eine absolute Mehrheit zu bilden. Die Regierung wechselte in 15 Monaten dreimal[57]). Nach einem kurzlebigen Ministerium Lord Salisburys kam Gladstone ans Ruder und brachte seine erste Homerule-Bill ein. Aber seine liberalnationalistische Mehrheit zerbrach infolge der Sezession der Liberalen und Radikalen, die an der Union mit Irland festhalten wollten. Durch ein lockeres Bündnis mit diesen unionistischen Liberalen kam im Sommer 1886 ein neues Kabinett Salisbury zustande. Aber die innere Lage blieb prekär, die Parlamentsmehrheit war unsicher, in Irland waren scharfe Repressionsmaßregeln angewandt worden, und die Aufregung der inneren Kämpfe ließen bei dem Gros der Parteien und der öffentlichen Meinung wenig Interesse

an den auswärtigen Fragen aufkommen. Lord Randolph Churchill mußte als Leader des Unterhauses die gesamte Politik der Regierung vertreten; er hatte daher auch Einblick in die schwebenden diplomatischen Fragen und suchte sie vom Gesichtspunkte der parlamentarischen Lage zu beeinflußen[58]). Die politisch bedeutende Stellung, die er sich in so kurzer Zeit erworben hatte, verdankte er vor allem seinem demagogischen Talent und seinem sicheren Instinkt für die Strömungen und Stimmungen im Parlament und im Lande. Seine schnelle Karriere war der Lohn dafür, daß er mehr als irgend ein anderer seiner Partei nach deren tiefem Fall bei den Wahlen von 1880 wieder zur Regierung geholfen hatte. In seiner ganzen Auffassung stand der Begründer der „Torydemokratie" den Liberalen vielfach näher als den Tories der alten Schule, und dadurch wurde er das eigentliche Bindeglied zwischen dem Kabinett und den liberalen Unionisten. Das befestigte einerseits seine Stellung, verleitete ihn aber zugleich, sich den liberalen Tendenzen soweit zu überlassen, daß er in einen immer stärkeren Gegensatz zu den übrigen Ministern geriet. Bei seiner Stellung als Führer des Unterhauses waren daher Friktionen unvermeidlich. In der auswärtigen Politik entfernte sich Lord Randolph nicht sehr weit von den Radikalen, die für das Desinteressement Englands in der Festlandspolitik eintraten. Der Orientpolitik Lord Beaconsfield war er so abgeneigt gewesen, daß er im Jahre 1878 dem radikalen Abgeordneten Sir Charles Dilke schrieb, er sei bereit, ein Mißtrauensvotum gegen die konservative Regierung einzubringen, wenn er der liberalen Unterstützung sicher wäre. Sein Ohr stets auf die Stimmungen der öffentlichen Meinung gerichtet, war er überzeugt, daß eine türkenfreundliche Politik seit den Wahlen von 1880 für England ganz unmöglich geworden sei, und daß vielmehr eine Einmischung in die Balkanfrage vermieden werden müsse. Die Schwierigkeiten in Irland nötigten seiner Meinung nach zu einer Friedenspolitik; als Schatzkanzler war er naturgemäß ein Gegner großer Rüstungsausgaben, und je mehr er diesen Gedankengang verfolgte, desto mehr kam er dazu, eine Politik der „glänzenden Isolierung" zu vertreten, die man mit viel weniger Grund Salisbury zugeschrieben hat.

Zunächst sprach Lord Randolph Churchill sich entschieden gegen eine Initiative Englands in der orientalischen Frage aus

und war der Ansicht, daß Lord Iddesley und der englische Vertreter in Sofia Sir Frank Lascelles sich zu weit vorwagten. In der Tat setzte er einige Wochen später die Versetzung von Lascelles nach Bukarest durch. „Iddesley weiß ganz genau", schrieb Lord Randolph am 4. September an Lord Salisbury, „daß die großen Mächte für Alexander von Battenberg keinen Finger rühren werden, und daß wir nur in ganz platonischer Weise handeln können. Ich fürchte, wir laden uns Verpflichtungen gegen Alexander und sein Volk auf, die uns weit über das hinaus führen können, was wir bisher ins Auge gefaßt haben. Ich habe kein sicheres Vertrauen, daß wir uns nicht in eine starke und prononzierte Aktion hineintreiben lassen. Das würde uns im Unterhause sowohl politisch als finanziell in große Gefahr bringen." In einem Gespräch zwischen Lord Randolph und dem deutschen Botschafter Graf Hatzfeld über die gleiche Frage sagte der Lord, eine antirussische Politik in Europa, bei der England die Initiative ergriffe, sei zu gefährlich; sie würde vielleicht nicht die Unterstützung der Wählerschaften finden und sicher heftigen Angriffen ausgesetzt sein. Wenn dagegen Österreich, von Deutschland unterstützt, die Führung übernähme, so könnte England sich anschließen; und eine solche Politik würde er im Unterhause mit Erfolg vertreten können.

Gegen eben diese Auffassung scheint ein Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der eine Woche später (20. Dezember) erschien, zu polemisieren. „Das Berliner Kabinett", heißt es dort, „ist bisher nicht einen Augenblick in der Lage gewesen, die Besetzung Bulgariens von seiten Rußlands als beabsichtigt oder wahrscheinlich anzusehen. Als wahrscheinlich ist nur anzunehmen, daß schon, wenn England allein, ohne Italien, entschlossen wäre, sich jeder Besetzung Bulgariens durch die Russen zu widersetzen, dann die Situation eine ganz andere sein würde, als sie ist. Das wäre schon dann der Fall, wenn auch nur bekannt wäre, daß England ernstlich nach einem Partner sucht, der diese Widersetzlichkeit allein und ohne England zu üben bereit sein möchte."

Noch ein weiteres Beispiel möge die Energie kennzeichnen, mit der Lord Randolph seiner Ansicht über Englands Orientpolitik Ausdruck gab. In der Korrespondenz, die er über die auswärtigen Angelegenheiten mit dem Premierminister führte,

heißt es einmal: „Eine gemeinsame Aktion mit Österreich bedeutet Krieg gegen Rußland, eine gemeinsame Aktion mit Österreich und Deutschland bedeutet Frieden.“ Lord Salisbury entgegnete: Eines könne England nicht ruhig zulassen, nämlich daß Rußland Konstantinopel angriffe; in einem solchen Falle müßte es auch dann handeln, wenn alle anderen Mächte sich weigerten, einzutreten, und zwar müßte es dann in den Dardanellen vorgehen. Dieser Gedanke entsprach Churchills Temperament, und die Antwort Lord Randolphs ist auch deshalb interessant, weil später, unter völlig veränderten Weltverhältnissen, sein Sohn Winston Churchill den Gedanken praktisch auszuführen versucht hat, freilich ohne Erfolg. Lord Randolph schreibt, einer seeräuberischen Besetzung (Piratical seizure) Gallipolis sei er nicht abgeneigt, das habe etwas Praktisches an sich, was sich auch dem radikalsten und friedfertigsten Unterhause empfehlen würde.

Im November sprachen hintereinander die auswärtigen Minister Englands, Österreichs und Italiens. Lord Salisbury verurteilte die russische Politik in Bulgarien in so scharfen Worten, als die öffentliche Meinung es nur verlangen konnte. Über die Politik Englands äußerte er sich dagegen vorsichtig. An der Beachtung der Berliner Verträge, sagte er, habe England nur ein kollektives Interesse mit den anderen Mächten zusammen. Es habe nie die Türkei verteidigt, ohne Verbündete zu besitzen. Wenn englische Interessen allein berührt würden — Lord Salisbury spielte auf die Dardanellen an — so würde sich England nicht nach etwaigen Verbündeten richten. Aber in der bulgarischen Frage seien englische Interessen nicht direkt im Spiel; hier sei vor allem Österreich interessiert, und die Wiener Politik würde die englische in hohem Maße beeinflußen. Auch Graf Kalnoky betonte in den Delegationen, daß die Beziehungen der Donaumonarchie zu England in diesem Augenblick von besonderem Interesse seien. Er sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, „daß wir auch England an unserer Seite sehen werden, wenn es sich darum handeln sollte, für die Erhaltung des Berliner Vertrages und des Rechtszustandes, den er geschaffen, einzutreten“. Kalnoky äußerte sich sodann in sehr vorsichtigen Worten über die zu erwartende Haltung Italiens, was Robilant in seiner Kammerrede nicht minder behutsam erwiderte.

Danach tauschten die drei Minister einige Liebenswürdigkeiten über das Einvernehmen aus, das zwischen ihnen bestände, in Wirklichkeit aber sehr platonischen Charakter hatte. Die Art, wie England und Österreich beide auf die Initiative des anderen warteten, veranlaßte Dr. Cyon zu der witzigen Bemerkung, Österreich erkläre dem Londoner Vorschlage gemäß, gern den ersten Schritt tun zu wollen, wenn Lord Salisbury vorher den zweiten getan hätte.

Indessen nahmen die Meinungsverschiedenheiten in den inneren Kreisen des Londoner Kabinetts zu. Churchill verlangte erhebliche Abstriche von den Etats für Heer und Flotte, die die Ressortsminister nicht zugeben wollten. In seiner Korrespondenz mit dem Premierminister vertrat er den Standpunkt, daß die Rüstungsausgaben unnötig wären, wenn nur die auswärtige Politik mit Geduld und gutem Urteil geleitet würde. Zwischen der auswärtigen Politik und großen Rüstungsausgaben beständen Wechselwirkungen; eine weise auswärtige Politik müsse England von den Konflikten des Kontinents und den Streitigkeiten Deutschlands, Österreichs, Rußlands oder Frankreichs fern halten und das Land nicht in einen europäischen Krieg verwickeln. Schließlich steigerte sich der Gegensatz zwischen ihm und seinen Kollegen bis zum Bruch, und Weihnachten 1886 nahm Churchill in ziemlich abrupter Weise seine Entlassung[59]). Aber auch nach seinem Rücktritt suchte er die Regierung an einer Politik zu verhindern, die England auf dem Festland engagieren konnte. Er trat nachdrücklich für eine entschiedene Sparsamkeitspolitik in der Armee und Flotte ein; konnte aber nicht verhindern, daß schließlich keine Verminderung sondern eine Erhöhung der beiden Etats erfolgte. Eine genauere Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse hatte die Notwendigkeit zahlreicher Reformen ergeben. Auch weiterhin bot Churchill allen seinen Einfluß auf um Lord Salisbury zu verhindern, sich von Bismarck ins Schlepptau nehmen zu lassen[60]), und später erklärte er dem russischen Botschafter in London, Rußland könne mit Österreich tun, was es wolle; England nehme gar kein Interesse daran[60]).

Kapitel 9.

Die bulgarische Krisis.

(Fortsetzung.)

1.

Am dritten November 1886, als General Kaulbars noch in Bulgarien sein Wesen trieb, sagte der englische Botschafter in Petersburg zu Giers, er habe noch nie eine solche elektrische Spannung in der politischen Atmosphäre wahrgenommen. Giers äußerte sich seinerseits optimistischer und zuversichtlicher als in den Wochen vorher[1]), und nach Wien ließ er sagen, er sei überzeugt, daß keine europäischen Verwicklungen entstehen würden, solange das Einvernehmen der drei Kaiserhöfe für die Erhaltung des Friedens andauere, wie die jüngste Ansprache des Kaisers Franz Joseph an die Delegationen hoffen ließe[2]). Dann aber machten die Reden Salisburys, Kalnokys und Robilants einen höchst unangenehmen Eindruck in Petersburg, und der russische Botschafter in Rom machte gegen Robilant aus der Verstimmung seiner Regierung kein Hehl[3]).

Die bulgarische Frage kam nicht vom Fleck. Rußland hielt an der Auffassung fest, daß sowohl die Regentschaft als das Ministerium illegal seien. Die jetzigen Männer müßten von der politischen Bühne verschwinden; erst wenn eine neue Regentschaft und ein neues Kabinett gebildet wäre, das als wirkliche Vertretung des bulgarischen Volkes betrachtet werden könnte, sollte die große Sobranje einberufen werden und einen neuen Fürsten wählen. Rußland stellte dazu die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien auf und veranlaßte die Pforte, bei den Mächten anzufragen, ob sie dieser Kandidatur zustimmten. Deutschland erklärte sich bereit, jede Übereinkunft, soweit sie innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages läge, zu unterstützen, aber Italien und England antworteten ausweichend und zurückhaltend. Für die bulgarische Regierung war die Abreise der russischen Diplomaten und Konsuln eine Erlösung. Sie war entschlossen, die bulgarische Frage selbständig zu lösen und entsandte eine diplomatische Mission an die Mächte, um ihre Wünsche vorzutragen. Das war verlorene Liebesmühe; aber es geschah doch wohl infolge der persönlichen Ver-

bindungen, die die bulgarischen Abgesandten im Auslande anknüpfen konnten, daß Mitte Dezember die Kandidatur des Prinzen Ferdinand von Coburg auftauchte. Inzwischen wurde unter den Kabinetten hin und hergesprochen, aber Rußland verharrte bei seinem rein negativen Standpunkt, der die Rückkehr des Landes zu geordneten Zuständen unmöglich machte. Es suchte indirekt durch die Pforte auf Bulgarien einzuwirken und Bismarck begünstigte diesen Schritt, um der russischen Eigenliebe eine Genugtuung zu verschaffen. Er erklärte, Deutschland würde jede Übereinkunft zwischen Rußland und der Pforte in den Grenzen des Berliner Vertrages gern unterstützen; der Pforte sei anzuraten, ihren legitimen Einfluß in Bulgarien anzuwenden, um eine gewisse Veränderung der Regentschaft zu erreichen[4]). Tatsächlich ist es zu Verhandlungen in Konstantinopel gekommen, aber sie sind ergebnislos geblieben.

Während Giers in einem Kommuniqué vom 23. November betonte, Rußland werde das Ziel der Wiederherstellung normaler Zustände in Bulgarien auf friedlichem Wege verfolgen, ohne sich von den Verträgen zu entfernen, solange die übrigen Mächte den gleichen Grundsatz beobachteten[5]), bereitete der russische Kriegsminister Wannowski militärische Rüstungen vor. Sein Plan war, den Osten und die Mitte des Reiches durch neu gebildete Reservetruppen zu sichern, aber an der West- und Südgrenze schlagfertige Heere aufzustellen[6]). Den Zaren ließ der Minister über die großen Verstärkungen absichtlich im Dunkeln[7]). Für Deutschland war somit die Lage folgende: Die Beziehungen zu der französischen und russischen Regierung waren nicht unbefriedigend; aber die chauvinistische Presse in Frankreich und Rußland machten Deutschland den Krieg, und der französische und der russische Kriegsminister bereiteten ihn energisch vor. In Petersburg und in Paris besaß der Kriegsminister den Einfluß, diese Rüstungen wirklich vorzunehmen, und umfassende militärische Maßnahmen zu treffen, ohne daß sie — und darin zeigt sich das Ungesunde der Verhältnisse — einem bestimmten Ziele der auswärtigen Politik der Kabinette gedient hätten. Wenn also der französische und der russische Minister des Auswärtigen sich genötigt sahen, in einer Periode großer politischer Spannung, in der Frankreich und Rußland selbst von niemand bedroht waren, ihren Kollegen vom Kriege ruhig gewähren zu lassen,

so bekundete das eine Schwäche ihrer politischen Situation, die besorgen ließ, daß sie auch weiteren Pressionen keinen Widerstand würden leisten können, selbst wenn diese den Frieden gefährdeten.

Es war kein beruhigendes Anzeichen, daß bei dem französischen Kabinettwechsel das Kabinett Goblet Boulanger als Kriegsminister beibehielt. Einen Boulangistischen Staatsstreich oder einen von Boulanger angefachten Krieg hätte auch die Diplomatie Bismarcks schwer verhindern können. Daher entsprach es nur der politischen Logik, wenn Deutschland die militärischen Maßnahmen seiner Nachbarn mit gleicher Münze erwiderte. Am 25. November 1886 ging dem Reichstage eine neue Militärvorlage zu. Obwohl das Septennat von 1880 erst am 31. März 1888 ablief, forderten die verbündeten Regierungen eine ansehnliche Heeresverstärkung, die bereits am 1. April 1887 in Kraft treten sollte. Dazu sagte der preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorf im Reichstage, der Entschluß zu dieser Vorlage sei erst in den letzten Tagen vor der Einberufung des Reichstages (25. November) gefaßt worden. In der Kommissionsberatung erklärte der Kriegsminister, die Heeresverstärkung sei notwendig, weil die österreichische Armee der russischen durchaus nicht gewachsen sei, und Moltke äußerte in der Debatte: „Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, dann glaube ich, haben wir den Krieg ganz sicher."

In Rußland wirkte die deutsche Militärvorlage auf die nationalistische und panslawistische Presse wie ein rotes Tuch auf den Stier; täglich ergingen sich die Zeitungen in den schärfsten Ausfällen, während sie Frankreich als dem wahren Freunde und Verbündeten Weihrauch streuten. Anderseits war es ein gutes Zeichen, daß sich — wie es scheint, auf Grund einer deutschen Beschwerde — ein Kommuniqué des amtlichen Petersburger „Regierungs-Boten" gegen diese Hetzereien wandte. Es hieß darin, daß die Beziehungen der russischen Regierung zu der deutschen unverändert geblieben seien. Die russische Regierung habe allen Grund anzunehmen, daß Deutschland sich seinerseits aller Handlungen enthalten werde, die der Würde Rußlands und seinen Interessen, die sich aus seinen historischen Beziehungen zu den übrigen Slawen ergäben, Eintrag täten, und daß der Einfluß Deutschlands auf die Erhaltung des europäischen Frie-

dens gerichtet bleiben werde. Zugleich wurde die russische Presse ermahnt, von allen Feindseligkeiten gegen das Deutsche Reich Abstand zu nehmen. Aber es war bezeichnend, daß die Moskauer Zeitung Katkows dieses Kommuniqué weder veröffentlichte noch dem darin enthaltenen Befehl Folge leistete, und daß trotzdem Zeitung und Herausgeber straffrei ausgingen. Katkow reichte Ende Dezember hinter dem Rücken des nichtsahnenden Giers dem Zaren eine Denkschrift ein, worin er jetzt offiziell die Notwendigkeit einer völlig neuen Orientierung der russischen Politik begründete, wie er es seit Monaten in seinem Blatt empfohlen hatte. Nach dem, was Katkows Freund, Cyon über die Denkschrift mitteilt, gipfelte ihr Argument darin, daß Rußland, wenn es in einem deutsch-französischen Krieg neutral bliebe, nicht einen Akt der Neutralität, sondern den einer flagranten Feindseligkeit gegen Frankreich begehen würde. Es sei daher unerläßlich, daß der Zar den Dreikaiserbund, der auf dem Versprechen einer wohlwollenden Neutralität im Kriegsfalle beruhe, nicht erneuere. Von einer derartigen Verpflichtung frei, würde Rußland der Schiedsrichter über Krieg und Frieden sein. Zugleich betonte Katkow, daß die Logik der Verhältnisse auf eine russisch-französische Entente hinweise[8]).

Die Sprache der Moskauer Zeitung wurde immer schärfer und leidenschaftlicher. Wieder und wieder suchte Katkow die Politik Bismarcks zu verdächtigen und die Nachteile deutlich zu machen, die Rußland durch das Dreikaiserbündnis erfahre. Man würde fehlgehen, wenn man in dieser Polemik irgend welchen bemerkenswerten politischen Gedanken suchen wollte. Alles war nur darauf angelegt und zugespitzt, das Mißtrauen des Zaren gegen Bismarck und die deutsche Politik zu erwecken und wachzuhalten. Katkow und Cyon glaubten, seine Hand in allen großen und kleinen Vorgängen der Politik zu spüren, die irgendwie den Interessen Rußlands oder Frankreichs zuwiderliefen. Alle groben oder kleinen Fehler, die die russische oder französische Politik begehen mochte, alle unangenehmen Ereignisse, die niemand voraussehen konnte, wurden nach der bequemen Maxime: „is fecit, cui prodest" Bismarck in die Schuhe geschoben. Alle Tagesereignisse wurden unter diesem Gesichtspunkt betrachtet; und mit allen Abwandlungen und Nuancen, die sie ermöglichten,

wurde derselbe Grundgedanke mit steigender Bitterkeit und Leidenschaft behandelt.

Trotz der gefährlichen internationalen Lage stieß die Militärvorlage der deutschen Regierung im Reichstage auf den hartnäckigen Widerstand der Reichstagsmehrheit. Der Dezember verging über den Kommissionsberatungen, wo man zwar schließlich die neu geforderten Kaders anzunehmen, aber die Friedenspräsenzziffer dafür um 18 000 Mann zu verringern, und statt des Septennats nur ein Triennat zu bewilligen beschloß. In den Debatten im Januar nahm dann Bismarck nicht weniger als fünfmal das Wort. Er betonte wiederholt, daß die Kriegsgefahr allein von Frankreich drohe. Wohl wurde er der Friedensliebe der französischen Regierung und des französischen Volkes vollauf gerecht. Aber er betonte, daß die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden seien. Es sei möglich, daß die französischen Machthaber — und hier nannte er Boulanger mit Namen — sich zu einem Kriege entschließen könnten, um aus den innerpolitischen Schwierigkeiten herauszukommen. Er wies auf die Agitation derer hin, die „Le feu sacré de la revanche" unterhielten und sprach mit einem prophetischen Wort von dem Charakter eines künftigen Krieges, bei dem es sich beiderseits um ein „saigner a blanc" des Gegners handeln würde. Aber er betonte, daß es allein zwischen Frankreich und Deutschland Krieg geben würde, da die Republik keine Aussicht auf einen Bundesgenossen habe.

Gegenüber Rußland schlug Bismarck einen ganz anderen Ton an. Er hob die alte Freundschaft zwischen den beiden Höfen und Regierungen hervor, er korrigierte Andrássys Vorstellung von den Bündnissen und betonte die vollständige Uninteressiertheit Deutschlands im Orient. „Unsere Freundschaft mit Rußland", sagte er, „hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist heute über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff noch eine feindselige Politik . . . Wir leben mit Rußland in derselben freundschaftlichen Beziehung, wie unter dem Hochseligen Kaiser (Alexander II.) und diese Beziehung wird unserseits auf keinen Fall gestört werden . . . Ich glaube auch nicht, daß

man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jeder Zeit den Mut seiner Meinung gehabt, und wenn er in unfreundliche Beziehungen mit Deutschland zu treten beabsichtigte, so ist er der erste, der dies sagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten. Alle Argumente also, die für unsere Vorlage daraus entnommen sind, daß wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüber zu treten haben würden, die assumiere ich meinerseits nicht ... Wir werden Händel mit Rußland nicht haben, wenn wir nicht bis Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen..."

Bismarck polemisierte sodann gegen die Presse der Opposition, die aus sentimentaler Sympathie für Bulgarien Deutschland in einen Krieg mit Rußland verwickeln wollte. „Ich habe", sagte er, „die ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumutung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei", wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrates vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen .... Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundschaft mit Rußland ist uns viel wichtiger, als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben." Das Wort von dem Leitseil galt dem Grafen Andrássy. Und weiter sagte Bismarck: „Ich kann wohl sagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaisermächte zu einigen, hat sich in soweit verwirklicht, als wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Österreich oder Rußland in Händel zu kommen ... Aber der Schutz, den der Friede durch diese Verbindung zu dreien — ich möchte sagen, durch das trianguläre Karré, welches die drei Kaiserreiche unter sich formieren, wenn der

Ausdruck nicht unsinnig wäre — gewinnt, ist eben stärker zu dreien als zu zweien, und die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Österreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Österreich und Rußland ... Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur ... Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Österreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten werden."

Windhorst, wie immer den alten großdeutschen Gedanken vertretend, wollte nicht gelten lassen, daß Deutschland absolut keine Interessen im Orient haben würde und warf ein: „Das ist mir eine ganz neue Doktrin. Ich bin aufgewachsen in der Anschauung der Geschichte, der Staatsmänner, der Generale, daß allerdings Deutschland als Ganzes in jeder Hinsicht und besonders in merkantiler, ein wesentliches Interesse habe, daß im Orient nicht die Deutschen ausgeschlossen seien. Unsere Interessen fallen in dieser Hinsicht mit den österreichischen Interessen voll und ganz zusammen."

Bismarck erwiderte ihm: „Der Herr Abgeordnete hätte gewünscht, daß die deutsche Politik ganz und voll mit Österreich ginge; er hat das nachher nach der Richtung noch erläutert, daß wir uns für die orientalische Frage mehr interessieren sollen, als wir bisher getan haben. Unsere Beziehungen zu Österreich beruhen auf dem Bewußtsein eines jeden von uns, daß die volle großmächtliche Existenz des anderen eine Notwendigkeit für den einen ist, im Interesse des europäischen Gleichgewichts; aber sie beruht nicht auf der Grundlage, wie man es im ungarischen Parlament unter Umständen ausgelegt hat, daß eine von beiden Nationen sich, ihre ganze Politik und Macht in den Dienst der anderen stellen kann, das ist ganz unmöglich. Es gibt spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen können, es gibt spezifische deutsche Interessen, für die Österreich sich nicht einsetzen kann. Österreich hat das Interesse, daß Deutschland als große, volle und starke Macht erhalten bleibt; Deutschland hat dasselbe Interesse in bezug auf Österreich, aber wir können uns unsere Sonderinteressen gegenseitig nicht aneignen. Wir haben von Österreich niemals verlangt und haben

auch keinen Anspruch darauf, daß es sich in unsere Händel mit Frankreich mische. Wenn wir Schwierigkeiten haben mit England in Kolonialfragen, oder wenn wir mit Spanien über Lumpereien wie die Karolinen in Händel kommen, haben wir nie an Österreich einen Anspruch gemacht auf Grund unseres freundschaftlichen Verhältnisses. Soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als volle, freie und mächtige Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige Interessen. Aber was Österreich in Konstantinopel für Interessen hat, das wird Österreich allein zu beurteilen haben. Wir haben dort keine, ich wiederhole das. Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst einmal mein Nachfolger sein wird, dann wird er ja entscheiden können, ob wir in Konstantinopel Interessen haben, die uns unter Umständen einen so schweren Krieg wie den mit unserem zweihundertmeiligen Grenznachbar, Rußland, ertragen lassen können; wir hätten nachher doch dafür die Genugtuung, daß am Bosporus das Regime herrschte, was wir gewollt und gewünscht; dafür können wir schon ein paar hunderttausend Menschen und ein paar Milliarden opfern. Denn glauben Sie doch nicht, daß wenn man eine solche Politik einmal falsch instradiert, man auf jeder Station umkehren kann; das ist nicht möglich. Wenn wir einmal das gegenseitige Mißtrauen erwecken, dann geht es auch, wenn keiner von beiden sich blamieren will, unaufhaltsam vorwärts..."

Der Kampf um das Septennat und die deutschen Reichstagswahlen bildeten einen der Höhepunkte der europäischen Krisis. Seit anderthalb Jahren hielt die bulgarische Frage Europa in Unruhe und Aufregung. Mit dem Sturze des Fürsten Alexander wurde die Krisis intensiv; die Fieberhitze stieg von Zeit zu Zeit und sank wieder, es war wie eine chronische Entzündungskrankheit mit akuten Steigerungsmomenten. Die europäische Lage war zeitweise höchst gespannt und undurchsichtig[9]). Eine dokumentierte Geschichte der Krisis läßt sich noch nicht schreiben, aber ihre Symptome sind deutlich erkennbar. Während sich die Nachrichten über die russischen Rüstungen an der deutschen und österreichischen Grenze häuften, wurden in Frankreich seit der Einbringung der deutschen Septennatsvorlage die Rüstungen ganz offen betrieben. In Österreich-Ungarn wurden die Kredite für das Landsturmgesetz bewilligt. Seit Mitte Januar

1887 kam es zu wiederholten Erschütterungen der großen europäischen Börsen; der russische Silberrubel, der schon im Oktober unter zwei Mark der Berliner Notierung gefallen war, erlebte einen ungeahnten Tiefstand. Dazu wurde in der internationalen Presse der Kampf auf allen Seiten immer rücksichtsloser und erbitterter geführt. Der ganzen kritischen Periode ist eigen, daß beruhigende Erklärungen der Regierungen und Alarmnachrichten der Presse und der Börsen beständig mit einander abwechselten.

Der Reichstag wurde am 14. Januar aufgelöst, und der Wahlkampf schlug hohe Wellen. Eine Berliner Note machte die französische Regierung auf die Folgen aufmerksam, die ihre Truppenzusammenziehungen an der Grenze hervorrufen würden. Kurz vor der Auflösung des Reichstags sagte Bismarck zu Mittnacht, daß er im laufenden Jahre keinen Krieg erwarte, wenn nicht innere Veränderungen in Frankreich einträten; er hielte ihn aber für sehr möglich, sobald Frankreich ein besseres Gewehr als das deutsche, und das dafür geeignete aber schwer herzustellende Pulver zu besitzen glaubten[10]). Eine Woche nach der Reichstagsauflösung, am 22. Januar, äußerte der Kanzler zum Fürsten Hohenlohe, er halte es für wahrscheinlich, daß der Krieg in nicht zu ferner Zeit ausbrechen werde; Boulanger könne jeden Augenblick einen Staatsstreich machen und dann losschlagen[1]). Jedoch war die französische Regierung schon aus dem Grunde friedliebend, weil ein Krieg aller Voraussicht nach das Ende der republikanischen Staatsform herbeiführen würde. Es fragte sich, ob Boulanger beides, den Staatsstreich und den Krieg wagen würde. Er fuhr fort, seinem Ministerium Schwierigkeiten zu bereiten; so schrieb er im Februar, ohne den Minister des Auswärtigen ins Geheimnis zu ziehen, einen persönlichen Brief an den Zaren, dessen Absendung nur durch einen Zufall verhindert werden konnte. Für das amtliche Verhältnis der beiden Regierungen ist es bezeichnend, daß Flourens Bismarck von diesem Schritt des Kriegsministers in Kenntnis setzen ließ[3]). Vor einem entscheidenden Schritt schreckte Boulanger aber doch zurück. Die deutschen Reichstagswahlen, am 21. Februar, ergaben eine Regierungsmehrheit von 48 Stimmen, und eine unmittelbare Folge dieses Bismarckschen Sieges war die wesentliche Festigung der Pariser Börse.

Der französische Botschafter in Berlin, Herbette, telegraphierte nach dem Quai d'Orsey; „der Sturm ist vorüber, alles ist ruhig; man kann die Regenschirme zumachen und die Sonnenschirme aufspannen“[13]). Am 3. März trat der neue Reichstag zusammen, und am 7. begannen die Verhandlungen über das Septennat; von einer Kommissionsberatung wurde ganz abgesehen, und schon am 9. März fand die entscheidende Abstimmung statt; das Gesetz wurde mit 222 gegen 23 Stimmen angenommen. Die beiden Noten, die der Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Päpstlichen Nuntius in München richtete, „der Heilige Vater wünsche, daß das Zentrum die Vorlage des militärischen Septennats in jeder Weise begünstige“, hatte die Partei nicht abgehalten, im Januar gegen die Vorlage einzutreten und den Wahlkampf mit aller Schärfe zu führen; aber in dem neuen Reichstag enthielten sich 88 von den 98 Zentrumsabgeordneten der Abstimmung.

2.

Im Januar 1887 begann die „Forthnightly Review“ eine Reihe von Aufsätzen über die europäische Lage zu veröffentlichen, die noch heute das Interesse des Historikers und Politikers verdienen. Sie waren von dem bekannten Verfasser von „Greater Britain“, Sir Charles Dilke, geschrieben, und es lohnt sich, ein paar Sätze daraus wiederzugeben. „Jetzt, vielleicht in den letzten Jahren seines Lebens, wird Fürst Bismarck infolge des Anwachsens der militärischen Macht Frankreichs und Rußlands, und der jüngsten Enthüllungen über die militärische Schwäche Österreichs genötigt sein, größere diplomatische Anstrengungen zu machen als je vorher. . . Offenbar muß das Hauptziel Fürst Bismarcks sein, ein russisch-französisches Bündnis durch alle möglichen Mittel zu verhindern . . . Daher muß Fürst Bismarck bereit sein, Rußland im mittleren Osten zu unterstützen und auch am Balkan bis zu dem Punkte, wo Österreich anfängt, widerspenstig zu werden.“ . . . Bismarcks Politik, schreibt Dilke, sei, Österreich nicht zu erlauben, etwas zu tun, was geeignet wäre, einen Krieg zwischen ihm und Rußland zu überstürzen. Er werde Rußland nicht drohen oder eine Drohung an das Zarenreich unterstützen, sondern ihm raten, wenn es am Balkan vorrücken wolle, Österreich einen Preis anzubieten, einen Preis, den man in Wien übrigens augenblicklich sehr ungern annehmen

würde. „Man muß den Nachdruck auf die Einfachheit der Bismarckschen Politik legen. Bismarcks Politik ist eine einfache, ehrliche Politik zur Verteidigung des Deutschen Reichs. Man fragt, ob Bismarck zulassen würde, daß Rußland sich die slawischen Staaten einverleibte, und daß es sich in Konstantinopel festsetzte; oder ob nach ihm Österreich die russische Ausbreitung verhindern solle, oder ob Rußland unter der Bedingung nach Konstantinopel gehen mag, daß Österreich pari passu Serbien, einen Teil von Mazedonien und Saloniki erhielte. Die Antwort ist, daß ein vorsichtiger Politiker bei der jetzigen Lage Europas nicht sehr weit in die Zukunft sehen kann ... Bismarck wird zulassen, daß Rußland sich in Bewegung setzt, wenn er es nicht verhindern kann, aber es wäre ihm viel lieber, wenn es das nicht täte, und er wird alles tun, was er kann, um es zu verhindern. Aber wenn Rußland einmal darauf besteht, sich in Bewegung zu setzen, so wird er zu erwägen haben, ob er die Vernichtung Österreichs nicht dadurch verhindern kann, daß er ihm eine Kompensation aufdrängt, die es selbst nicht wünscht[14])."

Dilke urteilte ganz richtig, daß Bismarck vor sehr ernsten, diplomatischen Aufgaben stand: sowohl die Dreibundverträge als auch das Dreikaiserbündnis näherten sich ihrem Ende. Man vermutete, daß Bismarck in Petersburg verhandelte, ja, der allwissende Blowitz telegraphierte am 28. Dezember 1886 an die Times, daß vierzehn Tage vorher ein Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossen sei. Die Nachricht wurde in Berlin zwar entschieden dementiert; aber sie trieb Wasser auf die Mühle der Septennatsgegner, führte doch Windthorst das angebliche russische Bündnis dafür an, daß die Militärvorlage überflüssig sei. Eine Woche später meldete Blowitz über den Inhalt der deutsch-russischen Abmachung: Rußland habe jeden Gedanken an ein Bündnis mit Frankreich aufgegeben, und Deutschland habe Rußland dafür carte blanche in Bulgarien zugestanden. Genau dieselbe Nachricht hatte der Korrespondent freilich schon am 10. September 1886 an die Times telegraphiert.

Auch in Rußland gingen Gerüchte von geheimen Unterredungen mit Deutschland um. Katkow glaubte im Februar, daß General von Schweinitz, der am 6. des Monats vom Zaren in Audienz empfangen worden war, mit der russischen Regierung

verhandelte. Für Katkows politisches Urteilsvermögen ist bezeichnend, daß er Bismarck zutraute, er habe dem Zaren ein Bündnis gegen Österreich vorgeschlagen, das nach dem Ablaufe des deutsch-österreichischen Vertrages von 1879 in Kraft treten sollte. Ein anderes Mal hörte er die richtige Nachricht von dem Plane eines reinen Neutralitätsvertrages. Er erfuhr weiter, daß Schweinitz, dem ein russischer General zu dem Erfolge der Septennatswahlen gratulierte, erwidert habe, der Friede werde erst vollkommen gesichert sein, wenn der Zar Frankreich bestimmt erklärte, daß er ihm wohl eine Garantie gegen einen Angriff von deutscher Seite geben wolle, aber daß er keinenfalls eingreifen würde, falls Frankreich seinerseits den Krieg erklärte. Der General schloß daraus, daß Schweinitz auf dieser Basis verhandelte und urteilte, daß der Botschafter bei der Friedensliebe des Zaren das Terrain sehr geschickt gewählt habe[15]).

Nachdem im Januar bereits der Finanzminister Bunge den Angriffen Katkows zum Opfer gefallen war, versuchte dieser einen Monat später, auch Giers zu stürzen; denn er war der Überzeugung, daß nur dessen Entlassung eine neue Orientierung der russischen Politik ermöglichen würde[16]). Giers hat wohl von sich selbst gesagt, daß er als Minister des Auswärtigen nur das ausführende Organ des kaiserlichen Willens sei. Staatsrechtlich bezeichnete dies Wort allerdings die Stellung jedes russischen Ministers, wenn auch Staatsmänner, wie Nesselrode oder Gortschakow tatsächlich eine wesentlich andere Position eingenommen hatten. Aber mit jener Äußerung schmiedete Giers sich zugleich eine Waffe gegen seine Gegner; denn indem er betonte, nur den Willen des Zaren zu vollziehen, stellte er die persönlichen Angriffe gegen ihn selbst in das Licht einer abfälligen Kritik an der Politik des Kaisers. Giers war gewiß kein Staatsmann ersten Ranges und als Persönlichkeit weniger bedeutend als sein Vorgänger Fürst Gortschakow und sein Nachfolger Fürst Lobanow, aber er war ein solider Politiker mit klarem Blick und bestimmten politischen Grundsätzen, die er offenbar mit taktischem Geschick bei dem Zaren vertrat. „Indem er vermied", sagte ein Eingeweihter, „die Wünsche des Kaisers vorwegzunehmen und sich auf die augenblicklich vorliegenden Fragen und ihre Lösung beschränkte, erhielt er den Kaiser in dem Glauben, daß er der wirkliche Leiter der russischen Politik

wäre[17]). Hätte er nicht tatsächlich einen bedeutenden Einfluß ausgeübt, so wäre Katkows leidenschaftliche Polemik gegen ihn grundlos gewesen. Giers wußte, daß Rußland der Ruhe bedurfte, er wollte mit Deutschland und Österreich Frieden halten; das Expansionsfeld für Rußland sah er nicht im Balkangebiet, sondern in Asien. Die französische Bündnispolitik nach Bismarcks Entlassung hat er nur widerstrebend mitgemacht. Am Ende der bulgarischen Kriege schrieb der englische Botschafter in Petersburg, Sir Robert Morier: Giers verfolgte stets konsequent die Politik, Rußland volle Freiheit des Handelns zu bewahren und abzuwarten, ob andere Mächte ihrerseits die Initiative ergriffen. Er wollte so Rußland eine vorteilhafte Stellung sichern, in der es seinen Interessen gemäß seine Entschlüsse fassen konnte; bei dieser Politik ruhigen Zuwartens mußte Rußland seine beständig wachsende Kraft zugute kommen[18]). Der Kaiser kannte die Ansichten von Giers und behielt ihn als Minister bei. Freilich liebte er keine neuen Gesichter, und ohnehin bevorzugt das absolutistische System lange Ministerien, weil häufige Ministerwechsel peinlich an das parlamentarische Regime erinnern. Letzten Endes mußte ja doch ein positiver Befehl des Kaisers des Ausschlag geben.

Freilich hatte Alexander III. die Zügel der Staatsleitung durchaus nicht fest in der Hand. Die gewöhnliche Begleiterscheinung des Absolutismus ist ja Anarchie, und von der Anarchie in der russischen Regierung, wo jeder Minister seine eigene Politik verfolgte, ohne auf die seiner Kollegen die geringste Rücksicht zu nehmen, hat Katows Freund, Cyon, ein lebhaftes Bild entworfen[19]). Der Zar selbst war nicht der Mann, die Gegensätze zwischen der Politik des Finanzministers und des Handesministers, oder zwischen der Politik des Kriegsministers oder des Ministers des Auswärtigen auszugleichen. Bismarck hatte von Alexander II. gesagt, er habe weder die Schärfe des politischen Urteils noch die Arbeitsamkeit besessen, die ihn dauernd gegen die unaufrichtigen Einflüsse seiner Umgebung gedeckt hätten[20]). Aber in den achtziger Jahren rühmte man in Petersburg Alexander II. im Vergleich zu seinem Nachfolger als einen großen Arbeiter[21]). Fürst Hohenlohe erhielt von einem gut orientierten Russen folgende Schilderung der Verhältnisse. Der Kaiser sei mißtrauisch und ohne jedes Selbstvertrauen,

vollkommen ungebildet und beschränkten Geistes, von großer Trägheit und Indolenz. Vorträge der Minister fänden äußerst selten statt und würden mit Vergnügen verschoben, wenn sie zufällig auf einen der zahlreichen Feiertage fielen. Wie die Geschäfte erledigt werden könnten, sei ein Rätsel[22]).

Den Ehrgeiz, sein eigener auswärtiger Minister zu sein, hatte Alexander III. nicht. Seit seiner Jugend ein Anhänger der russischen „Nationalpartei", erblickte er in liberalen und europäischen Anschauungen Anzeichen einer nicht russischen Gesinnung. Die nationalistischen Kreise scheuten überhaupt die Berührung mit dem „Faulen Westen"; und auch die Anhänger des französischen Bündnisses hatten dieser Stimmung erheblich Rechnung zu tragen. Man fühlte sich gewissermaßen außereuropäisch und suchte sich in jeder Beziehung von dem Auslande abzuschließen. Man betrachtete Rußland als einen Weltteil für sich, der auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet sich selbst genügen sollte. Am Petersburger Hofe legte man den bekannten Trinkspruch Alexanders III. auf den Fürsten von Montenegro als den einzigen Freund Rußlands (1889) so aus, daß der Zar sich von allen Verbindungen mit den Großmächten lossagen wollte, da jede solche Verbindung auf Kosten des wahren Russentums bestände[23]). Hiernach klingt der Bericht eines hochgestellten Russen, den der französische Agent Jules Hansen im November 1885 erhielt, ganz glaublich, daß Alexander III. in den ersten Jahren seiner Regierung geradezu eine Abneigung gegen die auswärtige Politik empfunden und bei dem ostrumelischen Staatsstreich zum ersten Mal in die auswärtige Politik eingegriffen habe[24]). Die Weigerung, die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien anzuerkennen, die Abberufung der russischen Offiziere aus Bulgarien, die letzte Depesche an Alexander von Battenberg scheint in der Tat sein persönliches Werk gewesen gewesen zu sein, und alles das zeugt weder von politischer Erfahrung noch von politischem Urteil.

Man muß diese Verhältnisse berücksichtigen, um die Schwierigkeiten zu würdigen, unter denen Giers arbeitete. Auf die Ressorts des Kriegsministers und des Finanzministers hatte er absolut keinen Einfluß. Und wenn der Zar schließlich doch seiner politischen Führung folgte, hinderte er anderseits den Kriegsminister nicht an umfangreichen Rüstungsmaßregeln[25])

Dabei wollte der Zar selbst durchaus keinen Krieg; die großen Rüstungen, die Europa beunruhigten, dienten keinem bestimmten politischen Ziele. Aber dennoch ließ der Kaiser der Ressortpolitik des Kriegsministers Wannowski, die er selbst nicht übersah, freien Lauf; und bei dem völligen Mangel an Einheitlichkeit in der russischen Politik war es nicht ausgeschlossen, daß die militärische Politik auf die diplomatische eine Wirkung gewann, die Alexander selbst weder voraussah noch beabsichtigte.

Dazu kam, daß Giers in seinem eigenen Ministerium mit erheblichen Gegnerschaften zu rechnen hatte. Die Balkanfragen gehören in das Ressort des asiatischen Departements, dessen Chef, Zienowiew, Nationalist und Panslawist war. Auch Baron Jomini war von Hause aus Giers Gegner; denn er hatte es nie verwunden, daß er nicht selbst Ministergehilfe und schließlich Minister geworden war. Im übrigen war Jomini mehr der Typ eines politischen Literaten als ein Staatsmann, dabei Doktrinär, ausgesprochen antideutsch und franzosenfreundlich. Er erklärte Cyon, der in der zweiten Hälfte Februar 1887 in Petersburg weilte, er billige die neue Orientierung der russischen Politik, die Katkow empfahl, völlig, nur sei es überflüssig, ja gefährlich, sie so laut von den Dächern zu schreien. Katkow soll seine Sprache mäßigen, der Sieg sei ihm doch sicher.

Giers sah den Kaiser, wenn die Lage nicht sehr kritisch war, einmal in der Woche; am Dienstag hielt er seinen Vortrag und am Mittwoch empfing er die fremden Diplomaten. Sonst war der Geschäftsverkehr zwischen dem Minister und seinem Kaiser schriftlich. In der Regel besprach Kaiser Alexander die Staatsgeschäfte nur mit dem betreffenden Fachminister, doch konnten auch fremde Einflüsse in der verschiedensten Weise an ihn herantreten; denn der Zar war durch sein Mißtrauen verhältnismäßig leicht zu beeinflußen. Die absolute Monarchie, in der die Minister keine politische Verantwortung besitzen, kennt keinen strengen Unterschied zwischen verantwortlichen und nichtverantwortlichen Einflüssen. Man war in Petersburg ein beträchtliches Maß von Anarchie in den Regierungskreisen gewöhnt. Daß die einzelnen Minister einander in der Öffentlichkeit bekämpfen, und daß jeder von ihnen dazu seine eigene Zeitung hatte, war nicht ungewöhnlich. Aber das war noch nicht dagewesen, daß nichtamtliche Einflüsse in voller Öffentlichkeit ge-

gen einen Minister um die politische Macht kämpften, wie es jetzt zwischen Katkow und Giers geschah. Katkows Angriffe auf den Minister wurden ein politischer Skandal. Ein anderes Moskauer Blatt, das „Rußkoje Djelo" war, weil es die Warnung der Zensur nicht beachtet hatte, im Januar auf drei Monate unterdrückt worden; Katkow dagegen durfte in seinem Blatt nicht nur die Zensurbehörde ungestraft ignorieren, sondern in schärfster Tonart gegen ihre Erlasse polemisieren. Man erzählte sich in Petersburg sogar, daß Bismarck bereits ein- oder zweimal über die Moskauer Zeitung Klage geführt habe; einmal hatte Katkow den Reichskanzler geradezu als den Anstifter eines Attentats auf den Zaren bezeichnet. In seiner Polemik gegen Giers ging Katkow soweit, den Minister des Verrates an dem Kaiser zu beschuldigen, weil er seinen Befehlen zuwiderhandele. Man sprach im Ministerium des Auswärtigen offen die Erwartung aus, daß dieses Vorgehen seine Strafe finden würde. Der Direktor der Zensurbehörde fuhr selbst nach Moskau — allein, Katkow setzte seine Angriffe auf den Minister fort. Giers oder seine Untergebenen begingen nun den Fehler, sich in den offiziösen Organen des Ministeriums auf eine Polemik mit der Moskauer Zeitung einzulassen, wie es vorher auch der Finanzminister Bunge zu seinem Schaden getan hatte: Katkow war ihnen journalistisch bei weitem überlegen. Wenn er dem Minister Verrat an dem Zaren vorwarf, so war seine Logik folgende. Nur in einem konstitutionellen Staate könne ein Minister eine persönliche Politik verfolgen. Da nun der Zar seine Zustimmung zu Katkows Artikeln ausgesprochen, so habe er die dort entwickelte Politik gebilligt; wenn also Giers Katkows Politik keine Folge gäbe, so sei das offenbar direkter Ungehorsam gegen den Kaiser. Die Moskauer Zeitung erhielt jedoch keine Verwarnung, dagegen übernahm sie die Führung der ganzen russischen Presse. Katkow hatte mächtige Gönner in dem Grafen Tolstoi und in Pobjedonoszew, für deren reaktionäre Politik im Innern er ein wertvoller Bundesgenosse war; sie pflegten dem Zaren Nationalismus und Panslawismus als die beste Medizin gegen den Nihilismus zu bezeichnen.

Ende März hatte Katkow eine Audienz bei dem Kaiser. Der Zar versicherte dem Direktor der Moskauer Zeitung, daß Giers die neuen Richtlinien, die in der auswärtigen Politik

angenommen seien, durchweg akzeptiere. Katkow solle nur zu Giers gehen und ihm alle seine Argumente für die Perfidie der deutschen Diplomatie und zugunsten einer Annäherung an Frankreich vorstellen: er werde ihn sicher überzeugen. Widerwillig fügte sich Katkow; er ging zu Giers, aber der Minister sah ihn nicht persönlich, sondern ließ ihn von einem seiner Beamten empfangen. Der Zar war über die Streitigkeiten zwischen seinem amtlichen und seinem nichtamtlichen Ratgeber indigniert. Als Giers seinem Souverän erklärte, er sei bereit, von seinem Posten zurückzutreten, wenn er sein Vertrauen nicht mehr besäße, hielt Kaiser Alexander ihn zwar, aber zum Zeichen seiner Ungnade enthielt er ihm zu Ostern das Großkreuz des Wladimirordens vor. Alle Welt hatte diese Ehrung des Ministers erwartet; sie hätte den Sieg des Ministers über den Journalisten bekundet und sollte durch ein großes Fest bei Giers gefeiert werden, zu dem die Einladungen längst ergangen waren. Ostern kam, die Ordensverleihung blieb aus, und das Fest verlief ohne Stimmung. Der englische Botschafter, Sir Robert Morier, der nach einem guten Diner seine Worte nicht auf die diplomatische Wagschale legte, erklärte laut, er werde sich nach Moskau versetzen und bei Katkow akkreditieren lassen; denn Giers vertrete weder die Empfindung des russischen Volkes, noch, wie es sich zeige, die Politik des Zaren, und die persönlichen Ansichten von Giers seien für Europa ohne Interesse[26])."

Diese Vorgänge, die sich in dem klatschsüchtigen Petersburg bald herumsprachen, fallen in eine Zeit, wo die deutsch-russischen Verhandlungen über den Rückversicherungsvertrag offenbar schon weit vorgeschritten waren. Die neue Politik, von der der Zar von Katkow sagte, Giers hätte sie völlig akzeptiert, entsprach also keineswegs den Wünschen des chauvinistischen Rufers im Streit. Sie schloß vielmehr ein russisch-französisches Bündnis völlig aus und setzte für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland die wohlwollende Neutralität Rußland fest. Der Zar verlangte strenge Geheimhaltung des Vertrages, und es ist eine eigene Ironie, daß Katkow, der im August 1887 starb, bis zu seinem Ende fest geglaubt hat, seine Politik habe im Kabinett des Kaisers gesiegt. Also hätte es den Autokraten nur ein Wort gekostet, Katkow zum Schweigen zu bringen, wenn er von seiner politischen Allmacht Gebrauch machen wollte,

und seinen eigenen Minister aus der unwürdigen Lage zu befreien, in die Katkows beleidigende Angriffe ihn versetzten. Man kann demnach die Schwierigkeiten ermessen, die Bismarck gegenüber einer halb anarchischen Regierung hatte, in der starke deutschfeindliche Elemente saßen, und gegenüber einem Herrscher, der bei aller persönlichen Ehrlichkeit eine äußerst schwierige Natur war, und dem im Grunde alles Deutsche ebenso widerstrebte, wie der Republikanismus und die radikale Politik in Frankreich. Daher ist es entschieden nicht der geringste von Bismarcks diplomatischen Erfolgen, daß er mit diesem politischen Rußland zwar nicht sichere, sondern schwankende, aber doch schließlich friedliche Beziehungen aufrecht erhalten hat. Der Kanzler hielt Alexander III. im Grunde für klüger als seinen Vater; er sagte von ihm, daß er einen Bauernverstand hätte, rühmte ihm jedoch zugleich nach, daß er seinem Worte treu bliebe[27]). Aber das Mißtrauen des Zaren war so leicht erregbar, daß er sich immer von neuem umstimmen und überreden ließ, Bismarck seinerseits hielte sein Wort nicht. Erst persönliche Aussprachen, wie im Herbst 1887 und 1889, vermochten ihn dann wieder von der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Bismarckschen Politik zu überzeugen.

Für diese unsicheren und wechselvollen, zeitweise auch bedrohlichen Beziehungen zu Rußland, in denen Bismarck aber immer wieder die Oberhand behielt, gelten die Worte in seiner Septennatsrede: „Die Politik zweier Großstaaten nebeneinander kann man vergleichen mit der Lage zweier Reisenden, die einander nicht kennen, in einem wüsten Walde, von denen keiner dem anderen vollständig traut; wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, dann spannt der andere schon seinen Revolver, und wenn er den Hahn des ersten knacken hört, feuert er schon. So ist es bei Mächten, von denen jede Einfluß auf die Entscheidung der anderen hat; da muß man das erste Mißtrauen und die erste Verstimmung des anderen sehr sorgfältig vermeiden, wenn man die Freundschaft bewahren will."

Der Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und Rußland trat im Sommer 1887 in Kraft, als der Dreikaiserbund von 1884 ablief; er war wie dieser auf drei Jahre geschlossen und ist im Sommer 1890 zu Ende gegangen[28]). Über den Beginn und den Abschluß der Verhandlungen fehlt es an beglaubigten Angaben.

Wir erfahren bloß, daß noch im Mai 1889 verhandelt worden ist[29]). Sonst lassen sich nur ein paar Notizen zusammenstellen. Mitte Januar, also während des Septennatskampfes, erzählte Bismarck dem Freiherrn von Mittnacht, Kaiser Alexander habe sich durch den Berliner Botschafter, Grafen Paul Schuwalow[30]), erkundigen lassen, welche Aufnahme ein freundschaftliches Schreiben an Kaiser Wilhelm finden würde. Die Frage habe die entgegenkommenste Antwort gefunden[31]). Bismarcks Septennatsreden selbst waren offensichtlich auf eine günstige Wirkung in Petersburg berechnet. Am 6. Februar wurde sodann der deutsche Botschafter in Petersburg von dem Kaiser in Audienz empfangen; über ihren Verlauf wußte der russische Botschafter in Paris allerdings zu erzählen, General Schweinitz habe die Frage der russischen Neutralität gestellt, sie sei aber vom Zaren negativ beantwortet worden[32]). Nun wollte die französische Regierung Anfang Februar, nachdem der Präsident der französischen Republik seinerseits ein persönliches Schreiben an den Zaren gerichtet hatte, ein paar Wochen darauf eine außerordentliche Mission nach Petersburg senden, um mit Giers in unformeller Weise die Frage eines russisch-französischen Bündnisses zu besprechen. Aber am 27. Februar traf aus Petersburg die Antwort ein, die Mission sei zurzeit zwecklos und der Augenblick für den Abschluß eines förmlichen Bündnisses nicht opportun[33]). Bismarck aber bemerkte zum Freiherrn von Mittnacht, als er am 18. März über die französische noch ungelöste Gewehr- und Pulverfrage mit ihm sprach: „Unsere Beziehungen zu Rußland sind befriedigend[34])."

Die Verhandlungen wurden einseitig zwischen Deutschland und Rußland geführt; den förmlichen Antrag auf Erneuerung des Vertrages zu zweit stellte der russische Botschafter in Berlin[35]). Den Vertrag mit Österreich-Ungarn wollte Alexander III. nicht erneuern, eine Anfrage der Wiener Diplomatie darüber behandelte er dilatorisch. Nach einer Relation erklärte der Zar dem deutschen Botschafter, er könne das Bundesverhältnis mit der Habsburgischen Monarchie nicht fortsetzen, da sie ganz unter dem Einfluß Ungarns stehe, von dessen Presse und Parlament er selbst und Rußland beschimpft worden sei; aber er sei bereit, den Vertrag mit Deutschland allein zu verlängern[36]). Über den Inhalt des Abkommens, das schriftlich fixiert war[37]), sagt ein Bismarckscher Artikel in den Hamburger Nachrichten,

„daß wenn eins der beiden Reiche angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle; also wenn beispielsweise Deutschland von Frankreich angefallen würde, so war die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen, und die Deutschlands, wenn Rußland unprovoziert angegriffen würde[38])."

3.

Früher als die Verhandlungen über den russischen Neutralitätsvertrag wurden die über die Erneuerung des Dreibundes abgeschlossen. Den ersten Versuch, sie einzuleiten, hatte Bismarck bereits im Herbst 1885 gemacht. Bald darauf erfreute ihn die Nachricht, daß der bisherige Botschafter in Wien, Graf Robilant, zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde[39]). Er war ein Fachmann und kein Parlamentarier und brauchte seine Politik nicht in erster Linie nach der öffentlichen Meinung, den Parteiansichten und der parlamentarischen Mehrheit zu richten. „Robilant", sagte der Kanzler, „flößt mir Sympathie und Vertrauen ein[40])." Die Begrüßungsdepesche, die Graf Robilant Bismarck bei seinem Amtsantritt sandte, wurde demgemäß gut aufgenommen, und der Reichskanzler lud den italienischen Botschafter, für den er in den Jahren vorher unnahbar gewesen war, nach Friedrichsruh ein. Bei diesem Besuch ging Bismarck sowohl auf die Bündnisfrage als auf Italiens Mittelmeerwünsche ein, die er früher zu überhören pflegte und erklärte, Hatzfeld als Botschafter nach London schicken zu wollen, da dieser eher als Graf Münster ein Rapprochement mit England zustande bringen würde[41]).

Wiederholt regte der italienische Botschafter in Berlin, de Launay, in der Folgezeit Graf Robilant an, seine Abänderungsvorschläge zu den Bündnisverträgen auszusprechen. Aber dieser spielte den Spröden. Er ergriff weder die Initiative zu Verhandlungen, noch folgte er de Launays Vorschlag, den Sommer zu benutzen, um in einem österreichischen Badeorte mit Bismarck zusammenzutreffen. Kalnoky und Giers, schrieb Launay, würden Bismarck wahrscheinlich aufsuchen; da würde die öffentliche Meinung in Italien es vielleicht ungern sehen, wenn ihr eigener auswärtiger Minister durch Abwesenheit glänzte, gleich als ob wichtige politische Geschäfte ohne die Mitwirkung Italiens erledigt würden. Ein zweites Mal schrieb der Berliner Botschafter: „Jedes Jahr kommen Kalnoky und Giers, um das Orakel

zu befragen, und in ihrem Vaterland versteht man bei allem Bedauern, daß die eigenen Minister nicht die erste Geige spielen, ihr Bedürfnis, ihre Instrumente bei dem Dirigenten des Orchesters zu stimmen[42])." Aber in seinem falschen Stolz des armen Verwandten wollte Robilant nicht selbst bitten, sondern sich bitten lassen.

Da der Berg nicht zu Mohammed kam, so ging schließlich Mohammed zu dem Berge. Im Oktober 1886 ergriff Bismarck selbst die Initiative zu den Verhandlungen, und Ende November war er im Besitz der italienischen Gegenvorschläge. Zugleich nahm Bismarck in London wegen der Sicherung der italienischen Mittelmeerinteressen Fühlung. Nachdem viele Vorschläge und Gegenvorschläge zwischen den Dreibundmächten ausgetauscht waren, kam es dann am 20. Februar 1887 zu dem neuen Vertrage. Die Welt erfuhr es dadurch, daß Kaiser Wilhelm an seinem Geburtstage Robilant den Schwarzen Adlerorden verlieh.

Aber wenn Robilant damals auch noch im Amt war, so war seine Macht dahin. Anfang Februar kam die Nachricht nach Rom, daß eine italienische Kolonne von 500 Mann bei Dogali von den Abessyniern zusammengehauen war. Nun raste die parlamentarische See und wollte ihr Opfer haben. Das Kabinett Depretis behielt eine so knappe Mehrheit, daß es zurücktrat. Mehrere Versuche, es zu rekonstruieren, mißglückten; Robilant, Biancheri, Scaracco, die der König berief, wollten oder konnten keine Regierung bilden; zweimal mußte das Parlament vertagt werden, damit Depretis aufs neue versuchen konnte, das Ministerium zu rekonstruieren. Unter diesen Umständen hat Italien den Dreibund erneuert, und fast unmittelbar darauf trat Robilant, der den neuen Vertrag geschlossen hatte, zurück; Depretis rekonstruierte sein Kabinett schließlich in der Weise, daß er einige der Oppositionsführer, die die Krisis hauptsächlich verursacht hatten, darin aufnahm. Bismarck ließ die Arme sinken (wie Graf Herbert dem italienischen Botschafter sagte), als er erfuhr, daß die Regierung ein solches Kompromiß mit der fortschrittlichen Linken eingegangen war. Er erblickte darin einen Schritt zur Republik. Unter den Oppositionsführern, die jetzt in die Regierung eintraten, befand sich auch Francesco Crispi[43]), der trotz seiner zahlreichen Feinde nicht mehr übergangen werden konnte. Man wollte ihn anfänglich mit dem

Justizministerium abfinden, aber das lehnte er kurz ab, wie er es schon 1877 getan hatte; ihm lag nichts an dem Amte, wenn er nicht die gesamte Politik, und vor allem die auswärtige, nachdrücklich beeinflussen konnte. So übernahm er wie 1877 das Ministerium des Innern.

Noch ehe der Dreibundvertrag geschlossen war, ging England ein Abkommen mit Italien über seine Mittelmeerinteressen ein, und bald darauf folgte eine zweite gleichartige Übereinkunft zwischen Italien und Österreich-Ungarn. Der Dreibundvertrag ist vom 20. Februar, das englisch-italienische Abkommen vom 12. Februar, das italienisch-österreichische vom 24. März datiert. In den beiden Verabredungen wurde vereinbart, eine Änderung des Status quo im Mittelmeer nicht zuzulassen, und jedenfalls zusammenzuwirken, um eine Änderung zu verhindern[44]).

Zu dem Zustandekommen des englisch-italienischen Abkommens hat Bismarcks diplomatische Arbeit viel beigetragen. Aus Crispis Memoiren gewinnt man den Eindruck, als hätte er die Zustimmung Englands im wesentlichen durch eine Unterredung erreicht, die er am 1. Februar mit dem englischen Botschafter Sir Edward Malet führte. Aber der Kanzler hat stets darauf gehalten, daß die Regierungen ihre Wünsche durch ihre eigenen diplomatischen Organe zu der Kenntnis anderer Regierungen brachten, und seine Hauptaktion hat daher zweifellos in London stattgefunden. Offenbar wollte Bismarck zugleich durch eine Parallelaktion den englischen Botschafter für seinen Standpunkt gewinnen, damit dieser nicht erst auf einen Bericht seines Ministers aus London zu warten brauchte, sondern unmittelbar Anlaß hätte, über Bismarcks Besuch bei ihm und über seine Wünsche Nachricht zu geben. Die Wahrscheinlichkeit ist also groß, daß zur selben Zeit Graf Hatzfeld sich in der gleichen Angelegenheit an Lord Salisbury gewandt hat.

Das Datum jener Unterredung zwischen Bismarck und Malet (1. Februar) gewinnt dadurch an Interesse, weil es diese Verhandlungen des Kanzlers, die den Abschluß eines englisch-italienischen Abkommens bezweckten, mit einem anderen Entschluß des Kabinetts Salisbury in enge Verbindung bringt, der eben in jene Tage fällt und England noch näher an die Seite des Dreibundes heranführte. Es war der Entschluß, bei einem

französisch-deutschen Kriege einem Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien nicht entgegenzutreten.

Das Verhältnis zwischen England und Frankreich hatte sich durch endlose Konflikte auf allen Kolonialgebieten und besonders Ägyptens wegen so verschlechtert, daß Lord Salisbury in einem Brief an den englischen Botschafter in Paris vom 5. Februar 1887 schrieb: „Es ist sehr schwer, sich des Wunsches nach einem zweiten deutsch-französischen Krieg zu enthalten, damit dieser unaufhörlicher Plage ein Ende gemacht wird[45])."

Wie sich die englische Politik damals orientierte, ergibt sich deutlich aus der Debatte, die damals in der englischen Presse über die belgische Frage geführt wurde. In seinen ersten beiden Artikeln über die internationale Lage, die im Januar und Februar in der „Forthnightly Review" erschienen, behandelte Sir Charles Dilke auch die Frage der belgischen Neutralität und die Verpflichtungen, die sich im Falle eines deutsch-französischen Krieges aus dem Neutralitätsvertrage von 1839 für England ergäben. Infolge der Befestigung der französischen Ostgrenze galt es im Publikum schon damals für wahrscheinlich, daß Deutschland den Feldzug mit einem Durchmarsch durch belgisches Gebiet eröffnen würde. Dilke war der Meinung, daß England sich einer Verletzung der belgischen Neutralität widersetzen müsse[46]), wenn er auch betonte, daß weder England noch Belgien selbst für eine solche Aufgabe militärisch vorbereitet wäre.

Auch die liberale „Pall Mall Gazette", die dem Abgeordneten John Morley gehörte und von William T. Stead geleitet wurde, schrieb am 24. Januar: England müsse sich an Gladstones bekannte Erklärung von 1870 halten und mit der Macht, die die Neutralität Belgiens zuerst verletzte, in Krieg treten. Am 4. Februar nahm der konservative „Standard", der Lord Salisbury nahestand, die Debatte auf, und behandelte die Neutralitätsfrage im ganz entgegengesetzten Sinne. Eine Zuschrift, deren Verfasser sich „Diplomaticus" nannte, führte aus, daß, so sehr England eine Invasion Belgiens beklagen müßte, es sich in diesem Falle doch nicht auf die Seite Frankreichs gegen Deutschland stellen könnte, ohne das Hauptziel seiner Politik in der ganzen Welt zu untergraben. Außerdem sei es ein Unterschied, ob es sich um eine rechtswidrige Besitzergreifung von Landgebiet handle, oder um ein vorübergehendes Durchzugs-

recht; England würde sicher von Bismarck eine vollständig ausreichende Garantie erhalten, daß am Ende des Krieges das Gebiet von Belgien ebenso intakt sein würde, wie vorher. Die Redaktion des „Standard" unterstützte diese Auffassung; im Leitartikel wurde rund heraus erklärt, es wäre Wahnsinn für England, sich unnötigerweise Verpflichtungen aufzuerlegen, die es in einen furchtbaren Krieg verwickeln könnten. Nun war bemerkenswert, daß an demselben 4. Februar die „Pall Mall Gazette", die zu den führenden Organen der liberalen Opposition gehörte, unter Preisgabe ihres früheren Standpunktes die These verfocht, daß es eine englische Garantie für die Neutralität Belgiens überhaupt nicht gäbe. Es bestehe nur eine gemeinsame Garantie Englands, Österreichs, Frankreichs, Rußlands und Deutschlands; eine spezifische Garantie der belgischen Neutralität sei in dem Vertrage überhaupt nicht enthalten, und überdies sei sie nicht Belgien, sondern Holland gegenüber ausgesprochen worden. Jetzt wurde die Preßerörterung allgemein. Der „Spectator" schrieb am 5. Februar: „Wahrscheinlich werden wir darauf bestehen, daß Belgien nicht der Kriegsschauplatz wird, aber den Durchmarsch durch sein Gebiet werden und können wir nicht verhindern." Auch die „National Review" schloß sich dieser Auffassung an. Die „Morning Post" verlangte, daß England gegen die Neutralitätsverletzung wenigstens protestieren, sich aber auf einen Protest beschränken sollte. Sir Charles Dilke, von dem niemand sagen wird, daß er die englische Politik nicht hätte beurteilen können, und der seine Worte sehr wohl wägte, zog aus dieser Preßdebatte den Schluß, daß die Frage entschieden sei[47]), d. h. daß England die Deutschen bei einem Durchmarsch durch Belgien gewähren lassen würde.

Amtliche Aktenstücke, die während der deutschen Okkupation Belgiens im Jahre 1917 in den belgischen Archiven gefunden worden sind, lassen diese Verhältnisse noch deutlicher erkennen. Noch am 27. Januar sagte der englische Gesandte in Brüssel, Lord Vivian, dem Generalsekretär des belgischen Ministeriums des Auswärtigen, Baron Lambermont, Belgien könne im Falle eines Krieges auf England rechnen. Aber kurze Zeit darauf äußerte Lord Vivian zu dem Minister des Auswärtigen, Prince de Chimay, Belgien täte am besten, sich so vorzu-

bereiten, als ob es allein handeln müßte. Auch der belgische Gesandte in Wien berichtet an sein Ministerium, daß die Äußerungen des dortigen englischen Botschafters, Sir Augustus Paget, einen völligen Umschwung der englischen Politik erkennen ließen. Am 13. Januar hatte Sir Augustus dem Brüsseler Gesandten erklärt, daß England unbedingt die belgische Neutralität verteidigen müsse, wie es das im Jahre 1870 getan habe, wenn es nicht auf seine bisherige Macht in Europa verzichten wolle. Aber am 12. Februar erzählte der belgische Gesandte folgendermaßen von einer neuen Unterredung mit seinem englischen Kollegen, die sich an den Artikel im Standard knüpften: „Der Botschafter sagte zunächst ganz allgemein, daß Zeitungsartikel ohne große Bedeutung sind und fügte dann hinzu, daß England nicht anders als die übrigen garantierenden Großmächte verpflichtet sei, unsere Neutralität zu verteidigen, wenn die anderen Großmächte untätig blieben. Belgien täte am besten, für seine eigene Verteidigung zu sorgen. Die Sprache, die, wie unser Gesandter in Wien hervorhebt, in so diametralem Gegensatz zu der in einer früheren Unterredung steht, beweist die Änderung, welche die überkommene Politik Englands erfahren hat. Der Standard hatte ohne Zweifel die Aufgabe, die öffentliche Meinung vorzubereiten[48])."

Die Übereinstimmung der Erklärungen Sir A. Pagets und Lord Vivianis lassen klar erkennen, daß Lord Salisbury eine generelle Instruktion an die englische Diplomatie erlassen hatte. Man darf weiter folgern, daß ein förmlicher Kabinettsbeschluß über diese Frage stattgefunden hatte; und da auch die liberale „Pall Mall Gazette" den allgemeinen Umschwung mitmachte, liegt der Schluß nahe, daß die Frontbank der Opposition verständig genug war, den Entschluß der konservativen Regierung zu billigen.

4.

Seitdem der Neutralitätsvertrag mit Rußland bestand, war die Gefahr eines Zweifrontenkrieges bedeutend herabgemindert. Dazu folgte in den deutsch-französischen Beziehungen auf die Aufregung des Septennatskampfes eine kurze Entspannung. Als in der ersten Hälfte des März der greise Graf Lesseps nach Berlin kam, um dem Botschafter Herbette das Großkreuz

der Ehrenlegion zu überbringen, wurde dieser Vertreter des französischen Nationalgenies auf das glänzendste aufgenommen. Er wurde vom Kaiser empfangen, Bismarck machte ihm in der französischen Botschaft seinen Besuch, und in der Ethnographischen Gesellschaft bereiteten ihm die Berliner Professoren eine großartige Feier. Bismarck versicherte Lesseps seiner friedliebenden Gesinnung. Überhaupt waren die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen damals nicht unbefriedigend. Der Kanzler fand einen besonderen Weg, die Pariser Regierung wegen seiner eigenen Absichten zu beruhigen, in den guten Diensten des Vatikans. Das Kriegsbeil des Kulturkampfes war begraben, die Kurie hatte Bismarck in dem Septennatskampf unterstützt, und zum neunzigsten Geburtstag Kaiser Wilhelms sandte Leo XIII. den Kardinal Galimberti an den Berliner Hof, um seine Glückwünsche zu überbringen. Merkwürdigerweise, schreibt der französische Agent Hansen, erhielt man in Paris die genauesten Berichte über Deutschland oder wenigstens über die Absichten Bismarcks in betreff Frankreichs von der römischen Kurie und ihren Nuntien im Ausland. Der Nuntius in München, der französische Botschafter beim Vatikan, und namentlich Monsignore Galimberti erwiesen sich als die besten Quellen. Letzterer brachte die bestimmte Erklärung aus Berlin mit, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, wenn man auch fürchtete, daß Boulanger den Krieg unvermeidlich machen möchte[49]).

Die Wellen der europäischen Krisis trugen Boulanger immer höher empor. Internationale Krisen haben eine besondere Tendenz, peinliche Zwischenfälle zu erzeugen, und ihnen eine ganz unverhältnismäßige Wichtigkeit zu verleihen. Von den verschiedenen Zwischenfällen dieser Art, die im Frühjahr und Sommer 1887 zwischen Deutschland und Frankreich vorkamen, wirbelte namentlich der Fall Schnäbele viel Staub auf, obgleich er weiter gar keine Bedeutung hatte, als daß er sich in einer kritischen Zeit ereignete, und bei unvorsichtiger Behandlung die große Explosion hervorrufen konnte. Ende April wurde der französische Grenzkommissar Schnäbele auf deutschem Gebiet verhaftet und unter Anklage gestellt, daß er seine amtliche Stellung dazu mißbraucht hätte, deutsche Untertanen zur Spionage zu verleiten. Schnäbele stand, wie alle französischen Spezial-

kommissare an der Grenze, in dem sogenannten Nachrichtendienste[50]), und die Anklage gegen ihn wurde im Sommer durch einen Prozeß vor dem Reichsgericht als begründet erwiesen. Die Tatsache seiner Verhaftung war jedoch nicht gerechtfertigt; denn als Schnäbele sich auf deutschen Boden begab, folgte er einer Aufforderung deutscher Beamter, mit ihnen gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen. Er wurde daher der Rechtslage gemäß freigelassen und der ganze Zwischenfall war binnen 10 Tagen erledigt. Aber Boulanger hatte nicht verfehlt, die Sache für sich auszunutzen; er hetzte die Pariser Presse auf, und in dem Kabinett suchte er, wie später der Figaro ausplauderte, eine partielle Mobilmachung oder wenigstens eine militärische Demonstration an der deutschen Grenze durchzusetzen. Unter den Ministern fand sich eine starke Minderheit für seinen Antrag; und Präsident Grévy, der mit Entschiedenheit für eine friedliche Erledigung der Angelegenheit eintrat, sagte zu Boulanger: „Man sollte meinen, daß Sie den Krieg herbeiführen wollten[51])."

In Frankreich begann jetzt eine lange Reihe deutschfeindlicher Kundgebungen. Es gab, wie Albin schreibt, eine Partei des Aufruhrs, die namentlich in Paris vor keinen Mitteln zurückschreckte[52]). Ein großes französisches Blatt schrieb damals von Boulanger: „Er ist vollständig Herr der Lage in Frankreich, in höherem Maße als es früher Thiers und Gambetta waren; er ist in der Lage, den Krieg zu erklären[53])."

Einsichtige französische Staatsmänner beschlossen nun, den Gefahren, die aus dem Treiben des Kriegsministers erwuchsen, ein Ende zu machen. Jules Ferry erklärte dem Präsidenten der Republik, daß seine Freunde nötigenfalls eine Ministerkrisis herbeiführen würden, um Boulanger zu beseitigen. Die Intrige war geschickt angelegt. Die Fraktion der gemäßigten Republikaner, die in der Budgetkommission die Mehrheit besaßen, unterstützten einen Antrag des Vertreters der äußersten Linken auf Beschränkung der Etatsforderungen. Die Kammer nahm den Beschluß der Kommission an, und das Kabinett trat anscheinend wegen eines rein finanzpolitischen Konfliktes zurück (17. Mai). Die Bildung des neuen Kabinetts machte insofern Schwierigkeiten, da die Radikalen kein Ministerium ohne Boulanger, und die Opportunisten und Konservativen keines mit Boulanger haben wollten. Freycinet, der zunächst mit der Bil-

dung des neuen Kabinetts betraut wurde, wollte Boulanger beibehalten und ihn bei einer günstigeren Gelegenheit ausschiffen. Ließe man ihn jetzt fallen, meinte er, so setzte sich das Kabinett dem gefährlichen Angriff aus, daß es einem Gebote des Auslandes gehorcht hätte; es wäre besser, ihn als Kriegsminister beizubehalten und ihm eine schriftliche Verpflichtung abzunehmen, deren etwaiger Bruch ohnehin seinen Rücktritt herbeiführen würde. Da Ferry sich darauf nicht einließ, gab Freycinet es auf, ein Kabinett aufzustellen, und Präsident Grévy berief Rouvier, den Vorsitzenden der Budgetkommission, deren Beschluß das letzte Kabinett zu Fall gebracht hatte. Rouvier bildete sein Kabinett ohne Boulanger. Als sich das neue Ministerium der Kammer vorstellte, begnügte es sich mit der einfachen Annahme der Tagesordnung, ohne ein Vertrauensvotum zu verlangen. Die Rechte enthielt sich der Opposition, und die Tagesordnung wurde angenommen[54]). Boulanger wurde zum Kommandeur des 13. Armeekorps in Clermont-Ferrand ernannt.

5.

Im Sommer 1887 trat die bulgarische Frage von neuem in den Vordergrund; fast wäre sie seit mehreren Monaten über der europäischen Krisis vergessen worden, hätten nicht ein paar russische Putsche, die Stambulow indes leicht unterdrückte, daran erinnert. Am 7. Juli wählte die Große Sobranje den Prinzen Ferdinand von Koburg zum Fürsten von Bulgarien. Der Prinz willigte zunächst mit dem Vorbehalt ein, daß der Sultan die Wahl anerkannte und die Mächte ihre Zustimmung erteilten. Aber obwohl beides nicht geschah, nahm er am 10. August die Wahl endgiltig an und reiste sofort ab. Am 14. schon leistete er in Tirnova den Eid auf die Verfassung, und am folgenden Tage wurde die bulgarische Armee auf ihn vereidigt. Dadurch war die Thronbesteigung eine vollzogene Tatsache geworden.

Für das Petersburger Kabinett war das schnelle Handeln des Koburger Prinzen eine große Enttäuschung. Es hatte seit geraumer Zeit in Konstantinopel über die Einsetzung einer neuen Regentschaft verhandelt und den russischen General Ernroth, der früher bulgarischer Kriegsminister gewesen war und ein gutes Andenken in dem Lande hinterlassen hatte, für ein halbes Jahr als Regenten vorgeschlagen; die Pforte

sollte dieses bei den Mächten beantragen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mehr als eine Macht Einspruch gegen dieses Projekt erhoben und die Bulgaren selbst sich nicht ohne energischen Widerstand gefügt haben würden. Die Pforte behandelte die Angelegenheit, an der sie gar kein eigenes Interesse hatte, jedoch dilatorisch, und die Thronbesteigung Ferdinands entzog dem Plan jeden Boden. Trotzdem setzte Rußland die Verhandlungen fort[55]), und erst am 8. Oktober erklärte der Brüsseler „Nord" den Plan für gescheitert.

Alle Mächte waren darüber einig, daß die Thronbesteigung an sich nach der Berliner Kongreßakte ein illegaler Akt war. Aber eine entschiedene Meinungsverschiedenheit bestand über die Wahl des Fürsten. Ihre Rechtsmäßigkeit wurde von England, Österreich und Italien anerkannt, von Rußland dagegen entschieden bestritten, weil die bulgarische Regentschaft illegal sei und deshalb unter ihrer Mitwirkung überhaupt kein legaler Regierungsakt stattfinden könne. Der Zar protestierte offiziell gegen die Wahl und sprach in einer Note an die Mächte die Erwartung aus, daß sie diese flagrante Verletzung des Berliner Vertrages nicht dulden würden. In der Note an Frankreich wurde hinzugefügt, daß man im entgegengesetzten Falle den endgültigen Umsturz der auf dem Berliner Vertrage beruhenden Zustände ins Auge fassen müsse[56]). An den Prinzen selbst richtete Alexander III. durch Vermittlung des österreichischen Generalkonsuls in Sofia eine Depesche, worin er seine Reise nach Bulgarien als eine Verletzung des Berliner Vertrages bezeichnete. Am 16. August ergriff die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die bisher geschwiegen hatte, das Wort. Das Blatt betonte die Rechtswidrigkeit der Thronbesteigung und schrieb: „Die Tatsache, daß dies der dritte Sommer ist, in dem rechtswidrige Vorgänge in Bulgarien die Ruhe und die Friedensaussichten, deren Befestigung allen Großmächten am Herzen liegt, in Frage stellen, kann dem bulgarischen Volke und seinen Führern die Sympathien der Mächte, welche für die Erhaltung des Friedens tätig sind, unmöglich erwerben." Und es blieb nicht bei diesen Worten. Als der Prinz am 22. August seinen feierlichen Einzug in Sofia hielt, brach der Vertreter Deutschlands zugleich mit dem Vertreter Frankreichs seine Beziehungen zu der bulgarischen Regierung ab. Als die Kölnische Zeitung es daraufhin

für angemessen hielt, Bismarck davor zu warnen, sich mit Frankreich in ein „Wettkriechen" um die Gunst Rußlands einzulassen, antwortete die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 5. September: „Der Prinz von Koburg so gut wie der von Battenberg vor ihm haben die Verträge gebrochen, auf Grund deren Bulgarien überhaupt existent geworden ist. Deutschland hält an diesen Verträgen fest, nicht aus Gefälligkeit gegen andere Mächte, sondern aus Achtung vor der eigenen Unterschrift, und da jede Basis für seine Friedensbestrebungen fortfallen würden, wenn man die Verträge, die unter dem Vorsitze Deutschlands geschaffen wurden, nach beliebiger politischer Konvenienz zugunsten ehrgeiziger und strebsamer junger Fürsten ignorieren wollte." Den Vorwurf des „Wettkriechens" vergaß Bismarck so wenig, daß er noch ein halbes Jahr später in der Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 darauf zurückkam; einstweilen empfahl die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dem Verfasser jenes Artikels, wenn er die Politik der Regierung mißbilligte, lieber an der Einsicht, als an dem Ehrgefühl ihrer Leiter zu zweifeln.

Die Entente zwischen Österreich-Ungarn, England und Italien die seit den Reden Salisburys, Kalnokys und Robilants im November 1886 in der Luft lag, und die für die Mittelmeerpolitik durch die Abkommen vom Februar und März 1887 eine vertragsmäßige Grundlage erhalten hatte, wurde jetzt eine Realität für die Orientpolitik. Der Anstoß ging von Italien aus. Zum ersten Mal seit seiner nationalen Einigung trat Italien mit einer selbstbewußten, klaren Politik auf den Vordergrund der europäischen Bühne. Am 31. Juli war der alte Depretis gestorben, Crispi wurde Ministerpräsident und übernahm zugleich das Portefeuille des Auswärtigen. Er war damals fast 67 Jahre alt, aber noch im vollen Besitz seiner Kraft. Er hatte nichts von dem falschen Stolze Robilants, vielmehr das sichere Gefühl, daß seine persönliche Kraft und seine politische Fähigkeit den Nachteil ausglichen, der in der militärischen und finanziellen Schwäche Italiens lag. Crispi behandelte die Verträge und Abkommen, die Italien besaß, nicht wie Wertpapiere, die mon sorglich in den Geldschrank einschließt, und die ohne weitere Bemühungen des Inhabers sichere Zinsen bringen sollen, sondern als Instrument, um die gemeinsamen und zugleich auch die eigenen nationalen Ziele zu fördern.

An demselben Tage, an dem Crispi an die Spitze der Geschäfte trat (8. August), setzte er sich mit Berlin in Verbindung und erließ zugleich seine erste Instruktion an die Botschafter bei den großen Mächten, die folgendes besagte: Die italienische Regierung habe für Ferdinand von Koburg keine besondere persönliche Vorliebe, aber seine Wahl sei, bis das Gegenteil erwiesen, als der Ausdruck des Willens des bulgarischen Volkes zu betrachten. Italien sei selbst aus Volksabstimmungen hervorgegangen und könne daher den hohen Wert einer solchen Willensäußerung nicht verkennen, durch die ohnehin die erste und wichtigste Bestimmung des Artikels III des Berliner Vertrages erfüllt sei. Getragen von der Überzeugung, daß die bulgarische Frage, die dauernd den europäischen Frieden bedrohe, so bald wie möglich gelöst werden müsse, habe sich die italienische Regierung stets bereit erklärt, zu jeder Lösung mitzuwirken, die auf der Basis der Verträge und der Achtung vor dem Willen der bulgarischen Nation eine stabile Regierung sichern könnte. Die Wahl des Prinzen von Koburg stelle für sie ein Prinzip der Lösung dar und erscheine ihr als eine Kombination, die zum Ziele führen könnte, wenn sie durch den guten Willen der Mächte begünstigt würde. Sie müsse daher wünschen, daß die Mächte, die die friedliebenden Absichten und Ziele Italiens teilten, ihr ebenfalls freiwillige moralische Unterstützung leisten würden[57]).

Crispi arbeitete rasch. Schon am 16. August konnte er in seinem Berichte an König Humbert von einem prinzipiellen Einverständnis zwischen England, Österreich und Italien sprechen, das in Berlin günstig beurteilt wurde. Im Rahmen dieses prinzipiellen Einvernehmens beabsichtigte er, Ferdinand zu unterstützen. Italien müsse sowohl Bulgarien als die anderen Balkanstaaten in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen ermutigen. Und da deren wirkliche Unabhängigkeit noch weit im Felde stehe, müsse man in der Zwischenzeit dem Einfluß Österreichs am Balkan dem jeder anderen Macht den Vorzug geben und ihn begünstigen. Das bedeute aber nichts anderes, als daß man die Verlegung des Zentrums der österreichischen Interessen nach Osten unterstützte[58]). Crispi gehörte zu denen, die einen Gewaltstreich Rußlands gegen Bulgarien für wahrscheinlich hielten. Es gingen eine ganze Reihe derartiger Gerüchte um. Ende August glaubte Crispi den Krieg in Sicht und wollte, dem Bei-

spiele Cavours im Krimkriege folgend, daran teilnehmen. In dieser Absicht ließ er Lord Salisbury eine Militärkonvention vorschlagen, die dieser jedoch ablehnte[59]); aber es war doch allein eine Folge von Crispis politischer Tätigkeit, daß die allgemeine Lage wenige Wochen nach seinem Amtsantritt erheblich verändert war. Lord Salisbury und Graf Kalnoky folgten willig der italienischen Führung, und die Russen machten aus ihrer Erbitterung kein Hehl. Außerdem änderte Crispis frisch zugreifende Energie alsbald die ganze Stellung Italiens nicht nur im Dreibunde sondern in Europa. Für Bismarck war er ein wirklicher Helfer in seinen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens; er übernahm die Rolle, den Tendenzen Rußlands, die den Frieden bedrohten, die Spitze zu bieten — eine Aufgabe, die Kalnoky nach Bismarcks Auffassung nicht übernehmen durfte, und die Lord Salisbury nicht auf sich nehmen wollte.

Fünf Wochen, nachdem Crispi Ministerpräsident geworden war, fand die Entente Englands, Österreichs und Italiens einen demonstrativen Ausdruck in einem Flottenbesuch, den das englische Mittelmeergeschwader unter dem Befehl des Herzogs von Edinburgh in italienischen und österreichischen Adriahäfen abstattete. Gleich darauf regte Crispi in London und Wien ein besonderes Abkommen über die Orientpolitik an. Die Botschafter der drei Staaten in Konstantinopel, Sir William White, Baron Calice und Baron Blanc sollten mit den Verhandlungen darüber betraut werden. Am 21. September meldete der italienische Botschafter in London, daß Lord Salisbury dem Plan zustimmte[60]). Schon vorher hatte Crispi den italienischen Botschafter in Konstantinopel angewiesen, enge Fühlung mit seinen Kollegen von England und Österreich-Ungarn zu nehmen, damit dem russischen Druck auf die Pforte ein Gegendruck der drei Mittelmeermächte entgegengesetzt würde. So entstand schließlich eine permanente Konferenz der drei Botschafter in Konstantinopel, die bis ins Jahr 1888 gedauert hat, und der die drei Regierungen ein gewisses Maß eigener Initiative einräumten. Sie hofften dadurch den Zeitverlust zu ersparen, den jeweilige direkte Verhandlungen zwischen Rom, London und Wien unvermeidlich gemacht hätten[61]).

Großes Aufsehen erregte es in ganz Europa, als Crispi am 1. Oktober 1887 zum Besuch Bismarcks in Friedrichsruh ein-

traf. Der Kanzler hatte ihm durch den italienischen Botschafter seinen Wunsch aussprechen lassen, eine Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache mit ihm zu finden, und Crispi, dem die politische Prüderie Robilants gänzlich fehlte, beeilte sich, dem Ruf zu folgen. Er befestigte dadurch seine persönliche Stellung, die seiner Regierung und seines Landes. Zum ersten Mal spielte das geeinte Italien die Rolle einer wirklichen Großmacht. Durch eine Rede, die er nach seiner Rückkehr in Turin hielt, verstand Crispi den Eindruck, den seine Reise nach Deutschland hervorgerufen hatte, noch zu steigern; und der französische Botschafter in Rom, Graf de Mouy, beobachtete, daß König Humbert, der früher ziemlich kühl von Crispi gesprochen hatte, nach dessen Reise nach Friedrichsruh seinen Ton wesentlich änderte[62]).

Zwei Wochen vor Crispis Besuch hatte Bismarck in Friedrichsruh den Grafen Kalnoky empfangen. Es war ihre erste Begegnung seit dem Bestehen des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrage. Zwar hatte der Zar strenge Geheimhaltung dieses Vertrages verlangt. Aber wenn Bismarck über den Vertrag selbst auch nichts sagen durfte, so konnte er aus der Stellungnahme der deutschen Politik in der bulgarischen Frage, die durch den russischen Neutralitätsvertrag zwar nicht begründet, aber vertraglich gebunden war, doch kein Geheimnis machen; und als gewandter Diplomat war Kalnoky wohl in der Lage, seine Schlüsse zu ziehen. Das Wiener Kabinett hatte sich vergebens um die Erneuerung des Vertrages von 1884 bemüht. Wir erfahren aus österreichischer Quelle, daß Kalnoky schon zur Zeit des Dreikaiserbundes, also vor dem Sommer 1887 die Existenz eines Separatabkommens zwischen Deutschland und Rußland vermutete. Jetzt, bei seinem Besuch in Friedrichsruh, fühlte er sich in seinem Glauben bestärkt, da der Kanzler, wenn das Gespräch auf Rußland kam, eine größere Zurückhaltung bewahrte als früher. Nach einer anderen, ebenfalls österreichischer Relation eröffnete Bismarck dem Grafen Kalnoky, daß er ebenso wie früher die Isolierung Frankreichs und eine Verständigung mit Rußland erstrebe und suchte ihn zu bewegen, Bulgarien um des europäischen Friedens willen preiszugeben. „Kalnoky mußte hier mit aller Festigkeit dieses Ansinnen ablehnen." Da ließ Bismarck den Grafen nicht im unklaren darüber, daß ein Krieg, der Bul-

gariens wegen ausbräche, für Deutschland nicht den casus foederis ergeben würde[63]). Es ist nicht ohne Interesse, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Wolkenstein, der Auffassung des deutschen Reichskanzlers näher stand als der seines eigenen Ministers. Er hielt dafür, daß Kalnoky in der Betonung der bulgarischen Unabhängigkeit zu weit ginge und damit der russischen Kriegspartei eine Waffe in die Hand gäbe. Wolkenstein bekämpfte die Ansicht, daß Kaiser Alexander einen Angriffskrieg plane und drängte in Wien darauf, ihn bei seiner friedlichen Stimmung festzuhalten[64]).

Auch Crispi gegenüber erklärte Bismarck ganz offen, daß die Lösung der bulgarischen Frage ihn wenig interessiere. Ein Krieg wegen Bulgarien werde Deutschland nicht unmittelbar berühren, solange Frankreich ruhig bliebe; nur dessen Verhalten könnte es nötigen, zu den Waffen zu greifen. Was Konstantinopel betraf, so war Bismarck der Ansicht, der Crispi freilich nicht beistimmte, daß die Russen sich durch die Besitznahme der Stadt nur schwächen würden. Und punkto Bulgarien beharre der Zar auf seinen Vorschlägen (über die Regentschaft Ernroths); wenn die Türkei sich diese zu eigen mache, würde Bismarck sie unterstützen, aber wahrscheinlich würden sie zu nichts führen. Deutschland werde stets in allem, was der Erhaltung des Friedens dienlich sei, mit Italien übereinstimmen; sollte sie im Orient eine Störung erfahren, so werde Deutschland bei seinen Freunden stehen, indem es sich in der Reserve hielte. Natürlich habe Italien die Freiheit, seine eigene Orientpolitik zu verfolgen. In die Entente der drei Mittelmeermächte willigte der Kanzler ein und sprach den Wunsch aus, daß sie sich befestigen und ihren Einfluß gelten machen möge. Als Crispi erwähnte, daß er mit Kalnoky im Prinzip darüber einig sei, daß im Balkangebiet lokale Autonomien am Platze wären, riet Bismarck ihm, sich über die Orientfrage mit Kalnoky zu verständigen; eventuell ließe sich ein Sonderabkommen darüber schließen[65]). Das war ein Plan, an dem der italienische Minister bereits arbeitete.

Die Geschäfte, die Crispi anfaßte, gingen rasch vorwärts. Schon am 6. Oktober erhielt er die Nachricht, daß die drei Botschafter in Konstantinopel sich über einen von Baron Calice ausgearbeiteten Plan verständigt hätten, der die Grundlage eines Abkommens der drei Mächte bilden sollte[66]).

Bereits am 31. Oktober verzeichnete Crispi in seinem Tagebuch, daß Graf Kalnoky ihm und Lord Salisbury den Entwurf des Orientabkommens habe zugehen lassen; Lord Salisbury hatte ihn im Prinzip, vorbehaltlich der Entscheidung des Kabinetts angenommen[67]). Bismarck unterstützte Crispi sowohl in Wien als in London[68]). Ende 1887 war die Entente der drei Mächte eine vollendete Tatsache, und die Konferenz der drei Botschafter übte in Konstantinopel einen starken Einfluß aus[69]).

Wenn Bismarck nach seiner Entlassung wiederholt darauf hingewiesen hat, daß Deutschland nach dem Dreibundvertrage in keiner Weise verpflichtet wäre, Österreichs Orientinteressen zu unterstützen, und daß die Donaumonarchie in dieser Hinsicht in erster Linie auf das Zusammenwirken mit den anderen interessierten Mächten wie England und Italien angewiesen sei, so hatte er die Tatsache dieser Orientententе der drei Mittelmeermächte vor Augen. Das war Österreichs Rückversicherungsvertrag. Italien hatte den seinen in dem Mittelmeerabkommen mit England.

Kapitel 10.

Das Ende der bulgarischen Krisis.

1.

Trotz des Rückversicherungsvertrages machten sich in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in der zweiten Hälfte des Jahres 1887 ungünstige Einflüsse geltend. Der Kampf der Presse dauerte fort. Zwar hatte der Tod Katkows (1. August) den bedeutendsten und gefährlichsten publizistischen Gegner beseitigt, aber das Maß von Feindseligkeit, die Deutschland von dieser Seite zuteil wurde, schallt aus Bismarcks Februarrede zurück: „Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten, mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Tür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wiederzugewinnen, aber wir laufen niemand nach."

Was die Haltung der öffentlichen Meinung in Rußland betrifft, so hatte zweifellos der Umstand eine nachhaltig ungünstige

Wirkung, daß der Neutralitätsvertrag auf Verlangen des Zaren streng geheim gehalten wurde. Ferner war das strenge Desinteressement der deutschen Politik im Orient in Rußland völlig unzureichend bekannt, es wurde vielmehr auf das entschiedenste angezweifelt und bestritten. Die russische Regierung tat durchaus nichts, um die russische Presse, die doch in so hohem Maße von ihr abhängig war, aufzuklären und in dem Sinne ihrer Vertragspolitik zu leiten; sie legte ihr nicht nur keine Zügel an sondern bestärkte sie in ihrer deutschfeindlichen Kampagne. Ebensowenig legte sie den französisch-russischen Verbrüderungen etwas in den Weg, die in Frankreich und Rußland stattfanden, und an denen sich aktive russische Generale beteiligten.

Zwei andere Differenzen betrafen die wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten. Man hat damals und später die Einstellung der Beleihung russischer Werte durch die Reichsbank, deren Beispiel bald darauf die Seehandlung folgte, als ein politisches Kampfmittel Bismarcks angesehen; doch wird man an der Richtigkeit dieser Auffassung zweifeln dürfen. Bismarck hat wiederholt, zum Beispiel in der Reichstagsrede vom Februar 1876, wo er gegen Eugen Richter polemisierte, und 1892 während der Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich-Ungarn, sich mit großer Bestimmtheit dahin ausgesprochen, daß man politische und wirtschaftliche Dinge auseinander halten müsse. Politische Maßregeln eines Staates sollten nicht durch wirtschaftliche Maßregeln eines anderen Staates beantwortet werden, und ebensowenig sollte man seine politischen Ziele durch wirtschaftliche „Trinkgelder" zu erreichen suchen[1]). In der deutschen Presse begann der Kampf gegen die russischen Werte bereits Ende Juni. Der deutsche Geldmarkt war damit übersättigt, der russische Wechselkurs tief gesunken, und die Petersburger Zeitung machte den Vorschlag, die russischen Goldobligationen in Kreditrubelobligationen zu verwandeln. Schon Mitte Juli berichtete die Kreuzzeitung, daß das deutsche Publikum russische Papiere im Betrage von 80 Millionen Rubel verkauft habe. Die politische Stimmung mag dazu beigetragen haben, daß man diese Werte abstieß; vermutlich haben aber auch begründete Zweifel an der Kreditfähigkeit Rußlands ein starkes Motiv gebildet, und die Entscheidung der Reichsbank und der Seehandlung, russische Werte nicht mehr zu beleihen,

sind wahrscheinlich durch rein fachmännische Erwägungen veranlaßt worden. Wenn man namentlich in Rußland eine politische Maßregel feindlichen Charakters darin erblickt hat[2]), so wird der Beweis dadurch nicht erbracht. Allerdings wird man sagen dürfen, daß die feindselige Haltung der russischen Regierung und Presse Bismarck veranlaßte, bei wirtschaftlichen Maßregeln, die er in deutschem Interesse für richtig hielt, nicht mehr so viel Rücksicht auf Rußland zu nehmen wie bisher[3]).

Die Nachrichten über neue militärische Maßregeln Rußlands beginnen Anfang September; es handelte sich dabei einmal um den Bau eines Barackenlagers in Warschau, das 150 000 Mann aufnehmen könnte. Weitere Meldungen über Truppenkonzentrationen an der österreichischen Grenze beschäftigten die Presse im November und Dezember. Friedjung teilt als zuverlässig verbürgt mit, daß sich der preußische Generalstab ernstlich mit der Kriegsfrage beschäftigte, und daß Moltke und Waldersee den Krieg für unvermeidlich und den damaligen Augenblick zu einem Kampf für vorteilhafter hielten als einen späteren[4]). Daß Moltke einem Präventivkriege zuneigte, ist ebenso bekannt, wie daß Bismarck genau die entgegengesetzte Ansicht vertrat. Er hat sich wiederholt grundsätzlich gegen den Präventivkrieg ausgesprochen und sich auch in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 mit dessen Anhängern auseinandergesetzt[5]).

Die Preßfehde, die wirtschaftlichen Maßregeln (wozu auch der Ukas vom 26. März über den Grundbesitz von Ausländern in Rußland gehörte) und die militärischen Vorkehrungen auf russischer Seite fielen politisch nicht so schwer ins Gewicht, wie eine Verstimmung Alexanders III., die durch eine französische Intrige verursacht wurde. Bismarck führte sie irrtümlich auf orleanistische Machenschaften zurück und brachte sie im Zusammenhang mit den politischen Wirren, die im Herbst die französische Regierung erschütterten. Tatsächlich ging die Intrige von dem Minister des Auswärtigen, Flourens, aus. Dieser hatte eine Anzahl von Dokumenten erworben, die sich auf die bulgarische Frage bezogen. Er selbst scheint nicht erkannt zu haben, daß es sich um übrigens recht geschickt gemachte Fälschungen handelte, und beschloß sie dem Zaren, der sich zum Besuch der dänischen Königsfamilie in Fredensborg aufhielt,

in die Hände zu spielen. Er hoffte den Kaiser dadurch zu überzeugen, daß die deutsche Politik und Bismarck selbst den Prinzen Ferdinand unterstützten, um so den Bruch zwischen Deutschland und Rußland herbeizuführen. Die Dokumente bestanden in einigen Briefen, die Prinz Ferdinand von Koburg an die Gräfin von Flandern geschrieben haben sollte, und einem Schriftstück ohne Unterschrift, das angeblich von dem deutschen Botschafter in Wien geschrieben und dem Prinzen Ferdinand zugegangen war. In dem ersten Briefe sagt Ferdinand, er würde die bulgarische Wahl nicht definitiv angenommen haben, wenn er nicht aus Berlin sehr befriedigende Mitteilungen über seine Lage erhalten hätte. Er mache sich keine Illussionen darüber, daß er von Bismarck nur als eine Schachfigur in seinem politischen Spiele benutzt werde, aber doch als eine Figur von genügender Wichtigkeit, daß er darauf rechnen könne, daß sich stabile Verhältnisse für das Fürstentum und für seine Person ergeben würden. Der dem deutschen Botschafter in Wien zugeschriebene Brief sagte, Deutschland könne dem Inhaber des bulgarischen Thrones gegenwärtig keine offizielle Unterstützung und Ermutigung zuteil werden lassen. Aber daraus folge nicht, daß die deutsche Regierung ihn nicht für die Ziele ihrer allgemeinen Politik durch die legitimen Aktionsmittel, die sie in Bulgarien besitze, offiziös ermutigen und unterstützen könne, wie es dem Interesse des europäischen Friedens und der deutschen Politik entspräche. In dem zweiten Briefe des Prinzen Ferdinand an die Gräfin von Flandern heißt es, trotz des offiziellen politischen Krieges, den Deutschland gegen ihn eröffnet habe, vergingen keine vier oder fünf Tage, ohne daß ihm deutsche Agenten versicherten, er möge nur warten; die deutsche Politik könne sich unversehens in der günstigsten Weise ändern, und die endgiltige Haltung Deutschlands werde von der Lösung schwerwiegender Interessenfragen zwischen Deutschland und Rußland abhängen[6]).

Die drei Dokumente waren vom 27. August, 16. September und 21. Oktober 1887 datiert, fielen also in die Zeit des Aufenthaltes des Zaren in Dänemark, vom 27. August bis zum 18. November. Schon Ende August sprach man in Berlin davon, daß Alexander III. auf seiner Rückreise Kaiser Wilhelm besuchen würde; nach einer Lesart sollte er nach Stettin gehen, wo Wilhelm I. vom 12. bis 17. September weilte, nach einer anderen

wurde er in Berlin erwartet. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung äußerte zwar wiederholt, daß von diesem Besuch nichts bekannt sei, aber er war tatsächlich beabsichtigt. Fürst Hohenlohe hörte später von dem damaligen Prinzen Wilhelm (dem jetzigen Kaiser), daß alles zur Abfahrt nach Deutschland bereit war, und daß die kaiserliche Jacht schon unter Dampf im Hafen lag, als Alexander III. die gefälschten Schriftstücke auf seinem Schreibtisch fand[7]). Die Reise nach Deutschland unterblieb. Aber der Aufenthalt des Zaren in Dänemark zog sich, da seine Kinder an den Masern erkrankten, über Erwarten in die Länge; in der rauhen Jahreszeit erschien die Rückreise zu Schiff unratsam, und Alexander III. entschloß sich doch nicht dazu, ohne Aufenthalt durch Berlin durchzufahren. Aber die Berliner Presse bereitete ihm einen kühlen Empfang. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte keinen Begrüßungsartikel; die Post bezeichnete die Ankündigung des Besuchs durch die Kopenhagener Blätter, die lediglich die Erkrankung der kaiserlichen Kinder als Grund angaben, als eine Beleidigung; die Preußischen Jahrbücher schrieben, der Zar möge nur durch Berlin durchfahren, ohne dort Aufenthalt zu nehmen. Wenn die Reichsbank keine russischen Werte mehr beleihen wollte, so war das aller Vermutung nach eine rein wirtschaftliche Maßregel, aber es hatte doch einen starken politischen Beigeschmack, daß es ein paar Tage, nachdem Graf Paul Schuwalow amtlich den Besuch des Zaren angemeldet hatte, verlautbart wurde. Die Reden, die Crispi nach seiner Rückkehr aus Friedrichsruh in Mailand (25. Oktober), Graf Kalnoky in der ungarischen Delegation (5. November) und Lord Salisbury beim Lord Mayors-Bankett in London (9. November) hielten, hatten die Erhaltung des europäischen Friedens zum Leitmotiv, aber sie ließen durchklingen, daß man einen Bruch des Friedens von Rußland befürchtete, und daß die drei Mittelmeermächte dagegen zusammenhalten würden. Namentlich Kalnokys Rede machte in Petersburg einen höchst unangenehmen Eindruck. Zur selben Zeit stand Frankreich in einer schweren Regierungskrisis, die nicht nur den Sturz des Kabinetts, sondern schließlich auch den Rücktritt des Präsidenten Grévy herbeiführte.

So war die internationale Lage, die dem Besuch Alexanders III. das Relief gab. Der Zar traf am 18. November in

Berlin ein. Bismarck hatte offiziell eine Audienz nachgesucht und erhielt sie auf der russischen Botschaft; sie dauerte über eine Stunde. Im Verlaufe des darauf folgenden Diners im Königlichen Schloß, hat der Zar dann, wie die Presse berichtete, Bismarck mit freundlichen Worten zugetrunken. Zwei Tage nach der Audienz, am 20. November, teilte der deutsche Botschafter in Rom, Graf Solms, Crispi folgende Depesche Bismarcks mit: „Der Kaiser Alexander... bekundete Seiner Majestät und mir in einer sehr langen Audienz in der positivsten Weise seine friedliche Gesinnung und seinen Entschluß, sich niemals einer aggressiven Koalition zu verpflichten und Deutschland anzugreifen. Wir werden sehen, ob die Gesinnung Seiner Majestät einen beruhigenden Einfluß auf die Haltung der russischen Presse, der Beamten und Botschafter, und vor allem des Botschafters in Paris haben wird. Wir haben niemals geglaubt, daß der Zar jetzt oder zu einer gewissen Zeit persönlich die Absicht gehabt hätte, uns anzugreifen. Durch unsere amtlichen Mitteilungen ist dem Kaiser Alexander bekannt, daß ein Angriff Rußlands auf Österreich uns nach unseren Verträgen verpflichten würde, Österreich Hilfe zu leisten, und gestern wurde er in unserer Unterredung neuerdings daran erinnert. Anderseits weiß der Kaiser, daß die Zukunft Bulgariens niemals ein Grund für uns sein würde, unsere Neutralität aufzugeben, und daß unsere diplomatische Haltung ebenso wie früher durch die Abmachungen des Berliner Vertrages bestimmt bleibt. Die beiden Monarchen sind keine Verpflichtungen eingegangen. Die Zukunft wird lehren, ob wir die Sorgen los werden sollen, daß die Agitation in Rußland und in Frankreich täglich größer wird, infolge der Passivität der russischen Regierung gegenüber den Provokationen ihrer Organe und Beamten, und ob diese Agitation schließlich den Frieden in näherer oder fernerer Zukunft bedrohen wird, oder ob der Kaiser Alexander nach seiner Rückkehr nach Rußland Abhilfe schaffen wird[8])."

Der Pester Lloyd war in der Lage, einen Bericht über die Unterredung Bismarcks mit dem Zaren zu veröffentlichen, dessen Wert als Geschichtsquelle schwerlich bestritten werden kann. „Beide Teile", heißt es in dem Blatt, „waren anfangs kühl und traten einander mit gemessener Höflichkeit, beziehungsweise mit schuldiger Ehrfurcht entgegen. Beide Teile fühlten

aber sehr wohl das Schwergewicht des Moments und waren sich vollkommen klar darüber, wie viel von dem abhänge, was sie sich zu sagen hatten. Es schien übrigens, als wäre jeder von ihnen mit der Absicht zu der Besprechung gekommen, die möglichste Offenheit walten zu lassen. Allmählich erwärmten sich die Herren, und in dem Augenblick, in welchem Kaiser Alexander die unberechtigten Anklagen gegen Deutschlands Politik und ausdrücklich gegen die Haltung des Fürsten Bismarck vorbrachte, hatte es fast den Schein, als würde der Großmeister der europäischen Staatskunst seine Gemütsruhe, ja seine Geduld verlieren. Die Art und Weise, in welcher er dem Zaren rundweg erklärte, daß man es gewagt, ihn, den Zaren, zu betrügen, der Ton, in welchem er konstatierte, daß man sich Fälschungen erlaubt hätte, und daß man den Zaren systematisch hinters Licht geführt — diese Art und Weise, dieser Ton entsprachen nicht ganz dem Herkommen; dafür legten sie aber Zeugnis ab für die Entrüstung des Reichskanzlers über eine unerhörte Freveltat, und gerade diese Entrüstung des Fürsten, seine mächtig aufwallende Empörung, die nur durch die Gegenwart eines gekrönten Hauptes gezügelt wurde, blieben auf den ebenfalls bewegten Monarchen nicht ohne tiefen Eindruck." Und weiter schreibt der Lloyd:

„Kaiser Alexander hatte, nach den ihm von dem Reichskanzler gegebenen Aufklärungen in sehr bestimmter Weise versichert, daß er überhaupt nur die Erhaltung des Friedens wünsche, und jetzt sehr gern die Versicherung wiederhole, daß ihm weder ein Angriff gegen Deutschland noch die Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Koalition in den Sinn komme. Darauf nahm Fürst Bismarck Veranlassung, den Kaiser zu bitten, daß er auch der von Deutschland geschlossenen Allianzen gedenken möge. Fürst Bismarck machte kein Hehl daraus, daß wer mit Deutschland in Frieden leben wolle, auch dessen Verbündeten nicht angreifen dürfe. Er führte ganz direkt den casus foederis dem Zaren vor Augen und ließ sich hierüber so deutlich aus, daß Kaiser Alexander ausdrücklich erklärte, die Bemerkungen des Fürsten Bismarck in bezug auf die Allianzen Deutschlands und den durch Verträge stipulierten casus foederis enthielten für ihn eigentlich nichts Überraschendes und nicht einmal etwas Neues, aber er nehme Akt davon, daß

Deutschland, woran er übrigens nie gezweifelt habe, seine vertragsmäßigen Verpflichtungen ernst auffasse. Es gelang auch dem Fürsten Bismarck, die Besprechung derart zu lenken, daß Kaiser Alexander in der Folge äußerte, er ergänze seine frühere Versicherung, gegen Deutschland keinen Angriff und keine Teinahme an einem Angriff von anderer Seite zu planen, bereitwillig dahin, daß ganz dasselbe auch mit Bezug auf Österreich-Ungarn Geltung habe, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß von dieser Seite keinerlei Provokationen gegen Rußland erfolgten, eine Voraussetzung, die er, der Zar, als außer Frage stehend betrachten zu dürfen glaube[9])."

Dieser Bericht ist auch deshalb von Wichtigkeit, weil er zeigt, daß Bismarck auch für Österreich-Ungarn mit Erfolg bei dem Zaren eingetreten ist; eine Tatsache, welche die Theorie des Neuen Kurses widerlegt, daß der Rückversicherungsvertrag die „Preisgabe" der Donaumonarchie bedeutet habe.

Auf russischer Seite zeigte sich die Wirkung der Berliner Auseinandersetzung Ende November in einer Zirkulardepesche an die russischen Diplomaten im Auslande, die die Ergebnisse des Zarenbesuchs in Berlin erörterte. Die Depesche war für die Öffentlichkeit bestimmt und hob besonders drei Punkte hervor: Erstens seien Kaiser Alexander und Fürst Bismarck nach Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse in der Lage gewesen, festzustellen, daß kein Grund zu einem Bruche zwischen Rußland und Deutschland vorläge. Zweitens habe Fürst Bismarck erklärt, in den bulgarischen Angelegenheiten die strengste Neutralität einhalten zu wollen, und drittens habe sich aus der Unterredung ergeben, daß alle Mißverständnisse auf die feindselige Sprache der Presse beider Länder zurückzuführen sei. Daher habe man sich beiderseits das Versprechen gegeben, auf die Haltung der offiziösen Presse beruhigend einzuwirken.

2.

Mit der Unterredung vom 18. November beginnt eine allgemeine politische Entspannung. Die Angelegenheit der gefälschten Briefe wurde weiter untersucht und die beteiligten Personen, Prinz Reuß, die Gräfin von Flandern und Prinz Ferdinand gaben ehrenwörtliche Erklärungen, daß sie diese

Briefe weder geschrieben noch erhalten hätten[10]). Am 31. Dezember wurden die Dokumente im Reichsanzeiger veröffentlicht. Ihr Abdruck wurde mit einem kurzen Exposé eingeleitet, in dem es hieß: „Der Zweifel an der Ehrlichkeit der deutschen Politik wäre berechtigt gewesen, wenn die Aktenstücke echt gewesen wären, da die deutsche Politik das Unternehmen des Prinzen Ferdinand von Bulgarien von Anfang an und zu jeder Zeit als den bestehenden Verträgen zuwiderlaufend angesehen hat und noch ansieht, und sich in diesem Sinne allen Kabinetten und insbesondere dem russischen gegenüber amtlich ausgesprochen hat."

Der russische Botschafter in Rom versicherte Crispi, daß der Zar mit seinem Besuche in Berlin sehr zufrieden sei[11]). Eine Äußerung von Giers läßt durchblicken, daß die russische Regierung bereits daran dachte, sich aus der verfahrenen Lage in Bulgarien herauszuziehen. Am 17. Dezember sagte der Minister zu Sir Robert Morier, der sich bei ihm verabschiedete, um zu Weihnachten nach England zu fahren, Rußland sei ebenso ehrlich bestrebt, einen europäischen Krieg zu verhindern, wie nur ein Mitglied des Dreibundes. Was Bulgarien betrifft, so sei es wohl möglich, daß dort die feindlichen Parteien einander die Hälse abschneiden würden. „Aber", fügte er hinzu, „Sie können in aller Seelenruhe nach England fahren. Die Bulgaren können alles tun, was sie wollen, einander die Hälse abschneiden oder sich zum Kaiserreich erklären. Wir werden keinen Finger rühren, um sie daran zu verhindern, wir wollen mit der ganzen Gesellschaft nichts mehr zu tun haben[12])."

Tatsächlich war die russische Regierung jetzt entschlossen, eine Entspannung herbeizuführen. Die Presse wurde Ende November und Ende Dezember ernstlich verwarnt, eine Maßnahme, die freilich auch wieder nicht auf die Dauer half. Bedeutsamer war, daß das neue russische Budget zum ersten Mal seit langer Zeit, und zwar durch eine Herabsetzung des Heeresetats, einen Überschuß erzielte[13]). Am 3. Januar 1888 konnte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreiben, die Aussicht auf die Zukunft sei seit Monaten nicht so befriedigend gewesen wie jetzt. Auch die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn besserten sich nach einer Aussprache, die Kalnoky im Januar mit dem russischen Botschafter Fürst Lobanow hatte[14]).

In Paris erfuhr Jules Hansen am 13. Januar sogar folgende Äußerung des österreichischen Botschafters: Rußland habe in Wien amtlich erklären lassen, daß die bulgarische Frage keinen Grund zu einem Kriege zwischen beiden Mächten abgeben könne[15]). Man befand sich bereits in dem Stadium der Entspannung, als Bismarck am 6. Februar im Reichstage sprach.

Bismarck hielt seine letzte große Rede über die auswärtige Politik zur Begründung eines Anleihegesetzes, das die Mittel einer neuen Heeresvorlage beschaffen sollte. Die Wirkung seiner Worte war, daß die Mehrheitsparteien durch ihre Führer kurzerhand erklärten, die Vorlage den Kommissionsbeschlüssen gemäß annehmen zu wollen, und wenige Tage später waren beide Gesetzentwürfe, die Militärvorlage und das Anleihegesetz, endgültig erledigt. Bismarck begann mit der Bemerkung, er würde über die auswärtige Lage am liebsten überhaupt nicht sprechen, denn ein ungeschicktes Wort könne an der Sache viel verderben; aber wenn er schwiege, würde die vorhandene Beunruhigung und die nervöse Stimmung im In- und Ausland leicht vermehrt werden; man würde glauben, die Lage sei so schwierig und so kritisch, daß ein auswärtiger Minister gar nicht wagte, die Situation zu berühren. Seit seiner letzten Rede vom Januar 1887 habe die Lage sich wenig verändert. Damals bestand die Sorge hauptsächlich in einem Anstoß zu einem Kriege, der von Frankreich kommen könnte. „Seitdem ist in Frankreich ein friedliebender Präsident (Grévy) von der Regierung abgetreten, und ein friedliebender ist ihm gefolgt (Sadi Carnot). ... Wir haben außerdem in dem französischen Ministerium Änderungen, deren beruhigende Bedeutung noch stärker ist als dieser Präsidentenwechsel, der mit anderen Gründen zusammenhängt. Solche Mitglieder des Ministeriums, die geneigt sein konnten, den Frieden ihres Landes und den Frieden Europas ihren persönlichen Plänen unterzuordnen, sind ausgeschieden, und andere, denen gegenüber wir diese Befürchtung nicht haben, sind eingetreten." Die Befürchtungen des letzten Jahres hätten sich denn auch mehr an Rußland geknüpft, an die Hetze der russischen Presse und an die russischen Truppenaufstellungen. Der russischen Presse könne allerdings kein entscheidendes Gewicht beigemessen werden, da sie nicht denselben Einfluß habe wie die französische. „Es ist höchstens der Barometer

dafür, was nach Lage der russischen Preßgesetze zugelassen wird, aber ohne die russische Regierung und Seine Majestät den Kaiser von Rußland irgendwie zu engagieren. Gegenüber den Stimmen der russischen Presse habe ich das unmittelbare Zeugnis des Kaisers Alexander selbst, nachdem ich seit mehreren Jahren vor einigen Monaten wieder die Ehre gehabt habe, von dem Zaren in Audienz empfangen zu werden. Ich habe mich auch da wiederum überzeugt, daß der Kaiser von Rußland keine kriegerische Tendenzen gegen uns hegt, keine Absicht hat, uns anzugreifen, überhaupt Angriffskriege zu führen. Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich absolut. Wenn beide mir gegenüber auf der Wage liegen, so schnellt das Zeugnis der russischen Presse mit ihrem Haß gegen Deutschland federleicht in die Höhe, und das Zeugnis des Kaisers Alexander persönlich hat das durchschlagende Gewicht für mich."

Die russischen Truppenaufstellungen brauchten nach Bismarcks Ansicht nicht auf einen Angriffskrieg hinzudeuten. „Einmal liegt es nicht in dem Charakter des russischen Monarchen und stände mit seinen Äußerungen im Widerspruch, und dann würde der Zweck davon ganz außerordentlich schwer verständlich sein. Rußland kann keine Absicht haben, preußische Landesteile zu erobern; ich glaube auch nicht, österreichische." Und im glücklichen Besitze des Rückversicherungsvertrages sagte Bismarck „er gehe so weit in seinem Vertrauen, daß er überzeugt sei, daß selbst, wenn es zu einem Kriege mit Frankreich käme, der russische daraus nicht unmittelbar folgen würde". Wozu dann aber diese russischen Truppenaufstellungen? Erklärungen darüber könne man von Rußland nicht fordern. „Truppenaufstellungen sind meines Erachtens Erscheinungen, über die man nicht — mit einem Studentenausdruck — „koramiert", kategorische Erklärungen fordert, sondern denen gegenüber man mit derselben Zurückhaltung und Vorsicht seine Gegenmaßregeln trifft." Als das wahrscheinliche Motiv der russischen Truppenaufstellungen gab der Kanzler folgendes an: Das russische Kabinett habe wohl die Überzeugung, daß in der nächsten europäischen Krisis, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem europäischen Areopag um so schwerer wiegen würde, je stärker Rußland an der europäischen Grenze

sei, je weiter westlich seine Armeen ständen. Rußland sei, als Verbündeter und als Gegner, um so schneller bei der Hand, je näher es seinen westlichen Grenzen stehe mit seinen Haupttruppen oder wenigstens mit einer starken Armee. Solche europäischen Krisen könnten eintreten durch Verwicklungen im Orient, einen polnischen Aufstand oder einen Regierungswechsel in Frankreich, die alle in gewissen Zeitabständen wiederzukehren pflegten. „Wenn das die Absicht ist ... so ist für uns noch absolut kein Grund, in unsere Zukunft schwärzer zu sehen, als wir es seit 40 Jahren überhaupt getan haben."

Bismarck begründete denn auch die Militärvorlage nicht mit der augenblicklichen politischen Lage, sondern mit der Notwendigkeit, Deutschland dauernd militärisch stärker zu machen. Er führte auch nicht das französische Militärgesetz an, das im Sommer vorher als Antwort auf das deutsche Septennatsgesetz zustande gekommen war[16]), sondern sagte: „Der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen, vor weiteren Verwickelungen, deren Koalitionsergebnisse niemand vorher beurteilen kann, ist jetzt bei uns permanent geworden, und wir müssen uns ein für allemal darauf einrichten: wir müssen unabhängig von der augenblicklichen Lage so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition ..., daß wir damit jeder Eventualität entgegensehen, und mit Ruhe entgegensehen können." Den eigentlichen Grund der neuen Militärvorlage hat Bismarck erst nach dem Tode Alexanders III. ausgesprochen. Wenn der im Jahre 1887 geschlossene Rückversicherungsvertrag 1890 nicht die beiderseitige Bereitwilligkeit zur Fortsetzung hatte, so trat doch immer wieder das si vis pacem, para bellum in sein Recht, und sowohl die Erhaltung des Friedens als eventuell auch die Erneuerung des Vertrages hatte um so mehr Aussicht auf Erfolg, je stärker das Deutsche Reich in etwaige Kriege eintreten konnte. Große Armeeeinrichtungen lassen sich aber nicht plötzlich improvisieren, wenn das Bedürfnis dafür eintritt, und der Reichskanzler hat 1888 nur seine Pflicht getan, wenn er beim Reichstage die militärischen Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens nachsuchte, auf die man sich verlassen mußte, wenn die Verträge versagten[17]).

Die Reichstagsrede leitete bereits direkt zu einer offenbar verabredeten diplomatischen Aktion Rußlands über, die der Kanzler, freilich in versteckter Weise, ankündigte und zu unterstützen versprach. Bismarck sprach von Bulgarien und Rußlands dortigen Ansprüchen, die auf dem Berliner Vertrage beruhten, und die es mehrere Jahre lang tatsächlich ausgeübt hatte. „Durch den Abfall der Bulgaren von Rußland", sagte er, „ist ein faktisches Verhältnis entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remidieren keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alterieren kann. Ob, wenn Rußland die Rechte gewaltsam geltend machen würde, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht; das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu raten; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn aber Rußland auf diplomatischem Wege versucht, sei es auch nur durch eine Anregung, auf das Einschreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, wenn es versucht, das herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu halten und an die Auslegungen, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben... Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herstellung der kongreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverän zu unterstützen, so trage ich kein Bedenken, Seiner Majestät dem Kaiser zu raten, daß das geschieht."

Bismarck hielt seine Rede am 6. Februar, und fünf Tage später teilte der russische Regierungsanzeiger mit, daß der russische Botschafter in Berlin der deutschen Regierung Vorschläge wegen Bulgarien gemacht habe[18]). Crispi hatte schon am 9. Januar von den russischen Plänen erfahren[19]). Das russische Kommuniqué erörterte ausführlich den illegalen Charakter der Regierung des Prinzen Ferdinand. Angesichts des allgemeinen Wunsches, der vorhandenen beunruhigenden Situation, die vor allem aus der zweideutigen Stellung Bulgariens entstanden sei, ein Ende zu machen, glaube die russische Regierung, einen neuen Versuch machen zu sollen, die Mächte zu einer gemeinsamen Erklärung zu veranlassen. Sie sollten die Unverletzlich-

keit der Bestimmungen über Bulgarien sowie die Notwendigkeit aussprechen, daß das Land in die Bahnen der Gesetzmäßigkeit zurückgeführt würde. Eine Äußerung der Mächte in diesem Sinne würde zur Folge haben, daß der Sultan sich veranlaßt sähe, den Bulgaren amtlich bekannt zu geben, daß Prinz Ferdinand nicht der legitime Inhaber der fürstlichen Gewalt sei; denn dem Sultan falle infolge seiner Suzeränitätsrechte die Initiative zu einem solchen Schritte zu. Über ihre künftige Politik wolle die russische Regierung keinen Zweifel aufkommen lassen. Ihr liege jedes Vorurteil und jede Parteilichkeit fern; es sei unter ihrer Würde, sich in den inneren bulgarischen Parteizwist einzumischen, oder irgend jemand für die Verangenheit verantwortlich zu machen. Wenn Prinz Ferdinand aus Bulgarien entfernt sei, erwarte sie nur eine aufrichtige Bekundung des bulgarischen Volkes durch seine Vertreter, daß Fehler gemacht worden seien; danach würde Rußland die Beziehungen wiederherstellen, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhen sollen. Die russische Regierung weise zugleich jede Absicht von sich, die vertragsmäßige Freiheit der Bulgaren in der inneren Organisation und der Regierung des Landes zu beeinträchtigen. Wenn die Bulgaren sich nur einigten, um ihr Vaterland in die Bahnen der Gesetzlichkeit zu leiten, würde jede fremde Einmischung überflüssig und grundlos sein. Die Thronbesteigung eines neuen Fürsten könne ohne Hindernis geschehen. Die russische Regierung weise wie bisher jeden Gedanken zurück, daß eine Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes durch Gewaltmaßregeln möglich sei. Aber bis Prinz Ferdinand Bulgarien verlassen habe, werde Rußland den bestehenden Zustand als illegal betrachten; die Beseitigung desselben sei jedoch das sicherste Mittel, die allgemeine Ruhe wiederherzustellen.

Demgemäß beantragte die russische Regierung am 17. Februar bei den Mächten gemeinsame Vorstellungen in Konstantinopel, daß der in Bulgarien herrschende Zustand für illegal zu erklären sei. In ihren Bemühungen, diesen Vorschlag annehmbar zu machen, fand die russische Diplomatie die Unterstützung Deutschlands. Giers versicherte dem englischen Botschafter, Sir Robert Morier, er habe keine Hintergedanken und wolle nicht auf eine gewaltsame Lösung der Frage, etwa durch eine militärische Okkupation hinsteuern. In Petersburg

sei man vielmehr der Ansicht, daß die bloße einstimmige Erklärung der Mächte erheblich dazu beitragen würde, eine endgültige Beilegung der Frage vorzubereiten. In seinem Bericht an Lord Salisbury sagte Morier, Giers habe in sehr bezeichnender Weise betont: Wenn sich die Mächte einstimmig Rußland anschlössen, so würde das für den Zaren eine berechtigte Genugtuung sein, die an sich beträchtlich dazu beitrüge, die gegenwärtige Spannung zu erleichtern[20]). Als Fürst Lobanow Kalnoky den russischen Vorschlag mitteilte, machte die bis dahin unbekannte Mäßigung der Sprache Rußlands großen Eindruck auf den Minister[21]). In Berlin erklärte Herbert Bismarck dem englischen Botschafter, die Mächte würden gut tun, den russischen Vorschlag anzunehmen, da er direkt von dem Zaren ausginge. Der Monarch, der aufrichtig den Frieden wünsche, würde die Zustimmung der Mächte als eine persönliche Genugtuung auffassen und keine weiteren Schritte in der Angelegenheit tun[22]).

Der Zar war in der bulgarischen Frage auf den Rückzug bedacht und wünschte nur, dazu eine goldene Brücke für sich zu sehen. Die russische Diplomatie argumentierte dabei folgendermaßen: Wenn die Türkei, von allen Mächten unterstützt, Ferdinand aufforderte, den Thron zu räumen, so würde ihm nichts anderes übrig bleiben, als dieses zu tun, und zwar geschähe das dann auf friedlichem Wege, ohne Anwendung von Gewalt. Darauf würde in Sofia eine provisorische Regierung eingesetzt und von ihr eine neue Sobranje einberufen werden, die eine Deputation an den Zaren senden würde. In einer Audienz gedachte der Kaiser, ihr zu eröffnen, daß er die Autonomie und Unabhängigkeit Bulgariens achten werde. Danach würde Rußland die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien wieder aufnehmen, und die Mächte hätten über die Wahl eines neuen Fürsten zu verhandeln. Ausdrücklich wurde betont, daß Rußland keine russischen Beamte oder Offiziere nach Bulgarien zu senden beabsichtigte[23]). Eine solche bulgarische Abordnung, schrieb Morier etwas später an Lord Salisbury, würde in Petersburg alles erhalten, was sie nur forderte, namentlich auch die Vereinigung mit Ostrumelien[24]). Giers erklärte sich sogar damit einverstanden, daß Stambulow in der provisorischen Regierung bliebe[25]).

Der russische Plan scheiterte daran, daß die einmütige Unterstützung der Mächte ausblieb. Lord Salisbury antwortete

auf die erste Ankündigung des russischen Botschafters: Wenn der russische Plan überhaupt praktische Bedeutung hätte, so bedeutete er den Sturz der bestehenden bulgarischen Regierung, und dazu könne er seine Hand erst bieten, wenn er wüßte, was an deren Stelle gesetzt werden sollte. Denselben Standpunkt nahmen Kalnoky und Crispi ein[26]). England, Österreich und Italien verständigten sich darüber, daß die Mächte zunächst darüber einig sein müßten, was zu geschehen habe, falls Ferdinand der türkischen Aufforderung folgte und Bulgarien verließ. Seine Herrschaft sei zweifellos illegal, sorge aber für Ordnung und Frieden im Lande. In diesem Sinne sagte Lord Salisbury zu dem russischen Botschafter, man müsse sich zunächst entweder über einen Nachfolger des Fürsten oder wenigstens über eine provisorische Regentschaft einigen. Immerhin waren England und Österreich bereit, die Verhandlungen mit Rußland fortzusetzen, während Crispi erklärte, den russischen Vorschlag gar nicht in Erwägung ziehen zu können, bevor ihm der ganze Plan vorläge.

Die russische Diplomatie machte große Anstrengungen, um diesen Widerstand zu überwinden. Wiederholt wurde erklärt, daß Rußland keinerlei aggressive oder Gewaltmaßregeln gegen Bulgarien plane. Giers äußerte Morier gegenüber sogar, selbst wenn Prinz Ferdinand trotz der Aufforderung der Mächte die Regierungsgewalt nicht aufgäbe, würde Rußland zu seiner früheren Haltung passiven Abwartens zurückkehren. Er betonte, daß diese Lösung der bulgarischen Frage niemand in Rußland befriedigen könne; der Zar lege ein aufrichtiges Zeugnis seines Friedenswillens ab und beweise großen Mut, wenn er im Gegensatz zu der gesamten öffentlichen Meinung in Rußland seine Forderungen auf ein so geringes Maß beschränke[27]). Aber die Kabinette von London, Rom und Wien blieben dabei, daß erst die Frage nach der eventuellen künftigen bulgarischen Regierung befriedigend beantwortet werden müßte. Auf diese Weise drohten die diplomatischen Verhandlungen, nachdem sie erst eine Woche gedauert hatten, im Sande zu verlaufen. Aber Bismarck wünschte einen schnellen Abschluß; am 23. Februar ließ er die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklären, daß der russische Vorschlag gar nicht der Unterstützung aller Mächte bedürfe, um von der Türkei angenommen zu

werden. Der Sultan könnte und sollte aus eigenem Antriebe die Regierung des Prinzen Ferdinand für ungesetzlich erklären. Dem entsprechend stellte Rußland am 25. Februar seinen Antrag bei der Pforte, noch ehe die Antwortnoten von England, Österreich und Italien eingegangen waren. Und bereits am 4. März erging eine offizielle Note der Türkei nach Sofia, worin die Regierung des Prinzen Ferdinand für ungesetzlich erklärt wurde. Die bulgarische Regierung hatte jedoch sich schon vorher geäußert, daß sie an dem Prinzen Ferdinand festhalten werde, welche Beschlüsse die Mächte auch faßten; sie legte die türkische Note zu den Akten und antwortete nur mit einer Empfangsbestätigung.

Das war das diplomatische Ende der bulgarischen Krisis, die zweieinhalb Jahre lang Europa beunruhigt und seit dem Herbst 1886 eine Reihe gefährlicher Situationen geschaffen hatte. Rußland trat auch ohne die goldene Brücke, die England, Italien und Österreich ihm nicht hatten bauen wollen, den Rückzug an. Am 7. März sagte Giers zu Morier, er halte die allgemeine Lage gar nicht für beunruhigend; im Gegenteil sei jetzt, nachdem die Gesetzwidrigkeit der bulgarischen Regierung ausgesprochen sei, die Position klar und unzweideutig; Rußland könne nun zu seiner früheren Haltung zurückkehren und das weitere abwarten. Bulgarien, fügte der russische Minister hinzu, ist die geringste meiner Sorgen geworden[28]).

3.

Während der bulgarischen Krisis hat Bismarcks Politik einen ihrer Gipfelpunkte erreicht. Niemals seit der Gründung des Deutschen Reichs war die Gefährdung des europäischen Friedens größer gewesen. Während bis zum Jahre 1877 die Gefahr allein von Frankreich, im Jahre 1879 allein von Rußland drohte, ballten sich 1886 bis 87 von beiden Seiten zugleich unheilschwangere Gewitterwolken zusammen. Sowohl in Rußland wie in Frankreich waren starke Tendenzen am Werk, ein Kriegsbündnis gegen Deutschland zu schaffen. Bismarck hat es verstanden, eine organische Verbindung zwischen den beiden Fragen, die Europa beunruhigten, der orientalischen und der deutsch-französischen, zu hintertreiben, indem er ein Bündnis oder eine Entente zwischen Rußland und Frankreich zu verhindern wußte.

Wir müssen im folgenden versuchen, die gesamte diplomatische Schutzwehr zu überblicken, die Bismarck damals zur Erhaltung des europäischen status quo und des Friedens errichtet hat, und tun es deshalb, weil eine solche Zusammenstellung einen besonders deutlichen Einblick in seine politischen Methoden gewährt. Durch den Einfluß des Boulangismus war Frankreich die Macht geworden, von der die größte Gefahr drohte, und sie war damals größer als in den 70er Jahren, da die Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses vorhanden war. Bismarcks Rückversicherungsvertrag mit Rußland reduzierte die Gefahr auf ein Minimum; er garantierte, soweit ein völkerrechtlicher Vertrag etwas garantieren kann, daß bei einem Angriff vonseiten Frankreichs Deutschland einen Einfrontenkrieg und keinen Zweifrontenkrieg zu führen hatte, und daß ein Koalitionskrieg vermieden würde.

Aber mit dem Dreibunde und dem russischen Neutralitätsvertrage war das politische System Bismarcks keineswegs erschöpft. Im Herbst 1887 bestand eine vollständige Koalition zur Erhaltung des Friedens, von der allein die beiden unruhigen Mitglieder der europäischen Staatenfamilie, Frankreich und Rußland, ausgeschlossen waren. Zugleich fesselte der Rückversicherungsvertrag Rußland soweit an Deutschland, daß er ein französisch-russisches Bündnis verhinderte. Im Orient hatte Österreich-Ungarn Verträge mit Serbien und Rumänien, die deren Regierungen um so mehr an die Zentralmächte banden, als die Oppositionsparteien in beiden Ländern russophil waren. Bulgarien war ein nicht verpflichteter, aber durch die Umstände natürlicher Bundesgenosse. So war die Isolierung Frankreichs bis zur Vollkommenheit durchgeführt. Für den Fall eines deutsch-französischen Krieges hatte England virtuell erklärt, daß es sich eines Einspruches gegen einen deutschen Durchmarsch durch Belgien enthalten würde. Aber nicht nur zu Lande, sondern auch zur See war Frankreich eingekreist. Im Mittelmeer flankierte England den Dreibund; Portugal gehörte seit alters zu der politischen Klientel Englands, und auch Spanien wurde wenigstens vorübergehend in den Kreis der Mittelmeerentente einbezogen[29]). Während des Septennatskampfes und bis in den Sommer 1887 stand die Päpstliche Kurie ebenfalls auf der Seite Bismarcks, indes verschlechterten sich die Beziehungen zwischen

Berlin und dem Vatikan, als im Juli Kardinal Rampolla Kardinalsekretär wurde. Erwähnenswert ist immerhin, daß Ende Dezember 1887 das Haager Zuidhollandsche Dagblad und andere holländische Blätter den Anschluß der Niederlande an den Dreibund befürworteten.

Das kunstvolle politische Deichsystem, das Bismarck allmählich aufgebaut hatte, übertraf alle seine früheren Kombinationen durch seinen komplexen Charakter, durch seine Ausbreitung über fast ganz Europa, die individuelle Art, wie die einzelnen Glieder des Friedensbundes, je nach ihren besonderen Interessen aneinander gefügt waren. Die Friedenskoalition war locker, aber wirksam; sie war rein defensiv und wurde hauptsächlich durch den Druck von außen zusammengehalten; aber der Zusammenhang aller Glieder war ein rein organischer, denn er entsprach den natürlichen Interessen eines jeden von ihnen. Überhaupt kennzeichnet es Bismarcks Politik, daß er immer die Verbindungen suchte und zu finden verstand, die ebenso seinem eigenen politischen Zwecke am besten entsprach, wie den Interessen der Staaten, die er heranzog. In der Reichstagssitzung vom 6. Februar 1888 sagte der Kanzler von den Verträgen, die Deutschland besaß: „Sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben", und betonte, „daß durch diese Verträge keiner von dem anderen abhängiger wird, als seine eigenen Interessen es vertragen." Das ist ein sehr charakteristisches Wort. Bismarck besaß eine außerordentliche Intuition in das innere Wesen der einzelnen Staaten und ihrer Regierungen, und man darf ohne Übertreibung sagen, daß er in so manchen Fällen ihre wahren Interessen schärfer erfaßt und richtiger beurteilt hat, als sie selbst. Indem er ihre Interessen richtig abzuschätzen verstand, suchte er die Verbindungspunkte zwischen seiner Politik und der der anderen Mächte an der Stelle, wo der Nerv ihrer eigenen Interessen reagierte; und mit der unvergleichlichen Kunst seiner Menschenbehandlung und Überredung erreichte er in vielen Fällen, daß die betreffenden Regierungen trotz anfänglichen Widerstrebens den Standpunkt einnahmen, den Bismarck wünschte. Dabei wußte er genau, daß dies nur im Rahmen der wirklichen eigenen Interessen des anderen Staates geschehen konnte; er mutete diesem daher

nicht mehr zu, als er bei einer verständigen Leitung seiner Politik hätte leisten können, schon aus dem Grunde, weil ein Zuviel später eine natürliche Reaktion hervorrufen konnte.

Nicht die geringste Mühe hat sich Bismarck in dieser Hinsicht mit England gegeben. Nach seiner Meinung fiel England die natürliche Funktion zu, sich einem Vordringen Rußlands im Orient in erster Linie zu widersetzen. Österreich, das sich in einer viel gefährlicheren Angriffsnähe befand, sollte sich zurückhalten, und zwar, wie er einmal gesagt hat, solange, bis die englischen Kanonen losgingen. Allein die „schwere englische Regierungsmaschine" war nicht leicht in Gang zu bringen. Die Entente zwischen Österreich und England, die nach der früheren englischen Orientpolitik geradezu prädestiniert war, wollte 1886 ebensowenig zustande kommen wie 1877. Sie wurde schließlich auf dem Umwege über Italien erreicht. Bismarck benutzte die Weigerung des Grafen Robilant, den alten Dreibundvertrag, so wie er war, zu erneuern, um England den Schutz der italienischen Mittelmeerinteressen aufzunötigen. In bezug auf diese Angelegenheit ist ein Gespräch von Interesse, das Bismarck am 1. Februar 1887 mit Sir Edward Malet führte. Eine Entente mit Italien für die Orientfrage leuchtete dem englischen Botschafter wohl ein, aber Italien verlangte einen Schutz seiner Mittelmeerinteressen nicht gegen Rußland, sondern gegen Frankreich. Bismarck entgegnete, seiner Meinung nach sei auch England verpflichtet, für die Erhaltung des Friedens einzutreten und müßte seinen Anteil an dieser Verpflichtung auf sich nehmen. Die politische Auffassung, die unter anderem Lord Randolph Churchill vertrat, daß England sich von der europäischen Politik völlig zurückziehen sollte, ließ Bismarck nicht gelten. Er betonte, Europa habe das Recht, Englands Mitwirkung zur Erhaltung des Gleichgewichtes der Mächte in Anspruch zu nehmen und setzte Sir Edward Malet auseinander, welche Folgen die Ablehnung seines Vorschlages haben würde. Falls England sich weigerte, seinen Anteil an der Gefahr und der Verantwortung zu übernehmen, der jeder einzigen europäischen Macht obliege, würden die interessierten Mächte genötigt sein, andere Kombinationen zu bilden. „Es würde z. B.", sagte der Reichskanzler, „nicht schwer für mich sein, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu befestigen, indem

ich den endlosen Forderungen wegen Ägyptens nachgäbe. Ich könnte ebensogut allen Gefahren vonseiten Rußlands aus dem Wege gehen, indem ich unser Bündnis mit Österreich auf den Buchstaben des Vertrages reduzierte und nur die Unverletzlichkeit des österreichisch-ungarischen Reiches garantierte und Rußland den Bosporus und die Dardanellen okkupieren ließe." Dies Argument schlug bei dem englischen Botschafter durch. Er erwiderte, jeder derartige Versuch Rußlands würde Krieg mit England bedeuten, und der Friede, dessen Erhaltung Bismarcks einziges Ziel zu sein schiene, würde durch eine solche Politik gewiß nicht gesichert sein. Der Kanzler aber antwortete mit einem Lächeln der Befriedigung, er habe nur von möglichen Kombinationen gesprochen und hoffe zuversichtlich, daß sie niemals notwendig werden würden[30]).

Es lag auf der Hand, daß Bismarck sich nicht selbst an die Spitze dieser europäischen Friedenskoalition stellen konnte, die doch wesentlich durch sein Zutun ins Leben gerufen war und von ihm dirigiert wurde. Es war, von deutschem Gesichtspunkt aus betrachtet, eine Koalition gegen zwei Fronten, und gegen jede Front war die Gruppierung eine andere. Rußland mußte anders behandelt werden als Frankreich. Eine schematisch gleichmäßige Koalition mit einem allgemeinen Bündnis hätte nur dazu geführt, Frankreich und Rußland zusammenzubringen und die Gefahr des Krieges wesentlich vergrößert. Eine Koalition gegen Rußlands Vorgehen im Orient zu bilden, war die natürliche Aufgabe Englands, Österreichs und Italiens. Bismarck hat dieser Entente der drei Mittelmeermächte wohl Geburtshilfe geleistet, aber er trat ihr nicht bei. Während sie die russische Kriegspartei in Schach hielt, stärkte er selbst der russischen Friedenspartei das Rückgrat, indem er dem Nachbarreich die Neutralität Deutschlands versprach, falls es angegriffen würde, und hielt es dadurch von einer Annäherung an Frankreich ab. „Kompliziert war es ja", hat Bismarck später einmal gesagt, „aber jede Politik ist schließlich kompliziert. Der selige Kaiser Wilhelm I. sagte mir zuweilen: Na, in ihrer Haut möchte ich auch nicht stecken. Sie kommen mir manchmal vor, wie der Reiter, der auf dem Pferde das Spiel mit den fünf Kugeln spielt, die er immer wieder auffängt[31])."

4.

In den letzten Jahren, die Bismarck im Amte war, wurde die auswärtige Politik von keiner großen europäischen Frage beherrscht. Das bulgarische Problem verschwand aus dem Vordergrunde der großen Politik, wo es seit zweieinhalb Jahren gestanden hatte. Rußland machte keinen weiteren diplomatischen Versuch, in die inneren bulgarischen Verhältnisse einzugreifen, oder die de facto bestehende Regierung zu stürzen[32]). Es hielt sich fortan passiv und beschränkte sich auf einen Protest, als Bulgarien im Jahre 1890 eine österreichische Anleihe erhielt[33]). Das Land konnte sich nun in verhältnismäßiger Ruhe im Inneren konsolidieren. Die Handelsabkommen, die Bulgarien im Jahre 1890 mit England, Österreich-Ungarn, Deutschland (nach Bismarcks Entlassung), Frankreich und der Schweiz schloß, gaben der Regierung des Prinzen Ferdinand eine Art von Anerkennung; dazu erzielte Stambulow eine Annäherung an die Türkei und gewann an ihr eine Stütze. Die förmliche Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien erfolgte erst nach dem Tode Alexanders III. Den Anlaß zur Versöhnung gab der Entschluß Prinz Ferdinands, seinen Sohn nach orthodoxem Ritus taufen zu lassen; durch diesen Akt hat er den Grund zu einer nationalen Dynastie in Bulgarien gelegt.

Infolge des russischen Rückzuges in der bulgarischen Frage trat eine politische Detente ein. Aber die Spannung hatte so lange gedauert, und sie war in so hohem Grade eine Spannung der öffentlichen Meinungen geworden, daß auch die Entspannung, die Beruhigung der chauvinistisch erhitzten Geister eine geraume Zeit in Anspruch nahm. Bei den in- und ausländischen Gegnern der Bismarckschen Politik herrscht eine gewisse Tendenz vor, diese Detente erst von seiner Entlassung ab zu datieren. Aber die diplomatische Spannung war, nach allem, was wir wissen, im Frühjahr 1888 behoben, und Hans Delbrück hat allem Anschein nach ganz richtig geurteilt, daß „die allgemeine Beunruhigung wirklich einigermaßen nachließ, so daß das Jahr 1888 im ganzen bei weitem nicht einen so kriegsdrohenden Anblick bot, wie das vorhergehende[34])." Alexander III. war entschlossen, Frieden zu halten. Um die russische Osterzeit 1888 empfing er den englischen Journalisten W. T. Stead und hatte

ein langes politiſche Geſpräch mit ihm. Dabei ſagte der Kaiſer: „Es wird keinen Krieg geben. Ich ſtehe für den Frieden ein (I will answer for peace). Wenn England, Rußland und Deutſchland zuſammenhalten, iſt der Weltfriede geſichert[35])."

Wenn im Jahre 1888 die ruſſiſche Politik abrüſtete, ſo trat im folgenden Jahre auch in Frankreich eine innere Beruhigung ein. Der Boulangismus verlor ſeine politiſche Bedeutung, ſeitdem ſein Führer ſich einer Strafverfolgung durch die Flucht ins Ausland entzogen hatte (3. April). Die Pariſer Weltausſtellung, die zur Jahrhundertfeier der großen Revolution ſtattfand (und deshalb von den monarchiſchen Regierungen boykottiert wurde), konnte an ſich dem Frieden nur förderlich ſein. Der Ausfall der Parlamentswahlen befeſtigte die Regierung; denn wenn die Monarchiſten und Boulangiſten einige Sitze gewannen, ſo verſtärkten ſich die gemäßigten Republikaner auf Koſten der Radikalen und der äußerſten Linken.

Auch zwiſchen Rußland und Öſterreich-Ungarn löſte ſich die Spannung, wenn das Verhältnis des Zarenreiches zu den beiden Nachbarreichen auch kühl blieb. Die Stimmung der öffentlichen Meinung war unverändert, und Rußland ſuchte ſich mehr und mehr auf ſich ſelbſt zurückzuziehen und eine Scheidewand zwiſchen ſich und Europa aufzurichten. Am 30. Mai 1889 brachte Alexander III. ſeinen bekannten Trinkſpruch auf den Fürſten von Montenegro aus, den er als den „einzigen aufrichtigen und treuen Freund Rußlands" feierte. Aber ſoweit dieſe Iſolierung Rußlands beſtand, war ſie zum guten Teil eine ſelbſt gewollte Iſolierung, und der Zar wünſchte nicht, daß die Welt von dem deutſchen Neutralitätsvertrage als einem bedeutenden Bindegliede zwiſchen der ruſſiſchen und der europäiſchen Politik erführe.

Faſt unmittelbar nach dem diplomatiſchen Abſchluß der bulgariſchen Frage ſah ſich Bismarck von neuem in einer kritiſchen Lage. Kaiſer Wilhelm war geſtorben, und die Gemahlin ſeines Nachfolgers nahm von neuem den Plan auf, ihre Tochter mit Alexander von Battenberg zu vermählen. Es ſchien, als ob, kaum daß der europäiſche Friede geſichert war, die Siſyphusarbeit darum von neuem beginnen ſollte. Bismarck griff dieſem gefährlichen Plane der Kaiſerin gegenüber

sofort zu den entschiedensten Mitteln. Am 4. April meldete die Kölnische Zeitung aus Wien, daß er sein Rücktrittsgesuch eingereicht hätte. Am nächsten Tage brachte das Blatt einen ausführlichen Bericht aus Berlin über den Battenberger Heiratsplan und legte dar, was für Folgen sich ergeben könnten, wenn der vom Zaren am meisten gehaßte persönliche Gegner der Schwiegersohn des Deutschen Kaisers würde. Dieser Roman in der hohen Politik war natürlich ein willkommener Stoff für die internationale Presse. Wenn Bismarck diese seinerseits in Bewegung setzte, so geschah es offenbar, um vor der breitesten Öffentlichkeit seine entschiedenste Opposition gegen den Plan zu bekunden und sich die volle Unterstützung der deutschen öffentlichen Meinung zu sichern, so weit diese für seine Politik eintrat. Daß er sofort mit seinem Rücktritt drohte und diese Tatsache bekannt werden ließ, läßt schließen, für wie gefährlich er die Lage hielt. Kaiser Friedrich war selbst gegen die Heirat, in der er eine Mesalliance erblickte. Die Kaiserin wollte, wo es sich um das Lebensglück ihres Kindes handelte, politische Gründe nicht gelten lassen. Die Entscheidung in dem Kampfe, der fast einen Monat dauerte, brachte der Besuch der Königin von England in Charlottenburg (24. bis 26. April). Bismarck benutzte die Situation, suchte eine Audienz nach und überzeugte die Königin Viktoria, daß die Heirat aus Gründen der Staatsraison unmöglich wäre. Als die Kaiserin Friedrich sah, daß ihre eigene Mutter gegen den Plan war, gab sie nach[36]).

Es gewährt immer neues Interesse, zu sehen, wie Bismarck schwieriger Situationen Herr wurde, und wie er im persönlichen Verkehr Vorurteile gegen seine Person zu entkräften und Vertrauen einzuflößen verstand. Das Verhältnis, das zwischen der Kaiserin Friedrich und ihm bestand, machte ihn bei der Königin von England nicht zu einer persona grata, und im englischen Kabinett war man wegen des Besuchs der Königin in Charlottenburg nicht ohne Sorgen. Aber Bismarck wußte sie für sich zu gewinnen und Fürst Hohenlohe notierte: Die Königin und der Reichskanzler waren beide von einander enchantiert. Die Königin sprach nach ihrer Rückkehr mit Wärme von Bismarck, und lobte seine guten Formen und seine sanfte Stimme[37]).

Kapitel 11.

Bismarcks Festlandspolitik. Dreibund und Rückversicherungsvertrag.

1.

Bismarcks Politik der Bündnisse, Verträge und Freundschaften diente durchweg dem Hauptzweck, sein Lebenswerk, die politische Einigung Deutschlands zu erhalten, und als stärkste Bürgschaft dafür, den europäischen Frieden zu bewahren. Um das zu erreichen, ist er, den Umständen gemäß, verschiedene Wege gegangen. Das wirksamste Mittel dieser seiner Politik war, die am meisten zum Kriege neigende Macht zu isolieren, zuerst Frankreich, 1879 Rußland und später Frankreich und Rußland zugleich. Vor allem galt es, dem Zaren und zumal seiner Umgebung die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand zu winden. Das gelang 1877 durch die Isolierung Rußlands und 1886/87 durch den Neutralitätsvertrag mit Rußland. Der Erfolg war, daß Bismarck in der Boulanger-Krisis im Falle eines französischen Angriffskrieges wenigstens auf eine Isolierung des militärischen Duells zwischen Deutschland und Frankreich rechnen durfte, wenn auch vielleicht nicht auf eine isolierte Friedensschließung. Aber das wesentliche war, daß ein deutsch-französischer Krieg selbst lokalisiert bliebe und der Zweifrontenkrieg vermieden würde.

Bismarck hat wiederholt von der Kürze moderner Kriege gesprochen, aber er machte stets eine Ausnahme, so oft er von der Möglichkeit eines Krieges mit Rußland sprach. Er hat des öfteren betont, daß Deutschland bei einem Kriege mit Rußland absolut nichts zu gewinnen hätte, und hat es als eine Aufgabe der deutschen Diplomatie bezeichnet, die „unvernünftigen und gefährlichen Gründe" für einen Krieg mit dem Zarenreich aus der Welt zu schaffen. Ein Krieg mit Rußland müßte sofort auch den deutsch-französischen Krieg herbeiführen, während umgekehrt ein deutsch-französischer Krieg nicht notwendig den deutsch-russischen im Gefolge haben würde.

Da Bismarck keine Möglichkeiten unerwogen ließ, so hat er natürlich auch mit der Möglichkeit eines russischen Krieges gerechnet und ebenso mit der eines russischen Zusammenbruches

im Innern. Seinem Hausarzt, der russische Papiere besaß, sagte er im Januar 1884 „mit großer Lebhaftigkeit" „Verkaufen Sie doch, Rußland bricht über kurz oder lang doch zusammen"[1]). Eine ähnliche Äußerung zu dem badischen Minister von Roggenbach, daß der „große Kladderadatsch" in Rußland schließlich doch kommen müsse, ist vor einiger Zeit von Professor von Haller mitgeteilt worden[2]).

2.

Für Bismarck galt es, den Eintritt einer politischen Lage zu verhindern, die die Entstehung eines Zweifrontenkrieges, eines Koalitionskrieges begünstigt hätte, und das war nach seiner Überzeugung möglich, jedoch allein durch diplomatische Mittel. Von der alten preußisch-russischen Freundschaft, die Bismarck gepflegt hatte, so lange und so weit es möglich war, war nicht viel übrig geblieben. Aber es bestand zwischen ihm und dem Minister Miliutin ein beträchtliches Maß reeller politischer Interessengemeinschaft. Während der bulgarischen Krisis hatte Bismarck den Zweifrontenkrieg allein durch diplomatische Mittel verhindert, und er war der Überzeugung, daß dies auch in Zukunft gelingen mußte. Als er Caprivis Heeresvorlage von 1892 in der Presse bekämpfte, ließ er die Hamburger Nachrichten erklären, militärisch brauche Deutschland nur einer Großmacht ebenbürtig zu sein. „Die Verhinderung der Koalition gegen uns und die Bildung des Gegenbundes ist Sache der Diplomatie; sie ist der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten unter sehr schwierigen Stimmungen und Situationen gelungen, und früher dem schwächeren Preußen; sie hängt eben von richtiger und geschickter Politik ab[3])."

Das Mittel, den Zweifrontenkrieg zu verhindern, war für Bismarck der Rückversicherungsvertrag. Dieser Vertrag, der nach dem Urteil eines Franzosen die Einfachheit einer genialen Erfindung besaß[4]), verhinderte das russisch-französische Bündnis. Es ist somit klar, weshalb Bismarck nicht das ganze Gewicht seiner Politik auf den Dreibund allein stützte. Ferner machte der Vertrag Bismarcks Politik von Wien unabhängiger, und durch die Möglichkeit, weiterhin zwischen dem Ballplatz und Petersburg zu vermitteln, bot er ihm weiteren Spielraum und größere Bewegungsfähigkeit. So war der Neutralitätsvertrag mit

Rußland einer der Hauptpfeiler, auf dem Bismarcks Politik ruhte.

Deutschland stand im Jahre 1887 mit seinen Nachbarn in einem dreifachen Vertragsverhältnis, mit Rußland hatte es den Rückversicherungsvertrag geschlossen, 1887 den neuen Dreibundvertrag und 1879 das österreichische Bündnis. Der Neutralitätsvertrag der Dreikaisermächte, das sogenannte Dreikaiserbündnis, hat von 1881 bis 87 neben dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879, und seit 1882 neben den Dreibundverträgen bestanden. Schon rein juristisch wird der Neutralitätsvertrag von 1881 also so abgefaßt worden sein, daß er zu dem deutsch-österreichischen Bündnis nicht in Widerspruch stand, und ebenso werden die Verträge mit Italien von 1882 dem Neutralitätsvertrage mit Rußland angepaßt worden sein. Über den neuen Dreibundsvertrag von 1887 und den Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der formell eine Erneuerung des früheren Neutralitätsvertrages ohne Österreich war, hat Bismarck, wenn nicht gleichzeitig, so doch bald hintereinander verhandelt; und schon hieraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß auch diese beiden Verträge so gestaltet gewesen sein müssen, daß sie sowohl juristisch wie politisch zueinander paßten und einander ergänzten. Davon, daß der Rückversicherungsvertrag, was die Verpflichtungen Deutschlands betraf, in Widerspruch zu dem Dreibundvertrage gestanden hätte, kann ernstlich gar keine Rede sein.

Von dem deutsch-russischen Vertrage ist seinem Text nach gar nichts bekannt. Dagegen hat sich in den letzten Jahren unsere Kenntnis von dem Dreibundvertrage vermehrt, obwohl sie noch durchaus nicht erschöpfend ist. Im Jahre 1913 veröffentlichte Heinrich Friedjung auf Grund persönlicher Mitteilung des Fürsten Bülow und des Grafen Ahrental die bisher unbekannten Tatsachen, daß 1887 zum ersten Mal ein einziger Dreibundvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossen, und daß eine österreichisch-italienische Abmachung über den Balkan in diesen Vertrag aufgenommen wurde[5]). Sodann sind während des Krieges die vier Artikel I, III, IV und VII in den österreichischen Rotbüchern vom 25. Mai und 12. Juli 1915 veröffentlicht worden[6]).

Aus den Memoiren Crispis ist zu ersehen, daß die Fassung des neuen Vertrages nach vielen Vorschlägen und Gegenvor-

schlägen zustande gekommen ist[7]). Der sorgfältig stilisierte Artikel I lautet:

„Die hohen Vertragschließenden versprechen einander Frieden und Freundschaft und werden in kein Bündnis oder Vertragsverhältnis eintreten, das gegen einen ihrer Staaten gerichtet ist. Sie verpflichten sich, über politische und wirtschaftliche Fragen allgemeiner Natur, die auftauchen könnten, in Gedankenaustausch zu treten und versprechen einander außerdem ihre wechselseitige Unterstützung innerhalb des Rahmens ihrer eigenen Interessen."

Nichts von derartigen Bestimmungen findet sich in dem deutsch-österreichischen Vertrage von 1879, und man möchte annehmen, daß dieser Artikel den Niederschlag einer Auseinandersetzung mit italienischen Wünschen darstellt; die genaue Abwägung des Ausdruckes ist augenfällig. Auf italienische Wünsche weisen namentlich die Bestimmungen über den Gedankenaustausch hin, der bei neu auftauchenden wirtschaftlichen und politischen Fragen eintreten sollte, und die wechselseitige Unterstützung in Fragen, die außerhalb des Bündnisvertrages ständen. Der vereinbarte Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen erinnert daran, daß die Ablehnung des neuen italienisch-französischen Schifffahrtsvertrages in der französischen Kammer (13. Juli 1886) und die Kündigung des italienisch-französischen Handelsvertrages durch die italienische Regierung (Dezember 1886) Italien vor schwierige Wirtschaftsprobleme stellten. Nun war Bismarck schon dagegen gewesen, das Bündnis mit Österreich-Ungarn mit wirtschaftlichen Fragen zu belasten, und hatte Versuche, die unter dem Druck der ungarischen und galizischen Agrarier verschiedentlich gemacht worden waren, Widerstand geleistet[8]). Wenn also Artikel I des Dreibundvertrages zu einem Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen verpflichtete, so hat Graf Robilant damit für Italien nicht mehr erreicht als das Recht zur Anregung eines solchen Gedankenaustausches, der sich die Verbündeten nicht entziehen durften. Das Ergebnis war im Grunde recht dürftig. Nicht anders stand es mit der Bestimmung über die gegenseitige Unterstützung in Fragen, die außerhalb der Grenzen des Bündniszieles lagen. An sich erscheint es als eine politische Contradictio in adjecto, daß sich ein Staat

in einem Vertrage zu größeren Leistungen verpflichten sollte, als der Vertrag selbst festsetzt; und die Bestimmung wird denn auch sofort durch den Zusatz wieder nahezu aufgehoben, daß diese Unterstützung nur geleistet werden solle, sofern sie im Rahmen der eigenen Interessen des Staates liegt, dem die über die Vertragsbestimmung hinausgehende Leistung zugemutet wird. Mit anderen Worten: Italien erwarb das Vertragsrecht, Deutschland und Österreich-Ungarn um eine Unterstützung zu bitten, die über die Bundespflicht hinausging, aber Deutschland und Österreich-Ungarn hatten ihrerseits das Vertragsrecht, die Bitte abzulehnen, wenn jene Unterstützung nicht in ihrem Interesse lag. Deutschland und Österreich hatten selbst darüber zu entscheiden, wo ihre Unterstützung Italiens die Grenze erreichte, jenseits deren die eigenen Interessen sie nicht mehr gestatteten. Wenn Graf Robilants Wünsche die Erklärung zu der etwas auffälligen Formulierung des Artikels I gebildet haben, so hat seine Diplomatie hier tatsächlich wenig Erfolg gehabt. Zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn waren diese Bestimmungen nicht notwendig, weil die Beziehungen zwischen ihren Regierungen vertrauensvoll genug waren, daß ein derartiger Meinungsaustausch auch ohne einen Bündnisparagraphen etwas nahezu Selbstverständliches war[9]). Dafür fehlte in dem deutsch-österreichischen Vertrage von 1879 auch ein Satz, der sich augenscheinlich nur auf Italien bezog, immerhin für das Land etwas demütigend war; er verbot nämlich mit ausdrücklichen Worten den Eintritt in ein Bündnis oder Vertragsverhältnis, das gegen einen der vertragschließenden Staaten gerichtet wäre. Diese Bestimmung hinderte anderseits nicht den Abschluß des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages.

Der Bündnisfall wird in den Artikeln III und IV folgendermaßen definiert:

> Artikel III. „Wenn einer oder zwei der hohen Vertragschließenden, ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite, von zwei oder mehreren Großmächten, die diesen Vertrag nicht unterschrieben haben, angegriffen würden und sich in einem Krieg mit ihnen verwickelt fänden, so würde sich der casus foederis für alle hohen Vertragschließenden gleichzeitig ergeben."
>
> Artikel IV. „In dem Falle, daß eine Großmacht, die diesen Vertrag nicht unterschrieben hat, die staatliche Sicher-

heit eines der hohen Vertragschließenden bedrohen würde und der bedrohte Teil sich dadurch genötigt sähe, ihr den Krieg zu erklären, verpflichten sich die beiden anderen gegenüber ihren Bundesgenossen wohlwollende Neutralität zu beobachten. Jeder behält sich in diesem Falle das Recht vor, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, und mit seinem Bundesgenossen gemeinsame Sache zu machen."

Vergleichen wir diesen Artikel mit dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879, das auch neben dem Dreibundvertrage in Kraft blieb. Es werden in diesem Vertrage drei Fälle unterschieden. 1. Ist Rußland der Angreifer, so sind Deutschland und Österreich verpflichtet, einander mit ihrer gesamten Kriegsmacht beizustehen und den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. 2. Greift etwa Frankreich Deutschland an, so soll Österreich-Ungarn mindestens eine wohlwollende Neutralität beobachten. 3. Wird Frankreich von Rußland durch eine aktive Kooperation oder durch Deutschland bedrohende militärische Maßregeln unterstützt, so tritt für Österreich der Bündnisfall ein. Wenn also nach dem Dreibundvertrage von 1887 der casus foederis nur eintrat, wenn eine Bundesmacht von zwei und mehr Großstaaten angegriffen wurde, so galt er für Deutschland oder Österreich nach wie vor schon bei einem Angriffe von Rußland allein.

Der Dreibundvertrag sieht noch zwei andere Fälle vor. Es wird ganz deutlich unterschieden, ob einer der Verbündeten angegriffen wird oder ob er sich selbst genötigt sieht, einer anderen Macht, von der er sich bedroht glaubt, den Krieg zu erklären. Hatte einer der Verbündeten einen Angriff herausgefordert, oder erklärte er infolge einer Bedrohung durch eine andere Macht dieser den Krieg, so konnte er von den beiden anderen keine militärische Unterstützung, sondern nur die wohlwollende Neutralität verlangen. Hätte Österreich Rußland den Krieg erklärt, wenn dies in Bulgarien einmarschiert wäre, so wäre also Deutschland nur zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet gewesen. Man versteht hiernach vollständig, daß Bismarck im Herbst 1887 sowohl Kalnoky und Crispi als auch dem Kaiser Alexander III. erklären konnte, daß ein Krieg wegen Bulgariens für Deutschland keinen Bündnisfall bilde.

Ein deutscher Staatsrechtslehrer hat den aus dem Dreibundvertrage abzuleitenden Bündnisfall mit rein juristischen Argumenten dahin zu definieren gesucht, daß die herausgeforderte Kriegseröffnung, der herausgeforderte militärische Angriff im Sinne des Vertrages, eine Verteidigung gewesen sein würde[10]). Aber der Wortlaut des Artikels IV widerlegt diese Auffassung. Wir besitzen obendrein das eigene Urteil Bismarcks, der den Vertrag geschlossen hatte. In einem Artikel der Hamburger Nachrichten vom 13. Juni 1890 heißt es: „Die Allianz ist durchaus geeignet, den durch den Berliner Vertrag geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren. Die Fähigkeit hierzu gewinnt sie namentlich auch durch ihre Beschränkung, daß der casus förderis Rußland gegenüber nur dann eintritt, sobald letzteres einen der beiden Kontrahenten, *also dessen Territorium*, angreift, oder wenn Rußland, im Falle einer der Kontrahenten von anderer Seite angegriffen wird, den Angreifer unterstützen sollte[11])." Ganz ähnlich schreiben die Hamburger Nachrichten vom 15. Januar 1893: „Der Bündnisfall ist rechtlich auf die Eventualität eines russischen Angriffskrieges *auf Bundesgebiet* beschränkt worden[12])." Der klare Beweis dafür, daß Bismarck durch eine herausgeforderte Kriegserklärung Österreichs den Bündnisfall für Deutschland nicht als gegeben ansah, ergibt sich daraus, daß er sich im Rückversicherungsvertrage Rußland gegenüber zur wohlwollenden Neutralität verpflichtete, falls Österreich diesem den Krieg erklärte. Es ist also außer jedem Zweifel, wie Bismarck die Bündnispflicht Deutschlands auch vom juristischen Standpunkt ansah. Ein, wenn auch herausgeforderter Angriffskrieg Österreich-Ungarns begründete den Bündnisfall für Deutschland nicht. Wenn Österreich-Ungarn einen Angriffskrieg Rußlands provozierte, so konnte eine solche Herausforderung nicht in einem einzigen Akte liegen; denn eine diplomatische Verwicklung, die sich schließlich in einem Kriege entlädt, macht vorher eine ganze Reihe von Entwicklungsphasen durch. Ob ein bestimmter Schritt der Wiener Diplomatie als Herausforderung oder auch nur als Keim einer solchen zu betrachten war, war keine juristische, sondern eine eminent politische Frage. Die Entscheidung darüber, die die deutsche Politik selbst so nahe berührte, behielt sich Bismarck natürlich selbst vor; und so mußte er schon in dem Anfangs-

stadium einer Krisis in die Lage kommen, sein altes Geschäft der Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wieder aufzunehmen.

Vergegenwärtigen wir uns die Lage, in der Bismarck ungefähr zur gleichen Zeit über die Erneuerung des Dreibundes und über die des russischen Neutralitätsvertrages verhandelt hat. In Österreich-Ungarn drängte die politische Partei, die die Erneuerung des Dreikaiserbundes unmöglich gemacht hatte, die Wiener Politik in eine Richtung, die zu einem Krieg mit Rußland führen konnte. Eben diese Entwickelung suchte Bismarck zu verhindern, indem er sich selbst die Entscheidung darüber vorbehielt, ob von seiten Österreichs eine direkte Herausforderung stattgefunden hätte, die in einem etwaigen Kriege mit Rußland den Bündnisfall für Deutschland ausgeschlossen hätte. Der Kanzler war entschlossen, um Bulgariens willen keinen Krieg zu führen und gewann dadurch einen mäßigenden Einfluß auf die Haltung des Wiener Kabinetts; denn, wie die Dinge lagen, war nicht anzunehmen, daß ein vorsichtiger Staatsmann, wie Kalnoky Schritte tun würde, die den Krieg herbeiführen konnten, ohne sich mit Bismarck verständigt zu haben. Wie die Hamburger Nachrichten vom 7. November 1896 schrieben, würde Österreich sich schwerlich jemals auf einen unprovozierten Angriff auf Rußland einlassen, „ohne seine Absichten vorher mit der deutschen Reichsregierung zu besprechen. Aus solcher Besprechung würde auch für beide Teile Klarheit darüber gewonnen sein, ob ein beabsichtigtes kriegerisches Unternehmen ein provoziertes sei oder nicht. Beilegung und Verhütung österreichischer und russischer Verstimmungen hat die deutsche Politik früher jederzeit als ihre Aufgabe angesehen[18])."

3.

Die erste Andeutung über den Rückversicherungsvertrag geschah bereits in einem Artikel der Hamburger Nachrichten vom 24. Januar 1892, der trotz der Schärfe, mit der Bismarck seinen prinzipiellen Standpunkt darlegen ließ, auffallenderweise keine Beachtung gefunden hat. In dem Artikel heißt es: „Der Vertrag von 1879 bezog sich Rußland gegenüber lediglich auf dessen etwaigen Angriff gegen die Verbündeten. Es

wurde dementsprechend von deutscher Seite in Wien stets die Auffassung vertreten, daß das Bündnis nur die österreichisch-ungarische Monarchie decke, nicht auch deren Orientpolitik gegen Rußland; für diese war seitens Deutschlands Österreich immer geraten worden, Schutz durch Sonderabkommen mit gleich interessierten Staaten, wie Italien und England zu suchen. Auf dem Boden dieser vertragsmäßigen Auffassung war Deutschland in der Lage, sich stets mit Rußland zu verständigen und dadurch erfolgreich auf Österreich einzuwirken, falls dieses Neigung zeigen sollte, seiner Orientpolitik eine unerwünschte Richtung zu geben. Diese vorteilhafte Lage, deren Aufrechterhaltung an das diplomatische Geschick allerdings erhebliche Forderungen stellte, wurde später für zu kompliziert gehalten; zugleich führten persönliche Verstimmungen zur Preisgabe der guten Petersburger Beziehungen und dafür zur russisch-französischen Annäherung. Die Situation, in welche Deutschland hierdurch geraten ist, kann nicht als eine günstige angesehen werden. Lag es früher in Deutschlands Hand, sich jederzeit mit Rußland zu verständigen, und zwar, wie wir annehmen müssen, auf Grund bestimmter, jetzt nicht mehr vorhandener Abmachungen, die neben dem Vertrag mit Österreich bestanden, so ist infolge der zwischen Deutschland und Rußland eingetretenen Entfremdung jetzt Österreich in die Möglichkeit versetzt, eventuell auf Deutschland Pression zu üben, indem es sich nach Petersburg wendet, was ebenfalls geschehen kann, ohne den Vertrag mit Deutschland zu brechen." Nach einem Hinweis auf Reichstadt heißt es in dem Artikel weiter: „Einstweilen mag die Gefahr, daß Österreich über Deutschlands Kopf hinweg Verständigung mit Rußland sucht, nicht groß erscheinen; aber es fragt sich, ob die jetzige Lage dauernd aufrecht zu erhalten ist, ohne daß Deutschland die Orientpolitik Österreichs unterstützt und damit den Interessen des Friedens wie seinen eigenen Interessen entgegen handelt. Wenn nicht alles täuscht, so liegen schon jetzt Anzeichen dafür vor, daß die Haltung der deutschen Politik nicht mehr die völlig neutrale in den orientalischen Dingen ist, die sie früher zum Vorteile Deutschlands war. Auf diesem Wege aber würde Deutschland allmählich in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich geraten, das seiner Machtstellung und seiner nationalen

Würde wenig angemessen wäre: es würde schließlich Gut und Blut für die Wiener Balkanpolitik riskieren und außerdem noch auf dem Wege der Handelsverträge Tribut zahlen müssen...[14])"

Erst zwei Jahre nach dem Tode Alexanders III., im Oktober 1896, kam Bismarck wieder auf den Rückversicherungsvertrag zurück. Er warf damals der Politik des Neuen Kurses vor, daß sie das russisch-französische Bündnis direkt herbeigeführt habe, indem sie den russischen Antrag auf Erneuerung des Neutralitätsvertrages ablehnte. Am ausführlichsten wird die sachliche Seite der Frage in einem Artikel Hofmanns in der Wiener Neuen Freien Presse behandelt. „Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag bestand nicht nur auf Grund mündlicher Vereinbarungen, sondern hatte schriftliche Form. Er ist von den beiden verantwortlichen Staatsmännern im Namen ihrer Monarchen vollzogen worden. Eine Mitteilung des Vertrages an die übrigen Mächte ist nicht erfolgt, weil er auf russischen Wunsch geheim gehalten werden sollte. Der Vertrag ist, wie folgt, entstanden. Das alte Dreikaiserbündnis zwischen Deutschland, Österreich und Rußland hat bis 1887 bestanden, ist aber dann nicht erneuert worden, weil Rußland Österreich nicht mehr recht traute. Es hatte damals eine starke Beunruhigung stattgefunden. Unter anderem hatte Graf Andrássy in Ungarn allerhand wilde Reden gehalten, durch die man in Rußland bedenklich geworden war. Infolgedessen zog man in Petersburg vor, die Friedensversicherung mit Deutschland allein abzuschließen. Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag ging nicht so weit, wie das deutsch-österreichische Bündnis, das ein aktives militärisches Eingreifen des einen Kontrahenten fordert, sobald der andere von Rußland angegriffen wird, aber er enthielt doch die Verpflichtung zur wohlwollenden Neutralität für jede der beteiligten Mächte, sobald die andere von einer dritten Macht, beispielsweise also Deutschland von Frankreich, oder Rußland von Österreich angegriffen würde. Der Vertrag war eine Umkehrung des deutsch-österreichischen insofern, als, wenn Österreich *in seinem Gebiet* von Rußland angegriffen worden wäre, Deutschland ihm zu Hilfe kommen und mit gegen Rußland hätte fechten müssen; während wenn umgekehrt Österreich der angreifende Teil war, Deutschland zur Aufrechterhaltung der vertragsmäßigen wohlwollenden Neutralität gegen Rußland

verpflichtet gewesen wäre. Es war dies der viel erwähnte „zweite (russische) Strang“ auf dem deutschen Bogen. Er brachte Deutschland in die Lage, nach der österreichischen wie nach der russischen Seite hin Deckung in Gestalt einer Zwickmühle zu haben, die es beliebig ganz nach *seinem* Bedürfnis nach der einen oder der anderen Seite hin auf- und zuziehen konnte, und die ihm außerdem völligste Sicherheit Frankreich gegenüber gewährte[15]).“

Dieser letzte sehr wichtigte Gesichtspunkt wird in einem andern Artikel Hofmanns in der Neuen Freien Presse entwickelt: „Der Zweck (des Rückversicherungsvertrages) bestand in nichts anderem, als in der verstärkten Sicherung Deutschlands gegen die Eventualität, daß Frankreich, wenn es zur Verwirklichung seiner Revancheideen einen neuen Krieg mit Deutschland begänne, die Unterstützung Rußlands finden könne. Österreich-Ungarn war laut Artikel II des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages für den Fall, daß Rußland Deutschland angriffe oder in Form einer aktiven Kooperation mit einer dritten Macht Partei gegen Deutschland nahm oder militärische Maßnahmen traf, die Deutschland bedrohten, verpflichtet, letzterem mit seiner gesamten Kriegsmacht beizustehen; aber es lag sowohl im Interesse Deutschlands, wie im Interesse Österreichs und des Friedens, dem das Bündnis dienen sollte, daß diese Eventualität vermieden blieb. Dies wurde erreicht durch den Abschluß des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages. Dieser hatte für Deutschland besonders den Zweck, das Zarenreich zu verhindern, seine Armee in den Dienst der französischen Revanchegelüste zu stellen[16]); er wollte dadurch die Gefahr eines europäischen Koalitionskrieges vermindern.

Es ist viel darüber gestritten worden, ob man in Wien und Rom von der Existenz des deutsch-russischen Vertrages gewußt habe. Nach verschiedenen Äußerungen der von Bismarck inspirierten Presse kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen. Allerdings kam, da Alexander III., ebenso wie später bei dem Bündnisvertrage mit Frankreich[17]), die Geheimhaltung verlangte, eine offizielle oder offiziöse Mitteilung nicht in Frage.

Jedoch hieß es in den Hamburger Nachrichten vom 1. November 1896: „Unseren Bundesgenossen war die Rückversicherung nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht; im Gegenteil,

man hat mit Befriedigung gesehen, daß Deutschland die Beziehungen, die es mit Petersburg unterhielt, jederzeit benutzte, um Verstimmungen zwischen beiden benachbarten Kaiserreichen zu verhüten, resp. beizulegen. Unsere Bundesgenossen werden zwar das Vertrauen gehabt haben, daß der Dreibund einen Krieg nach zwei Seiten werde bestehen können, aber im Interesse des Friedens wird es ihnen doch lieber sein, wenn ein Krieg, der von allen kontinentalen Mächten die ungeheuerlichsten Opfer an Blut, Geld und Vermögen fordern würde, überhaupt vermieden werden kann. Dächten die beteiligten Regierungen anders, so würden sie schon unter Kaiser Wilhelm I. die russischen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist dies niemals der Fall gewesen, obschon ihnen die Pflege der politischen Beziehungen zu Rußland, wie sie von Berlin aus trotz aller Rüstungen und Börsenmaßregeln niemals unterblieben ist, und selbst die jetzt verschrieenen Abkommen nicht fremd waren[18])."

Bismarcks Enthüllungen vom Oktober 1896 führten zu einer Interpellation im Reichstage; sie kam am 16. November zur Verhandlung, und Freiherr von Marschall-Bieberstein hatte die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages zu verteidigen. Es lag in der Natur der Dinge, daß seine Beantwortung der Interpellation nicht glücklich sein konnte. Er konnte nicht leugnen, daß der Vertrag existiert, und daß er in keinem Widerspruch zu dem Dreibundvertrage gestanden hatte; er konnte weder die Politik Bismarcks verdammen, der den Vertrag geschlossen hatte, noch die Caprivis, der ihn nicht erneuert hatte. Bismarck gegenüber gab sich Marschall, während er dem Publikum Sand in die Augen streute, die stärkste Blöße, als er folgenden Grund für die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages ausführte: „Wenn die Enthüllungen richtig sind, dann konnten wir in die Lage kommen, daß wenn ein Konflikt ausbrach zwischen unseren beiden östlichen Verbündeten, in dem beide die Rolle des Angreifers sich zuschoben, die von der einen Seite angegangen wurden um wohlwollende Neutralität, von der anderen um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht. Wir mußten dann die Frage entscheiden: wer ist der Angreifer, wer ist der Angegriffene? und mußten für den einen gegen den anderen optieren..."

Es konnte dem Staatssekretär des Auswärtigen unmöglich unbekannt sein, daß genau dasselbe Problem in dem Dreibundvertrage von 1887 enthalten war und für die deutsche Politik noch galt; daß also auch hiernach Deutschland die Entscheidung zu treffen hatte, ob ein Angriff ohne Herausforderung stattgefunden hätte, und ob der Bündnisfall eintrat oder nur die wohlwollende Neutralität zu bewahren war. Zudem verfälschte der rein juristische Standpunkt, von dem Freiherr von Marschall die Frage behandelte, das ganze Problem. Die Entscheidung über den Bündnisfall war eine überwiegend politische Frage, um so mehr als Kaiser Alexander III. und Giers auf Grund ihrer Kenntnis des deutsch-österreichischen und des deutsch-russischen Vertrages die Situation völlig zu übersehen in der Lage waren; der Rückversicherungsvertrag bildete eben den Hebel, der Streitfälle auf den Weg der diplomatischen Lösung führen sollte.

In seinen späteren Jahren mochte Freiherr von Marschall von der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages nicht sprechen hören, und er konnte unwirsch werden, wenn die Rede darauf gebracht wurde.

4.

Hat nun der Rückversicherungsvertrag lediglich in dem Neutralitätsabkommen bestanden? Hat Bismarck Rußland nicht mehr geboten, als das Versprechen deutscher Neutralität bei einem Angriff auf Rußland? In diesem Falle hätte man den Eindruck, daß, wie die europäische Lage im Frühjahr 1887 war, die deutsche Neutralitätszusage keine ganz vollwertige Gegenleistung gegen die russische gewesen wäre. Die deutsche Neutralität wat nur bei einem Angriff Englands oder Österreichs von Bedeutung. Nun hatte der Dreibundvertrag, so wie Bismarck ihn auffaßte und anwandte, von selbst folgende Wirkung: wenn Österreich bei einem Vorgehen, durch das Rußland sich provoziert fühlen konnte, nicht auf den militärischen Beistand Deutschlands zu rechnen hatte, mußte es sich einer unternehmenden Politik am Balkan enthalten. Somit konnte für Rußland eine Ausdehnung des österreichischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel über die Grenzen des status quo nahezu als ausgeschlossen gelten.

Demgemäß war die Uninteressiertheit Deutschlands im Orient eine wichtige Voraussetzung des Rückversicherungsvertrages. Diesen Grundsatz des Desinteressements hatte Bismarck, ehe noch der Dreibund geschlossen war, schon bei dem Beginn der orientalischen Verwickelung im Jahre 1876 im Reichstag mit den Worten proklamiert, daß die orientalische Frage nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert sei; er hat ihn bis zum Ende seiner Amtszeit diplomatisch und nach seiner Entlassung publizistisch vertreten.

Ende 1875 wollte der Kanzler die Orientfrage in dem damaligen Stadium ihrer Entwicklung in der Weise lösen, daß er Rußland Beßarabien, Österreich Bosnien und England eine maßgebende Stellung in Ägypten zudachte. Wie er sich die Entwicklung dann nach dem russisch-türkischen Kriege dachte, der das Problem fast bis zur Einnahme Konstantinopels durch die Russen geführt hatte, erhellt aus seinen Worten zu Lord Odo Russell (1880), Europa werde keinen dauernden Frieden haben, bis die Orientfrage gelöst sei; und nach seiner Meinung werde Konstantinopel schließlich doch in die Hände Rußlands fallen[19]). In der bereits erwähnten Denkschrift vom Herbst 1879, die während der Bündnisverhandlungen mit Wien entstand, schrieb Bismarck: Selbst wenn Rußland sich Konstantinopels bemächtigte, so würde Deutschland das ertragen können; denn politisch würden die Vorteile und Nachteile einer solchen Veränderung sich für uns vielleicht aufwiegen[20]). Im Herbst 1887 und 1889 sagte er dann zu Crispi, der Besitz Konstantinopels würde seiner Meinung nach Rußland schwächen[21]). Seitdem im Jahre 1885 die freiwillige Flotte im Schwarzen Meer begründet war, tauchte die Möglichkeit eines russischen Handstreiches auf Konstantinopel zur See auf. Bismarck faßte die Möglichkeit ins Auge, daß Rußland, „wenn die europäischen Verhältnisse es ihm gestatten würden, eines schönen Tages dreißigtausend oder fünfzigtausend Mann am Bosporus landen und dann in aller Ruhe abwarten würde, ob sich eine europäische Großmacht fände, die den Kampf aufnähme oder die sich lieber auf Arrangements einließe[22])."

Schon im Herbst 1886 hatte der Kanzler diese letzten Wünsche Rußlands und ihre anscheinende Erfüllbarkeit so sehr in seine Rechnung eingestellt, daß er einer radikalen Lösung der Orientfrage zuneigte und eine Demarkationslinie zwischen einer öster-

reichischen und russischen Einflußsphäre auf der Balkanhalbinsel anregte. Und noch Ende 1889 hat Bismarck dem Kaiser von Österreich geraten, in dem wahrscheinlichen Falle, daß Rußland sich am Eingang der Dardanellen festsetzte und sich dort befestigte, sich ruhig zu verhalten; denn dann würden England und auch Frankreich ihre Interessen für verletzt und bedroht halten, und Österreich würde natürliche Bundesgenossen haben[23]).

Die Besetzung Konstantinopels und der Meerengen durch die Russen war keine aktuelle Frage, aber eine politisch-militärische Möglichkeit. Von rechtlich begründeten Ansprüchen Rußlands war aber keine Rede, da Österreich-Ungarn auf die Idee einer Abgrenzung von Einflußsphären nicht eingegangen war; Bismarck konnte dies Problem daher lediglich nach politischen Gesichtspunkten beurteilen. Anders verhielt es sich mit der bulgarischen Frage; denn hier besaß Rußland nach Bismarcks Auffassung auf Grund der Berliner Kongreßakte und der darauf beruhenden geschichtlichen Tatsachen ein verbrieftes Recht auf politischen Einfluß. Er hat ebensowohl hiermit als mit dem Wortlaut des Dreibundvertrages Kalnoky und Crispi gegenüber begründet, daß ein Krieg wegen Bulgariens keinen Bündnisfall für Deutschland bilden konnte. Dieser russische Anspruch wurde, wenn mit einer etwas stärkeren Einschränkung, auch von der italienischen Diplomatie zugegeben[24]).

Bemerkenswert ist nun, welche Bedeutung die deutsche Uninteressiertheit in Bulgarien im Herbst 1887 in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland angenommen hat. In den gefälschten Aktenstücken handelte es sich lediglich um diesen Punkt. In dem für Crispi bestimmten Bericht über seine Unterredung mit dem Zaren hob Bismarck hervor, der Zar wisse, daß die Zukunft Bulgariens nie ein Grund sein würde, seine Neutralität aufzugeben. Ebenso betonte die Zirkulardepesche der russischen Regierung vom Ende November 1887 ausdrücklich, Bismarck habe erklärt, in der bulgarischen Angelegenheit vollständigste Neutralität innehalten zu wollen[25]).

Die Frage liegt nahe: hat der Kanzler seine ohnehin feststehende Überzeugung, daß Deutschland sich nach seinen eigensten Interessen in den Orientfragen desinteressiert halten müsse, dazu benutzt, um Rußland gegenüber in dieser Richtung eine Verpflichtung einzugehen? Und ist hierin die eigentliche Bismarcksche

Gegenleistung zu suchen, als der Rückversicherungsvertrag geschlossen wurde? Bei einem Diplomaten von dem Schlage Bismarcks, der seine Trümpfe gut zu verwerten wußte, wäre das nicht zu verwundern. Positive Beweise für eine solche Abmachung lagen freilich nicht vor, bis Otto Hammann andeutete, daß sie tatsächlich bestanden hätten[26]). Aber bemerkenswert ist der Bericht, daß Graf Kalnoky noch während der zweite Dreikaiserbund bestand, also mindestens vor dem Sommer 1887, vermutete, Bismarck habe noch eine besondere Abmachung mit Rußland geschlossen[27]). Die Annahme eines deutsch-russischen Abkommens, durch das Deutschland sein Desinteressement im Orient festlegte — sei es, daß es ein Teil des Neutralitätsvertrages gebildet, oder selbständig daneben, in welcher diplomatischen Form immer, bestanden hätte — gewinnt Wahrscheinlichkeit, wenn man Fürst Hohenlohes Aufzeichnungen über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 und über die Entlassung Bismarcks daraufhin prüft.

Die erste Eintragung ist vom 13. Dezember 1890: „Als ich Caprivi erzählte, daß Schuwalow[28]) ihn einen trop honnête homme nenne, sagte er, das komme daher, daß Bismarck mit Rußland einen Vertrag gemacht, durch den wir Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantieren, und Rußland sich verpflichtet habe, im Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben. Dieser Vertrag war abgelaufen, als Caprivi ins Ministerium trat, und der hat ihn nicht wieder erneuert, weil das Bekanntwerden desselben den Dreibund gesprengt haben würde. Ich fürchte (fügt Hohenlohe hinzu), daß Österreich uns das nicht danken wird[29])." Im Jahre 1894 erzählte Miquel dem Fürsten Hohenlohe, der nicht erneuerte deutsch-russische Vertrag habe bestimmt, daß Deutschland Rußland im Orient freie Hand lasse, wogegen sich Rußland verpflichte, bei einem Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben, selbst wenn Österreich sich im Orient beteiligte[30]). Dazu kommen die Gerüchte, die Hohenlohe vor und nach der Entlassung Bismarcks aufzeichnete, daß Bismarck beabsichtigt habe, Österreich „im Stich zu lassen". Der Großherzog von Baden erzählte schon im August 1889, Bismarck wünsche eigentlich, und habe es bis auf die letzte Zeit gewünscht, sich ganz an Rußland anzuschließen und Österreich seinem Schicksal zu überlassen; in allerjüngster Zeit habe er jedoch seine Politik wieder

geändert und halte an der Donaumonarchie fest[31]). Dann eine Äußerung Holsteins vom 15. Dezember 1893: „Bezüglich des letzten Planes Bismarcks, Österreich im Stich zu lassen, sagte Holstein", dann würden wir uns dermaßen verächtlich gemacht haben, daß wir isoliert und von Rußland abhängig geworden wären[32])".

Davon, daß Bismarck im Ernst daran gedacht haben könnte, Österreich „im Stich zu lassen", kann selbstverständlich gar keine Rede sein. Der Zusammenhang ergibt, daß es sich nicht um die Erhaltung Österreich-Ungarns als Großmacht, um die Erhaltung seines Gebietsbestandes einem russischen Angriff gegenüber gehandelt haben kann, sondern lediglich um seine Orientinteressen, für deren Unterstützung nicht die geringste Bundespflicht seitens Deutschlands bestand. Da die Aufzeichnungen Hohenlohes diese angebliche Preisgabe Österreichs in ausdrücklichem Zusammenhange mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages bringen, so wird die Vermutung bestärkt, daß außer der gegenseitigen Neutralität zwischen Berlin und Petersburg das Desinteressement Deutschlands im Orient ausgemacht war, und daß gerade die Erneuerung dieser Abmachung die Bedenken der Männer des neuen Kurses erregt hat.

Erst wenn man die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages von diesem Gesichtspunkte betrachtet, erkennt man, daß sie einen völligen Bruch mit dem Bismarckschen System bedeutet. Sie leitet eine völlige Neuorientierung der deutschen Politik ein, und man hat sie als einen entscheidenden Wendepunkt in der europäischen Politik zu betrachten.

Bismarcks Hauptmotiv für die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages war, die Isolierung Frankreichs zu sichern und den Eintritt einer Lage zu verhindern, aus der ein Zweifrontenkrieg entstehen könnte. Was waren die Gedanken des Neuen Kurses, oder um konkret zu sprechen, die Gedanken Holsteins? — Denn er war es, der damals die auswärtige Politik Deutschlands leitete, weder Caprivi noch Marschall übersahen die politische Lage. — Die populäre Verteidigung dieser Politik, mit der der Neue Kurs sich einführte, ist: Die russisch-französische Annäherung und das russisch-französische Bündnis sei eine unvermeidliche politische Entwicklung gewesen, die sich auf die Dauer gar nicht hätte verhindern lassen. Ist

das wirklich Holsteins Standpunkt gewesen? Dazu stimmt nicht recht, was Bismarck, den Tatsachen entsprechend, den Männern des Neuen Kurses vorwarf: Nämlich, daß sie gehofft hätten, Frankreich, den historischen Gegner Deutschlands, durch Gefälligkeiten und Liebenswürdigkeiten mit dem status quo zu versöhnen[33]).

Nach einer Mitteilung Konrad Haußmanns war Holstein der Überzeugung, daß Frankreich und Rußland nie zusammenkommen würden, offenbar, weil er es für eine moralische Unmöglichkeit hielt, daß die russische Autokratie sich mit der demokratischen, irreligiösen Republik verbinden würde[34]). Diese Auffassung wird von anderer Seite bestätigt; sie bildet ein Gegenstück zu dem anderen verhängnisvollen Irrtum Deutschlands, daß es um die Jahrhundertwende die englischen Bündnisangebote ablehnte, weil nach seiner Überzeugung England und Frankreich nie zusammenkommen könnten[35]). Bismarck schalt, der Neue Kurs verzichte freiwillig auf die Rückendeckung, die Rußland bisher gegen Frankreich geleistet habe, ja, er ginge so weit, diese Rückendeckung in ihr Gegenteil zu verkehren[36]).

Die Nichterneuerung des Vertrages mit Rußland war die Voraussetzung für das neue System des politischen Gleichgewichts, das jetzt in Europa entstand, und für eine Erstarrung in den Beziehungen der Mächte zu ungunsten Deutschlands; jetzt hatte das Deutsche Reich nicht nur in dem Falle eines allgemeinen europäischen Krieges, sondern auch in dem eines deutsch-französischen Konflikts, nicht mehr eine, sondern zwei Großmächte gegen sich.

Durch eben diesen Bruch mit der Bismarckschen Politik geschah es, daß die beiden großen Fragen, die den status quo und den europäischen Frieden dauernd bedrohten, nämlich die deutsch-französische und die Orientfrage, in einen engen und organischen Zusammenhang mit einander gebracht wurden. Solange Bismarck im Amt war, traute er sich zu, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zu verhindern, eine Überzeugung des Kanzlers, die sogar von französischer Seite gerechtfertigt wird. Ernest Daudet schreibt: „Man kann sagen, daß das russisch-französische Bündnis nur dadurch möglich geworden ist, daß sich Bismarck nicht mehr im Besitze der Macht befand. Solange er seine Tätigkeit fortsetzen und bei den europäischen

Kabinetten ausüben konnte, würde er diese engen Beziehungen nicht haben entstehen lassen, oder mindestens hätte er ihre Wirkungen paralysiert[37])." Hierzu zitiert Daudet eine Äußerung Bismarcks zu St. Vallier und Herbette: „Solange ich am Ruder bin, werde ich Frankreich nie gestatten, ein Bündnis mit Rußland abzuschließen. Ich werde mich niemals darein fügen, daß ich zwischen zwei Feinden stehen soll."

Was die Anhänger des Neuen Kurses dafür anführen, daß die russisch-französische Annäherung auf die Dauer unvermeidlich gewesen sei, sind auf russischer Seite die feindselige Haltung der öffentlichen Meinung gegen Deutschland, Verbrüderungen zwischen russischen und französischen Militärs und Politikern und eine gewisse Annäherung beider Länder auf finanziellem und militärischem Gebiet. In der Tat kam im Herbst 1888 die erste russische Anleihe in Frankreich zustande, und in derselben Zeit begannen Verhandlungen über die Herstellung eines neuen Gewehrs für die russische Armee in den französischen Staatswerkstätten, die schließlich im Frühjahr 1890 zu einer Herstellung von 500 000 Gewehren in Frankreich führten[38]). Welche politische Bedeutung ist diesen Vorgängen beizumessen? Die Geldmärkte Englands, Hollands und Deutschlands hatten sich Rußland verschlossen, und die deutschen Waffenfabriken würden einen solchen russischen Auftrag schwerlich übernommen haben. In anderen Ländern hätte Rußland vermutlich ebenfalls vergeblich angeklopft; da mußte die Bereitwilligkeit der Franzosen, in beiden Fällen auszuhelfen, der russischen Regierung willkommen sein. Aber daß Alexander III. hieraus nicht die politischen Konsequenzen gezogen hat, die die Franzosen erhofften, geht deutlich genug daraus hervor, daß er im März 1890 die Erneuerung des deutschen Neutralitätsvertrags begehrte und sich schließlich auf Bismarcks Wunsch auch dazu bereit erklärte, ihn nicht mit ihm selbst, sondern mit seinem Nachfolger abzuschließen.

Otto Hammann bringt als Argument vor, Bismarck habe im Grunde das Vertrauen Alexander III. so wenig besessen, daß eben deshalb der ganze Rückversicherungsvertrag wenig Wert gehabt habe. Er gibt dafür eine Äußerung des Zaren nach Bismarcks Entlassung an: er habe alles Vertrauen zu Caprivi; wenn dagegen Bismarck ihm etwas gesagt hätte, wäre er immer

der Überzeugung gewesen, qu'il me tricherait[39]). Ist dieses Argument wirklich beweiskräftig? Es ist bekannt, wie mißtrauisch und schwierig Alexander III. war, und daß es seiner Umgebung wiederholt gelungen ist, namentlich bei seinen Besuchen in Kopenhagen, seine Zweifel auch gegen Bismarck zu erregen. Wir haben indes gesehen, wie der Kanzler im Herbst 1887 dieses Mißtrauen so erfolgreich zu überwinden verstand, daß die russische Politik eine günstige Wendung nahm.

Im Herbst 1889 fiel Alexander III. von neuem in sein Mißtrauen gegen Bismarck zurück, und zwar wieder durch Kopenhagener Einflüsse. Aber Bismarck gelang es, bei der Begegnung vom Oktober 1889 wiederum, die Zweifel, die der Zar aus der dänischen Residenz mitgebracht hatte, zu zerstreuen, bis auf den einen, ob er selbst Reichskanzler bleiben würde[40]).

Nun meint Hammann, das Wohlwollen, das Alexander III. Bismarck bei der Unterredung im Herbst 1889 zeigte, sei ebenso wenig ehrlich gemeint gewesen, wie seine Sorge, ob er noch lange Kanzler bleiben werde. Dazu ist zu bemerken, daß Bismarck den Zaren persönlich kannte und man seine Fähigkeit, Menschen zu beurteilen, nicht unterschätzen sollte. Übrigens hat sich Bismarck auch in der Hinsicht keinen Illusionen hingegeben. Dem Geheimrat v. Brauer, der ihn nach der Audienz auf der Fahrt nach Friedrichsruh zurückbegleitete, sagte er: „Die Hauptsache ist, er hat mir geglaubt... Es fragt sich nur, wie lange sein Glaube anhält, wenn er wieder in Petersburg in den Händen von Pobjedonoszew und Konsorten ist[1])." Und sind wir sicher, daß Alexander III. sich nicht auch über Caprivi gelegentlich in demselben mißtrauischen Sinn ausgesprochen hat?

Das wesentliche war doch, daß trotz allen Mißtrauens, das Alexander III. wie gegen alle Welt so auch gegen Bismarck hatte, dieser einen so großen Einfluß auf ihn ausgeübt hat, daß die entscheidenden Staatshandlungen des Zaren, solange Bismarck am Ruder war, für Deutschland günstig ausfielen. Wenn Alexanders Haltung gegen den Kanzler im Herbst 1889 nicht ehrlich gewesen sein soll, so ist er jedenfalls noch im März 1890 bereit gewesen, den Vertrag mit Deutschland zu erneuern; ganz ebenso hatte er sich 1887 von Bismarck so nachhaltig überzeugen lassen, daß er in der bulgarischen Frage den Rückzug antrat. Über das Verhältnis zwischen Bismarck und Alexander III.

ist vielleicht das treffendste von einem englischen Publizisten gesagt worden: Bismarck habe den Zaren in diesen Unterredungen mit derselben kühnen Selbstgewißheit für sich gewonnen, mit der in Shakespeares Richard III. Gloucester um Lady Anna wirbt[42]).

5.

Die Anhänger des Neuen Kurses versuchen nachzuweisen, daß der Wert des Rückversicherungsvertrages sehr überschätzt worden sei, weil er nicht verhindert hat, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sehr kühl und voller Verstimmungen und Spannungen waren, während die öffentliche Meinung Rußlands uns offene Feindschaft zeigte; eben deshalb sei das russisch-französische Bündnis etwas Unvermeidliches gewesen. Bei dieser Beweisführung wird zunächst übersehen, daß Rußland in dem deutschen Desinteressement im Orient ein sehr wertvolles politisches Pfand besaß, das dem Versprechen der russischen Neutralität in einem deutsch-französischen Kriege völlig gleichwertig war. Man muß sich ferner vergegenwärtigen, eine wie schwere europäische Krisis die bulgarische Frage heraufbeschworen hatte, die schon durch ihre lange Dauer sehr bedrohlich wirkte. Daß Bismarck durch diese Krisis erfolgreich hindurchgesteuert und den Frieden erhalten hat, ist zu seinen größten diplomatischen Erfolgen zu rechnen; und eins der stärksten Mittel, das er dazu anwandte, war eben der Rückversicherungsvertrag. Es kam nicht darauf an, was die russische Presse schrieb, oder ob Russen und Franzosen in Paris und Moskau Verbrüderungsfeste feierten, sondern darauf, daß die amtliche russische Politik nicht in das französische Fahrwasser hinüberglitt. Das hat Bismarck erreicht, und zwar unter den großen Schwierigkeiten, die sich aus den halb autokratischen halb anarchischen Regierungsverhältnisse in Rußland ergaben.

Wie verhält es sich überhaupt mit der Unvermeidlichkeit von weltgeschichtlichen Entwicklungen von Konflikten zwischen den großen Mächten? Wird die Politik der Staaten durch ein Fatum bestimmt, dem sie nicht entrinnen können, oder durch die Charaktere und Willensakte der Regierenden? Trotz Treitschkes Wort, daß Männer die Geschichte machen, hat sich bei uns vielleicht weniger in der Geschichtsschreibung als in der publizistischen Behandlung der politischen Fragen eine gewisse deterministische

und fatalistische Auffassung eingebürgert. Diese stammt letzten Endes aus den wirtschaftlichen Theorien des Sozialismus; das politische Denken, das eine eigne Disziplin ist und seiner eigenen Methode bedarf, ist zu unrecht von der ökonomischen Disziplin abhängig geworden. Aber gerade das Stadium der auswärtigen Politik lehrt, daß Treitschkes induvidualistische Auffassung mit den notwendigen Einschränkungen die richtige ist. Freilich sind nicht immer Männer in Treitschkes Sinne da, um in wichtigen politischen Augenblicken Geschichte zu machen, aber jedenfalls werden die großen politischen Entscheidungen in der hohen Politik Europas und der Welt von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Individuen herbeigeführt; und es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Entwicklungen der Weltgeschichte gewissermaßen nach Naturgesetzen, nach einem streng logischen System, und daß sie fehlerlos geschehen. Der politische Determinismus ist einfach damit widerlegt, daß es nach ihm keine politischen Fehler geben würde. Die Politik vollzieht sich, wie Bismarck einmal gesagt hat, nicht durch chemische Verbindungen, sondern sie wird mit Menschen gemacht.

Was die angebliche Unabwendbarkeit von Konflikten zwischen großen Mächten betrifft, so hat Bismarck in seiner Februarrede von 1888 aufgezählt, wie Europa in den letzten vier Jahrzehnten fast Jahr für Jahr vor einer gefährlichen Krise gestanden habe, von denen doch die Mehrzahl abgewandt wurde. War das bloße Rhetorik? Es ist von Interesse, von einer ganz anderen Seite eine ähnliche Feststellung zu erfahren. Sir Robert Morier schreibt einmal, er habe Gelegenheit gehabt, aus den Akten des Foreign Office festzustellen, wie häufig in den Jahren 1830 bis 1848 der europäische Frieden bedroht gewesen sei[43]). Auch aus der späteren Zeit ließen sich zahlreiche Fälle anführen, wo große Konflikte vermieden worden sind. Wer von der Unvermeidlichkeit von politischen Konflikten und von Kriegen spricht, vergißt gewöhnlich, daß es eben zu den Funktionen der diplomatischen Politik gehört, sie zu verhindern, wenn das ihnen zugrunde liegende Problem durch andere als kriegerische Mittel gelöst werden kann.

In der Zeit von 1887 bis 1890 hat der Rückversicherungsvertrag seine Schuldigkeit getan, und es erscheint daher verkehrt, seine Bedeutung unterschätzen zu wollen. Aus der Fortsetzung

ist vielleicht das treffendste von einem englischen Publizisten gesagt worden: Bismarck habe den Zaren in diesen Unterredungen mit derselben kühnen Selbstgewißheit für sich gewonnen, mit der in Shakespeares Richard III. Gloucester um Lady Anna wirbt[42]).

5.

Die Anhänger des Neuen Kurses versuchen nachzuweisen, daß der Wert des Rückversicherungsvertrages sehr überschätzt worden sei, weil er nicht verhindert hat, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sehr kühl und voller Verstimmungen und Spannungen waren, während die öffentliche Meinung Rußlands uns offene Feindschaft zeigte; eben deshalb sei das russisch-französische Bündnis etwas Unvermeidliches gewesen. Bei dieser Beweisführung wird zunächst übersehen, daß Rußland in dem deutschen Desinteressement im Orient ein sehr wertvolles politisches Pfand besaß, das dem Versprechen der russischen Neutralität in einem deutsch-französischen Kriege völlig gleichwertig war. Man muß sich ferner vergegenwärtigen, eine wie schwere europäische Krisis die bulgarische Frage heraufbeschworen hatte, die schon durch ihre lange Dauer sehr bedrohlich wirkte. Daß Bismarck durch diese Krisis erfolgreich hindurchgesteuert und den Frieden erhalten hat, ist zu seinen größten diplomatischen Erfolgen zu rechnen; und eins der stärksten Mittel, das er dazu anwandte, war eben der Rückversicherungsvertrag. Es kam nicht darauf an, was die russische Presse schrieb, oder ob Russen und Franzosen in Paris und Moskau Verbrüderungsfeste feierten, sondern darauf, daß die amtliche russische Politik nicht in das französische Fahrwasser hinüberglitt. Das hat Bismarck erreicht, und zwar unter den großen Schwierigkeiten, die sich aus den halb autokratischen halb anarchischen Regierungsverhältnisse in Rußland ergaben.

Wie verhält es sich überhaupt mit der Unvermeidlichkeit von weltgeschichtlichen Entwicklungen von Konflikten zwischen den großen Mächten? Wird die Politik der Staaten durch ein Fatum bestimmt, dem sie nicht entrinnen können, oder durch die Charaktere und Willensakte der Regierenden? Trotz Treitschkes Wort, daß Männer die Geschichte machen, hat sich bei uns vielleicht weniger in der Geschichtsschreibung als in der publizistischen Behandlung der politischen Fragen eine gewisse deterministische

und fatalistische Auffassung eingebürgert. Diese stammt letzten Endes aus den wirtschaftlichen Theorien des Sozialismus; das politische Denken, das eine eigne Disziplin ist und seiner eigenen Methode bedarf, ist zu unrecht von der ökonomischen Disziplin abhängig geworden. Aber gerade das Stadium der auswärtigen Politik lehrt, daß Treitschkes induvidualistische Auffassung mit den notwendigen Einschränkungen die richtige ist. Freilich sind nicht immer Männer in Treitschkes Sinne da, um in wichtigen politischen Augenblicken Geschichte zu machen, aber jedenfalls werden die großen politischen Entscheidungen in der hohen Politik Europas und der Welt von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Individuen herbeigeführt; und es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Entwicklungen der Weltgeschichte gewissermaßen nach Naturgesetzen, nach einem streng logischen System, und daß sie fehlerlos geschehen. Der politische Determinismus ist einfach damit widerlegt, daß es nach ihm keine politischen Fehler geben würde. Die Politik vollzieht sich, wie Bismarck einmal gesagt hat, nicht durch chemische Verbindungen, sondern sie wird mit Menschen gemacht.

Was die angebliche Unabwendbarkeit von Konflikten zwischen großen Mächten betrifft, so hat Bismarck in seiner Februarrede von 1888 aufgezählt, wie Europa in den letzten vier Jahrzehnten fast Jahr für Jahr vor einer gefährlichen Krise gestanden habe, von denen doch die Mehrzahl abgewandt wurde. War das bloße Rhetorik? Es ist von Interesse, von einer ganz anderen Seite eine ähnliche Feststellung zu erfahren. Sir Robert Morier schreibt einmal, er habe Gelegenheit gehabt, aus den Akten des Foreign Office festzustellen, wie häufig in den Jahren 1830 bis 1848 der europäische Frieden bedroht gewesen sei[43]). Auch aus der späteren Zeit ließen sich zahlreiche Fälle anführen, wo große Konflikte vermieden worden sind. Wer von der Unvermeidlichkeit von politischen Konflikten und von Kriegen spricht, vergißt gewöhnlich, daß es eben zu den Funktionen der diplomatischen Politik gehört, sie zu verhindern, wenn das ihnen zugrunde liegende Problem durch andere als kriegerische Mittel gelöst werden kann.

In der Zeit von 1887 bis 1890 hat der Rückversicherungsvertrag seine Schuldigkeit getan, und es erscheint daher verkehrt, seine Bedeutung unterschätzen zu wollen. Aus der Fortsetzung

der russischen Rüstungen und dem Vorkommen weiterer Verstimmungen mit Petersburg zu schließen, daß Bismarcks Politik letzten Endes doch erfolglos gewesen sei, läuft auf eine petitio principii zur Rechtfertigung von Caprivis Politik hinaus. Die weitere Frage ist, ob die Nichterneuerung tatsächlich der große Fehler gewesen ist, für den Bismarck ihn gehalten hat, und ob nur ein Bismarck auf diesem schwierigen Instrument der Politik, das er sich geschaffen hatte, zu spielen wagen durfte. War es für die anerkanntermaßen geringeren politischen Kräfte Caprivis, Marschalls und Holsteins, wie Hammann sagt, ebenso richtig, den Vertrag nicht zu erneuern, wie es für Bismarck richtig war, ihn abzuschließen?

Bismarck hatte die Frage, ob seine Nachfolger die russischen Beziehungen in seinem Sinne pflegen würden, schon früher Sorge bereitet. Kurz vor Beginn des russisch-türkischen Krieges, also ehe noch der Streit über Deutschlands Haltung auf dem Berliner Kongreß entstand, sprach er sich darüber in einem Briefe an den Grafen Schuwalow aus. „Die deutsch-russische Freundschaft", schreibt er hier, „ist ein Werk, das vielleicht leichter zu zerstören sein wird, als es zu schaffen war, besonders wenn meine Nachfolger nicht mit derselben Beständigkeit, wie ich, Beziehungen pflegen, deren Gewohnheit ihnen abgehen wird, und zu deren Erhaltung man zeitweise seine Eigenliebe verleugnen und seine Empfindlichkeiten den Interessen seines Herrn und seines Landes unterordnen muß... Ein alter Praktiker meines Schlages läßt sich durch blinden Lärm nicht aus dem Geleise werfen; aber wird es ebenso sein mit den Kanzlern, die mir folgen werden, und denen ich meine Kaltblütigkeit und meine Erfahrung nicht vererben kann?[44])"

Was Bismarck hier befürchtete, trat nach seiner Entlassung ein. Fast unmittelbar nach Ablauf des Neutralitätsvertrages im August 1890 fand von russischer Seite die Annäherung an Frankreich statt[45]). Aber Alexander III. entschloß sich zu dieser Annäherung doch nur, weil er seit Ablaufen des Neutralitätsvertrages in Europa völlig isoliert dastand, und weil er ferner die Sicherheit des deutschen Desinteressements im Orient verloren hatte. Die Hamburger Nachrichten schrieben am 24. Oktober 1894: „Wir finden es doch nur erklärlich, wenn ein so mächtiger und unangreifbarer Staat wie das russische Reich

sich sagt: „Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu erhalten suchen. Wir hatten früher auf das Dreikaiserbündnis gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollernsche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen; wenn wir aber von dorther, anstatt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der polnischen Frage erleben, die nur russenfeindlich sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte[46])."

Bismarck hat in seiner Behandlung des Rückversicherungsvertrages wiederholt die polenfreundliche Politik des neuen Kurses ins Feld geführt. Dazu bemerkte Otto Hammann ganz richtig, daß der polenfreundliche Kurs unter Caprivi erst lange nach dem Verzicht auf den Rückversicherungsvertrag eingesetzt hat[47]). Man wird vielleicht an allen den Stellen dieses Zusammenhanges, wo Bismarck von Polen spricht, die Orientfrage substituieren dürfen; denn der Kanzler hat offenbar nicht den ganzen Schleier von dem Geheimnis des Rückversicherungsvertrages wegziehen wollen; und die Änderung der Haltung Deutschlands in der Orientfrage im Jahre 1890 war für Alexander III. von weitaus größerer Bedeutung als später die in der Polenfrage.

Es ist in keinem Falle möglich, den Gang, den die Geschichte hätte nehmen können, falls ein bestimmtes Ereignis nicht eingetreten wäre, zu rekonstruieren. Aber die Anhänger der fatalistischen Theorie, daß das russisch-französische Bündnis ein unvermeidliches und gleichsam naturnotwendiges Ergebnis war, werden sich mit zwei Tatsachen auseinandersetzen müssen. Die erste von beiden gehört der französischen Geschichte an. Alexander III. war, wie gerade auch Julius von Eckardt, der warme Verteidiger des Neuen Kurses anerkennt, als Vertreter des autokratischen und orthodoxen Regierungsprinzips nichts weniger als ein Freund der irreligiösen, französischen Republik, und es hat ihn nicht wenig gekostet, bei dem französischen Flottenbesuch in Kronstadt stehend und entblößten Hauptes der Marseillaise seine Ehre zu erweisen. Nun brach im Jahre 1892 in Frankreich der Panamaskandal aus, der tiefe sittliche Schäden in der politischen Welt Frankreichs aufdeckte. Alexander III. hatte seit dem Beginn seiner Regierung die Korruption in Rußland, soweit er konnte, bekämpft und verfolgt; daher erbitterte

der Panamaskandal ihn um so mehr, als sein eigener Botschafter in Paris, Herr von Mohrenheim, in der französischen Presse beschuldigt wurde, von der Panamagesellschaft Geld angenommen zu haben. Nach Dr. Cyon, dem freilich alle Eigenschaften eines objektiven Geschichtsschreibers fehlen, der aber in der Lage war, viel zu erfahren, machte der Panamaskandal einen solchen Eindruck auf den Zaren, daß er deshalb den Gegenbesuch eines russischen Geschwaders in einem französischen Hafen sechs Monate lang aufschieben ließ, und schließlich den Hafen von Toulon dazu wählte, weil er am weitesten von dem korrumpierten Paris entfernt lag[48]). Die zweite Tatsache liegt auf dem Gebiet der russischen Politik. Der russische Expansionsdrang nahm damals eine bestimmte Richtung nach Asien. Im Jahre 1889 erreichte die transkaspische Bahn Samarkand und Ende Mai 1891 begann der Bau der transsibirischen Bahn. Sowohl der Panamaskandal als die Einleitung einer neuen russischen Expansionspolitik in Asien fallen somit in die Zeit, die durch den Rückversicherungsvertrag gedeckt worden wäre, falls man ihn 1890 erneuert hätte. Welchen Anlaß hätte nun Rußland im Jahre 1893 gehabt, den Vertrag mit Deutschland nicht von neuem zu verlängern, sondern statt dessen das Bündnis mit Frankreich zu suchen? Neue Konflikte mit Deutschland, die ihn daran hatten hindern können, waren nicht entstanden. Es ist ohne weiteres klar, daß Caprivi und seine Leute Bismarcks geniales Spiel mit den fünf Kugeln während der bulgarischen Krisis nicht hätten spielen können. Dazu fehlte ihnen sowohl das diplomatische Geschick als die gewaltige Autorität des Fürsten. Aber Hammanns Argument, daß Caprivi überhaupt nicht imstande gewesen sein sollte, Bismarcks Politik fortzusetzen, ist wenig überzeugend. Der wesentliche Zweck des Rückversicherungsvertrages war die Verhinderung eines russisch-französischen Bündnisses, und das Mittel dazu bildete Deutschlands Desinteressement im Orient. Eine solche Politik war um so leichter durchzuführen, als die Orientfrage 1890 schon zwei Jahre lang schlummerte, so daß die vermittelnde Tätigkeit zwischen Wien und Petersburg, die in der Natur der Rückversicherungspolitik lag, wohl keine zu großen Anforderungen an die damalige Leitung des Auswärtigen Amtes gestellt hätte. Das einzige, was die deutsche Politik unter Caprivi zu tun gehabt hätte, war, die

uninteressierte Haltung Deutschlands fortzusetzen und sich nicht in den Dienst der österreichischen Orientinteressen zu stellen.

Nachdem aber der Rückversicherungsvertrag nicht erneuert worden war, kämpfte Bismarck publizistisch dafür, daß wenigstens das politische Desinteressement Deutschlands im Orient erhalten bliebe. Es sollten zum mindesten neue Konfliktstoffe mit Rußland vermieden werden. Diesen Kampf hat der Kanzler während der ganzen Dauer seines politischen Lebens geführt: im Krimkriege, in der Orientkrisis von 1876 bis 1878, unmittelbar nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses, während der bulgarischen Krisis, und zuletzt in den Hamburger Nachrichten und in den Gedanken und Erinnerungen. Es genügt, einige dieser späteren Äußerungen anzuführen. Am 26. April 1890 schrieben die Hamburger Nachrichten: „Der Dreibund deckt nur das damnum emergens, nicht aber das lucrum cessans der beteiligten Mächte. Am wenigsten ist es Deutschlands Sache, ehrgeizige Pläne Österreichs auf dem Balkan zu fördern. Wenn solche in der Tat vorhanden sind und international gefördert werden sollen, so wird sich Österreich nicht an Deutschland wenden, sondern an seine Mitinteressenten an der Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel. Zu ihnen gehören alle Großmächte mit alleiniger Ausnahme Deutschlands; abgesehen von Rußland also, England, Frankreich und Italien. Zwischen Österreich und diesen Mächten kann stets eine Verständigung über etwaige Pläne Österreichs ohne Deutschlands Befassung stattfinden. Unter diesem Gesichtspunkt der völligen Uninteressiertheit Deutschlands an den Balkanfragen entbehrt es sogar nicht einer gewissen Berechtigung, wenn die russische Presse hofft, daß Deutschland der russischen Politik freie Hand lasse. Das ist aber in der gegebenen Beschränkung immer der Fall gewesen[49])."

Zu Memminger sagte Bismarck im August 1890: „Wir Deutsche haben dort im Osten und Südosten nur ein Interesse, das ist die Erhaltung und Zukunft Österreichs. Darauf muß sich unsere dortige Politik beschränken[50])." Zwei Jahre später stand in den Hamburger Nachrichten: „Die Frage, ob ein Vorstoß der russischen Orientpolitik die Existenz Österreichs bedrohen würde, muß jedenfalls von der Beurteilung der deutschen Politik abhängig bleiben. Orientalische Händel können aller-

dings eine solche Entwicklung annehmen, daß die Existenz Österreichs bedroht wird, aber daß dies von jeder russischen Bewegung im Orient von Haus aus anzunehmen sei, ist ein petitio principii, und man wird die deutsche Entschließung in dieser Beziehung nicht vor dem Eintritt der Krisis präjudizieren dürfen... Deutschland hat die verfassungsmäßige Pflicht, das Interesse und den Willen, Österreich-Ungarn, wenn es von Rußland angegriffen wird, beizustehen, und es kann kein Zweifel obwalten, daß dies vorkommendenfalls geschehen würde. Aber wir haben keine Verpflichtung übernommen, für irgendeine Gestalt der russischen Beziehungen zur Türkei Krieg zu führen[51])."

Ferner ein Artikel in den Hamburger Nachrichten vom Januar 1893: „Die Hinfälligkeit der Ansicht, daß Deutschland auf die österreichische Balkanpolitik durch den Bündnisvertrag verpflichtet sei, wird durch nichts so deutlich erwiesen als durch den Vertrag selbst. Selbst wenn er Deutschland nicht nur rechtlich für den casus foederis verpflichtete, sondern auch die auswärtige Politik des Reichs entsprechend beeinflußte, wäre klar, daß diese Beeinflussung immer nur in Gemäßheit des Zweckes des Vertrages stattfinden konnte. Der Zweck besteht aber lediglich darin, Rußland am Kriege zu verhindern; in keiner Weise war beabsichtigt, Österreich eine stärkere Position zum Betreiben seiner Sonderpolitik auf dem Balkan zu gewähren. Abgesehen davon, daß Deutschland keinerlei Interesse an einer derartigen einseitigen Ausnützung des Bündnisses haben konnte, wäre die Erweiterung eines solchen also dem Zweck des Vertrages, der Erhaltung des Friedens, direkt zuwidergelaufen. Je mehr Österreich das Recht besessen hätte, sich im Orient auf die deutschen Bajonette zu stützen, desto wahrscheinlicher würde ein Zusammenstoß mit Rußland gewesen sein. Dem entsprechend ist der Bündnisfall rechtlich auf die Eventualität eines russischen Angriffskrieges auf Bundesgebiet beschränkt worden; die politische Aufgabe Deutschlands aber bestand darin, zwischen den russischen und österreichischen Interessengegensätzen auf dem Balkan zu vermitteln. Daß diese Vermittlung nicht schlechthin als Unterstützung österreichischer Bestrebungen gegenüber Rußland aufzufassen ist, versteht sich ihres Zwecks wegen von selbst[52])."

Aber gerade hier vollzogen die Männer des Neuen Kurses einen vollständigen Bruch mit der Bismarckschen Politik; erstlich

indem sie es irrtümlich für eine Bündnispflicht hielten, die österreichische Balkanpolitik zu unterstützen, und dann später, indem sie eine eigene aktive deutsche Balkanpolitik einleiteten. Die neuen deutschen Orientinteressen, die so entstanden, waren anfänglich rein wirtschaftlicher Natur, und zwar fällt ihr erstes Stadium noch in die Bismarcksche Ära und ist von England lebhaft unterstützt, wenn nicht direkt begründet worden. Es handelt sich um den ersten Anfang der anatolischen Bahn, nämlich um die Erwerbung der kleinen Strecke von Haidar Pascha nach Eski Schehr. Diese Linie war vorher im britischen Besitz gewesen; ihr Übergang in deutsche Hände geschah durch die rege Vermittlung des englischen Botschafters in Konstantinopel, Sir William White. Dieser erblickte in seiner erfolgreichen Vermittlung des Verkaufs einen großen diplomatischen Erfolg; denn er meinte, hierdurch den Grund zu einer weitergehenden, wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands im Orient gelegt und Deutschland dadurch in die Lage gebracht zu haben, sich an der Seite Englands gegen das russische Vordringen nach Süden einzusetzen.

Gegen die Begründung deutscher wirtschaftlicher Interessen im Orient hat Bismarck gewiß nichts einzuwenden gehabt; aber die deutsche Orientpolitik des Neuen Kurses blieb nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, sie verfolgte je länger je mehr auch politische Ziele, zunächst im Anschluß an Österreich, später auch selbständig.

6.

Wie in dem Dreikaiserbunde ein bedeutender Interessengegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bestand, so im Dreibunde zwischen Österreich und Italien. Die beiderseitigen Interessen kollidierten in zwei Punkten. Erstens begehrten die Italiener, wenn nicht Triest, so doch jedenfalls das Trentino, und zweitens wollten sie ein Vordringen Österreich-Ungarns am Balkan verhindern. Eine etwaige Expansionspolitik Österreichs im Orient wäre also in Italien und Rußland auf Widerstand gestoßen. Crispi hatte, wie gezeigt, im Jahre 1877 die Idee, als Kompensation für die Erwerbung Bosniens durch Österreich das Trentino für Italien zu verlangen. Als er später im Jahre 1881 in Wien Vorbesprechungen wegen eines Bünd-

nisses führen ließ, erklärte Baron Haymerle, daß die Politik der Monarchie auf dem Boden des status quo von 1878 stehen bleibe und keine Expansionspläne im Orient verfolge. Es scheint, daß sich Italien, als das Bündnis von 1882 abgeschlossen wurde, mit dieser immerhin bündigen Erklärung zufrieden gegeben hat oder geben mußte; denn nach Friedjungs ausdrücklicher Versicherung enthielt erst der Dreibundvertrag von 1887 die erste Abmachung über Balkanfragen. Jetzt sah sich Graf Kalnoky zu dem Zugeständnis genötigt, Italien einen vertragsmäßigen Anspruch auf eine Kompensation zuzugestehen.

Der betreffende Artikel des Dreibundvertrages von 1887 hat folgenden Wortlaut:

> Artikel VII: Österreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß zu benutzen, um jeder territorialen Änderung vorzubeugen, die der einen oder anderen Signatarmacht dieses Vertrages schaden könnte. Zu diesem Zweck werden sie einander alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, einander sowohl über ihre eigenen Absichten als die der anderen Mächte aufzuklären. In jedem Fall, wo im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des status quo im Gebiete des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln in der Adria und Ägäis unmöglich werden, und Österreich-Ungarn oder Italien sich durch das Vorgehen einer dritten Macht oder sonstwie genötigt sehen sollte, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung seinerseits zu ändern, soll eine solche Besetzung nur nach einer vorausgegangenen Übereinkunft zwischen beiden Mächten stattfinden, die auf dem Grundsatz einer gegenseitigen Kompensation für jeden territorialen oder anderen Vorteil, den jeder von ihnen beiden über den gegenwärtigen status quo, zu beruhen und die Interessen und wohlbegründeten Ansprüche beider Parteien zu befriedigen hätte."

Hier hatte Graf Robilant einen wirklichen Erfolg erreicht, zumal man in den Verhandlungen, die dem sehr akademisch aussehenden Artikel VII vorangegangen sind, in ganz konkreter Weise über die italienischen Kompensationsansprüche über-

eingekommen war. Nach Friedjungs Zeugnis verständigte man sich ganz deutlich darüber, daß, wenn Österreich etwa die Hand auf Mazedonien oder auch nur auf den Sandschak legte, Italien zu einer Kompensation berechtigt wäre, die in Albanien und insbesondere in dem Hafen von Valona bestehen sollte; denn dort hatte nach dem Berliner Kongreß die italienische Propaganda eingesetzt. Dadurch, daß der Kompensationsanspruch Italiens auf Albanien fixiert wurde, war die Frage des Trentinos wenigstens einstweilen ausgeschaltet.

Der Artikel VII, das ist hervorzuheben, wurde nur zwischen Österreich und Italien geschlossen und legte Deutschland keinerlei Verpflichtungen auf. Der Dreibund behielt seinen rein defensiven Charakter durchaus bei, und auch aus diesem Artikel entstand für Deutschland keinerlei Verbindlichkeit, die Orientinteressen der Verbündeten zu fördern. Da aber der Passus augenscheinlich auf Wunsch Italiens in das Vertragsinstrument aufgenommen ist, so liegt der Schluß nahe, daß Bismarck bei den Verhandlungen mitgewirkt hat, und jedenfalls bedeutet seine Aufnahme in die allgemeine Vertragsurkunde, daß Deutschland für seine Ausführung Bürgschaft leistete.

Graf Robilant hatte, als Bismarck mit ihm über die Erneuerung des Dreibundes verhandelte, für Italien die Garantie des status quo auf der Balkanhalbinsel und im Mittelmeer verlangt. Und während der ersten Forderung durch Artikel VII des Dreibundvertrages genügt war, wurde die zweite durch die beiden Sonderabkommen über das Mittelmeer erfüllt, die mit England und Österreich geschlossen wurden. Italien besaß also, zwar nicht durch den Dreibundvertrag direkt, aber durch die beiden Seperatabkommen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung, wenn seine Stellung im Mittelmeer bedroht wurde. Deutschland war zu einer solchen Unterstützung jedenfalls nicht verpflichtet, aber als die italienische Regierung unter Crispis Führung sich in sehr energischer Weise in den Dienst einer aktiven Friedenspolitik stellte, hat auch Bismarck die italienischen Mittelmeerinteressen wiederholt wirksam gefördert.

Unter Crispis Ministerium machte Italien eine ähnliche Erfahrung, wie Deutschland nach 1871; wie Bismarck jahrelang gegen das Mißtrauen hatte kämpfen müssen, das halb Europa gegen die Friedensliebe seiner Politik beherrschte, so wurde jetzt

Crispi von Frankreich als der Vertreter einer Kriegspolitik hingestellt. Denn erst jetzt, volle 17 Jahre, nachdem die Einheit Italiens verwirklicht worden war, machte sich zum erstenmal das Gewicht des jungen Staates für die französische Politik fühlbar. Frankreich hatte sich bisher verhältnismäßig wenig darum gekümmert, daß Italien seit 1882 dem Dreibunde angehörte, da die italienische Politik von dem Bündnis keinen Gebrauch machte; aber als Crispi es ins praktische zu übersetzen begann, erregte er jenseits der Alpen den größten Zorn. Schon eines der ersten Ergebnisse seiner Politik mußte den Franzosen die Augen öffnen: die englisch-österreichisch-italienische Flottendemonstration vom September 1887 offenbarte die Isolierung Frankreichs im Mittelmeer. Für Crispi war die feindselige Haltung der Republik nur ein neuer Beweis dafür, daß Italien seiner politischen Unabhängigkeit Frankreich gegenüber noch immer nicht sicher war; und da er sowohl auf dem Festlande wie auf dem Mittelmeer sich den französischen Prätensionen so schneidig entgegenstellte, so lag es in der Logik von Bismarcks Politik, daß er ihn nach Kräften unterstützte.

Diese Unterstützung konnte das Deutsche Reich jedoch nur in gewissen Grenzen auf sich nehmen, zumal es keine Mittelmeermacht war. Die geographisch-politische Lage machte Italien im Mittelmeer sowohl von Frankreich als von England abhängig; und da die Abhängigkeit von der Republik sich sehr viel empfindlicher fühlbar machte — die französische Garnison in Rom und das französische Stationsschiff „Orenoque" in Civitavecchia waren noch unvergessen — so war Italien der Natur der Dinge nach angewiesen, sobald es sich überhaupt einmal politisch regen wollte, Anlehnung an England zu suchen. „Bismarck weiß," schrieb im Februar 1881 Lord Odo Russell an Lord Granville, „daß Italien es stets mit England halten wird[63])." Bismarck aber hat, wie oben gezeigt wurde, seinen Einfluß bei der englischen Regierung dahin geltend gemacht, daß es die Garantie für die Erhaltung des status quo im Mittelmeer im Sinne Italiens übernahm. So ist es eigentlich erst ein Werk von Bismarcks Diplomatie gewesen, daß das Interesse, das England und Italien im Mittelmeer an einander hatten, das aber bisher latent geblieben war, zum Ausgangspunkt einer bestimmten Politik beider Regierungen gemacht wurde. Indem er die Beziehungen

Englands zu Italien befestigen half und so die Interessen beider Länder direkt förderte, knüpfte der Kanzler zugleich das deutsche Bündnis mit Italien fester und zog England näher an die Politik des Dreibundes heran. Das Geheimnis des Erfolges von Bismarcks Politik war eben, daß er stets eine organische Verbindung zwischen den Interessen Deutschlands und denen anderer Länder herzustellen verstand, so daß der Nutzen ihrer Verbindung beiden Seiten zugute kam und von beiden empfunden wurde.

Wenn Italien einerseits ein wichtiges Verbindungsglied zwischen dem Dreibund und England bildete, so war anderseits sein Verbleiben im Dreibund in hohem Maße von dem Inselreich abhängig. Dieser innere Zusammenhang zwischen der Stellung Italiens im Bunde und seinem Verhältnis zu England ist ein Thema, das Bismarck nach seiner Entlassung wiederholt publizistisch behandeln ließ. Wenige Wochen nach seinem Sturz ließ er in den Hamburger Nachrichten ausführen, daß England im Mittelmeer auf Italien und Italien in noch höherem Grade auf England angewiesen sei. Der Artikel schloß: „Mit dieser Erwägung wird zugleich klar, daß Italiens Rücktritt vom Dreibunde keine Sache ist, die in Frankreichs Händen ruht, sondern in denen Englands. Daraus ergeben sich für die diplomatische Behandlung Englands Gesichtspunkte von nicht zu unterschätzendem Belang[54])." Im nächsten Jahre schrieb das Bismarcksche Blatt: „Auf die Sicherstellung und Befestigung der Freundschaft Italiens und seiner Stellung im Dreibunde ist das größere oder geringere Maß guter Beziehungen Englands zu Deutschland nicht ohne Rückwirkung, und es ist immerhin fraglich, wie unsere italienischen Beziehungen sich gestalten würden, wenn Italien in die Lage gebracht würde, nicht mehr mit England und Deutschland in gleichem Maße befreundet bleiben zu können[5])."

Crispi wurde im Januar 1891 gestürzt und sein Nachfolger wurde Rudini, der zu Frankreich hinneigte. Damals wiesen die Hamburger Nachrichten darauf hin, daß die Aufgabe der Diplomatie, Italiens Lossprengung von der Triple-Allianz resp. dessen Alliierung mit Frankreich zu verhindern, namentlich unter Mithilfe Englands, nicht schwer zu lösen sei[56]).

Ein späterer Artikel desselben Blattes hebt hervor, „daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde wesentlich von der

Einwirkung abhängig ist, die England auf Italien ausübt, weil es, wenn es nicht Gefahr laufen will, im Kampfe um die Herrschaft im Mittelmeer isoliert zu werden und der französischen Macht zu unterliegen, der eventuellen Deckung seiner Küste durch die englische Flotte sicher sein muß. Es liegt anderseits im englischen Interesse, die italienische Mittelmeerpolitik Frankreich gegenüber zu fördern. Für England ist es nützlich, im Mittelmeer ein unabhängiges Italien zu haben; von Frankreich wird heute wie unter den Napoleons ein abhängiges Italien erstrebt..." Aus diesem Grunde warnte Bismarck davor, von Italien, das sich in schlechter Finanzlage befand, bedeutende militärische Rüstungen zu fordern. „Selbst ein minder starkes Italien, das sich nach der Decke streckt, leistet dem Dreibund, wenn es auf seiner Seite bleibt, immer noch gute Dienste. Die Gefahr, gegen die der Dreibund errichtet ist, die eines Doppelkrieges mit Frankreich und Rußland, ist Deutschland allenfalls imstande abzuhalten, wenn seine Politik richtig geleitet wird. Dabei ist vorausgesetzt, daß Deutschland auf die Unterstützung der vollen österreichisch-ungarischen Armee rechnen kann. Diese Bedingung des Erfolges fällt fort, wenn sich Österreich infolge der Haltung Italiens genötigt sähe, seine halbe Armee zur Deckung seiner italienischen Grenzen zu verwenden. Das Ziel einer verständigen Dreibundpolitik muß also darauf gerichtet sein, den Verbleib Italiens im Dreibunde möglichst zu sichern, und wenn Italien in der Versuchung ist, aus finanziellen Gründen in dieser Beziehung zu schwanken, ihm seine Entscheidung zugunsten des Dreibundes zu erleichtern. Dies geschieht nicht, indem man Italien im Namen des Dreibundes Daumschrauben anlegt, um es zu Erhöhung seiner militärischen Leistung zu zwingen... Jede italienische Armee, die zur Verfügung der Dreibundpolitik steht, muß dieser willkommen sein; wir halten es daher nicht für klug, eine Pression auf Italien auszuüben, daß es mehr Soldaten stellen soll, als seine Finanzen es erlauben[57])."

Italien selbst war in der ersten Periode des Dreibundes unzufrieden, weil das Bündnis ihm keine Früchte brachte; es wollte sich mit einer Versicherungspolitik nicht begnügen, sondern strebte nach positiven Vorteilen außerhalb seiner bestehenden Staatsgrenzen. Der vornehmste dieser Wünsche ging auf eine Grenzänderung in den Alpen. Selbst Crispi,

der Triest nicht wollte[8]), hatte die Hoffnung, das Trentino zu erwerben, keineswegs aufgegeben. Er dachte sein Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen, und beabsichtigte bei der nächsten Erneuerung des Dreibundvertrages die Frage direkt zur Sprache zu bringen[59]); aber bevor die Verhandlungen eröffnet wurden, war sein Ministerium gestürzt. Im Balkangebiet begnügte Crispi sich mit dem Desinteressement Österreich-Ungarns, er wünschte die Balkanfrage durch eine Autonomie der christlichen Balkanvölker und durch einen Balkanbund gelöst zu sehen. Aber im Mittelmeergebiet war es ihm doch keineswegs allein um die Garantie des status quo zu tun, sondern um eine Erweiterung der italienischen Machtsphäre an der Nordküste von Afrika. Er wollte nicht nur allen Ausdehnungsversuchen Frankreichs entgegentreten, sondern vor allem Tripolis für Italien erwerben, und zwar ohne daß Frankreich dafür eine Kompensation erhielte. Tripolis sollte vielmehr eine nachträgliche italienische Kompensation für die französische Okkupation von Tunis sein.

Im Herbst 1888 ließ der Bey von Tunis durch ein Dekret eine Inspektion der ausländischen Schulen einführen, eine Maßregel, die offensichtlich gegen die italienischen Schulen des französischen Protektorates gerichtet war. Die Rechtslage unterlag keinem Zweifel; das neue Dekret stand ebenso im Widerspruch zu den Kapitulationen, wie zu dem italienisch-tunesischen Vertrage vom Jahre 1868. Crispi setzte sich sofort mit Berlin, Wien und London in Verbindung. Während Kalnoky erklärte, daß Österreich nur indirekt interessiert sei, insofern der Friede erhalten bliebe und Italien in keinen Konflikt verwickelt würde, unterstützten England, das wegen der Maltesischen Schulen in Tunis eigene Interessen zu vertreten hatte, und Deutschland Crispi in Paris; der Erfolg war, daß Frankreich nach längerem Kampf die geplante Schulaufsicht stillschweigend fallen ließ[60]).

Auch als die Franzosen begannen, Biserta zu befestigen, leistete Crispi energischen Widerstand. Jedoch fehlte ihm hier jede rechtliche Handhabe; Frankreich hatte bei der Okkupation von Tunis im Jahre 1881 zwar England, aber nicht Italien die Zusage gemacht, Biserta nicht zu befestigen. Dennoch fand der Minister die Unterstützung Lord Salisburys und Bismarcks (und später Caprivis); aber nach seinem Sturz hörte der

kräftige Pulsschlag der italienischen Politik auf, und die Franzosen waren in der Lage, die Befestigung Bisertas ungehindert zu vollenden[61]).

Der größte Erfolg von Crispis Mittelmeerpolitik, der freilich auch wieder durch einen Sturz und durch die Unfähigkeit seines Nachfolgers illusorisch gemacht wurde, war, daß er die Anerkennung der italienischen Ansprüche auf Tripolis von den befreundeten Mächten erreichte. Die Gelegenheit zu dieser Aktion gaben ihm Berichte aus Tunis, daß Frankreich beabsichtigte, nach dem Ableben des regierenden Beys die tunesische Dynastie mit einer Pension abzufinden, dem Protektorat ein Ende zu machen und Tunis in eine französische Provinz zu verwandeln. Das wäre ebenso eine Veränderung des status quo im Mittelmeer gewesen, wie die Befestigung von Biserta. Crispi stellte Lord Salisbury in einem persönlichen Schreiben vor, daß die Bedrohung der englischen und der italienischen Mittelmeerinteressen erst aufhören würde, wenn Tripolis in italienischen Besitz käme. Der englische Minister, der schon im Jahre 1878, als er den Franzosen Tunis als Kompensation für die englische Erwerbung von Zypern anbot, etwaige Ansprüche Italiens auf Tripolis vorgemerkt hatte, erklärte jetzt dem italienischen Botschafter in London: wenn der status quo im Mittelmeer irgend welche Veränderung erführe, so würde die italienische Okkupation von Tripolis eine absolute Notwendigkeit werden. Die Interessen Europas würden diese Aktion zulassen, um zu verhindern, daß das Mittelmeer ein französischer Binnensee würde. Nur sei augenblicklich die Okkupation nicht opportun, da die Türkei Italien den Krieg erklären und ein Angriff Italiens auf Tripolis das Signal zur Aufteilung der Türkei geben würde. Italien möge also warten.

Crispi vergaß nicht, die englische Regierung durch eine Note auf Salisburys Äußerungen festzulegen. Im übrigen beabsichtigte er, nicht einfach abzuwarten, sondern setzte sich alsbald mit der tripolitanischen Fürstenfamilie in Beziehungen, die bis 1835, wo Tripolis der direkten Herrschaft der Türkei unterworfen wurde, in dem Vilajet regiert hatte. Er war im Besitz der grundsätzlichen Zustimmung Englands, Deutschlands und Österreichs zur Okkupation von Tripolis, und die Zustimmung Frankreichs wäre schließlich wahrscheinlich durch Zugeständnisse in Tunis zu erreichen gewesen.

Da vereitelte Crispis Sturz alle diese Aussichten. In Frankreich atmete man auf, als dieser Gegner gefallen war. So hatte auch Italien unter Bismarcks tätigem Beistand eine Rückversicherung erhalten, die formalerweise der Erhaltung des status quo im Mittelmeer galt, aber von einem unternehmenden und geschickten Politiker wie Crispi auch für politische „Erwerbszwecke" benutzt werden konnte. Natürlich vermochten die befreundeten Mächte ihren Beistand, soweit er über den rein defensiven Zweck des Bündnisses hinausging, nur zu leisten, soweit er ihren eigenen Interessen nicht widersprach, und das hing von den allgemeinen Verhältnissen der politischen Lage ab.

Schon aus der Frage, die Crispi im Jahre 1881 bei seinen Sondierungen in Wien wegen Tripolis stellen ließ, und ebenso aus den Klagen Robilants über die Unfruchtbarkeit des Dreibunds für Italien geht deutlich hervor, daß das Land den Anschluß an die Mittelmächte nicht zu rein defensiven Zwecken gesucht hat. Es erwartete vielmehr, dadurch seine Interessen außerhalb der Grenzen des Königreiches fördern zu können. Ebenso klar ist, daß Bismarck, solange Crispi Ministerpräsident war, diese Bestrebung Italiens nach Kräften unterstützt hat, obwohl sie jenseits der Dreibundziele lagen; das hat Crispi selbst anerkannt. Bismarck konnte es tun, weil die Nordküste von Afrika kein internationales Krisengebiet war wie der nahe Osten, und weil eine Betätigung des italienischen Ehrgeizes jenseits des Mittelmeers Italien vom Trentino ablenkte. Er half dem befreundeten Staat, soweit er es konnte, ohne die deutschen Interessen zu gefährden; und kraft des Rückversicherungsvertrages vermochte er in Paris den nötigen Druck auszuüben, ohne eine politisch gefährliche Situation zu schaffen.

Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages wirkte auch auf die Interessen und die Politik Italiens ein. Bisher hatte Bismarck, wie eben gesagt, die italienischen Interessen nicht nur in London, sondern auch in Paris wirksam unterstützen können. Aber unter Caprivi verfingen die Schritte, die die deutsche Diplomatie zugunsten Italiens in Frankreich unternahmen, bald nicht mehr, da die Republik sich auf die Entente mit Rußland stützen und größere Widerstandskraft entwickeln konnte. Crispi hingegen versuchte erklärlicherweise nach wie vor in Berlin Unterstützung für seine Pläne, und da die deutsche Regierung

diese Unterstützung nicht mehr gewähren konnte, wurde ihr sein Drängen unbequem. Der Publizist des Neuen Kurses, Julius von Eckardt, nannte den einzigen wirklichen Staatsmann, den Italien seit Cavour besessen hat, eine turbulente Persönlichkeit; und Ende 1893 notierte Hohenlohe: „Das Ministerium Crispi beunruhigt sowohl Caprivi wie Marschall und Holstein, weil man nie sicher sein kann, was der etwas aufgeregte Mann tun wird[82])."

Als ein späteres italienisches Kabinett unter veränderten Weltverhältnissen sich genötigt sah, auch die Zustimmung Frankreichs zu seiner Erwerbung von Tripolis zu erreichen, mußte es ihm dafür freie Hand in Marokko versprechen, wo Crispi auch schon Beziehungen angeknüpft hatte. Und es war nicht mehr dasselbe Tripolis; denn Frankreich hatte sich inzwischen durch einen Vergleich mit England das Hinterland angeeignet.

Jetzt waren die Expansionsinteressen Italiens von Frankreich abhängig geworden, und die erste internationale Wirkung der neuen Lage zeigte sich auf der Konferenz von Algeziras.

Anmerkungen.

Zu Kapitel 1.

[1]) Gedanken und Erinnerungen (Volksausgabe Berlin-Stuttgart 1916) II, 176.

[2]) Comte Fleury, La France et la Russie en 1870 (Paris 1902). S. 6, 19, 122.

[3]) Julius von Eckardt, Berlin und Petersburg. 1880, S. 117 ff.

[4]) Vgl. Moltkes Reichstagsrede vom 16. Februar 1874. Chesneys Artikel erschien 1871 in Blackwoods Magazine.

[5]) Vicomte Elie de Gontaut-Biron, Mon ambassade en Allemagne (1872—1875), herausgegeben von André Dreux, S. 69.

[6]) Wertheimer, Graf Julius Andrássy II, 222.

[7]) Dreux, Dernières Années de l'Ambassade du Vicomte Gontaut-Biron 177.

[8]) Dreux 332.

[9]) Lord Fitzmaurice, Life of Lord Granville II 228.

[10]) Lord Newton, Life of Lord Lyons II, 41, 52, 75, 74.

[11]) Life of Lord Granville II, 111.

[12]) Paul Curtius, Kurd von Schlözer S. 60, 69.

[13]) Life of Lord Granville II, 225.

[14]) Hanotaux, Histoire de la France contemporaine III, 79 f.

[15]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 157. Bismarck tadelte, daß der deutsche Gesandte diese Bemerkung ohne Widerspruch gelassen hatte; er fand in der Äußerung des belgischen Ministers eine starke Unterschätzung der Lebensfähigkeit Belgiens.

[16]) Memoirs and letters of Sir Robert Morier II, 334.

[17]) The Empress Frederick. A Memoir. London 1913, S. 261. Lord Fitzmaurice, Life of Lord Granville II, 115. — Der Hof von St. James stand mit diesen Befürchtungen allein. In Petersburg sagte Kaiser Alexander zu dem französischen Botschafter General Le Flô: „Beruhigen Sie sich doch; niemand will den Krieg, und es wird keinen Krieg geben." Und Kaiser Franz Joseph sagte während seines Petersburger Aufenthaltes, im Februar 1874 zu Le Flô: „Man ist in Berlin etwas nervös gewesen, aber ich glaube, man hat sich schon etwas beruhigt." (Staatsarchiv Bd. 48, S. 47 ff.)

[18]) Reichstagsrede vom 26. Juni 1884. Horst Kohl X, 214.

[19]) Memoirs and letters of Sir Robert Morier II, 76.

[20]) Aufzeichnung des späteren Unterstaatssekretärs Dr. Busch, Deutsche Rundschau, Oktober 1911, S. 48 ff.

[21]) Gespräch mit Dr. Hans Blum vom 30. Oktober 1892 (Penzler: Bismarck nach seiner Entlassung 1897 IV, 202). Vgl. dazu den Artikel der Hamburger Nachrichten bei Hofmann, Fürst Bismarck II, 168 f.; der die Wiedergabe Blums im wesentlichen bestätigt.

[22]) Dreux, Dernières Années S. 119.

[23]) Staatsarchiv Bd. 30, Nr. 5595.

[24]) Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten II, 119, 124, 438.

[25]) Wertheimer, Graf Julius Andrássy I, 514.

[26]) Im Sommer 1867 erklärte er es für die Hauptsache, daß das preußisch-russische Bündnis nicht gelingen kann. Wertheimer I, 455.

[27]) Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles S. 304 f.

[28]) Wertheimer II, 14—16. Przibram, Erinnerungen eines alten Österreichers 397.

[29]) Goriainow S. 304.

[30]) Goriainow S. 143.

[31]) Gedanken und Erinnerungen II, 231.

[32]) Gontaut-Biron, Mon ambassade en Allemagne S. 159, 160. — Zum Grafen Chaudordy sagte Gortschakow in demselben Jahre: „Wir wollen, daß Frankreich groß und stark ist, wir wünschten Paris seinen alten Glanz wiedergewinnen zu sehen: aber sprechen Sie mir niemals von der Revanche." (Interview des Herzogs de Broglie, im Gaulois vom 20. Mai 1890, zitiert bei Pierre Albin, La France et l'Allemagne 1885—94, S. 227.)

[33]) a. a. O. S. 165.

[34]) Brief Kaiser Wilhelms an Bismarck vom 6. August und Bismarcks Antwort vom 12. August 1872. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 224, 225.

[35]) Goriainow S. 307.

[36]) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen Bd. I, S. 242. Brief vom 19. September 1873.

[37]) Gontaut-Biron S. 396.

[38]) Life of Lord Granville II, 111.

[39]) Grundfalsch scheint mir Wertheimers Auffassung (Graf Andrássy II, 75) zu sein, daß Bismarck von der Zusammenkunft der drei Kaiser am wenigsten befriedigt gewesen sei, da es ihm nicht gelungen, „wie es zweifellos seine Absicht gewesen, die drei Mächte zu einer einheitlichen Haltung gegenüber Frankreich zu veranlassen". Wie hätten sich Rußland oder Österreich auf bestimmte Verpflichtungen in dieser Hinsicht einlassen können? Und was hätte ihnen Deutschland dafür bieten sollen? Der deutsche Standpunkt geht klar aus dem zitierten Briefe Wilhelms I. hervor: „auf B i n d e n d e s lasse ich mich n i c h t ein."

[40]) Nach einer Denkschrift Andrássys aus dem Jahre 1886. Wertheimer III, 225.

[41]) Wertheimer, II, 72.

[42]) Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, 5. Auflage, S. 54.

[43]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, Stettin 15. September 1879, bei Busch Bismarck, some secret pages III, 265f.

[44]) Wertheimer II, 89.

Zu Kapitel 2.

[1]) Gabriel Hanotaux gibt, ohne sich ganz deutlich auszudrücken, so viel von den früheren Behauptungen preis, daß auf Grund seiner Darstellung Pierre Albin die Furcht der französischen Regierung vor einer Forderung Deutschlands, seine Rüstungen einzuschränken, als die tragischste Seite der Angelegenheit bezeichnet. Albin, La France et l'Allemagne 1884—94, S. 228 Anm. 1.

[2]) Am 13. und 19. April.

[3]) Charles Gavard, Un diplomate à Londres. (Paris 1895.) S. 252. — An die italienische Regierung war, ebenfalls aus Motiven des Kulturkampfes, eine ähnliche Note gerichtet worden.

[4]) Lord Lyons II, 75.

[5]) Mémoirs and letters of Sir Robert Morier II, 334. — Erwähnt wird der Klatsch auch bei Dreux, Dernières Années S. 360.

[6]) „Germany since the peace of Frankfort."

[7]) Revue bleue 1887, Bd. 2, S. 194.

[8]) Gedanken und Erinnerungen II, 201.

[9]) Gespräch Bismarcks mit Hans Blum, 30. Oktober 1892. Penzler IV, 200.

[10]) So schrieb Graf Eulenburg, der damalige Chef des Spezialbureaus des Reichskanzlers am 2. Februar 1875, als die Mission Radowitz noch nicht offiziell bekannt war, an einen diplomatischen Freund. Der Besitzer dieses Briefes hat ihn augenscheinlich dem Fürsten Bismarck zur Verfügung gestellt, als die Hamburger Nachrichten gegen Geffckens Artikel in der Deutschen Revue polemisierten, und die Hamburger Nachrichten veröffentlichten ihn am 4. Nov. 1892 (Hofmann II, 160 f.). Die unangenehmen Dinge, die Radowitz Gortschakow sagen sollte, betreffen freilich nur eine und eine nebensächliche Seite der Sache, die aber auch von Bismarck in seinem Gespräch mit Hans Blum (s. o.) erwähnt wird. Für die Polemik gegen Geffcken war dieser Brief ein sehr glücklicher Fund, aber er scheint die Darstellung in den Gedanken und Erinnerungen etwas einseitig beeinflußt zu haben.

[11]) Bismarcks Gespräch mit Hans Blum, s. o.

[12]) Wertheimer II, 224 ff.

[13]) Loftus, Reminiscences II, 124 ff.

[14]) Hofmann, Fürst Bismarck II, 161.

[15]) de Broglie, La mission de Gontaut-Biron à Berlin S. 185.

[16]) Gespräch mit Dr. Hans Blum vom 30. Okt. 1892 (Penzler IV, 199).

[17]) Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung am 13. November 1892, von den Hamburger Nachrichten übernommen. Penzler IV, 222.

[18]) Vgl. auch Bismarcks Brief an Kaiser Wilhelm vom 13. August 1875. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 256 ff.

[19]) Bismarck-Jahrbuch I, 87 ff.

[20]) Der russische Botschafter in Paris.

[21]) Veröffentlichungen Le Flós im Figaro vom 21. Mai 1887, abgedruckt im Staatsarchiv Bd. 48, S. 47 ff.

[22]) Lord Lyons II, 70 ff.

[23]) Staatsarchiv Bd. 48 a. a. O. Le Flô verrät nicht, wer der fürstliche Verfasser des Briefes gewesen ist. War es vielleicht die Königin von Holland?

Bismarck glaubte, daß sie bei dem Kriegslärm von 1875 die Hand im Spiele gehabt habe. (Hohenlohes Denkwürdigkeiten II, 171. Äußerung Bismarcks vom 8. September 1875.) Eine Bestätigung dafür scheint sich in dem Buche des Herzogs de Broglie zu finden: La Mission de Mr. Gontaut-Biron à Berlin. Paris 1896, S. 217. Die Königin von Holland — heißt es dort — deren Warnungen Napoleon III. zu Unrecht in den Wind geschlagen hatte, teilte dem französischen Gesandten vertraulich mit, daß sie alle Besorgnisse Decazes' teilte, und daß ihre eigenen Nachrichten sie bestätigten.

[24]) Christoph von Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten II, 29.

[25]) Eckardt, Lebenserinnerungen II, 92. — Vgl. über Rößler ferner die Aufsätze von Lenz, Allg. D. Biographie Bd. 53, Delbrück, Preuß. Jahrbuch Nov. 1897, Scholler im Jahrbuch 1897, XXVI, Heft 3.

[26]) Am 21. März 1875 sprach Bismarck mit Hohenlohe über die verschiedenen Allianzen, die gegen Deutschland möglich wären. Hohenlohe notiert darüber: „Wenig Wert legte er auf die Allianz Österreich-Italien-Frankreich; der seien wir gewachsen, da wir mit Österreich mit 4 000 000 Mann fertig werden könnten." Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 152.

[27]) Dies wird in den Berichten des französischen Botschafters völlig zugegeben, ebenso in dem Aufsatz des Senators Edmond Scherer in der Revue Bleue (1887, Bd. II, S. 192 ff.).

[28]) Lord Lyons II, 72.

[29]) Staatsarchiv 48, S. 50.

[30]) Dem deutschen Militärbevollmächtigten, General von Werder, erzählte der Zar am 25. April, er habe Le Flô gesagt, er könne ihm sein Ehrenwort geben, daß die Regierung Kaiser Wilhelms durchaus friedlich gesinnt sei und keineswegs mit Angriffsplänen umginge. Staatsarchiv Bd. 48, S. 66.

[31]) Wie bemerkt, hatte ein Artikel der Nordd. Allg. Zeitung dies bereits am 9. April klargestellt.

[32]) Der Kaiser erwähnte dabei ausdrücklich die Zeitungen, und ebenso bezeichnete er dem österreichischen Botschafter die Zeitungen als die eigentlichen Schuldigen. Dreux, Dernières Années S. 86. Der Herzog von Decazes schrieb sehr bald darauf, am 29. April, an Le Flô: „Der Kaiser hat kürzlich zum Prinzen Polignac gesagt: ‚Man hat uns brouillieren wollen.' Ich sehe nicht ganz deutlich, wer dieser ‚man' ist, und ich kenne den Namen dieses Friedensstörers nicht" (Staatsarchiv 58, S. 55). Bei Geffcken (Frankreich, Rußland und der Dreibund (S. 94) ist daraus folgendes Geschichtchen geworden: „Dem französischen Militärattaché bemerkte der Kaiser gelegentlich: „On a voulu nous brouiller" — und als der Prinz de Polignac erwiderte: „Oserai-je demander Sire, qui est ce ‚on'?" antwortete der Kaiser mit einem bezeichnenden Lächeln, indem er den Finger auf den Mund legte."

[33]) Dreux S. 91 ff.

[34]) a. a. O. S. 105.

[35]) a. a. O. S. 91—98.

[36]) Hohenlohe II, 177.

[37]) Dreux S. 98 ff.

[38]) Die Nordd. Allg. Zeitung rechtfertigte in ein paar Artikeln die Polemik deutscher Zeitungen gegen die französische Presse mit der Sprache, die die letztere geführt hatte.

39) Dreux S. 100.
40) Hanotaux II, 419.
41) Lord Lyons II, 69.
42) a. a. O. S. 68—73.
43) Dreux S. 100 f.
44) Dreux S. 100.
45) Hanotaux III, 83.
46) Lord Lyons II, 109: Decazes, who was anything but a straightforward politician ... und S. 100: „this intriguer".
47) Staatsarchiv 48, S. 58.
48) Kaiser Alexander wurde auf seiner Reise nach Ems in Berlin erwartet.
49) Vgl. Le Flós Erzählung im Staatsarchiv Bd. 48, S. 57, 59.
50) Staatsarchiv Bd. 48, S. 66. (Der Bericht wurde am 1. Juni 1887 von der Nordd. Allg. Zeitung veröffentlicht.)
51) Wertheimer II, 232.
52) a. a. O.
53) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 158.
54) Hanotaux sucht in seiner Histoire contemporaine II, 266 die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß Blowitz seinen Artikel auf Anregung Hohenlohes geschrieben habe. Blowitz selbst erzählt in seinen Memoiren seine beiden Unterredungen mit Decazes, aber sein Buch ist ein solcher Hintertreppenroman, daß man sich auf seine Aussage nicht berufen kann. Dagegen bekundet der damalige französische Geschäftsträger in London, Charles Gavard, ausdrücklich, daß Blowitz seinen Artikel „sous la dictée" des Herzogs geschrieben habe. (Gavard, Un Diplomate à Londres S. 244.) Auch Scherer (Revue Bleue 1887, II, S. 194) sagt, der Artikel sei von Decazes inspiriert, und schließlich haben wir das direkte Zeugnis Daudets, Histoire diplomatique de l'alliance franco-russe. 2e ed., 1894, S. 73 f.
55) Lord Lyons II, 73.
56) Gavard, Un Diplomate à Londres S. 241. Lord Lyons II, 76.
57) Gavard S. 241 ff.
58) Loftus, Reminiscences II, 127 ff.
59) Gavard S. 249.
60) Brief des Herzogs Decazes vom 17. Mai 1875 (Staatsarchiv Bd. 48, S. 60).
61) Dreux S. 137.
62) Hohenlohe II, 156.
63) Graf Münster wurde bereits am 9. Mai über den Schritt des englischen Botschafters informiert. Hohenlohe II, 156. Vgl. auch Dreux 137.
64) Wertheimer II, 236. — Lord Odo Russell erzählte Gontaut und dem französischen Gesandten in München die Unterredung mit Bismarck so, daß er den Reichskanzler gewissermaßen katechisiert habe (Dreux S. 137 und Anm.). Ähnlich erzählt er seinem Bruder Arthur Russell (M. Grant Duff, Notes from a diary 1886—88, I, 128). Dieser Bericht stimmt in seinem ganzen Ton nicht recht damit überein, daß Bismarck den Versicherungen Russells Glauben geschenkt hat, „daß er jederzeit den besten Glauben an unsere friedlichen Absichten berichtet hat". (Brief Bismarcks an Kaiser Wilhelm vom 15. August

1875.) In demselben Sinne ließ Bismarck schon am 9. Mai an Graf Münster schreiben (Hohenlohe II, 157).

[66]) Hohenlohe II, 156.

[67]) Wertheimer II, 243—246.

[68]) Dreux S. 169.

[69]) Die Relation, die Wertheimer seiner Darstellung zugrunde legt, muß abgelehnt werden. Die Pointe dieser Erzählung beruht nach ihm darauf, daß Gortschakow in dem Augenblicke bei Bismarck gemeldet wurde, als Lord Odo Russell sich seines Auftrages erledigt hatte; Gortschakow habe Russell, der sich entfernen wollte, zurückgehalten, und Bismarck gesagt, die Anwesenheit des englischen Botschafters sei ihm gerade erwünscht (Wertheimer II, 236). Ganz so dramatisch war der Vorgang nicht. Odo Russell war am 9. Mai bei Bismarck und Gortschakow einen Tag später. Der Bericht des Grafen Karolyi, den Wertheimer benutzt, fußt offenbar auf einer Erzählung Odo Russells. Aber dieser führte seinen amtlichen Auftrag am 9. Mai aus. Am 10. dinierte er bei Bismarck, und nach dem Essen kam Gortschakow. Am 11. fand ein neues Gespräch zwischen Bismarck und Russell statt, in dessen Verlauf sich der Reichskanzler bitter über Gortschakows Intervention beschwerte (vgl. Lord Lyons II, S. 78, 79). — Gortschakow selbst erzählte Gontaut über die Unterredung mit Bismarck folgendes: „Ich muß gestehen, daß mir Bismarck ein wenig erregt, ein wenig nervös vorkam; denn er hatte jeden Tag in der Zeitung lesen müssen, daß der Kaiser Alexander der Schiedsrichter über den Frieden sei, daß er nach Berlin käme, um den Frieden zu erzwingen usw. Als er mich gestern ansprach, sagte er mir im Tone des Scherzes: „Sind Sie gekommen, um das ‚Quos Ego' auszusprechen?" — „Ich will von alledem gar nichts sagen", erwiderte ich, „ich habe mein Latein vergessen. Ich komme nur um Sie zu sehen; ich will mir das Vergnügen machen, mit Ihnen zu sprechen, und jedenfalls werden wir uns verständigen." Dreux, Dernières Années 148.

[70]) Gedanken und Erinnerungen II, 202. — Vgl. hierzu den Bericht von Blowitz über eine Unterredung mit Bismarck, Juli 1878, abgedruckt bei Hahn, Fürst Bismarck II, 313 f.

[70]) Dreux 145 ff.

[71]) Persönliche Mitteilungen der Prinzessin an den früheren Berliner Times-Korrespondenten, Herrn Charles Lowe.

[72]) Hanotaux III, 289.

[73]) Lord Lyons II, 73.

[74]) A. a. O. II, 69.

[75]) Brief vom 17. Mai 1875, Dreux S. 155.

[76]) Hanotaux III, 291.

[77]) Hohenlohes II, 289 (Tagebuch vom 10. Febr. 1880).

[78]) de Broglie a. a. O. Gontaut-Biron I, 255.

[79]) Dreux S. 107 ff.

[80]) Wieder abgedruckt bei Daudet, Souvenirs de la présidence du maréchal de Mac Mahon 89 ff.

[81]) Schérer sagt von Daudets Artikel, er sei offensichtlich unter den Augen des Herzogs Decazes geschrieben. Nach den heute vorliegenden Veröffentlichungen ist es klar, daß der Artikel auf Grund von amtlichem Material verfaßt ist.

[82]) Daudet a. a. O. S. 116 f.

[83]) Duc de Broglie a. a. O. S. 228. — Vgl. auch Jules Hanſen, Les coulisses de la diplomatie S. 307, 308.

[84]) Im „Temps" wurde die Richtigkeit von Daudets Darſtellung beſtritten. Der „Temps" erklärte die Veröffentlichungen Daudets im Jahre 1879 folgendermaßen: Die franzöſiſchen Konſervativen wollten die vorhandene Verſtimmung gegen Deutſchland benutzen, um das Kabinett Waddington zur Aufgabe ſeiner bisherigen Haltung und zur Annäherung an Rußland zu zwingen, ſo daß es die Politik des Herzogs Decazes wieder aufnähme und ſie dadurch rechtfertigte. Daudet, Histoire diplomatique de l'alliance franco-russe (1894) S. 75.

[85]) Staatsarchiv Bd. 48, S. 66.

[86]) Lord Lyons II, 75.

[87]) Oncken, R. von Bennigſen II, 285.

[88]) Brief Bismarcks an Kaiſer Wilhelm vom 13. Auguſt 1875.

[89]) Oncken a. a. O. Münſter ſchreibt an Bennigſen, die ultromantanen Stenographen des Wolffſchen Bureaus hätten den Bericht über Derbys Rede abſichtlich gefälſcht. Tatſächlich haben die Vertreter der ausländiſchen Preſſe bis zum Jahre 1915 keinen Zutritt zu der Preſſegalerie des engliſchen Parlaments gehabt; die auswärtigen Telegraphenagenturen erhielten die engliſchen Parlamentsberichte lediglich durch das Reuterſche Bureau; das Wolffſche Telegraphenbureau hatte damals überhaupt noch keinen eigenen Vertreter in London.

Eine Erklärung für den ſeltſamen Verdacht Graf Münſters finden wir in dem politiſchen Tagesbericht der „Nordd. Allg. Zeitung" vom 9. April 1875. Hier wird — möglicherweiſe auf Grund eines Berichts der deutſchen Botſchaft in London — dargelegt, daß das katholiſche College in Maynooth (in Irland) Stenographen ausbildete, die in den Londoner Zeitungsredaktionen beſchäftigt wurden und dort einen gewiſſen politiſchen Einfluß gewannen. Aber dieſe Kombination entbehrt offenbar jedes ſoliden Grundes; der Urſprung der Intrige lag in Paris und nicht in Maynooth und war rein politiſchen und nicht kirchen-politiſchen Charakters.

[90]) Der „Reichsanzeiger" erklärte: „Daß die Vermehrung der Cadres hier eine gewiſſe Beunruhigung erzeugt hat, iſt richtig. Dieſe Beunruhigung hat aber nicht im entfernteſten zu kriegeriſchen Entſchlüſſen oder auch nur Erwägungen in Deutſchland geführt, und es hat bei der Reichsregierung zu keiner Zeit die Abſicht beſtanden, eine Aufforderung zur Reduktion der Streitkräfte oder auch nur zur Siſtierung der Armeeorganiſation an die franzöſiſche Regierung zu richten. Es iſt zu keiner Zeit auch nur der Gedanke an eine ſolche oder ähnliche in Erwägung gezogen oder überhaupt erwähnt worden."

[91]) Hohenlohe II, 169.

[92]) Brief Kaiſer Wilhelms an Bismarck vom 6. Auguſt 1875. Anhang zu Gedanken und Erinnerungen I, 256.

[93]) Brief Bismarcks an Kaiſer Wilhelm vom 13. Auguſt 1875. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 258.

[94]) Gontaut-Biron S. 244.

[95]) Bismarcks Brief an Kaiſer Wilhelm vom 13. Auguſt.

[96]) Penzler, Bismarck nach ſeiner Entlaſſung IV, 225.

1875.) In demselben Sinne ließ Bismarck schon am 9. Mai an Graf Münster schreiben (Hohenlohe II, 157).

[65]) Hohenlohe II, 156.

[66]) Wertheimer II, 243—246.

[67]) Dreux S. 169.

[68]) Die Relation, die Wertheimer seiner Darstellung zugrunde legt, muß abgelehnt werden. Die Pointe dieser Erzählung beruht nach ihm darauf, daß Gortschakow in dem Augenblicke bei Bismarck gemeldet wurde, als Lord Odo Russell sich seines Auftrages erledigt hatte; Gortschakow habe Russell, der sich entfernen wollte, zurückgehalten, und Bismarck gesagt, die Anwesenheit des englischen Botschafters sei ihm gerade erwünscht (Wertheimer II, 236). Ganz so dramatisch war der Vorgang nicht. Odo Russell war am 9. Mai bei Bismarck und Gortschakow einen Tag später. Der Bericht des Grafen Karolyi, den Wertheimer benutzt, fußt offenbar auf einer Erzählung Odo Russells. Aber dieser führte seinen amtlichen Auftrag am 9. Mai aus. Am 10. dinierte er bei Bismarck, und nach dem Essen kam Gortschakow. Am 11. fand ein neues Gespräch zwischen Bismarck und Russell statt, in dessen Verlauf sich der Reichskanzler bitter über Gortschakows Intervention beschwerte (vgl. Lord Lyons II, S. 78, 79). — Gortschakow selbst erzählte Gontaut über die Unterredung mit Bismarck folgendes: „Ich muß gestehen, daß mir Bismarck ein wenig erregt, ein wenig nervös vorkam; denn er hatte jeden Tag in der Zeitung lesen müssen, daß der Kaiser Alexander der Schiedsrichter über den Frieden sei, daß er nach Berlin käme, um den Frieden zu erzwingen usw. Als er mich gestern ansprach, sagte er mir im Tone des Scherzes: „Sind Sie gekommen, um das ‚Quos Ego' auszusprechen?" — „Ich will von alledem gar nichts sagen", erwiderte ich, „ich habe mein Latein vergessen. Ich komme nur um Sie zu sehen; ich will mir das Vergnügen machen, mit Ihnen zu sprechen, und jedenfalls werden wir uns verständigen." Dreux, Dernières Années 148.

[69]) Gedanken und Erinnerungen II, 202. — Vgl. hierzu den Bericht von Blowitz über eine Unterredung mit Bismarck, Juli 1878, abgedruckt bei Hahn, Fürst Bismarck II, 513 f.

[70]) Dreux 145 ff.

[71]) Persönliche Mitteilungen der Prinzessin an den früheren Berliner Times-Korrespondenten, Herrn Charles Lowe.

[72]) Hanotaux III, 289.

[73]) Lord Lyons II, 73.

[74]) A. a. O. II, 69.

[75]) Brief vom 17. Mai 1875, Dreux S. 155.

[76]) Hanotaux III, 291.

[77]) Hohenlohes II, 289 (Tagebuch vom 10. Febr. 1880).

[78]) de Broglie a. a. O. Gontaut-Biron I, 255.

[79]) Dreux S. 107 ff.

[80]) Wieder abgedruckt bei Daudet, Souvenirs de la présidence du maréchal de Mac Mahon 89 ff.

[81]) Schérer sagt von Daudets Artikel, er sei offensichtlich unter den Augen des Herzogs Decazes geschrieben. Nach den heute vorliegenden Veröffentlichungen ist es klar, daß der Artikel auf Grund von amtlichem Material verfaßt ist.

[82]) Daudet a. a. O. S. 116 f.

[83]) Duc de Broglie a. a. O. S. 228. — Vgl. auch Jules Hanſen, Les coulisses de la diplomatie S. 307, 308.

[84]) Im „Temps" wurde die Richtigkeit von Daudets Darſtellung beſtritten. Der „Temps" erklärte die Veröffentlichungen Daudets im Jahre 1879 folgendermaßen: Die franzöſiſchen Konſervativen wollten die vorhandene Verſtimmung gegen Deutſchland benutzen, um das Kabinett Waddington zur Aufgabe ſeiner bisherigen Haltung und zur Annäherung an Rußland zu zwingen, ſo daß es die Politik des Herzogs Decazes wieder aufnähme und ſie dadurch rechtfertigte. Daudet, Histoire diplomatique de l'alliance franco-russe (1894) S. 75.

[85]) Staatsarchiv Bd. 48, S. 66.

[86]) Lord Lyons II, 75.

[87]) Oncken, R. von Bennigſen II, 285.

[88]) Brief Bismarcks an Kaiſer Wilhelm vom 13. Auguſt 1875.

[89]) Oncken a. a. O. Münſter ſchreibt an Bennigſen, die ultromantanen Stenographen des Wolffſchen Bureaus hätten den Bericht über Derbys Rede abſichtlich gefälſcht. Tatſächlich haben die Vertreter der ausländiſchen Preſſe bis zum Jahre 1915 keinen Zutritt zu der Preſſegalerie des engliſchen Parlaments gehabt; die auswärtigen Telegraphenagenturen erhielten die engliſchen Parlamentsberichte lediglich durch das Reuterſche Bureau; das Wolffſche Telegraphenbureau hatte damals überhaupt noch keinen eigenen Vertreter in London.

Eine Erklärung für den ſeltſamen Verdacht Graf Münſters finden wir in dem politiſchen Tagesbericht der „Nordd. Allg. Zeitung" vom 9. April 1875. Hier wird — möglicherweiſe auf Grund eines Berichts der deutſchen Botſchaft in London — dargelegt, daß das katholiſche College in Maynooth (in Irland) Stenographen ausbildete, die in den Londoner Zeitungsredaktionen beſchäftigt wurden und dort einen gewiſſen politiſchen Einfluß gewannen. Aber dieſe Kombination entbehrt offenbar jedes ſoliden Grundes; der Urſprung der Intrige lag in Paris und nicht in Maynooth und war rein politiſchen und nicht kirchen-politiſchen Charakters.

[90]) Der „Reichsanzeiger" erklärte: „Daß die Vermehrung der Cadres hier eine gewiſſe Beunruhigung erzeugt hat, iſt richtig. Dieſe Beunruhigung hat aber nicht im entfernteſten zu kriegeriſchen Entſchlüſſen oder auch nur Erwägungen in Deutſchland geführt, und es hat bei der Reichsregierung zu keiner Zeit die Abſicht beſtanden, eine Aufforderung zur Reduktion der Streitkräfte oder auch nur zur Siſtierung der Armeeorganiſation an die franzöſiſche Regierung zu richten. Es iſt zu keiner Zeit auch nur der Gedanke an eine ſolche oder ähnliche in Erwägung gezogen oder überhaupt erwähnt worden."

[91]) Hohenlohe II, 169.

[92]) Brief Kaiſer Wilhelms an Bismarck vom 6. Auguſt 1875. Anhang zu Gedanken und Erinnerungen I, 256.

[93]) Brief Bismarcks an Kaiſer Wilhelm vom 13. Auguſt 1875. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 258.

[94]) Gontaut-Biron S. 244.

[95]) Bismarcks Brief an Kaiſer Wilhelm vom 13. Auguſt.

[96]) Penzler, Bismarck nach ſeiner Entlaſſung IV, 225.

Zu Kapitel 3.

[1]) Wertheimer I, 457.

[2]) Raschdau, Aus dem politischen Nachlaß des Unterstaatssekretärs Dr. Busch. Deutsche Rundschau, Dezemberheft 1908, S. 402 f.

[3]) Goriainow, La Bosphore et les Dardanelles I, 307.

[4]) Goriainow I, 308—10.

[5]) Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck S. 54.

[6]) Hohenlohe II, 118, 129 (Notizen vom 2. Mai und 12. November 1874).

[7]) Mittnacht S. 54 (20. August 1875).

[8]) Hofmann, Fürst Bismarck I, 165. — In den Gedanken und Erinnerungen II, 294 findet sich derselbe Gedanke, aber mit umgekehrter Pointierung.

[9]) Gedanken und Erinnerungen II, 294.

[10]) Wertheimer II, 256.

[11]) Lord A. Loftus, Reminiscences II, 117.

[12]) Vgl. den Bericht des französischen Botschafters in Petersburg von 1870 (Fleury, La France et La Russie en 1870, S. 97).

[13]) Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes, 15. Mai 1915, S. 313.

[14]) Raschdau, Aus dem politischen Nachlaß des Unterstaatssekretärs Dr. Busch, Deutsche Rundschau, Dezemberheft 1908, S. 390ff. — Nelidow, Souvenirs a. a. O. 302 ff.

[15]) Nach einer Äußerung Baron Jominis (21. Oktober 1875) bei Hanotaux IV, 70.

[16]) Vgl. Troubetzkoi, La politique russe en Orient. Revue d'histoire diplomatique 1907, S. 161 ff.

[17]) Goriainow S. 314.

[18]) Nach dem Ankauf der Suezkanalaktien schrieb Sir Robert Morier an William White: „Wäre Dizzy zwanzig Jahre jünger, so besäße er vielleicht Rückgrat genug, um mindestens etwas Originelles aus den Kanalaktien zu machen, aber er ist steif in den Gelenken, und die anderen ... nun, wir werden sehen." (Brief vom 29. Dezember 1875.) H. Sutherland Edwards, Sir William White S. 76.

[19]) Goriainow S. 314—16.

[20]) Goriainow S. 314—16.

[21]) Hanotaux IV, 63.

[22]) Hanotaux III, 371.

[23]) Lord Lyons II, 83, 113. Im Jahre 1876 schlug Decazes England sogar ein geheimes Bündnis zum Schutze Belgiens und Hollands vor.

[24]) Nelidow, Souvenirs a. a. O. 311.

[25]) Italienisches Grünbuch: Gli affari d'Oriente (der Kammer am 5. März 1877 vorgelegt): Schreiben Melagaris an Launay vom 7. Mai. Bericht Launays vom 13. Mai.

[26]) Hohenlohe II, 190. — Vgl. auch die Tagebuchnotiz des englischen Kriegssekretärs Gathorne-Hardy: „es ist einigermaßen unverfroren, die telegraphische Zustimmung Englands nachzusuchen, als ob sie zu beraten und zu entscheiden, und wir nur ja zu sagen hätten". Gathorne-Hardy, First Earl of Cranbrook, A Memoir I, 365.

[27]) So von dem früheren Botschafter in Konstantinopel Lord Stratford de Redcliffe, von dem derzeitigen Schatzkanzler Sir Stafford Northcote und

dem Führer der Oppoſition Lord Hartington. — Vgl. Morley, Life of Gladstone II, 335. Andrew Long, Sir Stafford Northcote II, 99. Lord Fitzmaurice, Life of Lord Granville II, 166. — Vgl. auch Lord Granville II, 264.

[28]) Artikel vom 7. November 1896. Hofmann, Fürſt Bismarck II, 383.

[29]) Hohenlohe II, 197 f. — Vgl. Bismarcks Brief an Münſter, 6. Juli 1876 (Nachtrag zu den Gedanken und Erinnerungen II, 488).

[30]) Wertheimer II, 312.

[31]) „The fatal Dreikaiserbund" heißt es in den Memoiren des engliſchen Botſchafters in Konſtantinopel, Sir Henry Elliot; Zitat bei Spencer Walpole, History of 25 years IV, 71.

[32]) Wertheimer II, 358.

[33]) Sir H. Drummond Wolff, Rambling recollections II, 265.

[34]) Lord Derby vermutete ſchon zur Zeit des Berliner Memorandums, daß ein geheimes Abkommen zwiſchen Öſterreich und Rußland exiſtiert. Dictionary of National Biography (Lord Derby).

[35]) Gedanken und Erinnerungen II, 290.

[36]) Wertheimer II, 316 f.

[37]) Nelidow, Souvenirs a. a. O. 331 f.

[38]) Mijatowitſch, Memoirs of Balkan diplomatist. London 1917. S. 33.

[39]) Wertheimer II, 323 ff.

[40]) Andrew Long, Sir Stafford Northcote II, 104.

[41]) Brief Disraelis vom 30. September 1876. Gathorne-Hardy I, 372.

[42]) Long, Sir Stafford Northcote II, 165.

[43]) Dictionary of National Biography (Lord Derby) a. a. O.

[44]) Lord Lyons II, 95.

[45]) Vgl. die Artikel der Quarterly Review 1902, Oktoberheft, S. 658, und in der Fortnightly Review 1884, II, 528 (Lord Salisbury as foreign Minister) und 1897, I, 458 (Lord Salisbury and the Eastern question). Ferner Spencer Walpole, History of 25 years IV, 77 ff. Lord Granville hob ſpäter im Oberhauſe dieſen Gegenſatz zwiſchen Beaconsfield und Salisbury mit wirkſamen Spott hervor. Life of Lord Granville II, 176.

[46]) Life of Lord Granville II, 167. — Herbert Paul, History of England, IV. Kapitel.

[47]) A. Long, Sir Stafford Northcote II, 104.

[48]) Engliſches Blaubuch, Turkey Nr. 6 (1877), C 1660.

[49]) Hanotaux IV, 112.

[50]) Gathorne-Hardy I, 371. D'Avril, Négociations relatives au traité de Berlin II, 112.

[51]) Staatsarchiv Bd. 31, S. 139.

[52]) Gathorne-Hardy II, 367.

[53]) Nouvelle Revue 1880, IV, 477.

[54]) Hohenlohe II, 201.

[55]) Goriainow 522 f.

[56]) Staatsarchiv Bd. 31, S. 252.

[57]) Hohenlohes II, 201, 202 (Eintragungen vom 28. und 29. September 1876).

[58]) Gathorne-Hardy I, 377.

[59]) Gedanken und Erinnerungen II, 242.

[60]) Graf Chandordy hat die Aufzeichnung St. Valliers, ohne dessen Namen zu nennen, als Anhang zu seinem Buch „La France en 1889" veröffentlicht. Aber daß es St. Vallier war, dem Bismarck diese Mitteilungen gemacht hat, ist nicht schwer zu erraten. Die Aufzeichnung ist datiert vom 14. November 1879. St. Vallier weilte vom 11. bis 14. November in Varzin.

[61]) Wertheimer, Andrássy III, 249.

[62]) Wertheimer III, 234.

[63]) Nouvelle Revue 1880, IV, 476 ff. Staatsarchiv 37, S. 227. Über den Quellenwert des Aufsatzes vgl. Anm. 1 des folg. Kapitels. Vgl. auch die Depesche Sir E. Malets an Lord Derby Rom, 16. Oktober 1876: Es sei sehr natürlich, anzunehmen, daß die italienischen Staatsmänner die Möglichkeit eines Krieges zwischen Österreich und Rußland ins Auge fassen. Staatsarchiv Bd. 31, S. 180.

[64]) Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, N. F. S. 10. — Raschdau aus den Papieren Dr. Buschs, Deutsche Rundschau Bd. 141, S. 207 (Novemberheft). — Bismarck an Graf Holstein, 2. Januar 1877, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen II, 492. — Bismarcks Reichstagsrede vom 6. Februar 1888.

[65]) Goriainow 322.

[66]) Nouvelle Revue 1880, Bd. VI, 746. (Vgl. Anm. 1 des folgenden Kapitels.) Das hier angegebene Datum — der 3. Oktober — ist alter Stil.

[67]) Nelidow, Souvenirs (Revue des deux Mondes 1915, Bd. 28, S. 244). Nelidow wurde dieser Posten vor der Rückkehr Ignatiews nach Konstantinopel (17. Oktober) angeboten.

[68]) Staatsarchiv Bd. 31, 133. (Bericht des englischen Botschafters in Konstantinopel vom 24. September 1876.)

[69]) Nouvelle Revue 1880, IV. — Dies wird Nouvelle Revue 1880, VI dementiert, aber von Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes 1915, Bd. 28, S. 253, bestätigt. — Staatsarchiv 37, S. 227, 278.

[70]) Wellesley, With the Russians in peace and war, 109.

[71]) Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes 1915, Bd. 28, S. 256.

[72]) Nelidow a. a. O. S. 244, 254.

[73]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 220. (5. September 1877.)

[74]) Spencer Walpole, History of 25 years IV, 121.

[75]) Wertheimer II, 362 f.

[76]) Lord Lyons II, 204. — Lord Derby soll dem französischen Botschafter in London gesagt haben, daß Bismarck wiederholt darauf zurückgekommen sei. — Dreux, Dernières Années S. 266.

[77]) Wertheimer II, 362 f. — Vgl. dazu Bismarcks Reichstagsrede vom 2. März 1885.

[78]) Lord Salisbury an Lord Lyons, 6. Juni 1879: Our object in Egypt, ever since we promised some four years ago not to take it ... Lord Lyons II, 183.

[79]) Gathorne-Hardy I, 377.

[80]) Über Home vgl. Dictionary of national biography.

[81]) Wertheimer II, 366 f.

[82]) Gespräch mit St. Vallier vom 14. November 1879. Chaudordy, La France en 1889, 255.

[83]) Vgl. H. Sutherland Edwards, Sir William White. — Vgl. ferner das außerordentlich warme Anerkennungsschreiben, das Lord Derby, zweifellos auf Lord Salisburys Veranlassung, später an White für seine Dienste in Konstantinopel richtete. — Blaubuch, Turkey (1877) Nr. 15, (C 1738) Nr. 66 u. 53. — White wurde 1885 stellvertretender und 1886 regulärer Botschafter in Konstantinopel.

[84]) Melegari an den italienischen Botschafter in Konstantinopel, 30. November 1876. (Italienisches Grünbuch 1877, S. 451.)

[85]) Staatsarchiv Bd. 31, S. 257.

[86]) Auf einer Versammlung in Blackheath, am 10. September 1876.

[87]) Quarterly Review 1902, Oktoberheft, a. a. O.

[88]) White an Sir Robert Morier, 16. Januar 1877, bei Edwards, S. 116 ff.

[89]) Wertheimer II, 364.

[90]) Vgl. das Réglement organique für Bulgarien, Staatsarchiv, Bd. 31, S. 294 ff. Eine Karte findet sich bei d'Avril, Négociations relatives au traité de Berlin, S. 176.

[91]) Sir Henry Elliot, The death of Abdul Aziz and Turkish Reform. Nineteenth Century 1888, Bd. XXIII, S. 276 ff. — Als zwei Wochen nach dem Scheitern der Konferenz der Sultan Midhat Pascha gestürzt hatte, schrieb r. Busch: „Es ist erstaunlich, wie große Ausdehnung die Midhatsche Idee doch genommen hatte. Selbst in der Armee, namentlich unter den Subalternoffizieren, zählte der gefallene Vezier viele Anhänger." Deutsche Rundschau a. a. O. S. 26.

[92]) Deutsche Rundschau, Oktoberheft 1909, S. 22.

[93]) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier I, 124. (9. Febr. 1877.)

[94]) Vgl. den oben angeführten Brief W. Whites an Morier.

[95]) Gathorne-Hardy I, 380; II, 18.

[96]) A. a. O.

[97]) Spencer Walpole, History of 25 years IV, 124—126.

[98]) Nineteenth Century 1888, I, S. 294.

[99]) Comte de Mouy, Souvenirs et causeries d'un Diplomate S. 51 ff. (Graf Mouy war Protokollführer der Botschafterkonferenz.)

[100]) Wertheimer II, 390 ff.

[101]) Wertheimer III, 91.

[102]) Sir Alfred Lyall, Life of Lord Dufferin I, 303 f.

[103]) Loftus, Reminiscences II, 206. — Ignatiew hat später erzählt, daß Lord Beaconsfield ihn in London wegen einer etwaigen britischen Okkupation von Mytilene sondiert habe, wogegen Ignatiew protestierte. Stead, The M. P. for Russia I, 339.

[104]) Rumbold, Further Recollections, S. 98.

[105]) Quarterly Review, Oktoberheft 1902, S. 658. Vgl. Gladstones Brief an Granville vom 23. April 1877: It is perfectly plain, that Salisbury is at a discount. Morley II, 565.

[106]) Gathorne-Hardy II, 16.

[107]) A. a. O. II, 17.

[108]) Rumbold, Further Recollections S. 99. Chesham-House ist das englische Botschafterpalais in London.

[109]) Die Mobilisierung kostete monatlich 15 Millionen Rubel. Staatsarchiv Bd. 32, S. 108 (Bericht Loftus vom 20. Februar 1877).

[110]) Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes 1915, Bd. 28, S. 260 bis 264.

Zu Kapitel 4.

[1]) Für die russische Politik dieser Zeit kommen neben dem offiziösen, vieles verschweigenden Werk von Goriainow und den Erinnerungen Nelidows namentlich die Veröffentlichungen in Betracht, die auf den Großfürsten Nikolaus, den Oberstkommandierenden der russischen Armee, zurückgehen. Es handelt sich um die beiden Artikel in der Nouvelle Revue, in den Heften vom 1. und 15. Juni 1880, und um den späteren Aufsatz in der Revue de Paris 1897, Bd. IV, 401 ff.: Les Russes devant Constantinople 1877—1878. Der Verfasser dieser Artikel, die auf mündlichen Mitteilungen und Tagebüchern des Großfürsten Nikolaus beruhen, war der russische Arzt Ilia Faddejewitsch Cyon. (Vgl. über ihn das Biographische Lexikon der hervorragenden Ärzte, Wien und Leipzig 1885, II, 118, und von seinen Schriften namentlich L'histoire de l'entente franco-russe, Paris 1895.)

Dr. Cyon war Professor der Medizin in Petersburg, gab aber, weil er in seinem Kampfe gegen den Nihilismus nicht die nötige Unterstützung von der russischen Regierung erhielt, seine Stellung auf und zog nach Paris. Hier entfaltete er eine emsige publizistische Tätigkeit, war eine Zeitlang Direktor des Gaulois, und im Jahre 1886 übernahm er die Leitung der ausgesprochen deutschfeindlichen Nouvelle Revue der Frau Juliette Adam. — Im Winter 1879-80 war Großfürst Nikolaus in Paris, um sich dort ärztlich behandeln zu lassen. Unter andern konsultierte er Dr. Cyon, es entspann sich ein reger persönlicher Verkehr, und nach Cyons wiederholten Angaben hat ihm der Großfürst die Artikel, die 1880 in der Nouvelle Revue erschienen, in die Feder diktiert. Wenn das vielleicht nicht ganz wörtlich zu nehmen ist, so ist doch zweifellos das gesamte Tatsachenmaterial auf den Großfürsten zurückzuführen. (Vgl. Elie de Cyon, L'histoire de l'entente franco-russe, S. 13, 18, 34, 256.) Cyon teilt in seiner Schrift: „Wie soll Rußland ein Rechtsstaat werden?" (Leipzig 1907), S. 6 mit, daß er auch der Verfasser des Artikels in der Revue de Paris (1897, Bd. IV, 401 ff.) ist.

Die Veröffentlichungen der ersten Cyonschen Artikel in der Nouvelle Revue im Jahre 1880 veranlaßte die russische Regierung zu einer Entgegnung, die in der Nouvelle Revue vom 15. Oktober 1880 erschien. Aus Cyons Artikel in der Revue de Paris, S. 443, erfahren wir, daß der Verfasser dieses hochoffiziösen Artikels der Baron Jomini gewesen ist.

[2]) Gathorne-Hardy, A Memoir II, 20.

[3]) Morley, Life of Gladstone II, 20. — Herbert Paul, History of modern England, Bd. IV, 22.

[4]) Goriainow S. 346.

[5]) A. a. O. S. 347: La depêche secrète se terminait par un exposé des bases d'une entente entre la Russie, l'Autriche et l'Angleterre. — Vgl. auch die folgende Anm.

[6]) A. a. O. S. 346 f. Goriainow spricht von zwei Instruktionen für Schuwalow, deren eine offen und für Lord Derby bestimmt, die andere geheim war. Die offene ist vollständig veröffentlicht im Staatsarchiv Bd. 32, S. 297, und im Auszug bei Loftus, Reminiscences II, 219 ff. Der Schluß der geheimen Depesche findet sich bei Goriainow S. 348 und im Staatsarchiv Bd. 33, S. 219 ff. Der Text stimmt nicht ganz genau überein. Wertheimer II, 37, 1 bemerkt, daß auch die Noten für London und Wien Abweichungen aufweisen. Die Instruktionen für Schuwalow wurden am 18./30. Mai ausgefertigt. Die russische Note wurde am 8. Juni in London und am 12. Juni in Wien überreicht.

[7]) Hanotaux IV, 317.

[8]) Revue de Paris 1897, IV, 404.

[9]) Nouvelle Revue 1880, IV u. VI, 406.

[10]) Staatsarchiv Bd. 33, S. 225 (14. Juni). Die neue Instruktion an Schuwalow wurde am 1./13. Juni telegraphiert. Der ursächliche Zusammenhang zwischen diesen Instruktionen und der neuen Erklärung Schuwalows ergibt sich aus der Zeitfolge.

[11]) Gathorne-Hardy II, 18.

[12]) Wertheimer III, 39 f. Die Deklaration enthielt sieben Punkte: 1. Kein ausschließliches Protektorat irgendeiner Macht über die christliche Balkanbevölkerung. 2. Die definitive Regelung der Folgen des Krieges muß unter Mitwirkung der Garantiemächte stattfinden. 3. Rußland darf weder Landgebiet südlich von der Donau erwerben, noch Rumänien politisch von sich abhängig machen. 4. Weder eine russische noch eine österreichische Sekundogarantie ist im Balkan zulässig. 5. Eine Besitznahme Konstantinopels durch Rußland ist ausgeschlossen. 6. Kein großer slawischer Staat darf gebildet werden. 7. Die Sperre der Dardanellen bleibt bestehen. Jede Änderung der bestehenden Zustände bedarf der Zustimmung der Mächte.

[13]) Wertheimer III, 36.

[14]) Hanotaux IV, 155 hält es für wahrscheinlich.

[15]) Hohenlohe II, 219 (Notiz vom 5. Nov. 1877).

[16]) Wertheimer III, 18 ff.

[17]) Vgl. Crispis Rede in der Deputiertenkammer vom 17. März 1888.

[18]) Dreux, Dernières Années 275.

[19]) Rede des Abgeordneten Petrucelli della Gattina vom 12. April 1877.

[20]) Depretis an Crispi, 26. September 1877. Crispi, Memoiren S. 65.

[21]) Chiala, Pagine di storia contemporanea.

[22]) Vgl. Oncken, Rudolf von Bennigsen II, 309 ff. — Vgl. auch Deutsche Revue 1907, Bd. II, 188 ff.

[23]) Memoiren Francesco Crispis, deutsch von W. Wichmann, Rom, S. 26.

[24]) A. a. O. S. 9.

[25]) A. a. O. 30, 38, 63.

[26]) A. a. O. 34, 42.

[27]) A. a. O. 25 ff.

[28]) A. a. O. S. 45, 58, 59.

[29]) S. 65.

[30]) S. 52, 67.

[31]) S. 72.

[108]) Rumbold, Further Recollections S. 99. Chesham-House ist das englische Botschafterpalais in London.

[109]) Die Mobilisierung kostete monatlich 15 Millionen Rubel. Staatsarchiv Bd. 32, S. 108 (Bericht Loftus vom 20. Februar 1877).

[110]) Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes 1915, Bd. 28, S. 260 bis 264.

Zu Kapitel 4.

[1]) Für die russische Politik dieser Zeit kommen neben dem offiziösen, vieles verschweigenden Werk von Goriainow und den Erinnerungen Nelidows namentlich die Veröffentlichungen in Betracht, die auf den Großfürsten Nikolaus, den Oberstkommandierenden der russischen Armee, zurückgehen. Es handelt sich um die beiden Artikel in der Nouvelle Revue, in den Heften vom 1. und 15. Juni 1880, und um den späteren Aufsatz in der Revue de Paris 1897, Bd. IV, 401 ff.: Les Russes devant Constantinople 1877—1878. Der Verfasser dieser Artikel, die auf mündlichen Mitteilungen und Tagebüchern des Großfürsten Nikolaus beruhen, war der russische Arzt Ilia Faddejewitsch Cyon. (Vgl. über ihn das Biographische Lexikon der hervorragenden Ärzte, Wien und Leipzig 1885, II, 118, und von seinen Schriften namentlich L'histoire de l'entente franco-russe, Paris 1895.)

Dr. Cyon war Professor der Medizin in Petersburg, gab aber, weil er in seinem Kampfe gegen den Nihilismus nicht die nötige Unterstützung von der russischen Regierung erhielt, seine Stellung auf und zog nach Paris. Hier entfaltete er eine emsige publizistische Tätigkeit, war eine Zeitlang Direktor des Gaulois, und im Jahre 1886 übernahm er die Leitung der ausgesprochen deutschfeindlichen Nouvelle Revue der Frau Juliette Adam. — Im Winter 1879-80 war Großfürst Nikolaus in Paris, um sich dort ärztlich behandeln zu lassen. Unter andern konsultierte er Dr. Cyon, es entspann sich ein reger persönlicher Verkehr, und nach Cyons wiederholten Angaben hat ihm der Großfürst die Artikel, die 1880 in der Nouvelle Revue erschienen, in die Feder diktiert. Wenn das vielleicht nicht ganz wörtlich zu nehmen ist, so ist doch zweifellos das gesamte Tatsachenmaterial auf den Großfürsten zurückzuführen. (Vgl. Elie de Cyon, L'histoire de l'entente franco-russe, S. 13, 18, 34, 256.) Cyon teilt in seiner Schrift: „Wie soll Rußland ein Rechtsstaat werden?" (Leipzig 1907), S. 6 mit, daß er auch der Verfasser des Artikels in der Revue de Paris (1897, Bd. IV, 401 ff.) ist.

Die Veröffentlichungen der ersten Cyonschen Artikel in der Nouvelle Revue im Jahre 1880 veranlaßte die russische Regierung zu einer Entgegnung, die in der Nouvelle Revue vom 15. Oktober 1880 erschien. Aus Cyons Artikel in der Revue de Paris, S. 445, erfahren wir, daß der Verfasser dieses hochoffiziösen Artikels der Baron Jomini gewesen ist.

[2]) Gathorne-Hardy, A Memoir II, 20.

[3]) Morley, Life of Gladstone II, 20. — Herbert Paul, History of modern England, Bd. IV, 27.

[4]) Goriainow S. 346.

[5]) A. a. O. S. 347: La depêche secrète se terminait par un exposé des bases d'une entente entre la Russie, l'Autriche et l'Angleterre. — Vgl. auch die folgende Anm.

[6]) A. a. O. S. 346 f. Goriainow spricht von zwei Instruktionen für Schuwalow, deren eine offen und für Lord Derby bestimmt, die andere geheim war. Die offene ist vollständig veröffentlicht im Staatsarchiv Bd. 52, S. 297, und im Auszug bei Loftus, Reminiscences II, 219 ff. Der Schluß der geheimen Depesche findet sich bei Goriainow S. 348 und im Staatsarchiv Bd. 33, S. 219 ff. Der Text stimmt nicht ganz genau überein. Wertheimer II, 37, 1 bemerkt, daß auch die Noten für London und Wien Abweichungen aufweisen. Die Instruktionen für Schuwalow wurden am 18./30. Mai ausgefertigt. Die russische Note wurde am 8. Juni in London und am 12. Juni in Wien überreicht.

[7]) Hanotaux IV, 317.

[8]) Revue de Paris 1897, IV, 404.

[9]) Nouvelle Revue 1880, IV u. VI, 406.

[10]) Staatsarchiv Bd. 33, S. 225 (14. Juni). Die neue Instruktion an Schuwalow wurde am 1./13. Juni telegraphiert. Der ursächliche Zusammenhang zwischen diesen Instruktionen und der neuen Erklärung Schuwalows ergibt sich aus der Zeitfolge.

[11]) Gathorne-Hardy II, 18.

[12]) Wertheimer III, 39 f. Die Deklaration enthielt sieben Punkte: 1. Kein ausschließliches Protektorat irgendeiner Macht über die christliche Balkanbevölkerung. 2. Die definitive Regelung der Folgen des Krieges muß unter Mitwirkung der Garantiemächte stattfinden. 3. Rußland darf weder Landgebiet südlich von der Donau erwerben, noch Rumänien politisch von sich abhängig machen. 4. Weder eine russische noch eine österreichische Sekundogarantie ist im Balkan zulässig. 5. Eine Besitznahme Konstantinopels durch Rußland ist ausgeschlossen. 6. Kein großer slawischer Staat darf gebildet werden. 7. Die Sperre der Dardanellen bleibt bestehen. Jede Änderung der bestehenden Zustände bedarf der Zustimmung der Mächte.

[13]) Wertheimer III, 36.

[14]) Hanotaux IV, 155 hält es für wahrscheinlich.

[15]) Hohenlohe II, 219 (Notiz vom 5. Nov. 1877).

[16]) Wertheimer III, 18 ff.

[17]) Vgl. Crispis Rede in der Deputiertenkammer vom 17. März 1888.

[18]) Dreux, Dernières Années 275.

[19]) Rede des Abgeordneten Petrucelli della Gattina vom 12. April 1877.

[20]) Depretis an Crispi, 26. September 1877. Crispi, Memoiren S. 65.

[21]) Chiala, Pagine di storia contemporanea.

[22]) Vgl. Oncken, Rudolf von Bennigsen II, 309 ff. — Vgl. auch Deutsche Revue 1907, Bd. II, 188 ff.

[23]) Memoiren Francesco Crispis, deutsch von W. Wichmann, Rom, S. 26.

[24]) A. a. O. S. 9.

[25]) A. a. O. 30, 38, 63.

[26]) A. a. O. 34, 42.

[27]) A. a. O. 25 ff.

[28]) A. a. O. S. 45, 58, 59.

[29]) S. 63.

[30]) S. 52, 67.

[31]) S. 72.

[32]) S. 59, 61, 76, 78.

[33]) Chiala, Pagini di storia contemporanea I, 285 ff., 289 ff.

[34]) A. a. O. 65 ff.

[35]) A. a. O. 72.

[36]) Briefwechsel Wilhelms I. mit Bismarck. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 273. Hohenlohe II, 223.

[37]) Hohenlohe II, 219 (Notiz vom 5. Sept. 1877).

[38]) (Cyon) Nouvelle Revue 1880, IV, 754—764. Der offiziöse Artikel Jominis (Nouvelle Revue 1880, VI, 751) sagt, daß die neuen Friedensbedingungen im Einvernehmen mit Gortschakow aufgestellt seien. Nelidow selbst dürfte am genauesten sein. Nach ihm behandelte ein Kabinettsrat in Poradin unter Vorsitz des Kaisers die Fragen, nachdem Nelidow Vortrag gehalten hatte. Darauf reiste dieser persönlich nach Bukarest, um die Bedingungen Gortschakow vorzulegen, der den Entwurf im wesentlichen nur in der Form ändern ließ. Die neue Fassung wurde in Poradin nochmals geprüft, und an diesen neuen Verhandlungen nahm Ignatiew teil. Revue de Paris 1904, S. 738.

[39]) Nelidow in der Revue de Paris 1904, S. 738.

[40]) Wertheimer III, 72, 73.

[41]) Wellesley, With the Russians in peace and war, S. 272.

[42]) Depeschen vom 13. Dezember 1877, 12. und 15. Januar 1878, Staatsarchiv Bd. 33, Nr. 6609, 6631, 6635.

[43]) Brief vom 3. März 1878, Deutsche Revue, Juliheft 1907, S. 313.

[44]) Rumbold, Further recollections S. 330.

[45]) Für das Folgende vgl. die Unterhausdebatte vom 25. Januar und die Oberhausdebatte vom 28. Januar. — Gathorne-Hardy II, 40 ff. — Spencer-Walpole, History of 25 years IV, 148 ff.

[46]) Gathorne-Hardy II, 46, 47.

[47]) Lord Lyons II, 124.

[48]) Andrew Long, Sir Stafford Northcote II.

[49]) W. T. Stead, The M. P. for Russia I, 452.

[50]) (Cyon) Revue de Paris 1897, II, 421.

[51]) (Jomini) Nouvelle Revue 1880, VI, 701. — Diesen Gedanken hat später Ignatiew für sich in Anspruch genommen. Stead, The M. P. for Russia I, 464 f.

[52]) Revue de Paris 1897, IV, 424. — Nelidow, dessen Aufsatz zur 25jähr. Jahresfeier der bulgarischen Unabhängigkeit geschrieben war, und der noch im aktiven diplomatischen Dienste stand, geht auf diese Dinge natürlich nicht ein; er sagt nur, er habe die Verlegung des Hauptquartiers südlich vom Balkan widerraten, weil dort die telegraphische Verbindung mit Petersburg sehr schwierig und wenig sicher sein würde. Revue de Paris 1904, S. 731.

[53]) Vgl. die Karte bei d'Avril, Négociations relatives au traité de Berlin S. 292.

[54]) Für das Folgende: d'Avril, Négociations; vgl. Gathorne-Hardy II, 51 ff.; Raschdau, Aus dem lit. Nachlaß Dr. Buschs, Deutsche Revue, November 1909, S. 217 ff. — Goriainow S. 365 ff. — (Cyon) Revue de Paris S. 430 ff.

[55]) Revue de Paris 1897, IV, 438 f.

[56]) A. a. O.

[57]) Nelidow macht das Schwanken der Petersburger Regierung dafür verantwortlich, daß Konstantinopel nicht genommen wurde. Revue de Paris 1904, S. 745.

[58]) Goriainow S. 366.

[59]) Deutsche Rundschau, Dezemberheft 1909, S. 363.

[60]) Graf Pfeil, Erlebnisse eines preußischen Offiziers in russischen Diensten S. 142 ff.

[61]) Mouy S. 96.

[62]) Stead, The M. P. for Russia I, 452.

[63]) Wertheimer III, 56 ff.

[64]) A. a. O. II, 81 (Erlaß an Graf Stolberg vom 3. März).

[65]) Vgl. Haymerles Urteil in den Aufzeichnungen des Unterstaatssekretärs Dr. Busch, Deutsche Rundschau, Dezemberheft 1909, S. 371. — Hohenlohe II, 219. (Notiz vom 5. September 1877.)

[66]) Wertheimer III, 46.

[67]) A. a. O. II, Kapitel 7.

[68]) A. a. O. II, 108.

[69]) Singer, Geschichte des Dreibundes S. 31.

[70]) Vgl. Andrássys Denkschrift vom Sommer 1886, bei Wertheimer III, 225.

[71]) Wertheimer III, 70 f.

[72]) Gathorne-Hardy II, 49.

[73]) Vgl. Um Italia, la politica estera italiana 1875—1916 (Bitonto 1916), S. 122 ff.

[74]) Interview mit Marchese Cappelli, in der N. Freien Presse, 7. August 1906, zitiert in dem angeführten Werke S. 106.

[75]) Chiala, pagina I, 292.

[76]) Stillman, Fr. Crispi.

[77]) Staatsarchiv Bd. 34, Nr. 6725 (Bericht Lord Odo Russells vom 15. März). — Staatsarchiv Bd. 54, Nr. 6757 (Schuwalow an Derby, 26. März 1878).

[78]) Norddeutsche Allg. Ztg. vom 8. März 1878.

[79]) Norddeutsche Allg. Ztg. vom 27. März 1878.

[80]) Lord Lyons II, 129 ff.

[81]) Münster an Bennigsen, 3. März 1878. Deutsche Revue 1909, Juli, S. 315. — Herbert Paul, History of modern England IV, 44. — Stead, The M. P. for Russia, I, Kap. 6, äußert sich sehr skeptisch über den Wert dieser Rüstungen.

[82]) Vgl. Gathorne-Hardy II, 57. — A. Long, Sir Stafford Northcote II, 107, und die Reden Lord Derbys und Lord Salisburys im Oberhause, vom 18. Juli 1878.

[83]) Goriainow S. 372.

[84]) Brief vom 11. April 1878, Deutsche Revue, a. a. O. S. 316.

[85]) Lord A. Loftus, Reminiscences II, 249 ff.

[86]) Zitiert bei Hanotaux II, 338 ff.

[87]) J. Bourchier, Alexander von Battenberg, Fortnightly Review 1894, I, S. 104. (Bourchier war der Balkankorrespondent der Times.) — Vgl. auch Drandar, La Bulgarie sous le prince Ferdinand, Brüssel 1909, S. 44.

[88]) Wertheimer III, 121.

[89]) Lord Salisbury an Waddington, 6. Juli 1878. . . . Austria was only willing to take part in restoring the ports to a certain independence in Europe. . . . Staatsarchiv Bd. 35, Nr. 6879.

[90]) Gathorne-Hardy II, 36.

[91]) Lord Lyons II, 140.

[92]) Vgl. die Debatten im Oberhaus vom 18. Juli 1878 und Lord Beaconsfields Rede auf dem Lordmayorsbankett am 9. November 1878.

[93]) Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes Bd. 28, S. 260.

[94]) Schuwalows Memoiren bei Hanotaux IV, 539 f. — Bismarck dachte dabei natürlich an England, als den ev. Bundesgenossen Österreichs, nicht aber, wie Hanotaux tendenziös unterschiebt, an Deutschland.

[95]) Staatsarchiv Bd. 35, Nr. 6874.

[96]) Wertheimer III, 113, 116, 121.

[97]) Lord Lyons II, 143.

[98]) A. a. O. II, 144.

[99]) A. a. O. II, 144.

Zu Kapitel 5.

[1]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 507.

[2]) Eckardt, Lebenserinnerungen II, 56 f.

[3]) Eckardt, Berlin und sein Petersburg, 1880.

[4]) Freytags Briefe an Stosch, S. 29, herausgegeben von Helmolt.

[5]) Comte Fleury, La France et la Russie en 1870, S. 97.

[6]) Bismarck an Wilhelm I., 11. August 1877. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 273.

[7]) Bericht des Golos nach der Times vom 9. Juni 1878.

[8]) Loftus, Reminiscences II, S. 265.

[9]) Brauer-Marcks-Müller, Erinnerungen an Bismarck, 253.

[10]) Vgl. Bismarcks Bericht an Manteuffel vom 15. Juni 1853. — Poschinger, Preußen im Bundestag IV, 165.

[11]) Gedanken und Erinnerungen II, 295.

[12]) Mittnacht S. 61 (Gespräch vom 15. Februar 1876).

[13]) Bismarcks Gespräch mit Blowitz, Times, 4. Juni 1878.

[14]) Penzler, Bismarck nach seiner Entlassung I, 172.

[15]) Hohenlohe II, 228.

[16]) Raschdau, Aus dem literarischen Nachlaß Dr. Buschs, Deutsche Rundschau, Novemberheft 1909, S. 364.

[17]) Times, 4. Juli 1878.

[18]) Lord Lyons an Lord Granville, 26. April 1878. — Lord Lyons II, 138.

[19]) Vgl. Bismarcks Depesche vom Herbst 1879: „Wenn man auf den Sommer des vorigen Jahres zurückblickt, so erscheint der Einfluß des Grafen Schuwalow wie eine vorübergehende Episode zwischen dem abgeschlossenen Kriege und den Vorbereitungen zu einem neuen . . . Die Hoffnung, welche er (Schuwalow) selbst zur Zeit des Kongresses zu hegen schien, daß er berufen sein werde, die Leitung der russischen Politik in der friedlichen Richtung, in der er den Kongreß ermöglichte, weiterzuführen, scheint ohne Aussicht auf Erfolg." (Bismarck-Jahrbuch I, 127. — Daß es sich hier um eine Depesche

Bismarcks handelt, ergibt sich aus Horst Kohls Anmerkung zur Volksausgabe der Gedanken und Erinnerungen II, 246 Anm. 1.) — Vgl. ferner Bismarcks Brief an den König von Bayern, 10. September 1879, Gedanken und Erinnerungen II, 267. — Lord Odo Russell schrieb schon am 8. Mai 1875, daß Bismarck sich Schuwalow als Nachfolger Gortschakows wünschte. Lord Lyons II, 77. — Vgl. auch Hanotaux IV, 578.

[20]) Artikel der Prager Bohemia, zitiert in der Nordd. Allg. Ztg. vom 23. Mai 1878.

[21]) Schuwalows Erinnerungen bei Hanotaux IV, 542 f.

[22]) Mouy, Souvenirs et causeries d'un diplomate, S. 95 f.

[23]) Zitiert bei Hanotaux IV, 557.

[24]) Deutsche Rundschau, Dezemberheft 1909, S. 371.

[25]) Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck II, 10 (Mitteilung Bismarcks vom 10. August 1878).

[26]) Bismarck-Jahrbuch I, 126.

[27]) Busch, Unser Reichskanzler II, 188.

[28]) Penzler VII, 102.

[29]) A. a. O, I, 38, 172.

[30]) Bismarcks Gespräch mit Blowitz, Times vom 4. Juli 1878. Nelidow, Souvenirs, Revue des deux Mondes, 15. November 1915, S. 256 ff.

[31]) Bismarcks Gespräch mit Blowitz, Times vom 4. Juli 1878.

[32]) Rachfahl, Deutschland und die Balkanfrage. Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 5, Aprilheft 1915, S. 259.

[33]) Staatsarchiv Bd. 34, S. 99.

[34]) Goriainow S. 378 f.

[35]) Über Marvin vgl. Dictionary of National Biography.

[36]) Stead, The M. P. for Russia II, 506. — Norddeutsche Allg. Ztg., 9. Juli 1878.

[37]) Schuwalows Erinnerungen bei Hanotaux IV, 555 f.

[38]) Vgl. Penzler I, 58. — Hohenlohe II, 245. — Die Norddeutsche Allg. Ztg. sprach später Blowitz ihre Anerkennung für seine Haltung in der Frage von Batum aus. — Gedanken und Erinnerungen II, Kap. 28.

[39]) Nelidow, Souvenirs a. a. O. S. 247.

[40]) Gedanken und Erinnerungen II, 128.

[41]) Morley, Life of Gladstone II, 575 f. — Morley selbst urteilt, daß das Schuwalow-Salisburysche Abkommen im wesentlichen den Frieden von San Stefano bestätigt habe.

[42]) W. E. Russell, Malcolm Mac Coll (London 1914), S. 58.

[43]) Stead, The M. P. for Russia I, 506 ff.

[44]) Lord Lyons II, 160.

[45]) Was Blowitz in seinen Memoiren über seine Tätigkeit während des Berliner Kongresses erzählt, ist selbstverständlich in keiner Weise ernst zu nehmen.

[46]) d'Avril, Négociations ... S. 359.

[47]) Rede vom 18. Juli 1878. Hahn III, 297. H. Lucy, A Diary of two Parliaments, The Disraeli Parliament S. 444.

[48]) Erst im März 1879 räumten die Russen Adrianopel und zu gleicher Zeit begab sich die englische Flotte aus dem Marmarameer nach Malta zurück

(Aus dem Leben König Karls von Rumänien IV, 179). — Daß die englische Flotte im Marmarameer blieb, nachdem der Kriegszustand zwischen Rußland und der Türkei beendet war, war eine grobe Vertragsverletzung. In der dem Pariser Vertrage angehängten Konvention vom 30. März 1856 hatte der Sultan erklärt, im Frieden keine fremden Kriegsschiffe die Meerengen passieren zu lassen, und die Signatarmächte hatten sich verpflichtet, diese Entschließung des Sultans zu achten.

[49]) Sitzung des Oberhauses vom 6. Juli 1897.

[50]) Über Bismarcks frühere Bemühungen vgl. Gathorne-Hardy II, 15. Tagebuchnotiz vom 11. Februar 1877: „A long letter from Odo Russell on the conversation with Bismarck on Europe and alliances. . . . How far was it sincere? There is no doubt that he has often expressed his desire for an English alliance. — Rumbold, Further recollections of a diplomatist S. 104 (1. Juni 1877): „Bismarck has repeatedly offered us his alliance." — Lord Fitzmaurice, Life of Lord Granville II, 228. — Über die Bedeutung des Wortes „alliance" vgl. das folgende Kapitel.

[51]) Vgl. die Korrespondenz im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen II, 493 ff. — Hanotaux IV, 254 ff.

[52]) Lord Lyons an Lord Salisbury, 26. April 1878. — Lord Lyons II, 134.

[53]) Hanotaux IV, 106.

[54]) Vgl. die Äußerung Gambettas in dem Briefe von Lord Lyons an Lord Salisbury, 21. Juli 1878, Lord Lyons II, 157. — Vgl. ferner Cyon, Histoire de l'entente franco-russe über eine Begegnung Gambettas mit Gortschakow, die Gambetta sehr enttäuschte.

[55]) Hohenlohe II, 219 (Notiz vom 8. Nov. 1877).

[56]) Lord Salisbury teilte es Lord Lyons am 11. Mai mit. Lord Lyons II, 139.

[57]) Vgl. die Äußerung Holsteins aus dem Jahre 1882, daß Bismarck Ägypten niemals als deutsche Kolonie in Aussicht genommen hätte. Crispi politica estera S. 107.

[58]) Hohenlohe II, 199.

[59]) Lord Lyons an Lord Salisbury, 4. Juni 1878. Lord Lyons II, 146.

Zu Kapitel 6.

[1]) Aufzeichnungen Dr. Cohens bei Brauer-Marcks-Müller, Erinnerungen an Bismarck, S. 329. Schuwalows Demission ist hier irrtümlich ins Jahr 1875 verlegt.

[2]) Elie de Cyon, Histoire de l'entente Franco-Russe, S. 41.

[3]) Busch, Unser Reichskanzler, S. 189 ff. — Chaudordy, La France en 1889, S. 260.

[4]) Ein Beispiel systematischer Obstruktion der Russen bietet die ostrumelische Kommission, vgl. Sir H. Drummond Wolff, Rambling Recollections II, 204 ff.

[5]) Im August 1879 deutete Andrássy Bismarck an, daß er sich gegen England verpflichtet habe, in den Kommissionen mit ihm und Frankreich geschlossen gegen Rußland zu stimmen. Wertheimer III, 238.

[6]) Lord Lyons II, 169, 174, 177, 183.

[7]) Wilhelm I. an Bismarck, 5. September 1879, bei Busch secret pages III, 280.

[8]) Bismarck an den König von Bayern, 10. September 1879, Gedanken und Erinnerungen II, 266.

[9]) Vgl. die vorige Anmerkung; ferner Busch, Tagebuchblätter III, 346, Anm. 1. — Bismarck-Jahrbuch I, 128.

[10]) Unter den Offizieren, die die englische Regierung als Konsuln nach Kleinasien schickte, befand sich der damalige Major Herbert Kitchener. Diese ganze englische Wirksamkeit hörte auf, sobald Gladstone 1880 ein liberales Kabinett bildete; er brach mit der Politik seiner Vorgänger, und die Konsuln wurden abberufen.

[11]) Gedanken und Erinnerungen II, 245 f.

[12]) Chandordy, La France en 1889, S. 259 f.

[13]) Penzler I, 210.

[14]) Wertheimer III, 268. — Busch, Tagebuchblätter II, 565.

[15]) Chandordy a. a. O. 254.

[16]) Wertheimer III, 234 f.

[17]) Chandordy 261 f.

[18]) Wertheimer III, 266, 242. — Gedanken und Erinnerungen II, 248, 252.

[19]) Penzler I, 173, 210.

[20]) Gedanken und Erinnerungen II, 256.

[21]) A. a. O. II, 253.

[22]) Vgl. den Brief Wilhelms I. an Bismarck, 15. September 1879, bei Busch secret pages III, 265.

[23]) Penzler II, 234.

[24]) Hohenlohe II, 280. — Lyall, Life of Lord Dufferin I, 305.

[25]) Wertheimer III, 239.

[26]) Mittnacht I, 16. — Vgl. auch Busch, Tagebuchblätter II, 568 und Hohenlohe II, 275, 277.

[27]) Gedanken und Erinnerungen II, 268, 272.

[28]) A. a. O. II, 265.

[29]) Wertheimer III, 325.

[30]) Mittnacht II, 18.

[31]) Busch, Secret pages III, 277.

[32]) Wertheimer III, 292, 297. Vgl. Busch, Secret pages III, 274.

[33]) Bismarck-Jahrbuch Bd. I, 130.

[34]) Vgl. Friedjung und Moldaus Aufsätze über Kalnoky in Bettelheims Biogr. Jahrbuch III.

[35]) Brauer-Marcks-Müller S. 244.

[36]) Lord Odo Russell an Lord Granville, 2. März 1881. — Life of Lord Granville II, 209.

[37]) Drummond Wolff II, 265.

[38]) E. Daudet, L'histoire diplomatique de l'alliance franco-russe, S. 136. — Chandordy 265.

[39]) Lord Lyons II, 195. — Freycinet, Souvenirs II, 111.

[40]) Freycinet II, 104, 108. — Die Expedition des Obersten Flatters ging 1888 von Algier aus; sie wurde von den Tuaregs vernichtet.

41) Freycinet 175, 182.
42) Gedanken und Erinnerungen II, 247.
43) Lord Lyons II, 207.
44) Lord Odo Ruſſell an Lord Granville, 29. Mai 1880. Life of Lord Granville II, 212.
45) Buſch, Tagebuchblätter III, 354, nach einem Brief von Bismarck an Reuß vom 28. Januar 1880.
46) Lord Lyons II, 184, 185, 199.
47) Lord Lyons II, 245.
48) Chaudordy S. 267.
49) Brauer-Marcks-Müller 324.
50) Buſch, Unſer Reichskanzler 124.
51) Life of Lord Granville II, 207.
52) Chiala, Pagine di storia contemporanea III, 370.
53) Hanotaux IV, 650 ff.
54) Pierre Albin, L'Allemagne et la France en Europe (1885—1894), S. 32.
55) Vgl. den Brief Lord Odo Ruſſells an Lord Granville, 19. Mai 1880, über den erfolgreichen Annäherungsverſuch Bismarcks. Ob freilich der ganze ſachliche Inhalt hiſtoriſch zuverläſſig iſt, erſcheint zweifelhaft. Life of Lord Granville II, 211.
56) Life of Lord Granville II, 218.
57) A. a. O. II, 211.
58) A. a. O. II, 209, 259.
59) A. a. O. II, 274.
60) Der italieniſche Botſchafter in Wien, Graf Robilant, wurde im Dezember 1881 beauftragt, die Verhandlungen zu eröffnen, es geſchah aber erſt am 19. Februar 1882. Chiala III, 263, 279. — Graf Herbert Bismarck kam im Februar 1882 nach London. Life of Lord Granville II, 256.
61) Life of Lord Granville II, 227.
62) Criſpi, Politica estera, S. 121 ff.
63) Criſpi a. a. O. 124.
64) Chiala, Pagine di storia contemporanea III, 279.
65) Criſpi a. a. O. 125.
66) Friedjung, Der Inhalt des Dreibundes, Oktoberheft des „Greif" 1913.
67) Vgl. u. Kapitel 10.
68) Life of Lord Granville II, 262.
69) Lord Cromer, Modern Egypt I, 307. — Freycinet, Souvenirs II, Kapitel 7.
70) Vgl. Criſpis Brief vom 27. Juli 1882. Politica estera S. 147.
71) A. a. O.
72) Stillman, The union of Italy 377.
73) Cromer, Modern Egypt I, 309.
74) Lord Lyons II, 294.
75) Chiala III, 361.
76) Buſch, Unſer Reichskanzler II, 122.
77) Stillman, Union of Italy, 377 f. — Stillman, Autobiography of a journalist II, 704 ff.

[78]) L. W. Levebvre de Behaine, Léon XIII et le prince Bismarck, 165, 166.

[79]) Stillman, Union of Italy 378.

[80]) d. h., Die Ablehnung der russischen Bündnisvorschläge durch Frankreich.

[81]) Chandordy, La France en 1889, S. 268.

[82]) Sir A. Lyall, Lord Dufferin I, 305.

[83]) Hahn, Fürst Bismarck IV, 312. — Blum, Das Deutsche Reich unter Bismarck, 451.

[84]) L. Raschdau, Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag. Grenzboten, 12. April 1918. — Hohenlohe erfuhr am 27. Mai von Saburow folgendes über die Verhandlungen: „Zwischen hier und Wien ist keine Schwierigkeit. In Wien macht man noch die Bedingung, daß außer der Anerkennung der Annexion von Bosnien und der Herzegowina auch der Sandschack von Novibazar von Österreich annektiert und als österreichisches Gebiet in die Garantie des Vertrages der Mächte einbegriffen werden müsse. Eine Bedingung, auf die Rußland nicht eingeht, da der Kaiser von Rußland nicht mehr zugeben will als sein Vater. Saburow glaubt aber, daß diese Schwierigkeit sich auch beseitigen lassen werde und hofft, bald den Vertrag unterzeichnen zu können." — Hier fällt auf, daß von einer „Garantie österreichischen Gebiets" die Rede ist, denn nach allem, was wir von dem Vertrage wissen, ist er kein Garantievertrag, sondern ein reiner Neutralitätsvertrag gewesen. Raschdau sagt ausdrücklich, daß die Verträge von 1884 nur einige unwesentliche Abänderungen gegen die von 1881 aufzuweisen hatten.

[85]) Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten II, 439. — Vgl. auch den Brief Lord Odo Russells an Lord Granville, 19. März 1881. (Life of Lord Granville II, 213.)

[86]) Hahn, Bismarck IV, 314.

[87]) Vgl. Friedjung, Aufsatz über Kalnoky in Bettelheims Biograph. Jahrbuch Bd. III.

[88]) Busch, Tagebuchblätter III, 192.

[89]) Hahn, Fürst Bismarck IV, 321.

[90]) Wellesley, With the russians in peace and war, 24. (Wellesley war englischer Militärattaché in Petersburg.)

[91]) Brauer-Marcks-Müller S. 319.

[92]) Blum, Das Deutsche Reich unter Bismarck, S. 459. — Vgl. Brauer-Marcks-Müller, S. 321.

[93]) Kaiser Wilhelm und Bismarck, Anhang der Gedanken und Erinnerungen I, S. 314.

[94]) Es handelte sich hauptsächlich um die Bildung einer neuen Kavalleriedivision im Frieden.

[95]) Raschdau, Grenzboten vom 12. April 1918. — Die Notiz von Bismarcks Hausarzt vom Dezember 1883, der Krieg mit Rußland müsse sehr nahe gewesen sein, scheint hiernach auf einem Irrtum zu beruhen. Brauer-Marcks-Müller 321.

[96]) Kaiser Wilhelm und Bismarck, Anhang der Ged. u. Erinn. I. S. 322.

[97]) Hofmann, Fürst Bismarck II, 392.

[98]) A. a. O. II, 383.

[99]) Friedjung über Kalnoky in Bettelheims Biographischem Jahrbuch Bd. III.

[100]) Wertheimer III, 329.

[101]) Raschdau, Grenzboten, 12. April 1918, S. 29.

[102]) Busch, Tagebuchblätter III, 192 (Tagebuchnotiz vom Ende Mai 1885)

[103]) Busch a. a. O.

Zu Kapitel 7.

[1]) Hohenlohe II, 302.

[2]) Wertheimer III, 171, 209, 210.

[3]) Chaudordy, Anhang.

[4]) Mijatowitsch, Memoirs of a Balkan diplomatist. London 1917, S. 33 f.

[5]) Vgl. Grenzboten 1914, Nr. 24, S. 504 f.

[6]) Mijatowitsch a. a. O. S. 39. Vgl. ferner den Aufsatz von Protitsch in der Fortnightly Review vom Mai 1909.

[7]) Dotation Carnégie pour la paix internationale. Enquête dans les balkans. Rapport présenté . . . Paris 1914, S. 23.

[8]) Deutsche Rundschau 1911, Maiheft, S. 239.

[9]) Vgl. den Artikel von Mijatowitsch im Londoner Daily Telegraph vom 2. November 1912.

[10]) Vgl. den Bericht Lord Salisburys, am Ende des Berliner Kongresses, vom 13. Juli 1878: „Die Ereignisse des letzten Krieges müssen auf viele Jahre hinaus Rußland eine große Autorität in diesem Staate (Bulgarien) sichern, die durch Verwandtschaft der Sprache und Ähnlichkeit der Religion geschützt wird." Hahn, Fürst Bismarck III, 294.

[11]) Lord Odo Russell an Lord Granville, 14. Mai 1873. — Life of Lord Granville II, 410.

[12]) Mijatowitsch S. 254 ff.

[13]) Vgl. die Broschüre: Russie et Bulgarie. Les causes occultes de la question bulgare. Paris 1887.

Die Aktenstücke, die Leonow herausgegeben hat (Geheime Dokumente zur russischen Orientpolitik 1881—90. Berlin 1895), sind in dem Folgenden nicht benutzt. Sie sind angeblich von dem Dragoman des russischen Generalkonsulats in Rustschuk, einem gewissen Jacobsohn, gestohlen worden. Ein solcher Diebstahl war in der Zeit, wo die Beziehungen zwischen Rußland und Bulgarien abgebrochen und nur Subalternbeamte in dem Konsulat zurückgeblieben waren, sehr wohl möglich; und die Tatsache, daß Aktenstücke entwandt worden sind, hat man von russischer Seite auch zugestanden. Jacobsohn verkaufte sie der bulgarischen Regierung. Aber gegen ihre Benutzung bestehen Bedenken. Nach Drandar, Les Événements en Bulgárie depuis 1876, S. 268 hat das ministerielle Organ Stoilows „Svobodno Slowo" durch den Abdruck von faksimilierten Briefen bewiesen, daß die Jacobsohnschen Dokumente Fälschungen seien. Der von Drandar wiedergegebene Brief Stambulows macht es sehr wahrscheinlich, daß die gestohlenen Akten zu politischen Zwecken zurecht gemacht worden sind. Ob es sich um vollständige oder um partielle Fälschungen handelt, ist natürlich nicht festzustellen. Einiges fällt jedoch auf den ersten Blick auf. So soll es die Absicht des Petersburger Kabinetts gewesen sein, nach herbeigeführter Thron-

entsagung des Fürsten Alexander den Zaren zum Großfürsten von Bulgarien zu machen (Leonow S. 43). Nun bestimmte Artikel 3 des Berliner Vertrages, daß kein Mitglied eines regierenden großmächtlichen Hauses Fürst von Bulgarien werden durfte; und was immer die Pläne der russischen Balkanagenten gewesen sein mögen, so bedürfte es doch eines stärkeren Beweises dafür, daß das Petersburger Kabinett, Giers eingeschlossen, im Jahre 1882 einen solchen Vertragsbruch beabsichtigt hätte. Der Eindruck bleibt, daß man bulgarischerseits mit dieser Veröffentlichung zuviel zu beweisen suchte.

[14]) George Bousquet, Histoire du peuple bulgare S. 196.

[15]) Adolf Koch, Alexander von Bulgarien 74, 75.

[16]) A. a. O. S. 150.

[17]) A. a. O. S. 204.

[18]) Englisches Blaubuch, Turkey I, 1886 (Cd. 4612), Nr. 7, 267.

[19]) Drandar, Les événements en Bulgarie depuis 1876, Paris 1896, S. 59. — R. v. Mach, Elf Jahre Balkan 241 ff.

[20]) Vgl. für das Folgende namentlich das englische Blaubuch, Turkey Nr. 1 (1886) (Cd. 4612).

[21]) Vgl. die Artikel der Times über White, 29. und 30. Dezember 1890, 1. und 2. Januar 1891.

[22]) Sir W. White an Sir Robert Morier, 7. Dezember 1885. Sutherland Edwards, Sir W. White S. 23 f.

[23]) Jules Hansen, L'ambassade du Baron de Mohrenheim S. 16 ff., nach einem Briefe eines hochgestellten Russen.

[24]) Sir W. White an Sir Robert Morier, 7. Dezember 1885.

[25]) Graf Pfeil, Neun Jahre in russischen Diensten S. 181.

[26]) Blaubuch Nr. 250.

[27]) A. a. O. Nr. 259, 291.

[28]) Blaubuch Nr. 339.

[29]) A. a. O. Nr. 380.

[30]) Kölnische Zeitung vom 22. April 1916, Nr. 493.

[31]) A. v. Huhn, Der Kampf der Bulgaren um ihre Nationaleinheit S. 42.

[32]) Edwards, Sir William White Kap. 18.

[33]) Mijatowitsch, Memoirs of a Balkan diplomatist 48 ff.

[34]) Blaubuch 293, 294, 311, 346, 396, 416, 424. — Drandar 146 ff.

[35]) Mijatowitsch a. a. O.

[36]) A. v. Huhn S. 250.

[37]) Blaubuch Nr. 560.

[38]) A. v. Huhn S. 250 ff.

[39]) Engl. Blaubuch Nr. 590.

[40]) A. v. Huhn S. 257.

[41]) Vgl. den Artikel über Khevenhüller in Bettelheims Biographischem Jahrbuch.

[42]) Mittnacht, A. f. S. 46. — Vgl. auch Busch, Tagebuchblätter III, 199 ff.

[43]) Graf Pfeil 180.

[44]) Penzler I, 205.

[45]) Wilhelm I. an Bismarck, 13. November 1885, bei Busch, Secret pages III, 292.

[46]) Bericht Sir R. Moriers vom 24. Dezember 1885 (Blaubuch Nr. 664). — Graf Pfeil S. 182.

[47]) Blaubuch Nr. 240.

[48]) A. a. O. Nr. 319.

[49]) Fortnightly Review 1894, I, S. 103 ff. — Les causes occultes S. 102. — Vgl. A. v. Huhn, Aus bulgarischer Sturmzeit, 1886.

[50]) Cyon, L'histoire de l'entente franco-russe, S. 158. — Vgl. auch Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 393 (Tagebuch vom 21. September 1886): „Unterwegs erzählte mir der Kronprinz vom Fürsten von Bulgarien. Die russische Regierung, d. h. das Ministerium, wollte den Fürsten dort lassen. Auf das Telegramm des Fürsten hatte Plangali (der Vertreter von Giers) eine anständige Antwort aufgesetzt und legte sie dem Kaiser vor. Dieser verwarf sie und schrieb selbst die grobe Depesche."

[51]) Koch S. 137.

[52]) Koch S. 168.

[53]) Causes occultes, passim.

Zu Kapitel 8.

[1]) Für die deutsch-französischen Beziehungen dieser Zeit vgl. die dankenswert objektive Darstellung bei Pierre Albin, La paix armée; l'Allemagne et la France en Europe (1885—1894), Paris 1913.

[2]) Abstimmung vom 28. Dezember 1885. Pierre Albin S. 24. Freycinet S. 322.

[3]) Freycinet S. 188.

[4]) Chaudordy S. 61.

[5]) Brauer-Marcks-Müller S. 279.

[6]) Hohenlohe II, 261.

[7]) Lord Lyons II, 365.

[8]) Lord Lyons II, 317, 366. — Vgl. auch Anatole Leroy-Beaulieu, La France, la Russie et l'Europe, und Sir Charles Dilke, The Present Position of European Politics.

[9]) Freycinet, Souvenirs, S. 297. — Über die folgende Entwicklung der auswärtigen Politik Freycinets und seiner Nachfolger vgl. die Enthüllungen Graf Chaudordys, La France en 1889, 225 ff.

[10]) Morley, Life of Gladstone III.

[11]) Life of Lord Granville II, 453.

[12]) Hofmann, Fürst Bismarck I, 265. (Hamburger Nachrichten vom 14. Mai 1890.)

[13]) E. Daudet, Histoire diplomatique de l'alliance franco-russe 173 ff.

[14]) Daudet a. a. O. 179 ff. — Dieser sachliche Grund ist überzeugender für die Abberufung Apperts, als der zweite, den Daudet anführt, Freycinet habe einem seiner Freunde, dem General Billot, den Petersburger Botschafterposten zugedacht.

[15]) Graf Pfeil, Neun Jahre in russischen Diensten, 187.

[16]) Chaudordy S. 225 ff. — Chaudordy selbst spricht nur von einem früheren französischen „Diplomaten". Daß er es selbst gewesen ist, läßt sich unschwer aus Lord Lyons II, 390, 398 und Jules Hansen, L'embassade du

baron Mohrenheim entnehmen. — Vgl. ferner Galli (Henry Gallichet), Dessous diplomatiques. — Vgl. Hohenlohe II, 398 über die Ernennung Herbettes.

[17]) Chiala nach einem von Flourens inspirierten Artikel im Figaro vom 28. März 1894.

[18]) Freycinet, Souvenirs 329 ff.

[19]) Depesche vom 30. Juni 1886.

[20]) Chaudordy S. 14, 78, 108.

[21]) Vgl. Les coulisses du Boulangisme, Paris 1890.

[22]) Preußische Jahrbücher 1887, Bd. II, S. 465. — Graf Pfeil, Neun Jahre in russischen Diensten S. 207.

[23]) Vgl. zu dem Folgenden Cyon, Histoire de l'entente franco-russe. — Anatole Leroy-Beaulieu, La France, la Russie et l'Europe.

[24]) République française vom 26. August 1887. — Im September 1887 sagte Fürst Nikolaus Galitzin in einem offenen Brief an den Figaro, Katkow habe, wie jeder wahre Russe, eine schlechte Meinung von Frankreich gehabt. Das wahre Rußland, das heilige, monarchische Rußland, könne niemals mit dem roten, atheistischen, unsittlichen Frankreich zusammengehen (Nieuwe Rotterdamsche Courant vom 13. September 1887).

[25]) Cyon, Histoire de l'entente franco-russe S. 58 ff.

[26]) Staatsarchiv 47, Nr. 9293.

[27]) Englisches Blaubuch, Turkey I, 1887 (C. 4933).

[28]) A. a. O. 302, 308, 309, 312, 325, 256.

[29]) Brauer-Marcks-Müller 276.

[30]) A. a. O. II, 298.

[31]) Gedanken und Erinnerungen II, 281.

[32]) A. a. O. II, 291.

[33]) A. a. O. 291.

[34]) Hohenlohe II, 393.

[35]) Brauer-Marcks-Müller 247 f.

[36]) Hohenlohe II, 343.

[37]) Anhang Gedanken und Erinnerungen II, 47.

[38]) Hohenlohe II, 398.

[39]) Staatsarchiv 47, S. 290.

[40]) Blaubuch Nr. 223, 329, 335.

[41]) Staatsarchiv 48, S. 33. Vgl. Bd. 47, S. 324.

[42]) Vgl. A. v. Huhn, Aus Bulgariens Sturmzeit, Leipzig 1886, und R. v. Mach, Elf Jahre Balkan.

[43]) A. v. Huhn, Aus bulgarischer Sturmzeit S. 126.

[44]) Wertheimer III, 327 ff.

[45]) Wertheimer III, 127.

[46]) Schultheß, Geschichtskalender 1886, S. 245. — Im Januar hatte sich Apponyi im „Pesti Naplo" noch deutlicher ausgesprochen: Das Bündnis mit Deutschland werde durch die Verbindung mit Rußland geschädigt; denn Deutschlands Aufgabe sei nicht mehr dieselbe wie früher, nämlich die Orientinteressen der Monarchie im europäischen Konzert unmittelbar zu unterstützen. Schultheß Geschichtskalender 1886, S. 199.

[47]) Friedjung über Kalnoky in Bettelheims Biographischem Jahrbuch Bd. III.

[48]) Staatsarchiv Bd. 51, Nr. 9947.

[49]) Die Artikel sind im Staatsarchiv Bd. 48, S. 119 ff. abgedruckt.

[50]) Hohenlohe II, 398.

[51]) Wertheimer III, 330. — Das wurde auch schon von der zeitgenössischen Presse so aufgefaßt. Vgl. z. B. die Wiener Depesche der Times vom 1. Dez. 1886.

[52]) Vgl. Friedjung über Kalnoky in Bettelheims Biographischem Jahrbuch III.

[53]) v. Huhn, Aus bulgarischer Sturmzeit, 128.

[54]) Englisches Blaubuch, Turkey I (1887), (C. 4933), Nr. 181 (25. August).

[55]) A. a. O. Nr. 200 (26. August).

[56]) Staatsarchiv Bd. 47, S. 280 (3. September).

[57]) Das erste Kabinett Salisbury wurde am 24. Juni 1885 gebildet, das Kabinett Gladstone am 6. Februar 1886, das zweite Kabinett Salisbury am 3. August 1886.

[58]) Vgl. über das Folgende Lord Randolph Churchill, By Winston Churchill II, S. 154 ff. — Gathorne-Hardy II.

[59]) Nach Sidney Low, History of England under Queen Victoria, S. 392 rechnete man in dem Kabinett mit der Möglichkeit von Churchills Rücktritt schon seit Mitte November.

[60]) Lord Randolph Churchill II, 369 (undatierter Brief an seine Mutter) — Sir Charles Dilkes Angabe, daß Lord Salisbury im Oktober 1886 Österreich ein förmliches Bündnis angeboten habe, und daß dies abgelehnt worden sei, erscheint durch die Biographie Lord R. Churchills widerlegt.

[61]) Gathorne-Hardy II, 288.

Zu Kapitel 9.

[1]) Staatsarchiv Bd. 51, 2.

[2]) Staatsarchiv Bd. 51, Nr. 9926 (7. Dez. 1886).

[3]) A. a. O. Bd. 51, Nr. 9939 (25. Dez. 1886).

[4]) Staatsarchiv Bd. 51, Nr. 9926 (7. Dez. 1886).

[5]) A. a. O. Nr. 9923.

[6]) Graf Pfeil, Neun Jahre in russischen Diensten S. 185.

[7]) Raschdau, Grenzboten, 14. April 1918, S. 31. — Irrtümlich wird hier Miliutin statt Wannowski als russischer Kriegsminister genannt.

[8]) Cyon, Histoire de l'entente franco-russe 195.

[9]) Brauer-Marcks-Müller S. 278.

[10]) Mittnacht S. 49.

[11]) Hohenlohe II, 404.

[12]) Daudet, Histoire diplomatique de l'alliance franco-russe 206 f.

[13]) Chiala, Pagine di storia contemporanea III, 465.

[14]) Dilke, The present position of european politics (London 1887), S. 11—22.

[15]) Cyon, Histoire de l'entente franco-russe S. 240.

[16]) A. a. O.

[17]) Charles Lowe, Alexander III, 84.

[18]) Blaubuch, Turkey III (1889) C. 5824. Bericht Moriers vom 13. März 1889.

[19]) Lyon, La Russie contemporaine, Paris 1892.
[20]) Gedanken und Erinnerungen II, 274.
[21]) Mitteilung eines früheren Petersburger Diplomaten.
[22]) Hohenlohe II, 482.
[23]) Graf Pfeil, Neun Jahre in russischen Diensten S. 3.
[24]) Hansen, L'ambassade du Baron de Mohrenheim S. 167.
[25]) Graf Pfeil, 145.
[26]) Lyon 275.
[27]) Sidney Whitman, Personal recollections of Prince Bismarck S. 114.
[28]) Hofman, Fürst Bismarck I, S. 100 Anm. 1.
[29]) Raschdau S. 31.
[30]) Dies war der Bruder Peter Schuwalows, Botschafter in Berlin seit 1885.
[31]) Mittnacht S. 50.
[32]) Jules Hansen S. 30.
[33]) A. a. O. 35.
[34]) Mittnacht a. a. O.
[35]) Raschdau, Grenzboten, 12. April 1918, S. 30.
[36]) Friedjung, Kalnoky in Bettelheims Biographischem Jahrbuch Bd. III. Molden, Kalnoky in der Allgemeinen Deutschen Biographie.
[37]) Hofmann, Bismarck I, 112.
[38]) A. a. O. II, 372 (Hamburger Nachrichten vom 24. Oktober 1896).
[39]) Am 6. Oktober 1886.
[40]) Für das Folgende vgl. Chiala III, 400 ff. und Crispi, Politica estera S. 166 f.
[41]) Crispi a. a. O. — Zu Hohenlohe sagte Bismarck schon im Juli 1885, daß er Hatzfeld nach London haben wolle. Denkwürdigkeiten II, 365.
[42]) Chiala III, 473.
[43]) Chiala III, Kapitel 12. — Crispi, Politica estera 173 ff. — Stillman, Francesco Crispi.
[44]) Crispi an König Humbert, 14. Februar 1892. — Memoirs of Crispi (englische Übersetzung) III, 101.
[45]) Lord Lyons II, 386.
[46]) Charles Dilke, Present position of european politics S. 374.
[47]) A. a. O. S. 322.
[48]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 19. August 1917, Nr. 228, Zweite Ausgabe.
[49]) Hansen, L'ambassade du Baron de Mohrenheim, S. 37. — Nach der Ernennung Rampollas zum Kardinalstaatssekretär (2. Juni 1887) verschlechterten sich die Beziehungen Deutschlands zum Vatikan von neuem. Vgl. Curtius, Curd v. Schlözer, 132.
[50]) Galli, Dessous diplomatiques 73.
[51]) Freycinet, Souvenirs 371. — Vgl. die ausführliche Darstellung des Falles Schnäbele bei Pierre Albin, La paix armée 77 ff.
[52]) Albin a. a. O. 103.
[53]) Freycinet a. a. O. 373, 375.
[54]) A. a. O. 372 ff.
[55]) Vgl. Crispis Tagebuchnotiz vom 6. Oktober. Politica estera 235.

[56]) Staatsarchiv Bd. 51, Nr. 9976. Blaubuch Nr. 253 (Salisbury an Morier, 12. August 1887.)

[57]) Crispi, Politica estera 188 f.

[58]) A. a. O. 192 f.

[59]) A. a. O. 194 f.

[60]) A. a. O. 196.

[61]) Vgl. den Brief des italienischen Botschafters Baron Blanc, Therapia, 30. Juni 1891. Baron Blanc beklagt sich darin, daß sich jene Verhältnisse seit 1888 geändert hätten. Dem englischen und österreich-ungarischen Botschafter wurde von ihren Regierungen bedeutet, daß sie die Initiative, was die Anwendung des Abkommens der drei Mächte beträfe, wieder an die Kabinette abgeben müßten. Baron Blanc scheint sich nach seinem Briefe die Aufgabe jener Botschafterkonferenz im Sinne einer konstruktiven Balkanpolitik der drei Mächte gedacht zu haben; aber in London und Wien hatte man vermutlich den Botschaftern jene erweiterte Kompetenz nur für die defensiven Zwecke der augenblicklichen Lage eingeräumt, und diese Aufgabe war erfüllt, als die bulgarische Krisis im Frühjahr 1888 ihr Ende erreichte. — Crispi, International questions (englische Übersetzung), 302 ff.

[62]) Comte de Mouy, Souvenirs et causeries d'un diplomate S. 246 ff.

[63]) Vgl. die Biographischen Skizzen über Kalnoky von Friedjung und Molden.

[64]) Vgl. den angeführten Aufsatz Friedjungs.

[65]) Crispi, Politica estera 222, 225.

[66]) Diese Basis für das Abkommen umfaßte 8 Punkte: 1. Erhaltung des Friedens. 2. Status quo auf Grund der Verträge und Ausschluß von Kompensationen. 3. Lokale Autonomien. 4. Unabhängigkeit der Türkei und der Meerengen usw. von jedem überwiegenden fremden Einfluß. 5. Die Pforte darf ihre Souveränitätsrechte in Bulgarien an keine andere Macht übertragen. 6. Beitritt der Türkei zur Garantie der obigen Bestimmungen. 7. Falls die Türkei Widerstand leistet oder Rußland rechtswidrige Forderungen stellt, werden sich die drei Mächte über ihre gegenseitige Unterstützung verständigen. 8. Wenn die Türkei zustimmt oder keinen Widerspruch erhebt, werden die drei Mächte gemeinsam gewisse Punkte okkupieren, um das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. (Crispi, Politica estera 285.)

[67]) Crispi, Politica estera 265.

[68]) A. a. O. 206, 207, 264, 265.

[69]) Crispi, International questions 259.

Zu Kapitel 10.

[1]) Vgl. Hamburger Nachrichten vom 28. Dez. 1890: „Einer Verquickung der Politik mit wirtschaftlichen Fragen ist Fürst Bismarck stets abgeneigt gewesen." Hofmann, Fürst Bismarck I, 305.

[2]) Pfeil, Neun Jahre in russischen Diensten 205.

[3]) Brauer-Marcks-Müller 254.

[4]) Friedjungs Aufsatz über Kalnoky in Bettelheims Jahrbuch Bd. III.

[5]) Raschdau (Grenzboten, 12. April 1918, S. 31) konstatiert historisch ganz richtig, daß der Ukas vom 26. März über den Grundbesitz von Ausländern

in Rußland und die zahlreichen Maßregeln gegen die Deutschen und die evangelische Kirche in Rußland peinliches Aufsehen in Deutschland erregt hat. Aber man wird nicht annehmen dürfen, daß Bismarck darin feindselige Handlungen gegen das Deutsche Reich erblickt hätte.

[6]) Die Aktenstücke sind im Staatsarchiv Bd. 48, S. 110 ff. abgedruckt. Nach Cyon rührten die Fälschungen von dem früheren russischen Diplomaten Catacazy her, und Flourens hatte sie von Foucault de Mondion erhalten. Cyon, Histoire de l'entente franco-russe, S. 360 ff. Catacazy wird auch bei Hohenlohe II, 436 als vermutlicher Mitverschworener genannt. — Giers, dem eine Abschrift der Briefe zugeschickt wurde, erkannte die Fälschung. Crispi, Politica estera 215. — Vgl. auch Daudet, Histoire diplomatique de l'alliance franco-russe 218 ff. — H. Galli, Dessous diplomatiques S. 56 ff.

[7]) Hohenlohe II, 436.

[8]) Crispi, Politica estera 277.

[9]) Schultheß, Europäischer Geschichtskalender.

[10]) Crispi, Politica estera 278. — Gustav Freytag Briefe an seine Gattin (herausg. von Hermance Strakosch-Freytag) S. 189 f.

[11]) Crispi, Politica estera 280.

[12]) British and foreign State Papers Bd. 78, S. 918.

[13]) Petersburger Meldung der Times vom 2. Januar 1888.

[14]) Friedjung, Kalnoky a. a. O.

[15]) Jules Hansen 72.

[16]) Pierre Albin, L'Allemagne et la France 875.

[17]) Hofmann, Fürst Bismarck II, 377 (Hamburger Nachrichten vom 1. November 1896).

[18]) Staatsarchiv Bd. 51, Nr. 9982.

[19]) Staatsarchiv a. a. O. Nr. 9981.

[20]) Bericht Moriers vom 6. Februar 1888. Blaubuch, Turkey Nr. 3 (1889), C. 5824, Nr. 26.

[21]) Bericht Sir A. Pagets vom 20. Februar a. a. O. Nr. 40.

[22]) Bericht Sir Edward Malets vom 21. Februar a. a. O. Nr. 42.

[23]) Depesche Sir A. Pagets vom 20. Februar 1888, Blaubuch Nr. 40, 43.

[24]) Depesche Moriers vom 8. März, Blaubuch Nr. 92.

[25]) Depesche Lord Salisburys an Morier vom 26. Febr., Blaubuch Nr. 62.

[26]) Crispi, International questions III, 260.

[27]) Bericht Moriers vom 22. Februar, Blaubuch Nr. 65.

[28]) Blaubuch Nr. 85.

[29]) Vgl. den Aufsatz in der Tribuna vom 6. Juni 1902, zitiert in der Fortnightly Review 1902, II, 563 Anm. 1. — In Schultheß europäischem Geschichtskalender werden diese Abmachungen auf das Jahr 1888 bezogen (Jahrgang 1888, S. 356, 444). Es scheint jedoch, daß sie vom Jahre 1887 zu datieren sind. Über diese Dinge ist indes sehr wenig bekannt. — Dem äußeren Anschein nach könnte man geneigt sein, daraus, daß der Gegenbesuch der russischen Flotte im Jahre 1893 in dem Mittelmeerhafen Toulon stattfand, zu schließen, daß dies die Antwort Frankreichs auf seine Isolierung gerade im Mittelmeer gewesen wäre. Nach Dr. Cyons Mitteilungen war indes Toulon aus anderen Gründen gewählt worden. Vgl. das folgende Kapitel.

[30]) Crispi, Politica estera 169 ff.
[31]) Penzler VII, 349.
[32]) Georges Bousquet, Histoire du peuple bulgare, Paris 1909, S. 306.
[33]) Penzler VII, 349 (1897).
[34]) Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1888, S. 415.
[35]) Stead, The M. P. for Russia (Olga Noritow) II, 247.
[36]) The Emperess Frederic. A memoir, London 1913, S. 316. — Hofmann, Fürst Bismarck I, 186. — Hohenlohe II, 393, 394, 403, 435. — Gustav Freytag, Briefe an seine Gattin I, 142.
[37]) Gathorne-Hardy II, 295.

Zu Kapitel 11.

[1]) Brauer-Marcks-Müller 323.
[2]) Haller, Das falsche Entweder-Oder. Artikel im Tag. 1.—3. Juli 1917.
[3]) Hamburger Nachrichten vom 11. November 1892; Hofmann zu II, 165.
[4]) Pierre Albin, La France et l'Allemagne S. 230.
[5]) Friedjung, Der Inhalt des Dreibundes, in der Cottaschen Zeitschrift „Der Greif", Oktober 1913. — Vgl. dazu Helmolts Aufsätze in der Weserzeitung, wieder abgedruckt bei A. Singer, Geschichte des Dreibundes 249 ff.
[6]) Ein handlicher Abdruck in Helmolts Aufsatz: Unser Wissen vom Dreibund, Zeitschr. f. Völkerrecht Bd. 10, S. 20 ff.
[7]) Crispi, Politica estera 130. — Hier wird übrigens von Verträgen und nicht von einem Vertrage gesprochen.
[8]) Hamburger Nachrichten vom 27. Januar 1891. — Hofmann, Fürst Bismarck I, 313.
[9]) Robilant klagte u. a. darüber, daß Bismarck nicht geneigt war, mit dem italienischen Botschafter in Berlin in häufigen persönlichen Verkehr zu treten. Crispi, Politica estera 168.
[10]) Professor Rehm in der Frankfurter Zeitung Nr. 196 vom 20. Juni 1915, zitiert bei Dr. Doerkes-Boppart, Das Ende des Dreibundes, S. 17 ff.
[11]) Penzler I, 121.
[12]) A. a. O. IV, 335.
[13]) Hofmann, Fürst Bismarck II, 383.
[14]) Hofmann a. a. O. II, 4 ff. Vgl. Bd. I, 100 f.
[15]) Hofmann a. a. O. I, 112 f.
[16]) Hofmann a. a. O. I, 115. — Penzler VII, 202.
[17]) Jules Hansen a. a. O. S. 120.
[18]) Hofmann, Fürst Bismarck II, 378. — Neuerdings hat L. Raschdau in einem Artikel im „Tag" (9. März 1916) gesagt: „Der Rückversicherungsvertrag ist der Wiener Regierung von Anfang an bekannt gewesen und hat stets einen Charakter getragen, der die Mitwirkung und Teilnahme unseres Verbündeten nicht nur nicht ausschloß, sondern sie geradezu voraussetzte.
[19]) Life of Lord Granville II, 213.
[20]) Bismarck-Jahrbuch I, 126.
[21]) Politica estera 223 (1887) und 341 (1888).
[22]) Hofmann I, 349.

[23]) Hohenlohe II, 461.
[24]) Chiala III, 429.
[25]) S. o. Kapitel 9.
[26]) Otto Hammann, Der Neue Kurs S. 53 f.
[27]) Molden, Graf Kalnoky, s. o.
[28]) Graf Paul Schuwalow, russischer Botschafter in Berlin.
[29]) Hohenlohe II, 484.
[30]) A. a. O. II, 519.
[31]) A. a. O. II, 458.
[32]) A. a. O. II, 507.
[33]) Penzler II, 235.
[34]) Frankfurter Zeitung Nr. 91, 1. April 1915.
[35]) Otto Hammann S. 126 ff.
[36]) Penzler II, 235.
[37]) Daudet, Histoire diplomatique de l'Alliance franco-russe S. 328.
[38]) Freycinet, Souvenirs II, 414 ff.
[39]) Hammann S. 40.
[40]) Graf Pfeil, Neun Jahre S. 275. — Gedanken und Erinnerungen II, 286. — Hofmann II, 122.
[41]) Brauer-Marcks-Müller (1918) S. 59.
[42]) Dr. Dillon, Germanys foreign policy, Fortnightly Review 1896, II, 777.
[43]) Memoirs and Letters of Sir Robert Morier II, 214.
[44]) Brief vom 15. Februar 1877. Gedanken und Erinnerungen II, 249. Horst Kohl, Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen S. 173.
[45]) Albin a. a. O. 275.
[46]) Penzler VII, 108.
[47]) Hammann S. 31.
[48]) Cyon, Histoire de l'Entente franco-russe, S. 458.
[49]) Hofmann I, 256. — Penzler III, 233: „Es bedarf nur mäßiger politischer Geschicklichkeit auf deutscher Seite, um einen russischen Krieg auf Menschenalter zu verhüten."
[50]) Penzler I, 205.
[51]) Hofmann II, 119, 121 (Artikel vom 15. Juli 1892).
[52]) Penzler IV, 335 (Artikel vom 18. Januar 1893).
[53]) Life of Lord Granville II, 227.
[54]) Hofmann I, 257.
[55]) A. a. O. I, 325. (Hamburger Nachrichten vom 11. Februar 1891.)
[56]) Hofmann I, 351 (Artikel vom 10. April 1891).
[57]) Hofmann II, 69 ff. (Artikel vom 19. Mai 1892).
[58]) Crispi Bd. II, 399.
[59]) Crispi III, 109 (Brief vom 1. Juli 1891).
[60]) Crispi Kapitel 10.
[61]) Crispi Kapitel 12.
[62]) Hohenlohe II, 507.

Personenverzeichnis.

A.

Abaza, russ. Minister 177.
Abdul Aziz, türk. Sultan 72, 90.
Abdul Hamid II., türk. Sultan 81, 90, 95, 108, 109, 123, 198, 201, 202, 207, 208, 275, 295, 298.
Adam, Frau Juliette, Inhaberin der Nouvelle Revue 226.
Ahrental, Graf, österr.-ungar. Minister d. Ausw. 308.
Aksakow, russ. Panslawist 126, 141.
Albin, Pierre, franz. Historiker 274.
Aleko Pascha, türk. Generalgouverneur in Ostrumelien 195.
Alexander v. Battenberg, Fürst von Bulgarien 189, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 226, 232, 234, 235, 243, 245, 255, 261, 277, 304.
Alexander II., Zar 18, 19, 21, 23, 26, 33, 40, 41, 52, 62, 63, 72, 77, 80, 81, 82, 90, 95, 97, 98, 104, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 116, 125, 126, 129, 132, 135, 137, 141, 152, 153, 154, 158, 161, 172, 175, 189, 193, 252, 260.
Alexander III., Zar 125, 175, 176, 178, 179, 181, 188, 190, 194, 196, 197, 198, 199, 205, 206, 210, 211, 217, 218, 219, 222, 223, 226, 227, 231, 232, 234, 242, 251, 253, 256, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 276, 280, 281, 283, 284, 285, 287, 288, 290, 292, 293, 297, 303, 304, 305, 311, 315, 316, 318, 320, 324, 326, 328, 329.
Alexandra Feodorowna, Zarin 174.
Alfons XII., König von Spanien 179, 180.
Andrássy, Graf Julius, österr.-ungar. Minister des Auswärtigen 16, 17, 20, 22, 32, 44, 56, 57, 58, 60, 61, 64, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 76, 77, 81, 87, 89, 99, 102, 103, 104, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 136, 139, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 166, 184, 185, 213, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 252, 253, 315.
Antonelli, Kardinal-Staatssekretär 12.
Appert, General, franz. Botschafter in Petersburg 218.
Apponyi, Graf Albert, ungar. Parlamentarier 237.
Arabi Pascha, türk. Militär 168.
Arnim, Graf Harry, deutscher Botschafter in Paris 14, 20.
Augusta, deutsche Kaiserin 8, 47.
Avril, Baron von, franz. Diplomat 143.

B.

Banffy, Graf Bela, ungar. Parlamentarier 237.
Bariatinski, russ. Feldmarschall 23.
Barthélemy St. Hilaire, franz. Minister 163.
Bennigsen, Rudolf v., Präsident des deutschen Reichstages 52, 100, 101, 107, 119.

Bethmann-Hollweg, v., deutsch. Reichskanzler 187.
Beust, Graf von, österr. Minister des Auswärtigen 16, 136.
Biancheri, ital. Minister 268.
Bismarck, Graf Herbert 165, 200, 268, 296.
Bismarck, Fürst Otto von, Reichskanzler 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 38, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 59, 60, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 76, 77, 78, 79, 80, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 90, 93, 99, 100, 101, 102, 104, 105, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 139, 142, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 170, 172, 173, 174, 177, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 187, 188, 190, 195, 197, 205, 210, 211, 213, 217, 218, 219, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 237, 241, 242, 247, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 256, 257, 258, 260, 263, 265, 266, 267, 268, 269, 271, 273, 277, 279, 281, 282, 283, 284, 285, 287, 288, 291, 292, 293, 294, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 304, 305, 306, 308, 309, 311, 312, 313, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 335, 337, 338, 341.
Blanc, Baron, ital. Botschafter in Konstantinopel 279.
Blowitz, Pariser Korrespondent der Times 42, 133, 140, 143, 220, 258.
Boulanger, franz. General 213, 219, 220, 221, 250, 252, 256, 273, 274, 275, 306.
Bratianu, rumän. Premierminister 82, 83.
Brauer, von, bad. Staatsminister 325.
Brisson, franz. Min.-Präs. 216.
Broglie, Herzog v., franz. Min.-Präs. 50, 51, 54, 99.
Bronsart von Schellendorf, preuß. Kriegsminister 250.
Bülow, Fürst, deutscher Reichskanzler 308.
Bülow von, deutscher Staatssekretär 7, 34, 35, 37.
Bunge, russ. Finanzminister 259, 263.
Busch, Dr., deutscher Unterstaatssekretär 90, 133, 137, 144, 165, 182, 188.

C.

Cairns, engl. Minister 75.
Cairoli, ital. Min.-Präs. 117, 118, 136.
Calice, Baron, österr.-ungar. Botschafter in Konstantinopel 279, 281.
Canning, engl. Diplomat 70.
Caprivi, Graf von, deutscher Reichskanzler 125, 307, 317, 321, 322, 325, 328, 330, 339, 342.
Carnarvon, Lord, engl. Kolonialsekretär 107, 108.
Carnot, Sadi, Präs. der franz. Republik 291.
Cavour, ital. Ministerpräsident 2, 171, 278, 342.
Chaudordy, Graf, franz. Diplomat 216, 217, 219, 220.
Chesney, engl. Offizier und polit. Schriftsteller 5, 122.
Chimay, Prince de, belg. Min. des Ausw. 271.
Churchill, Lord Randolph, Leader des engl. Unterhauses 243, 244, 245, 246, 247, 301.
Churchill, Winston, Sohn Lord Randolphs 246.
Combe, franz. Minister 12.
Courcel, Baron de, franz. Botschafter in Berlin 163, 165, 218.
Crispi, ital. Min. des Innern 71, 100, 101, 102, 103, 104, 117, 118, 136, 147, 155, 166, 268, 269, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 286, 287, 290,

297, 308, 311, 319, 320, 333, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341.
Cromer, Lord, engl. Diplomat 169.
Cyon, Dr., russ. Arzt und politischer Schriftsteller in Paris 109, 110, 149, 224, 226, 247, 251, 260, 262, 330.

D.

Daudet, Ernest, franz. Historiker 50, 52, 323, 324.
Decazes, Herzog v., franz. Minister d. Ausw. 30, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 54, 68, 136, 147.
Delanow, Graf, russ. Politiker 223.
Delbrück, Hans, deutsch. Historiker 303.
Depretis, ital. Ministerpräsident 100, 102, 104, 117, 118, 166, 268, 277.
Derby Lord, engl. Staatssekretär d. Ausw. 25, 33, 42, 43, 44, 51, 52, 53, 54, 66, 70, 71, 74, 75, 76, 82, 91, 94, 96, 98, 99, 102, 107, 108, 111, 113, 117, 119, 120, 121, 122, 132, 143.
Derby, Lady, Gemahlin des Staatssekretärs 94.
Dilke, Sir Charles, engl. Staatsmann und polit. Schriftsteller 65, 244, 257, 258, 270, 271.
Disraeli, Lord Beaconsfield, engl. Premiermin. 25, 38, 42, 64, 65, 66, 69, 70, 73, 74, 75, 77, 85, 86, 91, 94, 98, 99, 106, 107, 120, 121, 136, 137, 138, 140, 142, 143, 146, 160, 244.
Dolgoruki, Fürst, 210, 232.
Dostojewski, russ. Schriftsteller 222.
Drummond-Wolff, kons. Abgeordn. im engl. Unterhaus 70, 160.
Duchesne, belg. Kesselschmied 9, 24.
Dufferin, Lord, engl. Diplomat 172.

E.

Eckardt, Jul. von, Publizist und Diplomat 31, 126, 329, 342.
Edinburgh, Herzog v., Oberbefehlshaber der engl. Mittelmeerflotte 279.
Elliot, Sir Henry, engl. Botschafter in Konstantinopel 88, 90, 91, 109, 112, 123.
Ernroth, russ. General 190, 275, 281.

F.

Faddejew, russ. General 80.
Fallmerayer, Orientreisender 230.
Ferdinand, Prinz v. Koburg, Fürst v. Bulgarien 249, 275, 276, 277, 278, 285, 289, 290, 294, 295, 296, 297, 303.
Ferry Jules, franz. Min.-Präs. 163, 214, 215, 216, 217, 219, 221, 224, 274, 275.
Flandern, Gräfin Maria von 285, 289.
Fleury, Graf, franz. General und Botschafter in Petersburg 4, 5.
Flourens, franz. Min. des Ausw. 216, 218, 219, 256, 284.
Franz Joseph, Kaiser v. Österr., König v. Ungarn 16, 19, 60, 72, 76, 77, 105, 114, 116, 154, 175, 195, 198, 234, 240, 241, 248, 320.
Freycinet, franz. Ministerpräsident 161, 163, 168, 169, 214, 216, 217, 218, 219, 274, 275.
Freytag, Gustav, Schriftsteller und Politiker 126, 211.
Friedjung, Heinrich, österr. Historiker 284, 308, 335.
Friedrich I., Großherzog v. Baden 321.
Friedrich der Große 10, 14.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen 9.
Friedrich Wilhelm, deutscher Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich 173, 180, 305.
Friedrich Wilhelm III., König 16.

G.

Gathorne-Hardy, engl. Kriegssekretär 75, 85, 94.
Galimberti, Kardinal 275.
Gambetta, Léon, franz. Staatsmann 12, 47, 49, 147, 161, 163, 168, 214, 215, 216, 225, 274.
Garibaldi, ital. Freiheitskämpfer 73.

Gavard, franz. Geschäftsträger in London 25, 42, 43.
Gavril Pascha, türk. Generalgouv. in Ostrumelien 195. 196.
Geffcken, Friedr. Heinr., Jurist und Politiker 9, 10, 26, 27, 28.
Gerard, Vorleser bei der Kaiserin Augusta 47.
Giers, Nikolai Karlowitsch von, russ. Ministergehilfe, später Reichskanzler 120, 121, 149, 150, 154, 173, 174, 177, 178, 179, 180, 181, 188, 195, 196, 198, 199, 205, 206, 207, 208, 226, 227, 231, 234, 248, 249, 251, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 266, 267, 290, 295, 296, 297, 298, 318.
Gladstone, engl. Ministerpräsid. 73, 75, 76, 84, 89, 96, 140, 142, 164, 243, 270.
Goblet, franz. Ministerpräsident 250.
Goltz, Colmar v. d., preuß. Offizier und Organisator der türk. Armee 202.
Gontant-Biron, Vicomte de, franz. Botschafter in Berlin 6, 7, 19, 21, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 45, 46, 47, 48, 50, 53, 147.
Gortschakow, Fürst Alex, Michailowitsch, russ. Reichskanzler 5, 10, 19, 20, 21, 22, 24, 26, 27, 30, 33, 40, 41, 43, 45, 46, 47, 48, 55, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 72, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 84, 93, 97, 98, 105, 107, 110, 112, 118, 119, 127, 128, 135, 136, 137, 146, 147, 149, 153, 161, 177, 259.
Grant, amerik. General 109.
Granville, Lord, engl. Staatssekr. d. Ausw. 7, 8, 10, 164, 165, 168, 170, 336.
Grekow, serb. Minister 203.
Grévy, Präsident der franz. Republik 161, 274, 286, 291.
Günzburg, Baron, Gründer eines Bankhauses 191, 192, 194.

H.

Haller, Joh., deutscher Historiker 307.
Hammann, Otto, Chef des Pressebureaus der Reichskanzlei 321, 325, 328, 329, 330.
Hanotaux, Gabriel, franz. Historiker 3, 8, 39, 48, 49, 79.
Hansen, Jules, franz. Agent 261, 275, 291.
Hartington, Lord, später Herzog von Devonshire, Führer der liberal. Opposition im Unterhause 75.
Hartmann, russ. Nihilist 161.
Hatzfeld, Graf von, preuß. Staatsmann, preuß. Gesandter in London 165, 245, 267, 269.
Haußmann, Konrad, Reichstagsabgeordneter 323.
Haymerle, Baron, österr.-ungar. Min. des Ausw. 159, 160, 166, 167, 175, 174, 185, 186, 236, 240, 334.
Hegel, Philosoph 222.
Henckel-Donnersmarck, Graf, deutscher Diplomat 147.
Herbette, franz. Botschafter in Berlin 218, 257, 272, 324.
Hirsch, Baron, Eisenbahnunternehmer 191.
Hofmann, Hermann, Publizist 315, 316.
Hohenlohe, Fürst, deutscher Botschafter in Paris 42, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 58, 70, 83, 115, 125, 133, 152, 158, 228, 229, 230, 231, 256, 260, 286, 305, 321, 342.
Holnstein, Graf, bayer. Oberlandstallmeister 352.
Holstein, Friedrich von, Legationsrat im Berliner Ausw. Amt 125, 182, 183, 322, 323, 328, 342.
Home, engl. Oberst 86, 91, 98.
Hornby, engl. Admiral 108.
Huhn, A. v., österr. Historiker 204.
Humbert, König von Italien 166, 171, 278, 280.
Hussein Avni Pascha, türk. Minister 63.

J.

Jödesleigh, Lord, engl. Minister des Ausw. 243, 245.
Ignatiew, Gen, russ. Botschafter in Konstantinopel 62, 64, 68, 72, 81, 88, 90, 92, 93, 95, 98, 104, 114, 122, 141, 177, 178.

Jakobini, Kardinalstaatssekretär 257.
Jomini, Baron, russ. Staatsmann 150, 262.

K.

Kallay, österr.-ungar. Unterstaatssekretär 186.
Kalnoky, österr.-ungar. Min. des Ausw. 115, 159, 167, 181, 185, 195, 203, 204, 205, 206, 234, 235, 236, 238, 241, 242, 246, 248, 267, 277, 279, 280, 281, 282, 286, 290, 296, 297, 311, 313, 321, 334, 339.
Karl, König von Rumänien 187.
Karolyi, Graf Aloys, österr.-ungar. Gesandter in Berlin 6.
Katharina, Kaiserin v. Rußland 79.
Katkow, Direktor der Moskauer Zeitung 5, 125, 177, 206, 213, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 231, 241, 251, 258, 259, 260, 262, 263, 264, 265, 282.
Kaulbars, Nikolai von, russ. General 193, 194, 232, 233, 234, 238, 248.
Kendell, Robert von, deutscher Botschafter in Rom 101.
Khevenhüller, Graf, österr.-ungar. Gesandter in Belgrad 203, 204, 205.
Kiamil Pascha, türk. Großvezier 202.
Koch, Adolf, Hofprediger des Fürsten Alexander v. Battenberg 211, 233.
Kohl, Horst, deutscher Historiker 137.
Konstantin, russ. Großfürst 153.
Krapotkin, Fürst, russ. Revolutionär 217.

L.

Lambermont, Baron, Gen.-Sekret. d. belg. Min. des Ausw. 271.
Lascelles, Sir Frank, engl. Vertreter in Sofia 245.
Launay, de, ital. Botschafter in Berlin 267.
Layard, Sir Henry, engl. Botschafter in Konstantinopel 142.
Le Flô, General, franz. Botschafter in Petersburg 26, 30, 31, 33, 34, 37, 40, 41, 46, 48, 52, 67, 97.
Leo XIII., Papst 273.
Lesseps, Graf, franz. Diplomat 272.
Lobanow, Fürst, russ. Minister des Auswärtigen 259, 290, 296.
Loftus, Lord Augustus, engl. Botschafter in Petersburg 27, 82, 120, 121.
Ludwig II., König von Bayern 157.
Lyons, Lord, engl. Botschafter in Paris 30, 38, 39, 47, 119, 123, 124, 170.

M.

Mac Mahon, Marschall, Präs. der franz. Republik 12, 21, 24, 31, 99, 100, 148.
Mahmud Nedim Pascha, türk. Großvezier 62, 68.
Malcolm, Maccoll, engl. Domherr 142.
Malet, Sir Edward, engl. Botschafter in Berlin 269, 301.
Mancini, ital. Minister 166, 169, 170.
Manteuffel, Edwin, Freiherr v., preuß. Feldmarschall 78, 100, 229.
Marschall, Frhr. v. Bieberstein, Staatssekretär d. Ausw. 125, 317, 318, 322, 328, 342.
Marvin, Beamter im Londoner Ausw. Amt 140.
Melegari, ital. Minister des Ausw. 89, 101.
Melnikow, Loris, russ. Minister 177.
Memminger, Parlamentarier 331.
Metternich, Fürst, österr. Staatskanzler 1.
Midhat Pascha, türk. Minister 63, 77, 192.
Mijatowitsch, serb. Minister d. Ausw. 186, 191.
Milan, König von Serbien 73, 203, 205.
Milintin, russ. Kriegsminister 79, 81, 87, 122, 139, 149, 151, 152, 153, 177, 307.
Mingrelien, Fürst von 248.
Mittnacht, Freih. v., württemberg. Staatsmann 22, 59, 156, 158, 205, 266.
Miquel, Joh. v., deutscher Staatsmann 321.
Mohammed 268.

Mohrenheim, Baron, russ. Gesandter in Paris 218, 330.
Moltke, Graf, preuß. Gen.-Feldmarschall 11, 23, 28, 36, 46, 52, 54, 66, 178, 284.
Mony, Graf v., franz. Botschafter in Rom 114, 280.
Morier, Sir Robert, engl. Gesandter in München 9, 12, 26, 260, 264, 290, 295, 296, 297, 298, 327.
Morley, John, Abgeordneter im engl. Unterhause 270.
Münster, Graf, deutscher Gesandter in London 44, 52, 53, 55, 107, 119, 147, 158, 267.

N.

Napoleon I. 3, 4, 27, 153.
Napoleon III. 3, 34, 130.
Nelidow, russ. Botschaftsrat in Konstantinopel 62, 63, 64, 73, 80, 82, 83, 92, 95, 105, 138, 139, 141, 198, 199, 209.
Nesselrode, russ. Minister 259.
Newton, Lord, Attaché bei d. engl. Botschaft in Paris 39, 84.
Niepokoitschicki, russ. General 112.
Nikita, Fürst von Montenegro 261, 304.
Nikolaus I., Zar 75, 130, 222.
Nikolaus, russ. Großfürst, Bruder des Zaren Alexander II. 76, 80, 81, 98, 105, 109, 110, 111, 112, 113, 120, 141.
Nothomb, Baron, belg. Gesandter in Berlin 36.
Novikow, russ. Botschafter in Wien 17, 62.
Novikow, Olga, russ.-Panslawistin 109, 114.

O.

Obrenowitsch, serb. Dynastie 187.
Obrutschew, russ. General 81.
Onon, russ. Diplomat 112.
Orlow, Fürst, russ. Botschafter in Paris 9, 30, 33, 48, 50, 51.
Osman Pascha, türk. Feldherr 104.
Oubril, Paul von, russ. Botschafter in Berlin 67, 80, 137.

P.

Paget, Sir Augustus, engl. Botschafter in Wien 272.
Palmerston, Henry John Temple, Viscount, engl. Ministerpräsident 65, 73.
Parnell, Führer der irischen Nationalisten 243.
Peter der Große, Zar 222.
Pius IX., Papst 118.
Pobjedonoszew, Oberprokurator des heil. Synod 177, 223, 263, 325.
Polignac, Prinz, franz. Mil.-Attaché in Berlin 35.
Poljakow, russ. Eisenbahnunternehmer 191, 192, 194.

R.

Radowitz v., deutscher Botschafter 25, 26, 27, 35, 36, 37, 38, 39, 42, 46, 52, 53.
Radziwill, Prinzessin Katharina 47.
Rainer, Erzherzog, Erzbischof 118.
Rampolla, Kardinalsekretär 300.
Ranke, Leopold von, deutscher Historiker 100.
Raschdau, Geh. Leg.-Rat 173.
Reuß, Prinz, deutscher Botschafter in Petersburg und in Wien 40, 41, 51, 173, 289.
Richter, Eugen, Mitglied des deutschen Reichstages 86, 87, 128, 283.
Ristitsch, serbisch. Diplomat und Staatsmann 185, 186.
Robilant, Graf, ital. Botschafter in Wien 103, 117, 166, 167, 171, 246, 248, 267, 268, 277, 280, 301, 309, 310, 334, 335, 341.
Rößler, Konstantin, Leiter d. offiziös. literar. Büros in Berlin 31, 32, 35, 38.
Roggenbach, von, bad. Minister 307.
Rosebery, Lord, engl. Staatssekretär des Ausw. 65, 206.
Rouvier, franz. Min.-Präs. 275.
Rudini, ital. Minister des Innern 337.
Rumbold, engl. Diplomat 93.

Russel, Lord John, engl. Ministerpräsident 8.
Russel, Lord Odo Ampthill, engl. Botschafter in Berlin 7, 8, 21, 33, 42, 43, 44, 51, 70,-119, 159, 164, 166, 319, 336.

S.

Saburow, russ. Botschafter in Berlin 159, 173.
Salisbury, Marquis von, Staatssekretär für Indien (74), später Min.-Präs. 2, 74, 83, 84, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 94, 107, 108, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 129, 136, 137, 138, 139, 140, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 150, 160, 197, 200, 201, 203, 206, 213, 217, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 269, 270, 272, 277, 278, 282, 286, 296, 297, 339, 340.
St. Arnaud, Marschall von Frankreich 221.
St. Vallier, Graf, franz. Botschafter in Berlin 78, 147, 152, 153, 162, 163, 172, 324.
Saussier, General, Kommandeur von Paris 220.
Scaracco, ital. Minister 268.
Schelling, Philosoph 222.
Schérer, Edmond, franz. Senator 26.
Schlözer, Kurd von, preuß. Gesandter am Vatikan 8.
Schnäbele, franz. Grenzkommissar 273, 274.
Schuwalow, Graf Peter, russ. Botschafter in London 14, 41, 43, 44, 49, 62, 71, 75, 76, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 119, 120, 121, 122, 123, 129, 132, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 142, 143, 149, 154, 155, 185, 224, 267, 286, 321, 328.
Schweinitz, Hans Lothar von, preuß. General und Diplomat 17, 77, 78, 153, 179, 258, 259, 266.
Schweninger, Bismarcks Hausarzt 307.
Seymour, Lord George Hamilton, engl. Botschafter in Petersburg 75.
Shakespeare 326.
Simon, Jules, franz. Ministerpräs. 99.
Skobelew, russ. General 177, 178, 293. 221.
Sobolew, russ. General 193.
Solms, Graf, deutscher Botschafter in Rom 287;
Stambulow, bulgar. Kammerpräsident 210, 212, 233, 275, 296, 303.
Stead, engl. Journalist 142, 270, 305.
Stillmann, W. G., Korrespondent der Times in Rom 169, 171, 172.
Stolberg, Graf, deutscher Botschafter in Wien 89, 115.
Stremukow, russ. Diplomat 40.
Strousberg, Bethel Henry, Eisenbahnunternehmer 191.
Strumsky, russ. Kavallerieoberst 209.
Sumarokow-Elston, Generaladjutant des Zaren Alexander II. 76, 77.

T.

Thiers Adolphe, 1. Präs. d. franz. Republik 11, 19, 24, 49, 51, 274.
Tauffkirchen, Graf, bayrischer Diplomat 15, 16.
Tiedemann, Christoph von, Chef der deutschen Reichskanzlei 173.
Tisza, Graf von, ungar. Minister 234, 237, 238, 242.
Tolstoi, Graf Dmitrij Alexandrowitsch, russ. Staatsmann 178, 263.
Tolstoi, Graf Leo, russ. Schriftsteller und Gelehrter 222, 225.
Treitschke, Heinrich von 326, 327.
Tschernajew, russ. General 73.
Turgeniew, russ. Schriftsteller 222.

V.

Viktor Emanuel II., König von Italien 20, 101, 102, 118.
Viktoria, Gemahlin Kaiser Friedrichs III. 305.
Viktoria, Königin von England 52, 53, 54, 305.
Vivian, Lord, engl. Gesandter in Brüssel 271, 272.

W.

Waddington, Minister des Ausw. in Paris 136, 147, 148, 150, 152, 160, 217.
Waldemar, Prinz von Dänemark 233.
Waldersee, Graf, hervorragender preußischer Generalstabsoffizier 284.
Walujew, russ. Staatsrat 95.
Wannowski, russ. Kriegsminister 259, 262.
Wellesley, A., engl. Militärattaché in Rußland 106.
Werder, von, preuß. General und milit. Bevollmächtigter in Petersburg 51, 52.
Wertheimer, Ed. v., österr. Historiker 78, 236.
Westmann, Geh-Rat, russ. Diplomat 40, 41.
White, William A., engl. Generalkonsul in Belgrad, dann Botschafter in Konstantinopel 89, 91, 197, 198, 199, 201, 279, 333.
Wilhelm I. 4, 7, 10, 14, 19, 20, 23, 29, 33, 34, 40, 41, 46, 49, 52, 53, 54, 70, 76, 79, 104, 126, 127, 132, 135, 152, 153, 154, 158, 172, 174, 175, 178, 179, 180, 181, 206, 266, 268, 273, 285, 302, 304, 317.
Wilhelm, Prinz von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm II. 181, 231, 286.
Windhorst, Ludwig, Führer der deutschen Zentrumspartei 12, 255, 258.
Wolkenstein, Graf, österr.-ungar. Botschafter in Petersburg 281.

Z.

Zanow, bulgar. Gesandter in Konstantinopel 208.
Zichy, Graf Eugen, ungar. Aristokrat 235.
Zienowiew, Chef des asiat. Departements in Petersburg 262.

Berichtigungen.

Seite	Zeile	
26	9	(von unten) verwahrte
33	15	zurückgekehrten
36	6	(v. u.) getan
46	10	lange
46	20/21	daß B. die Doktrin des Präventivkrieges nicht verträte
47	letzte	„beleuchten" statt „berichten"
48	27	etwa
65	11	Greater
70	8	(v. u.) Türkei
71	1	Reichstadt
87	6	(v. u.) Aussprache
133	13	(v. u.) Europa
138	21	Forderungen
	25	den er die Seele
139	5	unverzeihliche
	13	dreimal finissez
147	15	Gontaut
153	8	Dreikaiserbund
162	16	Kondominium
167	10	(v. u.) Diplomaten
175	3	(v. u.) seiner eigenen
185	18	. . . stantinopels
	5	(v. u.) verwieß
	2	(v. u.) Andrássy
223	1	Natur
	13	(v. u.) bemerkenswerte
227	2	(v. u.) Volkstammes
231	4	Deutschlands
260	8	Krisis
266	1	1887
276	13	Rechtmäßigkeit
280	18	. . . vertrages
	7	(v. u.) österreichischen
281	12	(v. u.) geltend
289	6	Teilnahme
294	9	remedieren
307	6	Professor Haller
327	5	Studium
	6	individualistische
335	11	(v. u.) Separatabkommen
340	5	seinen Sturz

Weltbürgertum und Nationalstaat

Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates

von Friedrich Meinecke

Fünfte durchgesehene Auflage. 538 S. gr. 8°. Geh. M. 24.40, geb. M. 27.50

Das bekannte Buch versucht, in die Genesis des deutschen Nationalstaates tiefer einzudringen. In einem Nachworte hat der Verfasser sich angelegen sein lassen, das preußisch-deutsche Problem im Lichte der durch den Weltkrieg geschaffenen Lage zu betrachten.

Es ist eines der feinsten und gehaltvollsten historischen Bücher, die wir kennen, eines von den nicht allzu häufigen, die in scheinbar bekannten Zusammenhängen wirklich neue, ungeahnte Bindeglieder und Verknüpfungen nachweisen und die Bereicherung unserer Einsichten in einer sprachlichen Form bewirken, welche das Lesen zu einem reinen Genuß macht. „Literarisches Zentralblatt".

Preußen und Deutschland

im 19. und 20. Jahrhundert

Historische und politische Aufsätze von Friedrich Meinecke

552 Seiten. gr. 8°. Geheftet M. 19.40, gebunden M. 22.50

Inhaltsübersicht: Zur Gesamtgeschichte Preußens und Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. — Aus der Zeit der Erhebung und der Restauration. — Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. und des jungen Bismarck. — Zur deutschen Geschichtschreibung und -forschung. — Aus der Zeit des Weltkriegs.

Meinecke hat seine Gabe, Großes im Kleinen zu geben, stets bewiesen, und so bedeutet sein neuer Sammelband für jeden einsichtigen Leser ein freudiges Ereignis . . . . Möchte solche reife Weisheit tief hineindringen in das Denken aller, die jetzt mitarbeiten an der inneren Neugestaltung. Prof. Dr. Otto Braun in der „Tägl. Rundschau".

Nach der Revolution

Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage

von Friedrich Meinecke

144 Seiten. 8°. Kartoniert M. 5.65

Inhalt: Am Vorabend der Revolution. — Die geschichtlichen Ursachen der deutschen Revolution. — Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland. — Weltgeschichtliche Parallelen unserer Lage. — Ein Gespräch aus dem Herbst 1919.

Probleme des Weltkrieges

von Friedrich Meinecke

136 Seiten. 8°. Kartoniert M. 3.60

Inhalt: Geschichte und öffentliches Leben. — Politische Kultur und öffentliche Meinung. — Probleme des Weltkriegs. — Staatskunst und Leidenschaften. — Fürst Bülows Politik. — Die Reform des preußischen Wahlrechts. — Der Rhythmus des Weltkriegs. — Nachwort.

Die angegebenen Preise sind unverbindlich.
Für das Ausland gelten besondere Umrechnungssätze.

Verlag R. Oldenbourg in München und Berlin